Die stellung der kurfürsten zur wahl Karls V. im jahr 1519

Bernhard Weicker

Harvard College Library

FROM THE BEQUEST OF

FRANCIS B. HAYES

(Class of 1838)

Established in $10,000 and the income to be used
For the purchase of books for the Library
Mr. Hayes died in 1864

Digitized by Google

Digitized by Google

HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING
DR. PHIL.

HEFT XXII.

DIE STELLUNG DER KURFUERSTEN ZUR WAHL KARLS V. IM JAHR 1519. VON DR. BERNHARD WEICKER.

BERLIN 1901.

Digitized by Google

Die Stellung der Kurfürsten

zur

Wahl Karls V. im Jahr 1519.

Von

Bernhard Weicker
Dr. phil.

Berlin 1901.
Verlag von E. Ebering.

Digitized by Google

~~14594.6~~
9cc 1635.70

Hayes fund.

Digitized by Google

Vorwort.

Einer Anregung meines verehrten Lehrers Herrn Prof. D. Dr. von Bezold, die Stellung der beiden Hohenzollern zu Karls Wahl neu zu behandeln, verdankt vorliegende Erstlingsschrift ihre Entstehung. Während der Arbeit kam ich zu dem Entschluss, die Stellung aller Kurfürsten zu beleuchten. Der erste Teil (Kurfürst Joachim von Brandenburg) ist auch als Bonner Dissertation vom Jahre 1900 erschienen.

Die Herausgabe der ganzen Arbeit geschieht nicht in der Meinung, als würde damit die Frage der Wahl voll umfasst oder auch nur in den gezogenen Grenzen erledigt; so manche Einzelheit bleibt noch aufzuklären. Die Schrift will im Wesentlichen eine Verarbeitung des im ersten Band der jüngeren Reihe der Deutschen Reichstagsakten neu veröffentlichten Materials sein. Da für das Jahr 1519 der Briefwechsel des spanischen und französischen Hofes mit der Kurie noch immer nur lückenhaft bekannt ist, wurden nicht die Bewerber um die deutsche Krone in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Kurfürsten, welche die Krone zu vergeben hatten. Obwohl mehrfach Wiederholungen nicht vermieden werden konnten, schien eine durchgehend getrennte Besprechung der einzelnen Kurfürsten geboten; eine Zusammenfassung der spanisch oder französisch gesinnten Kurfürsten wäre meines Erachtens überhaupt nicht durchlaufend, eine gemeinsame Behandlung der rheinischen Kurfürsten nur auf Kosten der Klarheit möglich gewesen. Die Kandidatur Heinrichs VIII. ist nicht eingehend berücksichtigt, da die

Digitized by Google

Verhandlungen Maximilians mit dem englischen Könige bereits 1517 fallen gelassen, und englischerseits im Jahre 1519 die Bemühungen zu spät bei den Kurfürsten aufgenommen sind, als dass sie hätten Erfolg haben können. Die eigentlichen Bewerber blieben immer nur Franz und Karl. —

Archivalisches Material war nach der umfassenden Sammlung in den DRA für mich nicht neu zu hoffen. Immerhin sind für die Stellung des Pfälzers zwei Urkunden neu herangezogen (unter Abschn. Albrecht von Mainz zu Note 73, Abschnitt Ludwig von der Pfalz Note 73 f.), eine andere in Weimar nochmals von mir verglichen; für die mir gewährte freundliche Hülfe sage ich der Direktion des Sächsisch-Ernestinischen Gesamtarchivs auch hier meinen ergebensten Dank.

Stettin, Dezember 1900.

Bernhard Weicker.

Digitized by Google

Inhalt.

Einleitung. Vor Maximilians Tod . . . S. 1

Bedeutung der Wahl; Berechtigung zu neuer Behandlung S. 1. — Rückblick auf die Vorjahre: Trier S. 2. Brandenburg: Frühjahr 1517 S. 3. Verträge zu Abbeville und zu Berlin, Beibrief, Zahlung in Sonnenkronen S. 4; Joachim und Maximilian Frühjahr 1518 S. 8; Augsburger Zusagen S. 9. Mainz S. 11. Pfalz S. 13. Köln S. 15. — Maximilians Abmachungen mit den vier Kurfürsten: Nachrichten nach Spanien S. 15.

I. Teil. Bis zur Frankfurter Wahltagung.

I. Kurfürst Joachim von Brandenburg . . S. 20

Franz I. Herbst 1518 S. 20. Joachim September bis Dezember 1518 S. 21. Verhandlung Moltzans, Entwurf eines Wahlversprechens Anfang Januar 1519 S. 23—32. — Werbung Joachims bei Albrecht S. 32. Zusammenkunft mit Albrecht in Halle 31. Januar bis 2. Februar: Ladung S. 33; Nachrichten durch Kesinger S. 34; ein Vorschlag Joachims S. 35; die Stellung der Brüder S. 36, ihre Forderungen S. 40. — Die Brüder mit Friedrich von Sachsen in Naumburg am 3. Februar S. 44. — Neue Briefe von Fugger S. 47. Brief von Albrecht S. 51. Sendung zum Kölner S. 52. „Täglich neue Wünsche" S. 55. — Bescheid aus Augsburg S. 56. Erwiderung S. 58. Nachricht von Albrecht am 4. März S. 60. — Neue Anknüpfung mit den Franzosen: J.'s Forderungen S. 61, Verhandlungen und

Digitized by Google

Ergebnis S. 62. Ranke und Droysen über die Statthalterschaft S. 66. Neuer Entwurf eines Stimmversprechens S. 68. Neue Nachrichten von Albrecht und Armersdorf am 8. März S. 69; Joachims Antworten S. 70. Moltzan über den Kurfürsten S. 71. Joachims Verhandlung für Albrecht S. 72. — Französische Stellung zu J.'s Forderungen S. 73. — Joachim im Laufe des März: Zusammenkunft mit Heinrich von Lüneburg S. 76. Zweite Sendung zum Kölner (nach Wesel) S. 77. — Stellung zu Sachsen S. 80. — Abschluss mit Frankreich: Nachricht von den Franzosen S. 82, vermutlich auch von Mainz S. 84; das Wahlversprechen vom 8. April S. 85. — Nachricht aus Wesel, Abfall Albrechts S. 87; J.'s Stellung zu dem Bruder S. 88. — Empfehlung französischer Rüstungen S. 91. — Weitere Stellung zu Sachsen S. 96. — Die spanische Gesandtschaft bei Joachim: Empfang S. 98, Forderungen S. 102, Gegenleistung? S. 103. — Neue Briefe an die Franzosen S. 104, an den Kölner 105. Heinrich von Lüneburg; die Rüstung S. 106. — Die Reise zur Wahl S. 107. Begegnung mit Bonnivet in Gelnhausen S. 108; Einritt in Frankfurt; Werbung bei dem Landgrafen von Hessen S. 109.

II. Kardinal Albrecht von Mainz . . . . . S. 112

Von Augsburg bis zur Vakanz S. 112. — Erste Schritte nach des Kaisers Tode: Beziehung zu Sachsen, Aufnahme Kesingers S. 117. — Zusammenkunft in Halle S. 119, Naumburg S. 120. — Reise zum Rhein; Brief an Joachim S. 121. Ausschreibung der Wahl S. 122. — Begegnung mit dem Pfälzer S. 122. Gesandte der Regentin S. 124. — Armersdorf in Aschaffenburg: Verhandlungen S. 124. Nachricht an Joachim S. 128. Ein Brief vom Pfälzer S. 130. Forderung einer obligation générale S. 134. — Albrecht beim Trierer S. 134. Plan eines rheinischen Kurfürstentages S. 135. — Albrecht wirbt beim Kölner; habsburgisch bis Mitte März S. 136. — Kurze Schwankung nach dem 15. März S. 138. — Neuer Abschluss mit habsburgischen Gesandten S. 139; der päpstliche Legat S. 140. — Der rheinische Kurfürstentag in Oberwesel: Die Teilnehmer S. 141. Abwehr päpstlicher Ansprüche und Landfriedenseinung S. 144.

Digitized by Google

Albrechts Haltung: Misserfolg eines französischen Agenten; Nachricht aus Augsburg? S. 145. Einung für Karl S. 146. Ausblick auf die Stellung des Pfälzers S. 148. — Verhältnis zu Friedrich von Sachsen und zu Joachim S. 149. — Entschieden für Karl S. 150. — Nachrichten vom Brandenburger und Pfälzer S. 152. Bitte um eine Lettre de décharge von Franz S. 152. Schreiben an Karls Kommissare, Nachricht von den Franzosen S. 153. Begegnung mit den Kommissaren in Esslingen, mit dem Pfälzer in Speier; Brief an den Kölner S. 154. Ausblick auf Mainz und Frankfurt S. 155.

III. Kurfürst Ludwig von der Pfalz . . . . S. 156

Die Lage nach dem Augsburger Reichstag S. 156. Erste Verhandlung der Franzosen nach des Kaisers Tod S. 157. — Nachricht von den übrigen Kurfürsten S. 159. Zusammenkunft mit Albrecht S. 161. — Empfang Armersdorfs S. 161. Verhandlungen in Schwaben S. 162. Gesandte der Regentin bei Pfalzgraf Friedrich S. 163. Antwort aus Frankreich S. 164. — L. empfängt Räte des Innsbrucker Regiments S. 165; — weist französische Verhandlungen nicht ab S. 168, — unterhandelt mit Graf Nassau in Wesel und Mainz S. 170. Rede Ludwigs in Wesel S. 172. Bemühungen der französischen Partei daselbst S. 173. — Die Dinge in Würtemberg; weitere Anknüpfung mit Frankreich S. 174, verzögert durch den Tod der Kurfürstin S. 177. Die Habsburger Entschädigung für Hagenau ist am 1. Mai nicht zur Stelle S. 177. Der pfälzische Kanzler verhandelt mit Bonnivet in Verganville S. 178, und weiter in Coblenz S. 180. — Einladung Albrechts nach Heidelberg; ihre Datierung S. 183. Zusammenkunft in Speier; Karls Kommissare in Heidelberg; Armersdorfs Angaben S. 184. — Ob Ludwig an der Vorversammlung in Mainz teilnahm? S. 186.

IV. Kurfürst Hermann von Köln . . . . . S. 184

Anfänglich für Habsburg S. 189, für Franz umworben durch den Herzog von Geldern, für Karl durch Graf Nassau im

Digitized by Google

Februar S. 190, von Augsburg her durch Dr. Lamparter S. 191. In Beziehung zum Mainzer S. 191, zu rheinischen Grafen S. 193. — Im März: Der brandenburgische Gesandte S. 193, Armersdorf in Bonn; Richard von Trier und Bazoges S. 196; Graf Nassau S. 197. Zweite Werbung Joachims S. 200. — Der Kurfürst in Wesel, von Trier und Mainz umworben S. 201, gegen Joachim doch nicht ganz ablehnend S. 202. — Trier, der päpstliche Gesandte und Joachim drängen weiter im Mai; Orval erhält Audienzen S. 203; der Erfolg ist zweifelhaft S. 204. — Einladungen Joachims und Albrechts S. 206. In Mainz nur auf kurze Zeit S. 207.

V. Kurfürst Richard von Trier . . . . . S. 208

Französische Angebote bis Jan. 1519 S. 208. Verhandlung La Vernades Februar 1519 S. 209. — Gesandte Margaretas in Coblenz. Trierer Räte S. 211. — Besuch Albrechts S. 213. Zusammenkunft mit Bonnivet in Trier 14. März S. 214. Armersdorf in Trier 19. März. Niederländische Gesandte S. 216. — Richards weitere Bemühungen für Franz: in Wesel S. 218. Der Trierer Kanzler in Nancy 7. Mai S. 219. Orval in Coblenz 13. Mai. Richard empfiehlt Vorsicht bei drei Artikeln. Lettre de relaxion S. 220. Audienz Orvals, Bonnivets und Guillarts 18. Mai, Vollmacht zur Truppenwerbung S. 222. — In Mainz 6. Juni S. 223.

VI. Kurfürst Friedrich von Sachsen . . . . S. 224

Albrecht und Friedrich S. 224. Werbung von Augsburg durch Kesinger S. 225. Naumburger Anträge S. 226. Gerüchte über Joachim, über Ungarn S. 227. — Briefe Heinrichs von Lüneburg: Bitte um Zusammenkunft, Absage S. 227. „Ja kein Oestreicher" S. 228. Friedrich solle Kaiser oder König werden S. 229. Brandenburg S. 230. — Bescheid über seine Anträge von Albrecht S. 230. — Habsburgische Gesandtschaft (Mansfeldt) 19. März S. 231. — Französische Gesandtschaft (Tavannes und Surye) S. 232. — Zweite habsburgische Werbung 5. April S. 234. — Brief Kur-

Digitized by Google

fürst Joachims vom 16. März S. 234. — Korrespondenz mit Albrecht S. 236. — Neue Nachrichten von Joachim 9. und 20. April S. 238. — Nachrichten über des Lüneburgers Umtriebe. Schreiben an ihn. Antwort Heinrichs S. 239. — Neue französische Gesandtschaft (Bazoges) S. 240. — Habsburgische Gesandtschaft: Anfrage Nassaus S. 241. Reichs-Regiment in Aussicht? S. 242. Die habsburgischen Gesandten in Lochau 9. Mai, in Weimar 13. Mai S. 243. — Vikariatsausschreiben; neue Besorgnisse S. 245. Schreiben Heinrichs von Lüneburg S. 247. Reise zur Wahl S. 248. Brief Zieglers über habsburgische Rüstungen, über den Papst S. 248, über die Böhmen S. 249. Ankunft in Frankfurt S. 249.

VII. Die böhmische Kurstimme . . . . . S. 251

Wiener Vertrag S. 251.

Die Verhandlungen in Ungarn . . . . . S. 253

Habsburger Bemühungen (Februar-März) S. 253 — Cuspinians und Saurers Wirken seit Anfang April: Erster Vortrag vor König Ludwig; Wirkung S. 256. — Zwischenkunft von drei Gesandten, 1. aus Böhmen Dr. Wenzel v. Werhartic; seine Forderungen S. 259; 2. aus Frankreich, 3. aus Polen S. 261. Neue Audienz der habsburgischen Gesandten S. 262. Abschied Dr. Werhartics S. 266. Sendung des Propstes Balbus nach Polen, Horwarths nach Böhmen S. 267, Ludwigs Brief an die Böhmen S. 268, Abreise Cuspinians S. 273. — Ludwig beglaubigt Gesandte der böhmischen Stände S. 273. Roeslers Darstellung S. 275. — Ludwigs Stellung zu König Sigismund S. 276.

Sigismund von Polen . . . . . S. 278

Des Königs Stellung zu den Bewerbern (nach Roesler) S. 278. — Sendung von Augsburg S. 279, von Frankreich S. 280. — Brief an Ludwig, 9. April, S. 283, an die Böhmen S. 284. — Brief des Erzbischofs von Gran S. 286, und Peters

Digitized by Google

von Rosenberg S. 287. — Ankunft des Balbus. Brief an Karls Kommissare S. 287. — Neue Wünsche Ludwigs S. 288. Sigismunds Wahlinstruktion S. 289.

Die böhmischen Stände . . . . . S. 290

Wahlcitation S. 290. Schreiben Wenzels von Kolowrat. Der Ständetag S. 291. — Rückkehr des Werhartic, Ludwigs Brief vom 28. April S. 293, Sigismund S. 294. — Stellung der Böhmen zu den Bewerbern S. 294. — Reise zur Wahl. Beschlüsse der Kurfürsten vom 14. und 15. Juni S. 297. Die Polen S. 300.

II. Teil. In Mainz und Frankfurt.

I. Die Entscheidung über das Oberhaupt . S. 301

Rückblick S. 301. — Verhandlungen in Mainz: Joachim S. 303. Richard S. 304. Albrecht S. 306. Ein Ultimatum des Mainzers, Kölners, Pfälzers an Karls Unterhändler (Nacht vom 7. zum 8. Juni) S. 307. Karls Kommissare in Mainz. Vorbemerkung über die Mainzer Artikel S. 310.

Die Frankfurter Tagung. Vereinzelte Notizen: Einlass Graf Wertheims. Nachricht vom fränkischen Adel aus Schweinfurt S. 310. Verlesung französischer und spanischer Zuschriften S. 313. — Einige Sonderfragen: Die kurfürstlichen Räte am 14. Juni: Ueber eine hessische Anfrage, über den Einlass von Boten, über den sächsischen Antrag auf eine Zusammenkunft der Kurfürsten vor der Wahl S. 315. — Entscheidung der Kurfürsten über die böhmische Stimme (16. Juni) S. 317. — Frankfurter Eidesleistung, Verkehr nach aussen S. 321. — Erste Heilige Geist-Messe. Aufschub der Wahl S. 323. — Nochmals die böhmische Stimme S. 323. Die Ungarn und Böhmen bei Karls Kommissaren S. 324.

Die Stellung der einzelnen Kurfürsten: Pfalz S. 325, Mainz S. 329, Brandenburg S. 330–334, Köln S. 331, Pfalz, Böhmen S. 332, Sachsen S. 333. — Aussichten am 18.—20. Juni (mit Exkurs über Sabinus) S. 336. —

Digitized by Google

Angebot der Krone an Friedrich von Sachsen S. 345. Bedenken Albrechts, wer gewählt werden solle S. 346. Der päpstliche Gesandte an Friedrich S. 348, Bonnivet an Friedrich S. 349. — Bonnivet und der Pfälzer S. 352. — Wendung der päpstlichen Politik S. 354.

Der Tag vor der Wahl: Zweite Eidesleistung des Böhmen. Keine Probewahl S. 355. Grund des Aufschubs der Wahl S. 360. — Der Wahltag, 28. Juni S. 364: Kurfürst Joachim in der Bartholomäuskirche; — das Konklave S. 365. Mitteilung an die Kommissare S. 367. Volksjubel S. 368.

II. Die Wahlverschreibung . . . . . S. 369

Roeslers Ansicht S. 369. — Artikel gegen päpstliche Auflagen und gegen Zollfreiungen zu Ungunsten der rheinischen Kurfürsten S. 371. Die übrigen Mainzer Artikel S. 373. — Möglicher Einfluss des sächsischen Antrags S. 374. — Was das brandenburgisch-kölnische Gutachten ergiebt S. 375. Nachweis von Verhandlungen über die Wahlverschreibung um den 20. Juni S. 379. Verhandlungen nach der Wahl S. 381. — Gliederung der Wahlverschreibung S. 384. — Die einzelnen Artikel im Vergleich mit ihren Vorlagen: Fried und Recht; Regiment S. 387. Schutz der Reichsstände im Besitz; Eid S. 388. Recht der Kurfürsten zusammenzukommen S. 389. Oeffentliche Sicherheit S. 390. Stellung des Erwählten zum Reich: Beschränkung des Bündnisrechts S. 390. Schutz der Reichsglieder, des Reichsbesitzes S. 391. Keine fremden Truppen ins Reich, weniger Reichstage! S. 392. — Eigenart deutscher Verwaltung S. 393. Erleichterung der Lasten S. 394. Ordentliches Gericht S. 395. Wahrung der Machtmittel des Reichs S. 396. Kein Erbrecht S. 397. Erster Hoftag und häufige Residenz im Reich S. 398. — Abweichung von den Vorlagen zu Gunsten der nicht kurfürstlichen Stände S. 398. — Zeitfolge der Aenderungen in Hss. *D* und *W* S. 400. Aenderungen in Hs. *D* von zweiter Hand S. 401. — Die „sechs" Kurfürsten S. 402. Die Bemerkung Nota in dem Entwurf *D*. Möglichkeit einer Aeusserung der Kommissare zur Wahlverschreibung vor der Wahl S. 404. Einige Aenderungen sicher kurz vor der Wahl S. 406.

Digitized by Google

Ueberblick über die wesentlichen Ergebnisse . S. 407

Berichtigungen . . . . . S. 410

Exkurs I (zu S. 10) Versprechungen Maximilians an Joachim, August 1518 S. I. — Exkurs II (zu S. 17) Der Papst im Herbst 1518 S. II. — Exkurs III (zu S. 27, Anm. 26) Discours pour le Roy Francois I qu'il estait le plus capable d'estre eslu empereur S. IV. — Exkurs IV (zu S. 41 f.) Hallische Forderungen Joachims S. VII. — Exkurs V (zu S. 62) Zu Joachims Verhandlungen mit den Franzosen im März S. XIII.

Digitized by Google

Die Stellung der Kurfürsten

zur

Wahl Karls V. im Jahr 1519.

Digitized by Google

Vor Maximilians Tod.

Der östreichisch-französische Gegensatz, der sich bereits durch den Eintritt Kaiser Maximilians I. in die heilige Liga ankündigte, fand 1515 in Folge des glänzenden französischen Siegs bei Marignano doch nur einen vorläufigen Austrag durch die Ueberlassung Mailands an Franz I. von Frankreich. Denn mehr und mehr drohte für dieses eine andre Gefahr: ein plötzliches Abscheiden Maximilians, womit bei dem hohen Alter des Kaisers stets gerechnet werden musste. Dann nämlich erbte sein Enkel, König Karl von Spanien und Neapel zu diesen Landen, auch den niederländischen und östreichischen Besitz des Kaisers. Schon lange vor Maximilians Tod suchte daher König Franz wenigstens der Wahl eines neuen Habsburgers auf den deutschen Thron vorzubeugen, während Maximilian auch hier ihm entgegenarbeitete und seinem Enkel zu den übrigen auch die schon im dritten Geschlecht beim Habsburger Hause befindliche Krone des deutschen Wahlreichs zu verschaffen dachte. Beide Parteien umwarben seit 1516/17 die deutschen Kurfürsten durch Verheissungen und klingende Münze, als am 12. Januar 1519 Kaiser Max starb; nun begannen die Rivalen selbst den Wettbewerb. Die Stellung der einzelnen Kurfürsten zu ihnen erscheint, wie H. v. Sybel im Vorwort zum ersten Band der Reichstagsakten unter Karl V. bemerkt,[1] durch diese

1. Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe I. Bd. Reichstagsakten unter Karl V. I. Bd. bearbeitet von Kluckhohn. Gotha 1883. S. III. Das Werk wird künftig citiert DRA. I.

Digitized by Google

neue Materialsammlung gegen die frühere Auffassung vielfach in anderm Lichte. Eine Verarbeitung ist um so nötiger, als nicht lange vor dem Erscheinen der Reichstagsakten Baumgarten in seiner Geschichte Karls V.[2] glaubte, unter Bezugnahme auf Roeslers „vortreffliches Werk" über die Kaiserwahl Karls V.[3] sich selbst einer Darstellung der Bemühungen um die kurfürstlichen Stimmen enthalten zu dürfen. Sie sind, soweit sie in die Jahre 1517 bis 1518 fallen, von Kluckhohn in der Einleitung behandelt, sodass es hier nur einer leichten Skizze derselben bedarf.

Am frühesten finden sich französische Bemühungen um die Trierer Kurstimme. Denn, wenn Erzbischof Richard von Greifenklau Ende des Jahres 1516 „wegen der so wichtigen Sache" vom französischen Könige eine jährliche Pension in Höhe von 6000 Frs. erbittet, handelt es sich gewiss um den Kaufpreis für die Trierer Kurstimme; wir dürfen aber die erste, vielleicht absichtlich verborgen gehaltene Anregung mit Kluckhohn gegenüber Mignet[5] wohl auf französischer Seite suchen. Richard hielt seitdem mit seltener Beständigkeit bei der französischen Partei aus. Noch anderthalb Jahre später, vom Augsburger Reichstag des Jahres 1518, den Maximilian angeblich zur Beratung der Türkengefahr berufen hatte, aber seit der Eröffnung Ende Juni zum guten Teil benutzte, die kurfürstlichen Stimmen für seinen Enkel zu gewinnen, gab Erzbischof Richard König Franz Nachrichten über die

2. Baumgarten, Gesch. Karls V. I. Band. Stuttgart. 1885. S. 112 A.

3. R. Roesler, Die Kaiserwahl Karls V. Wien 1868.

4. DRA. I Einl. Kluckhohns S. 21 ff. Dort die genaueren Vertragsbedingungen.

5. Mignet, Rivalité entre François I et Charles V. Paris 1875 (S. 124); ebenso vorher Mignet, Une élection à l'empire. Revue des deux mondes 1854. V. Hiergegen DRA I. S. 21 A. 2.

Digitized by Google

Schritte der andern Kurfürsten. Dennoch soll er auch dem Kaiser den Besuch eines Wahltags, den dieser für das Frühjahr 1519 einzuberufen gedachte, in Aussicht gestellt, ja nach einer allerdings vereinzelt stehenden Angabe des meist gut unterrichteten Minio seine Stimme für Karl an Maximilian versprochen haben,[6] wie sich denn noch im Jahr 1519 bisweilen freundliche Beziehungen, wenn auch nicht vom Kurfürsten selbst, so doch von Trierer Hofbeamten, zur östreichischen Partei finden.

Nächst Trier ging Kurfürst Joachim von Brandenburg Verhandlungen mit Frankreich ein.[7] An ihn brachte vor dem 23. April 1517 zu Cölln a. d. Spree Joachim Moltzan,[8] ein mecklenburgischer Edelmann in französischen Diensten, zunächst die Werbung um ein Bündnis. Auch über eine spätere Heirat zwischen dem jungen brandenburgischen Kurprinzen und der damals sieben Jahre alten Schwägerin des französischen Königs, Prinzessin Renata, ward bereits verhandelt, ohne dass wir wüssten, von welcher Seite die Anregung gegeben ist. Vielleicht steht mit dieser Verhandlung in Zusammenhang, dass Moltzan damals, obwohl französischer Agent, auch brandenburgischer Rat wurde[9] und dem Kurfürsten „als

6. Voltelini, Die Bestrebungen Maximilians um die Kaiserkrone 1518. Mitt. des Inst. für östr. Geschichtskunde, S. 52. Minio 16. X. 1518 nach Sanuto 26,111.

7. Die Verhandlungen Joachims mit Frankreich nach DRA. I. S. 29—44.

8. Eine Lebensskizze des während der ersten Hälfte des Jahrhunderts an vielen Höfen beschäftigten Unterhändlers gab Lisch, Jahrb. des Vereins für Mecklenb. Gesch. Jahrg. 20. 1855. Vergl. DRA. I. S. 29 A.

9. Moltzan an den Kurfürsten 22. 4. 1517 DRA. I, S. 32, Zle. 29 ex quo nunc e. v. consiliarius sum. Ein nahes Verhältnis des Kurfürsten zu Moltzan tritt ferner hervor in einem Brief des Kurfürsten an ihn vom 1. Mai 1517 (DRA. I. S. 33, Zle. 27): „Und woe du bei uns mit der vererung deins hern erscheinen wurdest,

Digitized by Google

einem künftigen Verwandten des Königs" auf eine höhere Pension als die sonst für gleichstehende Fürsten üblichen 8000 libr. Tur. Hoffnung machte. Mai 1517 gingen mit ihm auf seinen Vorschlag brandenburgische Gesandte nach Frankreich,[10] denen am 27. Juni zu Abbeville eine Einigung über das Bündnis gelang, nicht ebenso über die Heirat, sodass über diese erst ein neuer französischer Gesandter, der Herr von Marigny, im August in Berlin zu einem vorläufigen Abschluss kommen konnte. Im August 1517 verpflichtete sich denn auch Kurfürst Joachim selbst, wie vorher für ihn seine Gesandten, wenn er bei einer Kaiserwahl nach Maximilians Tod aus dem Stimmenverhältnis sähe, dass er dem französischen Könige nützen könne, dies nicht zu unterlassen: eine Verpflichtung nicht ohne Klausel, doch immerhin ohne die Bedingung, dass eine bestimmte Zahl Kurfürsten vor ihm für Franz gestimmt haben müsste. Das Bündnis sicherte weiter dem französischen Könige für seine Kämpfe die Unterstützung des Brandenburgers und seines Sohnes mit einer ihren Kräften entsprechenden Truppenzahl, für die dem Könige die Kosten zur Last fallen sollten. Die Kriege sollten nach dem Vertrag nicht gegen den Papst, die Kirche, das Reich und andere deutsche Fürsten gerichtet sein; nicht mehr ausgenommen war schon im Abbeviller Vertrage, wie es in einem Brandenburger Entwurfe noch geschehen war, der Kaiser

---

so vil die statlicher sein wirt, so vil sol dein teil auch deste besser sein , . . . Vergl. auch DRA. I. S. 34, Zle. 26. — August 1517 nach Schluss der Verhandlungen erhielt Moltzan von Joachim reiche Belohnung. Später hat Moltzans Benehmen den Argwohn der französischen Wahlleiter erregt DRA. I. S. 498. (Bonnivet und Guillart an König Franz. 28. III. 1519.)

19. DRA. I. S. 34. Mit dieser Sendung setzen Mignets (Rivalité, S. 125) und Roeslers (S. 27) Darstellungen ein und geben Brandenburg so fälschlich die Initiative.

Digitized by Google

persönlich:[11] wurde etwa ein ausserdeutscher Fürst zum römischen König gewählt — und Karl konnte vielleicht, obwohl er ja Erzherzog von Oestreich und Herzog von Brabant war, auch als solcher angesehen werden —, so mochte das Bündnis auch gegen ihn gelten. Als Gegenleistung wurden vom Könige schliesslich eine lebenslängliche Pension von 12000 libr. Tur., und zwar 8000 libr. Tur. für den Kurfürsten, 4000 libr. Tur. für den Kurprinzen angeboten. Jetzt im August 1517 verlangte der Kurfürst in einem Beibrief, dass diese 12000 libr. Tur. statt in Goldgulden (8000 Gl.) in Sonnenkronen (6000 Sonnenkr.) ausgezahlt werden möchten,[12] und zwar nicht als zwei getrennte Pensionen, sondern als gemeinsame Pension für sich und den Kurprinzen, und nicht nur für seine und des Königs, sondern auch des Kurprinzen Lebenszeit, wodurch er sich selbst die Einziehung des kurprinzlichen Anteils ermöglichte, dem Kurprinzen aber auch für später die fortdauernde Auszahlung der auf ihn, den Vater, entfallenden 8000 libr. Tur. sicherte. Auch die Höhe der einzelnen Posten der Mitgift müssen hier genannt sein, da ebenso von spanischer Seite eine Prinzessin als Gemahlin verheissen wurde und der Kurfürst, der einmal der Vater alles Geizes

---

11. DRA. I. S. 36, Z. 15.

12. Es wurden vom Kurfürsten selbst in einer Rede März 1519 (DRA. I. S. 396 A. 3.) drei Sonnenkronen augenscheinlich zu vier Gulden (fl) gerechnet. Die Rede weiss in Artikel 2 und 3 von einer festgesetzten Mitgift von 200 000 Gl., einem Abzichtgeld von 100 000 Gl., wiewohl früher d. h. im Vertrage von 1517 nur von 150 000 escus Mitgift und 75 000 escus Abzichtgeld geredet war. (DRA I. S. 40). Dies Verhältnis passt auch auf die Pension. DRA I. S. 38 A. 3 spricht von einer Pension von 6000 escus; N. 110 Art. 1 setzt als Pension, die gesteigert werden soll, 8000 Gl. voraus. — Dagegen ist das Verhältnis der Sonnenkrone zum Franken (libra Turonensis) wie 2: 1. (vergl. DRA. I. S. 38 A. 3 und S. 36 Text; ein zweites Beispiel bietet S. 23, Zle. 5).

Digitized by Google

genannt wird, oft die Angebote der Parteien durch einander überbieten liess.[13] König Franz, welcher schon im Juni eine Mitgift („dos", „Heiratgeld") von 150000 Skr. — 100000 am Tag der Eheschliessung, 50000 für weitere fünf Jahre in fünf Raten zahlbar — zugesagt hatte, willigte jetzt ein, dass diese schon in drei Jahren abgezahlt werden sollten, ja er bot weitere 50000 escus, und zwar anscheinend als Entschädigung für den Verzicht auf die Erbfolge in Frankreich, und steigerte dies Angebot auf 75000 escus sogenannte renunctiatio, in sieben Jahren zahlbar. Von der Mitgift sollten im Fall, dass Prinzessin Renata vor Joachim dem Jüngern stürbe, zwei Drittel an den König von Frankreich, ein Drittel an den Markgrafen oder seinen Erben fallen. Das Eheversprechen sollte nur in dem unwahrscheinlichen Falle nicht gelten, dass eine Bestimmung des spanisch-französischen Vertrages von Noyon vom 13. August 1516 in Kraft träte. Nach diesem war nämlich, wenn eine damals geplante Heirat Karls mit anderen französischen Prinzessinnen durch deren Tod hinfällig würde, in dritter Linie auch Prinzessin Renata zu

13. Wenn wir hier wie bei den meisten Fürsten jener Zeit ein wahres Feilschen um Entschädigungen, Pensionen, „Handsalben" sehen, haben wir es mit einer bösen Unsitte zu thun, dürfen aber nicht dem einzelnen den Vorwurf besonderer Verworfenheit machen. So führte Roesler (S. 24—25; aufgenommen von Ulmann, Kaiser Maximilian I. 2. Bd. S. 696) bereits 1868 gegen Mignet (Revue des deux Mondes 1854 V) aus. Höfler spricht trotzdem 1873 (Höfler, Karls I. von Aragon und Castilien Wahl zum römischen König 28. Juni 1519. S. B. der K. K. Akad. zu Wien. Phil.-hist. Kl. 1873. Bd. 74, S. 45. Vergl. Baumgarten in den Forsch. z. d. Gesch. 23, S. 524) von einer „Versteigerung der Krone der Ottonen durch das hohenzollernsche Brüderpaar," das „an Schmutz, Geiz, Habsucht einander gleich, über die fünf Kollegen bei weitem an sittlicher Verkommenheit emporragte." (l. 5. S. 115, vergl. S. 71. 90. 118.)

Digitized by Google

Karls Gemahlin bestimmt.[14] Der Kurfürst hatte am 17. August Bündnis und Wahlversprechen bestätigt.[15] Indes der Austausch der Urkunden ward nicht vollendet, auch Marigny und Moltzan haben anscheinend keine Urkunde des Königs über die Pension, sondern nur ein Versprechen gebracht; die Ratifikation durch Franz verzögerte sich wegen der Reisen des vergnügungsliebenden Königs bis zum 21. Dezember 1517.

Inzwischen gab es aber für Joachim nicht weniger auch Beziehungen zu Habsburg.[16] Er selbst hatte Ende August den Abschluss in Sachen der französischen Heirat dem Kaiser angezeigt, freilich auch entgegen der Wahrheit mitgeteilt, er habe mit Franz nichts gehandelt, was er nicht im Frühjahr dem Kaiser selbst angezeigt habe.[17] Andrerseits hatte der Kaiser von seinem Enkel seit dem Herbste die Zusage, sich um die Krone bewerben zu wollen. Karl hatte dabei seinen Rat Villinger beauftragt, mit den Räten des Kaisers Ribeaupierre, Michael Wolkenstein, Hans Renner für seine Wahl zu wirken. Freilich konnte nun der Kaiser dem Kurfürsten Nov. 1517 durch den nach Berlin entsandten Markgrafen Casimir von

14. Du Mont, C. Diplom. IV, 226. Das brand. Heiratsbündnis Riedel, Codex Dipl. Brand. Abt. 3. III, 264.

15. DR A. I. S. 39 A. 3. Roesler S. 27. Wozu die Worte Höflers (l. c. S. 87—88): „Es ist bezeichnend, dass dieser Landesverrat in dem Jahre stattfand, in dem die deutsche Glaubensspaltung begann.“ ?

16. Die Verhandlungen mit Maximilian DRA. I. S. 61—67.

17. Vergl. DRA. I. S. 64. Nach einem brandenburgischen Entschuldigungsschreiben vom Jahre 1520 will Joachim im Frühjahr 1517 bereits Maximilian gebeten haben, seinem Sohne Karls Schwester Katharina zur Gemahlin zu geben, er sei aber mit Vertröstung aufgehalten. Wir können die Nachricht nicht prüfen, neigen aber eher dazu, die Angabe des gegenüber Karl in starker Verlegenheit befindlichen Fürsten zu bezweifeln.

Digitized by Google

Brandenburg-Culmbach zunächst nur in Aussicht stellen, dass er König Karl zu einer reichlichen Verehrung für Joachim veranlassen werde, wenn er ihm seine Stimme schriftlich verspreche. Casimir hatte dabei Karls Jugend, Macht und Geschicklichkeit, besonders aber seine Zugehörigkeit zum deutschen Fürstenstande zu rühmen. Nach anfänglicher Weigerung versprach der Kurfürst, vielleicht weil gerade im Herbst und Winter 1517 sich die französische Ratifikation verzögerte, auf einem Wahltage zu erscheinen, weiter freilich nur „dasjenige, das die anderen Kurfürsten daselbst . . . vor gut und nutz dem heiligen Reiche ansehen werden, nicht hindern, sondern . . . treulich fordern" zu helfen. Eine Verehrung „um der Wahl willen" wies er ab, wusste aber eine Pension oder einen Sold, den ihm der spanische König „ausserhalb des" . . . „seiner Dienst halben" geben würde," nicht abzuschlagen.

Maximilian machte ihm wohl daraufhin im Februar 1518 wieder durch Casimir die Verheissung von 8000 Gl. jährlicher Pension und das Angebot: er wolle, falls König Franz die verabredete Heirat nicht halte, dem Kurprinzen Karls Schwester Katharina verheiraten. Die fernere Haltung Joachims in der ersten Hälfte des Jahres 1518 ist noch nicht voll aufgeklärt. Auf die erneute Werbung des Kaisers gab er am 19. Febr. 1518 Antwort, als auch Moltzan — wohl mit der französischen Ratifikation vom 21. Dez. 1517 — wieder in Berlin war.[18] Joachim hielt es jetzt nicht mehr für nötig, nach Augsburg auf den Reichstag zu gehen, denn eine Wahl könne ja dort nicht stattfinden, erklärte sich dann aber, auf seinen Vorteil bedacht, doch bereit, falls er dem Kaiser damit besonders zu Willen sei. Indes fehlte nicht der Zusatz: „wenn ich alsdann mit dem versorgt werde von irer Mt, das dazu gehört . . . . denn ohne das wollt es mir nicht gelegen

18. DRA. I. S. 43 Zle. 13. DRA. I. S. 67. A. 1.

Digitized by Google

sein.“ Mit viel grösserem Eifer aber hatte er mit den Franzosen unterhandelt und ihnen die Bestrebungen Maximilians mitgeteilt, „es sei kein Stund zu feiern.[19]“ So schrieb er trotz der Verzögerung der französischen Ratifikation und trotz unklarer Nachrichten schon am 9. Jan. 1518. Im Februar verlangte er zwar auch von den Franzosen wieder detractiones und additiones, vielleicht pochend auf Maximilians zweite Angebote; dennoch aber verhandelte er in ihrem Interesse mit seinem Bruder, dem Erzbischof Albrecht von Mainz. Er erhielt von diesem freilich am 11. März endgültig einen „stumpfen Abschlag.“ Diese Stellungnahme des Bruders, weitere Erkundigungen im Anfang Juni und vielleicht die Zusage Maximilians vom 3. Juni,[20] dass er ihm „mit Geld an der Zahlung erschiessen wollte,“ dazu eine Erneuerung der alten Verheissungen machten Joachim am 22. Juni zu der Erklärung bereit, auf dem Reichstag zu erscheinen.

Indes wohl nur aus Klugheit wies der vorsichtige Herr den Kaiser nicht ganz ab; noch auf der Reise und in den ersten Tagen des Aufenthalts zu Augsburg, wo er erst am 9. August ankam, erhielt er den französischen König, dessen Gesandten am Reichstag und den Erzbischof von Trier im Glauben an seine Treue. Dann aber liess er sich doch — formell wenigstens — völlig für den Kaiser gewinnen:[21] ein Vertrag verpflichtete ihn wie drei andre Kurfürsten, dem spanischen Könige seine Stimme zu geben, und zwar sollte dies dem Kaiser gegebene Versprechen so viel gelten, als habe Joachim die Wahl Karls schon vollzogen.[22] Die Heirat des Kurprinzen mit Karls Schwester Katharina sollte die französische ersetzen.[23]

19. DRA. I. S. 42. Kurfürst Joachim an Moltzan. 9. I. 1518.
20. DRA. I. S. 87—88.
21. DRA. I. S. 103 ff.
22. DRA. I. S. 109.
23. DRA. I. S. 106 A. 1.

Digitized by Google

Joachim erhielt dafür, wie es scheint,[24] eine Verehrung von 30 000 Gl. und der Kurprinz eine Mitgift von 300 000 Gl., von denen 50 000 Gl. nach der Wahl zugleich mit der Verehrung, der Rest bei der Uebergabe Katharinas Cantate 1520 zahlbar sein sollten. Vorteilhaft war hierbei gegenüber dem französischen Angebote, dass an Katharina, falls sie Joachim den Jüngern überleben würde, von Brandenburg nur 12 000 Gl. gezahlt werden sollten, für Renata waren neben zwei Schlössern noch 17 000 Gl. ausbedungen. Ebenso ward erreicht, dass 100 000 Gl., also nur ein Drittel der Mitgift an Karl zurückfallen sollte, während die Franzosen noch auf dem Rückfall von zwei Dritteln bestanden hatten. Die Hauptsummen aber deckten sich; denn 150 000 Sonnenkronen Heiratgeld (= 200 000 Gl.) zusammen mit dem Abzichtgelde von 75 000 Sonnenkronen (= 100 000 Gl.) im französischen Vertrage entsprechen den 300 000 Gl. von spanischer Seite. —

Der Kaiser verpflichtete sich, die Ratifikation von Karl wie Katharina selbst baldigst auszuwirken, ebenso für 8000 Gl. Pension dem Kurfürsten eine Bürgschaft Antwerpens und Mechelns bis Weihnachten zuzustellen. Der Kaiser entwarf Urkunden, die ihn und Karl verpflichteten, Joachim und seinen Bruder Albrecht gegen Angriffe zu schützen. Alle Abmachungen aber sollten ungültig sein, falls die Wahl nicht bis zum ersten Mai 1519 erfolge.

Bei alledem aber hörte Joachim nicht auf, auch auf Frankreich zu sehen. Bereits Mitte August machte er vor dem Abschluss mit dem Kaiser dem französischen Gesandten die Mitteilung, dass die Sache für seinen Herrn schlecht stehe, der Kaiser habe bereits fünf Stimmen gegen zwei; indes könnten der Mainzer und die übrigen durch Geld wiedergewonnen werden, wenn es innerhalb

24. Die Begründung s. Exkurs I.

Digitized by Google

von 18 Tagen geschehe; er verschwieg dabei, dass auch er selbst vom Kaiser gewonnen sei. Den Grund für den Umschwung sieht Kluckhohn ausser den grösseren Vorteilen, die Maximilian damals bot, in dem von den Kaiserlichen geschickt ausgebeuteten Gerücht, dass die Prinzessin Renata dem Könige von Navarra oder dem Herzoge von Savoyen verlobt, Brandenburg also in der Heiratssache betrogen sei. Diese aber sah Joachim doch wohl auch wesentlich vom finanziellen Gesichtspunkte an. Von persönlichem Einflusse auf den Umschwung aber war, wie Joachim selbst hervorhebt,[25] auch der Bruder des Kurfürsten, Erzbischof Albrecht von Mainz. Seine Politik vor dem Jahre 1519 überschauen wir jetzt im Rückblick.

Auch Albrecht[26] war anfänglich am 17. September 1517 bereit zu einem Bündnis mit Franz; Ulrich von Hutten reiste nach Paris, um für Albrecht die Ratifikation der Bündnisurkunde zu erwirken, und übergab in Albrechts Namen das schriftliche Versprechen, Franz im Fall der Vakanz zu wählen.[27] Franz gewährte die Pension in der gewünschten, nicht sicher fest stehenden Höhe. Albrecht aber scheint, wie Kluckhohn meint, seinen Sinn geändert

---

25. DRA. I. S. 105 Zle. 2: eine Stelle der Rechtfertigungsschrift von 1520 und DRA. I. N 2. S. 144 Zle. 10. Instr. Joachims zu einer Werbung an Albrecht (etwa 11. I. 1519).

26. Näheres DRA. I. S. 44—47.

27. Huttens Rolle aber war dabei anscheinend lediglich die des Geschäftsträgers; über seine persönliche Stellung zu den nicht ganz reinen, weltlich politischen Händeln können wir nicht urteilen. Dies gegen Höfler l. c. S. 88. Wenn Lefranc (Bull. historique et littéraire de la Société du protestantisme français 1890. S. 184) in Abwehr beschimpfender, entstellender Angriffe Janssens meint, dass Hutten aus Widerwillen gegen derartige Sendungen bald zurückgekehrt sei, so ist das wohl auch zu viel gesagt, und weniger wahrscheinlich als Kluckhohns Vermutung (s. o.).

Digitized by Google

zu haben, als Hutten noch in Frankreich weilte, und zwar wohl bestimmt durch den Kaiser, der ja gerade in dieser Zeit sich auch an andere Kurfürsten wandte. Dass der Erzbischof seinem Bruder im März 1518 eine abschlägige Antwort gab, hörten wir bereits. In Augsburg liess er Moltzan auffordern, die Rückgabe seiner Verträge mit Franz zu erwirken; indes war er bereit, die französische Pension zu behalten, und das bedeutet wohl, er wollte das militärische Bündnis bestehen lassen. Eifrig aber war er thätig für den Kaiser. Diesem und dem spanischen Könige versprach er, letzteren zu wählen, freilich nur unter der Bedingung, dass vor ihm drei andere Kurfürsten sich für Karl entschieden hätten;[28] es sollte durch seine eigene Stimme die habsburgische Majorität gesichert sein. Albrecht ward damals zum Kardinal ernannt und wird geglaubt haben, der Kaiser habe ihm die Würde vom Papste erwirkt.[29] Maximilian selbst sicherte Albrecht zu eine Verehrung von 31000 Gl.[30] und eine jährliche Pension von 10000 Gl.[31] unter Bürgschaft von Antwerpen und Mecheln. Ausserdem sollte Karl versprechen, im Fall eines Angriffes wegen der Wahl ihn zu verteidigen und die Mainzer Privilegien aufrecht zu erhalten, endlich sich beim Papste zu verwenden, dass dieser den ehrgeizigen

---

28. DRA. I. S. 99 A. 5. Quinsonas, Matériaux pour servir à l'histoire de Marguerite d'Autriche. III, 255.

29. Nach der Meinung König Karls wäre die Ernennung thatsächlich auf französische Fürsprache beim Papst erfolgt. Karl an Maximilian. 15. IV. 1518. DRA. I. S. 75 Zle 24, vergl. S. 99 A. 1.

30. Roesler (S. 40), Mignet (S. 144): 52000 Gl. Vergl. darüber März 1519 und DRA. I. N. 246. Le Glay II, 438 Nassau und La Roche an König Karl. 23. April 1519. DRA. I. N. 186. Le Glay II, 376.

31. Roesler (S. 40), Mignet S. 144: 8000 Gl.

Digitized by Google

Kardinal auch noch zum Legaten a latere mache.[32] Alles sollte nur gelten, wenn Karl wirklich gewählt und andrerseits die Ratifikation Karls ausgehändigt ist.

Schwerer wurde vom Kaiser Kurfürst Ludwig von der Pfalz[33] gewonnen. Denn gerade Maximilian hatte der Pfalz im Erbfolgekriege durch die Wegnahme der Landvogteien Hagenau und Ortenau tiefe Wunden geschlagen, während die französischen Könige die Pfälzer nicht bedrängt, freilich auch die zugesagte Hülfe schliesslich nicht gewährt hatten. So war aus Misstrauen gegen Frankreich und Furcht vor der kaiserlichen Rache von Kurfürst Ludwig 1516 ein französisches Bündnis abgelehnt und ein Angebot vom Februar 1517 erst nach acht Monaten beantwortet. Immerhin verriet die Antwort vom Oktober 1517 mehr Zuneigung zu Frankreich, es habe der Kurfürst die Sache nicht aus dem Auge verloren und hoffe bei einem Angriff des Kaisers von Frankreich Hülfe zu erhalten, wie er solche verspreche. Noch in einem Schreiben vom 14. Januar 1518 war die Bereitwilligkeit, Franz' I. Pläne zu fördern, von neuem ausgedrückt. Später setzte des Kurfürsten Bruder Pfalzgraf Friedrich, der, früher in Ungnade, jetzt wieder von Karl als Unterhändler benutzt wurde, bei seinem Bruder, unterstützt von beruhigenden Erklärungen des Kaisers, durch, dass Ludwig sich in Augsburg wie die Hohenzollern mit dem Kaiser in Unterhandlungen einliess. Es kam zwischen Maximilian und den beiden pfälzischen Brüdern ein Vertrag zustande: die feierliche Belehnung mit den pfälzischen Landen wurde nicht länger verweigert,

---

32. Höflers Angabe (l. c. 42), der Kardinal von Mainz sollte das nächste gute kastilianische Bistum erhalten . . . , ist von H. nicht belegt.

33. DRA. I. S. 24 ff.

Digitized by Google

alle Hoheitsrechte der Pfälzer Kur wurden bestätigt,[34] eine auf alle Glieder des Hauses ausgedehnte Erbeinung mit den östreichischen Erblanden zugesagt, die, wie man sich am 10. September verpflichtete,[35] beide Teile innerhalb des nächsten Monats ihren Amtleuten anzeigen sollten. An Geld wurden zugesagt 100000 Gl. Entschädigung für Hagenau und Ortenau, ebenso eine jährliche Pension von 6000 Gl. Der Kaiser garantierte endlich Schadloshaltung der Pfalz gegenüber dem schwäbischen Bunde, der für Waren, die unter pfälzischem Geleit gegangen, aber von Sickingen geraubt waren, von Ludwig als dem Geleitsherrn Ersatz forderte. Für alles dies versprach auch Ludwig seine Stimme dem spanischen Könige. Vor der Wahl sollten dem Kurfürsten die nötigen Verschreibungen zugestellt sein; ebenso sollte Karl nur gehalten sein, die Pensionen nach seiner Erwählung zu zahlen. Die übrigen Bestimmungen sollten auch gelten, wenn Karl nicht die Krone erlangt hätte; doch sollte dann die Entschädigungssumme für Hagenau von 100000 Gl. auf 80000 Gl. ermässigt werden.[36] —

Aber Ludwig hat doch, als er nach Augsburg ging, auch die französischen Beziehungen nicht abgebrochen. Etwa gleichzeitig hat eine pfälzische Gesandtschaft in Nantes einen Eid auf Artikel geleistet, die verloren sind, aber angeblich den Kurfürsten auch verpflichteten, im Fall

34. Ein Vertrag hierüber, der in München (St. A. K. rot 22a bis 20) aufgefunden ist, kam am 29. August zum Abschluss. DRA. I. S. 101. Text und A 2 ff. — DRA. I. S. 784 A. 4. giebt wohl infolge eines Druckfehlers als Datum den 20. August an.

35. DRA. I. S. 102. A. 1.

36. Man könnte deshalb vermuten, dass auch dem Pfälzer für den Fall der Erwählung Karls eine Verehrung zugewiesen ist und zwar eben unter dem Schein einer Erhöhung der Entschädigungssumme, wie man beim Brandenburger angab, „von ander bekanntliche und verrechente Schuld wegen." S. Exkurs I.

Digitized by Google

der Erledigung des Reichs Franz zu wählen. Natürlich war durch die persönlich vorgenommenen Massregeln des Kurfürsten diese Verhandlung ungültig; die Abmachungen von Nantes sind näher noch nicht bekannt. Das Ausschauen nach beiden Seiten aber bleibt auch fernerhin für die Pfälzer charakteristisch.

Nachdem sich Brandenburg, Mainz, Pfalz dem Kaiser verpflichtet, hatte Maximilian mit der böhmischen Stimme, über die er selbst mit Sigmund von Polen für den unmündigen König Ludwig von Ungarn und Böhmen zu verfügen hatte, die Mehrzahl der Stimmen gewonnen. Er hat gleichwohl auch mit Hermann von Köln[37] einen Vertrag über seine Stimmabgabe geschlossen. Dem Erzbischof, der wenig Schwierigkeiten machte, waren für seine Person 20 000 Gl. Verehrung, ferner 6000 Gl. Pension, die durch ein Lehen auch abgelöst werden konnte, verheissen, dagegen waren für seine Brüder und Räte, die hauptsächlich die Verhandlungen geführt hatten, ziemlich hohe Belohnungen ausgesetzt.

In einer gemeinschaftlichen Versammlung der genannten vier Kurfürsten[38] und der Gesandten des polnischen Königs liess am 27. August der Kaiser eine gemeinsame Vertragsurkunde aufsetzen, aber auch wohl nur

37. DRA. I. S. 108.

38. Kurfürst Friedrich von Sachsen hat sich bekanntlich an allen diesen Verhandlungen nicht beteiligt; es genügt betreffs seiner Politik in diesen Jahren zu verweisen auf DRA. I. S. 67—71, 91 bis 97, 120 und Voltelini l. c. 53—59. Nach des Kaisers Tod gewinnt aber seine Stellung zu den übrigen Kurfürsten Bedeutung.

Digitized by Google

dies. So fasst wenigstens Kluckhohn das Ergebnis, da die endgültige Ausfertigung erst am 1. September[39] erfolgte. „Der Kaiser als Vormund Ludwigs von Böhmen, die Bevollmächtigten Sigmunds von Polen, als des Mitvormunds, ferner Albrecht von Mainz, Hermann von Köln, Ludwig von der Pfalz und Joachim von Brandenburg gehen die Verpflichtung ein, an dem nach Frankfurt auszuschreibenden Wahltage . . . dem Könige von Spanien ihre Stimmen als einem Erzherzog von Oesterreich zu geben. — Für den Fall, dass sie, die Wähler, einzeln oder zusammen irgend welche Widerwärtigkeiten oder Angriffe erfahren sollten, sichern sie sich gegenseitig Schutz zu." Als Bevollmächtigter und im Auftrage Karls dagegen verspricht „Maximilian die vor der Krönung zu wiederholende Bestätigung aller Privilegien der Kurfürsten, die er nicht mindern, sondern mehren würde. Die Wahl eines dritten Habsburgers sollte kein Nachfolgerecht der Familie begründen." . . . . „Sollte, wie doch nicht zuzugeben, bei der jetzigen Wahl etwas geschehen sein oder noch geschehen, was dem freien Wahlrecht entgegen wäre, so erklärt Maximilian dies aus kaiserlicher Machtvollkommenheit für aufgehoben, er setzt die Kurfürsten in das hergebrachte recht ganz und gar wieder ein. . . . Karl wird den Vertrag vor der Wahl ratificieren."[40]

Durch eine zweite Urkunde haben die Kurfürsten die Gefahren, welche dem Reiche durch die Herrschaft eines Ausländers drohen konnten, abzuwenden gesucht. Maximilian hat darin versprochen, dass über ein Reichsregiment

39. Falsches Datum trägt eine Veröffentlichung bei Theiner, Monumenta Poloniae II, 384. Danach auch Voltelini, l. c. 51. Ulmann, Maximilian I., 2. Bd. S. 706 hielt bereits gegen Voltelini am 27. August als Datum fest. Höfler hat das richtige Datum nach Buchholz, Gesch. Ferdinands I. Bd. 3 S. 665.

40. So Kluckhohns Inhaltsangabe. Der Wortlaut des Schlusses DRA. I. S. 111 A. 1, die nächste Urkunde DRA. I. S. 111. A. 2.

Digitized by Google

vor der Wahl verhandelt, und dass zu demselben nur geborene Deutsche zugelassen, die Kosten des Regiments aber vom künftigen König getragen werden sollten. Auch die Reichsämter dürften nur mit Deutschen besetzt werden und bei den Regierungsgeschäften dürfte der König wie seine Beamten sich nur der deutschen Sprache bedienen. Karl selbst sollte die meiste Zeit in Deutschland residieren und verpflichtet sein, alles was dem Reiche entzogen sei, wieder herbeizubringen. — Man erkennt in dieser Urkunde die Anfänge der Wahlverschreibung.[41]

Endlich verpflichtete sich Maximilian, nach Erwählung Karls zum römischen Könige für sich die Kaiserkrone erwerben zu wollen, da er bisher bekanntlich nur „erwählter" römischer Kaiser hiess, also neben Karl ein zweiter römischer König gewesen wäre. Maximilian dachte auch daran, vom Papste die Aufhebung der Bulle Clemens' IV. zu erwirken, welche die Unvereinbarkeit der deutschen und neapolitanischen Krone verkündete.[42]

Betreffs der weiteren Absichten Maximilians scheint es zweifellos, dass er mit seinem ursprünglichen Plan, im Anschluss an den Reichstag einen Wahltag zu halten, auf allgemeinen Widerstand stiess und nun daran dachte, im nächsten Frühjahr die Wahl vornehmen zu lassen; man nahm ausser Frankfurt dafür Worms in Aussicht. — Vorerst galt es, möglichst schnell Karls Ratifikation der Abmachungen zu erlangen. — Leider ist nun aber Maximilians Brief an Karl vom 23. August und wohl mancher andere verloren.[43]

---

41. Siehe Wahlverschreibung Art. 15—17, Art. 30. DRA. I. N. 387.

42. Ueber die Stellung des Papstes siehe Exk. II.

43. Vergl. Le Glay, II 150, 170. DRA. I. S. 116 A. 2. Da Januar 1519 Karls Kämmerer Armersdorf 22 Tage zur Reise von Saragossa nach Augsburg gebraucht, (DRA. I. S. 200 A. 2 nach Gachard, Rapport sur les Archives de Lille S. 157 A.: Abreise am

Digitized by Google

Immerhin ist es auffallend, dass offiziell von Maximilian nach Spanien erst am 27. Oktober acht Urkunden für die Kurfürsten und sechzehn weitere Entwürfe durch den spanischen Diplomaten Courteville abgesandt werden;[44] erst am 18. Dezember kam derselbe in Saragossa an. Karls Geldnot verzögerte die Erfüllung der gemachten Versprechungen noch länger. So traf schon Karls und Katharinas Ratifikation nicht, wie ausgemacht war, vor Weihnachten in Berlin ein. Lediglich eine ganz allgemeine Zusicherung, dass er den Kurfürsten die Zusagen halten werde, hatte Karl am 24. Dezember 1518 ausgestellt: da beraubte ihn der im Augenblick doch gänzlich unerwartete Tod Maximilians seines eifrigsten Fürsprechers. Zudem fragte es sich nun, ob die vier Kurfürsten noch ihre Verpflichtungen und die ihnen gegebenen Erklärungen für gültig ansahen, da Maximilian sie auch in seinem Namen unterschrieben hatte. Man hatte sich für die Wahl eines römischen Königs bei Lebzeiten des Vorgängers verpflichtet, von deren Gesetzwidrigkeit dieser, zwar zu Unrecht, Dispens gegeben hatte, der aber doch erteilt war. Jetzt war die Lage völlig verändert.

11. I. 1519, DRA. I. S. 191, Ankunft: 2. Febr.) — da ferner im Sommer die Reise wohl etwas weniger Zeit beanspruchte, wird Karl die erste Nachricht von dem Abschluss der Kurfürsten etwa 10.—12. September erhalten haben. Vergl. Baumgarten, Forsch. z. dtsch. Gesch. XXIII, S. 535 nach Arch. stor. It. III, 24, 20. Minio erwähnt am 3. Okt. bereits den Dank des spanischen Gesandten für Leos Unterstützung. Danach möchte man einen spanischen Brief annehmen, der vor dem 3. Okt. angekommen wäre. Allerdings ist der Schluss nicht zwingend, da der spanische Gesandte eine Dankesäusserung ja auch ohne Instruktion thun konnte. Die Veranlassung zu dem Danke werden entgegenkommende Worte des Papstes, nicht bindende Verpflichtungen gewesen sein.

44. DRA. I. 116—120. Le Glay II, 170—78. Voltelini a. a. O. 591 setzt fälschlich die Ankunft Courtevilles auf den 3. Dez.

Digitized by Google

Alle Abmachungen wurden wieder schwankend; und natürlich hatte seit den Augsburger Abmachungen Franz I. nichts unversucht gelassen, sie zu erschüttern. Wir betrachten seine Versuche im Zusammenhang mit den Vorgängen des Jahres 1519, welche durch diese letzten französischen, schon vor Maximilians Tod begonnenen Unternehmungen zum Teil verursacht sind. Es rückt damit zunächst Kurfürst Joachim von Brandenburg in den Vordergrund des Interesses.

Digitized by Google

Bis zur Frankfurter Wahltagung.

I. Kurfürst Joachim von Brandenburg.

König Franz sandte am 7. September den Herrn von Marigny nach Deutschland, um die abgefallenen Kurfürsten wieder zu gewinnen; damals glaubte er noch an des Kurfürsten von Brandenburg Treue, der ihm ja gerade eine solche Sendung angeraten hatte.[1] Erst etwa am 15. September wird der König erfahren haben,[2] dass Joachim selbst unter den Untreuen war. Am 21. September 1518 legte der Kanzler Du Prat Moltzan brieflich dar, wie Kürfürst Joachim misstrauisch gegen Karl gemacht werden solle.[3] Ueberhaupt setzte man alle Hebel gegen diesen in Bewegung. Der päpstliche Gesandte schreibt am 5. Dezember aus Paris: Die Wahlsache „füllt hier so alle Gedanken aus, dass man, ohne sie sehr zu verletzen, nichts dagegen sagen kann"; die Regierung habe allen Kaufleuten verboten, Geld aus Spanien nach Deutschland zu befördern.[4] Bereits seit Wochen wurde eine neue Sendung Moltzans zum Mainzer, Trierer, Sachsen und Brandenburger geplant, für welche am 23. Oktober 1518 eine Instruktion

1. DRA. I. Einl. S. 131—132.

2. Wenn Bazoges gleich nach dem Abschluss am 1. September schrieb!

3. DRA. I. 133 A. 3.

4. Brief Bibbienas vom 5. Dez. Baumgarten, Forschungen zur deutschen Gesch. XXIII, 545.

Digitized by Google

aufgestellt ist.[5] Indes wird später anscheinend Bazoges mit der Gesandtschaft nach Trier und Sachsen betraut, auch Moltzans Abreise zieht sich bis gegen Mitte November hin.[6] Kurfürst Joachim seinerseits wird in den Herbstmonaten das Eintreffen der Habsburgischen Ratifikation abgewartet haben. Die polnischen Gesandten haben am 27. September den Eindruck,[7] als seien die Hohenzollern beide noch im Einverständnis mit Habsburg[8]; die Stellung Joachims in diesen Monaten ist aber bislang nicht genau bekannt. Indes scheint er Weihnachten noch die Absicht gehabt zu haben, bei Habsburg auszuhalten. Denn dies ist doch wohl Voraussetzung, wenn er einem Pfarrer, der

5. DRA. I. 131 A. 2—3, 133 A. 10, 137 A. 4, 138 A. 1—4. Instruktion des französischen Königs für Joachim Moltzan. 23. Okt. 1518. Leider konnte Kluckhohn die Instruktion nicht vollständig drucken. Wir gehen auf sie ein beim Jan. 1519.

6. DRA. I. 133 5. Du Prat treibt ihn 31. X. 1518 erst zur eiligen Rückkehr nach Paris. Kluckhohn vermutet, er sei nach Rom gesandt. (DRA. I. S. 133 Zle. 19 und A. 9.) Vielleicht hatten Einfluss auf die Verzögerung Nachrichten, welche Marigny seit Mitte September aus Deutschland senden mochte. Solche muss man wohl annehmen, wenn der päpstliche Gesandte in Frankreich, Bibbiena, an Herzog Lorenzo am 27. November berichtet, der König habe ihm gesagt: nach seinen neuesten Nachrichten aus Deutschland sei es mit der Wahl des Katholischen nichts. — Allerdings kann König Franz hier falsche Angaben gemacht oder auch an den Plan einer sofortigen Erwählung Karls gedacht haben. Baumgarten, Forsch. l. c. S. 552.

7. Forsch. z. d. G. XVIII, 647.

8. Eine Nachricht des Herzogs Georg v. Sachsen an Kurfürst Friedrich vom 4. Okt. 1518, s. l.: DRA. I. S. 140 A. 1. „ich schig e. l. himit ein Abschrift einer Francosisch schrift, hab ich in meiner kemmel funden; hat mich nicht vorsehen, das zu Berlin so gut Francosen sein sollten" weiss ich nicht zu benutzen, da es nicht sicher ist, aus welcher Zeit jene französische Schrift stammt.

Digitized by Google

in anderer Sache zum Kaiser ging, am 26. Dezember 1518[9] auftrug, diesen zu ersuchen: er möge ihm mitteilen, ob dem Abschied zu Augsburg zufolge die Briefe und Ratifikation behändigt würden. Es meldete freilich ein Schreiben Maximilians vom 15. Dezember 1518,[10] nach Briefen aus Spanien „habe Karl das erforderliche Geld noch nicht beisammen, aber er stehe deshalb in täglicher Handlung.“ . . . Indes schwerlich ist das Schreiben vor dem 26. Dezember angekommen. Denn Joachim nimmt noch Zahlungsfähigkeit an, wenn er zufügt, Maximilian „möge der 30000 Gl. gedenken, wie wir uch underricht und bevolhen haben.“ Joachim wollte also am 26. Dezember die Verhandlungen mit Maximilian nicht abbrechen, wenn er auch über die Verzögerung sich wundert. Bald danach kam dann wohl der Brief Maximilians vom 15. Dezember, der keine Aussicht gab, Geld zu erlangen. Dass nach dieser Kunde der Kurfürst sich wieder in Verhandlung mit den Franzosen einliess, erscheint begreiflich. War ihm doch auch die verheissene Bürgschaft Antwerpens und Mechelns nicht zugegangen. Des Kurfürsten Anfrage vom 26. Dezember hat der Kaiser vielleicht nicht mehr erhalten. In unserem Zusammenhange dürfen wir jedoch einen Abschnitt nicht mit dem Todestage des Kaisers — 12. Januar — machen, sondern mit dem Bekanntwerden des Todes, also einem für die einzelnen Fürsten verschiedenen Termin. Der Tod des Kaisers ward Kardinal Albrecht bekannt am 21. Januar 1519,[11] und zwar in Halle;

---

9. DRA. I. S. 120 A. 4. Fertigung Herrn Jacob Jegers, pharrers zu Berut an kais. Mt. am Tag Steffani im 19. Jar (1518. 26. Dez.).

10. Maximilian an Kurfürst Joachim. Wels. 15. Dez. 1518. DRA. I. S. 120.

Digitized by Google

vermutlich ist die Nachricht also bis zum 23. nach Berlin gedrungen.

Bei Joachim aber war, als er noch nicht Kunde von des Kaisers Tode, wohl aber jenes letzte ungünstige Schreiben Maximilians erhalten hatte, wieder jener französische Agent Moltzan, dessen Absendung im November wir erwähnten,

---

11. DRA. I. S. 151 A. 4. Wann Joachim die erste Kunde erhielt, ist urkundlich nicht belegt. — Der Kurfürst von der Pfalz dürfte den Tod am 20. I. erfahren haben, da die Nachricht auffallenderweise erst am 16. I. nach Augsburg kam, während sonst Nachrichten von Wels nach Augsburg in 2½ Tagen gingen. (DRA. I. S. 143 A. 1.)

In Rom soll die Todesnachricht nach Nitti (l. c. S. 145, ohne Beleg) am 21. Januar angekommen sein; Kluckhohn giebt den 23. an. (S. 143 A. 1.) Nach Nitti geschah es also gerade, als der Papst seinerseits einen Vertrag mit König Karl über gegenseitige Verteidigung unterzeichnet hatte. (Das Original des Vertrages mit Karls Ratifikation: Jo el Rey vom 6. Febr. 1519 hat Nitti im Staatsarchiv zu Florenz aufgefunden. Nitti S. 143.) Vergl. Ulmann Studien zur Geschichte Leos X. Deutsche Ztschr. f. Gesch.-Wschft. XI. S. 102. — Roesler (S. 59) benutzte ein nicht ratifiziertes Exemplar und rechtfertigte dies durch Karls Werte vom 20. April (Le Glay II, 436), der Papst habe ihn bei Lebzeiten Maximilians (richtig, insofern als Karl wie der Papst am 17. I. von des Kaisers Tod nichts wussten) vom Lehnseid für Neapel dispensiert. Baumgarten griff (Forsch. XXIII 549) diese Beweisart an und erklärte — nach Nittis Entdeckung zu Unrecht — das Aktenstück für einen Entwurf der päpstlichen Kanzlei, durch welchen man den spanischen Hof zu beschwichtigen versucht habe.

In Paris soll eine offizielle Benachrichtigung am 25. I. 1519 eingetroffen sein (DRA. I. S. 152 A. 3). Nimmt man jedoch die Angaben Zevenbergens (ebenda, und Le Glay II, 218 und 188 u. Brewer III, 57), es hätten die französischen Agenten in Wels zwei Tage vor dem Tode (also 10. I) die Todesnachricht abgesandt,

Digitized by Google

mit Erfolg thätig.[12] Er erlangte die Aufsetzung eines neuen Wahlversprechens.

In diese Zeit fällt nämlich eine neu edierte frühere Fassung des bekannten Vertrages vom 8. April 1519; nach ihr verspricht Joachim noch, im Fall einer Vakanz für König Franz stimmen und in gleicher Weise die übrigen Fürsten bearbeiten zu wollen.[13]

Der Entwurf ist zwar nicht genau datiert und eben sowenig die Instruktion für eine Sendung, durch welche seinem Versprechen gemäss Kurfürst Joachim den Bruder für Frankreich zu gewinnen sucht,[14] aber Kluckhohn schliesst mit Recht, dass sie etwa am 11. Januar geschrieben sein muss;[15] und die Wahrscheinlichkeit spricht dann dafür, dass auch der Vertrag etwa gleichzeitig entstanden ist. Der Kurfürst teilte durch jene Werbung Albrecht zunächst

---

für wahr und rechnet auf die Strecke Wels-Paris eine Beförderungszeit von elf Tagen (wie für die Strecke Paris-Berlin. DRA. I. S. 351, Zle. 2. Franz I. an Bonnivet 5. März 1519), — so könnte man am 21. I. 1519 in Paris an des Kaisers Tod geglaubt haben. Demnach kann sehr wohl ein Brief Bibbienas bis zum 30. I. nach Rom gekommen sein, der schon den Tod des Kaisers voraussetzte, was Baumgarten (Forschungen XXIII S. 556) bezweifelte. — Dieser sieht dabei unbegründeter Weise ein völlig neues Eintreten Franz' I. für seine eigene Kandidatur als Folge der Todesnachricht an. Des Königs Bestrebungen wurden nur neu angefacht, unterbrochen aber waren sie nicht, wenn Franz I. auch gegen den Papst die Miene angenommen hatte.

12. Ob vorher und mit welchem Erfolg bei Kardinal Albrecht, wird im folgenden Kapitel zu behandeln sein.

13. DRA. I. N. 203. S. 527 Note A Handschrift B Kopie von der Hand des Brandenburger Konzeptschreibers. Berlin H. A. Rep. XXX.

14. DRA. I. No. 2. Instr. Kurfürst Joachims für eine Werbung bei seinem Bruder. s. l., s. d. (11. Jan. 1519).

15. DRA. I. S. 144, A. 1.

Digitized by Google

mit, dass er nur verpflichtet sei, für Karl zu stimmen, wenn die Wahl bis zum 1. Mai stattfinde.[16] Dazu musste er dann aber bis zum 1. Februar berufen sein.[17] Wenn der Kurfürst nun weiter schreibt, dass er sich seiner Zusage ledig erachten werde, falls er nicht binnen zwanzig Tagen zur Wahl berufen sei,[18] so darf mit Kluckhohn angenommen werden, dass diese zwanzig Tage am 1. Februar 1519 abliefen; dann wäre eben Brief und Vertrag um den 11. Januar anzusetzen.

In den Unterhandlungen wird Moltzan entsprechend der Instruktion vom 23. Oktober 1518 erklärt haben, es biete der Umstand, dass durch den brandenburgisch-französischen Vertrag vom 17. August 1517 die Stimme nur für den Fall der Vakanz versprochen sei, dem Kurfürsten keinen Grund, vor der Vakanz gegen Frankreich Stellung zu nehmen. Da Kurfürst Joachim sich im August oder später beschwert zu haben scheint, er höre von einer Verlobung der Prinzessin Renata mit dem Herzog von Savoyen, beteuert Moltzan, König Franz würde nie sein Wort gebrochen haben.[19] Die Versicherungen werden ein um so geneigteres Ohr gefunden haben, als Herzog Albrecht von Preussen, von dem wohl während der Verhandlung ein Schreiben einlief, meldete, es sei die spanische Katharina mit dem Könige von Navarra verlobt.[20] — Mehr aber als Moltzans

16. „So hat s. ch. g. ein gemessen Zeit und zil nemlich wo vor prima mai die election uf Konig Karl nicht geschicht, das alsdann alle s. g. versorgnus tod und ab sein soll; in demselben brive auch ausgedruckt ist, das s. chf. g. widerumb seiner zusag und verpflichtigung auch frei steen sol." DRA. I. S. 144 Z. 16.

17. Harnack, Kurfürstenkollegium S. 210.

18. DRA. I. S. 144 Zle. 26.

19. Anmerkungen zu DRA. I. S. 136—38.

20. DRA. I. S. 146 A. 2 Herzog Albrecht von Preussen an Joachim 2. Jan. 1519. Märk. Forsch. IV, 277.

Digitized by Google

Vorhaltungen haben seine Anerbietungen den Kurfürsten umstimmen müssen.

Unter diesen stand obenan die Statthalterschaft im Reiche während des Königs Abwesenheit,[21] ja Moltzan sollte sogar eröffnen, schon Bazoges sei im Sommer 1518 beauftragt gewesen, im Fall Franz keine Aussicht hätte, des Kurfürsten eigene Kandidatur zu unterstützen.[22] Dass der Gedanke einer Statthalterschaft und eventuellen Kandidatur Joachims zuerst von französischer Seite ausgesprochen und Januar 1519 Joachim zuerst nahegebracht wurde, ist festzuhalten, wegen einer falschen Beurteilung späterer Verträge durch Droysen.[23]

Ein weiteres Lockmittel bildete das erneute Angebot der Heirat zwischen dem Kurprinzen und der Prinzessin Renata. Besonders auf den Nutzen, den der Markgraf davon haben werde, wies die Instruktion hin; sie schrieb auch vor, gegebenenfalls zu drohen, der König werde Renata überallhin verheiraten können, sein Ziel auch ohne Hülfe des Kurfürsten erreichen, indes würde er dieselbe gern annehmen. Ausser der Instruktion sollte der Ge-

21. DRA. I. S. 138 A. 2. Instr. für Moltzan vom 23. X. 1518. in eum remittere et reicere totam eius rei curam et administrationem.

22. Es ist mir freilich sehr zweifelhaft, ob es des französischen Königs wahre Absicht schon damals gewesen ist, die Kandidatur eines Dritten zu unterstützen, und zwar sowohl nach den oben angeführten Aeusserungen der päpstlichen Gesandten als nach seinem starren Festhalten an der eigenen Kandidatur im Jahre 1519. Uebrigens sprach Franz wenige Wochen nach Aufsetzung der Moltzanschen Instruktion von der Aufstellung des Herzogs von Sachsen, allerdings gegen den Papst und einem Wunsche desselben entsprechend (Voltelini l. c. S. 598 nach Lettere de principi Fol. 32. 34. 40.), also wohl auch ohne seine wahre Meinung zu erkennen zu geben.

23. Droysen, Preussische Politik II, 2, 117. Näheres später.

Digitized by Google

sandte, wenn nötig, von einem anderen Schriftstück, sogenannten „persuasions“ Gebrauch machen.[24] Es strebe der König nicht im eigenen Interesse oder aus Ehrgeiz nach der Krone, von der er nur Last und Mühe im Dienste der Christenheit haben werde. Denn der Türke wolle diese gerade jetzt angreifen. Da sei Franz I. die geeignete Persönlichkeit für einen Kaiser und Führer der Christen, weit mehr als König Karl: Franz stehe in der Blüte seiner Jahre, Karl sei jung und schwächlich; er sei reich, Karl dagegen äusserst arm; seine Lande seien dem Reiche benachbart, die Karls lägen fern, so dass dieser nur schwer Hülfe senden könne. Besonders der Preis des französischen Reichtums musste auf Joachim[25] wirken, der eben gehört hatte, dass Karl sich vergebens um Geld bemühe. Ihm in Brandenburg mochte auch die Nähe der französischen Lande nicht Besorgnis erregen, wie den rheinischen Kurfürsten, die einen feindlichen Ueberfall mehr fürchteten als eine Unterstützung hofften.[26]

Ob der König von den Augsburger Zusagen Maximilians näheres gehört haben mochte, jedenfalls liess Franz ferner erklären, er begehre die Krone nicht um zu herrschen, sondern um brüderlich mit den Kurfürsten zu leben; Abgaben sollten nicht in des Königs, sondern in eine gemeinsame Kasse fliessen und so verwandt werden, wie die Kurfürsten es zum Wohl des Reiches am besten erachteten. Dagegen ward auf die Gefahr hingewiesen,

24. DRA. I. S. 139 A. 1.

25. Mit den übrigen Kurfürsten wurde auf Grund der gleichen Instruktion verhandelt.

26. Viele der Gedanken der „persuasions,“ besonders der Vergleich der Herrscher, finden sich auch in einer langen Schrift: Discours pour élire le roy de France Empereur, die im übrigen hauptsächlich die Zulässigkeit der Wahl eines Franzosen verficht. K. Grosch hat sie im Jahresbericht der städtischen Realschule zu Gotha 1897 aus einer Handschrift der Herzoglichen Bibliothek zu

Digitized by Google

welche die Wahl Karls dadurch heraufführen werde, dass der Papst eine Vereinigung des Reichs mit Neapel nicht dulden und es deshalb zum Kriege bringen werde.[27] Endlich aus Besorgnis, Karls deutsche Abstammung möchte diesen mehr empfehlen, liess Franz betonen, es könne sich aus Karls Nachfolge ein Rechtsanspruch des Hauses Habsburg auf die Krone entwickeln und die Selbständigkeit der Fürsten bedrohen.

In sichtlicher Anlehnung an die „persuasions" wurde nun der neue Vertrag entworfen, in dem auch Joachim die guten Eigenschaften preist, welche den französischen König geeignet machen, einen Türkenzug zu leiten. Um ihm diesen zu erleichtern, sagt er für den Fall der Vakanz ihm seine Stimme bei der Kaiserwahl zu. Er verlangt dabei nicht, dass vor ihm andere Kurfürsten für Franz stimmen. — Sollte der Kurfürst solche Zugeständnisse vor dem Tode Maximilians gemacht haben ohne Steigerung seiner Forderungen?

Die Bitte, ihn und seine Familie vor den übrigen Fürstenhäusern auszuzeichnen, und die bestimmter formulierte Bitte um die Gubernation, welche der Kurfürst, wie wir belegen können, im Februar und März äussert,[28] wird schon jetzt gestellt sein, da Moltzan ja die

Gotha herausgegeben. Schon Kluckhohn (S. 623 A. 1) erwähnt ein sehr ähnliches, längeres Gutachten des französischen Kanzlers Du Prat, das sich als Brief an den Bischof Hieronymus von Brandenburg in der handschriftlichen Geschichte Franz' I. von Pourdel findet und unter der Ueberschrift: Ce qui a esté proposé par les ambassadeurs du roy aux electeurs de l'empire. (Cop. des 17. Jhdts. Paris. Bibl. nat. F. fr. 17525.) Vergl. Charrière, Négociations de la France dans le Levant I, 77, A. 1. Grosch S. 14. Weiteres Exkurs III.

27. Die Instruktion stammt vom 23. Okt. 1518. Der Vertrag des Papstes mit König Karl vom 17. Jan. (6. Febr.) war also noch nicht geschlossen. Nitti S. 143.

28. DRA. I. N. 110, Art. 14. N. 142, Art. 13—15.

Digitized by Google

Reichsverwaltung geradezu anbieten sollte. Aber diese Angebote werden nicht gemeint sein, wenn König Franz am 8. Febr. 1519 seinem Bevollmächtigten für die Wahlagitation, dem Admiral von Frankreich Bonnivet, schreibt,[29] er habe alle Bitten (demandes) des Markgrafen bewilligt. Einige derselben können wir ermitteln: ein Bericht französischer Gesandter in Berlin[30] aus dem März erwähnt nämlich einen früheren Brief Moltzans aus Berlin nach Frankreich. Dieser ist um Mitte Januar anzusetzen. Denn König Franz erwähnte jene Bitten am 8. Februar; angekommen sind sie aber nach dem 4. Februar.[31] König Franz hatte nun zwar bereits am 27. Januar die Ritter Francisque und La Poussinière bei Brandenburg beglaubigt,[32] aber er sendet ihnen erst am 8. Februar Instruktion und Vollmacht, alles abzuschliessen. Jedenfalls waren sie zur Zeit noch erreichbar, und der zwischen dem 4. und 8. Februar angekommene Brief wird ihnen zugestellt sein. Wenn also eben diese Gesandten im März einen Brief Moltzans über Forderungen erwähnen, dürfen wir den zwischen dem 4. und 8. Februar in Paris angekommenen darin wiedererkennen. Wir können mithin nach diesen Angaben vom März einige, wenn auch nicht alle Bitten, die vor dem Bekanntwerden von Maximilians Tod an Franz gerichtet sind, feststellen:

---

29. DRA. I. N. 38. Franz I. an Bonnivet. 8. II. 1519. il (Joachim) me fait faire quelques demandes que je luy ay toutes accordées.

30. Responsio ad primos Articulos Brandenburgi. Le Glay II, 390 ff. DRA. I. IV. 143 (deutsch).

31. DRA. I. N. 25. König Franz an Bonnivet 4. II. 1519; an diesem Tage kommen Briefe des Pfälzers, von denen es ausdrücklich heisst: sie seien die erste Nachricht von einem Kurfürsten.

32. DRA I. N. 7. Beglaubigung von Francisque und La Poussinière durch Franz I. bei Kf. Joachim 27. I. 1519.

Digitized by Google

1. eine Besserung des Heiratsgeldes um 100000 Gl.,[33]

2. Verleihung einer gemeinsamen[34] Pension für Kurfürst und Kurprinz nicht nur auf die Lebenszeit beider und des Königs Franz, wie dies schon in jenem Beibrief verlangt wurde, sondern auch auf Lebzeiten des Dauphins,[35] was allerdings für den Kurprinzen allein eine Sicherung gewährte. Man forderte auch jetzt 6000 Escus.

3. Uebergabe Renatas Cantate 1522. — Joachim scheint um Neujahr keinen früheren Termin gewünscht zu haben, obwohl spanischerseits gewährt war, dass Katharina Cantate 1520 an seinen Hof geführt werden solle.[36]

---

33. Le Glay II, 391. Auf Artikel 4 einer späteren brandenburgischen Vorlage haben die französischen Gesandten erwidert .... nec tam eminens princeps elector in hoc insistere credendus, cum etiam litteris Joachimi (sc. Moltzans) per eiusdem domini confirmatis eidem regi innotueriteumdem dominum electorem centum milia florenorum dumtaxat petere pro augmento huiusmodi dotis.

34. Dass sie als gemeinsame Pension verlangt ist, nehme ich nur an, weil es vorher und nachher geschieht. Vergl. den Beibrief o. S. 5 und DRA. I. N. 110 Art. 1: Das solch pension uf meinen gnedigsten herrn und seiner gnadn eldsten son verschriben und jerlichen seinen chf. gnadn oder derselben son one alle ir cost und schaden hirher ins haus geantwort werd.

35. Le Glay II, 393 super nono articulo: confirmetur pensio quattuor millium scutorum pro eodem illustrissimo marchioni et duorum milium scutorum pro eius illustrissimo filio primogenito ad eorum et regis vitam eademque regia maiestas illis magis favendo consentiit, ut etiam ad vitam domini Delphini huius modi pensio perduret. Das Perfektum contentiit setzt eine brandenburgische Forderung vor dem März voraus.

36. Le Glay II, 390—91 Art. 3. Dignetur itaque celsitudo electoria non egre ferre, si in Anno XXI sibi nos geri non valeat cum etiam per dominum Joachimum eidem reg

Digitized by Google

Der Unterschied zwischen den Verheissungen der Habsburger an Geld (330000 Gl.) und den jetzt an die Franzosen gestellten Forderungen (400000 Gl.) betrug immerhin 70000 Gl. Aber noch mehr wird Joachim die Unsicherheit der Aussichten auf spanischer Seite und wohl auch schon die ihm eröffnete Aussicht auf die Statthalterschaft bewogen haben. (S. 20.)

Die genannten und sicherlich noch andere Forderungen, die wir nicht erschliessen können, sandte Moltzan mit dem Vertrage und einem Briefe also Mitte Januar nach Paris. Der Kurfürst selbst schrieb ebenfalls[37] und erhielt vom König und Kanzler Dankbriefe; „man habe seit Monden über nichts solche Freude empfunden wie über seinen Uebertritt."[38]

Der Schlusssatz des Vertragsentwurfs vom Januar stellte endlich in Aussicht, dass Joachim sich bemühen werde, auch andere Fürsten für Franz zu gewinnen. Er hat sich bereit erklärt, ausser bei seinem Bruder[39] auch beim Kölner[40] für Franz zu werben. Da an den letztern aber erst nach sechs bis sieben Wochen eine Werbung abgeht,[41] scheint der Plan durch den Tod des Kaisers oder Verhandlungen mit dem Bruder in den Hintergrund gedrängt zu sein. Vielleicht hat Joachim nach Frankreich auch nur geschrieben,

---

scribere fecit, ut anno XXII domina Renata adducatur, quod sibi benevole consentiit idem rex.

37. Fehlt. Erwähnt DRA. I. N. 42.

38. DRA. I. N. 42. Du Prat an Joachim. 9. II. DRA I. N. 43. König Franz an Joachim s. d.

39. DRA. I. N. 2.

40. DRA. I. No. 38 S. 205 Zle. 2 u. 3. König Franz an Bonnivet. 8. II. 1519 vous advisant que c'est une tres bonne et grande chose et mesmement que ledict marquis se fait fort de gaigner mons. de Coulogne.

41. DRA. I. N. 123 Beilage S. 346, Zle. 18. Armersdorf an Margareta 4. III. 1519.

Digitized by Google

dass er dann den Kölner zu bestimmen suchen werde, wenn er seinen Bruder gewonnen habe.[42]

Wir kennen bereits aus des Brandenburgers Werbung[43] an seinen Bruder den Passus, dass er nur noch zwanzig Tage auf das Ausschreiben des Reichstags warten werde. Er äusserte in derselben Werbung, dass er fürchte, von Maximilian betrogen zu werden, und glaube, dass die Prälaten und Herren in Spanien dem Handel abgeneigt wären. Wir erkennen darin die Wirkung der Briefe des Hochmeisters (S. 25) und Kaisers (S. 22). Joachims Begehren ist nun, zu erfahren, ob Albrecht auch eine Verschreibung gegen den Kaiser habe, die prima mai ablaufe. Für diese Eröffnungen soll der Gesandte in jedem Falle um Geheimhaltung bitten, „in ansehung, das euer beider vil und merklich daran gelegen ist."

Sodann versucht Joachim, — noch vor dem Tode des Kaisers — den Bruder zu einer neuen Verpflichtung gegen König Franz zu bewegen; hierauf soll der Gesandte jedoch erst kommen, wenn er sicher ist, dass Albrechts Verpflichtung auch nur bis zum 1. Mai reiche. Albrecht soll gelockt werden durch höhere Zahlungen, die Joachim in Franz' Namen verheisst, statt 6000 Gl. solle er 9000 Gl. Pension, statt 25000 Gl. Verehrung 30000 Gl. erhalten. Bei Albrecht aber war Moltzan anscheinend bereits Weihnachten gewesen. Betreffs einer Forderung von 100000 Gl.,[44] die Albrecht — wohl um Weihnachten — gegen Moltzan aufgestellt,

42. Dahin gehen wohl Worte Robertets an Bonnivet vom 9. II. DRA. I. S. 205 A. 1: car tenant ledict marquis ce qu'il promect pour luy et mondict sr. de Mayence, son frere, et eux faisans fors de monsr. de Coullongne . . . . . .

43. DRA. I. N. 2. Instr. Joachims für eine Werbung an seinen Bruder (11. I. 1519).

44. Sie sollte zu der Verehrung von 25 000 Gl. treten. Vergl. zu dem folgenden den Abschnitt: Albrecht. Dort Weiteres und die Belege.

Digitized by Google

bittet daher Joachim, Albrecht möge dies der Güte des französischen Königs anheimgeben. Drohend aber fügte er hinzu: „Konigliche würde zu Frankreich well aller welt klagen uber Meinz, das sie ko. w. an der wael verhinder one alle ursach." Andererseits erbot er sich selbst, falls Albrecht es wünsche, mit ihm an gelegenem Orte zusammenzutreffen.[45] Albrecht forderte ihn in der That auf,[46] nach Halle zu kommen, wo wir denn Joachim am 31. Januar finden.[47] Ob aber der Kardinal seinen Bruder vor dem 21. Januar, an welchem er ja den Tod des Kaisers erfuhr (s. S. 22 u.), aufgefordert hat, — dann wäre es infolge der Werbung Joachims geschehen — oder ob er erst nach dem 21. einlud, und dann zu einer Beratung der Schritte während der Vakanz, bleibt dahingestellt, da wir schon das Datum der Absendung der brandenburgischen Werbung, also auch das ihrer Ankunft bei Albrecht nicht genau kennen.

Die Zusammenkunft zu Halle aber stand schon unter dem Eindruck des Todes des Kaisers. Albrecht hatte bis dahin bereits — etwas früher als Joachim — genügende, aber nur ihm Albrecht genügende Erklärungen von der spanischen Partei erhalten. Sie berichteten vom Einlaufen eines königlichen Schutzversprechens für Albrecht und dem

45. DRA. I. N. 2. S. 145 Zle. 34 aus Joachims Werbung: Wo auch e. chf. g. vor gut ansehe, das euer beider chf. g. vor e. chf. g. ausziehen zusamenkomen sollen, will s. chf. g. in dem e. chf. gn. an gelegen stat zu willen werden.

46. DRA. I. N. 46. Villinger, Ziegler an das Regiment zu Innsbruck. 11. Febr. — S. 211—12 der herr von Meinz . . . . hat Wolfen Kesinger . . . dise antwort geben: s. gn. will alles so s. g. der Kais. Mt. Kunig Karls halb zugesagt hab, vestiglich halten und volziehen und mit s. g. bruder markgraf Joachim, den s. g. zu ir erfordert hab, mit allem fleiss und ernst handeln, damit s. g. gleicherweis thu.

47. DRA. I. N. 15. Werbung des Kais. Sekretärs Kesinger bei Joachim. Halle 31. I. 1519.

Digitized by Google

Vorhandensein genügenden Geldes in Augsburg. Die Meldungen waren nach dem Tode des Kaisers seitens der Räte, welche die Wahlangelegenheit übernahmen, durch einen Sekretär Wolfgang Kesinger übermittelt. Albrecht hatte ihm willfährige Antwort gegeben. So war schon vor der Zusammenkunft ein etwaiger Erfolg der Werbung Joachims vom Anfang des Monats wieder zu nichte geworden (s. auch Abschn. Albrecht).

Am 31. Januar überbrachte Kesinger auch dem Kurfürsten Joachim die offizielle Nachricht vom Tode des Kaisers und übermittelte die Bitte der Räte Maximilians, er möge fest bei der Augsburger Zusage bleiben. Dem Wunsche ward Nachdruck gegeben durch die Ankündigung, Karls Bestätigung des Heiratsvertrags sei in Augsburg eingetroffen, auch die Gelder wären zur Stelle. Indes heute wissen wir, dass die Bestätigung Karls erst am 10. Januar ausgestellt ist, also bei Kesingers Abreise von Augsburg am 19. Januar 1519[48] nicht dort sein konnte. Es brauchten also die Räte eine falsche Vorspiegelung. — Auch die beiden Kurfürsten haben mindestens gemerkt, dass die Ratifikation Katharinas nicht in Augsburg sei, wie eine Beschwerde Joachims beweist;[49] und überhaupt musste argwöhnisch machen, dass Ratifikationen, die in Augsburg sein sollten, nicht überbracht wurden. Dies Misstrauen gegen Habsburg konnte Joachims Vorliebe für Frankreich nur stärken.

Vielleicht hatte er aber bereits vorher einen Plan, den

---

48. DRA. I. S. 203, A. 1. Karls Bestätigung des Heiratsvertrags 10. I. 1519. Caesar-Augusta. (Saragossa). — DRA. I. S. 143 A. 2. Beglaubigung Kesingers bei Brandenburg. 19. I. 1519. Augsburg.

49. Le Glay II, 239. 16. II. 1519. Zevenbergen an Margareta. Augsburg.

Digitized by Google

er nun ausführte. Joachim machte den Vorschlag,[50] alle Kurfürsten, die sich in Augsburg verpflichtet hätten, möchten ihre Zusagen gemeinsam zurückfordern, und, wenn der Katholische sie nicht herausgeben wolle, sie gemeinsam für nichtig erklären; als Vorwand ward benutzt, dass versprochen sei, die Wahl solle vor Mai oder doch Anfang Mai unter Verzicht Maximilians stattfinden, — von letzterem hören wir sonst nichts; — das sei nun nicht mehr möglich. Albrecht, der in seine Bischofsstadt ziehen wollte, übernahm es, diesen Antrag den rheinischen Mitkurfürsten mitzuteilen.[51] Joachim wollte dadurch also

50. Höfler l. c. S. 93 ist der einzige, der dies bemerkt, freilich ohne das Datum zu kennen, auch ohne Quellenangabe. Er allein deutet auch an, dass neue Verhandlungen mit Frankreich vor dem 16. II. 1519 liegen, und dass man an diesem Tage Nachricht davon in Augsburg hatte. (Höfler, S. 67.)

51. Le Glay II, 329. Moltzan an König Franz. 12. März 1519. Moltzan berichtet diesen Vorschlag zusammen mit der Antwort, welche Kurfürst Albrecht und Ludwig von der Plalz gemeinsam sandten von einer Begegnung, die etwa 21.—22. Febr. 1519 in der Rheinebene statt hatte. Der Ort ist genau nicht bekannt. Ludwig verlässt Heidelberg am 20. Febr., trifft wieder ein am 24. mittags. (Vergl. Le Glay II, 278 oben, 279 unten). Da Albrecht und Joachim sich in Naumburg am 3. Febr. trennen, und Albrecht schon am 14. Febr. die Absicht äussert, Botschaft an Ludwig zu senden, (DRA. I. N. 59) ist nicht anzunehmen, dass ihm ein derartig wichtiger Vorschlag später als in Halle zugekommen wäre. Die Stelle aus Motzans Brief lautet: Brandenburgensis quarto huius mensis habuit litteras a Maguntino et Comite palatino, ut eis placeret consilium marchionis Brandenburgensis, ut scilicet revocarentur littere sigillate regi catholico ab quinque electoribus date, ..., et ubi restituere nollet, ut ab eisdem quinque scilicet rege Ungario, Maguntino, Coloniensi, Comite palatino, Brandenburgensi unanimiter anihilarentur, quia facta erat promissio, ut ante mensem aut in principio Mai fieret electio per renunciacionem, et hoc nunc fieri non potest propter mortem imperatoris.

Digitized by Google

mindestens eine Verpflichtung gegen Habsburg aufheben, wenn nicht gar einen für Frankreich günstigeren Ausgang anbahnen.

Aber auch andere Massnahmen wurden vereinbart, mindestens bedingter Weise.

Joachim, offenbar durch Albrecht und Kesinger bewogen, erklärt, er wolle vier bis fünf Wochen in seinen Unterhandlungen mit Frankreich innehalten,[52] allerdings nur, wenn innerhalb dieser kurzen Zeit eine grosse Zahl von Bedingungen erfüllt sei, die wir unten zusammenstellen werden. Deutlich genug aber lässt Joachim seine Vorliebe für Frankreich durch die Drohung erkennen: nach fünf Wochen wolle er seinen Vorteil wahrnehmen, der Franzose biete das Geld baar, ... er gedenke sich nicht zwischen zwei Stühle zu setzen.[53] Eine letzte Abrede zwischen den Brüdern soll gewesen sein: „wenn man von Karls Seite Joachim die Zusage halte, hätte er auch festbleiben wollen."[54]

Andrerseits scheint Albrecht in Halle durch die Verdacht erregenden Aeusserungen, die Kesinger gegen Joachim that, doch auch soweit umgestimmt zu sein, dass er von Halle einen Brief an König Franz schrieb, der

52. Le Glay II, 239. DRA. I. N. 67. Zevenbergen an Margareta 16. Febr. 1519. „il (Joachim) dit plainement, qu' il n'entendroient point demourer entre deux selles à terre, ains à la fin des cinq semaines faire son profit."

DRA. I. N. 117. Kurfürst Joachim an Kesinger (nach Augsburg gerichtet). 3. März 1519. „Dann du weist, das wir uns der Zeit an, da du von uns abgeschieden, über vir oder funf wochen still zu steen nicht bewilligt."

53. Vergl. A. 52. Der obige Ausdruck ist schon vom Kanzler Du Prat gebraucht. 21. Sept. 1518 DRA. I. S. 133 A. 3.

54. DRA. I N. 111. S. 323. Zle. 8. Kurfürst Albrecht an Kurfürst Joachim. 1. III. aufgesetzt, 3. III. abgesandt, 8. III. angekommen. cf. Le Glay II, 331 auch DRA. I. N. 73. Wolfgang Kesinger an Kurfürst Joachim. 17. II. DRA. I. S. 249 Zle. 21.

Digitized by Google

diesem die besten Hoffnungen erweckte. Albrecht wollte sich danach allem anschliessen, was sein Bruder thäte.[55] Auch muss die Hallische Zusammenkunft die Gelegenheit gewesen sein, bei der Albrecht seinem Bruder zur Unterhandlung mit dem französischen Abgesandten unterschriebene Verzeichnisse von Forderungen mitgegeben und ihm die Verhandlung mit den Franzosen übertragen hat.[56]

Wenn wir dies annehmen, wie wir es in der An-

55. Erwähnt in DRA. I. N. 66. Bonnivet und Guillart an Franz I. 16. Febr. 1519. Sie haben soeben einen Brief des Erzbischofs von Mainz an Franz erhalten, den sie ihm senden (fehlt): ‚il accorde à ce que Joachim de Moltzan vous a escript, car entierement il se remect à ce que monsr. le marquis de Brandebourg, son frere, fera et conclura."

56. Dass Albrecht dies gethan hat, beweist der Brief Moltzans an König Franz vom 12. März 1519, nachdem das Einlaufen eines Briefes aus Mainz vom 8. erwähnt ist: Brandenburgensis respondebat . . . primo Maguntino, qualiter jam omnes articulos manu eiusdem Maguntini subscriptos jam misisset in potestate mea . . . . (Le Glay II, 330), und ein Brief Joachims vom 20. April an Albrecht. DRA. I. 237 S. 577. Siehe auch DRA. I. S. 497 A. 1. Dass Albrecht sie vor dem 13. Febr. Joachim übergeben hatte, beweist ein Brief Kurfürst Joachims vom 20. Febr. an Moltzan, herausgeg. von Wrede (Forsch. z. Brandenb. u. Preuss. Gesch. 12. Bd. 1899. S. 227—28), indem er über einen Brief Albrechts berichtet, der also spätestens 13. Febr. von Albrecht abgesandt sein muss. Kurfürst Joachim schreibt nun am 20. Febr. . . . „Item in meines Bruders Artikel sold ir noch mit einsetzen, dass im das segel und de cantzelei schal seinem ampte noch zu Diensten vorbehalten sein." Da dies auf Albrechts Brief (vom 13. Febr.) zurückgeht, hat Albrecht an diesem Datum die Artikel schon in Joachims Hand gewusst. Dass die Liste in Halle selbst entstanden ist, suchen wir im Exkurs IV wahrscheinlich zu machen. Roesler (S. 93) weiss, dass Joachim „von Albrechts Hand unterzeichnete Verträge" in Moltzans Hand legt, fragt aber nicht nach Art und Entstehung derselben.

Digitized by Google

merkung und im Exkurs IV zu beweisen glauben, so gehört hierher und zu den Joachim mitgegebenen Stücken der Entwurf auch eines Wahlversprechens des Kardinals Albrecht.[57]

Dieser wollte danach dem französischen Könige seine Stimme geben, wenn sein Bruder und vorher zwei andere Kurfürsten für Franz gestimmt hätten. Dass ein entsprechender Vertrag Joachims, der also verlangt, dass zwei Kurfürsten vor ihm für Franz stimmen sollen, auch in Halle entstanden ist, können wir nicht beweisen, aber wohl annehmen. Der nächste Vertrag, den Joachim schliesst, im Anfang März, eben als er auf Grund der übergebenen Forderungen verhandelt, enthält jene Bestimmung.[58]

Joachim hat nun, soweit wir sehen,[59] vor dem 20. II., also bald nach der Rückkehr von Halle, wenigstens die Artikel, wohl kaum den Bündnisentwurf, Moltzan gegeben. Dennoch wird Albrecht kaum anders gemeint haben, als dass seine Verhandlungen mit Frankreich durch Joachim erst nach vier bis fünf Wochen wieder aufgenommen werden sollten.

Eben dass Albrecht nicht selbst verhandelte, deutet aber wohl daraufhin, dass nur, wenn Joachim nicht günstigen Bescheid aus Augsburg erhielte, die Verhandlung geführt werden sollte. Dann konnten durch Joachim, bei dem Moltzan weilte, sofort in den Verhandlungen mit Frankreich die nötigen Schritte gethan werden. Lieber indes wollte Albrecht wohl Karls Partei halten. Bei Franz I. suchte er freilich, wie wir sehen, wesentlich günstigere Vorstellungen zu erwecken; thatsächlich aber war die Redensart: „er werde thun, was sein Bruder thäte," sehr fein berechnet, denn auch Joachims Stellung

57. Le Glay CXIV.
58. DRA. I. N. 144. 1. durchstrichener Absatz.
59. S. Note 56.

Digitized by Google

schien Albrecht doch mindestens unsicher. Albrecht wie Joachim empfahlen andrerseits König Karl ihren Neffen Markgraf Johann, der sich mit der Königin von Navarra zu vermählen wünschte.[60]

Beide Brüder einigten sich also wohl dahin: wenn die Lage es fordere, solle jeder von ihnen zur Partei des anderen treten. Doch zuerst wurde noch ein gemeinsames Eintreten für Habsburg auch bei der Wahl in Aussicht genommen. Der Hauptbeschluss scheint gewesen zu sein, dass Joachim noch einmal Karl eine Frist stellt. Für den Fall, dass dieser seine Zusagen innerhalb derselben nicht hält, scheint augenblicklich auch Albrecht bereit, Frankreich die Hand zu bieten. Ja, er übergab für diesen Fall Joachim ein neues Wahlversprechen für Franz, den er wählen wollte, wenn zwei Kurfürsten vor Joachim und dieser selbst ihre Stimmen Franz gäben.[61]

Jedenfalls hing unendlich viel von dem spanischen Bescheid aus Augsburg ab. Zudem richtete der gewitzigte Kurfürst, um eine unparteiische Nachricht zu erhalten, am 2. ~~Januar~~ Februar noch von Halle aus die vertrauliche

60. Ein Schreiben Joachims in diesem Sinn wird von König Karl am 28. Febr. erwähnt, (DRA. I. N. 109) er habe es vor wenigen Tagen erhalten; es wird 2.—4. Febr. abgesandt sein. — Ein Schreiben Albrechts findet sich in Berlin s. d. (DRA. I. S. 187 A. 2). Kluckhohn erwähnt es gelegentlich eines Schreibens Johanns an seinen Bruder Casimir, in welchem der betreffende Gedanke ist: ich hoffe auf das Zustandekommen meiner Heirat, „so unser lieber her von Mainz und du getreulich schreiben." Diese Worte sind nun aber erst 3. Febr. in Spanien geschrieben, sie klingen nicht wie eine erste Aufforderung, sondern setzen das Einverständnis der Beteiligten voraus. Das Schreiben Albrechts muss daher wohl nicht notwendig als Antwort gefasst und darf auf die Hallische Zusammenkunft gesetzt werden.

61. Le Glay II, 385. Wahlversprechen Albrechts für Franz I. Die Berechtigung, es hierher zu stellen, ergiebt sich bei Besprechung der Forderungen.

Digitized by Google

Bitte an Fugger, ihm mitzuteilen, wie viel Geld bei ihm für Karl hinterlegt sei.[62]

Ehe wir nun aber die Forderungen der Brüder im Einzelnen ansehen, halten wir fest, dass Folgendes die Haltung Joachims, auf den wir danach allein zurückkommen, im Februar bestimmen musste. 1. Die Nachricht von den Augsburger Räten. 2. Die Antwort der Fugger. Dazu musste er sich nach dem richten, was er über die Haltung anderer Fürsten hörte.

Joachims Forderungen an Habsburg, die innerhalb fünf Wochen erfüllt sein sollten, falls er dann nicht weiter mit den Franzosen unterhandeln sollte, waren folgende: Für fast alle früheren Zusagen sollten statt der niederländischen Städte die Fugger die Bürgschaft übernehmen;[63] von jenen war nämlich eine Ratifikation der von Maximilian aufgesetzten Bürgschaftserklärung ausgeblieben. Die neue Bürgschaft der Fugger, die bisher nur für 100000 Gl. zu haften hatten, sollte sodann auf die ganzen 300000 Gl. Heiratgeld und die Pension ausgedehnt werden. Das Ausbleiben einer Ratifikation des Heiratsvertrags von der Hand Katharinas führte weiter zu dem Verlangen, dass alle 300000 Gl. sogenanntes Heiratgeld auch in dem Fall gezahlt werden sollten, dass die Heirat nicht zustande käme.[64] Diese erschien also dem Kurfürsten gegen die Geldzahlungen als Nebensache. So steigerte denn Joachim, abgesehen von der erbetenen grösseren Sicherheit, überhaupt seine Geldforderungen: über die bisherigen 30000 Gl. Verehrung hinaus wünscht er noch 100000 Gl.: die Pension sollte um 2000 Gl. auf 10000 Gl.

---

62. DRA. I. N. 21. Kurfürst Joachim an Jacob Fugger. 2. Febr. 1519. Halle. Adresse: Unserm lieben besonderen Jacoben Fugger zu Augsburg in sein eigen hant und sonst niemants aufzubrechen.

63. DRA. I. No. 74. Antwort Nicolaus Zieglers auf Kurfürst Joachims Forderungen. 18. Febr. 1519. Anfang S. 251—52.

64. DRA. I. N. 74. S. 351, Absatz „zum andern."

Digitized by Google

erhöht, die Reiseentschädigung verdoppelt werden, die Aussteuer der Prinzessin Katharina 50000 Gl. wert sein. Die Gesamtsumme von 480000 Gl., auf welche Heiratgeld, Verehrung, Aussteuer anschwoll, blieb freilich noch um 120000 Gl. hinter den, wie wir gleich sehen werden, nun an Frankreich gestellten Forderungen zurück, ebenso die jährliche Pension von 10000 Gl. hinter der bei Frankreich erbetenen von 12000 Gl.

Von Frankreich fordert Joachim[65] zunächst eine höhere Pension von 12000 Gl. statt 8000 Gl.; sie möge — so war auch schon Anfang Januar von Moltzan gefordert, — für die Lebenszeit des Kurprinzen und auch des Dauphins gelten. Das Bündnis bildet anscheinend die Voraussetzung der Unterhandlung. Weitere auf dasselbe bezügliche Forderungen finden sich erst am Ende des Aktenstücks: 1. Wenn er der Wahl halben angegriffen würde, solle er schadlos gehalten werden (N. 110, Art. 13). 2. Seine Familie solle sich nach der Wahl des besonderen Schutzes des Königs und der Beförderung durch ihn erfreuen. Diese Forderungen gehen zurück auf das Angebot des Königs in den „persuasions", aber eine Fassung der Liste, (Exkurs IV) die wohl erst im Lauf des Februar aufgesetzt ist, enthält am Schluss den Zusatz von des Kurfürsten Hand: „item der gubernacion halben im Reich".

Die übrigen Artikel zeigen ein unliebsames Feilschen über die Mitgift und die sonstigen Bestimmungen des Ehevertrags. Der Kurfürst sucht möglichst hohe Summen und möglichst schnelle Auszahlung zu erwirken, dazu unter solchen Bedingungen, dass bei kinderlosem Tode Renatas möglichst wenig an Franz I. zurückgezahlt werden

65. Die Forderungen an Frankreich lernen wir aus einer Liste kennen, welche Kluckhohn unter No. 110 in drei abweichenden Fassungen giebt. Sie werden in Exkurs IV. genauer erörtert. Die dritte Fassung B liegt vielleicht etwas später.

Digitized by Google

soll; dagegen die Summe, die er für den Unterhalt Renatas aussetzen soll, will er herabdrücken. Der Vertrag von 1517 hatte eine Mitgift von 150000 Sonnenkronen (= 200000 Gl.)[66] festgesetzt, dazu waren Neujahr 75000 Sonnenkronen erbeten (= 100000 Gl.), von jeher waren ferner 75000 Sonnenkronen Abzichtgeld (= 100000 Gl.) zugebilligt; also waren Anfang Januar schon 400000 Gl. verlangt. Joachim forderte in Halle nun anfangs „noch 150000 Sonnenkronen Heiratgeld" (= 200000 Gl.)[67], die natürlich im Fall, Renata starb, z. T. zurückgezahlt werden mussten; er wünschte dann aber lieber eine Vermehrung des Abzichtgelds um 100000 Gl., die in jenem Fall nicht zurückgezahlt werden mussten. Dafür wollte man sich mit einer Vermehrung des Heiratgelds um 100000 Gl. wie Neujahr begnügen; im ganzen betrugen also die Forderungen 600000 Gl.

Wir schliessen die Forderungen Albrechts an Frankreich an, weil sich die Politik der Brüder so nahe berührt, und weil die Verhandlung über dieselben, wie wir sahen, Joachim überlassen blieb. Ein weiterer Grund ist die auffallende Aehnlichkeit des Vertrags Albrechts mit dem brandenburgischen in manchen Wendungen,[69] die unter anderm einen Beweis liefert, dass Albrechts Forderungen hier und nicht, wie man bisher annahm, später anzusetzen sind.

Albrechts Forderungen waren nach einem Eingangsartikel (1) weiterhin 2. 120000 Gl. Verehrung in oder bei

66. S. o. S. 5 A. 12.

67. Es fragt sich, ob diese 150000 Sonnenkronen nur zu dem Vertrage von 1517 hinzutreten sollen oder ob dazwischen, wie im Text angenommen, die Neujahrsforderung von 100000 Gl. anzunehmen ist. Ist aber diese in die „noch 150000 Sonnenkronen" wieder aufgenommen und eingerechnet, so würde die Gesamtforderung ohne Aussteuer auf 500000 Gl. sinken. Siehe Exkurs IV.

68. Weitere Einzelheiten s. Exk. IV.

69. S. Exk. IV.

Digitized by Google

dem Wahlort zahlbar.[70] 3. eine Pension von 10000 Gl., gleich der von Maximilian verheissenen; sie sollte in Halle zahlbar und 4. gegen ein französisches Bistum ablösbar sein; 5. der König möge wegen der Abmachungen von Augsburg keinen Groll hegen, 6. Schutz gewähren gegen einen Angriff Karls oder Ferdinands oder der eigenen Kapitelherrn, 7. beim Papste Fürsprache einlegen, dass dieser ihm die Würde eines Legaten a latere für Deutschland verleihe, und selbst die Kosten der Unterhandlung tragen, 8. wenn er König sei, einwilligen, dass Albrecht in seinen Erzbistümern und Bistümern Coadjutoren nach Belieben ernenne. Die Urkunde[71] ist, wie wir sahen, Joachim zur ferneren Unterhandlung übergeben und von diesem Moltzan zugestellt. Sie enthält zwar noch die weiteren Forderungen, dass ihm die Kanzlerwürde und das Reichssiegel altem Brauche nach bleiben möge (9), dass alle Privilegien ihm bestätigt (10), und ein hessischer Zoll vor den Thoren von Mainz nicht erneuert werden möge (11); da die 9. Forderung aber erst am 20. Febr. dem Kurfürsten Joachim durch jenen Brief Albrechts bekannt wurde (s. Note 56), auch die elfte Forderung später besonders erwähnt wird (von König Franz DRA. I. S. 496), sind die drei Forderungen vielleicht nach dem Hallischen Tage zugefügt. Sie wurden aber alle wohl von Moltzan bereits Ende Februar nach Frankreich gemeldet.

Wir können vermuten, dass auch an Karl Albrecht in Halle neue Forderungen gestellt hat. Wenn nämlich ein Geschäftsträger Karls, Le Sauch, am 29. III. aus Augsburg schreibt, „er habe" — aus Barcelona — „Briefe über sieben Punkte für den Mainzer mitgebracht,[72]" so sind die Forderungen etwa in den Hallischen Tagen gestellt. —

70. S. o. S. 32 n. 44. Dezember oder Anfang Januar waren 100000 Gulden zu früheren 25 000 Gl. erbeten.

71. Le Glay CXI.

72. Das Datum DRA. I. S. 422 A. 4. Kluckhohn druckt diese Sätze nicht, nur Mone, Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit

Digitized by Google

Der Zusammenkunft in Halle folgte am 3. Februar noch eine Begegnung der Hohenzollern mit Friedrich von Sachsen in Naumburg.[73] Albrecht übernahm es dabei, den rheinischen Kollegen den sächsischen Vorschlag zu übermitteln, dass die sechs Kurfürsten vor der Wahl zusammenkommen sollten. Friedrich empfahl ferner ein gemeinsames drohendes Ausschreiben der sechs Kurfürsten an die Stände, dass sich niemand unterstünde, sie an der freien Wahl zu hindern oder ihnen etwas widerwärtiges zuzufügen. Kesinger war dabei in Naumburg noch anwesend.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, wie viel die einzelnen Fürsten auf den neu bekannt gewordenen Zusammenkünften von dem Angebot der Statthalterschaft an Joachim, das wir auch erst jetzt zeitlich festlegen konnten, erfahren haben. Es erwähnt dasselbe nämlich der habsburgische Kommissar Zevenbergen in einem Briefe an die Regentin der Niederlande vom 16. Februar aus Augsburg,[74] wohin an diesem Tage Kesinger aus Halle zurückkehrte;[75] Zevenbergen fusst also wohl auf Kesingers Bericht. Er hoffe, schreibt der Kommissar der Regentin, dass der Sachse die Wahl des französischen Königs nicht dulden

1836. S. 403. (fälschlich unter dem 29. April) . . . „j'ay aussi apporté lettres pour mons. de Mayence, par lesquelles le roy lui consent sept points et articles nominaux, dont il a fait demande, ils ne sont de grant importance car, ils ne consistent fors en promesse de tenir la main es dis VII points à son desir.

Die Hallischen Forderungen waren in Augsburg bekannt am 16. Febr. (DRA. I. N. 67.) Le Sauch wird aus Barcelona zurückgesandt am 13. März . . . die Zwischenzeit genügte also zur Mitteilung.

73. Vergl. DRA. I. N. 10. N. 59. u. S. 445 A. 1, N. 117. Näheres unter Albrecht und Friedrich.

74. Zevenbergen an die Regentin. Augsburg. 16. Febr. Le Glay II, 235 ff. DRA. I. N. 68.

75. DRA. I. N. 67. Le Glay II, 238.

Digitized by Google

werde, weil Franz I. dem Markgrafen von Brandenburg versprochen habe, ihn zu seinem Statthalter zu machen; es sei ein Glück für Karl, dass König Franz den andern angezeigt habe, er traue ganz auf jenen. Noch weniger werde Friedrich dulden, dass Joachim König werde; denn dieser sei ein heftiger Herr, mit dem niemand zu thun haben wolle. Zevenbergen also wusste von dem Angebot, aber seine Hoffnung bezüglich der Haltung Friedrichs kann doch auch nur auf Annahme und dem vom Wunsch eingegebenen Gedanken beruht haben, dass eine solche Statthalterschaft dem ständigen sächsischen Vikare zuwider sein würde. Möglich freilich ist die Annahme, dass Friedrich in der That eine Aeusserung gegen Joachims Statthalterschaft gethan und Zevenbergen von ihr gehört hat, aber doch weniger wahrscheinlich. Wie sollte Friedrich von dem Angebot erfahren haben? Joachim selbst wird es ihn nicht haben wissen lassen; wohl aber ist denkbar, dass Albrecht es ihm gesagt, da er mit ihm vorher und später in vielfacher Beziehung steht (s. u. Albrecht und Friedrich). Für die Möglichkeit könnte auch die Angabe sprechen, dass kein Kurfürst Joachim als Statthalter wünsche. Erfuhr Friedrich davon, so kann er sehr wohl in jenem Sinne Aeusserungen gethan haben. Bewiesen aber ist eben eine Mitteilung Albrechts an Friedrich nicht. — Zu schliessen dürfte aus Zevenbergens Annahme nur sein, dass Joachim das Angebot der Statthalterwürde u. s. w., das er Kesinger unmöglich sagen konnte, vor Albrecht nicht verschwiegen, und dieser es Kesinger verraten hat. —

Zevenbergens Brief enthält noch die weitere, bisher unbenutzte Nachricht von sächsischen Praktiken mit den Ungarn und Böhmen, um den König von Ungarn und Böhmen zum deutschen König zu machen, und von einem gleichzeitigen Plan, das ungarisch-böhmische und sächsische Haus durch eine Heirat des sächsischen Prinzen Hans und der bekannten ungarischen Prinzessin Anna zu ver-

Digitized by Google

binden. . . . „Durch eine dritte Hand habe man den Kurfürsten von Brandenburg hiervon unterrichten lassen, der lieber den Türken unterstützen als dulden würde, dass die Böhmen und Sachsen in solchem Ansehn stünden.“ Im Zusammenhang der brandenburgischen Politik interessiert — gleichviel ob sonst die Praktiken wirklich und dieser Zeit zugehörig sind — nur der Zorn, welcher Joachim erfasst, nachdem ihm — zweifellos in Halle und Naumburg — jenes Gerücht zugebracht ist. In ihm hat vielleicht ein späterer Gegensatz Brandenburgs zu Sachsen seine Ursache.[76]

Wenden wir uns nun aber dem Fortgang der Politik Joachims wieder zu. Bestimmend mussten die drei schon bezeichneten Momente bleiben: 1. ein Bescheid von den Augsburger Räten, 2. eine Antwort der Fugger, 3. die Stellung anderer Kurfürsten.

Die Augsburger Räte waren in ihrer Antwort von Aufträgen aus Spanien abhängig; als sie nun am 16. Februar die brandenburgischen Forderungen erfuhren,[77] war bereits

---

76. Da Oestreich Sachsen in letzter Zeit im Stich gelassen, wäre es an sich denkbar, dass eine ungarisch-böhmisch-sächsische Bestrebung zu Gunsten einer Erhebung Ludwigs von Ungarn stattgefunden habe und mit dem Plan einer Heirat verbunden sei. Indes sie braucht nicht unmittelbar vor der Hallischen Zusammenkunft zu liegen, Zevenbergen sie nicht durch Kesinger zu kennen, er hatte vielleicht Nachricht aus Ungarn. Kesinger hätte sonst aus eigener Initiative die Nachricht bei Joachim auszunutzen versucht, ein Anteil an den Geschäften, den man einem Sekretär kaum zuweisen darf. Lediglich eine Vermutung bleibt auch, dass Joachim das Gerücht erfunden und es nur zum Schein wieder habe an sich bringen lassen, wobei er den Zweck verfolgt hätte, bei den Kommissaren Stimmung gegen Sachsen zu machen und, falls Karls Wahl gelänge, leichter auch von ihnen das sächsische Vikariat oder die Statthalterschaft zu erhalten.

77. DRA. I. N. 67. Zevenbergen an Margareta. 16. Febr. 1519. Dort wird die Rückkehr Kesingers an diesem Tage erwähnt.

Digitized by Google

Karls Kämmerer Paul Armersdorf in Augsburg eingetroffen (2. Februar).[78] Er hatte die Bestätigung des Heiratsvertrages durch Karl und dessen schriftliche Versicherung überbracht,[79] alles halten zu wollen, „was Maximilian, Villinger und Renner mit den Kurfürsten in ihrer Gesamtheit oder jedem einzelnen ... vereinbart habe und sich aus den Akten ergeben werde." Ausserdem hatte Armersdorf Wechselbriefe an die Fugger und Welser übergeben. Er sollte auch 6000 Landsknechte werben, wohl für Neapel.[80] —

Wann nun Joachim von dem Einlaufen der Ratifikation und der Wechsel in Augsburg erfahren hat, ist unsicher; es sind aber in den nächsten drei Wochen zunächst von den Fuggern verschiedene Nachrichten an ihn gelangt, welche seinen Verdacht über ein Ausbleiben der Ratifikation Katharinas nur bestärken konnten.

Zunächst meldete Fugger am 8. Februar, ohne ein Schreiben Joachims zu erwähnen,[81] dass zwei Pergamente

78. DRA. I. S. 200 Anm. 2. Armersdorf reiste aus Saragossa am 11. Januar 1519 ab. (Gachard, Rapport sur les Archives de Lille.) Nach einer Rechnung (s. Gach.) heisst es nur au mois de janvier. Die Beglaubigungen Armersdorfs bei Ludwig von der Pfalz und Casimir von Brandenburg sind vom 14. Januar. Auffällt, dass Briefe aus Saragossa vom 12. Januar in Augsburg am 1. Febr., Armersdorf erst am 2. Febr. ankommen. Die Abfertigung Armersdorfs am 11. Januar bestätigt ein Brief Corners an die Signorie vom 15. Januar, dadurch wird ein früherer Brief Corners vom 9. Januar, den Voltelini benutzte, widerlegt, nach dem die Abreise am 5. Januar erfolgt wäre. (Voltelini l. c. S. 609 A. 4.) Vielleicht sind die Beglaubigungen vom 14. Januar nachgesandt.

79. DRA. I. S. 203 A. 1.

80. Voltelini S. 609 A. 1 nach Sanuto 26, 405 (448). — Da der Auftrag vor dem Tode des Kaisers gegeben ist, darf man kaum darin einen Anfang der Rüstung für Unterstützung des schwäbischen Bundes sehen.

81. DRA. I. N. 36. Fugger an Kurfürst Joachim 8. Januar.

Digitized by Google

bei ihm hinterlegt seien, deren Gegenstand er nicht nennt; er übersende ihm zwei Kopieen. Dass dies Fuggersche Schreiben abgesandt ist, dürfen wir nicht bezweifeln, da das Original in Berlin ist, wohl aber, ob wirklich die darin erwähnten Kopieen spanischer Schreiben übersandt sind. Ein zweites Schreiben Fuggers nämlich vom 12. Februar[82] meldet zwar zunächst das Eintreffen von Wechseln, betont auch nochmals, dass „die Kopeien" von ihm an den Kurfürsten übersandt seien, meldet dann aber im selben Absatz: „und söll m. g. her der markgraf Casimir und der graff von Mansfeld denselben mein brief und Copeien selbst bringen." Der Widerspruch ist wohl so zu erklären: Nach der Ankunft Armersdorfs am 2. Februar werden bis zum 8. Februar seitens der kaiserlichen Räte mit Fugger Verhandlungen stattgefunden haben, bei denen es anscheinend zu dem gewünschten Resultat kam, dass Fugger die Kopieen Joachim zustellen und vorher unterzeichnen solle, damit man bei dem Ausbleiben der Ratifikation Katharinas wenigstens etwas Glauben erwecke. Daraufhin wird das erste Schreiben an Joachim a u f g e s e t z t sein. Dann aber mag man, vielleicht, weil nun Joachims Anfrage bei Fugger einlief, die Kopieen zurückbehalten haben; — wie könnten sonst am 12. dieselben für Casimir zur Verfügung sein? Dann ist vielleicht das Schreiben vom 8. erst am 9. oder 10. abgesandt, am 12. aber die Ueberbringung der Kopieen durch Casimir angekündigt. Schon am 6. Februar war von den Räten an eine Sendung Casimirs gedacht.[83] Bis zum 11. Februar scheint auch von Kesinger, der selbst erst am 16. zurückkehrte, eine

---

82. DRA. I. N. 50. Fugger an Kurfürst Joachim. 12. Januar 1519.

83. DRA. I. N. 29. Zevenbergen, Villinger, Ziegler an das Regiment zu Innsbruck. 6. Febr. Schluss.

„Wir haben auch Markgraf Kasimir und Graf Hoyern von

Digitized by Google

Beschwerde Joachims bereits mitgeteilt zu sein.[84] Wir urteilen, dass durch Fuggers erstes Schreiben eine falsche Nachricht an Joachim gelangte, die ihm nach dem zweiten verdächtig scheinen musste, werden jedoch wohl den Räten die Verantwortung zuschieben. Das erste Schreiben wird am 17./18. Februar, das zweite um den 20. an Joachim gelangt sein. Ein gleichzeitiger Brief Zieglers[85] vom 12. Februar meldete dem Kurfürsten in Anknüpfung an dessen Mahnung vom 26. Dezember 1518, man sei bereit, noch 30000 Gl. zu zahlen, „wo er darauf verharre"; auch habe König Karl die Heirat bestätigt und den Pensionsvertrag ratifiziert. Schwerlich aber wird dies viel Eindruck auf den Kurfürsten gemacht haben. Vielmehr lag, da Ziegler von einer Ratifikation durch Katharina schwieg, die Vermutung nahe, dass diese fehle,[86] und dass die Kopieen aus diesem Grunde erst von Markgraf Casimir gebracht werden sollten.[87]

Mansfeldt zu den Churfürsten von Sachsen und Brandenburg eilends abgefertigt." Es kann dies nur heissen: haben ihm den Auftrag zugeschickt und um Uebernahme desselben gebeten. Denn am 23. Februar wird derselbe widerrufen.

84. DRA. I. N. 46. Villinger und Ziegler an das Regiment zu Innsbruck. 11. Febr.; der Brief enthält einiges, was Zevenbergen an Margareta 4. u. 6. Febr. (Le Glay II, 203. DRA I. S. 191.) nicht mitteilte, sei es, weil es ihm noch nicht bekannt war, sei es aus Absicht.

85. DRA. I. N. 51. Ziegler an Kurfürst Joachim. 12. Febr. 1519. Augsburg.

86. Vergl. Le Glay II, 246 Zevenbergen an Margareta. 15. Febr. 1519. Z. giebt selbst an, dass noch immer die Ratifikation Katharinas fehlte. . . et avons differé d'envoyer le marquis Casimirus vers le marquis Joachim son cousin attendant que le roy envoyera la ratification signé par la main de madame Catherine.

87. Vielleicht war dieser Verdacht und die gleich zu berichtende

Digitized by Google

Betreffs des Geldes schrieb Fugger am 12. Februar zwar: wes er sich gegen den Kurfürsten verschrieben habe, „stünde in seinem werd, es sei daran kein Mangel," aber es bezog sich dies nur auf die spezielle Verschreibung der 100000 Gl. vom 22. August 1518[88] und war noch keine Antwort auf die Kesinger in Halle mitgegebenen Forderungen, dass 130000 Gl. mehr gezahlt und günstigere Bedingungen gewährt werden sollten. Ferner hiess es in Fuggers Brief: erst am Tage, wo er schreibe, seien ihm Wechselbriefe überantwortet. Daraus musste Joachim nun erkennen, dass man durch Kesinger ihm etwas vorgespiegelt habe, denn schon damals sollten ja die Gelder in Augsburg sein. Auch war die Summe, deren Eintreffen in Augsburg Fugger mitteilte, nicht so bedeutend: 308000 Gl.; im ganzen konnten flüssig gemacht werden: 587000 Gl. Wenn Joachim überschlug, dass viele Kurfürsten, Fürsten und Herren Verehrungen und Pensionen erhalten sollten, dass seine eigenen Forderungen jetzt auf 430000 Gl. erhöht waren, so mochte ihm zweifelhaft scheinen, ob Fugger weitere Bürgschaft übernehmen würde.

Also von Fugger ein wenig tröstlicher Bescheid; von den Augsburger Räten mochte Joachim wohl überhaupt nicht mehr hoffen. Aber er hat schon, ehe er diese Briefe erhielt, also vor dem 20. Februar, wie wir sahen, seine und seines Bruders Forderungen Moltzan übergeben,[89] auch bereits den franzosenfreundlichen Herzog Heinrich von Lüneburg dreimal zu einer Tagsatzung geladen.[90]

Angabe Fuggers gemeint, wenn Joachim am 20. an Moltzan, der damals im braunschweigischen geweilt haben muss, schrieb (s. Note 56): „wann ich weder zu euch kome, will ich euch wol seltsamer neue Zeitung vermelden."

88. Vergl. Exkurs I.

89. s. S. 37, Note 56.

Digitized by Google

Ebenso suchte er nun auf den Bruder und den Kölner Kurkollegen einzuwirken. Ihm selbst jedoch meldete vorher, am 20. Februar morgens, ein eigenhändiger Brief des Bruders,[91] dass ein französischer Bote Albrecht getroffen und das Nahen einer französischen Gesandtschaft angezeigt habe, von ihm aber sei ihrer Abrede gemäss die Gesandtschaft an Joachim', dem er in dieser Sache Vollmacht gegeben habe, gewiesen worden, er habe gebeten, ihn selbst „mit der Botschaft verschonen zu wollen." Konnte Joachim hieraus des Bruders geringe Neigung für Frankreich sehen, so war es doch nicht nur leeres Gerede Albrechts, dass er „gemäss der Abrede" so handle; er wünschte wirklich in seine Artikel noch aufgenommen zu sehen, dass „das Siegel und die Cantzeleien seinem Amte noch zu Diensten vorbehalten bleiben" möge.[92] Joachim teilte alles dies noch am selben Tage Moltzan mit, wobei

90. DRA. I. N. 89. Heinrich der Mittlere von Lüneburg an Kurfürst Friedrich. 23. Febr. 1519. S. 283, Zle. 25 . . . „Als ich soweit geschrieben, hat mir der marggraf gescriben, das ich am sontage Invocavit (3. März) bei ime zu Brandenburg sein wolt; ist die vierde tagsatzung von ime mir vorgestelt, welchs ich mit gotlicher hilf thun wil . . ."

91. Wiedergegeben im Brief Joachims an Moltzan. 20. Febr. 1519, der im folgenden benutzt ist. Vergl. S. 37, Note 56. „Diesen morgen als ich noch im bedde gelegen, ist mir meines herrn und bruders handschrift ein brief zugekommen, darinne mir s. l. under andern angezeigt, dass der König von Frankreich ime auch ein post geschickt mit anzeigunge, dass ein botschaft hernoch kähme und hat s. l. K. w. darauf geantwurtet, dass s. l. mir in diesen sachen fulmacht gegeben habe zu handeln und zu besliessen" . . . Vergl. auch S. 49, Note 87. Der Brief Albrechts ist vermutlich aus Schleusingen, wo ihn am 7. Febr. ein französischer Postbote traf. (DRA. I. N. 32. Albrecht an Friedrich. 7. Febr.)

92. Damit ist wohl die Kanzlerwürde gemeint, deren weitere Ueberlassung an ihn erst jetzt erbeten ist. Vergl. S. 43.

Digitized by Google

er auch an Pensionen für seine eigenen Räte erinnerte, die also früher erbeten sein müssen; er empfahl, da er das Schwanken seines Bruders wohl fühlte, die Erfüllung der Wünsche Albrechts nachdrücklich, und, falls Moltzan seinen Boten bereits abgeschickt habe, Nachsendung eines zweiten. So zeigte er sich eifrig für Frankreich. Er konnte übrigens nach Albrechts Schreiben noch nicht anders denken, als dass er in Albrechts Sinne handele, wenn er nach Ablauf der Karl gestellten Frist mit den Franzosen abschliesse. Er schrieb aber doch wohl sofort dem Bruder, um ihn mehr für Frankreich zu erwärmen.[93] Zum gleichen Zweck sandte er um dieselbe Zeit[94] auch eine Werbung an den Kölner Erzbischof Hermann von Wied.

Mit äusserster Vorsicht soll der Unterhändler Dietrich von Hardenberg[95] zuerst anklopfen, ob nach des Kölners Meinung in der früheren Bewilligung durch des Kaisers

---

93. König Karls Kämmerer, der 27. Febr. zu Albrecht kam, erklärte, Albrecht sei durch einen Brief Joachims ungünstig gestimmt. Le Glay II, S. 286.

94. Die Nachricht, dass ein brandenburgischer Gesandter in Köln sei, ist am 4. März in Mainz. (DRA. I. N. 123 mit neuer Beilage. Armersdorf an die Regentin der Niederlande. 4. März 1519. S. 346, Zle. 18). Folglich ist spätestens am 2. März der Gesandte in Köln, also von Berlin um den 20. Februar und zwar eher nachher abgeordnet. Entsprechend der Zeit, die meist für Botenritte gebraucht wird, brauchen wir für Berlin-Köln nicht mehr als sechs bis acht Tage ansetzen.

Mainz-Berlin (ausnahmsweise) 5 Tage DRA. I. S. 328 A. 1, Le Glay II, 330.

Paris-Berlin 11 Tage DRA. I. S. 351, Zle. 2.

Augsburg-Halle $7^1/_2$ Tage, DRA. I. S. 143, A. 2, DRA. I. S. 151, Zle. 30.

95. DRA. I. N. 64. Instruktion für die erste Werbung Dietrichs von Hardenberg bei Köln. (s. d.) s. o. S. 31.

Digitized by Google

Tod eine Veränderung bedingt sei.[96] Selbst bei zweifelhafter Antwort hat der Gesandte von seinem Herrn strenges Festhalten an den Verträgen vorauszusetzen: Kurfürst Joachim wisse, „das wir funf Churfursten zusampt den vormunden konig Ludwigs nicht allein gein konig Carle von Hispanien, sunder auch gegeneinander unverschedentlich (!) verschrieben sein;[97] darumb acht m. g. her der churfürst, das euer aller ch. g. sich swerlich von einander scheiden und solche erste bewilligung verandern mogen." Ja es soll als Annahme Joachims hingestellt werden, dass der Kölner bei der ersten Abrede bleiben werde; es wurde also der Schein voller Treue gegen Karl angenommen. Ueber die Stellung des Brandenburgers soll Hardenberg — nur auf Frage — andeuten: er denke die Treue zu halten „so uns gehalten werd, wie wir uns versehen."

Nur für den Fall, dass Erzbischof Hermann bei zweifelhafter Antwort beharre und sich auf weiteres Anpochen für Frankreich erkläre, ist der Gesandte angewiesen zu eröffnen, dass Joachim Auftrag habe, wegen einer stattlichen Verehrung von Frankreich mit ihm zu verhandeln.

So löste Joachim jetzt sein im Vertrag von Anfang Januar gegebenes Versprechen[98] ein, dass er sich bemühen wolle, andere Kurfürsten für Franz zu gewinnen. Um den 20. Februar ladet Joachim endlich auch den Herzog von Lüneburg ein viertes Mal zu einer Zusammenkunft,[99] diesmal auf den 13. März nach Brandenburg. Am 10. März

96. Man erinnere sich an Joachims Antrag in Halle: revocarentur obligationes. S. o. S. 35.

97. Vergl. oben S. 16.

98. DRA. I. S. 527, Zle. 21. nec non procurabimus quod ceteri electores eum eligant . . . Vergl. oben S. 21.

99. Vergl. S. 51, Note 90. Da die Ladung am 23. Febr. bei Heinrich von Lüneburg anlangt, ist sie etwa 20—21. Febr. abgesandt.

Digitized by Google

erst liefen die fünf Wochen ab, welche stillzustehn er 1. oder 2. Febr. den Augsburger Räten zugesagt hatte. Uebereifrig fast kam er dem Vertrage nach, der von Franz noch nicht einmal ratifiziert war. Und Joachim Moltzan hatte inzwischen nicht geruht; er bot dem französischen Könige in diesen Tagen[100] an, fünf mächtige Herzöge mit 1000 Reitern in seinen Dienst zu nehmen. Aber König Franz hat einen Befehl nicht gegeben und zögert sogar auf den Vorschlag einzugehen. Da lässt sich, weil wir später nachweisen werden, dass Kurfürst Joachim drei Wochen danach dem Könige den Ratschlag geben lässt, in grösserem Masse zu rüsten, und weil Moltzan ja auch brandenburgischer Rat[101] war, die Frage aufwerfen, ob der Kurfürst etwa von jeher grössere Rüstungen in Norddeutschland auf Kosten Frankreichs angeraten hat; zu belegen aber ist doch nur, dass er in diesen Tagen sich dem Könige durch einen Depeschenträger Moltzans empfehlen und seine Dienste anbieten lässt.[102]

Dennoch liess der geldgierige Kurfürst auch Moltzan nicht ohne Besorgnis. Dieser schrieb — wir wissen nicht, ob aus Berlin oder etwa vom Hofe des Lüneburgers —

---

100. (König Franz schreibt am 5. März an Bonnivet und Guillart (DRA. I. N. 126. S. 352, Zle, 15.) Par les lettres, qu'icelluy Joachim (Moltzan) m'escript, (verloren; sie kamen 1. März nach Luneville DRA. I. N. 113. S. 331, Zle. 25, sind also **um den 20. Februar 1519** geschrieben) il m'offre mener cinq puissans ducz avec mil chevaulx d'Allemagne pour les causes, que verrez encestes lettres; sur quoi j'ay surceoye encores luy fere réponse d'autant que cela vault bien a y penser. Vous y penserez de votre part et m'entendrez votre advis.

101. S. 3, Note 9.

102. DRA. I. N. 113. Bonnivet und Guillart an Franz I. 1. März. S. 332 Zle. 10. Der oben erwähnte Bote überbrachte den Brief, über den König Franz am 5. März berichtet, s. Note 100.

Digitized by Google

wieder an König Franz (etwa 21./22.);[103] die französischen Gesandten Francisque und La Poussinière waren danach noch nicht eingetroffen; Moltzan trieb augenscheinlich zur Eile und drängte besonders,[104] dass der König sich beim Papste für den Mainzer verwende.[105]

Am 27. II. klagte dann Moltzan in einem Briefe an den Kanzler Du Prat[106] über die „täglich neuen Wünsche Joachims und Albrechts", von denen wir wohl die letzteren aus dem Briefe Joachims an Moltzan vom 20. II. kennen. Und von den jetzt Moltzan neu mitgeteilten Forderungen Joachims decken einige sich vielleicht mit Zusätzen, die in Halle zur ursprünglichen Fassung kamen. Dies ist um so eher möglich, als die letzte Fassung (DRA. I. N. 110, B.) zur Sicherung des Kurfürsten „Siegel und Brief des Königs" genügen liess, während ursprünglich (DRA. I. N. 110, T.) Bürgschaft der Fugger gewünscht war. Vielleicht gab Joachim einer Gegenvorstellung Moltzans nach. Jedenfalls hofft der Gesandte, dass alles gut gehen werde, wenn man wenigstens den Markgrafen befriedigen könne; die Gegenpartei mache aber grosse Anstrengungen. Die Sache käme darauf hinaus; „wer von beiden — Franz und Karl — mehr geben oder versprechen könne, werde zum

---

103. Vergl. DRA. I. S. 331, Zle. 25 ff. der Brief Moltzans (fehlt) kam 1. März nach Luneville.

104. DRA. I. S. 332, Zle. 6 et surtout que l'on n'oublie de fere par le moyen de notre saint-père que ceste election s'abrège et qu'il en escripve le brief a monsieur de Magence suivant ce que cy devant est contenu.

105. Ein vorher gesandter Bericht stimmte damit überein. Bonnivet an Franz 16. Februar 1519. DRA. I. N. 66.

106. DRA. I. No. 102. Moltzan an Du Prat. 27. Febr. 1519.

Digitized by Google

Ziele kommen".[107] Er bittet deshalb um Absendung eines zweiten Gesandten, der Vollmacht habe, mit ihm zusammen abzuschliessen und zu ratifizieren. Kurfürst Joachim muss also doch bei Moltzan nicht zuviel Zuversicht auf das Innehalten des nach Neujahr gegebenen Versprechens erweckt haben, wenn er schon jene Werbung nach Köln sandte; noch fehlte ihm ja auch jede Kunde über die Haltung der rheinischen Mitkurfürsten. So hielt er sich noch die Möglichkeit offen, mit Karl abzuschliessen, und drohte wohl hiermit, um höhere Zahlungen von den Franzosen zu erhalten.

Da kam aus Augsburg vom 18. Febr. ein neues Schreiben vom Sekretär Ziegler im Namen der Kommissare Karls[108] Ende Februar an den Kurfürsten.[109] Die Antwort war eine recht ungünstige. Wie am 12. konnte Ziegler wieder von einer Ratifikation des Heiratsvertrags durch Katharina noch nichts melden, nur von der durch Karl, welcher mit dem Rat von Spanien und Burgundien die Heirat gebilligt habe.[110] Eine Zulage von 100 000 Gl. für die Verehrung, „welche zu zahlen schwer fallen möchte", lehnte man ab; dem stand nur die Vertröstung gegenüber, dass es an weiteren 1500 Gl. Reiseentschädigung nicht fehlen sollte, und dass die Aussteuer zweifellos den Wert von 50 000 Gl., den Joachim sich ausbedang, haben werde. In Aussicht stellen wollte Ziegler noch allenfalls, dass eine etwas höhere Verehrung am Tage der Wahl baar gezahlt werde;

---

107. . . . Ipse (Joachim) et Maguntinus in dies cadunt in majores avaritias . . . Res eo devenit, quis duorum scilicet regis nostri et catholici plus dabit et promittere possit, is supremum culmen obtinebit . .

108. DRA. I. N. 74. Nicolaus Ziegler an Kurfürst Joachim. 18. Febr. 1519, von S. 252 an.

109. Vgl. S. 40—41. Joachims Forderungen nach dieser Antwort Zieglers.

110. DRA. I. S. 252, Zle. 12. Vgl. o. S. 49.

Digitized by Google

aber wieder will er die Summe von 30 000 Gl.[111] nicht gelten lassen, sondern spricht unbestimmt von 20 000 oder 30 000 Gl.

Konnte der Sekretär nicht verschweigen, dass bisher „grosse Arbeit, die Verschreibung der niederländischen Städte zu erlangen," nötig gewesen sei, so musste dies keine hohe Vorstellung von Karls Kredit geben. Dem folgte aber unter verdächtig langen Beteuerungen Zieglers, dass er die Wahrheit rede,[112] die Bitte, mit der Verschreibung Antwerpens und Mechelns, die man jetzt erlangt habe und stündlich erwarte, zufrieden zu sein; das baten die Kommissare, weil sie fürchteten, dass Fugger Bürgschaft für weitere 300 000 Gl. nicht geben werde.[113] Zu alledem kam die Bitte, die Frist, bis zu der die Wahlverpflichtung gültig sei (1. Mai), um einige Monate zu verlängern, dann werde Fugger das Gleiche thun betreffs der Gültigkeit seiner Verpflichtung (d. h. natürlich nur für die 100 000 Gl., für die er sich verbürgt hatte). Auch möge der Kurfürst doch sechs Wochen stille stehen in seinen Verhandlungen; in fünf Wochen könne unmöglich Bescheid aus Spanien da sein. Zudem scheint Ziegler diese sechs Wochen erst vom 18. Februar an zu rechnen,[114] während der Kurfürst seine fünf Wochen von Anfang Februar an zählte.[115]

111. Vgl. Zieglers Schreiben vom 12. Febr. 1519. DRA. I. N. 51.

112. DRA. I. N. 74. S. 252, Zle. 20—25. So ist warlich gross arbeit gebraucht, bis die stet Antdorff und Mechlen sich umb die pension zu obligiern bewilligt haben, derselben verschreibung warten wir hier all stund und an solhem soll e. f. g. gar nicht zweifelen, dann wo ich des nit so grundlichs wissen hette, wolt ich e. f. g. sovil nit zuschreiben; verhoff auch e. f. g. hab mich bisher an keiner unwarheit funden, das soll itz und hinfur auch beschehen.

113. DRA. I. N. 74. S. 255, Zle. 1. ich besorg warlich, es sei nit zu erlangen.

114. Ebenda, Zle. 26. Doch wirdet nichts dest minder solche e. f. g. begern j e t z t eilends Kunig Karln geschrieben und verkundt

Digitized by Google

Das Schreiben Zieglers brachte also nicht Zusagen, die zu geben die Räte weder Mittel noch Vollmacht hatten, sondern nur Vertröstungen, die Bitte um Aufschub, den Wunsch „der beslossen handlung nüegig zu sein“ und „des Franzosen hoens entpieten nit anzusehn.“ Dies ward geschickt mit Schmähungen gegen Frankreich[116] verflochten und mit einer Aufzählung der Macht Karls, der den schwäbischen Bund für sich und in Neapel eine Armee von 15000 Mann habe, endlich mit einem Hinweis auf die alte Freundschaft von Oestreich und Brandenburg. Dazu ward für später eine Gesandtschaft angekündigt.

Dies Schreiben wird Joachim das letzte Bedenken bezüglich eines vollen Anschlusses an Frankreich genommen haben. Nur den Schein hat er sich wohl noch einmal gegeben, als wiederhole er seine Erklärung von Halle. Denn er schreibt in seiner Antwort an Ziegler vom 3. März[117] zwar: „wir vermerken solchs (nämlich: euer Schreiben) nicht anders als getreuer wohlmeinung geschehen,“ fährt aber fort „was aber unser gemut und meinung in der sachen gewesen ist, ist euch nottorftichlich

und das, des sich kunig Karl darauf entsleust, e. f. g. durch ein treffenliche Botschaft zu erkennen geben. Das mag ferre des wegs halben nit ee dann in sechs wochen ungeferlich zu bescheen. Armersdorf brauchte von Saragossa nach Augsburg 22 Tage (11. Januar bis 2. Febr., s. o. S. 52.); später gingen die spanischen Nachrichten von Barcelona ab; dafür kam in unserem Fall die Strecke Augsburg-Berlin hinzu.

115. S. Note 54. 2. Citat.

116. DRA. I. N. 74. S. 253, Zle. 27: es sei der Franzosen Praktiqua allein dahin gegrundt, zerruttung und zerstorung im heiligen reich und sich selbst gross zu machen;“ es werde Koenig Franz . . . „nit ruen, bis er die ganz monarchei erobert und e. f. g. und ander stende irer regirung beraubet und seinem tirannischen gewalt underwerfe.“

117. DRA. I. N. 118. Kf. Joachim an Nicolaus Ziegler. 3. März 1519.

Digitized by Google

entdeckt .... lassen das derhalben nochmals in seinen wirden." Darunter werden die Räte in Augsburg verstanden haben, er gewähre ihnen die neue Frist, zumal er erklärte, eine spanische Gesandtschaft abwarten zu wollen. Joachim wollte vielleicht diesen Glauben wirklich erwecken und wählte deshalb diesen Ausdruck; denn er mochte schon entschlossen sein, da nach Zieglers Brief in nächster Zeit von Habsburg keine bindende Zusage zu erwarten war, bei erster Gelegenheit mit den Franzosen abzuschliessen. Deshalb schrieb er in Worten, auf die er sich von seinem Standpunkt berufen konnte: er habe von neuem erklärt, nur fünf Wochen still stehen zu wollen. In einer früheren getilgten Fassung[118] wiederholte er die alten Forderungen schroffer und schien gegen deren Erfüllung dem Worte nach noch zu einem Halten des Augsburger Vertrags bereit; er versteckte sich aber wohl auch hier hinter den Gedanken, dass Kaiser Max vor der Wahl hätte verzichten müssen. Dies soll ja Joachim in Halle als Bedingung der Wahl Karls hingestellt haben;

---

118. In der getilgten Fassung steht, obwohl Ziegler eine höhere Zahlung für beschwerlich erklärt hatte, doch folgendes: er wolle gleichwohl die Verleihung einer grösseren Verehrung dem Könige von Spanien nahe gelegt haben, weil ihm mancherlei Zusagen bereits nicht gehalten seien und andern Kurfürsten „vor und nach todlichem abgang .... kai. Mt. ..... im handel vermehrung und besserung geschehn" sei. Sind diese Bedingungen gewährt, — heisst es weiter, — „so wollen wir uns in alledem, das wir uns verpflicht und verschrieben und wir auch widerumb durch hochloblicher gedechtnus kai. Mt. brive und sigell und hantschrift nicht entbunden und losgesatzt, uns fürstlich, erlich und unverweislich für unser person n e b e n andern unsern mitchurfursten zu halten wissen." Vergl. über des Kurfürsten Gedanken oben S. 35, note 51. Le Glay II, 329. Ueber die kaiserlichen Verträge vgl. oben S. 21—22. DRA. I. S. 110.

Digitized by Google

allerdings laut Moltzans Bericht, der neun Tage nach unserm Brief geschrieben ist.

An Kesinger schrieb der Kurfürst gleichzeitig,[119] dass er „der Artikel eins teils nicht gestendig" sei, ohne ihm nähere Auskunft zu geben. Auch hier zeigt eine getilgte Fassung zwar, worauf sich des Kurfürsten abweichende Meinung bezog: dass nämlich der „verstant (wohl die Bürgschaft, das Eintreten) Fuckers vor das heiratgelt" von den Augsburger Kommissaren gedeutet werde: „Das freuichen kome heraus oder nicht, solt gleichwohl das heiratgelt fallen" — das entspreche nicht seinem letzten Wort in Naumburg. Wir wissen aber nicht, was Joachim als seine wahre Meinung hat angesehen wissen wollen. Denn er liess die Sache jetzt auf sich beruhen, fand sich also mit der Anschauung der Kommissare ab. Wir fürchten, dass er, im Begriff mit den Franzosen abzuschliessen, den Wunsch hegte, sich vor den Habsburgern von dem Vorwurf der Habgier zu reinigen, und dazu eine Lüge nicht scheute. Im übrigen können wir dem Urteil eines Sekretärs der niederländischen Regentin, Johann Marnix, der Anfang März in Augsburg war, beitreten. Dieser nennt die Briefe: ne bonnes ny mauvaises, ains obscures et couvertes.[120]

Diese Antworten vom 3. März sind vielleicht schon nach Ankunft der neuen französischen Gesandten gegeben, denn am 8. März soll die Verhandlung mit ihnen bereits beendet gewesen sein.[121] Es muss auf dieselben zunächst günstig eingewirkt haben, dass ein am 4. März anlangender Brief des Pfälzers und Mainzers von ihrer Zusammenkunft

119. DRA. I. No. 117. Kurf. Joachim an Wolfgang Kesinger. 3. März 1519.

120. DRA. I. No. 149. Marnix an die Regentin. Augsburg. 12. März 1519. S. 416, Zle. 5.

121. Le Glay II, 330. Ein Brief Albrechts, der am 8. März eintraf, soll nach Abschluss angekommen sein. Moltzan an König Franz. 12. März 1519.

Digitized by Google

(etwa 22./23. Februar) dem Kurfürsten ihre Einwilligung dazu meldete,[122] dass die Augsburger Briefe zurückgefordert werden sollten. Freilich musste der Mainzer, was etwas Misstrauen über des Pfälzers Haltung erweckt, doch noch mit diesem über die Wahl handeln, ebenso wie er den Bruder bat, den Kölner zu bearbeiten. Nach wenigen Tagen sollte ganz andere Nachricht kommen; vorläufig aber erschien nach diesem Brief Albrecht als Franzosenfreund, und Joachim hat seinem Auftrag gemäss alle Verhandlungen der nächsten Tage auch für ihn geführt,[123] wenngleich wir nur wenig einzelne für Albrecht gestellte Forderungen kennen.

Joachim hat seine eigenen Forderungen in einer neuen Liste nach Gegenständen geordnet und mit den Zusätzen von N. 110 Hs. A. zusammenstellen lassen; bezüglich der Zahlungen und Termine hielt sie die Festsetzungen von

---

122. Die Ankunft erwähnt von Moltzan bei Le Glay II, 330. Der Termin der Absendung ist erschlossen. Vergl. unter Albrecht. S. o. Note 51.

123. Die Thatsache wird von Kluckhohn hervorgehoben. DRA. I. A. 1. Vergl. Moltzans Brief an den König vom 12. März. Le Glay II, 331. Brandeburgensis respondebat primo Maguntino qualiter . . s. Note 55 . . . et quod ubi deinde alii oratores M. V. venissent, ut ipse et ego ostendissemus eosdem articulos eiusdem manu subscriptos eisdem oratoribus et quod ipse Brandeburgensis pro se ac pro Maguntino jam finaliter conclusisset. Vergl. DRA. I. N. 184. König Franz an Bonnivet und Guillart 24. März 1519, betreffend geheime Ueberbringung eines Breves über Verleihung der Legatenwürde an Mainz. S. 489, Zle. 25. Et la cause, pour laquelle est besoing y (nach Mainz) envoyer secrètement est que luy et son frère m'ont escript, que je n'envoyasse par devers luy, d'autant que son chappitre de Mayence veult savoir ce qu'on y va fere, lesquelz il ne veult, qu'ilz saichent son intencion.

Digitized by Google

Halle aufrecht.[124] Eine Rede nun, in welcher der Kurfürst den neuen Gesandten bei der Ankunft seine Forderungen darlegt, begnügt sich mit etwas geringeren Zugeständnissen, so einer Vermehrung der früheren 200 000 Gl. Heiratgeld nur um die Hälfte (auf 300 000 Gl. statt auf 400 000 Gl.), daneben bleibt freilich das verdoppelte Abzichtgeld von 200 000 Gl., die Verteilung der Abzahlung aber ist für ihn weniger günstig.[125] — Da der Kurfürst die Franzosen mit dieser Rede begrüsste, hat wohl schon Moltzan ihn bewogen, seine Forderungen zu mässigen.

Den Gang der neuen Verhandlungen ersehen wir aus einem Bericht der Franzosen[126] und einer Liste von Forderungen, die uns wieder in vier Fassungen vorliegt; deren Reihenfolge[127] ist nach Kluckhohns richtigem Urteil folgende: 1. die ursprüngliche Fassung des von ihm

124. DRA. I. No. 110 Hs. B. Heiratgeld 400 000 Gl., Abzichtgeld 200 000 Gl., Uebergabe Renatas Bartholomäi 1520 und vier im Exk. IV genannte Zahlungstermine, als deren letzter der vierte Monat nach dem Beilager bestimmt war.

125. DRA. I. S. 396 A. 3. Rede des Kurfürsten Joachim an französische Gesandte über seine Forderungen. — Von obigen 300 000 + 200 000 Gl. sollen 100 000 Gl. Heiratgeld am 1. Mai 1519 (1. Termin], weitere 100 000 Gl. nach der Wahl (2. Termin) gezahlt werden, aber nicht jedesmal 100 000 Gl. Abzichtgeld, wie früher verlangt war. Die letzten 100 000 Gl. Heiratgeld und die ganzen 200 000 Gl. Abzichtgeld sollen nach der Rede in zwei gleichen Teilen à 150 000 Gl. Bartholomäi 1520 (3. Termin) und nach Vollzug der Ehe zahlbar sein. Prinzessin Renata wird am Bartholomäustag 1520 übergeben.

126. DRA. I. N. 143. Antwort der französischen Gesandten auf brandenburgische Forderungen. M. E. ist das Stück besser zu bezeichnen als Bericht oder Protokoll über diese Antwort. Le Glay II, 390—95. Exk. V.

127. DRA. I. N. 142. Verhandlungen des Kurfürsten von Brandenburg mit französischen Gesandten (etwa 10. März). Vgl. DRA. I. S. 398 A. 1.

Digitized by Google

gedruckten Textes (A), 2. die Fassung bei Le Glay,[128] 3. z. T. die Korrekturen des Textes (T), 4. die endgültige Form in Hs. B.

Die erst neu angekommenen französischen Bevollmächtigten gingen nach Moltzans früheren Berichten davon aus, dass Joachim Anfang bis Mitte Januar, wie jetzt wieder in der Rede, eine Vermehrung des Heiratgeldes um 100 000 Gl., aber noch keine Verdoppelung des Abzichtgeldes verlangt hatte.[129] Eben deshalb scheint, als nun die ursprüngliche Fassung der neuen brandenburgischen Forderungen zwar, wie die Rede, Vermehrung des Heiratgeldes nur um 100 000 Gl.,[130] aber gleichzeitig, entsprechend dem Zusatzartikel von Halle,[131] Verdoppelung des Abzichtgeldes (renunctiacio)[132] verlangte, schon dies scharfen Widerspruch der französischen Gesandten erfahren zu haben. In der ursprünglichen Fassung findet sich daher der Artikel über die Verdoppelung des Abzichtgelds (renunctiatio) gestrichen. Die Fassung bei Le Glay sieht statt dessen eine für Joachim vorteilhaftere Vermehrung des Heiratgeldes (dos) um 100 000 Sonnenkronen, nicht um ebensoviel Gulden vor.[133] Die französischen Gesandten aber haben sich darauf berufen, dass dies den gegen Moltzan im Winter erhobenen Forderungen widerspreche, doch wollten sie zu einiger Beschwichtigung des Kurfürsten zugestehen, dass eine endlich doch bewilligte Summe als Abzichtgeld anzusehen und

---

128. Le Glay II, 387—89. DRA. I. N. 142, Noten.

129. DRA. I. N. 143 Art. 3 u. 4. Le Glay II, 390/1 Art. 3 und 4. Citiert oben Note 33 und 36.

130. DRA. I. N. 142, Art. 4.

131. DRA. I. N. 110, Art. 9.

132. DRA. I. N. 142, Art. 6, S. 399, Zle. 35.

133. DRA. I. S. 399, Zle. 20—21 Note b.

Digitized by Google

somit nicht zurückzuzahlen sei.[134] Auch die in den ersten Fassungen erhobene Forderung, dass Heirat- und Abzichtgeld in drei Terminen gezahlt werden sollte,[135] musste fallen gelassen werden. Es sollte nach der endgültigen Fassung von der Besserung nur des Abzichtgeldes um 100 000 Skr., die man schliesslich bewilligt hatte, die eine Hälfte am 10. Mai 1519 (1. Termin), die zweite Hälfte nach der Wahl (2. Termin), dagegen das von jeher bewilligte Abzichtgeld in Höhe von 100 000 Gl. Ostern 1521 zu Mainz (3. Termin) zu zahlen sein,[136] sodass Joachim in Summa 175 000 Skr. Abzichtgeld erhalten sollte. Die einst für 1520 geforderte, aber schon in den ersten Fassungen auf 1521 festgesetzte Uebergabe Renatas wussten die Franzosen gar auf Cantate 1522 hinauszuschieben;[137] und erst bei dieser Gelegenheit sollte die Auszahlung des gesamten Heiratgeldes in Höhe von nur 200 000 Gl. (= 150 000 Skr., s. S. 6, A. 12), wie nach dem Vertrage von 1517, stattfinden. (4. Termin.) Hinsichtlich der vom Kurprinzen für den Unterhalt Renatas zu zahlenden Summe und hinsichtlich des Rückfalls der Mitgift konnte der Kurfürst ebenfalls nicht mehr als in dem früheren Vertrage erreichen.[138] Gebessert wurde eben nur die renunctiatio.

Auch der Bitte um Erhöhung der Pension für das

---

134. DRA. I. N. 143, Art. 4, S. 404, Zle. 21—28, N. b und A. 2. DRA. I. S. 405, Zle. 15. Dementsprechend wurde bei der Korrektur der Text formuliert und in die endgültige Fassung aufgenommen. (N. 142 B.) DRA. I. S. 399, Zle. 21. Note c.

135. DRA. I. N. 132, Art. 5 und 6. Fassung A und die Fassung Le Glay's verlangen: zweimal nur je 100 000 Gl., den Rest in einer Summe bei Uebergabe Katharinas Cantate 1521.

136. B, Art. 4. DRA. I. S. 399. Zle. 21. ff. Note c. DRA. I. Seite 399, Zle. 29.

137. DRA. I. S. 400 A. 1. Neuer Heiratsvertrag über eine Ehe des brandenburgischen Kurprinzen mit der Prinzessin Renata.

138. DRA. I. N. 142 Art. 7 und 8.

Digitized by Google

Bündnis traten die Gesandten anfänglich entgegen,[139] gewährten aber schliesslich die erbetenen 12 000 Gl., und zwar auch für die Lebenszeit des Kurprinzen und des Dauphins: eine Vergünstigung, die ein ausdrücklicher Befehl des Königs zugab, allerdings eigentlich nur für die kleinere Pension. Ausserdem wies der König dem Kurfürsten 2000 Gl. an als Gnadenbezeugung für Annahme eines Ordens.[140]

Auf seine Forderung, ihn zu schützen, falls er der Wahl wegen oder „aus anderer Ursache" angegriffen würde,[141] erwiderten die Gesandten, es sei allerdings im ersten Fall billig, Schutz zu gewähren, bei einem anderen Angriff aber sei der Schutz Pflicht des Kaisers. Indes sie wollten bitten, dass eine diesbezügliche Stelle in den Vertrag komme.[142]

Endlich die in allen Fassungen wiederkehrende Bitte um besondere Gnade für sich und seine Familie scheint in nahem Zusammenhang zu stehen mit dem Bündnis und dem stets lebhaft betonten Ersuchen Joachims, ihm eine Sicherstellung bezüglich der Reichsverwaltung nach der Wahl zu geben.[143] Aber die Gesandten erklärten, dem

139. DRA. I. N. 142, Art. 9, B; s. S. 400 Z. 12.

140. DRA. I. N. 143 Art. 9.

141. Vergl. die Hallische Bitte: desgleichen auch in andern seiner gnaden anliggen als ein bruder und frund erzeige und fordere DRA. I. N. 110, Art. 13.

142. Dementsprechend wird in T und B. N. 142 zwar gestrichen, dass der Grund ein andrer sein dürfe als die Wahl (aut alia de causa); doch wird am Schlusse wieder die Bitte vom König zugefügt; rex eandem (sc. dominationem) etiam in omnibus aliis eventibus tueri et adjuvare velit.

143. Item quod prefato illustrissimo principi electori de gubernacione sacri Romani Imperii in Germania caveatur, ita ut statim post factam electionem ipsa gubernacio sue illustrissime dominationi assignetur de eaque sufficienter provideatur, sicuti sua illustrissima dominatio ea de re asserebat. DRA. I. N. 142. Art. 15.

Digitized by Google

französichen Könige werde zwar selbstverständlich die Erhöhung des Hauses Brandenburg am Herzen liegen, doch solle, um nicht andere Kurfürsten zu verletzen, ein Passus über die Statthalterschaft nicht in den Vertrag aufgenommen werden; dies zu verlangen, hiesse dem König misstrauen, der die Statthalterschaft sicher eher dem Kurfürsten als einem andern geben werde. Das Nähere über etwaige Entschädigung, und die Entscheidung überhaupt, sollte König Franz vorbehalten bleiben. Wie aber die Verweserstelle im Reich eine höhere sei als in den Provinzen, würde auch die Entschädigung eine höhere sein.[144] Die Endfassung erst verhiess dem Kurfürsten wenigstens eine öffentliche Sicherstellung hierüber.[145]

So ist in der That, wie Ranke ausführt,[146] die Statthalterschaft das Hauptziel, das Joachim im Auge hat; äusserst lebhaft hat er das Angebot, welches Franz ihm

---

144. DRA. I. N. 143 Art. 15. Le Glay II, S. 394—5.

145. DRA. I. N. 142 B S. 400, Z. 16. Similiter fient litterae speciales, que continent: ... Primo, quod illustrissimo principi electori de gubernacione sacri Romani imperii in Germania caucio publica fiet, quod dominacio sua post factam electionem pro omnibus ceteris electoribus gubernator constituatur ea condicione quod dominacio sua illum statum honorifice absque dominacionis sue impensa et damno conservare valeat, de quibus christianissimus rex cum principe electore conveniet et concordabit. — Der Entwurf einer entsprechenden Urkunde findet sich (französisch) Paris Bibl. Nat. Fr. fr. 3897 und gehört zu den Ende März von Bonnivet an den König gesandten Stücken. DRA. I. S. 401, A. 2. Kluckhohn nennt sie „französische Uebersetzung," setzt also eine brandenburgische lateinische Vorlage voraus. Es wäre wohl von Joachim zu viel gethan, hätte er eine Urkunde des Königs im Wortlaut abgefasst. Dieselbe wird in Anlehnung an die litterae speciales entstanden sein.

146. Ranke, Zwölf Bücher preuss. Gesch. (Werke, Bd. 25, S. 152).

Digitized by Google

Ende 1518 gemacht hatte, aufgegriffen.[147] Auch das zweite Moment, das Ranke als bestimmend für Joachim hervorhebt: dynastische Absichten, die im Plan einer Vermählung seines ältesten Sohnes mit einer Prinzessin aus dem einen oder anderen der konkurrierenden Häuser hervorgetreten seien, wird keiner leugnen; aber es lässt sich bei dem Feilschen des Kurfürsten die Vermutung nicht unterdrücken, dass es ihm ebenso um den finanziellen Gewinn zu thun war. Gerade jetzt meinen auch die französischen Wahlleiter: der Kurfürst fordere nur deshalb nichts für seine Stimme, erhöhe aber die Forderungen für die Mitgift seines Sohnes, um mit mehr Anstand die Summe für sich einzubehalten; er sei blind vor Geiz, in dem Mass, dass er seine Ehre und alles vergesse.[148] — Sicher abzuweisen ist aber die Deutung, welche Droysen[149] dem Vertrage vom 8. April 1519 giebt; wir dürfen sie in unseren Zusammenhang ziehen, da jener Vertrag aus diesen Märzverhandlungen hervorgegangen ist. Droysen spricht von einer „hohen persönlichen Bedeutung" Joachims. Ihr Ziel sei eine eigene Kandidatur gewesen. „Die beiden grossen Rivalen mussten fortfahren, sich gegenseitig zu überbieten. Die Krone, die sie keiner dem andern lassen wollten, mussten sie einem Dritten zuwenden, der beiden am wenigsten bedenklich schien; und wenn die Kurfürsten nur erst das Haus Brandenburg als Lückenbüsser anzunehmen sich entschlossen hatten, so fand sich das weitere." Die Hypothese entbehrt jeder

147. Wenn wir voraus bemerken, dass Joachim von Karl später „die Gubernation in den sächsischen Provincien" sich wünschte, darf man vielleicht auch für diese an Franz gerichteten Bitten einen Gegensatz gegen Sachsen als Triebfeder vermuten, auch trotz des französischen Angebots. (s. S. 45—46.)

148. DRA. I. N. 188. Bonnivet und Guillart an Franz. 28. März 1519. Luneville.

149. Droysen, Preussische Politik II, 2, 117.

Digitized by Google

Grundlage in den Akten dieser Monate; aus Aeusserungen, die im Juni gethan sind, mag Droysen einiges herausgelesen haben. Selbst angesichts des eifrigen Strebens nach der Statthalterschaft darf man von „hoher persönlicher Bedeutung" Joachims kaum reden, da der Gedanke zuerst von französischer Seite ihm nahegebracht wurde.

Wir lernten Joachims Wünsche kennen: überblicken wir, was er erreicht! In allem, was die Heiratsbedingungen anging, hatte er nachgeben müssen, abgesehen von einer Besserung der renunctiatio um 100 000 Skr. Für seine Dienste als Verbündeter erlangte er allerdings die erhöhte Pension von 12 000 Gl. Betreffs der Statthalterschaft aber sowie einer besonderen Gunst für das Haus Brandenburg und hinsichtlich des Schutzes, der doch für thatsächliche Ausübung der Statthalterschaft alles bedeutete, war kein bestimmtes Ergebnis gewonnen.[150] Erst bis zum 15. April wurde die Antwort des französischen Königs erwartet.[151]

So dürfen wir uns nicht wundern, dass Joachims Entwurf eines Wahlversprechens nicht so ganz unbedingt ist. Zwei Kurfürsten, welche vor ihm stimmen, sollen sich bereits für Franz erklärt haben; dann wird auch er durch seine Stimme und seinen Einfluss für ihn eintreten: — so die Bedingungen nach dem ersten durchstrichenen Absatz, wie sie vielleicht schon in Halle gestellt waren. Aber die Zusage wurde in einem zweiten Absatz[152] noch von einer

150. Hierüber wie über eine Heirat auch des zweiten Sohnes mit einer französischen Prinzessin sollten litterae speciales aufgesetzt werden.

151. DRA. I. N. 187. König Franz an Bonnivet. 27. März. S. 497 Z. 3. Et affin qu il n'y ait faulte, que icelle despesche n'y soit audict jour, qu'est le quinziesme jour d'avril ou tost après . . Vgl. DRA. I. N. 189. Franz an Orval, Bonnivet, Guillart. S. 501, Z. 12.

152. Dieser soll in einer sachlich gleichen Fassung gestrichen sein. Die frühere Fassung ist von Kluckhohn nicht abgedruckt, DRA. I. S. 408, Z. 35—36. Note b.

Digitized by Google

weiteren Bedingung abhängig gemacht. Joachim erklärt darin,[153] „er werde das obige ratifizieren, wenn er von Albrecht die unterschriebene und untersiegelte Erklärung erhalten habe, dass dieser, falls Joachim und zwei andere Kurfürsten für Franz gestimmt hätten, auch für ihn stimmen wolle, was, wie er hoffe, geschehen und bald geschehen werde." Die Ratifikation Joachims hing danach von der Zusage Albrechts ab. Damit war aber die Bedingung eine andre als nach dem ersten Absatz; nicht zwei, sondern drei Stimmen sollten Franz ausser Joachims sicher sein, nämlich zunächst zwei vor Joachim abgegebene und die Albrechts, der zuletzt stimmte.

Leider können wir im einzelnen die Entstehung des Vertrags, da er undatiert ist, nicht angeben, nicht einmal, von welchem Einfluss es war, dass ganz unerwartet am 8. März[154] vom Bruder die entgegengesetzte Meldung wie am 4. kam. Das wortreiche Schreiben[155] unterrichtete Joachim, dass Albrecht von König Karls Kämmerer für Habsburg gewonnen sei, da ihm die Zusagen erfüllt seien. Es beschwor dann der Erzbischof den Kurfürsten, nun „ihrer lezten Abrede gemäss" zu handeln, die gewesen

153. DRA. I. S. 408, Z. 10. Hec supradicta . . intendimus nostris litteris et sigillo radificare, quam primum habebimus et assequeremur a domino fratre . . . Alberto . . . litteras suas sigillatas et manu sua subscriptas, videlicet ut, quum nos simul cum duobus aliis electoribus nostras electionis voces pro rege cristianissimo dedimus, quod et suam vocem prefato cristianissimo regi dare velit, quod pro viribus fieri et . Lücke . fieri speramus. Nur in einer französischen Uebersetzung heisst es zum Schluss: lesquelles lettres il procurera avoir de son dict frere et les espere avoir bientost.

154. Le Glay II, 330. DRA. I. N. 150. Moltzan an Franz. 12. März.

155. DRA. I. N. 111. Albrecht an Joachim. Geschrieben 1. III., abgesandt 3. III., angelangt 8. III. S. vor. Anm. (Aus Lille, Portf. 41 bis)

Digitized by Google

sei: „wenn ihnen die Versprechungen gehalten würden, es auch zu thun." Allerdings spricht Albrecht gegen den Schluss der Urkunde nur von Zusagen, die ihm selbst erfüllt seien, und gar etwa von einer Ratifikation Katharinas meldet er nichts. Er rät aber, Joachim solle sich nicht dem Feind der Nation, der nach dem Blute deutscher Fürsten lechze, anschliessen. In geradezu rührendem Tone dagegen verwendet er sich für Karl, nimmt seinen eigenen Auftrag, dass Joachim für ihn mit Karl verhandeln solle, zurück, damit es nicht scheine, als wolle er Karl entschlüpfen, und teilt dem Bruder endlich mit, dass auch der Pfälzer fest bleibe und nur verlange, was in Augsburg ausgemacht sei. Auch König Karls Kämmerer Armersdorf hat gleichzeitig von Albrechts Hofe ähnlich an Joachim geschrieben.[156] —

Wir erinnern uns: Bedingung für Joachims Stimmversprechen war, er müsse eine unterschriebene Erklärung Albrechts haben, dass dieser nach Joachim und zwei andern Kurfürsten für Franz stimmen wolle. Nach der Schlussklausel hoffte Joachim diese Erklärung bald zu haben. Hoffte er dies, ehe jenes Schreiben am 8. kam, oder obwohl er es hatte? Wir können es nicht entscheiden, nur die Möglichkeiten näher darlegen. Man möchte meinen, nur vor jener Nachricht habe Joachim an baldiges Eintreffen glauben können. Damals aber musste die Hoffnung durch den am 4. gekommenen Brief des Pfälzers und Mainzers erweckt sein; zudem hoffte Joachim auf die Antwort des Kölners. Aber voll erschüttert war andererseits Joachims Zuversicht auch später nachweislich nicht. Er scheint wirklich gehofft zu haben den Bruder wieder umzustimmen.

Sofort schrieb Joachim ihm:[157] er und Moltzan hätten

156. Nach Moltzans Brief DRA. I. N. 150. Le Glay II, 330.

157. Le Glay II, 330—1. Inhaltsangabe Moltzans im Brief an den König vom 12. März 1519.

Digitized by Google

bereits den neuangekommenen französischen Gesandten die von Albrechts Hand unterschriebenen Verträge ausgehändigt, also für sich und Albrecht bereits abgeschlossen; er solle daher Treue halten, beide hätten sie doch dem französischen Könige früher als einem andern ihr Wort gegeben; auch möge er für Franz mit dem Pfälzer unterhandeln, wie er selbst sich um des Kölners Stimme bemühen werde. An Karls Kämmerer schrieb der Kurfürst, er werde Markgraf Casimir, dessen bevorstehende Ankunft von Armersdorf angezeigt zu sein scheint, ja auch sonst Joachim längst angekündigt war, erwarten und thun, was er für seine Ehre, den Nutzen des Reichs und der Christenheit für das beste halte: eine kühl hinhaltende, doch nicht gerade abweisende Antwort.[158]

Etwas Vorsicht mochte ja immerhin geraten scheinen. So ersuchte er den französischen König durch seine Gesandten um Angabe, ob einige Kurfürsten sich seiner Partei angeschlossen hätten;[159] er bat um eigenhändige Nachricht. Aber an einen Bruch dachte er nicht, vielmehr schrieb er dem Herzog von Preussen, der ihm im Winter die spanische Heirat widerraten, gerade am 9. März, einen Tag nach Einlaufen des Mainzer Schreibens: „er stehe mit den Lilien besser denn je zuvor.“[160] Moltzan aber schrieb damals (s. Note 157) — und des Kurfürsten Verhalten hat es bestätigt —, der Brandenburger werde

158. Ebenda. Vgl. die gleichsinnige Antwort, welche Joachim etwa vier Tage früher Ziegler gab. S. 58.

159. DRA. I. N. 188. Bonnivet und Guillart an Franz I. 28. März 1519. Luneville. S. 499, Z. 10 ff. Pourceque que par les lectres que nous escripvent les dicts Francisque et La Poussinière verrez que le dict marquis désire estre asseuré de vous par une lectre de vostre main, que vous avez quelques autres des princes électeurs tenans vostre parti.

160. Kurf. Joachim an den Hochmeister. 9. März 1519. Märk. Forschungen IV, S. 279.

Digitized by Google

der beste Anhänger bleiben, wenn alles schnell ratifiziert gesendet würde. Wäre die Schlauheit des Kaisers nicht gewesen, würde er auch früher festgeblieben sein. Allerdings wolle er bezahlt sein; abgesehen von diesem Laster des Geizes aber seien ihm wenige gleich, und die Mehrzahl der Kurfürsten gehe mit ihm.

Joachim war denn auch trotz seines nur bedingten Wahlversprechens zu einem Bündnis vollbereit, auch einverstanden, dass Personen, gegen die ein Angriff sich nicht richten sollte, überhaupt nicht genannt würden, während im August 1517 doch das Reich und die deutschen Fürsten ausgenommen waren,[161] wenn auch schon damals der Kaiser nicht. Durch den getreuen Moltzan liess der Kurfürst dem Könige auch den Rat geben, Pfalz möglichst zu umwerben, er selbst werde sich ebenso bei Pfalz und Köln im französischen Interesse bemühen.[162] Endlich liess er dem Könige empfehlen, Anfang Juni ein möglichst starkes Heer besonders aus Reichsdeutschen, und zwar nicht nur von Fussvolk, sondern auch von Rittern, bereit zu halten, da der deutsche Adel sich sonst verachtet glaube; auch die Reichsstädte könnten nur durch den Adel bewogen werden, sich ihm anzuschliessen.

Bei den Verhandlungen Joachims für seinen Bruder hat wohl das vollständige Verzeichnis der Forderungen Albrechts (s. o. S. 42) vorgelegen, wenn es Moltzan auch schon vorher nach Paris gemeldet hat. Es giebt nun

---

161. DRA. I. S. 400, A. 2. Bündnisurkunde. Copie. Berlin. H. A. Rep. XXX. Die Pension war bekanntlich erhöht. Die rückständige Pension für das Vorjahr soll in Strassburg am 21. April bezahlt werden. Nach einen Brief des Königs sogar schon am 10. April in Mainz. DRA. I. S. 497, Z. 12 ff.

162. Moltzan an Franz I. 12. März 1519. DRA. I. S. 419. Le Glay II, 332. Dort auch das folgende. Von späteren Beziehungen Joachims zu Pfalz ist noch nichts bekannt. Vergl. Abschn. Köln.

Digitized by Google

eine Urkunde des Königs Franz,[163] in der die Bitten sämtlich bewilligt werden, und zwar ist sie genau in Anlehnung an die Bitten gefasst. Doch eine Einschränkung findet sich: die Verehrung von 120 000 Gl. soll nicht, wie die Bitte es vorauszusetzen scheint, an einem Termin bezahlt werden, sondern am 1. Mai und 15. Juli; statt der unklaren Angabe über den Auszahlungsort: „am Wahlort oder in der Nähe" heisst es: in Mainz. Vielleicht sind diese Bestimmungen schon von den Gesandten in Berlin verfochten. Eine andere Aenderung dürfte erst der König bewirkt haben, wenn er zusagt, dass die Verwendung für die Verleihung der Legatenwürde und die ganze Verhandlung und Zustellung auf seine Kosten erfolgen solle. In Berlin ist von Joachim sicherlich Albrechts Stimmversprechen übergeben, ebenso eine Erklärung desselben, dass alle Abmachungen nicht gültig sein sollten, wenn Franz nicht gewählt werde, wie sie auch von Joachim vorhanden ist.[164] Albrechts Wahlversprechen lautete,[165] dass er für den König stimmen werde, wenn ausser seinem Bruder noch zwei Kurfürsten für Franz gestimmt hätten. — Festzuhalten ist, dass Joachim die Urkunde übergab, aber Albrecht selbst, der sich ja in diesen Tagen Karl anschloss, den Auftrag an Joachim, für ihn zu unterhandeln, wohl als erledigt betrachtet hat, wie denn auch ein Berliner Exemplar von Albrechts Wahlversprechen den Vermerk trägt: „ist verändert."

Es dürfte nicht als zu grosse Abschweifung erscheinen, wenn wir hier anschliessen, was vom französischen König und den Herren seines Wahlausschusses nach Eintreffen der Briefe und Urkunden bemerkt wurde, wenn es

163. Le Glay II, 380 CXII. Promesses et obligations du roi Francois I envers l'archeveque de Mayence. Sans Date.

164. Le Glay II, 386.

165. Le Glay II, 385. DRA. I. 407, A. 3 bes. Schluss, Zeile 41. Albrechts Wahlversprechen.

Digitized by Google

auch nur z. T. und jedenfalls einen Monat später auf Joachims Politik Einfluss gewann. Eben zu jenem Wahlversprechen Albrechts findet sich u. a. eine Randnotiz, die von den lothringischen Herren wohl Ende März gemacht ist: ob man nicht erreichen könne, dass die Brüder sich verpflichteten, wenn auch nur einer ihrer Kollegen vor ihnen stimme. Indes wollen sie die Forderungen auch genehmigen, wenn jene an der alten Verpflichtung festhalten.[166]

Den Herren in Lothringen schien Joachim ja „blind vor Geiz," und sie fanden ihn auch — so stark muss er seine Klauseln und Bedingungen betont haben — „veränderlich und kühl." So wünschten sie, dass, falls der Kurfürst fortführe, sie mit seinen Wünschen hinzuhalten, die Berliner Gesandten ausser Moltzan, dem man wegen

---

166. Si possible est, qu'on face, qu'ilz prometent eslire le roy, si et entant, qu'il y en aura ung des ellecteurs donnans sa voix devant eulx que eslissent le roy là où il(s) en metent deux, car le roy en auroit trois; et si fere ne se peult, soit accordé. DRA. I. S. 407 A. 3. — Man muss an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Ulmann (Deutsche Zeitschr. f. Gesch. — Wiss. XI, 165 bis 166) in dem späteren brandenburgischen Vertrage vom 8. April die Ursache für ein Breve vom 4. Mai vermutet. Durch dieses giebt der Papst seinem Legaten in Deutschland Vollmacht, den von nur drei Kurfürsten Erwählten als gültig Erhobenen zu proklamieren. Es mag demgegenüber auf obige Randnotizen von Ende März verwiesen sein. Vielleicht sind ebenfalls schon in dieser Zeit, wo man in Frankreich die Brandenburger und Mainzer Stimme als 2. und 3., auch ohne eine vierte sich zu sichern wünschte, Bitten an den Papst gerichtet, eine Wahl durch drei Stimmen für gültig zu erklären. Wenn der Gedanke in Frankreich erst etwa 20.—22. April, nach Kenntnis des Vertrags mit Brandenburg vom 8. April, aufgetaucht sein sollte, müsste Leo X nach wenigen Tagen darauf eingegangen sein, was nicht ohne weiteres anzunehmen ist.

Digitized by Google

seiner Ergebenheit an Joachim nicht traute,[167] unter einem Vorwande aufbrechen sollten, und zwar Franzisque und La Poussinière nach Köln, dagegen Bazoges, der einstige Gesandte in Augsburg, welcher jetzt wieder nach Berlin gesandt war und inzwischen angekommen sein musste, nach Sachsen, um über eine Heirat der Prinzessin Renata mit dem sächsischen Kurprinzen zu verhandeln. Doch hofften die Präsidenten selbst, dass ein Erfolg in Brandenburg dies unnötig machen würde, und glaubten auch, dass die seit der Hallischen Forderung erwirkte Legatenwürde für Albrecht zugleich dem Bruder ein Sporn sein würde. Zwei Briefe gingen getrennt an Bazoges, und an Franzisque und La Poussinière, nicht an Moltzan. — Wichtiger noch ist, dass der König einige Bedenken, die er hatte, nicht entscheidend sein liess. Er sah den Kernpunkt in der Gubernationsfrage und erkannte, dass der Pfälzer, der gleiche Ansprüche stellte, dadurch verletzt werden würde. Aber er kam schon in seinem ersten Briefe hierüber, vom 27. März, zu dem Ergebnis: es gälte, einen zu entschädigen; es sollten daher die Berliner Gesandten, wenn sie nicht anders könnten, um jeden Preis abschliessen. Allerdings empfand auch er, dass die Stimmversprechen nicht ohne Klausel seien, aber er wollte sich daran nicht stossen, im Gegenteil als Unterhändler Marigny absenden, weil vielleicht Bazoges ein Stimmversprechen ohne Klausel als conditio

---

167. DRA. I. No. 188 Bonnivet u. Guillart an König Franz. 28. III. 1519. S. 498, Z. 24 duquel (n. Moltzan) n'avons trop grand fyance et de vray l'on voit assez par toute leur despesche présente que le marquis l'a rangé à sa devotion; de quoy toutes fois ne fault fere semblant, car il n'est temps. Der Verdacht beruht vielleicht auf Moltzans Brief von 12. III. S. o. S. 71—72. In dem Briefe auch die übrigen Angaben; sonst Nachrichten über Massnahmen, welche die Franzosen auf dem Weseler Tage bei den rheinischen Kurfürsten beabsichtigen.

Digitized by Google

sine qua non hinstellen könnte.[168] — Mit den finanziellen Abmachungen war er zufrieden; er drang darauf, dass die Präsidenten zum festgesetzten Termin, 10. April[169], die Pension für den Markgrafen, seinen Bruder und Sohn in Mainz bereit hielten. Im Schreiben vom 28.[170] zeigte sich noch mehr des Königs volle Bereitschaft zum Abschluss: falls Joachim noch Bitten vorbringt, sei es für sich oder für seinen Sohn, sollen sie abschliessen, aber um jeden Preis ihn bei guter Gesinnung halten, dazu wolle er nichts sparen; und am 30. März schrieb er: „ich will, dass er sich sättige." Den Gesandten befahl er, keine Schwierigkeiten zu machen, und verbot ausdrücklich die Abreise zum sächsischen Hof. —

Ehe wir betrachten, wie diese günstige Aufnahme der Brandenburgschen Forderungen wiederum den Abschluss in Berlin beschleunigte, müssen wir Joachims Massnahmen seit dem 9. März ins Auge fassen.

Hatte Joachim nur erst bedingt Franz I. seine Stimme versprochen, thätig blieb er doch in dessen Interesse. Unmittelbar, nachdem Moltzan am 12. März seinen Bericht und wohl am gleichen Datum alle übrigen Aktenstücke nach Frankreich gesendet hatte, traf Joachim am 13. März in Brandenburg mit Heinrich von Lüneburg, den er ja auf diesen Tag geladen hatte, zusammen. Herzog Heinrich hatte nachher noch mit Friedrich von Sachsen eine

---

168. DRA. I. N. 187. Franz I. an Bonnivet. 27. III. 1519.

169. Ebenda am Schluss. Die in Berlin befindliche Copie des Heiratsvertrags nimmt als Zahlungstermin den 21. IV. an. Eine französische Fassung allerdings wie der Brief des Königs den 10.; sie enthält gleichzeitig die Bitte, dass der Kurfürst, falls der Termin nicht eingehalten würde, das Geld in Metz erheben möge.

170. DRA. I. N. 189. Franz I. an Bonnivet und Guillart. 28. III. 1519. Weiter DRA. I. N. 190. Franz I. an Orval, Bonnivet und Guillart. 30. III. 1519.

Digitized by Google

Begegnung,[171] Kurfürst Joachim dagegen in Ketzerangermünde mit dem Herzog von Pommern; vielleicht suchte er auch ihn zu bewegen, ein Bündnis mit Frankreich zu schliessen; der Herzog von Mecklenburg war bereits von Moltzan für ein solches gewonnen.[172]

Etwa 14. bis 20. März dürfte Joachim durch einen Brief des Kardinals Albrecht vom 7. März wichtige Nachricht über die rheinischen Kurfürsten erhalten haben; er habe, schrieb der Bruder, nach dem Naumburger Antrage Friedrichs von Sachsen bei den rheinischen Kurfürsten wegen einer Zusammenkunft aller sechs Kurfürsten angefragt, aber nur bei einigen guten Willen gefunden; deshalb habe er eine Zusammenkunft der vier rheinischen Kurfürsten auf 29. März nach Oberwesel berufen. Er stellte weitere Benachrichtigung in Aussicht.[173] Dieser Plan der rheinischen Mitkurfürsten, der wie den Sachsen auch ihn ausser Acht liess, musste natürlich Joachim zu Massnahmen bestimmen. Eine längst gedruckte, aber noch nicht benutzte Nachricht darüber geben die im Mai in Berlin verhandelnden habsburgischen Kommissare Nassau und La Roche, die vorher in Wesel waren:[174] ein Bote habe Briefe Joachims nach Wesel nicht an diejenigen Kurfürsten, an welche sie gerichtet waren, sondern an Albrecht abgegeben, der sie zurückbehalten habe.

---

171. DRA. I. N. 174. Heinrich der Mittlere an Curt von Veltheim. 21. III. S. 467, Z. 9. . . . in dieser stunde bin ich wieder her gekommen und bin bei den churfursten von Sachsen und Brandenburg von wegen Frankreich gewest . . vgl. o. S. 51.

172. Beides DRA. I. S. 467, A. 2.

173. DRA. I. N. 133. Kurf. Albrecht an Kurf. Joachim. 7. März 1519. Ein gleichlautendes Schreiben ging an Friedrich. Dieser sandte das am 19. an ihn gelangte Schreiben am 20. an Joachim, dem er schon früher auf ein eigenhändiges Schreiben in dieser Angelegenheit geantwortet hatte. DRA. I. S. 372, A. 5.

174. DRA. I. N. 194. S. 514. DRA. I. N. 198.

Digitized by Google

Joachim soll hierüber im Mai noch so wütend gewesen sein, dass er den Boten am liebsten habe hängen lassen wollen.[175] Wahrscheinlich richteten sich die zurückgehaltenen Briefe an alle ausser Albrecht: an den zu Frankreich haltenden Trierer, wie an den Pfälzer[176] und Kölner, die Joachim auch wohl noch für bestimmbar hielt. Inwieweit diese mündlich durch den Boten oder durch Albrecht vom Inhalt unterrichtet sind, bleibt ungewiss; jedenfalls gewann Albrecht von Joachims geheimsten Plänen Kenntnis.[177]

Erhalten ist uns aber eine Instruktion, die bei einem der Kurfürsten, dem Kölner, gebraucht werden sollte. Dietrich von Hardenberg, der die erste Werbung an ihn brachte, muss etwa 15. März zurückgekehrt und sehr

---

175. Le Glay I, Precis, p. CVI. Nassau an König Karl. 8. V. (Berlin). Il (Joachim) a voulu faire pendre ung sien messagier, lequel avoit porté ses lettres adressant aux electeurs, estant à Westle, pour rompre vostre empreinse à cause que iceluy messagier ne les avoit delivré auxdits electeurs, auxquels il escripvoit, ains les avoit delivrées a. M. de Mayence, lequel les avoit retenues, comme vous avons autrefois escript. — Der Kurfürst erwähnt dasselbe am 20. IV. gegen Albrecht (DRA. I. S. 578, Z. 2): ob aber furstlich sei, einem one bevelh und wissen sein brief zu offenen und underzuslaen gib ich e. l. zu ermessen. — Ob Joachim damals noch nicht von dem Ungeschick seines Boten wusste, steht dahin.

176. Joachim hatte an diesen zu schreiben versprochen, etwa 10. März. (Le Glay II, 331.)

177. Nach dem Schluss des Citats aus Nassaus Brief vom 8. Mai (s. n. 175) ging auch an König Karl vor diesem Termin — und wahrscheinlich von Wesel aus — Nachricht über den Inhalt der Briefe. Es konnte allerdings Nassau auch einen etwaigen unbekannten Brief meinen, den er nur wenige Tage vorher aus Berlin hätte abgehen lassen. Spanische Archive könnten wohl Auskunft geben.

Digitized by Google

bald ein zweites Mal an den Rhein gesandt sein.[178] Nach der neuen Instruktion war des Kölners Antwort auf die erste Werbung gewesen, „in der nächsten Wahl eines römischen Königs ohne des Kurfürsten Rat, Wissen und Willen nichts vornehmen, . . sondern mit s. ch. g. des einig sein und bleiben" zu wollen. Die neue Werbung sollte Erzbischof Hermann wohl noch fester zur Wahl Franz I. mit Joachim verbinden, der jenen als geeignetstes Haupt für die deutsche Nation empfahl. Aber auch Joachim fügte bei: „doch uf. e. ch. gn. und ander churfürsten wohlgefallen und hoes bedenken . . . und mit den unterscheid, das von s. k. w. notdurftige und genugsame versicherung geschehe" 1. über die Wahrung des Besitzstandes des Reiches und 2. die Erhaltung der freien Wahl der Kurfürsten; dazu könnten nach Vorschlag der andern Kurfürsten weitere Versicherungen kommen. Der Bitte, Hermann möge sich von Joachim in der Wahl nicht trennen, ward Nachdruck gegeben durch die Versicherung, drei Kurfürsten seien bereits mit s. k. g. einig.[179] Charakteristischer Weise knüpfte Joachim an die „unverschedentliche"[180] Einung zu Augsburg an, d. h. an die gegenseitige Zusicherung der Kurfürsten, sich nicht von

178. Am 12. III. war Hardenberg noch nicht zurück (Le Glay II, 332 Z. 11); am 5. III. wurde er in Aschaffenburg erwartet. DRA. I. N. 123. Beilage S. 346, Z. 3 und 18. Armersdorf an die Regentin. 4. III. 1519. Aschaffenburg (Ossenbourg). — DRA. I. N. 171. Zweite Werbung Dietrichs von Hardenberg an den Erzbischof von Köln im Auftrag des Kurfürsten von Brandenburg. s. d. (20. III. 1519.)

179. Diese Angabe ist im Concept nachgefügt. Sie kann kaum richtig sein; wenn Joachim etwa auf Trier und Böhmen rechnen mochte, so hatte er von Sachsen doch wohl nur unbestimmte Kunde über Pfalz, durch seinen Bruder sogar entgegengesetzte, wenn er nicht direkt neue Nachricht erhalten hat.

180. So in der ersten Werbung genannt.

Digitized by Google

einander trennen zu wollen, wie er denn auch seinerseits in der oben berührten Verhandlung mit habsburgischen Kommissaren im Mai geradezu betonte, wenn einer der fünf Augsburger Kontrahenten nicht mehr für Karl sei, könne er seine Stimme diesem auch nicht versprechen. Den Bitten gingen Angebote im Namen Franz' I. zur Seite, über die wir unter Abschnitt Köln berichten.

Auch auf Joachims Verhältnis zu Sachsen kommen wir später noch einmal. Vorläufig sei nur erwähnt, dass Joachim wohl Unruhen in Norddeutschland kommen sah, die nicht ohne seine Hülfe entstehen mochten. Er fürchtete, wie er schon am 16. März an Friedrich wenigstens schrieb,[181] Gefahr für sein Land und forderte Friedrich auf, dasselbe während seiner Abwesenheit in Schutz zu nehmen; er möge ihm seinen Beistand leisten, im Fall die Kurfürsten von einer widerwärtigen Handlung überzogen werden sollten; die Bitte erregte grosses Befremden. Joachim bat den Kurfürsten dann etwa am 6. April sogar um Reiter,[182] die er doch wohl, ohne es zu sagen, nur zu Gunsten Frankreichs benutzen wollte, da er ja am selben Tage auch für den aus Frankreich gekommenen Bescheid auf die Märzverhandlungen dankt.[183] Etwa gleichzeitig muss Joachim Kurfürst Friedrich und Herzog Georg von Sachsen um Geleit durch „ihr Land und Gebitt" ersucht haben, und dabei hat er Friedrich zu der Aeusserung gegen Georg veranlasst: „Kann ich nicht achten, was er (Joachim) mitt der gebitt meinen wil, ob er filleicht uns des fürstentums nicht in alwege gesthen wil."[184] Ob ein Missverständnis

181. DRA. I. N. 163. Kurf. Joachim an Kurf. Friedrich. 16. März 1519.

182. DRA. I. S. 575, A. 3. Erwähnt von Kurf. Friedrich gegen Herz. Georg. 9. April.

183. DRA. I. S. 554, A. 2. Kurf. Joachim an König Franz, den Kanzler und Admiral. 6. IV.

184. DRA. I. S. 542, A. 2. Schluss. Friedrich an Georg. 11. April.

Digitized by Google

Friedrichs oder eine provozierende Aeusserung Joachims zu Grunde liegt, bleibt ungewiss.[185] Wenden wir uns nun dem gleichzeitigen, nach Eintreffen des französischen Bescheides stattfindenden Abschluss mit Frankreich zu.

Es sollte sich zeigen, wieviel doch gerade am brandenburgischen Hofe die Franzosen den Spaniern voraus waren. Von diesen gelangte dorthin vor Anfang Mai, wenn nicht etwa Albrecht für sie nach dem Weseler Tage verhandelt hat, nicht eine wichtige Nachricht mehr; zahlreiche kamen aus Frankreich. Am 1. März war in Luneville, etwa 3. März an den König, jener Brief Moltzans eingetroffen,[186] der die Forderungen meldete, welche Joachim im Februar diesem mitgeteilt hatte. König Franz betrieb damals sofort die schleunige Abfertigung des Bazoges.[187] Ein erhaltener Brief des Königs vom 5. März aus Paris, der die Absendung dieses Gesandten anzeigte, ist freilich erst am 29. März angekommen,[188] vielleicht aber vorher ein Kurier aus Luneville, der melden sollte, Bazoges werde in zwei Tagen folgen.[189] Dennoch verzögerte sich die Abreise bis etwa zum 15. März;[190] die Ankunft in Berlin dürfte also

185. In dieser Zeit bereits (29. III.) hat Joachim beim Rate von Frankfurt einen Sekretär Winz beglaubigt, nicht nur, um ihm Herberge zu schaffen, auch um anderes willen „was ime von unsertwegen mangeln wirt. DRA. I. S. 688, A. 1.

186. DRA. I. S. 331, Z. 25.

187. DRA. I. N. 120 und N. 126. König Franz an Bonnivet und Guillart. 3. III. und 5. III. 1519. Zwei Boten sollten sie dem Kurfürsten im Voraus melden; der erste war einer der deutschen Bogenschützen des Königs, der das deutsche Land kannte und in 11 Tagen in Berlin zu sein versprach, der zweite war der Bote, welcher Moltzans Brief überbracht hatte. DRA. I. S. 351, Z. 2.

188. DRA. I. S. 350, A. 3. Franz I an Kurf. Joachim. 5. III. 1519. in verso: einkommen an Dienstag nach Okuli (dies nach meiner Rechnung der 29. III., Kluckhohn giebt an 30. III.)

189. DRA. I. S. 372, Z. 1. Bonnivet an Franz I. 7. III.

190. Am 9. IV. heisst es zwar, Bazoges sei abgeschickt

Digitized by Google

nur sehr wenig vor dem 1. April, wenn überhaupt vor diesem Termin liegen.

Brachte Bazoges Antwort auf diejenigen Forderungen, welche Joachim seit der Hallischen Zusammenkunft bis Mitte Februar gestellt, so kam wenige Tage darauf auch bereits der königliche Bescheid auf die Verhandlungen von Anfang März. Die damals aufgesetzten Entwürfe waren nämlich, wie es scheint, von den Unterhändlern in Berlin an den König wie an den Agitationsausschuss in Lothringen geschickt, aber bei dem entfernteren König eher angekommen (26. März)[191] als in Luneville (27. oder 28. März).[192] Hören wir, wie von beiden Seiten Antwort gegeben ist. Die Lothringer Herren, welche ja, wie wir sahen, nicht durchaus befriedigt waren, aber doch vor andern Brandenburg zu gewinnen hofften, haben spätestens am 28. mit dem

(DRA. I. N. 140. Bonnivet und Guillart an Franz I. 9. III. 1519. S. 394, Z. 24.); aber am 15. war er doch noch für die Präsidenten erreichbar und wurde beauftragt, in Köln beim Erzbischof vorzusprechen, was allerdings nur einen halben Tag aufhalten sollte. Vgl. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an König Franz. 15. März 1519. Sierck a. d. Mosel. S. 438, Z. 32. et presentement luy (dem Erzbischof von Köln) en escript ledict seign. de Treves par ledict Bazoges, afin qu'il ait son addresse à luy. Auquel Bazoges, incontinent que fusmes mandés pour venir à Treves, escripvismes, nous y venir trouver; car en toutes sortes il estoit forcé qu'il y passast et n'y a perdu que demi journée, afin de savoir l'oppinion de Treves sur le tout laquelle l'a informé de ce qu'il aura a fere. Et présentement s'en part pour achever son voyage. Während dieser Wartezeit wird Moltzans Brief vom 27. II. mit den Klagen über stete Mehrforderungen der Kurfürsten Joachim und Albrecht gekommen sein. DRA. I. N. 102. O. S. 55—6.

191. DRA. I. N. 187. König Franz an Bonnivet. 27. III. 1519. Die Briefe sollen am 26. angekommen sein.

192. DRA. I. N. 188. Bonnivet und Guillart an Franz I. 28. März 1519.

Digitized by Google

Boten des Markgrafen durch ihren eigenen Abgesandten Lartigue Bescheid, und doch wohl möglichst günstigen, gesandt;[193] die Ueberbringer wollten in acht Tagen in Berlin sein. Auch auf die Anfrage, ob einige Kurfürsten zu Franz hielten, sandte Bonnivet, in verstellter Schrift mit des Königs Unterschrift, unter Dank für Joachims gute Gesinnung die Auskunft, es seien zwei Kurfürsten für den König, von denen einer Laie sei.[194] Auch die Erwirkung der Legatenwürde für Albrecht ist sicherlich dem Markgrafen gemeldet. — Der König selbst hat sogar schon am 26. März über Geldern die Bewilligungen aller Forderungen abgehen[195] lassen; in der That findet sich der Heiratsvertrag, dem Entwurf von Anfang März entsprechend, und eine neue Bündnisurkunde, beide vom König am 26. März unterzeichnet; sie kamen in längstens 11 Tagen nach Berlin und wurden am 7. April von Joachim ebenfalls ratifiziert.[196] Auch über die Statthalterschaft sind wohl, dem Entwurf gemäss, der die Uebertragung an

193. a. a. O. S. 499, Z. 6 ff. — Wenn sie in einem Schreiben an die Gesandten erklären, dass der König die vielfältigen Schwankungen des Kurfürsten höchst seltsam fände, dürfte dies mehr den Gesandten zur Nachricht, als zur wörtlichen Mitteilung an den Kurfürsten bestimmt gewesen sein. DRA. I. S. 498, A. 1. Dort auch ein Schreiben von Orval, Bonnivet und Guillart an Moltzan allein. Vgl. Lisch, Urkundenbuch des Geschlechts von Maltzan V, 332. Die eigentliche Instruktion für das weitere Verhalten, die sich nur an Bazoges, Francisque und La Poussinière richtete, fehlt.

194. DRA. I. S. 499, A. 1 und Z. 11 ff.: le dict marquis désire estre asseure de vous par une lectre de vostre main, ... nous luy en avons fait contrefaire une, qui est tres bien et n'y sauriez riens cognoistre, de laquelle nous envoyons le double.

195. S. n. 191. DRA. I. S. 496, Z. 23. Des hier je feis despescher tout ce qu'ilz demandeut et leur ay le tout envoyé par la voye de Gueldres.

196. DRA. I. S. S. 400, A. 1 und 2. Heiratsvertrag und Bündnisurkunde 26. III. und 7. IV. 1519.

Digitized by Google

Joachim in Aussicht stellte, aber nähere Festsetzungen für die Zeit nach der Wahl vorbehielt, günstige Verheissungen gemacht; eine ratifizierte Urkunde ist indes bisher nicht gefunden, und Kluckhohn meint, eine Ratifikation sei auch nicht vollzogen.[197] Immerhin war der Bescheid aus Frankreich recht günstig. —

Die Stellung der Mitkurfürsten, vornehmlich die des Bruders, bildete das andere Moment, das Joachim in Rechnung ziehen musste. Wir können nur vermuten, welche Nachrichten Joachim von Albrecht haben mochte. Es war anfangs März ursprünglich vorgesehen, dass von Albrecht neue Briefe, getrennt von denen Joachims, aufgestellt werden sollten.[198] Der Bote, welcher damals die Urkunden nach Lothringen beförderte, hatte in Mainz vorsprechen sollen. In der That hat nun in den Tagen, wo dieser Bote nach Mainz gekommen sein wird, Albrecht wieder in seiner Ergebenheit gegen Habsburg geschwankt, wenn auch nur für kurze Zeit (um den 21. März).[199] Falls er oder Joachims Bote demgemäss geschrieben hat, wie anzunehmen ist, so hätte Joachim einen solchen Brief Ende März erhalten. Da durfte er wohl glauben, dass Albrecht,

---

197. DRA. I. S. 401, A. 1. Entwurf eines Artikels über Verleihung der Statthalterschaft an Joachim. Den vorläufigen Bescheid der Gesandten in Berlin, dass man angeblich darüber nicht verfügen könne, der König werde aber, wenn er erwählt sei, Joachims Rat gebrauchen, fand Bonnivet sehr gut.

198. DRA. I. S. 403, Anm. h. Z. 30. Notiz zu den Entwürfen von Anfang März, stark durchstrichen: item ut fiant nove littere electionis ipsius et fratris — Item ut per se stet (sic) hec capittula fratris — Item ut scribat fratri de novis litteris habendis, ut idem nuncius citius vadat ad Metz. (Dort vermuteten wohl die Berliner Gesandten das Wahlkomitee, oder es sollte dort die Pension für das Vorjahr erhoben werden. Vgl. DRA. I. S. 400 A. 2.)

199. DRA. I. N. 186. Armersdorf an die Regentin der Niederlande 26. III. 1519. Vgl. Abschn. Albrecht.

Digitized by Google

falls drei Kurfürsten vor ihm für Franz gestimmt hätten, bereit sei, auch für ihn einzutreten.

Unter diesen Umständen erneuerte denn Joachim sein schriftliches Versprechen, Franz zu wählen, nur eben mit der Bedingung, die der Entwurf von Anfang März vorsah, dass zwei von den vor ihm stimmenden Kurfürsten Franz gewählt haben sollten. Jedoch auch in dem Fall wollte Joachim für Franz stimmen, dass sein Votum „rechtskräftig erwirken könne, dass jener zum Reich erwählt werde," oder falls seine Stimme dem französischen Könige wenigstens Stimmengleichheit mit einem oder mehreren Bewerbern verschaffe.[200] — Mit diesem Vertrage war ein bedeutender Fortschritt zu Gunsten Franz I insofern erreicht, als Joachim das Verlangen, auch Albrecht müsse erklärt haben, nach zwei andern Kurfürsten und nach Joachim für Franz stimmen zu wollen, nicht wie Anfang März in den Vertrag aufnahm. Vertragsmässig war er also verpflichtet, auch ohne dass die Majorität gesichert war, für Franz zu stimmen. Von neuem verhiess um so mehr Joachim, sich zu bemühen, dass andre Kurfürsten Franz ihre Stimmen gäben. Ferner wiederholte er seinen Rat, der König möge rüsten und bei Metz eine Armee bereit halten.[201] — Am 6. April bereits erwiderte er dem Könige für seinen eigenhändigen Brief — das in Lothringen ausgefüllte Blankett —, ebenso dem Admiral Bonnivet und dem Kanzler auf ihre Briefe.

---

200. DRA. I. N. 203. Wahlversprechen Joachims vom 8. IV. 1519. Die wörtlich citierte Stelle: Vel quod illa vox nostra possit aliquid de jure operari, ut ipse ad imperium huius modi pervenire valeat . . sive quod . . . .

201. Der Rat des Kurfürsten wird nach verlorenen Briefen der Gesandten in Berlin erwähnt im Briefe Orvals, Bonnivets und Guillarts an Franz I. Nancy, 15. IV. 1519. DRA. I. S. 556 Z. 5. Auch frühere Briefe der Gesandten in Berlin, die bereits am 14. April in St. Germain sind, fehlen. DRA. I. N. 219. Vgl. betr. der Rüstung S. 80.

Digitized by Google

Er dankte für das königliche Vertrauen, dessen er sich würdig zu zeigen versprach, und hob hervor, wie er nichts für den König unterlassen habe. Besonders dem Kanzler legte er ans Herz, zu sorgen, dass er sich in seiner Hoffnung auf Erkenntlichkeit nicht getäuscht fände; er werde, wenn das erstrebte Ziel erreicht sei, es ihm nicht unvergolten lassen.[202]

In Berlin ist erst nach Abschluss des Vertrags, am 11. April ein Brief des Königs vom 27. März eingelaufen, wie dies eine Notiz auf der Rückseite vermerkt.[203] Der König dankte für Joachims Ergebenheit und versicherte ihn seiner grössten Zuneigung, die er durch seine stete Gunst erkennen lassen werde. Schon jetzt verlieh er ihm den Orden von St. Michael. Auf Wunsch des Kurfürsten fügte er eigenhändig zu:[204] ausser ihm und seinem Bruder habe er das Versprechen von zwei Kurfürsten, von denen der eine Laie sei. Das Gleiche war Joachim ja schon einmal gemeldet, angeblich, aber auch nur angeblich, vom König; der doppelte Bescheid mag Joachim verwundert haben: so fragte er am 12. April noch einmal genauer an, welche, nicht ob überhaupt Kurfürsten für Franz gewonnen seien.[205] Etwa gleichzeitig muss ein Brief der

202. Die Briefe Joachims vom 6. IV. an den König, den Admiral und den Kanzler Robertet. DRA. I. S. 554, A. 2. Den Kanzler bat der Kurfürst, da er mit allem Eifer für den König gewirkt habe, für seine und seines Hauses Ehre und Nutzen bei seinem Herrn so zu handeln, ut benefitiorum spe minime frustrari videamur, sibi quoque certo persuasum habeat, postquam negotium eo, ut ceptum est, deducatur optatumque sortietur effectum, ita quod de optimis nostris meritis apud regiam celsitudinem magis prodesse valeamus, curabimusque pro viribus id vobis respondere. — Am 15. IV. waren die Briefe bereits in Nancy. DRA. I. N. 222.

203. Franz I. an Joachim. 27. III. 1519. DRA. I. S. 496, A. 4.

204. Der Brief ist abgesandt, ehe der König von der Antwort durch die Präsidenten erfuhr.

205. DRA. I. S. 581, A. 4. Joachim an Franz I. 12. IV.

Digitized by Google

französischen Gesandten in Berlin geschrieben sein, der am 21. April in Luneville ankam. Danach sollten die Dinge, soweit sie den Markgrafen betreffen, gut stehen.[206] Aber die Präsidenten in Lothringen ersuchten den König doch, er möge ihnen seinen Willen bezüglich des Markgrafen, des Erzbischofs von Mainz und des Herzogs von Sachsen mitteilen, sonst würde Bonnivet die Sache mit Hülfe des Pfalzgrafen weiterführen,[207] mit dem eine Zusammenkunft damals beabsichtigt wurde. Hier kann es sich leicht um die Statthalterwürde gehandelt haben, und es mochten, da ja anscheinend eine bezügliche Urkunde nicht gesandt war, über diesen Punkt die Präsidenten Aufklärung wünschen, wie vielleicht auch Joachim hierüber noch nicht ganz befriedigt war. Im ganzen indes scheint Joachim immer fester seine Interessen mit denen Frankreichs verknüpft zu haben.

Doch aber musste er, wie wir wissen, auf die übrigen Kurfürsten sehen, und gerade jetzt nach der Weseler Tagung besonders.[208] Es kann von dort oder aus Bonn durch Hardenberg bis zum 12. April schon Nachricht in Berlin gewesen sein, dass die Kurfürsten von Mainz, Pfalz und Köln mit Karls Kommissaren eine Einung geschlossen hätten. Vielleicht war Joachims Anfrage bei Franz dadurch veranlasst; er suchte wohl zu erfahren, ob Franz vom Kölner Verschreibungen hätte. Weiter sollte Pfalz für Karl gewonnen sein; das hatte allerdings Albrecht

206. DRA. I. N. 243. Bonnivet, Orval, Guillart an Franz I. 22. IV. 1519.

207. DRA. I. S. 588 Note a: guiderai cela par le moyen dudict comte, was im Zusammenhang der Pfalzgraf ist. Worum es sich handelt, ist nicht direkt gesagt. s. vor. Anm.

208. Ueber die Einung zu Wesel siehe bes. Abschn: Albrecht, auch Pfalz und Köln. Vgl. DRA. I. 208. Die Augsburger Kommissare an König Karl. 9. IV. 1519. DRA. I. N. 194. Armersdorf an König Karl. 2. IV. Wesel.

Digitized by Google

schon Anfang März behauptet (s. o. S. 70.). Sollte Joachim da noch so bestimmt glauben, dass Ludwig von Franz gewonnen sei? Ein anderer Kurfürst und Laie konnte aber von diesem nicht gut gemeint sein, da Sachsen bekanntlich jede unerlaubte Zusage über seine Stimme verweigerte.

Bald kam überdies Albrechts Kanzler, Doktor Buss von Alvensleben;[209] er zeigte wohl auch jenes Abkommen, das Albrecht gemeinsam mit Pfalz und Köln getroffen hatte, an. — Joachim verwies in seiner Antwort vom 20. April Albrecht darauf, dass er noch in Wesel gegenüber dem französischen Bevollmächtigten den Schein aufrecht erhalten habe, als führe er, Joachim, für ihn die Verhandlung mit den Franzosen, und meinte weiter: wie sich Dr. Bussen Einbringen darauf reime, möge er sich selbst erinnern. Danach hat Albrecht wohl versucht, Joachim auch für die Einung zu gewinnen; was im einzelnen von ihm angeboten und gewünscht wurde, ist nicht bekannt.

Joachim erhob über den Verrat die schlimmsten Vorwürfe: er hätte sich nicht versehen, dass Albrecht ihn durch übergebne „handschrift, macht, bevelh also sollte verfürt, in schimpf und spott gegen F. stecken lassen." Nicht minder heftig wies er den Bruder darüber zurecht, dass er jene Briefe an andre Kurfürsten erbrochen und unterschlagen habe (s. o. S. 77, 78); von des Kurfürsten Wut gegen den Boten hörten wir bereits. Gegen Albrecht drohte er jetzt, er werde doch seinen Plan durchsetzen, Albrecht solle sehen, dass er nicht allein stehe, er habe die Stimmen von Pfalz, Trier, Sachsen und Polen;[210] zudem

209. Erwähnt in Joachims Brief an Erzbischof Albrecht 20. IV. DRA. I. N. 237.

210. DRA. I. S. 578 Z. 4. wann ich daran nicht verschonet, das e. l. mein Bruder sein, so wusst ich im wol ein recht und ander deutsch zu geben. — — Z. 14. Ich warne aber noch und

Digitized by Google

werde er Albrechts Verrat dem französischen Könige durch Uebersendung seiner Handschrift anzeigen; derselbe solle sehen, dass er sich „s. l. gewalts nicht aus der luft, sunder mit gutem grund angemasst.“[211]

---

bitt, e. l. sei weise, dann ich weiss den handel mit F. vermittelst göttlicher hulf auch on alles e. l. vortsetzen zu erheben . . . Wir haben Pfaltz, Trier, Sachsen und Poln; sehet was e. l. allein ausrichten muge; sapienti pauca! — Dass Joachim über des Kurfürsten von Sachsen damalige Pläne und Gesinnung anderes gewusst haben sollte, als dass er jede bindende Zusage über seine Stimme verweigerte, ist kaum anzunehmen. Doch wird er allerdings erfahren haben, dass Bazoges von Berlin aus in diesen Tagen in Sachsen war, d. h. in der Charwoche, 17. IV. bis 24. IV.; vgl. DRA. I. 487 A. 3 nach Spalatin Nachlass (S. 107): „so!che (ablehnende) Antwort hat er (Friedrich) auch gewisslich dem andern des Konigs zu Frankreich geschickten, hern Balduin Bazoges, hern zu Schampanien, in der Karwochen zu grimm geben.“ — Joachims Meinung über Pfalz beruht vielleicht auf einer zu ihrer Zeit zutreffenden Nachricht; denn von Anfang März bis etwa 25. März und seit etwa 10. April von neuem neigte man in Heidelberg zu Frankreich (s. u. Pfalz). Dazwischen liegt die Abrede des Kurfürsten Ludwig mit Mainz und Köln. — Ueber die Stellung Brandenburgs zu den Polen sind wir nicht genug unterrichtet. Triers Erwähnung ist natürlich richtig. — Auffallen muss, dass Köln von Joachim nicht genannt ist, da auf die erste Werbung doch im wesentlichen günstiger Bescheid gekommen war; vielleicht darf man daraus schliessen, dass die Antwort auf die zweite Werbung unbestimmter oder ungünstiger war. — Wenn nun Köln hier nicht genannt wird, wohl aber Pfalz, so mag Joachim Nachricht gehabt haben, dass Pfalz mit Habsburg noch nicht fest abgeschlossen hatte. In der That bedurfte die von Pfalz in Wesel mit den Habsburgern begonnene Unterhandlung noch einer Fortsetzung in Mainz, und Ludwigs Unterhandlung mit den Franzosen geht gleichzeitig weiter.

211. Es wird in Briefen geschehen sein, die in Luneville am 29. IV. ankommen und melden, dass in Brandenburg alles gut stehe bis auf die Widerhaarigkeit des Mainzers. DRA. I. N. 260. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 29. IV. 1519.

Digitized by Google

Aber trotz allem eröffnete Joachim auch von neuem die Möglichkeit, sich Frankreich anzuschliessen; Albrecht möge entweder eine Kopie des Vertrages von 1517 mit der Aenderung sede nunc vacante oder eine Kopie, wie sie ihm (ob jetzt oder gleich nach dem 8. April, steht dahin), übersandt sei, siegeln: es solle ihm dann nichts mangeln. Dabei verriet er dem Bruder zugleich, es sei ihm nicht verborgen, wie es um das Breve der Legation gestellt; auch solle ihm nun die ganze Summe vor der Wahl gezahlt werden; um seine Antwort abzuwarten, wolle er die französischen Gesandten bis acht Tage nach Ostern (d. i. 3. Mai) hinhalten. —

Auf die schlimme Nachricht aus Mainz hin ist vielleicht auch einer der französischen Unterhändler, Francisque, zum Könige zurückgekehrt, und zwar ist er wohl etwa am 20. April aufgebrochen. Denn ein gewisser Nikolaus Thun, dem Joachim am 25. April Auftrag erteilte, die erste Rate des Abzichtgeldes am 10. Mai in Koblenz zu erheben,[212] übergab dem Präsidenten Orval einen Brief La Poussinieres, eines andern der französischen Gesandten (etwa auch vom 25. April), worin einige Dinge erwähnt sein sollen, die nach Francisques Abreise passiert sind.[213] In dem Brief

212. DRA. I. S. 693 A. 4. Quittung Joachims über 50 000 Sonnenkronen, die der König propter renunctiacionem collateralium zahlen muss. 25. IV. 1519.

213. DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. S. 697, Z. 9. Par les gens du marquis de Brandebourg ay recu lectres de la Poussinière (fehlen) . . . par les quelles il dit vous avoir adverty du tout par l'escuier Francisque qu'il a envoyé vers vous; toutefoiz pour ce qu' il y a aucunes choses survenues depuis le département du dict Francisque je vous envoye lesdites lectres. Allerdings wird seine Ankunft bereits 21. IV. in Paris erwartet. DRA. I. N. 240. König Franz an Orval, Bonnivet, Guillart. 21. IV. Auf eine späte Abreise (wohl kurz nach dem 20. IV.) deutet auch, dass Giustiniani seine Ankunft erst am 11. Mai meldet. DRA. I. A. 2.

Digitized by Google

vom 25. liess Joachim durch La Poussinière betonen, dass in Frankreich notwendig noch Geld zu Wahlzwecken sein müsse.[214]

Endlich erhielt Joachim in der zweiten Hälfte des April wenigstens die Nachricht, dass nun eine spanische Gesandtschaft von Mainz her zu ihm aufbreche.[215] Dazu erwartete er etwa für Anfang Mai von mancher andern Seite Nachricht. Nicht alle kennen wir genau, gar nicht den Bescheid auf seine Anfrage vom 12. April, welche Kurfürsten sich Franz I anschlössen. Diese kam erst zwischen 21. und 25. April nach Luneville, also wenig später als eine Meldung aus Heidelberg (20. April), der pfälzische Kanzler sei bereit, mit Bonnivet zusammenzutreffen.[216] So wird Anfang Mai vermutlich günstiger Bescheid in Brandenburg eingelaufen sein; Trier und — in dieser Woche — Pfalz konnten als Franz ergeben benannt werden.

Wie des Kurfürsten wiederholte Vorschläge, in grösserem Masse zu rüsten, aufgenommen sind, lässt sich nur in etwas ausführlicherer Darstellung zeigen; doch sein äusserst lebhaftes Interesse an einer Durchdrückung der Wahl mit Truppenmacht rechtfertigt sie. Der König stand, obwohl noch im März bereit zu rüsten,[217] im nächsten Monat dem Gedanken sehr kühl gegenüber; am 16. April schrieb er den Präsidenten:[218] „Je seroie très aisé, que l'afferre se peust conduire sans entrer en guerre pour éviter le hazart et effusion de sang humain,“[219] fuhr dann aber fort: wie

214. DRA. I. N. 202. S. 698, Z. 11. Vgl. Note 185.

215. DRA. I. S. 530 A. 3. Graf von Nassau an Kurfürst Joachim 10. Apr.

216. DRA. I. N. 241. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 21. April.

217. DRA. I. N. 126. Franz I. an Bonnivet und Guillart 5. März DRA. I. S. 351, Z. 18.

218. DRA. I. N. 225. Franz I. an Orval, Bonnivet. 16. IV.

219. Auf ähnliche französische Briefe geht vielleicht die

Digitized by Google

die Dinge jetzt lägen, — er wird gerade die Nachricht der Eroberung Stuttgarts durch den schwäbischen Bund (7. April) erhalten haben — wäre es eine Schande, ruhig zuzusehn (de me desister); denn auch die Schweizer würden nun ihm ein Gesetz auflegen, das ihm zu tragen schwer sein werde. Er habe für sechs Monate eine Armee von 40 000 Mann aufstellen lassen, doch nur zum Zwecke der Verteidigung.[220] Am 21. erbat der König von den Präsidenten Rat über Sammlung und Auswahl der Truppen, Sammelplätze, Marschrouten und Unterhalt; er betonte dabei ausdrücklich die Anregung durch Trier und Brandenburg;[221] der König wie Robertet[222] machten Angaben über die Truppenarten und ihre Verteilung. Auch eine Truppenaufstellung in Norddeutschland wurde bereits am 25. April für gut befunden, niederdeutsche Herzöge könnten in Franz. Solde kämpfen; die Präsidenten sollten entscheiden, ob die Angelegenheit durch den Markgrafen oder den Lüneburger, die es beide empfohlen haben, oder durch sie selbst geleitet werden sollte.[223] An jenen sowie an Moltzan sollten sie

---

Stimmung Heinrichs von Lüneburg in einem Briefe vom 20. IV. an Moltzan zurück. DRA. I. N. 235 S. 574, Z. 8: es hat mich auch nit unpillich bewegt, das Frangreich mich im bade solt sitzen lassen und alle ding ime zu ehern widder sein widdertail uf mich allein laden . . Vgl. S. 573 Z. 37.

220. S. N. 218. DRA. I. S. 560, Z. 7: si on m'assault, je mectray peine de me défendre.

221. DRA. I. N. 240. Franz I. an Bonnivet. 21. IV. 1519. S. 582, Z. 23. car puisque le dict marquis de Brandebourg et mons. de Treves sont d'oppinion, que je le face, je le veil et désire bien faire.

222. DRA. I. S. 583, A. 1. Robertet an Bonnivet 21. IV.

223. DRA. I. N. 248. Franz I. an Bonnivet 25. IV. S. 593, Z. 21. Vous adviserez s'il vault mieux que cela se conduyse dudit marquis, qui en a fait l'ouverture ou par le duc de Lunebourg, qui m'a mandé tout de mesmes ou par vous.

Digitized by Google

schreiben;[224] er schreibe ebenfalls — und würde es allerdings gerne sehen, wenn alle niederdeutschen Fürsten nicht mehr wie 12 000 Pferde stellten, da dies bereits 24 — 25 000 escus monatlich koste. Verschiedene deutsche Herzöge böten ihre Dienste an, oder zögen bereits herzu.[225] — Vielleicht konnte der Markgraf von Brandenburg über mehrere derselben verfügen, wenn er durch einen Boten Lartigue melden liess, er könne 14 — 15 000 Landsknechte, 4 000 Reiter ins Feld stellen.[226] — –

Die Lothringer Herren machten gegen die Aufstellung einer französischen Armee ausser den grossen Unkosten geltend, dieses erleichtere dem schwäbischen Bunde es zu sehr, für Karl einzutreten. Franz möge daher das Angebot des Markgrafen annehmen, der aber die Sache geheim halten müsse. Sie empfahlen sofort Hauptleute und einen Schatzmeister mit Geld nach Deutschland zur Werbung zu senden, denn dem Markgrafen, der das Geld so liebe, dürfe man es nicht anvertrauen.[227]. Bis auf die letzte Bemerkung haben nach des Königs Ermächtigung vom 25. die Wahlleiter wohl ähnlich gleichzeitig (27. — 28. April) an Joachim geschrieben. Doch wird er diesen Bescheid schwerlich noch vor

---

224. Das wird also 27./28. IV. geschehen sein. Dem Herzog von Lüneburg wird eine Verehrung von 20 000 Mark gesandt. DRA. I. S. 594, A. 2.

225. Am 25. V. wird in Schwerin mit den Herzögen von Mecklenburg ein Soldvertrag abgeschlossen. DRA. I. S. 594, A. 1.

226. DRA. I. N. 253. Orval, Bonnivet, Gaillart an Franz I. 26. IV. 1519. S. 602, Z. 11. serions d'advis, . . que deussiez envoyer quelque saige gentilhomme devers le dit marquis, qui vous a fait dire par Lartigue qu' il peult mettre aux champs 14 000—15 000 lansquenets et 4000 chevaux, le prier de les tenir prests el le tenir secret.

227. DRA. I. N. 253. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 26. IV.

Digitized by Google

der Verhandlung mit der spanischen Gesandschaft (5. Mai) vielmehr etwa 10. Mai, erhalten haben. — Der König machte sich die Gründe der Präsidenten zu eigen: wenn er nicht gewählt werde, würde er nur Schande von einer Rüstung im eigenen Namen haben, den Gegner auch zum Kampf zwingen, den Kurfürsten endlich einen zweifachen Vorwand geben, um über ihre Stimme frei zu verfügen; denn diese würden entweder sagen, sie seien nicht genügend geschützt oder, man übe einen Zwang auf sie aus; dann seien sie zu nichts verpflichtet.[228] Deshalb ging der König darauf ein, dass deutsche Fürsten im Geheimen in seinem Solde rüsten sollten;[229] freilich sagte er sich, dies würde keinen Erfolg haben, wenn der Gegner ebenso vorgehe.

Orval trug nun diese Ausführungen, aber anscheinend auch den Plan einer eigenen Rüstung, am 10. Mai dem Trierer vor und wies ausserdem auf das Zusammenbleiben der Armee des feindlichen schwäbischen Bundes hin. Aber der Erzbischof vertrat die Meinung, eine Rüstung würde den König mehr hindern als fördern;[230] er wandte sich wohl in erster Linie gegen eine französische Rüstung innerhalb Frankreichs, war aber auch nicht sehr für eine Rüstung in Deutschland; das Volk werde sagen, Franz sei mit Gewalt Kaiser geworden; er betonte auch, die Kurfürsten würden allein des schwäbischen Bundes Herr werden, dessen Unternehmung noch nicht beendet wäre, dessen Heer also gar nicht, wie Orval meine, zu geheimem Zwecke zusammen bliebe.[231] —

228. DRA. I. N. 261. Franz I. an Orval, Bonnivet, Guillart. 30. IV.

229. a. a. O.: d'avoir des princes d'Allemaigne à ma soulde lesquels pourront venir comme d'eulx mesmes, sans dire qu'ils soient à moy.

230. Anscheinend urteilte der Trierer jetzt anders als früher. S. Note 221.

231. DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. aus Coblenz. S. 695, Z. 13 bis 696, Z. 14.

Digitized by Google

Am selben Tage kam aus Brandenburg an Orval ein neuer Brief (etwa 4. — 8. Mai.) Joachim drängte wieder, dass der König eine Armee auch in Frankreich rüsten und an der lothringischen Grenze aufstellen möge, ohne sie in Deutschland einrücken zu lassen, wofür er keine Notwendigkeit sähe.[232] Erzbischof Richard blieb aber bei seiner Meinung, wollte indes auch nicht zu sehr abraten. Sonst würde man, wenn wegen des Unterlassens einer Rüstung etwas misslinge, sagen, es sei auf seinen Rat unterblieben. Seine endgültige Meinung war: „wenn es dem Könige „beliebe, in Deutschland eine Armee aufzustellen (faire une „armee de deça), so würden er und der Markgraf von „Brandenburg am besten die Mittel in der Hand haben, „sie zu geeigneter Zeit und geeigneter Stelle ins Werk zu „setzen, und der König möge ihnen Auftrag geben, die „Rüstung vorzunehmen, wenn sie dieselbe für nötig halten, „auf seine Kosten, so hoch sie sich auch belaufen würden, „aber auf ihren Namen, um seiner Sache zu dienen."[233] So ist der Ratschlag vom Trierer, und erst am 10. Mai, gefasst; er geht aber vornehmlich zurück auf das Drängen Joachims von Brandenburg im März und April. Ein günstiger Bescheid muss, wie erwähnt, Anfang Mai in Brandenburg eingetroffen sein.

Auch von Erzbischof Albrecht konnte, da Joachim in seinem Brief vom 20. April einen neuen Versuch gemacht hatte, den Bruder für König Franz zu gewinnen, Anfang Mai ein Bescheid eintreffen. Doch ist ein solcher bisher nicht bekannt. Zeitlich würde daher die Verhandlung Joachims mit der spanischen Gesandtschaft folgen, die, wie berührt, am 5. Mai ankam.

Da jedoch in derselben Joachim eine auffällige Regelung der „Gubernacion uf die Sechsischen Provincien" ohne

---

232. a. a. O. S. 697, Z. 19—22.

233. S. 697, Z. 25 ff.

Digitized by Google

Kosten für sich forderte,[234] vergegenwärtigen wir uns vorerst seine Stellung zu Sachsen in den letzten Monaten.

Dass Joachim in Halle durch ein möglicher Weise falsches Gerücht von einem sächsisch-ungarischen Bündnis in Aufregung gebracht wurde, sahen wir bereits (S. 46) und konnten andererseits nicht entscheiden, ob Friedrich sich persönlich gegen eine Kandidatur Joachims erklärt hatte oder nicht. Kurfürst Friedrich mag bereits im Februar und dann am 15. März zu Belzig[235] durch Heinrich von Lüneburg von Joachims Rüstungsplänen benachrichtigt sein. Da kam nun wenige Tage später an ihn jenes oben berührte eigentümliche Schreiben Joachims vom 16. März; gleiche waren an die Herzöge Johann und Georg von Sachsen ergangen. Der Kurfürst von Brandenburg bat zunächst, sie möchten während seiner Abwesenheit ihrer Verwandtschaft nach sein Land und Leute nicht ohne Hilf und Rat lassen (s. Note 181). Auf diesen Punkt wollten alle drei Fürsten günstig antworten.[236] Der Markgraf aber schrieb weiter: „Furder bitten wir, wo unser „mitkurfursten und wir in solcher wal, dazu wir geladen „sein, von einer gewaldigen hand uberzogen, verhindert oder uns was widerwertiges zugefugt wurd, e. l. als furst „des heil. Reichs well uns auf unser ersuchen hilf und rat „und beistand tun." Hierauf schrieb Herzog Georg[237] an Friedrich, dass nur eine „gebührliche" Forderung durch

234. DRA. I. S. 669, Z. 25 u. a.

235. Dorthin lud Heinrich Kurfürst Friedrich am 23. II. DRA. I. S. 283, Z. 28. Die Zusammenkunft hat stattgefunden. o. S. 77 n. 171. DRA. I. S. 467, Z. 9.

236. DRA. I. S. 445, A. 1. Kurf. Friedrich an Joachim. s. d. Herzog Johann an Joachim. s. d.

237. DRA. I. N. 179. Herzog Georg an Kurf. Friedrich 2 3. III. den mich bedunkt meines ohemen gesinnen erstregkt sich fast weit und weiss doch nicht, ob er sein befehl hat; dorumb hab ich michs an e. l., als an meinen vicarien, erkunden wollen.

Digitized by Google

den Reichsvikar, welche Stelle Friedrich bekleide, eine Hülfsleistung veranlassen könne, und in der „Hineinziehung" der Mitkurfürsten sah er wie Johann eine Ueberhebung.[238] Von beiden Herzögen hatte Friedrich Rat erbeten. Herzog Johann empfahl, da es von andern Orten im Vikariat dafür geachtet werden möchte, als ob „der gewalt solchs vicariats bei Joachim" sei, möge der Kurfürst den Ständen seines Vikariats durch ein Ausschreiben befehlen, in seiner Abwesenheit sich friedlich zu verhalten, damit er als der Vikar erkannt werde. Friedrichs Antwort an Joachim, der sie etwa am 10. April erhalten haben mag, verwies darauf, dass s. Z. zu Naumburg (3. Februar) gerade er, Friedrich, ihm und seinem Bruder empfohlen habe, die sechs Kurfürsten sollten ein gemeinsames Ausschreiben erlassen gegen alle, welche sich unterständen, sie an der freien Wahl zu verhindern. Deshalb ersehe er nicht, was Joachims Schreiben veranlasst habe; wenn er Befehl von den anderen Kurfürsten habe, möge er es mitteilen. Kurfürst Friedrich ahnte also nichts von Joachims Begehr nach der Statthalterschaft, wohl aber mag durch diesen Briefwechsel eine gewisse Spannung mit dem Brandenburger hervorgerufen sein, zumal Joachim nun Anfang April sogar behauptete, nach dem Naumburger Beschluss hätte jeder für sich selbst, dem heiligen Reiche und den Kurfürsten zu Gut, seine umsitzenden Nachbarn solcher Gestalt bitten sollen. Dies erregte noch mehr Friedrichs Verwunderung; er meinte, auch Albrecht werde sich dessen nicht erinnern.[239]

Verfolgen wir nun wieder die Wahlfrage im Mai. Zur Verhandlung mit der spanischen Botschaft liess der Kurfürst

238. Herzog Johann an Friedrich. DRA. I. S. 446, A. 1.

239. DRA. I. N. 236. Instruktion Friedrichs des Weisen für Philipp von Solms zu einer Werbung bei Albrecht. 20. IV.

Digitized by Google

aufzeichnen, wie etwa ihr zu antworten sei.[240] Schon in diesem Entwurf findet sich der Gedanke, dass die Vereinigung, welche er zu Augsburg mit den drei Kurfürsten, den polnischen Gesandten und dem Kaiser als böhmischen Vormündern geschlossen habe, durch den Tod des Kaisers als eines Mitkontrahenten „verrückt" und nicht mehr ausführbar sei. Er werde sich mit den anderen Kurfürsten beraten, deren Gesinnung er jetzt nicht genügend kenne. Wie vor des Kaisers Tode habe man aber auch nachher ihm die Verträge nicht gesandt, obwohl im ganzen nun 8—9 Monate verstrichen seien und er noch Ende Januar dem Sekretär Kesinger erklärt habe, er werde sich aller Zusagen ledig erachten, wenn nicht binnen fünf Wochen eine genügend bevollmächtigte Gesandtschaft käme. Schon beim ersten Zusammentreffen mit der Gesandtschaft, der er doch eine Strecke entgegengeritten war,[241] kündigte er an, der französische König habe ihm mitgeteilt, dass das Königreich von Navarra hergestellt und die Prinzessin Katharina von Spanien mit dem Thronprätendenten verlobt sei, was die Gesandten natürlich als böswillige Erfindung bezeichneten. Bei der ersten Audienz erwiderte der Kurfürst auf die Erklärung, dass jetzt alles ihm Verheissene und alle Verschreibungen bereit seien, selbst in langer Rede, er sei zwar einst der Hauptförderer der habsburgischen Sache gewesen, was sich bezweifeln lässt, aber er betonte dann nach dem Entwurfe weiter: Da ihm nichts gehalten sei und durch den Tod des Kaisers die Vereinigung der vier Kurfürsten mit ihm nicht mehr bestehe, sei er zu nichts

240. DRA. I. N. 273. Entwurf einer Antwort der brandenburgischen Räte auf das Anbringen der spanischen Gesandtschaft. (5. V.)

241. DRA. I. N. 279. Langer Bericht Nassaus und Zieglers an König Karl. 8. V. Gerade die brandenburgischen Verhandlungen zum grossen Teil nur inhaltlich, da die französische Fassung ist bei Le Glay gedruckt. I. Bd. Précis hist. p. CLI—V.

Digitized by Google

mehr verpflichtet, worauf die Gesandten Graf Nassau und der Herr de La Roche bestritten, dass der Tod des Kaisers und die grosse Entfernung des Königs ihnen zur Last gelegt werden könnten.[242] In der That fand sich nach einer Bedenkzeit der Kurfürst am Nachmittag zu neuer Vorlage seiner Forderungen bereit. Versuchen wir sie und ihr Verhältnis zu früheren zu entwickeln, soweit es der Bericht Nassaus an König Karl und drei brandenburgische nur in abgerissenen Sätzen gehaltene Aufzeichnungen gestatten (letztere in den DRA als Concept I und II[243] und als letzte Vorschläge[244] der spanischen Gesandtschaft bezeichnet).

Es forderte Joachim durch den Bischof von Brandenburg, der in diesen Monaten häufig genannt wird, von den spanischen Gesandten zunächst 100000 Gl. Besserung der spanischen Mitgift. Denn die französische sollte, wenn er auch von König Franz bei Weitem nicht alles erhalten hatte, doch 150000 Skr. Mitgift, 175000 Skr. Abzichtgeld betragen, (s. o. S. 64); das machte bei einem Stand der Sonnenkrone zum Gulden = 4 : 3 (s. o. S. 5, n. 12) also etwas über 433000 Gl. Von Habsburg hatte er nur 300000 Gl. Heiratgeld, dazu (s. o. S. 10 und Exk. I) meines Erachtens 30000 Gl. Verehrung zugesichert erhalten. Die jetzt, wie übrigens schon in Halle,[245] geforderten 100000 Gl. brachten also die spanische Zahlung auf die Höhe der französischen. Er forderte weiter Erhöhung der Pension um 4000 Gl. unter Bürgschaft der Fugger für die ganzen 12000 Gl,. welche jetzt von Karl verlangt wurden, wie sie Franz

242. DRA. I. N. 279. Le Glay I, Précis p. CLII.

243. DRA. I. S. 669, A. 1. Berlin St. A. Rep. XII, A 1.

244. DRA. I. S. 670, A. 1. Berlin St. A. Rep. 131. K. 161 C—M mit der Bemerkung: Das, wie obstet, sind der Hispanischen entlichen furschleg.

245. DRA. I. N. 74. o. S. 40 ff.

Digitized by Google

bewilligt hatte, (o. S. 64/5 u. 76 ff.); sie sollte nächste Pfingsten angehn. Endlich wünschte Joachim zu den 30 000 Gl. Verehrung weitere 30 000 Gl., mit einer neuen Verpflichtung Fuggers, dass er 60 000 Gl. Verehrung und 70 000 Gl. Heiratgeld sofort nach der Wahl Joachim zahlen wolle. — Alle diese finanziellen Erstforderungen finden sich gleichmässig in Nassaus Bericht und in Conc. I. verzeichnet;[246] wir dürfen daher erwarten, dass auch die Forderungen mehr politischer Natur sich entsprechen; indes soll zuvor die Antwort der Gesandten, Conc. II wie die endgültigen Erbietungen der Gesandten mit diesen ersten Geldforderungen verglichen werden. Beginnen wir mit Nassaus Bericht. Die Erhöhung der Mitgift ward abgelehnt: auch die Könige von Portugal und Dänemark hätten nicht soviel bekommen; die Pension ward ebenfalls nicht erhöht, auch erklärte man die Bürgschaften Antwerpens und Mechelns für so gut wie die Fuggers. Die Gesandten erboten sich aber zur Zahlung von 130 000 Gl. statt 100 000 Gl. am Wahltag. Doch sollte nur eine spätere Zahlung schon dann geleistet werden, was näher darzulegen bleibt. Da das gleiche Vorkommen dieser letzten Gewährung und das Wegbleiben einer Bestimmung bezüglich Mitgift und Pension sich auch in den sog. letzten Vorschlägen der Gesandten findet, zeigt dies, dass auch in Nassaus Bericht nur die letzten Vorschläge gemeldet sind. Ein Zwischenstadium dagegen wird erwiesen, wenn in Conc. II zwar schon auf eine Vermehrung der Mitgift verzichtet ist, aber die Pension noch erhöht werden soll, nur eben unter Bürgschaft von Antwerpen und Mecheln, was beides darauf weist, dass schon einmal von den Gesandten ziemlich ähnlich erwidert ist.[247]

246. Nassau an Karl. Le Glay I. Préc. p. CLIII. und DRA. I. S. 669, A. 1, Conc. I.

247. DRA. I. S. 669, A. 1, Conc. II. Besserung der vererung mit 30000 Gl., macht in einer summ 60 000 Gl. (dieses „60000 Gl." bestimmt lediglich, wieviel als Verehrung gilt), zusampt den 100000 Gl.

Digitized by Google

In der Angabe über die endgültige Antwort der Gesandten scheint dem Grafen Nassau ein Flüchtigkeitsfehler passiert zu sein, wie auch Kluckhohn annimmt. Denn bezüglich der 130 000 Gl., für welche Sicherheit gewährt werden soll, heisst es wörtlich:[248] „LXX^{m} florins d'or en gratuité et quant aux autres XXX^{m} florins d'or, icelle somme luy seroit payée et delivrée à la prochaine foire de Francfort." Beide Posten geben nicht 130 000 Gl.: 70 000 Gl. waren früher nie als Geschenk, 30 000 Gl. nicht als Heiratgeld aufgeführt. Kluckhohn nimmt deshalb an, dass vor en gratuité eine Lücke anzunehmen und zu lesen sei: LXX^{m} fl. — als Heiratgeld, und 30 000 Gl. — en gratuité et, quant aux autres 30 000 fl. — Die zweiten 30 000 Gl. sollen also erst auf der nächsten Frankfurter Messe bezahlt werden. So gewinnen auch die Worte der Gesandten Sinn: es sei besser, dass der König zahle 30 000 Gl. an Heiratgeld und zu bestimmtem Termin als 20000 — 30000 Gl. Verehrung[249] mehr. Die Besserung besteht also wohl lediglich darin, dass selbst der auf der Frankfurter Messe im September zahlbare Posten doch weit eher in Joachims Hände kam als die Masse des Heiratgeldes (Cantate 1520)[250], von der er ab-

egelts (addiere nur 100000 + 30000). Unter 100000 Gl. egelts (Ehegeld) sind m. E. in diesem Falle die 100000 Gl. verstanden, für die sich Fugger 22. Aug. 1517 verbürgte (s. Exk. I. DRA. I. S. 107, A. 1), eigentlich 70000 Gl. Heiratgeld und 30000 Gl. „von verrechneter Schulde wegen", d. h. als Verehrung. Dass Joachim auch in Conc. II. 100000 Gl. Besserung des Heiratgeldes gefordert hätte und daneben 60000 Gl. Verehrung, möchte ich nicht annehmen, da es dann gleich Conc. I. wäre.

248. Le Glay I, pag. CLIV. vergl. DRA. I. S. 669, Z. 17.

249. Le Glay I, pag. CLIV. Ebenso die brandenburgische Aufzeichnung über die letzten Vorschläge. Fucker obligation umb 100 000 gulden mit heirat gut auf den tag der election. — Noch vom Fucker ein obligacion umb 50 000 gulden erung auf die houptsum zu bezahlen.

250. DRA. I. S. 107. Vertrag vom August 1517.

Digitized by Google

gezogen werden sollte. Es handelte sich also um frühere Abzahlung, nicht um Mehrbewilligung. Die jetzt wieder wie in Halle geforderte Verdoppelung des Reisegeldes ward abgelehnt.

Von grösserem Interesse sind uns Joachims politische Forderungen und seine Zusagen. Dass er Schutz gegen Angriff oder einen eigenen Artikel über besondere Begünstigung seines Hauses wie von Franz verlangt hätte, ist nicht ersichtlich; nur eine Forderung ähnelt den Forderungen an Franz: hatte er bei diesem auf kostenlose Uebertragung der Statthalterwürde im ganzen Reich gedrungen, wie ein unratificierter Entwurf uns zeigte,[251] so forderte er von Karl nach Nassaus Bericht, dass man ihm bewillige, Reichsvikar zu werden „in der sächsischen Provinz und den Nachbargebieten diesseits des Rheins".[252] Von einer Forderung, die Kosten zu erstatten, berichtet Nassau nicht. Das brandenburgische Concept I betont auch dies: „Jtem (das) die gubernacion uf die Sechsischen provincien und, soweit dieselben (!) reicht (!), — „dieselben" wohl „die gubernacion" — gebraucht werde one m. g. h. des churfursten darlegen und schaden." Abweichend von den Forderungen an Frankreich bleibt es also bei der Forderung des Vikariats nur in der sächsischen Provinz, die allerdings weit ausgedehnt wird. Nur die eine Vermutung will ich anschliessen, weshalb wohl Joachim sich hierauf beschränkt hat: er mag inzwischen an Frankreich dieselbe Concession gemacht haben. Denn es ist ja gerade jener Entwurf, der ihm die Statthalterschaft für ganz Deutschland zusichert, ohne Unterschrift geblieben, und wir sahen, (o. S. 75/6.), dass dieser Punkt wohl deshalb noch unerledigt blieb, weil

251. La charge du gouvernement par toute Germanie. DRA. I. S. 401, A. 1. Siehe S. 65–6.

252. Vicaire de l'empire par la province de Zasse et autres adjacentes deça le Rhin. Der Schluss et — Rhin ist in der Inhaltsangabe der DRA. weggefallen. (S. 669, Z. 6.)

Digitized by Google

Joachims Wunsch mit Pfälzer Ansprüchen zusammen stiess; da Joachim selbst nun schon Anfang März Pfalz für Frankreich zu gewinnen wünschte,[253] wie Moltzan berichtet, so mag man ihm von Frankreich aus nahegelegt haben, das Vikariat in Süddeutschland Pfalz zu überlassen.[254] — Sicher zeigt sich in den Forderungen Joachims der Anspruch auf ein Recht, das durch die goldene Bulle als sächsisches Privileg galt. Auch diese Forderung ward nun rundweg abgelehnt, wie denn in Conc. II. nur steht: „der Gubernacion halb stelt m. g. h. in konig Karls gefallen."

Für alle seine Forderungen hat der Kurfürst von Anfang an nur in Aussicht gestellt, als fünfter für Karl stimmen zu wollen, und dabei noch erklärt, wenn einer der andern vier Kurfürsten, die sich in Augsburg verpflichtet hätten, sein Versprechen nicht halte, könne er es auch nicht. Wenn die Gesandten betonten, vier Stimmen machten die Wahl bereits sicher, mit der fünften biete er nichts, blieb seine Antwort stets: mehr könne er nicht versprechen, alles weitere sei unmöglich. Da er zudem betonte, Karl werde die böhmische Stimme nicht erhalten, womit er dann nach seinen Worten ja die Augsburger Abrede für nichtig erachtet hatte, brachen die Gesandten die Verhandlung ab und sahen nur einen Versuch, sie zu täuschen und hinzuhalten, darin, als Joachim nun bat, die Sache bis zum Wahltag aufzuschieben.[256]

---

253. Er forderte schon Anfang März seinen Bruder zu Unterhandlung mit dem Pfälzer in diesem Sinne auf. Le Glay II, S. 331.

254. Am 1. Juni meldet Joachim dem Kölner, dass er auch Pfalz zu einer Besprechung geladen habe, ein Versuch zur Unterhandlung, der im Mai stattgefunden haben muss. Erwähnt DRA. I. S. 316.

255. S. die gleiche Betonung der Verpflichtung zusammenzuhalten in der Werbung an den Kölner. DRA. I. N. 64.

256. Le Glay I, pag. CLV und CLVI.

Digitized by Google

Die geringen von Joachim in Aussicht gestellten Gegenleistungen zeigen wohl, dass er bis zur höchsten Gefahr an der französischen Sache festhalten wollte; er gestand vielfaches Unterhandeln mit den Franzosen zu, leugnete aber, abgeschlossen zu haben. Dass er auch den Willen gehabt hat, gegebenenfalls mit Habsburg, wenn es doch eine sichere Majorität hätte, abzuschliessen, legen immerhin einige Momente nahe anzunehmen, zunächst die Nachrichten aus Wesel, die wohl auch den einen der französischen Unterhändler zu einer Reise nach Frankreich, wohl um neue Instruktion zu holen, veranlassten. Dann hat ja Joachim früher sogar während der eifrigen Verhandlungen mit den Franzosen im März erklärt, er wolle die spanische Gesandtschaft abwarten. (o. S. 71.) Vor allem aber soll Moltzan es in diesen Tagen für nötig befunden haben, Joachim zu versprechen, dass die Heirat des Kurprinzen mit der französischen Renata stattfinden werde, ob man Franz wähle oder nicht, falls Joachim nur jetzt endgültig die spanische Heirat abschlüge.[257] Es ist also in jenen Tagen eine Doppelverhandlung geführt; ihr Ende war ein völliger Bruch mit Spanien.

Sofort finden sich darum wieder Beziehungen zum Lothringer Wahlcomitee. Am 19. Mai trafen neue Sendungen aus Brandenburg in Luneville[258] ein, die sicherlich nach den spanischen Verhandlungen abgeschickt sind:[259] es schrieb der französische Gesandte, und der Kurfürst schickte ein eigenhändiges Schreiben und zwei Memoires, die freilich uns alle fehlen, dazu eine Kopie der Antwort des Kölners, welche den Präsidenten gut schien.[260]

257. DRA. I. S. 671 A. 1. Nach der Rechtfertigungsschrift vom Jahr 1520.

258. DRA. I. N. 300. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 19. Mai.

259. Die Beförderungszeit ist ja meist 8 Tage.

260. DRA. I. S. 712, Z. 15 que le dict marquis vouloit que

Digitized by Google

Da das eine Memoire über Bestallungsbriefe (provisions) handeln soll, welche von Rom zu schaffen sind, ist zu vermuten, dass sie im Interesse des Kölners erbeten wurden.[261] Schwerlich darf man an Albrecht denken, zumal wir noch nichts von einer Antwort auf Joachims Brief vom 20. IV. wissen. Das andere Memoire ist völlig unbekannt. Die Briefe des Gesandten La Poussinière drängten nochmals auf eine starke Rüstung, auch in Frankreich, wenn auch die Truppen die Grenze nicht überschreiten sollten.

Seinem Kölner Kollegen zeigte der Kurfürst am 8. Mai[262] auch an, die spanische Botschaft habe selbst anerkannt, dass man die Zusage ihm nicht gehalten habe; er sei zudem ja durch kaiserliche Briefe „vom 1. Tag des Maien ab aller seiner hendel zu Augsburg beslossen gar absolvieret" und „habe sich darauf der Heirat und aller sachen halben nach irem selbst willen genzlich entledigt . . ." Er bat daher den Erzbischof Hermann, am 2. Juni abends zu Steinheim (etwa 10 km östlich von Frankfurt) ihn persönlich aufzusuchen, auch seinen Bruder Johann mitzubringen; er wolle ihm mitteilen, was sich nicht schreiben lasse. Sicher scheint Joachim des Kölners noch nicht gewesen zu sein, denn, wiewohl er behauptet,

---

nous vissions la responce que le dict seigneur de Couloigne luy feroit, afinque nous sceussions mieux comme nous aurions a nous gouverner envers luy, si besoing estoit. Ce que avons fait ; . . . envoyons . . la dite responce . . qui nous semble bonne. Es muss wohl statt feroit stehen fesoit, da doch die Präsidenten jene Antwort lasen.

261. Der Kölner gewährte am 19. Mai dem Präsidenten Orval Geleit und Audienz. DRA. I. S. 713, Z. 3.

262. Auch Ende April schrieb Joachim wahrscheinlich an Erzbischof Hermann. Er erwähnt am 8. Mai von sich eine „jüngste Schrift," nach welcher erst die spanische Gesandtschaft zu ihm gekommen sei. Unter dieser Schrift ist aber schwerlich die 2. Werbung Hardenbergs vom März zu verstehen, zumal der Kurfürst stets von Frankreich gedrängt wurde, mit dem Kölner zu unterhandeln.

Digitized by Google

sich keines Abschlags zu versehen, bittet er doch um eine zuverlässige Antwort. Uebrigens sehen wir ihn also schon ernstlich in Gedanken über die Reise zur Wahl; auch das Schreiben nach Luneville betraf u. a. wohl eine Zusammenkunft mit Bonnivet, die er dann während der Anreise in Hessen hatte.

Nicht ganz gewiss ist, ob der Markgraf dem Herzog von Lüneburg Auftrag gab, „15000 Knechte zwischen dieser Zeit und Exaudi (5. Juni) gen Kobelentz zu bringen." Es wäre 8./9. Mai geschehen. Ein Brief Heinrichs von Lüneburg v. 12. V. behauptet es,[263] aber allein eine Weimarer Kopie hat: „mich wundert, das der marggraff, der churfurst, mir uflegt, 15000 Knecht . . . gen Kobelentz zu bringen." Eine andere Kopie hat nur: „mich wundert, das mich aufgeleigt wirdet." Danach wäre möglich, dass der Befehl von Moltzan oder aus Luneville gegeben ist. Kam er aber vom Markgrafen, so entsprach er, wie wir sahen, französischen Absichten. — Wie sehr die Rüstung auch die Gedanken der Umgebung des Kurfürsten erfüllte, zeigt der Umstand, dass sich der Bischof von Brandenburg ziemlich offen gegen einen Herrn von Traxdorf darüber äusserte. Dieser stand wohl in sächsischen Diensten, hat jedenfalls Herzog Georg darüber berichtet, der ein Gespräch zwischen Traxdorf und dem Bischof dem Kurfürsten mitteilte, „sunderlich hat der bischof horen lassen: wy grosse macht vorhanden were, den Konig von Frankreich zu Keiser zu machen, den die niederlendschen (d. i. norddeutschen) Fursten weren al Francoschiss; so het der Konig aber 2000 Korisser zu Trir und do umb. Und hat gleich der wort gebraucht, was wolt ir thun? Hat Traxdorf gantwort: was soll ich thun? ich pin ein armer gsell. Do hat her gsagt: ich meins nicht also, ich mein

263. DRA. I. N. 289. H. v. Lüneburg an Moltzan. 12. V. vergl. S. 93.

Digitized by Google

auch (euch) Sechschissen, dann wir wissen doch wohl, das ir zcum theil gut Francoschiss seit."[264] —

Eine Woche nach Empfang der spanischen Bevollmächtigten, etwa den 13. Mai, trat der Kurfürst die Reise zum Wahltag bereits an; sein Zug zählte 320 Pferde; am 15. Mai war er selbst in Wittenberg, zog am 17. nach Bitterfeld, wurde am 18. in Halle erwartet;[266] dorthin soll ihm der Herzog von Lüneburg „durch einen Geschickten" Nachricht gesandt haben.[267] Am 22. war Joachim in Weimar. Da die Zwischenzeit vom 18. zu gross ist, wird er sich etwas länger in Halle aufgehalten haben. Das ist wahrscheinlicher als die Annahme Kluckhohns, er sei vom 20.—23. in Weimar geblieben.[268] Am 24. weilte er in Gotha, am 26. reiste er aus Eisenach ab und schrieb am 31. aus Gelnhausen.[269] Viel früher wird der Reisezug auch nicht dort hingelangt sein.[270]

264. DRA. I. N. 296. Herzog Georg an Kurf. Friedrich. 16. V. 1519. S. 704, Z. 18, ff. Die Schlussworte gehen wohl auf Herzog Johann.

265. DRA. I. S. 714, A. 4. Dort auch die folgenden Notizen über die Reisestationen.

266. DRA. I. N. 297. Hoyer von Mansfeldt an Kurf. Friedrich von Sachsen. 16. Mai.

267. DRA. I. N. 302. S. 715, Zle. 26. Ein Ungenannter (an Kurf. Friedrich den Weisen. ca. 20. Mai).

268. S. 714, A. In Halle traf er eben den lüneburgischen Geschickten; ausserdem schlossen sich ihm dort auch etwa 50 Leute seines Bruders an. A. a. O.

269. DRA. I. N. 306, III. Joachim an den Rat zu Frankfurt. 31. V. 1519.

270. DRA. I. N. 316. Kurf. Joachim an König Franz. 1. Juni. Gelnhausen. S. 737, Z. 3. dominus admiraldus antequam huc venissem, me una exspectavit die. Da der Kurfürst am 31. an den Rat von Frankfurt aus Gelnhausen schrieb, läge die Wartezeit Bonnivets spätestens vom 30.—31. Doch kann Joachim auch wohl schon einen Tag früher eingetroffen sein.

Digitized by Google

In Gelnhausen hatte den Kurfürsten der Admiral de France Bonnivet selbst bereits einen Tag lang erwartet.[271] Plötzlich kam dann auch mit der Post und in der Tracht eines Dieners „Kapitän Josyn", wohl Joachim Moltzan,[272] und trat, so schreibt der Kurfürst, unerwartet in sein Zimmer, für ihn selbst nicht zu erkennen, bis er ihn habe reden hören. Joachim wollte sie beide der Sicherheit wegen „gleichsam als seine verborgenen Gefangenen" mit nach Mainz nehmen. Dorthin hatte er die Kurfürsten von Köln, Trier, Pfalz geladen. In Gelnhausen oder in der Gegend scheint man 3—4 Tage geblieben zu sein (31. Mai bis 3. Juni).[273] Hier wird nun vor allem Bonnivet dem Kurfürsten eine Vollmacht für die Anwerbung von Truppen übergeben haben, die König Franz am 23. Mai auf das vielfache Drängen, besonders Joachims, ausgestellt hatte. Sie besagte:[274] „Nachdem Trier und Brandenburg ihm mitgeteilt, dass einige ruchlose Leute die Strasse unsicher machen, so dass sie nicht ohne Gefahr zur Wahl reisen können, und ihn um Hülfe gebeten haben, will er ihren Bitten entsprechen. Da er aber wegen der Kürze der Zeit ihnen keine seiner eigenen Truppen senden kann und es bequemer ist, dass sie dort selbst die nötige Anzahl deutscher Söldner sammeln, so verspricht er die ihnen daraus erwachsenden Kosten zu

271. S. vor. Anm. und vergl. Droysen a. a. O. S. 121.

272. DRA. I. S. 737, A. 1 und N. 356. S. 812, A. 2. Moltzan hatte sich am 12. Mai von Berlin zunächst nach Lüneburg begeben. — Nach der handschriftlichen Geschichte Franz' I von Bourdel ging Bonnivet später auf ein Schloss in der Nähe von Frankfurt und liess sich Jacob nennen. Ein anderer der französischen Bevollmächtigten nahm den Namen Hans Frey an; es ist vielleicht wieder Moltzan.

273. Joachim ritt am 4. VI. ein erstes Mal in Frankfurt ein. DRA. I. N. 306. Correspondenz Joachims mit dem Frankfurter Rat. VI.

274. DRA. I. 697, A. 4. o. S. 95.

Digitized by Google

ersetzen.“ Man dachte in Gelnhausen wohl auch bereits darauf, wie der Landgraf von Hessen, der Herr des Landes um Frankfurt, für Franz zu gewinnen sei.

Obwohl es nun nach der goldenen Bulle verboten war, mehr als 200 Gefolgsleute in die Wahlstadt zu bringen, und darunter nur 50 Gewappnete, während die übrigen Diener, Köche u. s. w. sein sollten, bat Joachim doch, mit mehr Gewappneten einreiten zu dürfen, was der Rat abschlug. Doch gewährte er, dass sich der Zug vor Beginn des Wahltags in grösserer Zahl aufhalte, dann aber bis auf das gesetzmässige Gefolge die Stadt verlasse. Dies nahm der Kurfürst an; am 4. Juni ist er mit 250 wohlgerüsteten Pferden, 18 Wagen und gegen hundert Ungerüsteten als Köchen, Kellnern, Sängern, Trabanten in Frankfurt eingezogen. Er gedachte am 5. Mai nach Mainz aufzubrechen;[275] nur fünfzig Leute sollten beim Gepäck bleiben, deren Geleit[276] er zu verlängern bat. Dass Joachim mit den 250 Gewappneten einen Gewaltstreich geplant hätte, ist nicht wahrscheinlich.

Am Abend des 4. Juni richtete der Kurfürst aus Frankfurt an den Landgrafen von Hessen die Bitte, den französischen Wahlbevollmächtigten in seinen Schlössern sichern Aufenthalt, in seinem Lande Geleit zu gewähren.[272] Auch schon im April scheint Joachim durch hessische Hofmeister, die ihn wie den Erzbischof von Trier um Schutz für Hessen gegen Sickingen baten,[278] eine Werbung an den Landgrafen gerichtet zu haben, und Erzbischof Richard

275. DRA. I. N. 306. Correspondenz Joachims mit Frankfurt.

276. DRA. I. N. 306, V. der Rat an Joachim. Das dort angegebene Datum 5. Juni beruht auf einem Druckfehler; der „fritag nach dem sontag Vocem jucunditatis“ war der 3. VI.

277. DRA. I. 324. Kurf. Joachim an Landgr. Philipp v. Hessen. 4. VI.

278. DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. S. 699 . . . die Gesandten in Brandenburg schreiben, que le dit lantgrave avait

Digitized by Google

hatte versucht, in Limburg (nur 6 Stunden von Frankfurt) für die Präsidenten Quartier zu erlangen.[279]

Jetzt teilte Kurfürst Joachim, da der Landgraf auf die vermutlich ähnliche, frühere Bitte wohl Furcht vor einem Angriff geäussert hatte, ihm zur Beruhigung mit, der König von Frankreich werde in Bälde hier in die Nähe 30000 deutsche Knechte und 3000 Kürassiere und Reisige von deutschen Fürsten legen, die auch den Landgrafen vor Gewalt schützen sollten. Er rate ihm deshalb, der französischen Bitte zu willfahren, und erwarte in Mainz Antwort. Diese ist am 7. Juni in Grünberg gegeben;[280] da dieser Ort etwa zehn deutsche Meilen entfernt liegt, Kurfürst Joachim aber anscheinend[281] schon am Vormittag des 8.

---

envoyé demander secours audit marquis . . . . et avoit pareillement le dit lantgrave demandé secours audit mons. de Treves. Da die Gesandten in Berlin 25. IV. geschrieben haben (s. o. S. 90), liegt die Bitte des Hessen Mitte April. Vgl. DRA. I. N. 213. — DRA. I. N. 328. Instr. des Landgrafen Philipp. 7. VI. . . . Darnach die Schrifte, so sein lieb uns der franzosischen botschaft halben, auch die Werbung unser hoffmeister, von seiner lieb wegen an uns gescheen, zu widderholen.

279. DRA. I. N. 312. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 27. V. Z. 9. (über den Trierer).

280. DRA. I. N. 328. Instruktion des Landgrafen Philipp von Hessen für Conrad von Waldenstein zur Verhandlung mit Kurfürst Joachim über einen Vertrag mit Frankreich. 7. VI. Grünberg.

281. DRA. I. S. 765, Z. 26. Rixners Bericht. Seine Angaben weichen regelmässig um 8 Tage ab. Mit Berücksichtigung dieses Umstandes ergiebt sich, dass es am 8. Juni war, wo Joachim auf Schloss Rüsselsheim, etwa 8 km östlich von Mainz, dem späteren Aufenthaltsorte Bonnivets (DRA I. N. 366), zu Mittag bei Herzog Albrecht von Mecklenburg speiste. Kurfürst Joachim muss also schon vor Tisch von Mainz aufgebrochen sein. — Nach der Frankfurter Aufzeichnung sind dann in Frankfurt am 8. „des Abents in schiffen bischof zu Mentz, Bischof von Coln und marggraf Joachim eingeritten." DRA. I. S. 762, Z. 7. Schwerlich lässt sich daneben

Digitized by Google

von Mainz aufbrach, hat die Antwort Joachim schwerlich noch dort erreicht. Der Landgraf hegte zwar noch immer Furcht vor einem „gewaltigen Ueberzug", hatte aber seinen Unterhändler ermächtigt, einen Vertrag zu entwerfen; nach der Antwort wollte er „sein gemut forderlich entdecken". Er erbat „ein tapfer Summ", die Schlösser und Städte, „auch reuter und fussvolck damit zu bestellen." So schien Aussicht auf sichere Unterkunft der französischen Wahlleiter.

Wir müssen jedoch vor neuen Bemühungen Joachims für Franz I. zunächst abbrechen. Ueber die Teilnahme der

---

der zweite Teil des Rixnerschen Berichts halten. DRA. I. S. 765, Z. 25. „Während Kurfürst Joachim auf Schloss Rüsselsheim bei Albrecht von Mecklenburg seine Mahlzeit hielt, kamen auch die Schiffe der anderen Kurfürsten; und sie setzten dann die Reise gemeinsam auf dem Schiffe des Mainzers fort; in Frankfurt ritten sie unter grosser Freude und Feierlichkeit ein, ein jeder in seine Herberge." — Herzog Albrecht von Mecklenburg war (gegen die Erwartung Herzog Johanns von Sachsen, s. dessen Brief DRA. I. N. 301 S. 715, Z. 4) im Mai noch in Darmstadt als hessischer Hauptmann anstatt auf einer Reise zum heiligen Lande. Jetzt am 6. Juni hatte er einen Dienstvertrag mit Bonnivet in Mainz abgeschlossen (DRA. I. S. 594, A. 1, Schluss); gegen 3000 Kronen Pension und unter gleichen Bedingungen wie sein Bruder, der schon am 14. Mai einen Vertrag eingegangen war (Näheres a. a. O.), wollte er dem Könige 200 Pferde zuführen. Selbst, wenn Franz I nicht gewählt würde, sollte er in des Königs Dienst bleiben und gegen jedermann, ausgenommen den Papst und das Reich, verpflichtet sein. Vgl. einen Brief Hermanns von Pack an Herzog Georg von Sachsen, zwei Tage nach der Wahl, also 30. Juni aus Frankfurt geschrieben; dort heisst es: „Item es sein vil hern hie, sie wollens dafur achten, lantgraffe Philipps oder die itzo reit (wohl bereit) sein, Herzog Albrecht von Meckelnburg und e. f. g. rutter so lange bei sich enthalten, sol ursach sein, gehofft, der Franzosen wurde zu Romischen konig erpostulirt, demselbigen hulflich zu erscheinen. Dwil das got lobe anders gefallen, so loss er e. g. rutter und ander abziehen. DRA. I. N. 385. S. 862, Z. 35.

Digitized by Google

einzelnen Kurfürsten an der Zusammenkunft in Mainz, ihre dortigen Besprechungen und den eigentlichen Wahltag in Frankfurt werden wir im Schlussteil handeln, in welchem wir keinen der Kurfürsten in den Mittelpunkt stellen; die zum Teil gemeinsamen Beratungen derselben können nicht gut zerrissen werden; auch müssten wir häufig eine Bemerkung über die frühere Stellung der übrigen Fürsten einschalten. So folgen wir jetzt der Politik der einzelnen andern Kurfürsten wieder bis in die ersten Junitage und beginnen mit Joachims Bruder, der schliesslich hauptsächlich für den jungen Habsburger eintrat.

II. Kardinal Albrecht von Mainz.

Von Augsburg hatte im August 1518 Kurfürst Joachim, selbst schon untreu, dem fransösischen Könige angezeigt, dass u. a. sein Bruder durch 30 000 escus[1] — das sind 40 000 Gulden, also 9000 Gulden mehr, als von anderer Seite geboten wurden — wiedergewonnen werden könnte. Und König Franz hatte darauf am 7. September den Herrn von Marigny nach Augsburg gesandt, dies Angebot zu machen?[2] Marigny soll nach einer späteren Instruktion für Moltzan die Kurfürsten nicht mehr in Augsburg getroffen haben.[3] Da wir diese Angabe nicht kontrollieren können, muss um so mehr betont werden, dass eine Angabe der polnischen Gesandten[4] nicht notwendig so gedeutet

1. Vgl. o. S. 11. DRA. I. S. 105.

2. DRA. I. S. 131. Die Summe sollte gezahlt werden: le cas advenant et le tout fait.

3. Vgl. S. 21, Note 5.

4. Bei Liske, Forsch. z. deutsch. Gesch. XVIII, S. 647.

Digitized by Google

werden muss, wie es von Liske, Ulmann,[5] Kluckhohn geschieht:[6] nach ihrer Auffassung sollen die mächtigsten Fürsten bald nach dem 20. September aufgebrochen sein. Aber sind wirklich alle Fürsten abgereist? Der polnische Gesandte schreibt am 27. September über die Ereignisse vom 22. und insbesondere den Kaiser: „mane agebat cum reliquis principibus, qui discedebant." Danach kann sehr wohl ein Teil der Fürsten, also auch Albrecht noch geblieben sein. Albrechts neuester Biograph giebt nun auch an, dass dieser Ende November Augsburg verlassen habe, freilich ohne die ihm unwesentliche Stelle zu belegen.[7] Immerhin mag auf die Möglichkeit hingewiesen sein, dass noch im Herbst in Augsburg das französche Angebot zu Albrechts Kenntnis gelangt ist.[8]

Mitte oder Ende September 1518 wird nach Mainz — und gleichzeitig nach Brandenburg — Joachim Moltzan aufgebrochen sein, dessen Instruktion schon am 23. Oktober fertig war.[9] Er sollte Albrecht bedeuten, wie gefährlich es sei, einen so mächtigen König wie den französischen zu verletzen. Dieser habe doch zudem das schriftliche Versprechen in den Händen (S. 11), das Albrecht nun durch die Augsburger Zusage an Maximilian gebrochen

5. Maximilian I. 2. Bd. S. 720.

6. DRA. I. S. 132.

7. May, Albrecht II., Cardinal und Erzbischof von Mainz und Magdeburg I, 210.

8. Traf Marigny ihn aber dort nicht, so kann er ja leicht in Mainz ihn aufgesucht haben, da Albrecht erst Ende November oder Anfang Dezember nach Magdeburg ging. (Ankunft 9. Dez., May a. a. O.) Wie Albrecht das Angebot aufgenommen, ist unbekannt. Bazoges, der französische Gesandte am Augsburger Reichstage, welcher am 31. Oktober wieder in Paris eintraf, (DRA. I. S. 133), wird darüber berichtet haben.

9. DRA. I. S. 133. Vgl. o. S. 20.

Digitized by Google

habe. Moltzan sollte auch auf die Vorteile hinweisen, die in der Verlobung seines Neffen mit einer französischen Prinzessin lägen, und Albrecht verständigen, dass ihm schon früher mehr bewilligt worden wäre, wenn er mehr gefordert hätte. Endlich liessen die Franzosen, die erfahren haben mochten, dass der Kaiser versprochen hatte, sich beim Papst für Albrechts Ernennung zum Legaten a latere zu verwenden, auch ihre Bereitschaft zu gleicher Fürsprache erkennen.

Nach den Urkunden der neuen Sammlung ist eine französische Werbung auch wirklich Ende 1518 an Albrecht gelangt, und die Brüder haben darüber korrespondiert; denn Kurfürst Joachim bat in seiner Werbung an Albrecht vom Anfang Januar um dessen „entlich Meinung.“[10] Auf Beziehungen der Brüder in dieser Zeit weist auch Joachims Kenntnis davon, dass Albrecht aus der Gegend von Halle bald nach dem Rhein abreisen will,[11] und „Herr Joachim“ (d. h. Moltzan) erscheint, wie in frischer Erinnerung stets ohne weiteres als bekannte Person. In der That hatten, da Moltzan bei einer Abreise aus Frankreich gegen Mitte November zu Anfang des Dezember im mittleren Deutschland sein konnte, und da andererseits Albrecht am 9. Dezember in Magdeburg angelangt sein soll,[7] Moltzan und Kurfürst Joachim seitdem genug Gelegenheit, mit ihm zu verhandeln. So ist Moltzan wahrscheinlich derjenige französische Gesandte, welcher, wie Janssen angiebt,[12] um Weihnachten Geschenke des Königs Franz

10. DRA. I. N. 2. Instr. Joachims für seine Werbung an Albrecht (etwa 11. Jan., vgl. oben S. 24 u. 32). DRA. I. S. 145, Z. 26. daruf ist meins gnedigsten herrn bruderlich bete, e. ch. g. well s. ch. g. euer gn. gemut und entlich meinung zu erkennen geben.

11. DRA. I. S. 145, Z. 34. wo auch e. g. vor gut ansehe das euer beider chf. gn. vor e. ch. gn. ausziehen zusammen komen sollen, will s. chf. gn. in dem e. chf. g. an gelegen statt zu willen sein.

12. Janssen, Gesch. d. deutsch. Volkes. 15. Aufl. I, 608.

Digitized by Google

überbracht hat. Es wird also in diesem Stück bestätigt, was Janssen auf Grund von Senckenbergs acta und pacta — einer nach Kluckhohn sonst nicht hinreichend beglaubigten Quelle — berichtet, dass nämlich Albrecht schon im Dezember mit Frankreich angeknüpft und sich wie seinen Bruder dem Wohlwollen von Franz empfohlen habe. Ob Albrecht wirklich, wie ebenfalls Senckenberg berichtet, geäussert hat, er hoffe durch eine glückliche Fügung der Dinge noch Franz I als Kaiser begrüssen zu können, bleibt wohl fraglich. Von sich wies er aber neue Unterhandlungen — vor des Kaisers Tod nicht. Ueber seine Gegenforderungen an Frankreich sind wir freilich nur unzureichend unterrichtet. Er soll 100 000 Gl. über die früheren französischen Zusagen hinaus verlangt haben, wie wenigstens Kurfürst Joachim bis zum 11. Januar erfahren hatte.[13] Eine so hohe Forderung zeigt doch wohl, dass er nur gegen die grössten Leistungen sich von Habsburg lossagen wollte; allerdings mochte er wünschen, auf alle Fälle einen Vorteil sicher zu haben. Die Verhandlung wird aber vorläufig zu keinem Ergebnis gelangt sein.

Moltzan konnte eine so hohe Forderung nicht bewilligen.[14] Das wird er in Brandenburg berichtet haben; und Joachim zeigte nach oder vor dem eigenen Abschluss bekanntlich an, er werde nur noch zwanzig Tage warten, ob er zum Reichstag oder zur Elektion berufen werde. Zugleich fragte er an, wie Albrecht sich nun stellen werde. (Vgl. S. 24 u. 32.)

Für den Fall, dass Albrecht sich günstig zeige „und mit dem g. h. (d. i. Brandenburg) im vorigen Handel einig

13. DRA. I. S. 146, Z. 22 ff.

14. Vor dem Tode Maximilians sind die Vollmachten der französischen Unterhändler nicht so weitgehend wie später. Vgl. DRA. I. S. 137: wenn Albrecht andere Bedingungen wünscht, soll er Bevollmächtigte schicken. (Instr. für Moltzan.)

Digitized by Google

sein wol," sollte eröffnet werden, Joachim habe ihm in Franz' Namen Angebote zu machen; er sollte eine um 3000 Gl. höhere Pension, nämlich 9000 Gl. und 30 000 Gl. Verehrung, 5000 Gl. mehr als bisher von dieser Seite, von Franz I erhalten. Diese Anerbietungen blieben aber immer noch hinter der spanischen Pension von 10 000 Gl. und der Verehrung von 31 000 Gl. zurück. Wenn Vollmacht dagewesen wäre, hätte Joachim wohl mindestens 40 000 Gl. (30 000 escus) voll angeboten, da er sie selbst schon im Herbst 1518 zu zahlen anriet. Dass Albrechts Forderung der 100 000 Gl. doch noch von Moltzan bewilligt wäre, meldete Joachims Brief nicht, gab ihm vielmehr nur den Rat, die Gewährung der Güte des Königs anheimzustellen. (s. N. 13) Auch die 30 000 Gl., welche Kurfürst Joachim nochmals als sicher bezeichnete, sollten nach einer zweiten Stelle nicht alsobald, sondern erst im Mai oder Juni zahlbar sein; erst ganz zum Schluss ward gemeldet, dass Moltzan und Kurfürst Joachim 50 000 Gl. für ihn erbeten hätten. — Mehr Erfolg mussten, wenn überhaupt, französisch-brandenburgische Eröffnungen haben, die Albrecht von der Wahl Karls für sein eigenes Interesse fürchten liessen, So die Mitteilung, dass „bebstlich Heiligkeit den churfürsten will gebieten bei hoer pene, die furgenommen election in keinen weg zu zu thun."[15] Wie hierdurch für seine Macht, musste Albrecht auch für das ihm versprochene Geld fürchten, wenn er hörte, eine Verschreibung der Pension durch Antwerpen und Mecheln sei bei Brandenburg weder bis Weihnachten, wie ausgemacht, noch bisher eingetroffen; seine Meinung von dem Vermögen der Habsburger konnte kaum grösser werden durch die Meldung, dass die Könige von Frankreich und England wie der Papst alle Wechsel an sich genommen hätten, die Spanier aber kein Geld zur

15. DRA. I. S. 145, Z. 4. Die folgenden Mitteilungen S. 146, Z. 3—19.

Digitized by Google

Heirat geben wollten. Endlich appellierte Joachim an Albrechts Familieninteresse, wenn er mitteilte, es gingen Gerüchte, dass Katharina dem Könige von Navarra zur Gemahlin gegeben, dann wieder, dass sie mit dem Herzog von Geldern vermählt werden sollte.

Eine Antwort Albrechts ist nicht erhalten,[16] vielleicht deshalb, weil es am 31. Januar zu der uns schon bekannten Zusammenkunft der Brüder in Halle kam, zu der Joachim sich in seiner Werbung erboten, Albrecht eingeladen hatte. Unsicher ist, ob letzterer bei seiner Aufforderung schon vom Tode des Kaisers wusste. (S. 33) Wie aber stellte sich Albrecht sonst auf die Todesnachricht, welche er am 21. Januar 1519 erhielt?[17]

Bereits am selben Tage teilt er den Tod an Kurfürst Friedrich mit; von einem Brief an seinen Bruder ist nichts bekannt. Auf den 25. I. beruft er Friedrich nach Eilenburg.[18]

Am 20. wurde dann an Albrecht früher als an Joachim im Namen der kaiserlichen Räte durch den Sekretär Wolfgang Kesinger, der Augsburg am 19. Januar verlassen hatte,[19] die Bitte gebracht, dass er an seinen Zusagen von Augsburg festhalten möge. Da Kesinger am 31. Januar an Joachim besonders meldete, es wären die Bestätigungen Karls über die Abmachungen von Augsburg dort zur Stelle, so dürfen wir annehmen, dass ebendies auch

16. Dass die Werbung Albrecht überhaupt erreicht hat, ist sicher; er spricht bereits am 26. I. gegen Wolfgang Kesinger von Praktiken der Franzosen mit seinem Bruder. DRA. I. S. 191.

17. DRA. I. S. 151, A. 4. Albrecht an Friedrich 21. IV.

18. DRA. I. S. 156, A. 4; er hatte am 24. einen Brief Friedrichs erhalten; Albrecht begründete die Berufung damit, dass er nicht länger säumen könne, in sein Stift zu ziehen; von dort müsste die Berufung zur Wahl ausgehen.

19. DRA. I. S. 143, A. 2. Beglaubigung Kesingers vom 19. Januar.

Digitized by Google

der Inhalt der Meldung an Albrecht war, zumal dasjenige Aktenstück, welches allein in Augsburg sein konnte, sich mehr an Albrecht als an Joachim richtet.[20] Dies war die Urkunde Karls vom 24. Dezember,[21] worin er Albrecht und Joachim für ihr Wahlversprechen Schutz ihrer Rechte, Herrschaften, Privilegien zusicherte; würden sie wegen seiner Erwählung vom Papste, dem König von Frankreich oder Kurfürsten und Fürsten angegriffen, so würde er sie mit Gewalt decken, rächen, befreien.

Die Kunde, dass diese Bestätigung in Augsburg sei, konnte für Albrecht genügen, so lange er allein die Eröffnungen kannte, welche ihm persönlich galten. nicht auch das, was seinen Bruder anging. So ist nicht verwunderlich, dass er sich sofort und vor dem Zusammentreffen[22] mit Joachim recht günstig gegen den Augsburger Sekretär äusserte und Bethätigung seines Einflusses im Interesse Karls zusagte: er wolle an seinen Zusagen festhalten und auf Lätare die Kurfürsten zur Wahl berufen; länger dürfe er es nicht verschieben, weil sonst das Recht an den Papst falle. Er riet, man solle an seinen Bruder, bei dem die Franzosen besonders mit Geschenken, Versprechungen und Bündnis grosse Praktiken trieben, den Markgrafen Kasimir von Brandenburg-Culmbach und den Grafen Hoyer von Mansfeldt senden. Seine Angaben nötigten Zevenbergen, dem bedeutendsten der Kommissare Karls, das bekannte Wort ab: Joachim sei der Vater aller Habgier. Dass er seinen Bruder zu sich berufen habe, teilte

20. DRA. I. S. 163, A. 1. Die Urkunde Gudenus, Cod. Dipl. IV, 602. May, Albrecht II., Bd. I, Beilage 60.

21. Sechs Tage, nachdem er offizielle Nachricht von den Augsburger Abmachungen erhalten. DRA. I. S. 119; o. S. 18.

22. Le Glay II, 203, Inhalt. DRA. I. S. 191. Zevenbergen an Margareta. 4. und 6. II. Diese Stelle im Anfang, also vom 4. Wir dürfen als Antwort Albrechts vom 26. oder 27. ansehen, was am 4. Febr. in Augsburg bekannt ist.

Digitized by Google

Albrecht vielleicht erst kurz vor dem Eintreffen Joachims am 31. Kesinger mit.[23] Nicht gerade auf Zuneigung zu dem franzosenfreundlichen Bruder deutet es, wenn er weiter am 28. Januar an Kurfürst Friedrich schreibt[24]: bis zum nächsten Donnerstag werde er nach Naumburg ziehen, sein Bruder komme oder nicht; wenn Joachim komme, werde er ihn allerdings nach dorthin mitnehmen, wohin er auch Kurfürst Friedrich einlädt. Diese Aeusserung gegen einen Unparteiischen ist doch wohl so kühl, dass wir auch in Albrechts Aussprache gegen Kesinger keine leeren Worte zu sehen brauchen. Uebrigens waren ihm ja noch immer von Seiten Oesterreichs grössere Summen versprochen.

Auch dem persönlichen Einfluss Joachims gelang es nicht, Albrecht völlig und auf die Dauer umzustimmen. Joachim kam nach Halle und war dort, wie wir wissen, vom 31. Januar bis 2. Februar; am 3. Februar waren dann beide hohenzollernsche Kurfürsten mit dem Wettiner in Naumburg zusammen.

Die Verabredungen auf der Hallischen Zusammenkunft lernten wir bereis oben kennen.[25] Albrecht wünschte den Bruder auf Karls Seite zu ziehen; aber da sich aus den Verhandlungen auch für ihn ergab, dass nicht sicher sei, ob die Habsburger ihre Zusagen erfüllen könnten, so schrieb er dem französischen Könige die trügerischen Worte, „dass er sich allem anschliessen werde, was sein Bruder thun würde.[26]“ Trügerisch; denn er hoffte wohl,

23. Vgl. o. S. 34, Note 49. Wir haben die Nachricht aus einem Briefe, der in Augsburg nicht am 4. II., sondern erst am 11. geschrieben ist. Die Nachricht kam vielleicht erst mit einem zu erschliessenden zweiten Briefe Kesingers.

24. DRA. I. N. 10. Albrecht an Friedrich. Halle. 28. I.

25. Vgl. S. 35—36. Dort und Exk. IV. die Belege für das folgende.

26. Aus dieser Erklärung sind die irrtümlichen Gerüchte

Digitized by Google

jenen zu bestimmen und für Karl zu gewinnen. Allerdings legte er, wie wir in der ausführlicheren Darstellung des Hallischen Tages sahen, alle Unterhandlung mit den Franzosen in Joachims Hand und gab ihm — wohl um nicht leer auszugehen, falls Franz gewählt würde — eine Liste seiner Forderungen (S. 42/3) und einen Entwurf seines Wahlversprechens mit. Es gelang aber Albrecht umgekehrt, seinen Bruder zu der Erklärung zu bewegen, dass er in seinen Verhandlungen mit den Franzosen fünf Wochen stillstehen wolle. Albrecht hatte es übernommen, Joachims Vorschlag, dass die dem Kaiser Maximilian ausgestellten Verschreibungen nicht mehr gelten und zurückgenommen werden sollten, von seinem Stift aus den rheinischen Kollegen mitzuteilen; es fragte sich, wie lange Albrecht sich nach seinem letzten, König Franz gegebenen Worte richten würde. Wahrscheinlich war es doch seine Absicht, für Karl einzutreten. Auch am 16. Febr., als die Räte in Augsburg den mündlichen Bericht Kesingers gehört hatten, nannten sie Albrecht „einen tugendhaften Fürsten.[27]“ Vermutlich war er es auch, durch den die Augsburger Kommissare erfuhren, dass König Franz dem Kurfürsten Joachim die Statthalterschaft verleihen oder seine Kandidatur fördern wolle (s. o. S. 45)

Die zunächst folgende Zusammenkunft der Brüder mit dem Kurfürsten von Sachsen berührte andere Gegenstände.

entstanden, dass Albrecht der Politik seines Bruders gefolgt sei (Roesler S. 71 und Droysen a. a. O. II, 2, 117 nach Venetianischem Bericht vom 12. April). Albrecht nimmt auf dieselbe nach einer Woche und Anfang April auf dem Tag der rheinischen Kurfürsten, beidemal gegen französische Bevollmächtigte, Bezug. Droysen schreibt: „Joachim kannte seinen geistreichen, aber bestimmbaren Bruder; er sagt zu allen Sachen ja.“ — Heinrich v. Nassau 28. III. über die Brüder: „wer den einen hat, hat den anderen.“

27. DRA. I. N. 67. Le Glay II, 238.

Digitized by Google

Friedrich stellte zur Erwägung, ob nicht alle sechs Kurfürsten vor der Wahl zusammenkommen und sich beraten sollten. Albrecht wollte auch dies in der drei Kurfürsten Namen den rheinischen Kollegen vortragen.[28] Er wünschte aber, dass[29] mit weiteren Verhandlungen hierüber Graf Philipp von Solms beauftragt würde.[30]

Auf der Reise zum Rhein zeigte ein französischer Postbote am 7. Februar in Schleusingen dem Kurfürst an, dass eine stattliche französische Gesandtschaft nahe.[31] Albrecht lehnte der Hallischen Abrede gemäss den Empfang der Botschaft ab und wies sie an Joachim; wenigstens hat er es diesem gegenüber behauptet; es wird zwischen 8. und 13. II. geschehen sein.[32] Albrecht handelte so, weil er fürchtete, die Leute im Stift würden ihm zürnen, weil er ihnen nichts mitgeteilt habe. Er wünschte „in die Artikel" d. h. die Joachim mitgegebene Liste seiner Forderungen auch noch einiges eingesetzt zu sehen. (s. o. S. 51). Dies letzte zeigt, dass er auch eine etwa notwendige Abkunft mit Frankreich noch nicht ausser Acht liess; aber die Verweigerung einer persönlichen Audienz beweist doch wohl von neuem, wie er mehr zu Habsburg neigte. Dass jene Gesandtschaft — Herr François de Bourdeaux und der escuyer Francisque[33] — noch einen Versuch gemacht hat, Albrecht zu treffen, ist nicht aus-

28. DRA. I. N. 59. S. 230, A. 2. Albrecht an die Erzbischöfe von Köln und Trier sowie den Kurfürsten von der Pfalz.

29. DRA. I. S. 517, A. 5.

30. Einen weiteren Antrag Friedrichs s. o. S. 44.

31. DRA. I. N. 32. Kurfürst Albrecht an Kurfürst Friedrich eigenhändig, in seiner lieben hand. 7. II. Schleusingen ilentz.

32. Kurf. Joachim an Moltzan. 20. II. nach einem Briefe Albrechts, den er 20. II. morgens erhielt. Vgl. S. 37, n. 56.

33. DRA. I. S. 152, A. 3 nach der handschriftlichen Geschichte Franz I von Bourdel.

Digitized by Google

geschlossen, zumal sie bei Kurfürst Joachim erst Anfang März ankommen.

Nicht wesentlich bestimmt hat den Kurfürsten wohl ein Schreiben der Augsburger Räte vom 11. Februar, das ihm — noch auf die schriftlichen Berichte Kesingers hin — im Namen Karls für seine günstige Haltung dankte. Die Räte liessen ihn bitten, bei Pfalz, Köln, Trier durch Botschaften und Schriften getreulich zu handeln.[34] Aber es verrät sein weiteres Interesse für Habsburg, dass er den Räten in Augsburg mitteilen liess, der König von Polen werde für den unmündigen König Ludwig von Ungarn und Böhmen stimmen.

Am 13. Februar schrieb der Kurfürst von seinem Stift her die Wahl aus und übersandte die Citation am 14. an die Kurfürsten und den König von Böhmen.[35] Den rheinischen Kurfürsten liess er durch die Ueberbringer, Dr. Diether von Lanther und Heinrich von Ende, den von Friedrich von Sachsen angeregten Plan mitteilen, dass sie sechs Kurfürsten vor der Wahl zusammen kommen sollten. Friedrich, Joachim von Brandenburg und er selbst hielten ihn für hochnützlich; er bäte um ihre Meinung.

Persönlich brachte Albrecht auf einer Zusammenkunft mit dem Pfälzer (zwischen 21. und 23. Februar[36]) den von Joachim in Halle gestellten Antrag vor, dass die Augsburger Briefe von den vier Kurfürsten und dem Vertreter des Böhmen zurückgefordert und, wenn sie nicht herausgegeben würden, ihrerseits für nichtig erklärt werden sollten, weil ihnen versprochen sei, dass die Wahl bis Anfang Mai unter Verzicht Maximilians stattfinden solle, was jetzt wegen des Todes des Kaisers unmöglich sei. Beide Kurfürsten

34. Erwähnt DRA. I. N. 46, S. 212, Z. 14 ff. im Brief Villingers und Zieglers an das Regiment zu Insbruck. 11. II.

35. DRA. I. N. 58, 59, 60.

36. S. o. S. 35, Note 51.

Digitized by Google

schrieben[37] an Joachim zustimmend.[38] Da wir sonst nichts über diese Begegnung wissen, müssen wir wenigstens festhalten, mit welchen Eindrücken Ludwig bereits zu Albrecht kam. Auch zu ihm war, wie zu Albrecht, noch nicht die geringste Bestätigung der Augsburger Einzelurkunden gekommen; auch die Erbeinung der Oestreicher mit den Pfälzern war von ersteren noch nicht publiciert. Kurfürst Ludwig hat vielmehr vermutlich berichtet, auch er wäre von einer französischen Gesandtschaft aufgesucht, er stände mit König Franz in Correspondenz; doch wird er auch mitgeteilt haben, dass er noch nicht abgeschlossen habe.[39] Nun war zwar am 20. Februar, an welchem Ludwig morgens Heidelberg verlassen hatte, Karls Kämmerer Paul von Armersdorf mittags angekommen und hatte eine allerdings ebenfalls nur allgemein gehaltene Bestätigung Karls vom 11. Januar, also von neuerem Datum, überbracht. Auch sie aber war noch vor dem Tode des Kaisers ausgestellt.[40] Möglich ist, dass Pfalzgraf Friedrich, diese und eine eben-

37. Ein Brief beider kam in Berlin 4. III. an. Die Absendung ist danach auf die Zeit der Zusammenkunft zu setzen. Le Glay II, 278 und 329. DRA. I. N. 150. Roesler, der S. 90 die Abwesenheit des Pfälzers von Heidelberg erwähnt, giebt nicht an, dass er mit Albrecht zusammenkam.

38. Auch den sächsischen Antrag werden die Kurfürsten persönlich besprochen haben. Vielleicht wurde von dem rheinischen Kollegen Albrecht bewogen, sich jetzt doch gegen eine Zusammenkunft aller Kurfürsten auszusprechen. In Naumburg war er unter dem Einfluss der ostdeutschen Mitkurfürsten für eine Zusammenkunft aller, das heisst Zuziehung des Sachsen und Brandenburgers, gewesen. Aber er mag wirklich geschwankt haben; er hatte doppelte Interessen, als Herr von Mainz und andrerseits von Magdeburg und Halberstadt.

39. DRA. I. N. 78. Bonnivet und Guillart an Franz I. 19. Febr. DRA. I. N. 84. Bonnivet und Guillart an Franz I. 20. Febr. Le Glay II, 278. Armersdorf an König Karl. 25. Febr.

40. DRA. I. S. 203, A. 1. S. 302, A. 1.

Digitized by Google

falls von Armersdorf überbrachte Urkunde über hinterlegte Gelder seinem Bruder nachgeschickt hätte; vermutlich aber haben die Kurfürsten ohne Kenntnis davon Joachims Plan gebilligt. Albrecht wie Ludwig wollten also die Augsburger Verschreibungen zurückfordern, wohl um mit Karl auf neuer Grundlage zu verhandeln. Kurfürst Ludwig schilderte, als er nach Heidelberg zurückgekehrt war, gegen Armersdorf den Cardinal Albrecht als habsburgfreundlich.[41]

Ganz entsprechend erscheint eine Meldung Albrechts an die Regentin der Niederlande nach Empfang ihrer Gesandten Marmier und Speckbach am 26. Februar.[42] Sie versicherten ihn des Dankes des Königs und der Erfüllung aller Zusagen, wenn er an den Versprechungen festhalte. Albrecht antwortete: er werde dem katholischen König und seinem Bruder zu Dank handeln.

Nun kam, wohl 27. Februar, zu Albrecht von Heidelberg aus auch Armersdorf.[43] Sein Empfang durch Albrecht bedarf längerer Erörterung.

Er war ein ganz anderer, als Armersdorf nach den Angaben der Räte und auch Ludwigs von der Pfalz erwartet hatte.[44] Albrecht machte ihm Vorhaltungen über das Ausbleiben aller Bestätigungen; denn es versichere der französische König, er habe alle Stimmen und der Papst

41. Le Glay II, 286. Armersdorf an König Karl. 4. III. sire je ne pensois trouver nul changement vers Mn de Mayence selon le bon rapport que Villinger et Ziegler m'avoient fait, semblablement sur l'advertissement de M. le comte palentin ...

42. DRA. I. N. 98. Albrecht an die Regentin. 26. Febr.

43. Armersdorf wollte am 26. Heidelberg verlassen. Le Glay II. 281. DRA. I. S. 345, A. 2.

44. Armersdorf an König Karl. 4. März 1519. Langer Bericht über seine Verhandlung beim Mainzer. Aschaffenburg. Le Glay II, 286—93. DRA. I. N. 122: Inhaltsangabe und einige Verbesserungen Le Glay's.

Digitized by Google

werde ihn krönen. So stellte Albrecht am 27. II. die neue hohe Forderung von 100 000 Gl. Nur fragt sich, hat Albrecht anfänglich die überhohe Forderung nur gestellt, um von Karl etwas höhere Zahlungen zu erhalten, und hat er zu diesem Zweck französische Angebote vorgeschützt? Oder hat er am 27. II. wirklich sich lieber Franz anschliessen wollen?

Armersdorf hatte die Ratifikation Karls über alle von Maximilian, Renner, Villinger mit der Gesamtheit der Fürsten getroffenen Abmachungen nach Deutschland gebracht, auch die Ratifikation des Heiratsvertrages, wenigstens von Karls, wenn auch nicht von Katharina's Hand; er hat Kopieen wohl Albrecht übergeben. Dieser äusserte aber den ihm vielleicht von seinem Bruder eingeflössten Verdacht, Karl wolle ihn und seinen Bruder um Pensionen und alle Versprechungen betrügen; ja er ging so weit, zu sagen: Antwerpen und Mecheln hätten Privilegien erhalten, dass die im Namen des Kaisers versprochenen Summen nicht gezahlt zu werden brauchten. Er werde daher, selbst wenn die Bürgschaften jetzt kämen, nicht damit zufrieden sein, nur eine Bürgschaft der Fugger oder derer von Nürnberg werde ihm genügen. Die Spanier wünschten übrigens die Kandidatur Karls nicht, und dieser gehe auch damit um, die Prinzessin Katharina einem andern als seinem Neffen zur Braut zu geben. Der Papst werde alle Freunde Karls exkommunicieren. Zudem drohten ihnen, wenn Karl gewählt wäre, Unannehmlichkeiten; der Kaiser würde vom Reiche fern, sie ohne Führer sein. Andrerseits wünschten alle Kurfürsten, dass der von Karl begünstigte Kardinal von Gurk mit der Angelegenheit nichts zu schaffen habe und kein Amt erhalte, jedenfalls müsse er versichert sein, dass Gurk sich in seine Angelegenheiten nicht mische. — Wir erkennen also Beschwerden, die teils von Joachim in seiner Werbung vom 11. Januar vorgebracht waren, teils dem eigenen, teils dem gemeinsamen Interesse der Kurfürsten oder des Reichs entsprangen. — Es mag zu Naumburg

Digitized by Google

von Friedrich, Albrecht und Joachim, vor kurzem von Ludwig und Albrecht bedacht sein, wie sich von Karl die Versicherung über die Ordnung der späteren Reichsverwaltung neu erlangen lasse. Albrecht machte vielleicht einen Versuch, zu erfahren, wieviel Karl hier gewähren würde. Doch drohte er, seine Stimme Karl überhaupt zu versagen, wenn er nicht auch genügende Zahlungen erhalte. Armersdorf vermochte den Kardinal auch durch Verheissung geistlicher Herrschaften nicht zu gewinnen. Er verschaffte sich aber eine Privataudienz, und hier leugnete Albrecht höhere Angebote der Franzosen nicht, und forderte noch immer 100 000 Gl. über die bisher zugesagten 31 000 Gl.[45] Armersdorf drohte deshalb, die Verhandlungen abbrechen zu wollen; es könne sein Herr ja auch König von Spanien, Albrecht Erzbischof bleiben; doch dachte auch Albrecht nicht, die Gunst des Königs zu verscherzen. Er liess am nächsten Morgen eine geheime Unterhandlung durch seinen Diener führen.

Da geht Albrecht nun herab auf 80 000, 60 000, 50 000 Gl.; Armersdorf hat auch für 50 000 Gl. keine Vollmacht; war er doch aus Spanien vor dem Tod des Kaisers abgereist. Aber Albrecht erklärt, auf Bescheid aus Spanien könne er nicht warten; er wisse auch bestimmt, dass die übrigen Kurfürsten seinem Beispiele folgen würden, man solle daher schleunig seine Forderungen bewilligen, denn er müsse sofort den Mitkurfürsten, deren Boten warteten, Bescheid geben, auch er selbst denke nicht, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Von dieser Aeusserung vom 28. wird die spätere Beurteilung der Unterhandlung ausgehen müssen. — Armersdorf fasste, da es anscheinend die Stimmen von mehreren Kurfürsten galt, den Entschluss, auf die persönliche Bürg-

45. Von Frankreich waren zuletzt ebenfalls 120 000 Gl. gefordert, wenn auch noch nicht bewilligt.

Digitized by Google

schaft der Augsburger Räte und seiner selbst, die bis zur Ratifikation Karls dauern sollte, einige neue Bewilligungen zu machen; er that es jedoch nur gegen die Erklärung, dass Albrecht andern Kurfürsten nichts sagen würde. Albrecht versprach sogar, er werde ihnen das Gegenteil sagen und sie drängen, Karls Partei zu ergreifen. Als Gründe führte er an, den Kölner glaube er für das gewinnen zu können, was er selbst wünsche; auch des Pfälzers scheint Albrecht sicher gewesen zu sein, jedenfalls nahm er (am 28. I.) auf seine Stellung Rücksicht, wenn er sagte,[47] um seinen Bruder solle man sich nicht bemühen, denn seit Pfalz, Köln, und er selbst festblieben, müsste derselbe sich ihnen anschliessen, vorausgesetzt, dass die böhmische Stimme für Karl sicher sei.[48]

Diese Eröffnungen hat Albrecht gemacht, ehe ein Abschluss zu stande kam. Vorher wollte er denn auch wissen, wieviel ihm geboten würde. Nach dreitägiger[49] Verhandlung (28. II. 1. III. 2. III.) ging er auf 20 000 Gl. herab. Armersdorf kam dafür mit ihm überein,[50]

1. dass das Regiment von Innsbruck für die alte

46. Le Glay II. 291. ains leur escriroit le contraire et exhorteroit par tous les moyens du monde.

47. Le Glay II, 291, Z. 4. quant à son frere, il estoit d'avis que l'on ne se devoit donner à nul autre appointement aveucques ... S. folg. Anm.

48. DRA. I. S. 343, Kopfnote, Z. 22; bei Le Glay, S. 291, Z. 6 (S. vor. Anm.) ist weggefallen hinter aveucques: car depuisque le Palatin, Couloigne et luy demourraient ferme, force luy (Joachim v. Brandenburg) seroit se joindre à la fin aveucques (nun wieder nach Le Glay II, 291) eulx, veu queaviez la voix du roy de Boheme pour vous.

49. Die Verhandlung mit dem Diener Albrechts ist wohl als Beginn zu denken. Le Glay II, 290 und 291, Zle. 10.

50. voyant, qu'il estoit forcé de le contenter ou de mettre tout vostre affaire à perdicion.

Digitized by Google

Pension von 10 000 Gl. die Bürgschaft übernähme, sicherlich weil die niederländische ausblieb,

2. dass Karl einige Artikel ratifiziere, die ihm durch Villinger gesendet werden würden,[51] — (sie sind uns leider unbekannt) —,

3. dass Zevenbergen, Villinger, Armersdorf für die neue Verehrung von 20 000 Gulden bis zur Ratifikation durch Karl bürgen,

4. dass Karl sich für seine Beförderung zum Legaten a latere verwende, was nach Berichten seines Agenten in Rom bisher unterblieben sei,

5. dass ihm Tafelgeschirr und Teppiche in den Niederlanden besorgt würden. Dagegen wollte er sich bei seinem Bruder und den übrigen Kurfürsten bemühen, dass die Augsburger Abmachung in vollem Umfang[52] in Geltung bliebe.

Soweit kam Armersdorf am 2. März; Albrecht zeigte jetzt auch Briefe der französischen Agenten. Am 1. März bereits setzte er einen Brief an den Bruder auf, der freilich erst am 3. abging und am 8. ankam.[53] Er schrieb, wie Arsmersdorf ihm „mitgeteilt und gezeigt" habe, dass Karl alles[54] ratifiziert habe, was durch den verstorbenen Kaiser abgeschlossen sei. Joachim werde nunmehr sicherlich nach ihrer letzten Abrede handeln, die gewesen wäre: „wenn man ihm das Versprechen erfülle, werde er es auch

51. Dies ist möglicherweise der Hauptpunkt.

52. que l'appointement de l'empereur demourat en son entier sans qu'ils en demandassent autre chose.

53. DRA. I. N. 111. Albrecht an Joachim. 1. bezw. 3. März 1519. Vgl. Le Glay II, 330.

54. Albrecht schrieb natürlich nicht, wusste vielleicht auch nicht, dass die Ratifikation Katharinas fehle. In einer Nachschrift bezieht sich Albrecht auch nur auf die ihm gemachten Zusagen: depuisque l'on me tient que l'on m' a promis, je ne seroye par honneur ne nul bon moyen demander autre chose.

Digitized by Google

thun."[55] Da ihm nun jetzt die Zusagen gehalten würden, „bitte er, dass er fest, beharrlich und stark bleibe." Besonders suchte er jetzt seinen Bruder durch die Mitteilung zu bewegen, dass auch „der Pfälzer fest bleibe" und „nichts anderes fordere, als was ihm zu Augsburg versprochen sei".[56] Albrecht suchte den Bruder bei seiner Ehre und seinem Interesse als Reichsfürst zu fassen. Er möge, schrieb er, die Ehre und den Nutzen des Reichs, der Nation bedenken, wieviel Schaden und Zerrüttung des Reichs werde heraufgeführt, wenn ein anderer gewählt werde, der nur darauf dächte, die deutsche Nation unter seine Füsse zu treten, der nach dem Blute der deutschen Fürsten lechze. So schmähte Albrecht gegen den französischen König und bat gleichzeitig den Bruder um Geheimhaltung seines Briefes. Albrecht widerrief endlich eine anscheinend ebenfalls früher getroffene Abrede, dass Joachim für ihn auch mit dem spanischen Gesandten unterhandle;[57] denn man könne denken, er wolle sich seinem Versprechen entziehen.

Soll man wirklich annehmen, wie Roesler will,[58] dass dies Schreiben „nichts als allgemeine Deklamationen und moralische Sentenzen" enthielte? Würde aber Albrecht, nach Roesler ein Franzosenfreund, der doch nur scheinbar bei seinem Bruder für Anschluss an Karl plaidieren konnte, dem Bruder geschrieben haben, dass auch der Pfälzer festbliebe? Zudem nahm nach den neu bekannt gewordenen,

55. Was oben in Gänsefüsschen eingeschlossen ist, steht in der erhaltenen Kopie mit Strichen unter der Linie, im Original vermutlich in Chiffren.

56. je say aussi pour vray que „le comte Palentin demourra ferme" et ne pratique ne demande „nulle autre chose que ce que luy a este promis en Augsburg."

57. So ist eine Chiffre aufgelöst, vermutlich von Armersdorf.

58. Roesler S. 92, wohl nur nach Mignet, Rev. d. deux mondes 1854, V, S. 243.

Digitized by Google

bei Le Glay ausgefallenen Stellen (s. N. 48), Albrecht auch bei seinem Anschluss an Karl am 2. März auf die rheinischen Kurfürsten Rücksicht. Somit dürfte erwiesen sein, dass die Haltung Albrechts vom 27. seine bleibende Gesinnung nicht zeigt.

Ob sie etwa auch an diesem Tage nur vorgeschützt wurde, um höhere Zahlungen zu veranlassen, oder ob Albrecht am 27. Februar wirklich glaubte, klug zu handeln, wenn er sich der französischen Partei anschlösse, bleibt zu untersuchen. Armersdorf selbst sagt mit Bezug auf den 28. Februar von Albrecht: de mons. de Coulogne se tenoit seur, qu'il feroit ce qu'il (Albrecht) vouldroit; und noch nach dem Abschluss mahnt Armersdorf die Kommissare in Augsburg, die Abmachungen müssten unbedingt gehalten werden; denn, wenn Albrecht abfalle, werde er den Kölner und den Bruder nachziehen. Armersdorf nennt nicht den Pfälzer unter den Bestimmbaren; nach den angeführten Worten rechnete Albrecht auf ein Zusammenhalten von Pfalz, Köln, Böhmen und ihm selber. Da er, wie wir sehen werden, vom Erzbischof von Köln, an den er übrigens nach dem 2. März von neuem schrieb, noch keine bestimmte Antwort hatte, so muss er am 28. Februar um so mehr geglaubt haben, sich auf den Pfälzer verlassen zu dürfen. Ob aber Albrecht diese Meinung seit dem 22./23. hatte, d. h. ob Albrecht und Ludwig schon auf der Zusammenkunft an diesen Tagen sich für einen Anschluss an Karl, wenn auch auf Grund einer neuen Urkunde, entschieden haben, oder ob Ludwig damals noch ebenso zu Frankreich neigte und Albrecht von einem Anschluss Ludwigs an Karl erst nach der ersten Audienz Armersdorfs, also 27. Abends, unterrichtet wurde, ist unsicher; denn es ist unbekannt, wann ein Brief des Pfälzers vom

59. DRA. I. N. 122. Armersdorf an König Karl 4. III. S. 343, Zle. 25. le dict cardinal escript présentement à son dict frère et à mons. de Couloigne.

Digitized by Google

25. Albrecht zugestellt ist. Wurde der Brief an diesem Tage abgesandt, was wir aber wegen eines Widerspruchs mit Armersdorfs Berichte bezweifeln,[60] so wäre er wahrscheinlich vor Armersdorf angekommen. Ludwig hat nun in dem Briefe Albrecht mitgeteilt, dass er mit Armersdorf zu günstigem Resultat gekommen sei, hatte ihm auch eine Kopie gesandt: „wie wir daneben mit ime (Armersdorf) durch unsern kanzler reden lassen, gemelter gesanter auch uf dasselbig antwort geben.“ Wenn Albrecht diesen Brief am 27. Februar noch nicht hatte, könnte er sehr wohl nach dem Eindruck der Zusammenkunft vom 22./23. Ludwig für unsicher oder franzosenfreundlich gehalten, die Ankunft des Briefes aber dann den Umschwung herbeigeführt haben. Dafür kann auch sprechen, dass Albrecht schliesslich mit Armersdorf denselben uns nicht bekannten geheimen Punkt besprach, über den auch der Pfälzer Kanzler vorher in tiefem Geheim verhandelt hatte,[61] dazu aber ward Albrecht wohl eher durch den Pfälzer Brief veranlasst als durch das gleiche, aber ganz unabhängige, eigene Interesse. Ist somit die spätere Ankunft des Pfälzer Briefes wahrscheinlich, so war sie vermutlich die Ursache von Albrechts Stellungswechsel. Betreffs seiner anfänglichen Haltung am 27. aber bleibt die Möglichkeit, dass er wirklich glaubte, seinen Vorteil bei Frankreich suchen zu müssen. Wurde aber etwa die Erwägung, dass ein

60. DRA. I. S. 305, A. 3. Kurf. Ludwig an Erzb. Albrecht. Heidelberg. 25. Febr. Es heisst darin, Armersdorf sei darauf d. i. nach der Unterhandlung abgezogen. — Armersdorf selbst aber schreibt aus Heidelberg ebenfalls am 25. Febr.: Je partiray demain au matin, pour tirer pardevers m. de Mayence. Le Glay II, 281. Dieser Widerspruch legt den Verdacht nahe, dass Ludwigs Schreiben zurückdatiert sei, und bewiese andernfalls, dass Armersdorf vorher abreiste, also auch eher ankommen konnte.

61. Le Glay II, 280 und 293. Armersdorf an König Karl. 25. Febr. 4. März aus Heidelberg und Aschaffenburg (Ossenbourg).

Digitized by Google

Anschluss an Frankreich empfehlenswert oder nötig sei, am 27. Febr. durch andere Einflüsse unterstützt?

Armersdorf meint, Albrecht sei anfangs durch Briefe aus Brandenburg und Köln bestimmt gewesen. In der That kann nun wohl bis zum 27. eine Antwort Joachims auf den Brief Albrechts, den Joachim am 20. morgens erhielt,[62] gekommen sein. Sie dürfte den Erzbischof, der nach seinem Brief (vom 7./13. II.) noch an der Hallischen Rede festhielt, ermahnt haben, in dieser Haltung zu bleiben, vielleicht ihm auch die Absendung Hardenbergs nach Köln angezeigt haben; möglicherweise konnte Joachim, wenn Fuggers Brief vom 12. II. am 20. II. bereits in seinen Händen war, dessen Auskunft mitteilen, dass erst am 12. II. ihm in Karls Namen Wechselbriefe übergeben seien; nach Kesingers Angaben in Halle, die Albrecht kennen mochte, hatte schon bei Kesingers Abreise von Augsburg Geld dort sein sollen. Wir sahen, wie sehr Albrecht anfangs angab, Untreue und Betrug Karls zu befürchten. Andererseits könnte für den Wechsel in Albrechts Haltung in Betracht kommen, dass jene von Fugger gegen Joachim erwähnten Wechselbriefe in Kopie zu Heidelberg vorgezeigt waren und dies wohl Albrecht mitgeteilt war. — Armersdorfs zweite Angabe aber, über einen ungünstigen Brief des Kölners, beruht wohl auf falscher Auffassung. Albrecht glaubte ja am 28. II., es würde der Kölner thun, was er wünschen werde. Auch ein am 4. März anlangender Bescheid aus Köln lautete, „Erzbischof Hermann wolle keinem verpflichtet sein, und erachte sich nicht für gebunden, aber wenn der Kaiser noch lebe, wisse er, was er zu thun schuldig sei.“[63] Danach lässt sich nicht annehmen, dass eine frühere Ant-

62. S. o. S. 37 n. 56. Kf. Joachim an Moltzan. 20. II. Darin ist der Brief Albrechts wiedergegeben.

63. Armersdorf an Margareta. 4. III. 1519. Aschaffenburg. Beilage. DRA. I. N. 123. S. 346.

Digitized by Google

wort bestimmt gegen Karl gewesen wäre. Hätte Albrecht vom Kölner bereits eine klare Antwort gehabt, so hätte er nicht, wie er behauptet, vor Armersdorfs Ankunft um eine „endliche Resolution" Hermanns bitten lassen.[64] — Ausser diesen Einwirkungen, die Armersdorf zu bemerken glaubte und nannte, brauchen wir eine direkte Einwirkung der Franzosen doch keinesfalls zu leugnen. Zwar will sie Albrecht ja an seinen Bruder gewiesen haben, aber er hat sie vielleicht doch — etwa 10.—15. Februar — angehört oder sich sonst Kenntnis von ihrer Werbung verschafft, wenn er auch die Unterhandlung wirklich dem Bruder liess.[65]

Albrechts ablehnende Haltung am 27. II. ist also vielleicht so zu erklären: Er hatte noch nicht, was freilich nicht direkt belegt ist, den Brief aus Heidelberg vom 25. Daher wird er — nach seinem Eindruck vom 22./23. — geglaubt haben, dass Ludwig der Werbung der bei ihm weilenden französischen Gesandten günstig gegenüberstehe, auch ohne fest mit ihnen abgeschlossen zu haben. Er sah ferner seinen Bruder Joachim doch vorwiegend, und den Trierer entschieden, für Franz. Endlich meinte er, den Kölner für die eine wie die andere Partei gewinnen zu können. So hielt er an diesem Tage wohl für das sicherere, sich zur französischen Partei zu schlagen.

Als er nachher die veränderte Stimmung in Heidelberg erfuhr, kehrte er zu seiner Meinung vom Januar zurück

64. Ebenda.

65. Woher soll Albrecht sonst haben, was er am 27. gegen Armersdorf behauptet? Vgl. Armersdorfs Bericht Le Glay II, 288. Albrecht entgegnete: Il (Albrecht) ne scavoit aussy comme nous (d. Spanier) avions pourveu nostre afferre; — les Francois donnoient à entendre qu'ils estoient bien asseurez de tous les autres électeurs, reservé de luy et que le pape couronneroit le roy de France, lequel viendroit en l'empire aveuque une grosse armée pour veoir qui l'en vouldroit garder.

Digitized by Google

und entschied sich nun für eine Vereinigung von Pfalz, Mainz, Köln, Böhmen für Karl. Dass er umgekehrt schon in Kenntnis von jenem Wechsel, nur um höhere Forderungen stellen zu können, die Franzosenfreundschaft geheuchelt habe, scheint doch kaum glaublich. Wäre er, wenn ihn Habgier hauptsächlich bestimmte, von 100 000 Gl. auf 20 000 Gl. herabgegangen?

Besonders mag für die Gewinnung Albrechts die versprochene Ratifikation der uns nicht bekannten Artikel, die von Villinger aus Augsburg an König Karl gesandt werden sollten, bestimmend gewesen sein. Auf diese kommt nämlich Armersdorf am Schlusse seines Berichtes vom 4. März zurück.[66] Es läge in Karls Interesse, dass alle Briefe nach den gesandten Konzepten möglichst schnell gesandt würden, ebenso eine neue Verpflichtung gegen den Kardinal und eine neue Gesamtverpflichtung (obligation generale). Vielleicht handelte über solche Verschreibungen der Pfälzer Brief. Auch in jenem Punkt, der, wie erwähnt, gleicherweise in Heidelberg und Aschaffenburg berührt wurde, und der nach Roesler vielleicht die Erbeinung von Oestreich und Pfalz betroffen haben soll,[67] hat es sich wohl eher um eine Verpflichtung gegen die Kurfürsten gehandelt. Unmittelbar darauf mahnt Armersdorf wenigstens ein drittes Mal an schleunige Sendung einer solchen.[68]

Für Albrecht galt es nun, der neuen ihm vorschwebenden Kombination Mainz, Pfalz, Böhmen weitere Anhänger zu gewinnen. Zunächst schrieb er an den Kölner im gleichen Sinne wie an den Brandenburger.[69] Auch beim Trierer ist Albrecht im spanischen Interesse

66. Le Glay II, 292—3.

67. Le Glay II, 280 u. 293. Roesler S. 92.

68. et faudra que nous envoyez l'obligation des electeurs, . . . avant leur assemblée de Frankfort, car sans ce ne faisons riens.

69. In Armersdorfs Bericht bei Le Glay S. 292, Zle. 18 hinter semblable weggefallen. Das Citat in Note 59.

Digitized by Google

gewesen und zwar 11./12. März.[70] Richard von Trier sprach sich wenige Tage darauf gegen den französischen Präsidenten Orval dahin aus: er zweifle an Albrechts Franzosenfreundschaft, wenn er auch noch so grosse Sicherheit gäbe; vor zwei Tagen sei Albrecht zu ihm gekommen und habe ihn für Karl gewinnen wollen. Auch auf die Mitteilung des Präsidenten: „Albrecht habe die Verhandlung mit ihnen seinem Bruder übertragen," erwiderte der Erzbischof: was er gesagt habe, sei wahr, allerdings fügte er hinzu: dass Albrecht thun werde, was sein Bruder thue. Die eigentliche Verhandlung Albrechts beim Trierer wurde durch einen seiner ergebensten Diener, den Dechanten von Mainz, geführt.

Wahrscheinlich hat Kurfürst Albrecht damals auch im Einzelnen über eine Zusammenkunft nur der rheinischen Kurfürsten, welche Ende März stattfinden sollte, mit Richard verhandelt. Dass der Plan zu einer solchen etwa schon bis auf die Begegnung Ludwigs und Albrechts zurückginge, ist nicht zu erweisen, doch lässt es sich vermuten. Am 7. März schreibt Albrecht aber jedenfalls bereits an Kurfürst Friedrich: er habe die rheinischen Kurfürsten auf den 29. März zusammenberufen, da er für

70. DRA. I. N. 161. Orvals Bericht an König Franz über seine Verhandlungen mit dem Trierer. Der grösste Teil des Briefes ist vom 14. III. Vgl. DRA. I. S. 437, A. 4; DRA. I. S. 440, Z. 3 ff.: Après tous ses propos . . . il a tiré a part moy, . . . et m' a dit qu'il se doubtoit fort de mons. de Magence quelque seureté que eussiez de luy et que puis deux jours le dict seigneur de Magence est apres luy, à le fere pratiquer pour tenir le party d'Espaigne luy faisant toutes les offres, qu'il sauroit demander et lui en a fait porter les parolles par l'un de ses plus apparens serviteurs, le doyen de Mayence . . . . Auf eine Entgegnung Orvals erwiderte der Trierer: qu'il n'est riens si certain que ce qu'il m' a dit, mais qu'il ne fait nulle doubte qu'il ne tiengne tel chemin, que le dict marquis son frere vouldra.

Digitized by Google

eine Zusammenkunft aller sechs Kurfürsten „bei etlichen, doch nicht allen Mitkurfürsten guten Willen gefunden habe."[71] Seinem Bruder schrieb er ebenso. Ob überhaupt etliche Kurfürsten zugestimmt haben, erscheint nach späteren Zeugnissen fraglich. Friedrich von Sachsen beschwerte sich nämlich am 3. April, dass die Zusammenkunft aller unterblieben sei, da ja anscheinend die Majorität der Kurfürsten dafür gewesen sei; diese käme doch zu Stande, wenn ausser Albrecht, Joachim und ihm selbst es sich „etliche" hätten gefallen lassen.[72] Wenn nach diesem Vorwurf Kardinal Albrecht dem Kurfürsten Friedrich antwortete: der Pfälzer habe die Zusammenkunft nicht für gut befunden, der Trierer und Kölner Bedenken genommen, so kann man nicht entscheiden, ob Albrecht im März oder im April ungenau berichtet hat. Als darauf Friedrich 23. April bei Ludwig von der Pfalz Beschwerde führte, leugnete dieser am 5. Mai seine Weigerung, gestand aber, er habe allerdings befürchtet, dass eine solche Zusammenkunft bei den übrigen Ständen Verdacht erregen würde, und deshalb die Entscheidung den andern rheinischen Kurfürsten überlassen.[73]

Dem Kölner liess Albrecht den Plan vielleicht schon durch Graf Königstein anzeigen der vor Armersdorfs Ankunft abging (DRA. I. S. 346. Z. 7). [¦]Bei den Verhandlungen mit Armersdorf war verabredet worden, zunächst solle Armersdorf zum Kölner gehen, danach

71. DRA. I. N. 133. Albrecht an Friedrich. 7. März Aschaffenburg. Ein gleiches Schreiben ging an Joachim von Brandenburg.

72. DRA. I. N. 196. Friedrichs Instr. für Graf Phil. v. Solms (zur Werbung bei Albrecht). 3. IV. DRA. I. N. 210. Albrechts Antwort. (9. IV.)

73. Ludwig von der Pfalz an Friedrich den Weisen 5. V. (Weimar. Sächs. Ernest. Gesamt-Archiv. Reg. C. 1061.) . . dieselb e. l. wer . . bericht, dass vnns sollichs zusammenkommen nit fur gut angesehn haben soll . . und weiteres Inhalts derselbigen e. l. Schrift haben wir verstanden.

Digitized by Google

Albrecht zu den beiden Erzbischöfen von Köln und Trier; der Plan scheint verändert zu sein, denn erst am 8. April sehen wir Armersdorf beim Kölner, und Albrecht schreibt an diesen nur, ist aber bereits am 11., wie wir sahen, bei Richard von Trier. Man änderte vielleicht, weil am 4. März die Nachricht kam, ein Abgesandter des Kurfürsten von Brandenburg sei in Köln und werde am folgenden Tage nach Mainz kommen.[74] Albrecht wird von ihm nicht gerade ungünstiges über den Kölner gehört haben; andererseits wird der Abgesandte Joachims Albrechts Eifer für Habsburg bemerkt haben.

Ueber Albrechts Interesse für Karl berichtet auch noch am 9. März der Legat Cajetan an den Papst: Albrecht habe ihm erklärt, weder er noch sein Bruder könnten das König Karl gegebene Versprechen brechen.[75] Dass Albrecht, als er diese Aeusserung that, schon das Breve des Papstes vom 2. März an die deutschen Kur-

vund thun e. l. darauf fruntlicher weis zu vernemmen: (er kommt auf die im Reich bestehenden Unruhen zu sprechen; aller Fleiss, der dagegen aufgewandt sei, sei vergebens) . . wir haben auch e. l. vund vnserer mitchurfursten zusammenkommens wie e. l. anregen thut, nit verhindert, wie wole bedacht, wo wir sechs churfursten fur der wole zusamenkomen vund vnns miteinander besprechen solten, das es by andern fursten und stenden des Reichs etwas verdachts oder unwillens geben mocht, aber einiger mangel an vnns nit sonder unsers gemuts, viel lieber und fur besser angesehenn, das sechs churfursten den(denn)vier, wo es fuglich sein mogenn, zu einander komen wern. Dasselbig auch für fruchtbarlicher geacht, wie wir dann das unserm lieben Vettern dem Cardinalerzbischofe zu Mainz zuvor montlich vnnd hernach schriftlich entdeckt, doch dasselbig zu andern unsern mitchurfursten am Rein gestellt, was da auch ursach gefallen, das underlassen blieben. haben wir es by gelassen und kein besonders machen mogenn.

74. DRA. I. S. 346, Z. 18 ff.

75. DRA. I. S. 494, A. 2.

Digitized by Google

fürsten[76] hatte, ist doch wohl so gut wie ausgeschlossen. Leo X mahnte, mit wenig versteckter Empfehlung Franz I, einen Fürsten zu wählen von Ansehn, Klugheit, Erfahrung in Staatsgeschäften, der den Glauben und die Kirche wie ein Sohn die Mutter liebe. Lasse sich ein solcher nicht finden, möchten sie den erwählen, der keinen Anlass, auch nicht den Willen habe, die Ruhe der Christenheit oder des heiligen Stuhles zu stören. —

Mitte März scheint Albrecht plötzlich wieder die entgegengesetzte Karte ausgespielt zu haben. Spätestens am 16.—17. muss ein eigenhändiger Brief Albrechts[77] geschrieben sein, der die Räte in Augsburg am 19. III. fürchten liess, „dass Armersdorf nicht so fest, wie er geschrieben,[78] noch auf so günstige Bedingungen abgeschlossen habe.“ Auch Armersdorf und der Sekretär Ziegler fanden, als sie am 21. III. wieder nach Mainz kamen, „die Sachen so durch die Gegner verwirrt, dass sie ein neues Abkommen schliessen mussten.“[79]

Es könnte auf Albrechts Schwanken das nunmehr wohl eingetroffene Breve des Papstes von Einfluss gewesen sein; ebenso, vielleicht mehr die Haltung der Mitkurfürsten. Was hatte er jetzt von diesen erfahren?

Kurfürst Joachim, der des Bruders Absagebrief am 8. III. erhielt, sandte Antwort,[80] (o. S. 70—71) und vermutlich doch sofort; so kann sie vor dem 16. angekommen sein, sicher bis zum 21.; Joachim schrieb, dass er für sich und Albrecht

76. DRA. I. N. 115. Breve Leos X. an die Kurfürsten. 2. III.

77. Fehlt; erwähnt DRA. I. N. 166. Gurk und Villinger an Zevenbergen. 19. III. S. 455, Z. 15.

78. Nach Armersdorfs Brief an König Karl; sein Brief nach Augsburg fehlt.

79. DRA. I. N. 188. Le Glay II, 376. Armersdorf an die Regentin. 26. III.

80. Erwähnt von Moltzan gegen Franz I. 12. III. O. S. 70/1, n. 156/7.

Digitized by Google

mit den Franzosen abgeschlossen, Albrechts Vertrag und Forderungen ihnen übergeben habe; er hoffe, Albrecht werde die Treue wahren und möge den Pfälzer von der Hinneigung zu Karl abbringen. — Sicher vor dem 16. hatte Albrecht von neuem des Trierers Freundschaft mit Frankreich bemerken müssen. Er mag weiter von einer neuen Schwankung des Heidelberger Kurfürsten gehört haben. Denn etwa 11. bis 12. März waren von dort zwei Leute zu Bonnivet gesandt, welche diesen zu einer Verhandlung nach Heidelberg führen sollten,[81] was sich dann freilich zerschlug.

Bis zum 21. hat endlich wohl auch von Luneville aus Bazoges, der zum Kurfürsten von Brandenburg reiste, beim Mainzer vorgesprochen.[82]

Natürlich suchten die Spanier das Verlorene wieder einzubringen. Armersdorf und Ziegler, die über Mainz sich zu dem auf den 29. ausgeschriebenen Tag der rheinischen Kurfürsten nach Oberwesel begaben, konnten vor dem 26. bereits einen neuen Vertrag mit Albrecht schliessen.[83] Von grossem Einfluss kann dabei gewesen sein, dass am 13. März in Augsburg die Ratifikation des Brandenburgischen Heiratsvertrags durch die Prinzessin Katharina eingetroffen war.[84] Sie wurde Armersdorf und Ziegler, welche am 12. März von Augsburg abgereist

81. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an Franz I. 15. III. S. 441, Z. 29. S. 443, Z. 1.

82. Im selben Brief: DRA. I. S. 438, Z. 22 que présentement mons. de Bazoges partoit pour s' en aller devers eulx. S. 440, Z. 15 j'espere, que l'arrivée de Bazoges le fera changer de propos. Ein Bote an Albrecht ist vielleicht Bazoges vorausgesandt. DRA. I. N. 157 S. 433, Z. 8 u. 24 und A. 3. — Kluckhohn sagt S. 491, A. wohl fälschlich: Eine Einwirkung der französischen Partei hat, soviel wir wissen, nur von Joachim stattgefunden.

83. DRA. I. N. 180. Armersdorf an die Regentin. 26. III. 1519.

84. Le Glay II, 343|44.

Digitized by Google

waren,[85] nachgeschickt und wird vor dem 21. in ihre Hände gekommen sein. Erfuhr Albrecht dies, so konnte er eher hoffen, seinen Bruder zu gewinnen. Doch hat Albrecht die Gelegenheit benutzt, seine Stimme sich von Karl höher bezahlen zu lassen. Auf diese Tage muss es sich nämlich beziehen, wenn Graf Heinrich von Nassau und Herr de La Roche, welche, von der Regentin der Niederlande abgesandt, am 28. März[86] mit dem Erzbischof von Trier zu den übrigen Kurfürsten nach Oberwesel kamen, einen Monat später schreiben:[87] die Erhöhung der Zahlung an den Mainzer um 52 000 Gl. hätten sie bereits vorgefunden. Gegen diese Bewilligung war nun aber der Mainzer wieder soweit gewonnen, dass die Gesandten bereits vor dem Weseler Tage hoffen konnten, durch ihn auch die andern Kurfürsten zu gewinnen.

Zu bekämpfen blieb den habsburgischen Agenten freilich ausserdem der Einfluss des päpstlichen Legaten und des Erzbischofs von Orsini. Gegen diese haben die Agenten Karls die deutsche Bevölkerung aufhetzen wollen; schon ohne Antrieb wollte diese den päpstlichen Legaten keine Schiffe zur Fahrt nach Oberwesel geben; Erzbischof Albrecht nahm die Legaten dann auf sein Schiff; er war es auch, der die spanischen Gesandten von dem schlimmsten abhielt.[88]

Roesler stellt als Hauptzug in der Wahlangelegenheit hin: „Sobald Oestreich dasselbe bot wie Frankreich, war sein Vorteil entschieden; die politischen und nationalen

85. DRA. I. S. 416, Z. 1. Marnix an Margarete. 12. III.

86. DRA. I. S. 514, Z. 22. N. 194. Armersdorf an Karl. 2. IV.

87. DRA. I. N. 246. Le Glay II, 438. Nassau und La Roche an König Karl. 23. IV. 1519. Erfurt, (auf der Reise nach Brandenburg und Sachsen).

88. S. n. 83. Armersdorf: pour éviter sa dite pratique (des Legaten) luy avoit dressé une mauvaise compagnie par eaue et par terre, qui luy eust cousté bien chier, se n'eust été mons. de

Digitized by Google

Erwägungen erlangen dann ihr natürliches Uebergewicht.“ [89] — Auf den Pfälzer und Trierer dürfte man dies kaum anwenden; für den Mainzer gilt es. Doch müssen wir dies schon von den Tagen vor dem Weseler Tage hervorheben, Roesler erwähnt es erst nach demselben.[90]

Am 28. März 1519[91] traf Kardinal Albrecht mit dem Legaten, dem päpstlichen Nuntius und dem Erzbischofe Orsini, sowie mit Ziegler, Armersdorf, Kesinger und einem weiteren Agenten der Augsburger Kommissare Georg Emershofen, endlich mit dem Trierer Kanzler Dienheim in Wesel ein.

Mayence, qui m'en destourna. — Nach einem Schweizer Bericht (DRA. I. S. 495, A. 1. Berner Chronik V, 373) ist es für die päpstlichen Botschafter „fast unsicher gewesen vor dem gemeinen volk.“ Ziegler, Emershofen, Armersdorf sagten den Franzosen: „von ihrem furnehmen ze stahn oder ires gebeins söll nimmer heim kommen; darnach sie sich söllen wissen ze richten. . . . So der von Menz nit gewesen, so wärint s'all erschlagen worden; aber er hat ihnen fuhr bestellt uf dem Wasser gan Wesel, dahin sind sie kommen.“

89. Roesler, S. 103.

90. Die Vorgänge zwischen 16. und 26. März schildert Roesler nicht; Höflers Chronologie ist unklar. Vgl. auch Nitti S. 205: „Condizione, la quale pareva agli agenti francesi doversi certamente verificare poiche l'arcivescovo di Magonza, ... e che era stato riguadagnato nei primi d'aprile con richissima promesse da Armersdorff, . . . era ritenuto da Bonnivet ancora segretamente impegnato per Francesco I. come nel marzo.“ Diese Worte enthalten mehrere Missverständnisse. Der Schluss „wie im März“ darf nur auf die Tage vom 16. bis 21. März gedeutet werden (s. o.). Dass Armersdorf den Kurfürsten Albrecht vom 26. März fest gewonnen hat, war Nitti unbekannt. Dass er erst Anfang April von Armersdorf gewonnen sei, finde ich nirgends erwähnt. Auch dafür, dass Albrecht von Bonnivet wiedergewonnen sei, genügen die Belege, wie wir sehen werden, wohl nicht.

91. DRA. I. N. 194. Armersdorf an König Karl. 2. IV. Dort auch über Trier.

Digitized by Google

Am gleichen Tage langte Richard von Trier[92] mit den habsburgischen Geschäftsträgern Graf Heinrich von Nassau und Herrn La Roche an. Der Erzbischof von Trier hatte die französischen Wahlleiter gebeten, keine feierliche Gesandtschaft nach Wesel zu senden, weil sonst seine Mitkurfürsten sich weniger offen äussern würden. Er wollte dafür aber selbst die Verhandlung für Franz führen und einen lothringischen und trierischen Sekretär Chateaubreham[93] als seinen Kammerdiener[94] mitnehmen und ihm alle Verhandlungen anvertrauen, dieser sollte dann den Franzosen Nachricht geben.[95] Trotz der Abmahnung des Trierers fehlte auch ein französischer Gesandter nicht, allerdings weil er drei päpstliche Breven überbrachte, die der Kurfürst von Trier in den Verhandlungen benutzen sollte.[96] Armersdorf erwähnt sogar eine Mehrzahl von Franzosen.

Es kam ferner der Pfälzer Kurfürst, welcher noch eben 2000 Gl. restierende Pension,[97] wahrscheinlich auch ein

92. Wegeler, Richard von Greiffenclau, Trier, 1881, S. 19, macht ganz verkehrte Angaben. Nach ihm war der Trierer, Kölner, Pfälzer, nicht der Mainzer, wohl aber Friedrich von Sachsen und Joachim von Brandenburg, ja ein böhmischer Gesandter in Oberwesel. Nach W. hielt Richard von Trier dort eine „fulminante Rede" gegen Karl. Schade, dass nach den von W. selbst angegebenen Quellen sie in Frankfurt gehalten sein soll und dass sie in der überlieferten Form nicht gehalten sein kann. Darüber im Abschn. Frankfurt.

93. Vgl. n. 81. DRA. I. S. 439, Z. 21. un gentilhomme, subject de mons. de Lorrain, nomme mons. de Chateaubreham et aussi subject de mons. de Treves.

94. Ebenda, serviteur domestique.

95. DRA. I. S. 439, Z. 14—28 aus N. 161. Bonnivets und Guillarts Bericht über eine Zusammenkunft mit dem Trierer. 15. III. Sierck.

96. DRA. I. N. 184. Franz I. an Bonnivet. 24. III. Bonnivet sendet den Ueberbringer Marigny am 27. III. weiter nach Wesel. DRA. I. S. 499, Z. 19.

97. DRA. I. N. 170. S. 460, Z. 13. Bonnivet an König Franz. Luneville. 20. III.

Digitized by Google

Geschenk von 3000 Gl. erhalten hatte.[98] Ludwig war auch ersucht, dem Admiral Bonnivet eine Audienz zu geben, unterhandelte aber freilich schon am 31. März mit Heinrich von Nassau.[99]

Der vierte Kurfürst, Hermann von Köln, hatte demselben spanischen Unterhändler bereits 23.—25. März seine Bedingungen gestellt, ohne indes von seinem alten Spruch abzugehen, dass er sich in seiner Entschliessung nicht binden wolle.[100] Mit ihm kam vielleicht Dietrich von Hardenberg, der im Auftrage des Kurfürsten Joachim in diesen Tagen eine zweite Werbung an den Kurfürsten von Köln brachte, um ihn für Frankreich zu gewinnen (S. 78).

Man kann sich das Anpreisen der Rivale durch ihre Unterhändler, das Schmähen über die Gegner, das Feilschen der Kurfürsten vorstellen, auch wenn Armersdorf es nicht schriebe. Nach seinem Bericht (S. N. 86) betrugen sich die Franzosen wie kleine Teufel, nicht wie Gesandte, liefen bei den Kurfürsten herum, das Wohl der Christenheit zu hindern. Roesler sagt aber mit Recht:[101] „dass die Oesterreicher es gerade so trieben, erfahren wir von unverdächtiger Feder. Der Graf von Königstein erwies sich als der eifrigste Kolporteur, war jetzt bei einem Kurfürsten, dann einem einflussreichen Rate oder Diener derselben, jetzt bei einem Herrn vom Adel, überall ausforschend, überredend, verheissend."

Dies wird das Bild bereits am 29. und 30. März gewesen

---

98. König Franz giebt den Auftrag in St. Germain bereits am 19. März; Bonnivet erhielt den Brief wohl 22. März. DRA. I. S. 456, Z. 23. Das Geschenk kann den Kurfürsten kaum noch in Heidelberg erreicht haben, wird wohl auch gleich nach Wesel dirigiert sein.

99. DRA. I. N. 198. Le Glay II, 403. Nassau und La Roche an König Karl. Wesel. 4. IV.

100. DRA. I. N. 185. Mone V, 287. H. v. Nassau an die Regentin. Bonn. 25. III.

101. Roesler S. 99.

Digitized by Google

sein. Am 31. März[102] trugen der päpstliche Legat und der Erzbischof von Rhegium den vier Kurfürsten die Mahnung des Papstes vor, bei der gefährlichen Lage der Christenheit einen mächtigen, geeigneten Kaiser zu wählen. Auf den König von Neapel, dessen Reich der römischen Kirche gehöre, dürften sie aber ihre Wahl nicht lenken, da nach der Konstitution Clemens IV. der Inhaber dieses Reichs nicht die Kaiserkrone tragen dürfe.[103]

Erst am 3. April[104] gaben die Kurfürsten Antwort: der Legat und der Papst könnten überzeugt sein, dass sie den zum König wählen würden, der dem apostolischen Stuhl, der Christenheit und dem heiligen Reiche Ehre und Nutzen bringen und den Feinden des christlichen Namens Furcht einflössen werde. Auf das entschiedenste aber müssten sie sich das unerhörte Vorgehen des Papstes, ihnen hierin Vorschriften machen zu wollen, verbitten.[105]

Uebrigens erklärten die Kurfürsten, sie wären hierher gekommen, um über die Aufrechterhaltung des Friedens im Reich, nicht um über die Kaiserwahl zu handeln. Die Fürsten erliessen in der That bald die entsprechenden Gebote. Am 3. April kam es zu einer Einung der vier Kurfürsten, durch welche sie sich bis zur Krönung zu gegenseitigem Schutz und Trutz und zur Verhinderung von Aufruhr und Empörung verbanden.[106] Aber mindestens

102. DRA. I. S. 519, A. 3.

103. Verhandlungen der rheinischen Kurfürsten mit dem päpstlichen Legaten zu Wesel. DRA. I. N. 197 und vielfach. S. a. a. O.

104. Das Datum nur bei Buchholtz, Geschichte Ferdinands I., 3. Bd. S. 670. Vgl. Höfler S. 78. Roesler S. 99. Nitti S. 177.

105. Nach Nitti, a. a. O. hat diese Abweisung (vero rimprovero) u. a. die Annäherung des Papstes an Karl Ende April herbeigeführt, die aber nach Ulmann (DZG. XI) etwas später anzusetzen ist. Vgl. Abschn. Die Frankfurter Tagung I. Note 146.

106. DRA. I. N. 197. In der Anm. Erlasse für die einzelnen Gebiete.

Digitized by Google

ebenso beschäftigte sie trotz ihrer Erklärung die Wahl, wie wir von den einzelnen Kurfürsten es später kennen lernen werden. Wenden wir uns jetzt wieder speziell Kurfürst Albrecht zu.

Er zeigte vollen Eifer für Karl von Spanien, wie Armersdorf am 2. April beruhigt schrieb. Die französischen Nachrichten bestätigen es. Marigny sollte gerade ihm hier, in Wesel, verkleidet[108] einen Brief des Papstes und eine Verheissung der Ernennung zum Legaten a latere, die Franz I erwirkt hatte, übergeben. Freilich wurde noch die Bedingung gestellt, davon vor der Wahl nur seinem Bruder zu sagen, da die Franzosen nicht den Neid des Kölners erwecken wollten und auch der Papst Geheimhaltung erwartete.[109] Dazu sollte Albrecht vorher das versiegelte Wahlversprechen für König Franz übergeben. Als Marigny aber zu dem Erzbischof über das Breve und die Legatenwürde sprach und wohl eine Kopie anbot, hat Albrecht nicht viel Aufhebens davon gemacht und alles auf seinen Bruder geschoben. Wir wissen bereits, dass er Briefe desselben an andre Kurfürsten hier erbrochen und unterschlagen hat; er wird daraus viele Geheimnisse Joachims erfahren haben. (S. o. S. 77—78).

Diese für das Habsburger Haus günstige Haltung scheint Albrecht eingenommen zu haben, obwohl Karls am 12. März ausgefertigte Bewilligung der Forderungen, welche Albrecht in Halle gestellt hatte, noch nicht in

107. S. Note 99. la diligence qu'il fait présentement me reconforte de rechief de tout le passé.

108. DRA. I. N. 184. König Franz an Bonnivet und Guillart. 24. III.

109. Die Sendung erfolgte geheim, einem früheren Wunsche Albrechts und Joachims entsprechend. Vgl. S. 121.

110. DRA. I. N. 213. Orval, Bonnivet und Guillart an Franz I. 11. April. S. 545, Z. 11. Eine Kopie des Breves findet sich in Berlin. Vgl. S. 420, A. Schluss.

Digitized by Google

seinen Händen war;[111] sie traf zwar am 29. März in Augsburg ein, die Weitersendung aber verschob man, bis eine Antwort Albrechts eingelaufen sei. Es bestimmte den Kurfürsten als Territorialherren vielleicht wieder Rücksicht auf die übrigen Kurfürsten. Pfalz, Köln, Böhmen bildeten eben mit ihm die Mehrheit des Kollegiums, dagegen sein [Bruder und der Trierer auch mit ihm nicht; und die sächsische Stimme war nach seiner Meinung wohl eher für Karl als für Franz zu haben. Auch dass Karl von väterlicher Seite aus deutschem Geschlecht stammte, und dass das Volk durchgängig für ihn Partei nahm, ist sicher von grossem Einfluss schon jetzt gewesen. Vielleicht ist auch eine Wahlverschreibung schon weiter vorbereitet (s. Schlussabschnitt).

Eine förmliche Einigung der Kurfürsten von Mainz, Köln, Pfalz mit Habsburg ist angebahnt.[112] Die jedem der

111. DRA. I. S. 384, A. 2 und S. 422, A. 4. Der Ueberbringer Le Sauch war zwar 29. III. in Augsburg, so dass bis zum 2. April die Urkunde nach Wesel hätte geschafft werden können, doch schreibt Le Sauch am 29. März an die Regentin (Mone 403), man wolle sie erst nach Ankunft einer Antwort Zieglers über den Mainzer abschicken. Citiert S. 43, Note 72. Bei Mone 403 geht es weiter: Et si ay apporté (sc. Le Sauch) six lettres à six électeurs esquelles y a en chascune article de la main du roy en allemant, qui sont bonnes et bien affectueuses, lesquelles l'on advisera d'envoyer, après la responce de mons. de Mayence, qui s'est rencheri et le mons. le marquis Joachim, devers lesquelz Ziegler et Armersdorf sont allez, sera venue. Es konnte ja noch am 29. oder 30. März Nachricht von Albrechts neuer Gewinnung, die vor dem 26. III. erfolgte, nach Augsburg gekommen sein. Dann hätte wenigstens das Eintreffen der Urkunde in Augsburg immer noch 2./3. April in Wesel bekannt werden können.

112. DRA. I. N. 208. Denkschrift der Kommissare in Augsburg für Joh. Metteney über das, was er König Karl vortragen soll. 9. April. Bisher nur in kurzem Auszug bekannt. Die Kommissare geben einen verlorenen Brief Zieglers und Armersdorfs wieder:

Digitized by Google

drei Kurfürsten einzeln gemachten Versprechungen werden wir noch betrachten. Eine gemeinsame Forderung ging auf Rückgabe ihrer Obligation von Augsburg und auf die Ausstellung einer besonderen lettre de décharge, die sie ihrer damaligen Versprechungen entbände.[113] — Die Verhandlungen wurden als Anbahnung einer Einigung bezeichnet, weil sie in Mainz eine Fortsetzung fanden. Wenigstens für Pfalz wird in einer Frankfurter Aufzeichnung vom 2. Mai Bezug genommen auf „die Abrede zu Wesell und Meintz gehabt."[114] Dieselbe bezog sich allerdings anscheinend auf eine Geldzahlung nur an Pfalz zur Entschädigung für die Landvogtei Hagenau; aber es könnte doch auch die Gültigkeit der gemeinsamen Zusagen der drei Kurfürsten von der Erfüllung von

(Armerstorf et Ziegler) ont escript que, combien qu'ilz Armerstorf et Ziegler eussent auparavant traicté, et conclud avec mondit sr. de Mayence, ce néantmoins que mesdits sr. dudit Mayence, Couloigne et comte Palentin ont par ensemble fait et prinse une conclusion avec eulx et que l'affaire estoit en tres bon trahayn; mais quant à mons. de Treves il entend et veut estre libre et demeurer francq et livre de sa voix. Eine solche Einigung vermutete Roesler (S. 99), doch genügten ihm die s. Z. bekannten Beweise nicht ganz. Er dehnte die Einung zudem auffallender Weise auf den Trierer aus. Auch behauptete er, dieses Wort, wenn es gegeben sei, habe keiner gehalten. Dies trifft für Mainz und Köln schwerlich zu.

113. Nassau über die Verhandlung mit Ludwig von der Pfalz an König Karl. 4. IV. Oberwesel. Le Glay II, S. 404, Z. 8. DRA. I. S. 521. Item a requis que afin qu'il ne soit rebouté d'entrer en l'élection soubs umbre des promesses faites à Augsbourg, redigées par escript dont M. de Saxen scet à parler . . . . vostre plaisir soit d'ordonner que leur dite obligation leur soit rendue avec une lettre de déchargue des dites promesses. M. M. de Mayence et Coulogne ont fait semblable requeste. Pfalz und Mainz forderten später dasselbe auch von Franz I.

114. DRA. I. S. 521, A. 2. Protokollarische Aufzeichnung über eine Erkundigung bei den Frankfurtern über Rechte und Pflichten

Digitized by Google

Bedingungen, welche die einzelnen gestellt, abhängig gewesen sein.

Da ferner Albrecht auch Ende des Monats gerade in Verkehr mit Ludwig stand, glauben wir, hier vorgreifend noch weiter auf dessen Stellung in Wesel im Allgemeinen eingehen zu müssen. Den Kurfürsten von der Pfalz mag am 8./9. April die Eroberung Stuttgarts (7. IV.) durch den schwäbischen Bund geschreckt haben. Jedenfalls hoffte der französische Agent in Heidelberg, Cordier, bereits am 15./16. April, gute Nachricht bringen zu können,[115] und meldete am 20. April persönlich in Luneville, dass der pfälzische Kanzler am 29. April mit Bonnivet zusammenkommen wolle.[116] Könnte es hiernach scheinen, als ob zwar Kurfürst Albrecht, aber nicht Pfalz ein festes Abkommen geschlossen zu haben meinte, so widerlegt dies ein Brief Ludwigs an Albrecht vom 5. Mai,[117] der dann seine Verhandlung mit Bonnivet als Doppelspiel hinstellt, da wir von Verrat an Albrecht nicht gleich reden dürfen. Obwohl nämlich im Briefe vom 5. Mai Kurfürst Ludwig dem Kardinal Albrecht klagend mitteilt, „dass mit briff und sigell nichts daran ist," beteuert er doch, dass sein Gemüt, wie der Abschied zu Wesel gewesen sei, noch sich nicht verändert habe; besonders die folgende Versicherung, er würde ihn in jedem Falle von seiner Stellungnahme

---

bei der Wahl. 2. Mai. . . . uf canzlers bericht, gelts halb, so Pfalz von dem haus Osterreich in abslage an der landvogtei itz zu Frankfurt uf die abrede mit Nassau, zu Wesell und Meintz gehabt, worden sein sollte, das nit bescheen, ist geratschlagt und will Pfalz kanzler widder schicken.

115. Die Nachricht war am 19. IV. in Luneville. DRA. I. N. 232. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 19. III.

116. DRA. I. N. 241. Orval, Bonnivet, Guillart an König Franz. 21. IV.

117. DRA. I. N. 272. Kurfürst Ludwig an Kurfürst Albrecht. 5. V. Auch für das Folgende o. S. 128, Note 51.

Digitized by Google

benachrichtigt haben und werde es thun, empfiehlt die Annahme, dass Ludwig wahrhaft ist, wenn er trotz des vermissten Siegels an seiner Weseler Erklärung festhalten will. Dafür, dass eine Einung für Karl geschlossen ist, von der dann freilich Pfalz inzwischen einmal abwich, ist dieser eigene Brief Ludwigs eine Bestätigung. Die Worte „mit briff und sigell nichts daran ist", lassen eine nicht voll genügende habsburgische Antwort vermuten.

Bald nach der Rückkehr von Wesel wird dem Erzbischof wie den Mitkurfürsten ein Brief der Schweizer vom 4. April zugegangen sein. Diese wurden von beiden Rivalen stark umworben und konnten in einem Kriege um die Wahl von grossem Einfluss sein. Sie sprachen sich nur für die Wahl eines Deutschen aus.[118]

In Wesel waren nicht anwesend[119] die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, wie ja häufig die rheinischen Kurfürsten allein zusammenkamen. Immerhin mag ausdrücklich eine Aeusserung Nassaus vom 13. April erwähnt sein, dass die geistlichen Kurfürsten diese beiden Mitkurfürsten fürchteten.[120] —

Von Kurfürst Friedrich erhielt Albrecht nach dem Weseler Tage den erwähnten Brief vom 3. April, der ihm vorwarf, wenn etliche Kurfürsten mit einer Zusammenkunft aller sechs Kurfürsten einverstanden gewesen wären, hätte Albrecht nicht lediglich die rheinischen berufen

118. Eidgenöss. Abschiede III, 2, 1150. DRA. I. S. 547, A. 5. im selben Sinne schrieben die Schweizer an den Papst 6. IV. Nitti (S. 181) setzt es irrtümlich zum 4. April.

119. Von Joachim aber waren an mehrere Kurfürsten jene durch Albrecht abgefangenen Briefe gesandt. An den Kölner ging zudem Hardenberg mit mündlicher Werbung (S. 778 ff.). Ob Hardenberg oder nur einer seiner Diener jener ungeschickte Bote an Albrecht war, steht dahin.

120. DRA. I. N. 218. Nassau und La Roche an die Regentin. 13. IV.

Digitized by Google

müssen. Albrecht antwortete ihm jetzt,[121] alle hätten sich mehr oder weniger ablehnend verhalten; auch auf dem verflossenen Tage habe man befunden und bedacht, dass ein Zusammenkommen aller Kurfürsten der Wahl halber zur Zeit nicht nötig sei. Sonst teilte er von den Unterredungen in Wesel nur die Verhandlung mit dem päpstlichen Gesandten mit und beteuerte dem streng gesetzmässigen Friedrich: auch er gedenke, frei und unversprochen zu bleiben und sich zu beweisen, wie einem frommen Kurfürsten des heiligen Reichs zustehe.

In Albrechts Verkehr mit seinem Bruder endlich zeigt sich die Rückwirkung seines Abschlusses mit Habsburg am stärksten. Er sandte den Doktor Buss von Alvensleben nach Brandenburg und sagte sich von seinem Bruder und seinen französischen Plänen jetzt völlig los. Wir kennen des Abgesandten Auftrag freilich nicht im Einzelnen, aber Joachim antwortete ja am 20., er hätte sich nicht versehen, dass ihn Albrecht durch übergebene Handschrift Macht und Befehl so gegen Frankreich in Schimpf auch Spott stecken lassen werde. Auch für die Unterschlagung der Briefe fand der Brandenburger die rechte, kräftige Antwort.[122]

Ehe aber Alvensleben Bescheid brachte, wird Albrecht von Joachim vermutlich eine Meldung über dessen Abschluss mit den Franzosen vom 8. April erhalten haben, und auf die Mitte des April würden sich Nachrichten beziehen, die in Luneville am 26. April anlangten; der Herzog von Lothringen hatte sie von seinem Sekretär in Strassburg. Danach hiess es, der Mainzer habe Kunde von seinem Bruder und rede eine Sprache, die man von ihm nicht gewohnt sei.[123] Aber des Königs Franz

121. DRA. I. N. 210. Albrecht an Friedrich. (9. IV.)

122. DRA. I. N. 237. o. S. 889 Note 175. Vgl. o. S. 778 ff.

123. DRA. I. S. 604, Z. 8 ff. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 26. IV. Nancy.

Digitized by Google

Hoffnung war wohl doch zu kühn, wenn er am 30. schreibt: „il me semble, si l'archevesque de Mayence et conte Palentin se declairent pour moi, que le roy catholique se pourra refroidir."[124] Indes grundlos wird die Annahme doch auch kaum gewesen sein. Da Pfalz nun thatsächlich mit Frankreich verhandelte und Albrecht zu ihm in engen Beziehungen stand, und zwar, wie wir sehen werden, gerade auch Anfang Mai, so ist auch bei Albrecht ein Schwanken doch sehr wohl möglich; indes hätte er dann wohl nur zum Schein und vorübergehend Franz I die Hand gereicht. Denn etwa am 20. April hat Albrecht sich wieder klar für Karl erklärt, wenn er dem Protonotar des Kardinals S. Sixt, Carracciolo, auftrug, schriftlich dem Papste zu versichern: er sehe kein Mittel, dass König Franz zum römischen Könige erwählt werde.[125]

Auch in militärischer Hinsicht nahm Albrecht für Karl Partei. Es ist bekannt, dass die Armee des schwäbischen Bundes nach ihrem Siege über Ulrich von Würtemberg zusammengehalten wurde und schon dadurch für Karl wirkte. Albrecht war Bundesmitglied und liess Ende April von seinem Kapitel 41 000 fl. einfordern, von denen er, wie er angab, gezwungen sei, 13 000 fl. Franz von Sickingen zu geben, 28 000 fl. an den schwäbischen Bund anstatt des von Mainz zu stellenden Kontingents.[126] Albrecht gestattete sodann den Durchmarsch Sickingischer Truppen durch sein Stift. Dabei hatte der Landgraf von Hessen, der dem Erzbischof von Trier und Kurfürst Joachim, somit der

124. S. 619, Z. 9. Franz I. au Orval, Bonnivet, Guillart. 30. IV. Vgl. u. Note 131.

125. So Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 19. V. Coblenz. DRA. I. S. 710, Z. 20. Wir setzen die Aeusserung aber etwa zum 20. April, da Minio am 29. IV. von dem Einlaufen eines Schreibens in diesem Sinne berichtet. DRA. I. S. 711, Z. 25.

126. May, a. a. O. I, 246 nach Akten des Mainzer Domkapitels. s. o. Note 7.

Digitized by Google

französischen Partei näher stand (o. S. 109), ihn gebeten, er möge den Durchmarsch nicht gestatten. Albrecht aber verlangte von Sickingen nur, dass er alles landgräfliche Eigentum respektiere.

Etwa 26./27. April wird dann Albrecht Joachims Antwort vom 20. erhalten haben. (s. o. S. 88.) Der Bruder zeigte an, er habe zu seiner Rechtfertigung die ihm gegebene Vollmacht, dass er in Albrechts Namen mit König Franz verhandeln solle, diesem gesandt; starken Drohungen und zahlreichen Beschwerden folgte dann aber nochmals der Versuch, Albrecht für Frankreich zu gewinnen. Joachim mochte denken, die vollendete Thatsache seines Abschlusses mit den Franzosen werde Albrecht bewegen; er forderte ihn auf, eine Kopie des Vertrags mit Frankreich vom Jahre 1517, doch mit der Aenderung sede nunc vacante oder ein Exemplar des Vertrags vom 8. April zu siegeln und ihm zu schicken. Es solle ihm dann die Zahlung — die in Halle geforderten 120000 Gl. (o. S. 42) — „in einer Summe“ vor der Wahl, nicht, wie bisher angeboten, zur Hälfte nach derselben geleistet werden.

Bei diesem Angebot würde es sich erklärt haben, wenn Albrecht sich Brandenburg und Trier angeschlossen hätte, da gerade jetzt auch Pfalz am meisten mit Frankreich anknüpfte; Ludwig sandte Anfang Mai wirklich seinen Kanzler zu Bonnivet.[127] Für den Kanzler des Mitkurfürsten stellte nun auch Albrecht in der That einen Beglaubigungsbrief an Bonnivet aus; er liess bitten, König Franz möge die Verschreibungen, welche Albrecht ihm ausgestellt, zurückgeben, damit er ehrlich und ohne Gewissenszwang wählen könne.[128] Wir dürfen in dieser Zurückforderung wohl ebenso wenig eine entschiedene

127. DRA. I. N. 283. Bonnivet und Guillart an Franz I. 10. V.

128. A. a. O. S. 680, Z. 20: Mons. de Mayence a escript une lettre de créance sur le chancellier dudict conte Palatin à moy...

Digitized by Google

Absage an Franz I sehen, wie eine Parteinahme für Karl, sondern nur das äusserliche Innehalten einer Formalität; neue Verhandlungen in Albrechts Auftrag werden nicht erwähnt. Der pfälzische Kanzler meinte übrigens: welche Zuneigung Albrecht auch zum katholischen König habe, er werde doch schliesslich „thun, was sein Bruder thun werde." Es darf aber der Aeusserung wohl nicht zu viel Wert beigelegt werden, da sie der Kanzler gegen die französischen Präsidenten that in einem Momente, als er von ihnen für seinen Herrn möglichst viel erreichen wollte;[129] auch scheint es ja Albrechts Schlagwort gewesen zu sein: er werde thun, was sein Bruder thue. — Uebrigens ist es charakteristisch, dass Albrecht bei der Unterhandlung mit Frankreich wieder die Dienste eines fremden, diesmal des pfälzischen Kanzlers benutzt. Da der Pfälzer aber am 2. Mai, noch unmittelbar bevor der Kanzler zu Bonnivet reiste, diesen, freilich vergeblich, nach Frankfurt gesandt hatte, um Geld von Karl zu erheben (s. bei n. 114), — so wollte danach Ludwig nicht unbedingt mit Karl brechen; viel weniger ist es von Albrecht anzunehmen, so lange Ludwig festblieb.

Bis zum 15. Mai gab Albrecht jedenfalls den Kommissaren Karls in Augsburg den Rat, bei Böhmen, Pfalz, Trier und Köln allen Fleiss anzuwenden;[130] wobei auffällt, dass

---

129. Gegen den pfälzischen Kanzler kann ferner auch in einem weiteren Punkte der Verdacht auftauchen, dass er Angaben der französischen Herren seinem Kurfürsten nicht richtig wiedergegeben (s. u.); wenigstens wollen die französischen Wahlleiter ihre angeblichen Aussagen nicht anerkennen. Die Verleihung eines Geschenks der Franzosen an den Kanzler von 1000 escus soll nach ihrer Angabe dem Könige Franz 260 000 escus gespart haben. (DRA. I. N. 307.)

130. DRA. I. S. 708, A. 1. Die Kommissare Karls an Kurfürst Albrecht. 18. V. Sie danken für den gegebenen Rat.

Digitized by Google

er die Gewinnung des Trierers für möglich hält. Schwerlich hat Albrecht es daher besonders günstig aufgenommen, wenn ihm etwa 12.—13. ein Schreiben Bonnivets meldete, dieser hoffe ihn aufsuchen zu dürfen;[131] denn dessen Absicht konnte nur dahin gehen, ihn zu einem Anschluss an Franz zu bewegen.

Nach der Mitte des Mai kann Albrecht erfahren haben, dass König Karl befohlen habe, seinem Wunsche gemäss für ihn Bürgschaft des Regiments zu Innsbruck, Oestreichs oder Tirols zu beschaffen.[132] Ob und wann es geschehen ist, wissen wir nicht. Wie dem auch sei, er begab sich[133] nach Esslingen, um dort mit sechs andern Fürsten des schwäbischen Bundes am 27. Mai die Kommissare Karls zu erwarten, welche sich zum Wahltag begaben. Wir sehen Albrecht also jetzt unabhängig von Pfalz für Karl thätig, während Ludwig am 23. Mai im Anschluss an die Unterhandlungen des Kanzlers im Anfang des Monats einen Vertrag mit Franz abschloss.[134] Eine Bitte des Pfalzgrafen, ihn auf der Reise in Heidelberg aufzusuchen, lehnte Albrecht ab,[135] forderte aber den Pfälzischen Kurfürsten auf, ihn ohne Begleitung in Speier aufzusuchen, wohin Kurfürst Ludwig am 1. Juni kam.[136]

---

131. S. Note 127—128. DRA. I. S. 680, Z. 25. Vgl. S. 150/51.

132. DRA. I. S. 563, A. 1. König Karl an die Kommissare in Deutschland. 16. und 20. IV. Diese Briefe konnten bis zum 10./12. Mai in Augsburg sein; wenn man Albrecht Mitteilung machen wollte, konnte er also etwa 16. unterrichtet sein.

133. Wohl spätestens 25. V. wird er Mainz oder Aschaffenburg verlassen haben. DRA. I. S. 744, Z. 13 ff. S. 733, Z. 14.

134. Vgl. DRA. I. N. 307. Bonnivet und Guillart an Franz I. 23. V.

135. Was ihn zu der Ablehnung bewog, können wir nicht feststellen, da wir nicht einmal das Datum genau kennen, an welchem die Bitte gestellt ist.

136. DRA. I. N. 319. Armersdorf an die Regentin. 2. VI.

Digitized by Google

Was sie beredet, ward Armersdorf, der in Heidelberg weilte, nicht bekannt. Vielleicht begann schon damals — eine Woche nach dem Vertrag mit Frankreich — die Schwenkung Ludwigs zu Karl zurück, die wir im Beginn des Wahltags kennen lernen werden. Wie lange Albrecht in Speier blieb, ist unbekannt.

Von Esslingen oder von der Rückreise dürfte Albrecht an den Kölner geschrieben und wohl auch Zweifel über die Treue des Pfälzers geäussert haben; wenigstens erwähnt ein Brief Hermanns von Köln vom 6. Juni ein Schreiben Albrechts; und dieses hatte, nach einigen Worten Hermanns zu schliessen, den angegebenen Inhalt.[137]

Als am 5., 6., 7. Juni der Brandenburger, Trierer, Kölner, — ob auch der Pfälzer, ist fraglich — nach Mainz kamen, war Albrecht dort.[138] In den später zu betrachtenden Verhandlungen zu Mainz wies er neue Werbungen Joachims im französischen Interesse schroff ab. So zeigte er sich unmittelbar vor dem Beginn des Wahltags interessiert für die Wahl Karls. Am 8. Juni Abends kam er, mit keinem der Kurfürsten zusammen, zu Schiff nach Frankfurt.[139]

Folgen wir nun der unstäten Politik des Pfälzers wieder bis zur Reise nach Frankfurt.

---

aus Heidelberg. S. 741, Z. 21. Monsr. le conte palatin electeur heult volontiers veu que le cardinal de Mayance heusse prins son chemin de Eslingen par icy et luy en a escript, mais il ne l'a voulu faire et a prié audit conte Palatin électeur de venir vers luy à Spiere sans amener nulluy avecques luy et pour ce partit hier le dict sr. Palatin électeur et laissa icy le comte Palatin Fréderic.

137. DRA. I. N. 325. Hermann von Köln an Kurfürst Albrecht. 6. VI. Oberwesel auf dem Rhein. Besonders DRA. I. S. 752, Z. 14.

138. DRA. I. N. 329. La Roche an die Regentin. 7. Juni. Mainz. Ueber das wahrscheinliche Fehlen des Pfälzers s. u. Pfalz.

139. Aus einer Frankfurter Aufzeichnung. DRA. I. S. 762, Z. 7.

Digitized by Google

III. Kurfürst Ludwig von der Pfalz.

Kurfürst Ludwig hatte während des Augsburger Reichstages doch in Nantes auch mit den Franzosen abgeschlossen.[1] Vielleicht ging deshalb im November 1518, als Franz I Gesandte nach Mainz, Trier, Brandenburg und Sachsen abschickte, keine besondere Gesandtschaft nach Heidelberg; der Trierer und Brandenburger sollten weiter mit ihm unterhandeln. — Von Seiten Maximilians war die Erbeinung vom 10. September 1518, welche innerhalb eines Monats publiziert werden sollte, noch nicht in seinen Landen bekannt gegeben worden. Auch war Ludwig noch nicht mitgeteilt, dass der Kaiser, wie er es in Augsburg versprochen, ihn gegenüber dem schwäbischen Bunde schadlos gehalten habe oder auch nur, dass der Bund eingewilligt habe, die im Eingang berührte Ersatzzahlung (o. S. 14) vom Kaiser statt vom Pfälzer anzunehmen; ohne dies aber musste der Bund sie von ihm einfordern. Als nun Ulrich von Würtemberg mitten im Frieden die Bundesstadt Reutlingen besetzt hatte und der Bund seine Armee siegreich gegen das Herzogtum Würtemberg führte, musste der Kurfürst von der Pfalz fürchten, dass man bei dieser Gelegenheit jene Schuld von ihm eintreiben, vielleicht auch einen Teil der Pfalz besetzen werde; denn er war zudem mit Ulrich von Würtemberg verbündet. An den Bund wie an den Herzog liess Ludwig strenge Gebotsbriefe ergehen; jedoch argwöhnten die Bundesstände Parteilichkeit, hatte er doch den Herzog nicht einmal aufgefordert, den alten Besitzstand herzustellen, sondern nur von ihm verlangt, „die Sache vor ihn und des Reiches Stände wachsen zu lassen.“[2]

---

1. S. o. S. 13—15.

2. Ulmann, Fünf Jahre würtemb. Gesch. S. 141. Sattler, Gesch. Würtembergs unter den Herzogen II, Beil. 5.

Digitized by Google

Nachdem Ludwig den Tod des Kaisers erfahren,[3] beeilte er sich, denselben König Franz anzuzeigen, freilich ohne etwas weiteres zu erwähnen.[4] König Franz sandte durch den Ueberbringer gnädige Antwort, die etwa 10. Februar in Heidelberg gewesen sein wird. Anfang Februar begab sich auch eine grössere französische Gesandtschaft auf den Weg nach Heidelberg.[5] Die Instruktion für Cordier und La Mothe erinnert in vielen Punkten an die „Persuasions", welche einige Monate früher Moltzan benutzen sollte. Die Gesandten sollten den Nutzen hervorheben, welchen ein Bündnis mit Frankreich für Pfalz haben werde, während von Karl wie von seinen Vorfahren nur Schädigung für Pfalz zu erwarten sei; und Franz werde die Christenheit auch vor den Türken zu schützen vermögen. Fast wörtlich stimmt weiter mit den „Persuasions" die Erklärung überein, dass Franz I das Reich nicht aus Ehrsucht oder Habgier erstrebe, da es ihm nur Lasten bringen werde, und dass er es nicht wolle, um über die Fürsten zu herrschen, sondern um mit den andern Kurfürsten und Fürsten brüderlich zu leben. Insbesondere dem Pfälzer, den er andererseits an die Versprechungen

3. Mignet Rivalité S. 167 erwähnt fälschlich zum 14. Jan. 1519 ein Schreiben vom Jan. 1518. DRA. I. S. 26, A. 1. Selbst wenn es zum Jahre 1519 gehörte (s. Note 5), hätte Ludwig am 14. natürlich noch nicht vom Tode des Kaisers wissen können. Dieselbe Unklarheit bei Roesler S. 69.

4. DRA. I. N. 25. Robertet an Bonnivet. 4. II. Vgl. o. S. 29 n. 31.

5. DRA. I. N. 17. Instr. für Cordier und La Mothe zur Verhandlung bei Pfalz. Randbemerkung: commancé en février 1518 (die ersten 3 Monate gehören nach damaliger französischer Auffassung an den Schluss des Jahres). Mignet S. 158 erwähnt zwar die Sendungen an jeden der Kurfürsten, S. 170 aber fälschlich statt Cordiers und La Mothes den Präsidenten Guillart selbst neben dem Bailly von Caen, der nachgesandt war. Auch Roesler S. 90 ist ungenau.

Digitized by Google

zu Nantes erinnerte, versicherte der König, gerade ihm vor allen gnädig sein zu wollen; seine Brüder wolle er versorgen und den von Karls Hof einst verstossenen Friedrich an den eigenen Hof nehmen. Weitere Schmähungen gegen Karl und Lobpreisungen für Franz fehlten nicht. Die Gesandten waren ermächtigt, die Abmachungen von Nantes von neuem zu bestätigen, wenn der Kurfürst den König wählen und bei andern Kurfürsten sich für ihn bemühen wollte. Durch Bestechungen sollten sie, wenn er hinter dem Berge hielte, seine wahre Meinung zu erfahren suchen. Verlange er grössere Summen, so seien die Präsidenten zu benachrichtigen, zeige aber Ludwig sich direkt abgeneigt, so sollten sie mit der Ungnade des französischen Königs drohen.

Die erste Nachricht von ihnen kam durch einen Boten zurück, den vor dem 10. Februar der Herzog von Lothringen zum Pfalzgrafen gesandt hatte.[6] Er hat Briefe von Cordier und La Mothe, die vor deren Audienz geschrieben sein müssen, am 18. Februar den Präsidenten zugestellt, dazu einen „ziemlich kühlen" Brief des Pfalzgrafen an Franz I[7] und die versiegelte Antwort des Kanzlers.[8] Diese dem lothringischen Boten mitgegebene Antwort sollte jedoch nicht die endgültige sein; denn inzwischen waren eben Cordier und La Mothe in Heidelberg angekommen und der Bote meldete bereits, dass sie gut aufgenommen waren. Nachdem ihnen zwischen 16. und 18. Februar Antwort gegeben war, kam La Mothe am 20. nach Luneville, wohin er unter dem Vorwand einer Pilgerfahrt sich von Heidelberg zurückbegeben hatte, und brachte den Bescheid:

6. DRA. I. N. 45. Bonnivet und Guillart an Franz I. 10. II.

7. DRA. I. N. 84. Bonnivet und Guillart an Franz I. 20. II. Der Brief des Pfalzgrafen wird genannt „assez froide".

8. DRA. I. N. 78. Bonnivet und Guillart an Franz I. 19. II. Sie senden die Antwort des Pfälzers mit, sodass sie Franz I am 21./22. II. erhalten haben wird.

Digitized by Google

der Pfalzgraf hätte sich noch in keiner Weise entschieden; sein Kanzler und einige Diener hätten Bitten ausgesprochen, die über den Vertrag von Nantes nur hinsichtlich einer Vermehrung der Pension des Kurfürsten und einiger Diener hinausgingen, was, wenn König Franz gewählt sei, nichts ausmache. Schon aber hatte ein Bote des französischen Kanzlers[9] den andern Bescheid zurückgebracht — er muss 14./15. gegeben sein —, der Kurfürst wolle Hagenau nicht annehmen, da er mit dem Kaiser darüber verhandle; statt dieses Angebots, das Frankreich gemacht, wünsche er 400 000 fl.[10]

Auf diese pfälzische Eröffnung hin erfolgte in Paris am 23. Februar „die endgültige Resolution" des französischen Königs,[11] der nach einer späteren Mitteilung der Präsidenten[12] dem Pfälzer alles bewilligte. Der Grund für Ludwigs Hinneigung zu Frankreich mochte schon damals die drohende Haltung des schwäbischen Bundes sein; aber abschliessen wollte er noch nicht, sondern es vorläufig nur mit keiner Partei verderben.

Von einer festen Stellungnahme mochten ihn auch Nachrichten von den übrigen Kurfürsten abhalten. Nach einer Mitteilung von den Gesandten der Regentin Margareta hatte der Trierer am 20. Februar noch keine Nachricht vom Mainzer;[13] hieraus dürfen wir vielleicht schliessen, dass zwischen den drei andern rheinischen Kurfürsten in Abwesenheit des Mainzers zwischen 20. Januar und

9. Entweder ist hiermit wieder der Bote, den der Herzog von Lothringen gesandt hatte, gemeint, oder Du Prat hat einen besonderen Boten abgeschickt.

10. DRA. I. N. 84. Orval, Bonnivet und Guillart an Franz I. 20. II.

11. DRA. I. N. 91. Franz I an Bonnivet und Guillart. 23. II.

12. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an Franz I. 15. III.

13. DRA. I. N. 83. Hugues Marmier und Speckbach an die Regentin. 20. II. Coblenz. S. 277, Z. 18.

Digitized by Google

14. Februar[14] bereits Meinungen ausgetauscht sind; ein Einverständnis des Trierer und Pfälzers bezeugen dieselben Gesandten ausdrücklich.[15]

Etwa am 17. Februar sind dann wohl die beiden Mainzer Räte Dr. Diether von Lanther und Heinrich von Ende nach Heidelberg gekommen und haben die Wahlzitation Albrechts vom 13./14. überbracht.[16] Gleichzeitig meldeten sie den dringenden Wunsch der Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg, Mainz, die sechs Kurfürsten möchten vor der Wahl zusammenkommen, und baten um Ludwigs Meinung. Dieser behauptet einige Monate später, nur jenes Bedenken, das wir bereits kennen, dazu geäussert, aber nicht eine Vorversammlung des ganzen Kurkollegiums von sich gewiesen zu haben (o. S. 136 zu n. 73). Vielleicht hat eben diese Anfrage den unbestimmten Bescheid an die Franzosen verursacht.

Inzwischen dachte man auch von Augsburg aus, Einfluss auf den Pfälzer zu gewinnen. Dort war König Karls Kämmerer Paul von Armersdorf am 2. Februar angekommen.[17] Nach Verhandlungen mit den Fuggern und sonstiger Verzögerung (o. S. 47/8) trat er Mitte Februar seine Reise zu den rheinischen Kurfürsten an, auf der wir ihn am 27. Februar bei Albrecht eintreffen sahen (o. S. 124). Vorher war er in Heidelberg gewesen.

Ehe Armersdorf am 20. Februar Mittags dort anlangte, war Kurfürst Ludwig am Morgen desselben Tages zu jener Zusammenkunft aufgebrochen, die er, wie wir wissen,

14. Termin von Albrechts Eintreffen in seinem Stift. DRA. I. N. 58. 59.

15. Note 13. DRA. I. S. 272, Z. 7. Madame, nous avons entendu que ledict sr. de Treves est fort amy et conféderé avec mons. le conte Palatin, électeur, et est apparrant, qu'il aura intelligence avec luy au fait de la dicte élection.

16. Wahlausschreiben Albrechts und Begleitschreiben. N. 58. 59.

17. DRA. I. S. 191, Z. 4.

Digitized by Google

zwischen 21. und 23. Februar mit Kurfürst Albrecht an unbekanntem Orte hatte[18] (o. S. 35). Ludwig wie Albrecht billigten, wie wir wissen, den Vorschlag des Kurfürsten Joachim, dass man die Siegelbriefe, welche im August dem katholischen König gegeben waren, zurückfordern, und falls sie nicht herausgegeben würden, sie für nichtig erklären solle u. s. w. Man wollte wohl eben mit Karl völlig frei verhandeln. Albrecht hat gewiss auch von den Tagen zu Halle und Naumburg berichtet; und eben bei dieser Gelegenheit will Ludwig seine Antwort auf den sächsischen Antrag gegeben haben (o. S. 136 zu n. 73) und hat auch die französischen Bewerbungen sowie etwa ihm bekannte Aeusserungen des Trierers schwerlich verschwiegen.

Als dann Ludwig am 24. Februar Mittags nach Heidelberg zurückkehrte, erhielt Paul von Armersdorf sofort Audienz.[19] Er hatte die Bestätigung der Augsburger Abmachungen durch Karl überbracht[20] und ein Fuggersches Schreiben, das Ludwig genügende Bürgschaft leisten konnte.[21] — Der Kurfürst erklärte seine Angaben für hochwichtig, hielt es aber für nötig, dass Armersdorf auch andere Kurfürsten aufsuche; vorher liess er durch den Kanzler ihm Mitteilungen machen, deren Geheimhaltung beiderseits durch Eide zugesagt wurde. Das Hindernis, welches nach des Kurfürsten Meinung beseitigt werden müsse, wenn Karl Kaiser werden wolle, erklärte Armersdorf erst nach Rücksprache mit den übrigen Kurfürsten dem Könige mitteilen zu können. Am Tage nach der Audienz schrieb er nur, „es handle sich um die Entscheidung der ganzen Angelegenheit,[22]

18. Le Glay II, 278. S. o. S. 35, Note 51 und S. 122.

19. Le Glay II, 278—281. Armersdorf an König Karl. 25. II. Heidelberg.

20. DRA. I. N. 95. S. 302, Z. 3, 4. S. 203, A. 1.

21. DRA. I. S. 220, A. 2.

22. Also doch nicht die Erbeinung (Roesler S. 90), die vielmehr auch bestehen bleiben sollte, wenn Karl nicht gewählt werden würde. DRA. I. S. 103, Z. 19.

Digitized by Google

doch verursache es dem Könige keine Mehrkosten; auf der Rückreise werde er den Pfälzer Kanzler mitnehmen." — Auch ein pfälzisches Protokoll über den ersten Empfang am 24. scheint doch Geneigtheit für Oestreich zu verraten;[23] es besagt: dass Karl die Augsburger Abmachungen bewilligt habe, sei von Ludwig gerne gehört; er hoffe auf die Erkenntlichkeit des Königs und werde selbst nicht Mangel an sich lassen; doch es gäbe dabei eine geheime Sache, die man dem König augenblicklich nicht mitteilen und in der man ihm in keiner Weise nützlich sein könne.[24] Ludwig wollte also die Sache „seinem Gemut nach" nicht abweisen. Uebrigens schrieb er sofort am 25. Februar an Kurfürst Albrecht,[25] noch ehe Armersdorf zu diesem zog. Wohl auf Grund dieser Mitteilung konnte Albrecht am 1. März sagen, „Pfalz werde festbleiben."[26]

Nach Armersdorfs Audienz, während dieser mit Albrecht unterhandelte, begaben sich die beiden pfälzischen Brüder nach Würtemberg,[27] um womöglich eine Verständigung zwischen dem Herzog und dem Bunde herbeizuführen, was der Kurfürst in seiner Eigenschaft als Reichsvikar schon am 15. Februar versucht hatte.[28] Der Gang der Unterhandlungen ist nicht bekannt. Ludwig betont Gesandten der östreichischen Vorlande gegenüber am 6. März, dass er sich, da der Bund besonders seit dem Handstreich

23. DRA. I. N. 95. Pfälz. Protokoll über die Verhandlung mit Armersdorf. 25. II.

24. DRA. I. S. 303, Z. 20. Allein das etwas im handel wer, das man ime (Armersdorf) entdeckt, das s. k. w. in selbigen nit zu schreiben, helfen und weren, das ir gnaden seinem gemut nach gern mocht.

25. DRA. I. S. 305, A. 3. Vgl. S. 130 ff.

26. DRA. I. N. 111. Albrecht an Joachim. 1. III. S. 329, Z. 1.

27. Le Glay II, 281.

28. Sattler II, Beil. 5. Vgl. Ulmann, Fünf Jahre würtemb. Gesch. S. 141, A. 61.

Digitized by Google

Sickingens feindselig gegen Pfalz sei, veranlasst gesehen habe, sich mit Würtemberg zu vereinigen, damit bei einem Angriff einer dem andern zu Hilfe eile.[29] Der Versuch, Frieden zu stiften, scheint also von geringem Erfolg begleitet gewesen zu sein. Auch in weiteren Verhandlungen, die Pfalzgraf Friedrich bis zum 19. März[30] führte, hat er nur eine „dürftige Antwort" erhalten;[31] und den gleichen Eindruck musste der Kurfürst von der Haltung des Bundes schon durch dessen Erklärung vom 26. Februar gewinnen, welche gegen sein Friedensgebot Einspruch erhob, ihn auch statt mit dem Titel eines Reichsvikars nur „Durchlauchtigster hochgeborner Fürst" anredete.[32] Er wird sie auf der Reise oder gleich nach der Rückkehr in Heidelberg Anfang März erhalten haben.[33]

Etwa gleichzeitig erhielt Pfalzgraf Friedrich drei Schreiben der Regentin Margareta, für die er in einer verbindlichen Antwort vom 2. März aus Heidelberg dankt.[34] Die ersten Schreiben sind wohl schon etwas früher eingetroffen, da Friedrich wegen Verzögerung der Antwort um Entschuldigung bittet. Wenn er aber anfangs schreibt, „er habe wohl verstanden, was sie ihm habe sagen lassen," so bezieht sich dies sicherlich auf das Eintreffen der niederländischen Gesandten, welche bereits vor dem 20.

29. DRA. I. N. 129. Pfälzer Aufzeichnung über Verhandlungen des Kurfürsten Ludwig, seines Bruders und seiner Räte mit den Gesandten des Regiments zu Innsbruck. 6./7. III.

30. Das Datum DRA. I. N. 166, S. 455.

31. DRA. I. N. 177. Marnix an die Regentin. 22. III.

32. Sattler a. a. O. II, Beil. 6.

33. Der Kurfürst war sicher am 6. III. wieder in Heidelberg (DRA. I. N. 129), vermutlich jedoch schon am 2. III. (s. n. 40). Eine kriegerische Erklärnng des Bundes vom 28. II. ist nur bei Ulmann, 5 Jahre S. 141, A. 62 erwähnt.

34. Mone V, 118. Pfalzgraf Friedrich an die Regentin. 2. III. Heidelberg.

Digitized by Google

Februar vom Trierer ungünstige,[35] am 26. vom Mainzer günstige Antwort erhalten hatten.[36] Dass auch Unterhandlungen der Gesandten mit dem Kurfürsten Ludwig selbst stattgefunden hätten, lesen wir nicht.

Während der Abwesenheit Ludwigs in Würtemberg war nun aber auch des französischen Königs „endgültige Resolution" nach Heidelberg gelangt, wie wir sicher erschliessen.[37] Ueber ihren Inhalt kennen wir nur eine Angabe der Präsidenten an den Trierer, der König habe des Pfälzers Forderungen bewilligt;[38] was diese seien, nannte man dabei nicht, vielleicht mochte man auch mit jener ersten Angabe etwas übertreiben. Wir werden uns darunter jene oben erwähnten Forderungen zu denken haben (S. 158/9), die durch den Pfälzer Kanzler neben dem „ziemlich kühl" genannten Brief des Kurfürsten vom 15. Februar gestellt wurden: also Erhöhung der Pension um 2000 Gl. und Pensionserhöhungen für einige Diener. Daneben handelte es sich wohl noch um Stellungnahme zu der Nachricht, welche der lothringische Diener gebracht hatte, dass nämlich

35. DRA. I. S. 272, Z. 17.

36. DRA. I. N. 98. o. S. 124.

37. Der König sendet die Resolution am 23. II. ab nach Luneville (DRA. I. N. 91); sie muss also 26. II. dort gewesen sein und ist gewiss sofort weiter gesandt. Nun berichten die Präsidenten (DRA. I. S. 370, A. 2) am 8. III.: le tout est remis au retour du dict comte qui estoit allé devers le duc de Wirtemberg. Der Ueberbringer muss der bailly de Caen gewesen sein; denn es wird am 1. III. in Luneville von dem bailly von Caen und von La Mothe Antwort erwartet, also aus Heidelberg (DRA. I. S. 331, Z. 18). Beide bringen am 15. III. Antwort (DRA. I. N. 161).

38. DRA. I. N. 161. Bonnivet an Franz I. 15. III.

39. Bonnivet und Guillart an Franz I. 23. Mai. DRA. I. N. 307, S. 724, Z. 8: Car mil escus que nous avons donné audit chancelier et trois cens au prothenotere Castenet vous ont saulvé deux cens soixante mil florins et cent hommes d'armes.

Digitized by Google

Kurfürst Ludwig mit Kaiser Maximilian über Hagenau abgeschlossen und statt dessen 400 000 fl. gewünscht habe. Der König scheint sich auch mit dieser Zahlung einverstanden erklärt zu haben, wiewohl unter Bedingungen, oder noch nicht endgültig. Denn bei einem Abschluss im Mai wird von einer Ersparnis von 260 000 Gl. geschrieben.[39] In besonderem Auftrage Bonnivets hatte der Ueberbringer, der Bailly von Caen, ausserdem um Gewährung einer Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Präsidenten zu bitten.[40] Wir sehen also: seit Armersdorfs Abschluss sind ungünstige Nachrichten vom schwäbischen Bund, günstige von Frankreich eingetroffen.[41] Dem standen nur die niederländischen Werbungen gegenüber, die sich doch wesentlich an Pfalzgraf Friedrich gerichtet zu haben scheinen. Genügten jene ersten Einflüsse, um einen Anschluss an Frankreich und die Ablehnung der Erbeinung mit Oestreich herbeizuführen? Die Antwort erfolgte erst etwa am 11. März.

Vorher verhandelten mit Pfalz noch gerade über die Erbeinung und die Schuld an den Schwäbischen Bund die Räte des Innsbrucker Regiments Sigmund von Pfirt und Karl Trapp. Es war nämlich von den Augsburger Kommissaren ein Schritt gethan, der Einfluss auf die Unterhandlung bekommen konnte. Am 26. Februar hatte

40. S. N. 38. DRA. I. S. 442, Z. 25. — Am 21. April, als die Gewährung einer Audienz, die ein erstes Mal nicht zustande kam, wiederholt wurde (DRA. I. N. 241, S. 584, Z. 15), heisst es: seit sechs Wochen haben sie zu diesem Zwecke verhandelt; vom 21. April rückwärts bis zum 20. Februar sind allerdings reichlich sieben Wochen, vielleicht hat Bonnivet den Auftrag zu diesem Ersuchen erst nachgesandt: oder man hätte sechs Wochen zu zählen von der Vorlage in Heidelberg: 1./2. III. bis 15./16. IV.

41. Es war gerade, als Kurfürst Albrecht in Aschaffenburg mit Armersdorf übereinkam.

42. DRA. I. N. 100, S. 310. Zevenbergen an Margareta. 26./27. II. 1519. Mone V. 32—37.

Digitized by Google

Zevenbergen die Zustimmung des Bundes dazu erreicht, dass die Schuld, welche derselbe wegen der von Sickingen geraubten Güter von Pfalz forderte, auf den Kaiser übernommen werden sollte; es brauchten statt 12 000 Gl. sogar nur 9000 Gl. zurückerstattet zu werden. Und gegen Villingers und Zevenbergens persönliche Bürgschaft wollte Fugger zahlen.[42] Diese Nachricht überbrachten nun am 6. März die Räte des Innsbrucker Regiments, welche ausserdem über die Erbeinung und im Anschluss an beides über die Wahl zu verhandeln hatten. Es verflochten sich also mehrere Fragen miteinander. Zunächst in Sachen des schwäbischen Bundes hatten sie eine Erklärung desselben abzugeben, es sei gegen Pfalz keine Hilfe erkannt worden, die Regenten hätten sie zufrieden gestellt, „darob sie frohlocken entpfangen.“[43] Sodann bat der Bund, Pfalz solle als ein Reichsvikar helfen, Würtemberg zu strafen, oder zum mindesten neutral bleiben. Pfälzischerseits verheimlichte man jenen gegenseitigen Vertrag mit Würtemberg nicht, gab auch seiner Freude darüber Ausdruck, dass sich die Regenten mit dem Bund über die „Nahme“ vertragen hätten, klagte aber zugleich über kühle Aufnahme der eigenen Schreiben durch den Bund und dessen geringe Neigung, Ruhe zu halten. Ludwig äusserte, „ein Fortgang solchen Aufruhrs möchte König Karl in seinem Vorhaben Verhinderung gebären.“ Schliesslich war er aber bereit, den Pfalzgraf, seinen Bruder, zur Verhandlung an den Bund zu senden; nach habsburgischen Angaben soll dieser freilich nur eine dürftige Antwort erhalten haben.[44] — Betreffs der Erbeinung[45] gaben die Gesandten als Grund für die Verzögerung

43. S. o. n. 29.

44. Am 9. III. bittet er bei Esslingen um Geleit (Klüpfel Urkundenbuch des schwäb. Bds. S. 165), am 19. ist er nur sechs Meilen von Augsburg in Verhandlung mit dem schwäbischen Bund (DRA. I. N. 166). Die Antwort DRA. I. N. 177. S. o. N. 37.

45. DRA. I. N. 130. Zweite protokollarische Aufzeichnung der Pfälzer über die Werbung der Innsbrucker Räte. 7. III.

Digitized by Google

in der Ausführung der Augsburger Bestimmung an, dass die Kommissare mit dem Projekt vor dem Tode des Kaisers unbekannt gewesen seien, obwohl die Erbeinung doch bis zum 10. Oktober publiziert sein sollte;[46] als sie dieses nach dessen Tode kennen gelernt und für sehr nützlich befunden hätten, wäre an die Stände von Tirol geschrieben, freilich nicht an die übrigen Landschaften, z. T. weil sie unter dem Regiment zu Wien ständen. Die Landschaften von Tirol und die Bischöfe von Brixen und Trient hielten solches für zweckmässig und wollten es im Namen beider Landesfürsten Karl und Ferdinand angenommen haben; sie hätten sich entschlossen, dies den vordern Landen, d. h. Sundgau, Elsass, Schwarzwald u. a. anzuzeigen. — Ludwig drückte seine Freude wie die Hoffnung aus, dass es „König Karl und Verdinanden in iren landen zu guten dinen soll"; er habe der Abrede gemäss die Einung zu der festgesetzten Zeit verkünden lassen. Doch kam es zu einer festen Abmachung nicht. In der That lag die Sache doch auch so, dass nur die Stände eines Landes ihre Einwilligung zugesagt hatten. Auch der Vorteil, den die Kommissare durch die Befriedigung des schwäbischen Bundes erlangt hatten, fand seine Einschränkung darin, dass der Bund wünschte, Pfalz solle womöglich mit gegen Ulrich ziehen, zum mindesten neutral bleiben. Bei so unvollkommener Sicherheit scheint des Kurfürsten Haltung am 7. März doch zu zeigen, dass ein gütliches Einvernehmen mit Oestreich in seinem Wunsche lag.[47] —

46. DRA. I. S. 102, A. 2.

47. Da am 8. III. Pfalzgraf Friedrich nach Esslingen aufbrach, bezieht sich ein Ausspruch von ihm wohl auf Ludwigs Haltung am 7., obwohl er ihn erst am 15. März gegen einen habsburgischen Agenten Metteney that (DRA. I. N. 160. Metteney an Marnix, 15. III.): tousan son frere m'a dit, que ne iara pas de faute qu'il ne fase ce que a promi du vivant du feu impereur.

Digitized by Google

Endlich auf die Werbung hinsichtlich der Wahl, welche die Innsbrucker Gesandten entsprechend der Armersdorfs vorbrachten, antwortete der Kurfürst ihnen wie jenem, er gedenke an den Augsburger Abmachungen festzuhalten, wollte dabei aber wohl absichtlich andeuten, dass die Abmachungen nur mit Maximilian getroffen seien, noch nicht mit Karl. Man schrieb[48] nicht: es hätte Pfalz zu Augsburg bewilligt gegen Kaiser Maximilian und gegen König Karl, — sondern „gegen kais. Mt., auch konig Karln zu unterthänigem Gefallen." Zu einer schriftlichen Zusage muss es nicht gekommen sein. Man wird eben die Erwiderungen auf die Armersdorf mitgeteilten Forderungen und das Ergebnis jener Besprechungen, welche Armersdorf mit den andern Kurfürsten hatte, abgewartet haben.

Nur eben jetzt hat der Kurfürst wohl auch erfahren, dass Kurfürst Albrecht nun nur die rheinischen Kurfürsten, nicht das ganze Kollegium auf den 29. März nach Oberwesel einlud.[49]

Ludwig liess sich aber inzwischen auch mit den französischen Abgeordneten weiter ein, mit dem Bailly de Caen und Herrn de La Mothe, welche ja seit dem 1. März etwa in Heidelberg waren. Sie haben sicher noch nach den Innsbrucker Räten mit Ludwig verhandelt, da sie erst am 15. März wieder in Luneville eintreffen. Genaues über den Erfolg wissen wir nicht, da La Mothe selbst zu mündlichem Bericht an den König nach Paris weiterreiste.[50] Der Kurfürst muss trotz der Klage, dass ihm von der vorigen Pension noch 2000 Gl. geschuldet würden, einigermassen ein Interesse für Frankreich gezeigt haben; denn

48. DRA. I. N. 129. Erste pfälzer Aufzeichnung. S. 362, Z. 21.

49. Vgl. DRA. I. N. 133. Albrecht an Friedrich von Sachsen. 7. III. Da Albrecht an diesem Tage schreibt, er habe die Ladung erlassen, wird der 7. oder 8. auch etwa der Tag der Ankunft der Ladung in Heidelberg sein.

50. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an Franz I. 15. III.

Digitized by Google

er hatte auf jene Bitte Bonnivets um eine Zusammenkunft zwei Leute mitgesandt, welche diesen zu einer Audienz, die Ludwig bewilligt hatte, führen sollten. Vollen Einklang aber müssen die französischen Gesandten nicht erreicht haben, vor allem kein schriftliches Versprechen. Denn sie meinten bei der Durchreise in Luneville: es werde auch Bonnivet, der nun sofort die Reise beschloss, nichts anderes ausrichten und des Pfälzers Siegel oder sonstige schriftliche Verpflichtung nicht erlangen können.[51] Der Präsident indes wollte anfangs erst die Einwilligung des Königs für die Reise abwarten, und glaubte dann, er werde den Kurfürsten nicht mehr in Heidelberg treffen, ehe dieser zur Versammlung der rheinischen Kurfürsten aufbräche; so gab er die Reise auf, obwohl ihm die Audienz bewilligt war, liess aber anfragen, ob einer der Präsidenten den Kurfürsten, wenn er von Wesel zurück sei, aufsuchen dürfe. Nach der Versammlung der Kurfürsten, hoffte Bonnivet, werde Ludwig mitteilen, was sie im Magen hätten.[52] Durch die beiden Leute des Pfalzgrafen, welche zurückgeschickt wurden, übersandte Bonnivet dem Kurfürsten 2000 Gl. nebst kleineren Summen für Räte.[53] Auch ein französischer Bevollmächtigter scheint zurückgeschickt zu sein, durch den vielleicht noch ein päpstliches Breve überbracht wurde, das König Franz empfahl.[54] Jene 2000 Gl. hat Ludwig wohl vor dem Weseler Tage (etwa 22./23. III.) erhalten. Ausserdem wollte ihm der König, wie er am 19. März den Präsidenten schrieb, noch 3000 Gl. als Geschenk zukommen

51. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an Franz I. 15. III. S. 441, Z. 29; 442, Z. 2; 442, Z. 25 bis 443, Z. 12.

52. DRA. I. N. 170. Bonnivet und Guillart 20. III. S. 460, Z. 10.

53. Ebenda.

54. Präsident Orval wollte nur das Breve an den Pfälzer nicht durch den Trierer überbringen lassen, während der Erzbischof gleichlautende Breven seinen geistlichen Kollegen zustellte. DRA. I. S. 441, Z. 13.

Digitized by Google

lassen und ihm 50 hommes d'armes halten.[55] Ob Ludwig auch dies vor oder in Wesel erfahren hat, bleibt zweifelhaft. Dass dort Ludwig trotz seiner früheren Bereitwilligkeit, Bonnivet zu empfangen, eine Einigung mit Mainz und Köln zu Gunsten Karls einging, wissen wir bereits (o. S. 146). Es fragt sich, ob er, besonders durch die neuesten Geschenke bewogen, nicht auch neben und nach dieser Einung die Unterhandlung mit Franz weiterführte.

Zunächst müssen wir aber die speziell pfälzischen Unterhandlungen in Wesel selbst genauer betrachten. Sie wurden mit Heinrich von Nassau und La Roche, Abgesandten der Regentin der Niederlande, geführt. Diese schrieben darüber an König Karl am 4. April:[56] Ludwig habe sich anfangs günstig gegen sie geäussert, nämlich vor dem 31. März.[57] Später liess er durch seinen Kanzler dem Grafen Nassau erklären, man mache ihm von anderer Seite viel grössere Anerbietungen als eine Verehrung von 20 000 Gl., welche ihm in Augsburg bewilligt seien: man habe auch damals von 60 000 Gl. Verehrung gesprochen; die weiteren 80 000 Gl. seien Entschädigung für Hagenau und auch dann fällig, wenn Karl nicht gewählt werde. So steigerte Ludwig also seine Forderungen, wohl in Folge jener französischen Geschenke; und sicherlich machte der Erzbischof von Trier im Namen des französischen Königs grössere Angebote. Aber Ludwig brach doch die Ver-

55. DRA. I. N. 167. Franz I. an die Präsidenten. 19. III. S. 456, Z. 28—31.

56. DRA. I. N. 198. Le Glay II, 403, 406. Nassau und La Roche an König Karl. 4. IV. Wesel.

57. Vgl. a. a. O. und DRA. I. S. 519, A. 3 das Datum der Mahnung der päpstlichen Legaten. Ein innerer Zusammenhang zwischen der päpstlichen Mahnung, nur einen der Kirche günstigen Fürsten zu wählen, und der späteren Mehrforderung Ludwigs besteht natürlich nicht.

Digitized by Google

handlung mit Oestreich nicht ab; er forderte nur eben mehr und zwar jetzt:[58]

1. eine grössere Verehrung,

2. eine neue Uebertragung des Amtes als Reichsvikar und „lieutenant general“ in Karls Abwesenheit, das ihm zustehe;[59]

3. Ludwig selbst oder sein Bruder möge mit der Verwaltung von Hagenau betraut,[60]

4. die Obligation von Augsburg zurückgegeben,

5. eine lettre de décharge ausgestellt,

6. seine Pension um 4000 Gl. auf 10 000 Gl. erhöht, die Pensionszahlung an Diener vergrössert werden.

Da Nassau benachrichtigt war, dass Ludwig von andrer Seite gedrängt würde, alle Unterhandlung mit dem Könige von Spanien abzubrechen, bewilligte er, teilweise unter Ueberschreitung seiner Vollmacht:

1. noch 10 000 Gl. Verehrung für den Kurfürsten,

2. eine Erhöhung der Pension um 2000 Gl., womit also der Wunsch des Kurfürsten nur zur Hälfte erfüllt wurde,

3. die Bestätigung des pfälzischen Reichsvikariats, sowie pfälzischer Regalien,

4. Zurückerstattung der Augsburger Obligation und Zusendung des Konzepts einer Ledigsprechung (décharge).

Betreffs der Vogtei Hagenau aber haben Nassau und

---

58. Nach DRA. I. N. 108 (s. Note 56) und nach DRA. I. N. 342. Der pfälzische Kanzler an H. v. Nassau. 12. VI. 1519.

59. DRA. I. N. 342: zum sechsten.

60. Nach der Behauptung des Pfälzer Kanzlers im Juni wäre bereits in Wesel die Ausfertigung eines neuen besonderen Briefs über Hagenau ausbedungen. DRA. I. N. 342. Zum vierten. Es sollte darnach auch (zum siebenten) eine Verschreibung erbeten sein, „dass ko. wierde von Hispanien die lehenlut, (so) uf der landvogtei verschreibung haben, entrichten und minen gnedigsten und gnedigen herrn schadlos halten wolle und anders mehr.

Digitized by Google

La Roche eine Auskunft verschoben.[61] Die Verhandlungen des Pfälzers wurden, wie wir sahen, in Mainz fortgesetzt, und dort oder bereits in Wesel ist eine Zahlung für Hagenau auf Anfang Mai festgesetzt,[62] wie denn nach dem Vertrage vom August 1518 die Entschädigungssumme für Hagenau auch dann gezahlt werden sollte, wenn Karls Wahl nicht zu Stande käme.

Ein andres Zeugnis für die Weseler Tage ist ein pfälzisches aus der Zeit vor der Zusammenkunft, eine Aufzeichnung der Räte für den Fall, dass Ludwig sich zur Wahl äussern müsse. Dieser Entwurf sieht wiederholt die Beteuerung vor, Ludwig habe sich noch in keiner Weise entschieden. Ein Vergleich aber, der dann zwischen den beiden Hauptbewerbern gezogen wird, ist doch eher Karl günstig: Franz' Lande lägen nicht geeignet zur Abwehr eines Türkenkriegs und er selbst sei kein Deutscher; beides treffe bei Karl zu. Dieser habe allerdings seine Jugend gegen sich und käme vielleicht nicht ins Reich, bei einer Wahl von Franz I aber werde das Reich leicht ein Glied

---

61. Dies sollte, wie Nassau später schrieb (N. an König Karl. 23. IV. DRA. I. N. 246), nach Karls Wunsch geschehen sein; thatsächlich entspricht es einem Gegenvorschlag der Augsburger Kommissare (DRA. I. N. 137. § 2. Nachschr. Antwort auf einen fehlenden Brief des Königs vom 23. II.). Denn König Karl hatte bewilligt, es dürfe, wenn Pfalz mit der empfangenen Summe nicht zufrieden sei, auch die Landvogtei Hagenau ihm zugesichert werden. Die Kommissare ihrerseits hofften, dass Pfalz sich mit der Summe begnügen würde; aber auch, wenn Ludwig es nicht thäte, hielten sie eine Abtretung der Vogtei nicht für zweckmässig. Erstens würden die zehn Städte der Vogtei wohl lieber Schweizer werden, als unter die Herrschaft des Pfälzers zurückkehren. Zweitens würde — dies leuchtet mehr ein — durch die Abtretung Hagenaus die Verbindung der österreichischen Vorlande mit den Niederlanden unterbrochen.

62. Vgl. hierzu und zum Folgenden S. 147, bes. n. 114.

Digitized by Google

Frankreichs werden.[63] Eine solche Rede — vor Hörern von verschiedenem Interesse — musste sich vorsichtiger halten und ist daher wenig beweisend für des Pfälzers Gesinnung.

Aus besserer Quelle kennen wir bereits das Hauptergebnis: jene Einung von Mainz, Pfalz, Köln zu Gunsten Karls, welche nach Augsburg berichtet werden konnte (s. o. S. 146). Am 4. brachen die Fürsten von Wesel auf; auf dem Rückwege ist mit Nassau jene Bestimmung über Hagenau zu Mainz getroffen, am 6. war Ludwig wieder in Heidelberg.[64] Am 15. oder 16. April wird dann der andere uns bekannte spanische Unterhändler, Armersdorf, in Heidelberg auf der Rückkehr nach Augsburg vorgesprochen haben.[65] Ob dorthin, wie am 24./25. Februar ausgemacht war,[66] der pfälzische Kanzler mitreiste, ist nicht bekannt.

In Wesel hat natürlich auch die französische Partei versucht, Ludwig zu gewinnen; Richard von Trier, welcher ja übernommen hatte, mit den andern Kurfürsten zu unterhandeln, wird dies auch bei Ludwig nicht versäumt haben.[67] Der Bericht jenes Chateaubreham, welchen Kurfürst Richard verkleidet mit nach Wesel genommen hatte (s. o. S. 142), fehlt aber leider. Wir können auf den Erfolg nur aus der Korrespondenz des Königs und Bonnivets schliessen. Ein Brief des Königs vom 9. April,[68] der noch

63. Finck, Die geöffneten Archive Bayerns II, 199. In München war die Rede nicht wieder aufzutreiben. DRA. I. S. 522, A. 2, s. l. s. d.

64. DRA. I. S. 519, A. 5.

65. Armersdorf teilt die Absicht am 14. IV. an Margarete mit. DRA. I. S. 553, A. 1.

66. Le Glay II, 280. o. S. 162 oben.

67. DRA. I. N. 213. Bonnivet und Guillart an König Franz. 11. IV.

68. DRA. I. N. 207. Franz I. an Bonnivet. 9. IV.

Digitized by Google

einen günstigen Ausgang voraussetzt,[69] enthielt auch den besonderen Befehl, Bonnivet solle nach Erkundigung beim Trierer zum Pfalzgrafen gehen und ihn völlig gewinnen. Aber, nachdem am 11. Chateaubreham nach den Angaben des Trierers berichtet hatte, erwiderte Bonnivet am 15. auf des Königs Befehl, er könne ohne Aufforderung des Pfälzers und ohne sicher zu sein, dass dieser mit der Reise einverstanden sei, nicht hingehen.[70] Sehr günstig kann sich also der Trierer nicht geäussert haben. Woher sonst dieser Verzicht? Es hatte doch im März bereits Ludwig Leute geschickt, die Bonnivet zu einer Zusammenkunft geleiten sollten.

Aber die alten Gedanken lebten in Ludwig bald nach der Rückkehr nach Heidelberg wieder auf. Er kam dort von neuem unter den Einfluss des französischen Unterhändlers Cordier, der jenes Geschenk von 3000 Gl. wohl überbracht hatte, vielleicht auch erst jetzt übergab (S. 169). Und von noch grösserem Einfluss auf eine neue den Franzosen günstige Wendung in der Politik Ludwigs war wohl, dass der schwäbische Bund immer weiter in Würtemberg vordrang. Schon in Wesel wird jene zweite Einung, welche zu Aufrechterhaltung des Friedens von den Kurfürsten am

---

69. Der König schrieb auch am 7. April: da dieser Tag einen so guten Ausgang genommen, so zweifele er nicht, dass der Tag zu Frankfurt ebenso gut verlaufen werde. (DRA. I. S. 526, A. 4.) Am 7. konnte König Franz höchstens Nachrichten vom 3. April haben, vielleicht erst vom 2., also kaum über den wirklichen Ausgang des Tages. Vielleicht bezieht sich des Königs Brief auf eine Unterhandlung, in der die Franzosen dem Pfälzer hohe Summen boten, und welche etwa gleichzeitig mit dem Vortrag der päpstlichen Legaten stattfand: 31. III. (Le Glay II, 403. Nassau an König Karl. 4. IV.) Chateaubreham kam am 11. April erst nach Luneville. (DRA. I. S. 213.)

70. DRA. I. N. 222. Bonnivet, Orval, Guillart an Franz I. 15. IV. S. 555, Z. 17.

Digitized by Google

3. April geschlossen wurde (o. S. 144), besonders Ludwigs Wunsch gemäss gewesen sein. Er hatte bereits am Tage vorher von dort aus ein Friedensgebot ergehen lassen und hat es am 6. April in Heidelberg wiederholt.[71] Er befahl darin, sich dermassen zu rüsten, dass man, falls jemand ungehorsam wäre oder eine fremde Nation das Reich oder seine Glieder antasten würde, ihm auf Ersuchen mit aller Macht zuziehen könne, um das Reich zu schützen. Am 8., 9. oder 10. April wird er dann die Uebergabe von Stuttgart an den schwäbischen Bund (7. April) erfahren haben. Da ist es auffallend, dass Herzog Ulrich von Würtemberg und Kurfürst Ludwig in gleicher Sache am gleichen Tage dem 11. April an Kurfürst Friedrich von Sachsen schreiben,[72] allerdings der erstere von einem nicht mehr bestehenden Schloss Worsau, das in der Rheinebene bei Wiesloch lag, Ludwig aus Heidelberg. Der Herzog zeigte die Uebergabe Stuttgarts an und bat um Hülfe, Ludwig ersuchte den Kurfürsten um seine Meinung. Die Vermutung Ulmanns, dass eine Verständigung Ulrichs und Ludwigs vorher stattgefunden habe, lässt sich schlecht abweisen, da ja Ende Februar ein Bündnis zwischen beiden geschlossen war (s. o. S. 162/3). Die Fassung des Berichts, die Verf. im Weimarer Archiv einsehen konnte, erlaubt kein abschliessendes Urteil, empfiehlt aber Ulmanns Annahme, dass Ulrich persönlich bei Ludwig war.[73] Dieser betont in einem zweiten Schreiben an Kurfürst Friedrich, ebenfalls vom 11. April, eine mit Sachsen bestehende Einung und richtet an Friedrich, da schon Gefahr sei, die

71. DRA. I. S. 519, A. 5.

72. Ulmann, Fünf Jahre würtemb. Gesch. S. 159.

73. Ludwig von der Pfalz an Friedrich den Weisen. Montags nach Judica 1519. (11. IV.) Heidelberg. Orig. Weimar. Sächs. Ernest. Gesamtarchiv Rep. C. 1061. . . . „Der hochgeborne Furst, unser lieber Oheym und Schwagger Hertzog Ullrich von Würtemberg hat uns klagend Anbracht, wie er . ." . .

Digitized by Google

Bitte, nicht erst die Räte zusammenzuschicken, sondern womöglich gleich zu rüsten und sich bereit zu halten. Wolle dies Friedrich nicht, sei er auch geneigt, seine Räte zu einer Konferenz zu senden.[74]

Da Ludwig solche Besorgnisse hegte, musste es von grosser Bedeutung sein, wenn jener Cordier, der in Heidelberg war, bereits vor dem 11. April[75] von Bonnivet Befehl erhielt,[76] ihm eiligst zu berichten, ob der Pfalzgraf noch, wie La Mothe bei seiner Rückkehr (o. S. 168) versichert hätte, mit ihm zusammenkommen würde. Er sei stets bereit, welchen Ort der Kurfürst auch bestimme, werde aber sehr dankbar sein, wenn der Kurfürst ihm etwas entgegenkomme. Cordier sollte dem Pfalzgrafen versichern, dass Bonnivet gutes melden würde, und den Kanzler um seinen Beistand bitten, ihm die Erfüllung aller Versprechungen zusichern und auf jede Weise die Zusammenkunft, die der König ausserordentlich wünsche, bewirken. Man darf kaum zweifeln, dass dem Unterhändler Cordier und durch ihn dem Kurfürsten mitgeteilt ist, dass am 28. März von Brandenburg der Entwurf eines Vertrags angekommen sei, durch den Joachim seine Stimme verspreche. Etwa am 16. April berichtete darauf Cordier aus Heidelberg, er werde gute Nachricht geben können.[77] Am 20. April war er selbst in Nancy,[78] wurde aber sofort nach Heidelberg

74. Sächs. Ernest. Gesamtarchiv Rep. C. 1061. Weimar. 2. Brief Kurf. Ludwigs an Kurf. Friedrich vom 11. IV. 1519.

75. DRA. I. N. 213. Bonnivet, Guillart, Orval an Franz I. 11. IV. S. 543, Z. 10. Am 11. IV. wird bereits Antwort in Luneville erwartet.

76. DRA. I. S. 543, A. 3. Bonnivet an Cordier. s. d.

77. DRA. I. N. 232. Bonnivet, Orval, Guillart an Franz I. 19. IV. An diesem Tage ist die Nachricht in Luneville bekannt. Ob Cordier von der Durchreise Armersdorfs oder einem Aufenthalt desselben in Heidelberg gehört hat, wissen wir nicht. DRA, S. 553, N. 4.

78. DRA. I. N. 241. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 21. IV. Nancy.

Digitized by Google

zurückgeschickt. Obwohl die Briefe, welche er überbrachte, dem Könige gesandt wurden und uns fehlen, erfahren wir doch durch Bonnivet, dass Cordier über eine Zusammenkunft desselben mit dem Pfalzgrafen weiter verhandeln sollte; es kam indes nur zu einer Zusammenkunft Bonnivets mit dem pfälzischen Kanzler; auch diese verzögerte sich wegen der Unruhe nach dem am 18. April eingetretenen Tode der Pfalzgräfin[79] vom 29. April bis zum 7. resp. 9. Mai. Ob der angegebene Grund der einzige war, bleibe dahingestellt; stattfinden aber sollte die Zusammenkunft in Raon, auf dem Wege nach Luneville.[80]

So sehen wir also Ludwig im Februar, März und April immer zu Frankreich hinschielen; dazwischen unterhandelt er am 24. Februar, 7. März und etwa 2. April mit den östreichisch-spanischen Bevollmächtigten. Am letzten Termin scheint er mit ihnen provisorisch abgeschlossen zu haben, um doch kaum zwei Wochen später eine neue Unterhandlung mit Frankreich nicht abzuweisen.

Aber wiederum steht er — Ende April, Anfang Mai — auch mit der spanischen Partei in Beziehung. Als der Pfälzer Kanzler sich nach Raon begab, muss er Heidelberg am 4. Mai verlassen haben.[81] Am 1. Mai noch war er in Frankfurt, um Geld, das für Hagenau gezahlt werden sollte, von Seiten der Augsburger Räte in Empfang zu nehmen.

---

79. DRA. I. N. 253. Die Präsidenten an den König. 26. IV. S. 694, Z. 4 u. A. 1. DRA. I. N. 257. Brief der Präsidenten vom 28. IV. — Am 26. erwartete man noch Bescheid, ob Bonnivet auch mit dem Kurfürsten zusammenkommen sollte; der Brief Cordiers, welcher am 28. angelangt war, erwähnte eine solche Zusammenkunft nicht.

80. DRA. I. S. 584, N. 2: 35 km sö. Luneville.

81. Am 6. Abends scheint der Kanzler in Raon gewesen zu sein. Am 7. ist Cordier, der ihm entgegengeschickt wurde, mit einem Briefe des Kanzlers zurück in Luneville. DRA. I. N. 276. Bonnivet, Orval, Guillart an Franz I. 7. V.

Digitized by Google

Er hatte freilich kein Geld vorgefunden, aber das Geschäft mit den Oestreichern, wenigstens nach dem Zeugnis der Frankfurter, doch noch nicht abbrechen wollen.[82] Ausserdem schrieb auch dem Kardinal Albrecht am 5. Mai Ludwig selbst, er halte noch an der Weseler Abrede fest,[83] und er hatte eben vorher seinen Protonotar zu ihm geschickti der am 5. bereits zurückgekehrt, also etwa am 2. Ma abgesandt war.

So gehen Beziehungen zu beiden Parteien nebeneinander her. Allerdings wird es Pfalz nicht angenehm berührt haben, dass das Geld von den Kaiserlichen Räten nicht in Frankfurt zur Stelle gehalten wurde.

Aber wir können doch nicht feststellen, dass die Sendung zu Bonnivet wegen jenes Misserfolgs in Frankfurt erfolgte. Ludwig schrieb an Albrecht am 5. Mai: „So sich mein Gemüt aus einiger zufallender Ursach nochmals ändern würde, soll es e. l. unverhalten bleiben und zeitlich genug zu wissen gethan werden.“ Ob er diese Beziehung zu Albrecht weiter pflegen wollte, konnte er, je nach dem Erfolg seines Kanzlers in Raon, noch immer halten, wie hm beliebte; unmöglich ist es nicht, dass er den Abschluss, auf den wir nun kommen, Albrecht wirklich anzeigte.[84]

Der pfälzische Kanzler war am 6. Mai abends in Raon; Bonnivet liess ihn durch Cordier erwarten, welchem jener erklärte, dem Präsidenten auch bis nach Verganville, noch etwas näher an Luneville, entgegen kommen zu wollen.

---

82. DRA. I. S. 521, A. 2. O. S. 147, N. 114. Dort Citat aus der Frankfurter Aufzeichnung.

83. DRA. I. N. 272. Ludwig an Albrecht. 5. V. O. S. 148, N. 117.

84. Ludwig wird den Abschluss vom 9. Mai am 11. erfahren haben. Etwa 15. Mai gab Albrecht den Kommissaren in Augsburg den Rat, bei Pfalz, Köln, Trier und Böhmen allen Fleiss anzuwenden.

85. DRA. I. N. 283. Bonnivet und Guillart an Franz I. 10. V. Dyeuse. Roesler S. 146 setzt die Absendung des Kanzlers auf den 9. Mai.

Digitized by Google

Dorthin begab sich Bonnivet, der Pfälzer Kanzler stiess am 9. Mai zu ihm.[85] Bonnivet hatte vom französischen Kanzler Robertet neuen Auftrag, kein Mittel unversucht zu lassen. Man dachte dem Kurfürsten eine Prinzessin von Navarra als Gattin anzubieten (13 Tage nach dem Tode der Kurfürstin) und wollte eine Reiseentschädigung bewilligen.[86] Andrerseits wird man glauben dürfen, dass der Pfälzer Kanzler ein Wahlversprechen Ludwigs für Franz, das den 2. Mai als Datum trägt, bereits in der Hand hatte[87] und nach Erachten benutzen konnte. Einiges weitere teilt Bonnivet dem Könige mit. Nach ausdrücklicher Angabe des Kanzlers bewog den Kurfürsten die Furcht vor einem Ueberzug des schwäbischen Bundes zum Anschluss an den französischen König. Deshalb erklärte er den Wunsch, dem Könige zu dienen, und verlangte zur Besoldung der von ihm schon gehaltenen Verteidigungsarmee 30 000 escus Unterstützung.[88] Bonnivet bewilligte sie sofort unter der Bedingung, dass der Kanzler ihm mitteile was Ludwig für den König thun werde. Darauf sagte der Kanzler entsprechend dem mitgebrachten Entwurf des Wahlversprechens Ludwigs Stimme und sonstige Unterstützung zu.[89] Das Wahlversprechen verhiess, Ludwig werde sich bemühen, auch andre Kurfürsten für Franz zu

86. DRA. I. S. 620, A. 2. Robertet an Bonnivet. 1. V.

87. DRA. I. S. 678, A. 1. — Mignet Rivalité, S. 202, giebt das Datum nicht an; er wie Roesler setzen die Urkunde daher zum 23. V., wo eine weitere Verhandlung stattfindet. Ein Brief des Pfälzer Kanzlers vom 6. V. an Bonnivet fehlt. DRA. I. N. 276.

88. S. n. 86. DRA. I. S. 677, Z. 28. craint merveilleusement d'estre descouvert, . . . nous dist, qu' il voit ceste armée de la lighue de Suave pres de ses pais et qu'il doubte fort qu'elle luy voulsist courir sus, saichans, qu'il tint vostre party; er wünscht vom König Geld bis zu 30000 escus affin de entretenir les gens, qu'il avoit pour la garde de son estat, actendant le jour de l'eslection . . .

89. DRA. I. S. 678, Z. 6.

Digitized by Google

gewinnen: überhaupt gleicht es fast wörtlich dem brandenburgischen. Dafür bat der Kanzler, die 30000 Gl. sofort zahlen zu wollen, doch kam man hinsichtlich dieses Punktes überein, dass er sich mit sofortiger Zahlung von 6000 Gl. begnügte, welche einen Teil der Pension für dies Jahr bildeten.[90] Die 30 000 Gl. sollten am 20. Mai bezahlt werden, und zwar in Coblenz; dorthin nämlich wollten die französischen Wahlleiter ihren Wohnsitz in den nächsten Tagen verlegen; der Erzbischof von Trier gewährte ihnen näher an Frankfurt auf deutschem Boden Quartier. Nach Coblenz also sollte am 20. Mai der Kanzler die besiegelte Erklärung des Kurfürsten für König Franz bringen. Nachdem man sich soweit geeinigt, verlangte der Kanzler noch, damit formell der Kurfürst der goldenen Bulle entsprechen könne, die Lossprechung von allen seinen Zusagen durch eine königliche lettre patente nach mitgegebenem Konzept, ferner eine weitere lettre patente, mit der Zusage des Königs Franz, alle Versprechungen genau einhalten zu wollen. — So war also ein Abschluss völlig in die Wege geleitet. Freilich widersprach die Begründung, welche König Franz als die geeignetste Persönlichkeit besonders für den Türkenkrieg hinstellte, schnurstracks den Gründen, die man zu Wesel gerade gegen Franz angeführt hatte.[91] Der Kanzler aber erhielt 1000 Sonnenkronen als Geschenk, der Protonotar 300.

Trotz allem waren am 22. Mai in Coblenz noch weitere Verhandlungen nötig, die angeblich nicht ganz leicht waren; der Abschluss war indes besser, als die Präsidenten erwartet

---

90. Um die Zahlung des Restes der Pension hoffte Bonnivet herumzukommen: le reste se doit rabattre sur les dicts 30000 florins.

91. Der Vertrag wurde zum Schein in der Form abgefasst, als bitte Ludwig, das Versprechen geben zu dürfen; man verschwieg die zahlreichen französischen Werbungen. S. 13.

Digitized by Google

hatten.[92] Sie hätten vor sich, schreiben die Herren, das Versprechen des Pfalzgrafen mit seiner Unterschrift und seinem Siegel; sie selbst hatten dafür wohl die erbetenen Urkunden beschafft. Ein Verzeichnis von Forderungen ging an den König. „Jene 1300 escus für die beiden pfälzischen Diplomaten hätten dem Könige 260 000 Gl. gespart,“[93] können sie ihm triumphierend melden, er solle die Ratifikation bis zum 2. Juni dem Pfalzgrafen zustellen. Mignet giebt auch an,[94] König Franz habe den Vertrag am 28. ratifiziert, ähnlich Kluckhohn,[95] er habe am 28. Ratifikationen und, was die Gesandten gefordert hätten, gesandt „et pareillement les raisons de droit, que a dressé le chancelier,“ wohl die lettre patente. Freilich hat nun Stumpf einen Vertrag vom 29. Mai publiziert; und obwoh die Urkunde sich weder in München noch in Paris wiederfindet, darf man aus ihm wohl die näheren Bedingungen entnehmen, wie sie sich nach der zweiten Verhandlung ergaben.[96]

König Franz machte danach folgende politische Zugeständnisse: — er verhiess 1. das Reichsvikariat wie alle Privilegien und Regalien zu bestätigen; 2. auf Erf[illegible]dern

92. DRA. I. N. 307. Bonnivet und Guillart an Franz I. 23. V. Coblenz.

93. A. a. O., citiert S. 164, Note 39.

94. Rivalité S. 202.

95. DRA. I. S. 724, A. 4.

96. Stumpf, Bayerns politische Geschichte I. S. 25. DRA. [illegible] S. 724, A. 2. Stumpf giebt als Datum den 29. V. Der König sandte Ratifikationen allerdings am 28.; immerhin konnte vielleicht ein Aktenstück einen Tag später ratifiziert sein. Rösler (S. 146) nennt fälschlich eine Unterzeichnung zu Heidelberg, also durch den Kurfürsten, am 23. V. Die Präsidenten bezeugen (DRA. I. S. 307, Schluss), dass sie am 23. das Versprechen unterzeichnet und untersiegelt besässen. — Höfler a. a. O. S. 101 kennt richtig den Abschluss eines Vertrages zu Coblenz am 22. V., aber eine Ratifikation am 28. nicht zu Paris, sondern in Heidelberg. (Woher?)

Digitized by Google

die Städte und Schlösser wieder erobern zu helfen, welche Nürnberg und Hessen von Kaiser Maximilian bekommen hatten;[97] 3. die Pfalz gegen Gegner mit aller Macht zu schützen, 4. mit derselben ein ewiges Bündnis zu schliessen, 5. den Kurfürsten nicht als einen schlechten Pensionisten, sondern als einen der mächtigsten Fürsten und Freunde seines Reiches zu halten. — Kurz Ludwig muss neben Uebertragung des Reichsvikariats ein Bündnis nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff verlangt und sich Wiederherstellung seiner Macht im weitesten Sinne, versprochen haben.

Daneben stehen folgende finanzielle Zusagen: 1. dem Kurfürsten sollen 5000 Kr. jährliche Pension, 2. nach der Wahl 100 000 Gl., 3. den Dienern jährlich 2000 Gl. gezahlt, 4. den beiden Brüdern des Kurfürsten Bistümer in Frankreich oder Deutschland verliehen werden. — 5. Dem Pfalzgraf Friedrich werden weiter, wenn er bei dem Könige Dienste nehmen will, 6000 fr. Pension verheissen. 6. Alle Ausgaben, welche der Kurfürst zum Vorteil des Königs bei der Wahl haben werde, sollen vergütet werden; die 30 000 escus, welche in Coblenz fällig waren, galten dabei anscheinend als Extrazahlung. Die einzelnen Posten:

100 000	Gulden	
30 000	-	
6 000	-	Zahlung von Verganville
1 333	-	für den Kanzler = 1000 escus
400	-	für den Protonotar = 300 escus

ergeben 137 733 Gulden an einmaligen Zahlungen. Das macht gegen die früher geforderten und anscheinend bewilligten 400 000 Gl. eine Differenz von 262 277 Gl. Da die Präsidenten von einer Ersparnis von 260 000 Gl. reden, dürfte daher die von Stumpf benutzte Liste als glaubwürdig

97. Zufolge des in der Landshuter Erbfolgesache erlassenen Spruchs zu Köln.

Digitized by Google

sich erweisen. Die Pension des Kurfürsten erscheint auffällig niedrig, wenn man vergleicht, dass er von Karl in Wesel eine Pensionserhöhung auf 100 000 Gl. zum mindesten erbeten hatte.[98] Verständlich dagegen ist nach Bonnivets Brief vom 23. aus Coblenz umsomehr die hohe Pension für die Diener. —

So scheint das Einverständnis zwischen Pfalz und Frankreich vollkommen. Dennoch ist es möglich, wenn auch noch nicht ausgemacht, dass wiederum gleichzeitig eine Unterhandlung mit der spanischen Partei nicht ausser Betracht gelassen ist. Kurfürst Albrecht besuchte, wie wir oben verfolgen konnten, am 27. Mai die Versammlung einiger Fürsten des schwäbischen Bundes in Esslingen (S. 154) und erwartete dort die Kommissare Karls auf der Reise zum Wahltag. Wie ist es nun aufzufassen, dass Ludwig Kurfürst Albrecht bat, ihn auf der Reise in Heidelberg aufzusuchen? Es bietet sich eine Schwierigkeit der Uebersetzung. Armersdorf, der auf das Gerede der Franzosen von ihren Erfolgen nach Heidelberg ging, schreibt von dort am 2. Juni:[99] „Mons. le conte Palatin heult volontiers veu que le cardinal de Mayance heusse prins s o n c h e m i n d e E s l i n g e n par icy et luy en a escript; mais il ne l'a voulu faire et a prié audict conte Palatin de venir vers luy a Spiere sans amener nulluy avecques luy; et pour ce partit hier le dict sgn. le conte palatin électeur et laissa icy le conte Palatin Fréderic." Da wir zunächst doch annehmen müssen, dass Armersdorf richtiges Französisch schrieb, so heisst „son chemin de Eslingen" „sein Weg n a c h Esslingen:" also hätte Ludwig gebeten auf dem H i n w e g e ihn in Heidelberg aufzusuchen. Dann müsste, da Albrecht doch spätestens am

98. O. S. 171, Fordg. 6.

99. DRA. I. N. 319. Armersdorf an die Regentin. 2. VI. Heidelberg.

Digitized by Google

25. Mai aufbrechen musste, um am 27. Esslingen auch nur zu erreichen, Ludwig seine Bitte am 23.—24. abgesandt haben: also gerade, als sein Kanzler in Coblenz mit den Franzosen unterhandelte.[100] Andrerseits ist die Möglichkeit nicht zu leugnen, dass Armersdorf ein Deutsch-französisch gesprochen hat. Dann hätte Ludwig nur gebeten, ihn „auf dem Wege von Esslingen" d. h. auf der Rückkehr anzusprechen, und er könnte die Aufforderung nach Esslingen, dann wohl nicht vor dem 26., gesandt haben. Jedenfalls fand die Begegnung thatsächlich auf dem Rückweg statt. Ob also Ludwig eine persönliche Unterredung wünschte, um womöglich auch Albrecht für Frankreich zu gewinnen, ehe dieser nach Esslingen ginge, oder ob er von Albrecht erfahren wollte, welche Nachrichten dieser von Augsburg habe, darüber bleiben wir im Unklaren.

Ludwig begab sich Albrechts Wunsch entsprechend am 1. Juni ohne Begleitung nach Speier. Wie wir bereits andern Orts andeuteten, ist Ludwig wohl hier bewogen worden, zu Karls Partei überzutreten. (S. o. S. 154/5).

Schon vor der Zusammenkunft hat aber Kurfürst Ludwig auch die Kommissare gebeten, über Heidelberg zu reisen, mit der Drohung „kämen sie nicht, wolle er ihr Feind sein."[101] Die Kommissare folgten der Einladung,

100. Wie wir uns erinnern, hatte er den Franzosen „einige Schwierigkeiten" bereitet.

101. S. n. 100. Vgl. S. 154|5, n. 136. Armersdorf. 2. VI. aus Heidelberg. J'espere que monsr. le cardinal de Gurce, monseur de Trente et les aultres commissaires seront demain au soir en ceste ville; car le dict conte Palatin électeur leur a escript et prié prendre leur chemin vers luy; sy non, qu'il sera leur ennemi et ne fera au lieu, on sait, riens qui vaille. Armersdorf glaubt, der Kurfürst werde noch heute (am 2.) zurückkehren. Dass Ludwig an die Kommissare geschrieben, hat Armersdorf also nicht nach der Rückkehr des Kurfürsten erfahren. Dann ist aber auch nicht nach, sondern vor jener Zusammenkunft, also vor 1. Juni, jene Bitte an die Kommissare gerichtet.

Digitized by Google

können aber nicht gut vor dem 4. Juni Abends in Heidelberg eingetroffen sein.[102] Sie werden eine Urkunde König Karls vom 21. April bei sich gehabt haben, in der er den Pfalzgrafen der Augsburger Versprechungen ledig sagte und verhiess, die Kurfürsten bei ihrer freien Wahl zu lassen.[103] Dies hatte Ludwig in Wesel erbeten. Thatsächlich wissen wir aber nur, dass die Kommissare zu einer Ledigsagung bereit waren; übergeben dagegen scheinen sie die Urkunden noch nicht zu haben.[104]

Gegen Armersdorf, der zwei Tage in Heidelberg mit des Kurfürsten Bruder Konferenzen hatte, erklärte Pfalzgraf Friedrich: er wolle sich für seinen Bruder verbürgen, ja sich deswegen zum Gefangenen geben.[105] Aber auch Armersdorf hat, ehe Ludwig von Speier zurückgekehrt

---

102. Armersdorf hofft am 2. VI., die Kommissarien am 3. in Heidelberg zu sehen. Da sie jedoch am 3., noch in Esslingen, ein Beglaubigungsschreiben für Ulrich von Helfenstein und Helfrich von Meckau an den Grafentag zu Schweinfurt ausstellen (DRA. I. S. 774, A. 1), so ergiebt sich für die Ankunft in Heidelberg (11 Meilen von Esslingen) füglich erst der Nachmittag des 4. VI., selbst wenn die Kommissare am 3. VI. Vormittags aufgebrochen sind.

103. DRA. I. S. 521, A. 3. Urk. Karls v. 21. IV. (Gudenus Cod. Dipl. IV, 609. May I, Beil. S. 67.) Karl erklärte, dass ihm die Augsburger Handlung „dermassen anzunemen nit gelegen ist; darumb wir uns auch derselben wissentlich in kraft ditz briefs entschlagen und auch der ledig gesagt haben und wellen euch in euer freien waal furfarn lassen." . . . Orig. für Pfalz.

104. DRA. I. S. 791, Z. 4. Hofmeister und Kanzler des Kurfürsten Ludwig schreiben an Pfalzgraf Friedrich am 13. VI. rückblickend: „in der ledigsagung, wie sich dann die Commissarien des zu Heidelberg erboten."

105. Es ist unglaublich, wie Mignet (Revue des deux mondes 1854, V, S. 258; wiederholt 1875 Rivalité S. 210; nach ersterem Aufsatz Roesler S. 193) diese Aeusserung bei den Ereignissen nach dem 18. Juni unter Aufführung des Briefes vom 2. VI. berichten kann.

Digitized by Google

war, und ehe die Kommissare ankamen, mit Bezug auf beide Brüder geschrieben: es habe vor allem gegolten, sie „über einige Bedenken und Zweifel und Verzögerungen" zu beruhigen. Ist zunächst des Pfalzgrafen Friedrich Treue deutlich zu erkennen, so darf man doch auch den Einfluss Armersdorfs, Albrechts und der Kommissare auf Ludwig nicht unterschätzen.

Bei solcher schwankenden Haltung des Kurfürsten wäre es von Wichtigkeit, zu wissen, ob jene Zusammenkunft, zu der Kurfürst Joachim auch den Pfälzer Kurfürsten geladen hatte[106] und zu der er selbst sich am 5. Juni nach Mainz begab (s. o. S. 108), von Kurfürst Ludwig besucht wurde. Droysens Angaben, dass die Zusammenkunft stattfand, dass eine Verschreibung, die König Franz vorgelegt werden sollte, bedacht sei, dass Markgraf Joachim hier zuerst seine eigene Wahl zur Sprache gebracht habe, bedürfen der Einschränkung.[107] Auch giebt er Datum und Teilnehmer nicht an. Kurfürst Hermann von Köln z. B. war am 6. Juni noch vor Oberwesel auf dem Rhein;[108] vermutlich ist er erst in der Nacht vom 7. zum 8. nach Mainz gelangt.[109] Auch der Trierer kam erst am 6. VI. abends dorthin, nicht, wie Joachim beabsichtigte,

106. DRA. I. N. 316. Kurf. Joachim an König Franz. I. VI. Gelnhausen. . . . ibidem (Mainz) ad me venire rogavi Treves, Coulogne, Palatin.

107. Droysen, Preussische Politik II, 2, 122; vgl. Roesler S. 185.

108. DRA. I. N. 325. Kurf. Hermann an Albrecht. 6. VI. Oberwesel uf dem Rhin.

109. La Roche schreibt am 7. VI. DRA. I. S. 756, Z. 4: J'ay attendu au rivaige mons. de Couloigne et mons. de Liege et sur la nuyt suis retiré en mon logis, mais demain bien matin je leur irai faire la réverance. In einem anderen Zettel ohne Datum schreibt derselbe Herr S. 767, Z. 21: Madame à ce matin j'ay fait la réverance à mons. de Liege. Dies bezieht sich also sichtlich auf den Morgen des 8.; und es muss doch wohl angenommen

Digitized by Google

am 5. Juni, und verliess es am 7. mit der Dämmerung.[110] Kardinal Albrecht und Joachim waren in Mainz. Der Pfälzer aber nahm, so viel wir sehen, nicht teil. Nach den Angaben des Trierers hatte er zwar vermutlich im letzten Drittel des Mai die Absicht;[111] aber dafür, dass er sie ausführte, ist La Roches Angabe vom 7. Juni nicht beweisend. Dieser schrieb, Kurfürst Albrecht bearbeite täglich den Pfälzer und Kölner, dass sie fest blieben; es kann sich dies aber auf die Zusammenkunft in Speier[112] und auf Briefe[113] beziehen. Indes, da La Roche am 7. VI. weiter angiebt, Armersdorf habe ihm geschrieben, der Pfalzgraf (le conte palatin, allerdings ohne électeur) könne nicht besser gesinnt sein, und da La Roche selbst (wohl

---

werden, dass am 7. Abends La Roche den Kölner bei der Ankunft erwartete, die erst in der Nacht zum 8. erfolgte. In einem Tage konnte dieser auch nicht wohl von Oberwesel nach Mainz zu Schiff gelangen und am 6. schrieb er ja noch vom ersten Orte aus. — Rixner weicht in den Daten über die Ankunft der einzelnen Kurfürsten und sonst regelmässig „um 8 Tage" ab (so DRA. I. S. 764, A. 3), d. h. um sieben, denn die Wochentage sollen stimmen. Nach ihm kommt der Erzbischof von Köln am 31. V. in Mainz an — ohne Nennung der Nachtzeit. Das ergäbe nach Verschiebung um eine Woche die Ankunft schon im Laufe des 7. VI.

110. DRA. I. S. 753, Z. 15; S. 754, Z. 20. La Roche an die Regentin. 7. VI. Mainz. — Nach Rixner (DRA. I. S. 765, Z. 20) langte Richard am 30. V. Nachts an. Aber La Roche schreibt deutlich: M. de Treves arriva hier icy, ledict marquis (Joachim) luy alla au devant; et apres soupper se trouva devers luy.

111. DRA. I. N. 312. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 27. V. S. 732, Z. 22. Le dit de Treves nous a dit . . . que à Mayence se doit rendre à eulx (Trier und Köln) le comte Palatin. Vielleicht hat der Trierer auch lediglich von einer Aufforderung Joachims an den Pfälzer gewusst.

112. Wir wissen nicht, wie lange sie dauerte.

113. Hermanns Brief vom 6. VI. an Albrecht (DRA. I. N. 325) ist eine Antwort.

Digitized by Google

auch von Armersdorf) wusste, derselbe werde morgen in Frankfurt sein,[114] sonst aber nichts über ihn berichtete, so zeigt dies, dass er in Mainz den Pfälzer nicht beobachten konnte. Ausserdem war es, da, wie wir sahen, erst am 4. VI. spät die Kommissare nach Heidelberg kommen konnten, kaum möglich, dass Ludwig aus Heidelberg vor dem 6. Juni aufbrach und vor dem 7. mittags in Mainz war, wenn er sich überhaupt dorthin begab. Die Kommissare nun langten in Mainz auch erst am 8. nach Tisch an,[115] der Pfälzer dagegen am selben 8. Juni in Sachsenhausen,[116] anscheinend nicht in Begleitung der übrigen Kurfürsten und im Laufe des Tages, während über die Ankunft der übrigen ausdrücklich berichtet wird, „des abents" seien sie gekommen. Wahrscheinlich verliessen die Kommissare und der Kurfürst Heidelberg gleichzeitig und zogen eine Strecke gemeinsam, bis die einen nach Mainz, der andre nach Frankfurt abschwenkten; es hätte Ludwig dann eben die Versammlung gemieden. Andrerseits meldeten in der Nacht vom 7. zum 8. Armersdorf und Emershofen, ein habsburgischer Agent bei Albrecht, an La Roche, dass jener sehr wenig zufrieden sei und dass er, der Kölner und Pfälzer ihre Stimmen nicht geben würden, wenn man nicht bis morgen 10 Uhr die Verpflichtungen von Augsburg herausgegeben habe.[117] Doch handelte Albrecht hier wohl für die andern mit oder

---

114. La Roche an Margareta. 7. VI. DRA. I. S. 755, Z. 23

115. DRA. I. S. 768, Z. 1 ff. La Roches zweites Schreiben an die Regentin. (Vom 8. VI.) S. Note 109.

116. Dieser Ort gegenüber Frankfurt bei Rixner genannt (DRA. I. S. 765, Z. 40); das Folgende nach der Frankfurter Stadtaufzeichnung. DRA. I. S. 762, Z. 7.

117. In einer Nachschrift La Roches vom 7. VI. DRA. I. S. 756, Z. 7. . . . Amershove et Amerstorff me sont venuz trouver et m'ont dit qne monsr. de Mayence estoit très-mal content, et que

Digitized by Google

ohne Auftrag.[118] Jedenfalls ist die Nachricht kein Beweis für Ludwigs persönliche Anwesenheit in Mainz.[119]

Somit erscheint es um so mehr als möglich, wenn auch nicht gewiss, dass dieser von Albrecht und den Kommissaren bereits wiedergewonnen war, als er nach Frankfurt hineinritt. Doch vor den Frankfurter Verhandlungen müssen wir hiermit wieder abbrechen, um uns dem Kölner zuzuwenden, der auch lange mit beiden Parteien verhandelte, aber mit beiden sich nicht soweit einliess wie anscheinend der Pfälzer.

IV. Kurfürst Hermann von Köln.

Kurfürst Hermann hatte, wenn auch vielleicht mehr durch seine Diener gedrängt, in Augsburg seinen Vertrag mit Maximilian geschlossen,[1] und scheint seitdem als ziemlich sicher für Habsburg gegolten zu haben, auch bei den Franzosen. Während nach der Kunde von Maximilians Tode an die Kurfürsten von Brandenburg und Mainz, Pfalz und Trier französischerseits Ende Januar Gesandte

luy, monsr. de Couloingne et le conte Palatin ne donneroient jamais leur voix au roi, si l'on ne leur délivroit endedens demain à dix heures les obligations par eulx scellés à Augsbourg et la quittance du roy des promesses, contenues esdittes obligacions.

118. Einen Auftrag des Pfälzers konnte er in Speier erhalten, mindestens aber dessen Wunsch kennen gelernt haben.

119. Vgl. a. a. O. S. 756, Z. 23: Il (Albrecht) a dit a messire George (Emershofen) qu'il trouve mons. de Couloigne ferme sans varier et luy a dit comme à son frere, qu'il tiendra bon — (1—2 Worte unlesbar) — pour le roy et qu'il asseure que mons. de Treves n'a riens promis aux Français. War das ausgefallene etwa auf den Pfälzer bezüglich?

1. S. o. S. 15.

Digitized by Google

geschickt wurden, unterblieb damals eine Sendung an Erzbischof Hermann.[2] Immerhin hatte man den Herzog von Geldern Verhandlungen mit Köln übernehmen lassen,[3] über deren Verlauf freilich weiteres nicht bekannt ist.[4] Aber die Stellung der Niederländer und Spanier zum Herzog von Geldern war jedenfalls keine gute; sie mussten froh sein, dass dieser den am 11. März 1518 bis zum 17. März 1519 verlängerten Waffenstillstand einhielt;[5] am 8. Februar dachte die Regentin Margareta schon mit Besorgnis an das Ablaufen desselben.[6]

In ihrem Dienste suchte Graf Heinrich von Nassau durch Vermittlung des Grafen Johann von Mörs und Wied, eines Bruders des Erzbischofs, an diesen zu gelangen und im Interesse Karls vorstellig zu werden. Am 7. Februar hatte Nassau, wie er der Regentin anzeigt, den Grafen Johann bereits nach Diest zu sich bitten lassen.[7] Nach der Antwort Margaretas sollte auch über die Wahl verhandelt werden.[8] Es geschah etwa am 23. Februar;[9] aus den Verhandlungen wird später einmal zufällig erwähnt, dass der Kölner Unterhändler noch 10 000 fl. gewünscht

2. Gesch. Franz I. von Bourdel, Sekretär des Königs. Paris. Nat. Bibl. fr. 17523; DRA. I. S. 152, A. 3.

3. DRA. I. N. 184. König Franz an Bonnivet. 24. III. S. 490.

4. DRA. I. S. 490, A. 1. DRA. I. N. 25. 4. II. Paris. Robertet an Bonnivet: man erwarte in Paris täglich Nachrichten aus Geldern.

5. DRA. I. S. 57, A. 3.

6. DRA. I. N. 37. Die Regentin an Karl von Spanien. 8. II.

7. Le Glay II, 212. Nassau an die Regentin. 8. II. DRA. I. N. 55. Die Regentin an Nassau. 13. II. — Schon unmittelbar nach dem Tode Maximilians war von Augsburg nach Trier Weigand von Dienheim gesandt (wohl nur mit einer Anzeige des Todes). DRA. I. N. 38. 8. III. Zevenbergen an Margareta. S. 389, Z. 23. Le Glay II, 344. Armersdorf an König Karl. 14. III.

8. DRA. I. S. 226, A. Margareta an Nassau. 10. III.

9. Nassau dachte am 8. II., die Zusammenkunft würde etwa den 20. stattfinden (Le Glay II, 212); am 20. schreibt Margareta über

Digitized by Google

habe, was wenig sei für Reisen zu Reichstag, Wahltag und sonst.[10] Wir hören nicht, wie das Abkommen gedieh; man hat aber dem Erzbischof zur Wahl gestellt, ob er nach Maastricht senden oder habsburgische Abgesandte bei sich erwarten wolle. Hermann wählte letzteres, da seine Leute jetzt sehr beschäftigt seien.[11] Aber erst Ende März ist von den Niederlanden her mit Köln unterhandelt. Auch zwischen den Augsburger Räten und dem Erzbischof scheint es zu Abmachungen gekommen zu sein; wir finden in Zevenbergens Brief vom 8. März an Margareta folgende Nachricht: „Doktor Lamparter ist bereit, doch kann er aus Furcht vor dem schwäbischen Bunde nicht allein nach Bonn oder Köln gehen.“ Eine Abmachung mit ihm sandte Zevenbergen der Regentin mit, und Lamparter scheint in Kölner Diensten zu stehen.[12]

Inzwischen hatten, vielleicht noch während der Kurfürst von Mainz im Osten war (also bis 13. Februar), Unterhandlungen der übrigen drei rheinischen Kurfürsten begonnen (s. S. 159/60). Mitte oder Ende Februar brachten dann die Mainzer Räte Diether von Lanther und

einen Tag den Gesandten: la journée . . , la quelle se doit tenir dedens trois ou quatre jours (Le Glay II, 238. DRA. I. S. 266. Margareta und der geheime Rat der Niederlande an König Karl); am 25. weiss die Regentin von der stattgehabten Zusammenkunft. DRA. I. S. 296. 25. II. Margareta an Zevenbergen.

10. Mone V, 298, Z. 13 v. unten. H. v. Nassau an die Regentin. 25. III. (in den DRA. ist die Stelle nicht exzerpiert): au lieu de Diest avoit este parlé de donner encoires dix mil florins d'or qu'estoit petite somme le tout mis ensemble leur dit maistre veu les despenses faites a Ausbourg et pluseurs voyages faits par ses conseillers et qu'il luy conviendra s'y trouver à l'élection à Frankfort, à la coronation à Aix et à Neurenberg à grand compaignie.

11. Etwa durch Unterhandlungen mit dem Adel.

12. DRA. I. N. 138. Zevenbergen an Margareta. 8./9. III. Augsburg.

Digitized by Google

H. von Ende die Citation zur Wahl[13] und die Hallischen Anträge. Wir kennen Hermanns Antwort nur aus Albrechts Bericht. Ob er wirklich, wie Albrecht behauptet, unter denen war, die „ein Bedenken gegen eine Zusammenkunft der sechs Kurfürsten nahmen," ist nicht zu entscheiden. — Es dachte dann Albrecht an eine Versammlung der rheinischen Kurfürsten. Vermutlich auch in dieser Frage wurde von ihm der Graf von Königstein an Hermann gesendet. Er sollte aber wohl überhaupt des Kölners Stellung zur Wahlfrage zu erfahren suchen, besonders, ob er nach des Kaisers Tod die Augsburger Verpflichtungen noch für gültig hielte. Wahrscheinlich liess Albrecht durch ihn zudem anzeigen, dass es ihm und dem Pfälzer genehm sei, sie zurückzufordern. Der Graf wurde vor Armersdorfs Ankunft in Aschaffenburg von Albrecht nach Bonn gesandt, also etwa am 26. Februar. Wie Armersdorf weiter schreibt, sollte er des Kölners „letzte Entschliessung" erfahren. Albrecht scheint also schon vorher Antwort vom Kölner gehabt zu haben, sei es durch die eigenen Räte, welche die Citation überbrachten, sei es durch eine zweite zu erschliessende Gesandtschaft, so dass dann Königsteins die dritte wäre.[14] Wir müssen uns an die Antwort halten,

13. DRA. I. N. 59 u. A. Wahlcitation vom 14. II. Die Räte sollten nach Heidelberg, Trier und Bonn. Wir wissen nicht, wohin sie zuerst zogen.

14. Beilage zum Briefe Armersdorfs an die Regentin vom 4. III. aus Aschaffenburg. DRA. I. S. 346. ce matin . . . monsr. de Mayence . . me dit, qu'il avoit avant ma venue (27. II.) le conte de Kungstein par devers mons. de Couloigne pour savoir sa dernière résolution . . . et à cest heure avoit receu lettre du dict comte le quel luy escripvoit, comment le dict mons. de Coulogne luy avoit respondu, que depuisqu' ils avoient pardu le chief que luy sembloit, que n'estoient plus tenuz et que leurs obligation pour icelles et pour autres raisons ne les lyeoit de riens. — Armersdorfs Brief ohne die Beilage Le Glay II, 286 ff.

Digitized by Google

welche auf die letzte Anfrage am 4. März in Aschaffenburg anlangte, also wohl am 1./2. März gegeben wurde: seit des Kaisers Tode erachte er die Kurfürsten nicht mehr für gebunden; er wolle sich aber überhaupt keinem verpflichten; wenn der Kaiser noch lebte, wüsste er, was sie zu thun gehalten seien. Ob der erste Bescheid dem spätern entsprach, können wir nicht feststellen, dürfen es aber vermuten. Albrecht wenigstens meinte, schon ehe er die letzte Antwort kannte, Hermann werde thun, was er wünschen werde.[15] Doch darf des Kölners Stellungnahme wohl als eine vorsichtige bezeichnet werden, die nur eine Neigung zu Karl nicht ausschloss. Als Albrecht inzwischen durch Armersdorf für Karl gewonnen war, erhielt Hermann etwa am 6./7. März von ihm neue Briefe, die den entschiedenen Anschluss an Karl bewirken sollten.[16]

Und in gleicher Richtung waren rheinische Grafen thätig. Eben jener Graf Königstein war ihr Führer. Wahrscheinlich schon im Februar, spätestens aber bis 11. März, war er mit Bernhard von Nassau, einem Bruder des spanischen Unterhändlers, und andern Grafen, wie er Heinrich von Nassau erzählte, bei einigen Kurfürsten gewesen, — vermutlich also beim Kölner und Mainzer, vielleicht auch beim Trierer, — und hatte offen erklärt: wenn sie es wagten, den König von Frankreich zu wählen, so würden die genannten Grafen nebst dreissig oder vierzig Gleichgesinnten ihren letzten Blutstropfen daran setzen, um dies zu verhindern, und darin würden sie von vielen andern unterstützt, die nicht aus Eigennutz französisch gesinnt

15. Die bei Le Glay II, S. 291, Z. 6 ausgefallene Stelle von Armersdorfs Bericht DRA. I. S. 343, Z. 21 (s. o. S. 127, n. 48) widerlegt dies nicht. Sie schliesst allerdings einen Stellungswechsel ein; da aber nur für einzelne der dort genannten Kurfürsten ein solcher feststeht, lässt sich nichts Zwingendes für Köln daraus entnehmen.

16. S. Mainz Note 69.

Digitized by Google

wären.[17] Graf Heinrich von Nassau hat daher auch, da er Geneigtheit für Karl fand, und da man spanischerseits mit Waffengewalt einen Druck auf die Wahl auszuüben dachte, mit sechs Grafen bereits Soldverträge abgeschlossen,[18] von denen vier auf kölnischem Gebiet sassen; mit sieben andern verhandelte er noch über die Entschädigung.[19] Zum 20. März sollten die Pensionsbriefe für sie beschafft werden; einzelne der Herren wollten mit 50 oder 100 Pferden kommen.

Wie für Karl Albrecht und die rheinischen Grafen bei Erzbischof Hermann eintraten, wurde von anderer Seite versucht, ihn für König Franz zu gewinnen. Gerade als Graf Königstein in Albrechts Auftrag in Bonn war, wurde dort in diesem Sinne jene brandenburgische

17. DRA. I. N. 147. Heinrich v. Nassau an Margareta. 11. III. Diest. Er berichtet nach einem Briefe eines Agenten Metternich, den er zu B. v. Nassau gesandt hat. — Jenes Vorhaben muss bis spätestens 2. III. ausgeführt sein. Vielleicht waren die Grafen etwa 26. II. bei Albrecht vorstellig geworden und gingen danach zum Kurfürsten von Köln. Bei dieser Gelegenheit hätte dann Albrecht jenen Auftrag dem Grafen Königstein mitgegeben. Trifft dies nicht zu, so muss es früher geschehen sein; später ist es nicht gut möglich. Am 9. III. bereits wird es B. v. Nassau jenem Metternich erzählt haben, nach dem 4. III. kehrt aber Königstein erst von Köln zu Albrecht zurück. Dass in weniger als fünf Tagen sich die Grafen versammelt haben und noch bei einigen Kurfürsten gewesen seien, ist nicht denkbar. — Also bereits zwei bis drei Wochen, nachdem sich die Todesnachricht in diesen Gegenden verbreitet haben muss (Frankfurt an Wetzlar. 23. I. DRA. I. S. 143, A. 1.), werden die Grafen diesen Schritt beraten haben.

18. DRA. I. S. 411, A. 1. Diese waren die Grafen von Manderscheid, Werd, Mörs, Neuenahr, die Herren von Aremberg und der Graf von Werdenberg.

19. Ebenda: es waren die Grafen Wilhelm v. Nassau, von Reifferscheid, Waldeck, Isenburg, Renneberg, Königstein, Ph. v. Nassau; Geroldeck (letzterer DRA. I. S. 412, A. 1).

Digitized by Google

Werbung angebracht, die wir bereits kennen.[20] Zunächst freilich sollte der Gesandte Dietrich von Hardenberg wie der von Albrecht geschickte Königstein fragen, ob der Erzbischof die Augsburger Verpflichtung nach des Kaisers Tode noch für gültig erachte, im übrigen aber erklären, Joachim wisse, dass die Kurfürsten „unverschedentlich" gegen einander verschrieben seien (S. 52 und 78), und auf Befragen beteuern, Joachim werde zweifellos die Versicherungen halten. Nur falls Hermann jene Frage verneinen und es sich auch auf weitere Fragen herausstellen würde, dass der Kölner doch zu Frankreich neige, sollte eröffnet werden, „dass Kurfürst Joachim Befehl habe, mit einer stattlichen Verehrung mit s. l. zu handeln und zu beschliessen." Die Antwort ist uns wohl nur unvollkommen aus der Instruktion für eine zweite brandenburgische Werbung bei Köln[21] bekannt. Danach hätte Hermann zugesagt, in der nächsten Wahl eines römischen Königs ohne Joachims Rat und Willen nichts vornehmen noch bewilligen, sondern mit s. chf. gn. des einig sein und bleiben zu wollen. Vielleicht hatte man in Brandenburg ein Interesse, die Antwort später recht günstig darzustellen. Der an sich zwar ebenso Partei bildende Armersdorf wenigstens, der hier aber gut unterrichtet scheint,[22] hörte anders: Kurfürst Hermann sei wenig auf die Werbung ein-

20. S. o. S. 52. DRA. I. N. 64. Erste Werbung Dietrichs von Hardenberg im Auftrage Joachims von Brandenburg beim Kölner.

21. DRA. I. N. 171. S. S. 78/79.

22. DRA. I. N. 134. Mone V, 122. Armersdorf an Margareta, 8. III. Da am 5. III. der brandenburgische Gesandte auch beim Mainzer erwartet wird, kann Armersdorf seine Angaben direkt von Hardenberg haben. Möglicherweise war bis zum 8. auch der Graf Königstein aus Bonn nach Aschaffenburg zurückgekehrt. Die Vermutung (DRA. I. S. 373, A. 1), Wilhelm von Wied habe Armersdorf benachrichtigt, scheint unbegründet.

Digitized by Google

gegangen und habe seine Meinung nicht zu erkennen geben wollen.

Am 11. März traf Armersdorf selbst, wahrscheinlich durch Albrechts Brief, der etwa am 6. März anlangte, bereits empfohlen, beim Kölner in Bonn ein. Er dankte für Hermanns bisherige günstige Gesinnung, bat, darin zu beharren, und wies in Verhandlungen mit Hermanns Bruder und Kanzler daraufhin, dass die Kurfürsten „par ensemble" verpflichtet wären,[23] d. h. sich gegenseitig zugesagt hätten, gemeinsam zu handeln. Höchst wertvoll wird es darum für ihn gewesen sein, schon auf die Treue des Mainzers und Pfälzers hinweisen zu können. Dennoch blieb nach manchem Hin und Her des Kölners Antwort die alte, er wolle sich halten, wie er es vor Gott und Welt verantworten könne. Auch Armersdorf musste von Hermann den Bescheid hinnehmen, seit des Kaisers Tod erachte er sich nicht mehr für verpflichtet; er wolle mit den andern Kurfürsten sich darüber beraten, (wobei er wohl an den Tag von Wesel dachte); er wisse noch nicht, wie er sich stelle.[24] Im letzten Satz war seine wahre Meinung enthalten, nicht etwa eine volle Abweisung Karls. Armersdorf, der einen recht ungünstigen Eindruck hatte, sah die Sache doch etwas zu ängstlich an. Denn die Franzosen hatten in dieser Zeit keinen besseren Erfolg.

Für sie legte wie der Kurfürst von Brandenburg so der von Trier Fürsprache ein. Vor dem 13. März versprach dieser einem der Brüder des Erzbischofs Hermann 10 000 Gl., damit er dadurch den Erzbischof gewönne.[25] Damals wird

23. Vgl. o. Joachims Werbung. Vielleicht hatte Armersdorf beim Mainzer (durch diesen und von Hardenberg) etwas über Joachims Hinweis auf die „unverschedentliche" Verschreibung der Kurfürsten gehört.

24. DRA. I. N. 159. Le Glay II, 344—347. Armersdorf an Könıg Karl. 14. III. 1519. Köln.

25. DRA. I. N. 161. Bonnivet und Guillart an Franz I. S. 438, Z. 31. 15. III.

Digitized by Google

Richard von Trier ihn auch gebeten haben, vor dem Weseler Tage noch mit ihm allein zusammenzutreffen;[26] er selbst behauptet wenigstens, es gethan zu haben. Ob, wann und wo eine solche Begegnung des Kölners und Trierers stattgefunden hat noch vor der Weseler Zusammenkunft der vier rheinischen Kurfürsten, ist unbekannt. Am 16./17. März dürfte Herr Bazoges auf seiner Reise nach Brandenburg in besonderem Auftrage Bonnivets mit einem Briefe des Trierers bei Erzbischof Hermann vorgesprochen haben.[27] Aber wiewohl der Trierer gute Hoffnung hegte, hat er anscheinend doch nichts ausgerichtet.[28] Der Kölner hat sich eben keinem gegenüber verpflichten wollen.

Am 22. März empfing er wieder einen habsburgischen Unterhändler, diesmal Heinrich von Nassau,[29] der bis dahin mit den rheinischen Grafen verhandelt hatte. Dieser knüpfte natürlich an die, uns nicht genau bekannten, Verhandlungen vom Februar 1519 und August 1518 an. Der Erzbischof antwortete auffallenderweise nicht aus-

26. A. a. O. S. 439, Z. 7. Il (Richard von Trier) nous a dit que bientost ledict sr. de Coulogne et luy doivent estre assemblés et que le dernier jour de ce mois le dict conte Palatin, messrs. de Mayence, Coulogne et luy se doyvent assembler apres eulx deux en une sienne maison — pres du dict Treves (?) — nommée Wexalia.

27. DRA. I. N. 61. Bonnivet und Guillart an Franz I. 15. III. 1519. Der Brief ist aber z. T. vom 14. III. DRA. I. S. 437, A. 4. Bazoges ist also etwa 14. III. von Trier abgereist. S. 81, N. 190.

28. DRA. I. S. 500, Z. 3—6. Bonnivet und Guillart an Franz I. 28. III. . . et combienque Bazoges . . n'ait rien fait avec luy (le mons. de Coulogne), . . . ce chappeau luy fera autre pensée. Vgl. DRA. I. S. 438, N. 1. Kluckhohn meint, wir wüssten über die Verhandlung in Köln gar nichts.

29. DRA. I. N. 185. Mone V, 287—290. H. v. Nassau an die Regentin. Bonn. 25. III. Bericht über die Verhandlung mit dem Kölner.

Digitized by Google

weichend: er habe geglaubt, annehmen zu dürfen, was man ihm in Augsburg, wo er nichts gefordert, angeboten habe; doch wolle er sich bedenken. Am nächsten Tage liess er durch seinen Bruder Wilhelm von Wied, seinen Kanzler und Ambrosius Virmont verhandeln. Er liess zwar seinen guten Willen erklären, erhob aber das Bedenken, dass die Lage durch den Tod des Kaisers verändert sei. Es geschah dies wohl im Einverständnis mit sämtlichen Kurfürsten; besonders aber wird der Einfluss Friedrichs von Sachsen betont, der erklärt habe, nicht zur Wahl kommen zu wollen, wenn die Eide nicht geleistet würden.[30] Nassau berief sich dagegen darauf, dass Kaiser Maximilian, was etwa im Handel der freien Wahl zuwider geschehe, im Voraus für aufgehoben erklärt habe (s. o. S. 16), und machte sonstige Einwendungen, die er leider als zu umfangreich ansah, um sie der Regentin mitzuteilen. Die Kölnischen Unterhändler spielten auf die im Februar in Aussicht gestellten 10 000 Gl. an, und haben wohl auch die Versprechungen des Kurfürsten Joachim, der im Namen des König Franz Anerbietungen machte, vorgebracht. Da so der Geldpunkt zur Sprache kam, mochte es von Nassau unangenehm empfunden werden, dass die Pensionsbriefe für Wilhelm von Wied, denjenigen Bruder Hermanns, der sich am meisten um Karl verdient gemacht hatte, in der letzten Briefsendung aus Spanien fehlten.[31] Auch wurde das Entgegenkommen für Nassau durch einen Brief der Regentin vom 13. März erschwert; dieser fusste bereits auf Armersdorfs Bericht über die günstige Verhandlung mit Albrecht von Mainz und riet unter Hinweis darauf, dass Albrecht und Ludwig nichts neues gefordert

30. Wann diese Aeusserung gethan ist, wissen wir nicht vielleicht schon in Augsburg. Von näheren Beziehungen zwischen Sachsen und Köln im Jahre 1519 wissen wir bisher wenigstens nicht.

31. DRA. I. N. 139. Le Glay II, 317. Margareta an König Karl. 9. III.

Digitized by Google

hätten (was übrigens falsch ist), die Bewilligungen an den Kölner auf ein möglichst niedriges Mass herabzudrücken und keine Versprechungen zu machen, ausser wenn er sonst abzufallen drohe.[32] Nassau und La Roche glaubten jedoch wirklich diese Gefahr zu sehen und bewilligten gegen ihre Instruktion 10 000 Gl. unter der Bedingung, dass es geheim bliebe. Aber noch über dies Zugeständnis hinaus forderte der Erzbischof von Köln am 24. März:[33]

1. Bestätigung seines Amtes als legatus natus in seiner Provinz und seines Legatenrechts in denjenigen Ländern des Königs, die zu seiner Provinz gehörten,

2. Umwandlung seiner Pension in eine Baarsumme und Verpfändung der Stadt Kerpen für dieselbe,

3. die Eintreibung der primariae preces in seiner Provinz und Diöcese, wie noch sein zweiter Vorgänger sie gehabt. — Nur für die letzte Forderung glaubten die Gesandten ohne Schwierigkeit auf Genehmigung rechnen zu können. Die übrigen Punkte wollten sie dem Könige vorlegen. So kam es nicht zu einer Einigung. Hermann

32. DRA. I. N. 156. Margareta an H. v. Nassau. 13. III. Albrecht habe nichts neues verlangt . . . par quoi semble que vous en devrez tenir plus ferme envers mons. de Couloigne sans luy riens accorder ou promettre, oultre ce que deja luy a esté promis, si ce n'est que voyez que entièrement ne le puissiez gaigner, ouquel cas prendrez la meilleur marche que pourrez, ayant regard a nos afferres, luy donnant a entendre que ledict cardinal de Mayance n'a demandé aucune chose oultre ce que parcidevant luy a esté promis, ne semblablement le conte Palatin, et que de sa part il ne veulle pas fere pis que les autres ni leur monstrer le maulvais chemin.

33. Man kann fast glauben, dass Hermann von der unsicheren Haltung Albrechts zwischen 15. und 21. III. und vielleicht auch von dem neuen Abschlusse, der mit Armersdorf und Ziegler geges höhere Summen (nach 21. III.) erfolgte, gehört hat. Belegt ist en nicht. Vgl. S. 136/7.

Digitized by Google

hielt an seinem Entschluss fest, selbst bei den weitestgehenden Gewährungen seinen freien Willen zu bewahren; und für diesen Fall erklärte auch Nassau das Zugeständnis weiterer 10 000 Gl. für aufgehoben.

Als nun wenige Tage nach so ergebnisloser Verhandlung Erzbischof Hermann sich zur Weseler Versammlung der rheinischen Kurfürsten rüstete oder als er eben dort eingetroffen war, dürfte ihn die zweite Werbung des Kurfürsten Joachim erreicht haben, welche wieder durch Dietrich von Hardenberg überbracht wurde.[34] Joachim knüpfte naturgemäss an die erste Werbung an, auf die er ja eine ziemlich günstige Antwort erhalten haben wollte. So beginnt denn die zweite Werbung gleich mit einem Lobe Franz' I, für den die bekannte Reihe von Vorzügen aufgeführt wird, und einer Appellation an des Kölners nationales Gefühl. Wenn der französische König Versicherung gäbe, den Besitz des Reichs zu wahren und die Wahl der Kurfürsten bestehen zu lassen, wozu weiteres gefordert werden könnte, bat Joachim, wie wir hörten, Hermann möge sich in der Wahl nicht von ihm scheiden, wie die Kurfürsten in Augsburg ja „unverschedentlich“ [35] eine Einung geschlossen hätten; drei Kurfürsten seien auch jetzt bereits mit s. k. G. einig.[36] Ferner sollten zum Anschluss an Frankreich Angebote locken, über die sich Hardenberg wiederum nur zu erklären hatte, wenn Hermann mit Joachim einig sein wollte. Es sind aber die folgenden Angebote wohl wirklich gemacht, da die französischen Bevollmächtigten in Berlin an die Präsidenten in Lothringen unter dem 14. Mai von einer Antwort des Kölners schreiben,[37] die ein Bote desselben überbracht

34. Zur Datierung vgl. S. 79, Note 178 und oben Note 21.

35. So in der ersten Werbung genannt. (DRA. I. N. 64.)

36. Diese Angabe ist im Konzept nachgefügt.

37. DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. Coblenz. S. 694. Je luy declairay (Orval dem Trierer) aussi ce que voz ambassadeurs

Digitized by Google

hatte. Hermann wollte danach handeln wie Joachim, ein Bescheid, der nicht allzulange nach dem Weseler Tage, also Anfang oder Mitte April gegeben sein wird. Verheissen aber hat Joachim Ende März im Namen des französischen Königs 25 000 Gl. an baarem Gold[38] und 6000 Gl. Pension für den Kurfürsten, dazu für Johann von Wied 4000 Gl. und nach geschehener Wahl 300 Gl. Pension, dem Kanzler Degenhart Witte 1000 Gl. Geschenk und 100 Gl. Pension.

Zum Weseler Tage begab sich wie der Erzbischof so sicherlich auch Dietrich von Hardenberg, da wahrscheinlich er oder einer seiner Diener es war, der dort Briefe an den Mainzer abgab, die an andre Kurfürsten gerichtet waren.[39] Begleiten wir daher zunächst den Erzbischof dorthin.

Es sollte auf der Versammlung der Trierer im Namen Franz' I mit den übrigen handeln; König Franz stellte am 24. März in sein Belieben, dem Kölner das Kardinalat anzubieten.[40] Der Trierer wird es gethan haben, da auch Bonnivet es wünschte,[41] und hoffte selbst nach dem Weseler Tag noch, Hermann zu gewinnen; doch wollte er allein

qui sont devers le dit marquis, nous avoient mandé de monsr. del Couloigne, le quel avoit envoyé devers le dict marquis, disant qu'i estoit delibéré de fere de meme que luy et que le dit marquis luy avait fait de bonnes offres tant pour luy que pour le comte son frere.

38. Die Summe durfte eventuell auf 30000 Gl. erhöht werden.

39. Beleg S. 78, N. 175. Falls Dietrich von Hardenberg den Erzbischof nicht mehr in Bonn getroffen hat, kann man sich die ganze Unterhandlung in Wesel denken. Es ist fast anzunehmen.

40. DRA. I. N. 184. Franz I. an Bonnivet. 24. III. Bis zu diesem Tage ist das Breve, welches die Bestätigung des Papstes enthielt (12. III.), in Paris gewesen; vgl. Roesler S. 69; Nitti S. 168/9. Das Breve des Papstes DRA. I. N. 151. Vgl. Note 28 und o. S. 142.

41. Dies erschliessen wir nur daraus, dass er die beste Wirkung von dem Angebot erhofft. S. o. Note 28.

Digitized by Google

mit ihm verhandeln.[42] Andererseits wird der Kurfürst Albrecht, seit wenigen Tagen wieder für Karl gewonnen, seinen Einfluss geltend gemacht haben, und jetzt, nachdem ihm grössere Bewilligungen gewährt waren, vielleicht noch eifriger als vorher. Augenscheinlich hat er Erfolg gehabt. Wir wissen bereits, dass sich mit dem Mainzer und Pfälzer auch der Kölner für Karl einte.[43] Leider kennen wir die Art des Abschlusses nicht näher; nur forderte auch der Kölner wie die beiden anderen eine lettre de décharge.

Ob dann Hermann trotz dieser Weseler Einung nach Brandenburg, wie Joachim gebeten, einen Boten mit unterschriebenen Membranen und Vollmacht geschickt hat, ist unsicher. Denn die erwähnte Nachricht der französischen Bevollmächtigten über eine Kölner Sendung nach Brandenburg können wir nach der Reihenfolge der dortigen Angaben vor brandenburgische Geldanerbietungen setzen und müssten sie dann als Antwort auf die erste Werbung auffassen, wofür wir freilich sonst keinen Anhalt haben.[44] Wir sind eben über den Verkehr der beiden Kurfürsten, der sich fortgesetzt hat, nicht genügend unterrichtet. Auf eine nicht ganz ablehnende Haltung des Kölners lässt aber auch ein Schreiben Bonnivets an Moltzan vom 29. April schliessen, das diesen wegen seiner Dienste lobt und ihn auffordert, weiter für eine Zusammenkunft des Kölners mit dem Markgrafen zu wirken.[45]

Also hat Hermann, wiewohl vorher Bazoges nichts bei ihm ausrichtete, doch einen Verkehr mit Frankreich durch

42. DRA. I. S. 545, Z. 6. Die Präsidenten an Franz I. 11. IV.

43. S. o. S. 146, Note 112.

44. Indes ist es auch umgekehrt möglich, die Kölner Sendung doch als Antwort auf brandenburgische Anerbietungen anzusehen, falls man auf das luy avoit fait de bonnes offres stärkeren Ton legt als auf . . Couloigne lequel avoit envoyé devers ledict marquis. S. Note 37.

45. DRA. I. S. 617, A. 3. Dies Schreiben Bonnivets antwortet

Digitized by Google

Joachim nicht ganz abgewiesen. Der Trierer wird sich ebenfalls thätig bemüht haben, ihn zu gewinnen, wie er versprochen hatte (s. n. 42). Den französischen Einfluss verstärkten dann noch die päpstlichen Gesandten, der Legat Cajetan und der Erzbischof Orsini. Sie dürften etwa am 8./9. Mai zu Hermann gekommen sein.[46] Etwa am 16. Mai mag er auch einen Brief des Kurfürsten Joachim vom 8. Mai[47] erhalten haben, der also geschrieben war, unmittelbar nachdem am 5. Mai H. von Nassau vergeblich mit Joachim unterhandelt hatte (o. S. 104). Darin zeigte der Brandenburger dem Erzbischofe an, auch die spanische Botschaft habe „Brief und Sigell" nicht gebracht, er entschlage sich nun der Heirat seines Sohnes mit Katharina, und bat, der Erzbischof möge ihn am 2. Juni in Steinheim treffen.

So wirkte der päpstliche, trierische und brandenburgische Einfluss für Franz. Das bestimmte vielleicht Hermann, den Präsidenten Orval zu empfangen. Er liess ihn auf seine Bitten[48] durch einen Diener von Coblenz am 20. Mai nach Bonn geleiten.[49] Orval dürfte hier von dem Vertrage berichtet haben, den am 9. Mai der Pfälzer Kanzler zu schliessen eingewilligt hatte (S. o. S. 178 ff.). Er wurde vom

---

auf ein solches aus Brandenburg (vom 20. IV.). DRA. I. S. 578, Z. 9. Bis zu diesem Zeitpunkte war aber aus Wesel Nachricht in Berlin. DRA. I. S. 578. — Im übrigen wissen wir über des Kölners Haltung im Verlauf des April so gut wie nichts.

46. DRA. I. N. 265. Bonnivet und Guillart an Franz I. 1. V. Luneville. Der Erzbischof Orsini reise heute nach Mainz, dann nach Bonn. Derselbe ist also in Mainz etwa 5. V., in Bonn 8./9. V. zu denken.

47. DRA. I. N. 277. Kf. Joachim an Hermann v. Köln. 8. V.

48. Erwähnt DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. Coblenz. S. 695, Z. 10.

49. DRA. I. N. 300. S. 713, Z. 3. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 19. V. Coblenz. Er erwartet am folgenden Tage die kurkölnischen Diener, welche ihn geleiten sollen.

Digitized by Google

Erzbischof in wiederholten Audienzen empfangen, die zum Teil im Beisein nur eines Sekretärs stattfanden. Schon bei dem ersten öffentlichen Vortrag erwiderte der Erzbischof: er wolle die Vorzüge Franz' I bei seinen Unterredungen mit den übrigen Kurfürsten nicht vergessen, doch habe er nie beabsichtigt, sich vor der Wahl zu verpflichten. Als dann Orval in geheimer Audienz erklärte, er habe Vollmacht abzuschliessen, antwortete Hermann zwar, er sehe in Franz den für das Reich und die kaiserliche Würde geeignetsten Fürsten, auch habe er Briefe eines anderen Fürsten (Joachims), und der König werde seinen guten Willen an der That erkennen, — aber er lehnte es wieder ab, sich schriftlich zu verpflichten, und wünschte Belohnungen. Und dabei blieb auch sein Bruder Johann, der am nächsten Tage die Verhandlung für ihn führte, wenn er auch beteuerte, man brauche dies nicht für eine Abweisung oder bösen Willen zu halten. — Da Orval sah, dass der Erzbischof jedes Versprechen bis zur letzten Stunde aufschieben wollte, erklärte er, dann könne auch er nichts bewilligen, und liess das dem Erzbischof durch seinen Geheimsekretär melden. Dieser berichtete, Hermann sei davon sehr betroffen gewesen; sein Bescheid war aber wieder nur, er wisse, dass einige Kurfürsten für Franz seien, und werde auf der Versammlung der Kurfürsten zeigen, dass er geneigt sei, dem Könige Dienste zu leisten. Der Schluss indes, den allein und mit Nachdruck Mignet[50] und Höfler[51] für Franz anführen, enthält doch gerade auch eine Einschränkung. Wenn der Erzbischof erklärte, „Franz werde nach dem Evangelium handeln und den Arbeiter, der in elfter Stunde in den Weinberg komme, bezahlen wie die, welche seit dem Morgen gearbeitet," so behielt er sich damit doch gerade die Entscheidung bis

50. Revue des deux mondes 255. Rivalité S. 203.
51. Wiener S. B. 1873, S. 105.

Digitized by Google

zuletzt vor und sagte endlich nur noch zu, wenn er in acht bis zehn Tagen[52] zu seinen Mitkurfürsten komme, werde er durch seinen Bruder oder einen Brief mit Siegel Antwort senden. Besonders musste es Orval befremden, dass auch der sonst franzosenfreundliche Bruder Johann ein schriftliches Versprechen seines Bruders für unthunlich erklärte und betreffs des Bescheides, den er für seinen Bruder bringen sollte, meinte: dies solle geschehen, wenn er könnte; käme er nicht, solle man sich nicht beunruhigen. Also darf man nicht ganz mit der Sicherheit Mignets und Höflers von einem Erfolge Orvals reden.[53]

Wir haben in der That vom 10. Mai eine Angabe des Grafen von Neuenahr, eines Schwagers des Kurfürsten, gegen Hoogstraeten, einen Rat der Regentin, der Kölner sei durchaus für König Karl und werde es bleiben. Allerdings mochte gegen Hoogstraeten der Graf des Erzbischofs Verhalten etwas zu günstig darstellen; auch war damals der päpstliche Legat noch nicht beim Erzbischof gewesen, der Brief aus Brandenburg noch nicht gekommen. Nach alledem dürften wir am besten so urteilen: am liebsten hätte Hermann wohl die Weseler Abrede zu Gunsten Karls aufrecht erhalten; nur hörte er auch die Franzosen: er wartete eben ab. Doch dürfen wir ihm nicht so schroff wie Mignet den Vorwurf der Unentschlossenheit und Schwäche machen.[54]

Er behielt sich die Entscheidung auch weiterhin vor. Als er am 23. Mai gegen Orval äusserte, er werde in acht bis zehn Tagen die Mitkurfürsten treffen, dachte er vielleicht wirklich noch, der Ladung Joachims nach

52. Die Frist war thatsächlich etwas länger.

53. DRA. I. N. 311. Orval an Franz I. 27. V. Coblenz.

54. Mignet S. 203 sagt vor Erwähnung der Audienz Orvals: Le duc Frederic de Saxe et l'archeveque de Cologne refuserent seuls de prendre des engagements . . . le second par faiblesse et irrésolution, n'osant pas se décider entre des offres des influences contraires.

Digitized by Google

Steinheim auf den 2. Juni zu folgen.[55] Thatsächlich ist er dann aber nicht einmal zum 6. Juni in Mainz gewesen wo Joachim am 5. eintreffen wollte.

Vor dem 6. Juni erhielt Erbischof Hermann weiter einen verlorenen Brief Albrechts,[56] der von dessen Zusammenkunft mit Ludwig in Speyer oder aus Esslingen oder früher gesandt sein und mindestens wohl Albrechts Reise nach Esslingen angezeigt haben muss, vielleicht auch, dass die Kommisare die Ledigsprechung von den früheren Zusagen anböten. (Siehe oben S. 154/55 und S. 185.) Hermann versicherte darauf am 6. Juni während seiner Reise zum Wahltag, als sein Schiff bei Oberwesel lag, dem Kurfürsten Albrecht, wie es der Wahrheit entsprach, er habe den Franzosen kein Siegel und Versprechen gegeben und an dem letzten Abschied, wohl dem von Oberwesel, festgehalten. Er schliesst, falls der Böhme fest wäre, sollte die Sache seines Erachtens gut gehen; er stelle in Pfalz keinen Zweifel und wolle, wenn er sich nach Frankfurt begebe, Albrecht zuerst aufsuchen. Das Urteil Hermanns über den Pfälzer können wir nicht prüfen, so lange wir Albrechts Stellung zu Ludwig und beider zu den Kommissaren nicht genauer kennen und nicht wissen, wann und was Albrecht an Hermann schrieb. Allerdings wird man solchen Briefen, welche die Kurfürsten aneinander richteten, nicht unbedingten Wert beimessen; aber der Brief Hermanns vom 6. Juni wird doch durch die Darstellung Orvals bestätigt: Hermann gab den Franzosen kein schriftliches Versprechen. Er wollte also wirklich auch jetzt an der Weseler Abrede festhalten, doch war natürlich auch seine Erklärung gegen Albrecht keine bindende.

Dass Hermann die Zusammenkunft mit Joachim in

---

55. S. o. S. 105 N. 203. Vgl. DRA. I. N. 277.

56. Die Thatsache, nicht den Inhalt erwähnt die Antwort DRA. I N. 325. S. S. 186, N. 108.

Digitized by Google

Steinheim am 2. Juni durch sein Fernbleiben habe vereiteln wollen, lässt sich nicht nachweisen; denn auch Joachim kam nicht zur Zeit und nicht an diesen Ort, sondern gedachte bereits am 1. Juni bei seinem Aufenthalt in Gelnhausen, er werde in Mainz die Kurfürsten treffen.[57] Vielleicht war also früher um eine Verlegung und einen Aufschub nachgesucht.[58] Jedenfalls kam Hermann nicht vor dem 7. Juni, anscheinend sogar erst in der Nacht zum 8., also nur auf einen halben Tag zu der Vorversammlung nach Mainz,[59] er verliess es zu Schiff mit Albrecht[60] am 8. vor Tisch. Denn sie trafen, wie wir sahen, in Rüsselsheim Kurfürst Joachim, als er bei Herzog Albrecht von Mecklenburg zu Mittag speiste. Nach weiterer Angabe Rixners sollen die Fürsten von dort gemeinsam die Fahrt fortgesetzt haben; nach der Frankfurter Stadtaufzeichnung[61] aber ist „der Bischof von Koln und marggraff Joachim ingeritten." Danach wies Hermann den franzosenfreundlichen Brandenburger also auch nicht von sich, und jedenfalls konnten auch Albrecht und die Kommissare noch nicht unbedingt auf Hermann rechnen.

Wenden wir uns nun dem Trierer zu, dessen Vorliebe und Thätigkeit von Anfang an dem französischen Könige galt.

---

57. DRA. I. N. 316. S. o. S. 107, Note 270.

58. Sollte doch Hermann am 2. VI. aus politischem Grunde fern geblieben sein, so müsste man annehmen, dass bis etwa 30. V. trotz der Unterhandlung des Pfälzers in Vergaville und Coblenz sich ihm die Meinung befestigt habe, Pfalz bleibe sicher für Karl. Wirklich lud ja Ludwig vor dem 1. VI. Karls Kommissare zu sich nach Heidelberg; S. 184.

59. Vgl. S. 186, N. 109. DRA. I. S. 756, Z. 4. S. 767, Z. 21.

60. DRA. I. S. 765, Z. 25 nach Rixner; o. S. 110, N. 279.

61. Frankfurter Aufzeichnung. DRA. I. N. 329, S. 762, Z. 8.

Digitized by Google

V. Kurfürst Richard von Trier.

Als auf dem Augsburger Reichstage vier Kurfürsten, die früher mit König Franz abgeschlossen hatten, von ihm abfielen, und dieser nun zu ihrer Wiedergewinnung des Trierers besonders zu bedürfen glaubte, war er bereit ihm auch mehr zu bieten; insbesondere liess er ihm die Kardinalswürde in Aussicht stellen. Wahrscheinlich erfolgte hierauf von Seiten des Kurfürsten die Bitte um Verwendung bei dem päpstlichen Gesandten Bibbiena betreffs einer Propstei in der Nähe von Trier, ein Punkt der im Vertrag von 1516 nicht enthalten ist; die Erfüllung aber ergiebt sich aus dem Dank vom 8. November 1518. Trier und Brandenburg sollten weiter mit dem Pfalzgrafen über die Angelegenheit verhandeln; und im Geheimen sollte ihnen bereits damals vorgestellt werden, falls Karl doch mehr Aussicht habe als Franz, sei es besser, wenn einer aus der Mitte der Kurfürsten gewählt werde und Franz dann diesen unterstütze.[1]

Mit solchen Aufträgen ging der Herr von Marigny noch nach Augsburg ab. Im November 1518 begab sich dann der von Augsburg zurückgekehrte Herr von Bazoges nach Trier. Seine Instruktion (schon vom 23. X. 1518) stellte ihm als Hauptaufgabe, vom Erzbischofe eine Bestätigung des gegebenen Versprechens und die Versicherung zu erwirken, dass er bei Lebzeiten des Kaisers keinen der Wahl wegen einberufenen Reichstag besuchen oder beschicken wolle. Natürlich fehlte der Dank für des Trierers Treue und für seine Bemühung bei andern Kurfürsten so wenig als eine Anpreisung der Vorzüge des französischen Königs. Der Erzbischof werde von niemandem so viele Vorteile erlangen als von Franz. Die Instruktion rechnete aller-

1. Nach DRA. I. S. 131 ff. Die neuen Pläne nach dem Briefe des Königs an Robertet vom 5. IX. 1518 und S. 140, A. 3. Ueber die Jahre 1516 17 oben S. 2|3.

Digitized by Google

dings auch mit der Möglichkeit, dass Richard sich noch habe für Habsburg gewinnen lassen.[2] Der Erzbischof dankte dem König für seine Verwendung bei Bibbiena, und er soll Anfang Januar mit dem französisch gesinnten Herzog von Geldern in Verbindung gestanden haben. Um den 12. Januar verhandelte dann wieder Bazoges mit Richard, natürlich noch ohne Kunde vom Tode des Kaisers.[3]

Als die Vakanz die Lage verändert hatte, befahl am 4. Februar der Schatzmeister Franz' I Robertet, zunächst durch besonderen Boten Briefe an Richard zu senden, die ihn in seinem guten Willen erhalten sollten;[4] La Vernade, Sr. de Bron, war bestimmt mit ausführlichen Werbungen und Vollmacht zu folgen.[5]

Wann die Werbung an den Erzbischof gelangt ist, wissen wir nicht genau. Möglich wäre es am 10. Februar gewesen, da Franz am 4. Februar seinen Befehl gab; wahrscheinlich ist sie aber erst etwa 13. Februar angelangt, da ja noch inzwischen ein Bote vorausgesandt werden sollte. Die Ankunft La Vernade's sich am 12. oder 13. zu denken empfiehlt auch eine Angabe vom 20. Februar, welche die Agenten Margaretas, Marmier und Speckbach, machten: der französische Gesandte sei sechs Tage vor ihnen gekommen, aber erst vier Stunden vor ihnen in Audienz empfangen.[6] Nur mag der Zweifel ausgesprochen sein, ob

2. DRA. I. S. 134. Vgl. o. S. 3.

3. DRA. I. N. 25. Robertet an Bonnivet. 4. II.

4. A. a. O.

5. DRA. I. N. 18. Instruktion Franz' I für La Vernade und Bazoges zur Verhandlung mit dem Erzbischof von Trier. Ende Januar. Vgl. DRA. I. S. 175. Bazoges kam 4. II. von Trier zurück. Die Instruktion scheint darauf berechnet gewesen zu sein, dass La Vernade Bazoges noch in Trier träfe. Ueber die Vollmacht DRA. I. S. 177, Z. 39.

6. DRA. I. N. 83. Hugues Marmier et Henry de Speckbach an Margareta. 20. II. Coblenz. Bericht über die Verhandlung mit dem Erzbischof von Trier. Mone V, 22—26.

Digitized by Google

nicht der französische Gesandte, der drei oder vier Stunden vor Marmier und Speckbach gehört wurde, etwa ein zweiter französischer Gesandter gewesen ist, dessen Ankunft jenen nicht bekannt war. Auf Franz' I Befehl vom 11. Februar ist nämlich auch noch am 17. Februar von Bonnivet aus Luneville der Herr von Marigny zum Erzbischof Richard gesandt.[7] Dieser kann also sehr wohl am 19. kurz vor den niederländischen Gesandten angekommen und angehört sein.[8]

La Vernade sollte Fühlung suchen, ob der Erzbischof mit dem früher zugesagten zufrieden wäre; wenn Gefahr sei, dass er abfalle, sollte er ihm Versprechungen machen. Und die Haupteröffnung an den Trierer war jedenfalls, dass der König sich ganz nach seinem Rat und seiner Meinung richten werde, als desjenigen, auf den er sich ganz verlasse. Habe der König Erfolg, solle der Erzbischof nicht weniger Kaiser sein, als dieser selbst. Ja die Rücksichtnahme auf den Trierer ging so weit, dass der König seinen Rat erbitten liess, ob und in welchem Masse er Gewalt anwenden solle.[9] Der zweite Gesandte Marigny sollte dem Erzbischof anzeigen, dass sich der Admiral Bonnivet und Orval nach Luneville begäben, um von da das Wahlgeschäft zu leiten; dieselben würden sich seines Rates gern bedienen. Sie liessen auch den Erzbischof, wohl durch Marigny, bitten, er möge ihnen eine Audienz beim Kölner und Pfälzer erwirken.[10]

Es erstattet La Vernade seinen Bericht an die Präsidenten erst am 20./21.; vielleicht wollte er vorher in

7. DRA. I. N. 48. Franz I. an Bonnivet. 11. II. DRA. I. N. 66. Bonnivet und Guillart an Franz. 16. II.: sie werden Marigny morgen senden.

8. Der Termin der Ankunft der niederländischen Gesandten ist nicht genau bekannt.

9. S. N. 6. Für die letzte Bemerkung DRA. I. S. 177, Z. 4.

10. DRA. I. N. 66. S. N. 7.

Digitized by Google

Erfahrung bringen, wie die erwähnten niederländischen Gesandten, die am 19. Audienz gehabt zu haben scheinen, empfangen worden wären. Nach des Gesandten Brief[11] riet Erzbischof Richard dem Könige, den Papst zu ersuchen, dass er den Kurfürsten, auch den geistlichen, durch besondere Boten Briefe sende. Aber der Erzbischof wünschte übrigens, dass man sich ganz auf ihn verlasse, La Vernade sollte nicht bei ihm bleiben. Am 28. Februar hatte König Franz bereits nach dem Wunsche Richards an den Papst geschrieben.[12] Die Aufstellung einer Truppenmacht hat der Erzbischof schon jetzt widerraten. Doch folgte in diesem Punkte der König den Präsidenten, welche eine starke Rüstung empfahlen.[13] Allerdings scheint er dann gegen Ende März und Anfang April wieder geschwankt zu haben.

Inzwischen hatten, wie schon erwähnt ist, auch die Abgesandten der Regentin der Niederlande Marmier und Speckbach von Richard eine Privataudienz erhalten.[14] Und wenn dieser auch in Augsburg die Abgabe seiner Stimme verschoben hatte, so boten die Gesandten[15] jetzt doch von neuem 20000 Gl. und 6000 Gl. Pension und legten die

---

11. Inhalt kurz in DRA. I. N. 92. Bonnivet und Guillart an Franz I. 24. II. La Vernade's Brief kam 23. II. in Luneville an.

12. DRA. I. N. 106. Franz an Bonnivet und Guillart. 28. II.

13. DRA. I. N. 113. Bonnivet und Guillart an Franz I. 1. III. S. 330, Z. 21 ff. N. 126. Franz I. an Bonnivet und Guillart. 5. III. S. 351, Z. 18. . . et quant à l'advertissement qu'il m'envoye, il n'est que bon, toutesfois quant à la force, je suivrai vostre advis et jà ay mandé partout pour faire retirer ma gendarmerie en Champaigne. Et quant aux gens de pied donnerai ordre, qu'ils seront prests, quant temps et besoin sera. Vgl. S. 91—95.

14. Noch früher hatten die Augsburger Kommissare — gleich nach dem Tode des Kaisers — Weigand von Dienheim zum Trierer gesandt. Wir wissen indes darüber sonst nichts. DRA. I. S. 269, Z. 26.

15. Vgl. Höfler S. 64. Le Glay II, N. LX.

Digitized by Google

Gründe dar, die für Karl sprachen. Richard erklärte jedoch: schon in Augsburg habe er nichts versprochen, er wolle auch jetzt die Vorschriften der goldenen Bulle halten; er werde dem König Karl zu Dienst sein, bitte aber nicht weiter zu drängen; auch den Franzosen habe er keine Zusagen gegeben. Uebrigens erscheine ihm das Alter König Karls genügend; es wundere ihn nur, dass er nicht nach Deutschland komme, die Deutschen zu gewinnen, Schweizern und Ungarn entgegenzutreten. Die Gesandten glaubten schliesslich wirklich, Richard wahre sich nach allen Seiten seine Entschliessung, und hörten, er sei befreundet und vertragsmässig verbunden mit dem Pfälzer;[16] überdies fanden sie einige der Räte Karl geneigt. Auch im weiteren werden wir bemerken, dass sich doch etwas mehr, als man bisher annahm, wenigstens seitens der Räte von Trier Verhandlungen auch mit der habsburgischen Partei finden, welche dem Erzbischofe doch schwerlich ganz unbekannt blieben. Persönlich trat er freilich sehr lange nur für Franz ein.

Bereits 9./10. März muss Richard dem Herrn von Sedan, der im Dienste der niederländischen Regentin unterhandelte, erklärt haben, er wolle ihn empfangen. Denn am 14. weiss es Margareta bereits von ihrem Unterhändler.[17] Da nun die Regentin an diesem Tage (14. III), einem Montag, schreibt: j'ay receu voz lectres par lesquelles m' escripvez . . . comment mons. de Trèves vous a donné jour à dymanche prouchain pour parler à luy, so haben wir uns unter

16. S. N. 6. — Höfler betont S. 65, die Gesandten hätten auch erfahren, Richard habe das französische Angebot, einen seiner Bastarde nach Frankreich zu nehmen und ihn zum grossen Herrn zu machen, abgelehnt, und rühmt von Richard: „Der Churfürst hatte sich als redlicher Mann erwiesen und auch diese Versuchung, die an ihn herangetreten war, überstanden." Vgl. die widersprechende Angabe bei Höfler selbst S. 88.

17. DRA. I. N. 158. Ebenso N. 162 vom 15. III.

Digitized by Google

diesem Sonntag den 20. zu denken. — Aber am 13. schrieb der Erzbischof ebendemselben niederländischen Abgesandten, dass er auf seine Bitte seinen Kanzler Heinrich Dungin nach Luxemburg schicken werde, wo er mit ihm am 23. Abends zusammentreffen solle.[18]

Natürlich waren auch für Richard Nachrichten von den übrigen Kurfürsten wichtig; und für die Franzosen war seine Thätigkeit bei den andern Kurfürsten von besonderer Bedeutung.

Die Wahlcitation Albrechts vom 14. Februar dürfte wohl zunächst durch dessen Räte nach Heidelberg, dann erst nach Trier und Köln gesandt, also erst Ende Februar an Richard gelangt sein;[19] jedenfalls hatte der Erzbischof am 20. Februar noch keine Nachricht von Albrecht.[20] Ob er von Heidelberg häufig Nachrichten erhielt, ist nicht bekannt. Etwa am 11. März hat dann, wie wir bereits wissen, Kurfürst Albrecht den Trierer aufgesucht, um ihn für Karl zu gewinnen (s. S. 135); natürlich werden beide auch schon über den Tag von Wesel und über den sächsischen Vorschlag geredet haben, dass alle sechs Kurfürsten vor dem Wahltag zusammenkommen möchten. Diesen Vorschlag hatte Albrecht schon gleichzeitig mit der Citation zur Wahl mitgeteilt. Auch Richard soll, wie der Kölner, dagegen sein Bedenken genommen haben. (S. S. 136.) Albrecht dürfte den Mitkurfürsten an der oberen Mosel getroffen haben. Denn spätestens 4. März war Richard von Coblenz nach Trier aufgebrochen.[21]

---

18. DRA. I. S. 441, A. 2. Kurf. Richard an Robert von der Mark. Pfaltzel. 13. III. 1519. (1518 more Treverensi.)

19. DRA. I. N. 58. 59.

20. DRA. I. N. 83.

21. Dass Richard vier Meilen von Trier weilt, ist in Luneville am 7. III. bekannt; DRA. I. N. 132. Richard muss also am 6. dort gewesen, also etwa am 4. von Coblenz aufgebrochen sein.

Digitized by Google

Dort wollte Richard mit Bonnivet eine Zusammenkunft haben, die von den Präsidenten erbeten war. Diese wollten am 10. aus Luneville aufbrechen, kamen aber erst am 13. März in Trier an und hatten am 14. März Audienz.[22] Auf das Verlangen des Erzbischofs teilten sie mit, wie die Angelegenheit Franz' I. stehe. Vor allem habe der Kurfürst von Brandenburg sich wieder Franz angeschlossen, was sich noch auf den vor dem Tode des Kaisers erneuerten Vertrag Joachims bezog; auch sonst seien wenigstens die Aussichten günstig, wenn auch der Erfolg noch nicht sicher; dem Mainzer, Pfälzer, Kölner seien ihre Forderungen bewilligt; mit letzterem werde auch Kurfürst Joachim zu des Königs Gunsten verhandeln. — Kurfürst Richard erklärte, dass auch er den Kölner zu gewinnen hoffe; einem der Brüder desselben habe er 10 000 fl. versprochen; jetzt liess er weiter durch den Herrn von Bazoges, der nach Brandenburg reiste, einen Brief an Erzbischof Hermann befördern[23] und gedachte, wie er den Präsidenten angab, bald mit ihm zusammenzukommen, danach am letzten Tage des Monats (in Wirklichkeit 28. III.) mit dem Pfalzgraf, dem Mainzer, dem Kölner eine Beratung zu haben und zwar in Oberwesel. Richard wollte dort für die Franzosen die Verhandlung mit den anderen Kurfürsten übernehmen und versuchen, diese Karl abspenstig zu machen, auch die Antwort derselben mitteilen. Dass er sogar einen lothringischen Edelmann als Kammerdiener verkleidet mitzunehmen bereit war, der dann Bericht erstatten sollte, ist bereits oben erwähnt. (S. S. 142.) Ebenso wichtig war für die Präsidenten, dass Richard ihnen den Besuch des Kurfürsten Albrecht berichtete und ihnen nicht vorenthielt, es

22. DRA. I. N. 161. Grosser Bericht Bonnivets und Guillarts an Franz I. Sierq. 15. III. Der grösste Teil, vielleicht fast alles bis S. 441, ist vom 14.; vgl. S. 135, N. 70.

23. S. o. S. 81, Note 190.

Digitized by Google

sei seines Erachtens Albrecht, so grosse Sicherheiten er gäbe, doch nicht zu trauen, da er offen für Karl einträte. (S. 135.) Es entging den französischen Herren aber auch nicht, dass einem niederländischen Agenten in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft mit dem Trierer Kanzler bewilligt sei. Doch hiess es zur Beruhigung, die Abmachungen mit ihnen sollten nicht umgestossen werden. Der Kanzler wollte gegen Zahlung von 500 escus sie von allem benachrichtigen.[24] La Vernade sollte beim Kurfürsten bleiben. Bald wird er demselben sechs päpstliche Breven an die Kurfürsten übergeben haben, welche die Präsidenten noch auf dem Rückwege erhielten.[25] Bald darauf sollten die Präsidenten ihm, entsprechend einem Königlichen Befehl, die Kardinalswürde in Aussicht stellen; ja die Worte lassen sich dahin verstehen, als habe man ihm den Ausblick auf ein späteres Pontifikat gezeigt. Eine Abtei im Mindestwert von 3000 frs. ward auch noch verheissen,[26] und Richard wurde durch einen zum Teil eigenhändigen Brief des Königs geehrt.[27] Da die Präsidenten auf der Rückkehr vom Trierer erfuhren, dass der Pfälzer zwei Boten gesandt habe, welche Bonnivet als Führer auf dem Wege nach Heidelberg dienen sollten, werden sie diese günstige Gelegenheit wie König Franz auch dem Erzbischof bald mitgeteilt haben.

---

24. DRA. I. N. 161, S. n. 22. DRA. I. S. 441, Z. 15 f.

25. DRA. I. S. 441, Z. 6.

26. DRA. I. N. 152. König Franz an Bonnivet und Guillart. 12. III. Sie sollen dem Trierer zeigen, dass er auf ihn ein ganz besonderes und volles Vertrauen setze, und ihm danken. . . Et oultre cela luy présenterez le chappeau de cardinal, qui est dignité pour venir à plus grant chose. König Franz macht dies Angebot, ehe er Antwort vom Papste hatte, der am selben Tage erst (12. III.) in eine spätere Ernennung des Trierers und Kölners zu Kardinälen einwilligt. (Roesler S. 69, Nitti, Leone X. S. 168/69.)

27. Die Weitersendung desselben erwähnt Bonnivet am 20. III. DRA. I. N. 170.

Digitized by Google

Erzbischof Richard seinerseits wusste aber trotz allem Eifer für Franz doch am 19. März auch König Karls Kämmerer Armersdorf, der schon bei den Kurfürsten von Pfalz, Mainz, Köln verhandelt hatte, eine gute Meinung von sich beizubringen. Armersdorf sagt von Richard: nous l'avons trouvé si tres saige et devisant de cest affaire si tres-vertueusement que esperons que la raison le conduira aussy prez de vostre desir.[28] Und doch hatte Richard Armersdorf schliesslich nur erklärt: er werde an sein Gesuch bei der Wahl denken und, wenn er könne, Dienste leisten, müsse sich aber seine Freiheit bewahren. Natürlich beteuerte er dabei seine Selbstlosigkeit wie alle diese Fürsten; wie in Augsburg gedenke er frei zu bleiben, und ohne Gott zu beleidigen und sein Gewissen zu belasten, ohne auf seinen Vorteil zu sehen, wolle er nur für das Lob Gottes, die Mehrung und den Vorteil des heiligen Reichs eintreten. — Am 20. März sollte auch jener Unterhändler der Regentin, der Herr von Sedan, empfangen werden; Richard wird ihm kaum anders geantwortet haben, wenn er ihn überhaupt persönlich empfing.[29] Der Kanzler des Trierers soll sich, gerade wie den Franzosen für Franz, nun dem Herrn von Sedan erboten haben, für Karl wirken zu wollen, gegen die höhere Zahlung von 2000 Gl. und eine Pension von 300 Gl.[30] Es wird am 23. März gewesen sein, wo ja der Kanzler den Gesandten in Luxemburg treffen wollte. Vielleicht gehört in diesen Zusammen-

28. DRA. I. N. 169. Armersdorf an König Karl. 20. III. Le Glay II, 357.

29. S. o. S. 212. — — Vgl. DRA. I. S. 517, A. 2. Am 15. IV. schrieb der Erzbischof von Ehrenbreitstein an den Herrn von Sedan, um sich zu entschuldigen, dass sich seine Antwort auf das, was er seinem Kanzler im Auftrage Karls, Margaretas und Ferdinands gesagt, durch seine Teilnahme am Tag von Wesel verzögert habe. Er habe inzwischen Nassau seine Antwort mitgeteilt.

30. DRA. I. N. 195. Margareta an H. v. Nassau. 3. IV.

Digitized by Google

hang auch eine sonst unbekannte Abmachung, welche von der Regentin in einem Brief an den Herrn von Sedan unter dem 2. April erwähnt wird.[31]

Ob die Zusammenkunft mit dem Kölner, welche Richard zu haben wünschte, stattgefunden hat, ist nicht bekannt, aber es ist wahrscheinlich; denn am 28. März kommt Erzbischof Richard in Oberwesel zusammen mit Graf Heinrich von Nassau und La Roche an, welche noch am 25. beim Kölner gewesen sind. Richard gab Nassau dieselbe Antwort wie stets: er wolle sich überhaupt nicht verpflichten; später behauptete er freilich: Nassau habe „ob seiner Antwort kein Missfallen empfangen." — Auch der päpstliche Legat in Deutschland, Cajetan, wollte den Trierer Ende März in Coblenz sprechen, wie La Vernade bereits etwa am 18. aus Trier nach Luneville berichtete.[32] Doch kann eine Begegnung nicht zustande gekommen sein, da bekanntlich der Legat in Mainz von dem franzosenfeindlichen „gemeinen Volk" kein Schiff zur Fahrt nach Oberwesel erhalten konnte und erst am 28. März auf dem Schiff des Mainzers dahin gelangte.[33]

Dort werden ihn zwei weitere päpstliche Breven erreicht haben.[34] Sie waren an König Franz gesandt, der sie den Kurfürsten zustellen sollte. Der Papst sichert darin dem Könige für die beiden Erzbischöfe zu: damit sie auch durch Belohnungen zu einer rechten Beratung bei der Wahl geführt würden, wolle er sie, wenn durch ihre Hülfe König Franz erwählt sei, zu Kardinälen machen. Die

31. DRA. I. S. 517, A. 1. Margareta an Herrn von Sedan. 2. IV. Der Ueberbringer werde ihn benachrichtigen ce qui a esté fait sur les articles de l'appoinctement dressé à Bruxelles.

32. DRA. I. N. 170. Bonnivet und Guillart an Franz I. 20. III. Luneville.

33. Vgl. o. S. 140, N. 88.

34. Sie werden am 27. III. aus Luneville weitergesandt. DRA. I. N. 188. 28. III. Bonnivet und Guillart an Franz I. DRA. I. N. 151. Breve des Papstes an König Franz. 12. III.

Digitized by Google

Präsidenten wollten es dem Erzbischof von Trier überlassen, ob der Erzbischof von Köln von diesem Breve in Kenntnis gesetzt werden solle oder nicht. Dass der nach Oberwesel gesandte Marigny auch an Kurfürst Albrecht ein Breve mit der Zusage der Legatenwürde zu bringen hatte, wird vor Erzbischof Richard verheimlicht sein, schon um ihn nicht zu verletzen, und weil auch Albrecht selbst verlangt hatte, niemand von der Bitte um die Legatenwürde zu sagen.[35]

Die Bemühungen Richards, andere Stimmen für Franz zu gewinnen, sind, wenn auch zunächst in Wesel fruchtlos, so doch bald darauf schon nicht mehr von so geringem Erfolg begleitet gewesen, als man bei dem Uebereinkommen der drei andern rheinischen Kurfürsten für Karl annehmen möchte. Mindestens dem Pfälzer, der vierzehn Tage darauf seinen Kanzler zu Bonnivet schicken wollte, dürfte des Trierers Thätigkeit für Frankreich noch in Erinnerung gewesen sein (S. 173). Im einzelnen kennen wir zwar weder die Bemühungen noch die Erfolge Richards, da ein Memoire Bonnivets darüber verloren ist. Genug, Richard meinte, Franz werde zum Ziele gelangen, wenn er Kurfürst Ludwig gewönne.[36] Dies schien also in Aussicht, nur noch nicht sicher. Am meisten aber scheint er gehofft

35. S. o. S. 145. Vgl. Nitti, S. 168. Nach N. hat der Papst bei der Verleihung Rücksicht genommen auf den wieder auftauchenden Plan einer Zusammenkunft der spanischen und französischen Minister in Montpellier und hat die Breven ausgestellt in der Befürchtung, König Franz könne auf die Ablehnung gerechnet haben, um einen Vorwand zu haben, sich von ihm zu trennen. Bis zum 14. habe sich dann diese Befürchtung als nichtig herausgestellt.

36. DRA. I. N. 213. Orval, Bonnivet und Guillart an König Franz. 11. IV. Da der vom Trierer mitgenommene Chateaubreham erst am 10. IV. in Nancy ankommt, scheint er erst am 6. oder 7. Oberwesel verlassen zu haben. DRA. I. N. 283. Bonnivet an Franz I. 10. V. S. 680, Z. 16.

Digitized by Google

zu haben, den Erzbischof von Köln und seinen franzosenfreundlichen Bruder Johann zu gewinnen. Ausserdem vermittelte Erzbischof Richard wohl schon Verhandlungen über einen Soldvertrag mit dem Landgrafen von Hessen (S. 109). Im eigenen Interesse erbat er noch freundliche Regelung in Sachen eines Lehens, das der Kardinal von Lothringen inne hatte und ein Freund des Trierers beanspruchte.[37]

Auch weiter ward der Erzbischof im Dienst für Franz I nicht müde. Etwa 17/18. April sandte er wieder eine Instruktion[38] durch einen Sekretär, der am 21. April in Nancy erschien, sich aber stellen musste, als ob er in Geschäften seines Herrn weiter reiste; vielleicht wurden damals die Präsidenten veranlasst, Orval nach Trier zu senden.[39]

Noch nicht drei Wochen später, am 7. Mai, erschien gar der Trierer Kanzler selbst bei den Präsidenten in Nancy. Er wiederholte die früheren Bitten und auch die Mahnung, dass die Franzosen den Pfälzer gewinnen müssten, so dass wir auch hierdurch versucht sind, zwischen Pfalz und Trier nach dem Weseler Tage besondere Beziehungen anzunehmen. Begann doch bald nach dieser Zusammenkunft der Pfälzer gerade sehr nach Frankreich hinüberzusehen. Man kann aber aus der erneuten Mahnung Richards auch entnehmen, dass er für Franz noch keine Majorität sicher kannte. Köln hielt sich neutral; Pfalz schien doch gleichzeitig auch viel mit Habsburg zu unterhandeln; und Böhmen wie Mainz mussten als sicher für Karl gelten. — Wieder

37. Ersichtlich erst aus einem Briefe Bonnivets und Guillarts an König Franz vom 10. V., in welchem aber auf eine Meldung Chateaubrehams Bezug genommen wird.

38. Sie fehlt; erwähnt DRA. I. N. 241. Orval, Bonnivet und Guillart an Franz I. 21. IV.

39. DRA. I. N. 261. König Franz an Orval und Bonnivet. 30. IV. An diesem Tage billigt bereits der König Orvals Sendung.

Digitized by Google

erklärte Richard einen militärischen Eingriff für unzweckmässig; eine französische Gensdarmerie sollte nur jeden Augenblick an der Grenze der Champagne bereit sein, aber nicht nach Deutschland einrücken; ausserdem sollten die Herzöge von Geldern und von Lüneburg, neben Joachim von Brandenburg die Hauptanhänger des französischen Königs in Norddeutschland, angewiesen werden, dass sie ihre Landsknechte innerhalb acht Tagen stets gerüstet hielten:[40] in der Champagne und in Deutschland rechnete Richard, wie wenigstens der Kanzler meinte, auf je 4000 Mann. Die Präsidenten antworteten, dass, wenn nötig, der König auch zur Aufbietung von mehr Truppen bereit sei und, falls sie solche stellten, ihnen die Kosten ersetzen würde.[41]

Während so der Trierer Kanzler in Nancy verhandelte, war Orval von dort unterwegs nach Coblenz.[42] Am 13. Mai hatte er auf Ehrenbreitenstein Audienz bei Richard. Nur ein Sekretär war bei dem Kurfürsten; Orval begrüsste Richard als „Hauptleiter der Sache des Königs"[43] und übergab sodann das Wahlversprechen des Markgrafen Joachim. Richard war jedoch schon unterrichtet, wahrscheinlich von Joachim selbst nach dem Empfang Nassaus und dem Abbruch der Verhandlung mit den Spaniern. Er hatte auch dem Brandenburger bereits geantwortet, dass er ebenfalls König Franz unterstütze. Dem Präsidenten

40. DRA. I. N. 283. Bonnivet und Guillart an Franz I. 10. V.; ebenso stellte der Kanzler des Pfalzgrafen, der zwei Tage später mit Bonnivet zusammenkam, diese Sache dar.

41. Der König bestätigte dies am 16. V. DRA. I. S. 682, A. 2. Franz I. an Bonnivet.

42. Er ist am 7. V. mit dem General Beaune von Nancy nach Coblenz aufgebrochen, auch zu dem Zwecke, dort am 10. V. 50 000 Gl. für den Markgrafen zu bezahlen.

43. principal conducteur de la chose du roy DRA. I. N. 292. Orval an Franz I. 14. V. Ein 6 Seiten langer neuer Bericht.

Digitized by Google

empfahl er weiter, auch den Kölner aufzusuchen, damit Erzbischof Hermann sich nicht gegen ihn selbst zurückgesetzt fühle. Ueber die Mitwirkung französischer Truppen ward eingehend konferiert; Richard widerriet sie immer von neuem, wie er es eben durch seinen Kanzler bereits gethan hatte.[44] Er blieb auch nach Entgegnungen Orvals bei seiner Meinung und liess, obwohl Kurfürst Joachim den König zu Rüstungen drängte, schliesslich doch nur durch Orval um den schriftlichen Auftrag bitten, falls er und Joachim von Brandenburg es für nötig erachteten, in ihrem Namen, aber auf des Königs Kosten, Truppen anzuwerben gegen die, welche sie in ihrer freien Wahl hindern wollten. Die etwaige Werbung ihnen zu überlassen empfahl er übrigens auch, weil es das billigste für den König sei. Und eine Parteinahme der Schweizer für Karl glaubte er nicht befürchten zu müssen. — Wichtig ist vielleicht die leider nur zu kurze Angabe des Präsidenten, dass ihm Richard am 13. Mai — also ziemlich früh — Konzepte von drei Artikeln, die wir nur eben nicht kennen, gegeben habe, welche bei Verhandlungen mit den Kurfürsten nicht in den Vordergrund gestellt werden dürften.[45]

Wahrscheinlich enthielten einige der Artikel auch Bestimmungen, die später in die Wahlverschreibung aufgenommen wurden, und über die man sich schon in Oberwesel in einigen Punkten geeinigt haben mochte. Vielleicht

---

44. S. o. ausführlichere Angaben bei Besprechung der Brandenburger Vorschläge; S. 91 ff. .

45. DRA. I. S. 696, Z. 25. Mon dit sr. de Trèves a esté d'oppinion, que en parlant à messieurs les eslecteurs en particulier et en géneral de par vous, ne devons surtout mectre troys points en avant, dont il nous a luy mesmes baillé les articles, et que cella est necessaire en vostre affere et la chose qui peult plus vous aider, et mouvoir mesdits srs. les eslecteurs pour les tirer a vostre intention . . . . . il vous plaira en mander vostre vouloir, principallement quant au second article.

Digitized by Google

in einem dieser Artikel, wenn nicht schon früher, hat Richard wie die übrigen Kurfürten um Lossprechung von den Eiden gebeten.[46] Endlich erklärte er sich bereit, auch ferner, wo es möglich sei Kurfürsten durch Geld zu gewinnen, mit ihnen in Franz' Interesse zu unterhandeln, wie er denn am 19. Mai mit dem Bruder des Kölners lange Besprechungen gehabt hat;[47] ja auf seinem Schiffe wollte er französisches Geld mit nach Frankfurt hineinnehmen; er lehnte nur ab, es selbst den Kurfürsten zu übergeben.

Und in seinem eigenen Lande gewährte er den französischen Bevollmächtigten längere Zeit in Coblenz Quartier, damit sie auch den übrigen Kurfürsten näher wären; ebenso auf der Anreise in seinen Schlössern. Am 16. Mai kamen auch Bonnivet und Guillart nach Coblenz. Alle drei Präsidenten wurden am 18. Mai sehr gut von Richard empfangen. Ihre Mitteilung von der Zusammenkunft mit dem Pfälzer Kanzler (S. 177 ff.) nahm der Erzbischof naturgemäss mit grosser Freude auf. Es hat dann, wie Erzbischof Richard wohl mit dem Bruder des Kölners beredet hatte, Orval auch bei Erzbischof Hermann Audienz erhalten (o. S. 203). — Am 26. Mai begab sich Richard von Trier zum Legaten, sprach danach bei den Präsidenten vor und bat sie von neuem um die erwähnten lettres de relaxation des serments. Anscheinend galten sie auch für andere Kurfürsten; denn Richard erklärte, man solle ihm trauen, er würde keinen Brief übergeben, wenn er nicht sicher zu gehen glaube. Die Präsidenten stellten sie ihm zu und händigten ihm auch 50 000 escus ein, die er in Frankfurt bei der Verhandlung mit dem Kölner und den böhmischen Gesandten verwenden sollte.[48] Mindestens

46. DRA. I. N. 312. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 27. V. S. 732, Z. 2. nous demanda avoir les lectres de relaxion des sermens et autres, dont il nous avoit autresfoiz parlé.

47. DRA. I. S. 712, Z. 23.

48. DRA. I. N. 312. Orval, Bonnivet, Guillart an Franz I. 27. V. Coblenz.

Digitized by Google

also eine von beiden Stimmen hoffte man in diesen Tagen zu gewinnen, die dann mit Trier, Brandenburg, Pfalz die Majorität bildete. — Richard scheint sich endlich bemüht zu haben, eine Stadt, geeignet für sichern Aufenthalt der Präsidenten, aber in grösserer Nähe von Frankfurt zu ermitteln und ihnen zugänglich zu machen. So ist die Nachricht aufzufassen, dass der Erzbischof und die französischen Wahlleiter nach Limburg, das dem Trierer und dem Landgrafen von Hessen gehörte, geschickt haben; doch suchten sie noch nach einem „bessern" Ort.[49] In Coblenz erhielt Richard wohl auch noch während der letzten Tage des Mai König Franz' Vollmacht zur Truppenwerbung, die, wie wir sahen,[50] für ihn und den Brandenburger galt. Ebenfalls aus Coblenz muss aber auch der Bericht eines habsburgischen Agenten stammen, dass er bald gute Nachricht vom Trierer bringen werde. La Roche erwähnt ihn in seinem Briefe vom 2. Juni aus Höchst: er heisst ein Freund Armersdorfs.[51]

Der Erzbischof selbst freilich hielt es mit den französischen Herren und gab ihnen an, dass sich eine Anzahl Kurfürsten — ausser ihm selbst Pfalz und Köln — in Mainz treffen wollten (s. Note 48). Am 6. Juni langte er dort an, traf aber wohl nur Albrecht und Joachim; die Unterredungen mit diesem lernen wir später kennen. Vor Ankunft des Kölners begab er sich nach Frankfurt,[52] wo er als erster am 7. Juni abends ankam.[53] Aus der Ansprache zu seiner Begrüssung, wie sie ähnlich den übrigen Kurfürsten zu Teil ward, bei denen wir nicht darauf eingingen,

49. Ebenda.

50. S. o. S. 106. Genaueres über die Bezahlung soll nach DRA. I. S. 697, A. 4 stehen im Codex der Bibl. nat. F. fol. 5756. Konzept.

51. DRA. I. S. 745, Z. 4 ff.

52. DRA. I. N. 326. La Roche an Margareta. 7. VI.

53. DRA. I. S. 760, Z. 35. Frankfurter Aufzeichnung.

Digitized by Google

möchten wir folgende Erklärung des Rates herausheben: Wenn sich etliche ohne Kenntnis des Rates in die Stadt „versleichen“ sollten,[54] wolle der Rat, wofern die Kurfürsten es anzeigten, für die Ausweisung Sorge tragen.

Ehe wir betrachten, wie diese Bestimmungen beobachtet wurden, wie die Verhandlungen sich entwickelten, begleiten wir den letzten der persönlich in Frankfurt erschienenen Fürsten wieder bis in diese Zeit. Der Kurfürst von Sachsen, nicht wie sein Nachbar von Brandenburg in weitgehende Umtriebe verflochten, erschien auch nach allen andern in Frankfurt.

VI. Kurfürst Friedrich von Sachsen.

In Augsburg hatte allein Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen seine Stimme nicht vergeben. Auch als der Thron erledigt war, gab er keinem der Rivale ein Versprechen. Mit dem Eintritt der Vakanz erhielt die Frage für ihn aber als Reichsvikar Interesse. Er mied jetzt nicht, sondern suchte ein Einverständnis mit den übrigen Kurfürsten und wünschte, wie wir sehen werden, sie zu bewegen, den Unruhen im Reiche entgegenzutreten. Für ihn selbst musste die Stellungnahme seines Mitkurfürsten in Brandenburg von besonderer Wichtigkeit sein.

Wir müssen eine Reihe Briefe, die zwischen Kardinal Albrecht und Friedrich gewechselt sind, von denen wir freilich oft kaum mehr als das Datum wissen, benutzen, um erkennen zu lassen, wann Albrecht den Kurfürsten Friedrich von seines Bruders Joachim neuen Plänen benachrichtigt haben kann (o. S. 45).

Mitte Januar weilte Albrecht etwa eine Woche bei Kurfürst Friedrich zur Jagd,[1] muss aber spätestens am

54. DRA. I. S. 761, Z. 21 ff.

1. Mencken II, 594. (Script. rer. Sax.)

Digitized by Google

20. Jan. nach der Umgegend von Halle zurückgekehrt sein. Am 21. Jan. erfuhr dann Friedrich durch Albrecht den Tod des Kaisers.[2] Diese Benachrichtigung musste für Friedrich um so wertvoller sein, da sich bisher nicht nachweisen lässt, dass von den Augsburger Räten an ihn vor dem 29. Januar eine offizielle Mitteilung gelangt wäre. Es erregte die Missbilligung des Herzogs Georg.[3] Und als Reichsvikar hätte Friedrich doch besonders schnell benachrichtigt werden müssen. Wie weit damit in Zusammenhang stand, dass Friedrich am 23. oder 24. den Kardinal auf den 25. abends nach Eilenburg lud,[4] ist unbekannt. Dort scheint Albrecht mitgeteilt zu haben, dass er mit seinem Bruder vermutlich zusammenkommen werde. Denn ein Schreiben Albrechts vom 28. Jan., worin er Friedrich bat, am 3. Febr. in Naumburg zu sein, setzt Bekanntschaft mit dem beabsichtigten, wenn auch noch nicht sicheren Besuch Joachims voraus; Friedrich wurde auch für den Fall geladen, dass Joachim nicht käme.[5]

Am 29. Januar wurde endlich eine Werbung der kaiserlichen Räte an Friedrich in Torgau übergeben. Es geschah durch Wolfgang Kesinger, jenen Sekretär, der in den Tagen vorher schon bei Kardinal Albrecht in Halle war. Er zeigte zunächst den Tod des Kaisers an; und dass Friedrich selbst sich über späte Benachrichtigung beschwert hätte, ist nicht ersichtlich. Sodann eröffnete der Sekretär: es sei des Kaisers höchste und letzte Bitte gewesen, dass er s. f. g. „ire verlassne enkeln, kunig Karln und herzog Verdinandum, auch irer Mt. land und leut fruntlich und treulichen bevolhen haben" möchte. Eine

2. S. o. S. 117, Note 18. DRA. I. S. 151, A. 4.

3. DRA. I. N. 9. Herzog Georg v. Sachsen an Kurf. Friedrich. s. l. 28. I.

4. S. o. S. 117 und DRA. I. S. 156, A. 4.

5. S. o. S. 119, Note 24.

Digitized by Google

weitere Gesandtschaft an Friedrich ward angekündigt.[6] Welchen Eindruck diese Aufforderung auf den pflichttreuen, ängstlichen Kurfürsten machte, zeigt am unmittelbarsten ein Brief Friedrichs an Herzog Georg vom 30. I. mit der Nachschrift: „E. l. die wellen in meinem eilenden und bossen schreiben geduld haben, dan ich wais nicht schir, was ich schreiben sol, got fuge alle sachen zum besten und uns armen Deutzschen zu genaden".[7] An Kesinger gab Friedrich am 31. in Altenburg Antwort, er wolle den Kaiser mit Nachthuung guter Werke nicht vergessen, sondern seiner seelen heil bei seiner geistlichkeit vleissig furdern". An Ziegler schrieb Friedrich eigenhändig und lehnte wahrscheinlich wie später jede Verpflichtung ab.[8]

Für einenen andern Kreis der bei der Wahl Interessierten waren die nun folgenden Beratungen Friedrichs mit Albrecht und Joachim zu Naumburg am 3. Febr. wichtig. Gerade Friedrich stellte, wie wir bereits wissen, zur Erwägung, ob nicht vor der Wahl alle Kurfürsten zusammenkommen sollten, und Kardinal Albrecht wollte den Vorschlag den andern rheinischen Kurfürsten mitteilen.[9] Man weiss, wie häufig in dem letzten Jahrhundert nur die rheinischen Kurfürsten zusammenkamen und der Sachse und Brandenburger unbeteiligt blieben; daraus erklärt sich, dass der Kurfürst in den nächsten Wochen sehr gespannt auf Antwort wartet und jeden Augenblick zur Abreise bereit ist. — Friedrich schlug in Naumburg auch vor, dass bei einer solchen Versammlung die sechs Kurfürsten gemeinsam an die Stände des heiligen Reichs ein

6. DRA. I. N. 13. Werbung des kaiserlichen Sekretärs Wolfgang Kesinger an den Kurf. v. Sachsen. (29. I.)

7. DRA. I. S. 160, A. 2. Kurf. Friedrich an Hzg. Georg. 30. I.

8. DRA. I. S. 161, A. 1.

9. S. o. S. 44, u. S. 121, Note 28. Vgl. DRA. I. N. 10. 59. 117. DRA. I. N. 196. Instr. Kurf. Friedrichs für den Grafen Philipp v. Solms zur Verhandlung mit Albrecht v. Mainz.

Digitized by Google

Ausschreiben erliessen gegen alle, die sich unterstehen würden, sie an ihrer freien Wahl zu verhindern.[10] Er selbst unterliess deshalb zunächst ein Ausschreiben von Seiten des Vikariatamts.[11] Die Möglichkeit, dass Friedrich in Naumburg oder früher von dem französischen Angebot der Statthalterschaft an Brandenburg gehört hat, kann nicht bestritten werden; die Thatsache ist nicht erwiesen (s. o. S. 45). Ebensowenig liess sich feststellen, wieviel Wahrheit das in Augsburg bekannte Gerücht von ungarisch-sächsischen Praktiken für die Erhebung Ludwigs von Ungarn zum deutschen König und zu einer Familienverbindung des sächsischen und ungarischen Hauses hatte. Auch die Zeit, zu welcher die Kurfürsten sich trennten, ist genau nicht bekannt; am 7. Febr. traf sich Friedrich mit Herzog Georg in Altenburg.[12]

Am 8. Febr. erliess er Befehle über die Totenfeier für den Kaiser in seinen Landen. Ein dem Ausschreiben beiliegender Zettel schreibt aber zugleich vor, jeder solle sich, dā „die leuft allenthalben seltsam sind," in Wehr und Rüstung halten, falls etwas widerwärtiges vorfiele.[13] Bald sollte der Kurfürst wirklich von Unruhen wenigstens innerhalb seines Vikariats hören.

Bereits am 16. Febr. erhielt Friedrich vom Herzog Heinrich von Lüneburg eine Anfrage, ob er ihn nicht bald in Zerbst oder Allstädt aufsuchen dürfe, und zwar weil er Dinge mit ihm zu bereden habe, die sich über Land nicht melden liessen; und der Herzog, welcher durch Kurfürst Joachim von dem Naumburger Vorschlage einer Zusammenkunft aller Kurfürsten gehört haben mochte, wünschte sogar: falls der Kurfürst sich nächstens mit den

10. DRA. I. S. 445, A. 1.

11. DRA. I. N. 196. S. N. 13.

12. DRA. I. S. 156, A. 1. cf. Mencken, Script. II, 594.

13. DRA. I. N. 40. Kurf. Friedrich an die geistlichen und weltlichen Stände seines Landes. 8. II. 1519.

Digitized by Google

übrigen Kurfürsten „betagen“ wollte, möchte er vorher mit ihm zusammentreffen. Friedrich erwiderte am 19. Febr., wiewohl er sehr geneigt sei, des Herzogs Begehren zu erfüllen, sei er doch daran verhindert; denn er erwarte „alle Stund“ von seinen Mitkurfürsten zu einer Versammlung gerufen zu werden; falls die Ladung nun plötzlich und kurz vor dem Termin eintreffe, so dass er den Herzog nicht mehr vorher zu sich rufen könne, hoffe er, dass dieser ihm jene Dinge doch schriftlich mitteilen werde.[14]

Bald kam ein neues Schreiben des Herzogs vom 23. an, zum grössten Teil noch ohne Kenntnis von Friedrichs Absage geschrieben. Heinrich befürchtete, sein früherer Brief möchte verloren gegangen sein, und bat daher, den Schwager zwischen 13. und 17. März aufsuchen zu dürfen, da „eine merkliche Franzosische Botschaft“ bei ihm angezeigt sei; diese müsse er erst erwarten.[15] Er schloss daran eine lange Auseinandersetzung, welcher Schaden von den Häusern Oestreich und Burgund dem Reiche gethan, wie wenig ein Oestreicher zum Kaisertum geeignet sei. Deshalb habe auch der Kurfürst von Brandenburg sich wegen seines Augsburger Vertrags mit Spanien bei Frankreich entschuldigt „mit dem erbiten, wen die sache vor der neuen election dohin gereicht hette, das kei. Mt. totlich abgangen, so het er sich seiner vorpflichtung kegen Frangreich wol zu halten wissen.“[16] Darauf habe Franz I nochmals nach Berlin geschickt; die Antwort solle ihm, dem Herzog, vor Fast-

14. DRA. I. N. 77. Frage und Antwort nach Friedrichs Brief an H. v. Lüneburg. 19. II. Wittenberg.

15. Wir kennen bereits Albrechts Anzeige an Friedrich (Schleusingen. 7. II.), ein französischer Bote habe eine Gesandtschaft angemeldet.

16. DRA. I. S. 281, Z. 2 ff. DRA. I. N. 89. Heinrich der Mittlere von Braunschweig-Lüneburg an Friedrich von Sachsen 23. II. 1519.

Digitized by Google

nacht mitgeteilt werden. Das Reichsinteresse also zunächst und dann die Politik seines Nachbars sollten Friedrich zum Anschluss an Frankreich bewegen.[17] Endlich aber machte der Herzog auf die Kriegsgefahr aufmerksam, in welche die Wahl eines Habsburgers das Reich mit den Franzosen, Engländern, Schweizern verwickeln könne, und folgerte auch Friedrich werde sich vielleicht der Partei Franz's anschliessen und seinen Vorteil dabei finden; er selbst habe von Franz Auftrag, mit ihm über eine grosse Verehrung und eine jährliche Pension[18] zu handeln. Für einen weiteren Vorschlag hatte der Lüneburger „nit gruntlichen Befehl,"[19] nämlich: Friedrich solle[20] Römischer König, Franz aber Kaiser werden; wenn Franz als Kaiser nicht genehm sei, werde er Friedrich unterstützen, oder den, welchen Friedrich, abgesehen von den Oestreichern, nenne. Man könne auch die Auskunft treffen, dass Frankreich „uf das, so in Welscher nacion ist dem reiche zustendig, kaiser wurd, und das wir dennoch e. l. oder wer e. l. gfellig, uf das so in Teutscher nacion ist, zu einem Romischen Konig hetten. und do das zu geringe were, auch in deme besserung zu machen."[21] Auch müssten etwaige Eroberungen in Italien nach dem Tode des Kaisers wieder ans Reich fallen. Im ganzen empfahl Heinrich die Wahl des Königs Franz mit ähnlichen Gründen, wie Moltzan in Berlin auf Grund jener „persuasions", und fügte nur einiges hinzu, um an Friedrichs Familiengefühl zu appellieren, indem er betonte, König Franz thäte ihm und den Seinen, Friedrichs nahen Verwandten, viel unverdientes Gute zu

17. DRA. I. S. 282, Z. 25: Man wenet wol, Brandenborg sei gerei wider Franzosisch; e. l. lassen sichs nit irren; wollen e. l., so sollen die ime weit ein auge aufstechen.

18. DRA. I. S. 281, Z. 21.

19. DRA. I. S. 282, Z. 6.

20. DRA. I. S. 281, Z. 28 ff.

21. DRA. I. S. 282, Z. 11.

Digitized by Google

ewigem Gedeihen; Friedrich könne sein eigenes wie das Gedeihen des Herzogs und seiner Kinder fördern. — Während des Schreibens erhielt Heinrich aus Brandenburg Briefe, in denen Kurfürst Joachim ihn zum vierten Male zu einer Zusammenkunft nach Brandenburg lud, und zwar auf den 13. März (s. o. S. 53). Heinrich teilte dies Friedrich mit und bat, ihn nach dieser Zusammenkunft am 15. März zu Belzig oder am 16. zu Wittenberg, Lochau oder Schweinitz treffen zu dürfen; denn es wäre nicht der vierte Teil, zu schreiben, als zu reden; er wünschte Antwort bis zum 9. März. Friedrich sollte dem Herzog, falls dieser nach der letzten Angabe zu ihm kommen solle, jetzt schreiben, dass er seine Wahl nicht auf das Haus Oestreich und Burgund zu wenden gedenke.[22] Eine solche kurze, schnelle Antwort genüge fürs erste; um diese aber bat er dringend, da Frankreich natürlich zu erfahren wünsche, was er ausgerichtet. Ob Friedrich auch noch des längeren antworten wolle, stelle er ihm anheim; er selbst halte mündliche Aussprache für zweckmässiger. Als der Herzog den Brief schliessen wollte, kam Friedrichs Anzeige vom 19., dass er verhindert sei. Auf das neue Schreiben vom 23. antwortete der Kurfürst am 3. März selbst,[23] dass er hinsichtlich der Wahl jede Verpflichtung ablehne; im übrigen wollte er zum 13. März nach Brandenburg das nötige melden und bat den Herzog, am 16. März nach Torgau zu kommen.

Uebrigens erfuhr Friedrich gegen seine Erwartung durch einen Brief Albrechts vom 14. Februar[24] (einge-

22. DRA. I. S. 284, Z. 8.

23. DRA. I. N. 119. Kurfürst Friedrich an Heinrich von Braunschweig-Lüneburg. 3. III.

24. DRA. I. N. 59. Instr. des Kardinals von Mainz, was Licentiat Christoff Gross und Adolf von Haym bei Ueberantwortung des Briefes zur Wahl an den Kurfürsten von Sachsen werben sollen. 14. II. 1519. — Uberantwort zu Grym am sontag nach sand Matthias tag anno etc. (27. II.)

Digitized by Google

troffen erst am 27.), dieser sei nur eben am Tag vor der Absendung in sein Stift gekommen und habe noch nicht dem Naumburger Abschied gemäss die übrigen Kurfürsten darüber befragen können; er schicke jetzt seine Räte zu ihnen. Die Frage, ob eine Zusammenkunft des Kurkollegiums vor der Wahl stattfinden sollte, blieb also für Friedrich noch offen. Er musste daher jetzt anlangenden Gesandtschaften der Rivale ohne Kenntnis von den Massnahmen der übrigen Kurfürsten antworten. Er hat dabei, wie er an Heinrich von Lüneburg schreibt, sich wohl gehütet, über seine Absicht bestimmte Erklärungen abzugeben.

Am 19. März kam Graf Hoyer von Mansfeld[25] mit einem Auftrage der kaiserlichen Räte vom 23. Februar. Er sollte allen Fleiss anwenden, s. G. auf einen besseren Weg gegen König Karl zu bringen, und durfte hohe Anerbietungen machen, über welche das Nähere in einem Schreiben der Räte an Mansfeld als bekannt angenommen wird.[26] Er übergab einen Brief König Karls, in dem dieser den Tod Maximilians beklagt und die Bitte anschliesst, ihn, weil er Deutscher und seine Vorfahren Kaiser gewesen seien, auf den Thron des Reiches zu erheben; als Kaiser werde er auch besser der Türkengefahr wehren und alles andere zur Mehrung des Reichs thun können. Aehnlich lautete die persönliche Werbung von Mansfeld selbst. Auf diese erklärte der Kurfürst am 21. März:[27] er habe nach Kesingers Anzeige eine genauere Mitteilung über des Kaisers letzten Willen erwartet, „darinnen", so heisst es, „wolten wir uns, sovil an uns, erzeigt und gehalten haben, wie dann ir Mt. vertrauen zu uns gestanden", — jedoch

25. DRA. I. S. 464, A. 3 nach Spalatins Annalen bei Mencken Script. II, 595.

26. DRA. I. N. 90. Zevenbergen, Villinger, Ziegler an Graf Hoyer von Mansfeld. 23. II.

27. DRA. I. N. 173. Note unter der Ueberschrift.

Digitized by Google

in der Wahlangelegenheit sich irgend wie zu verpflichten, wies er wiederum von sich. Die Antwort ward am 23. März an Mansfeld gesandt,[28] also schon ehe Albrechts Brief kam.

In denselben Tagen war auch eine französische Gesandtschaft bei Friedrich eingetroffen, der Ritter Johann von Tavannes und der Herr von Sureye. Ihre Instruktion betonte zunächst die Türkengefahr: Franz werde der rechte Führer gegen den Feind der Christenheit sein. Dieser rüste gewaltig. Deshalb habe der Papst seinen Legaten zu allen christlichen Fürsten geschickt, um zu erfahren, mit wie grosser Macht und wann sie die Sache unternehmen wollten. Der König von Frankreich habe gelobt, in eigener Person auszuziehen mit dreitausend Kürassieren und vierzigtausend zu Fuss, mit Geschoss und dem so da zugehört, zur Rettung des heiligen Stuhls und der Christenheit. Die Erzählung von solchem christlichen Eifer war gut auf das fromme Gemüt des Kurfürsten berechnet. — Die Ausführung, so hiess es, sei dem Könige leicht; er werde sich an seinen bisherigen Besitzungen genügen lassen und trachte nach dem Reiche nicht aus Ehrgeiz oder Habsucht; das Reich werde ihm mehr Beschwerden als Nutzen schaffen. Aber weil er die Gefahr der Christenheit bedenke, Schutz und Mehrung derselben das vornehmste Amt des Kaisers sei, und weil er nach Erlangung der Krone seine Pläne „vermittels der Port, Gestat und kriegserfahrnen Leut" besser ausführen könne, sei er veranlasst, auf Ansuchung vieler Fürsten nach dem Kaisertum zu trachten. Derlei wird in sechs langen Artikeln wiederholt. Für Franz spreche seine deutsche Abkunft, die man zu beweisen suchte.[29] Auch sei früher das Kaisertum und die

28. DRA. I. S. 466, A. 1.

29. S. o. S. 27, A. 26 u. Exk. III. DRA. I. S. 292, Z. 22: angesehen das die konige zu Frankreich und ire unterthanen iren ursprung und ankunft haben aus Teutschen landen von dem Ort genant Franckfordt, doher auch die Franzosen, zuvor Galli genant, itzo Franci heissen.

Digitized by Google

Krone Frankreich vereint gewesen; dazu sei der König wegen des Herzogtums zu Mailand ein Fürst des Reichs. Schon dies konnte gewinnend klingen, es folgten noch Erklärungen persönlicher Art. Der Kurfürst möge dem Könige Gelegenheit geben, ihm seine Wohlmeinung zu beweisen; sehr angenehm sei ihm schon die Heirat des Herzogs von Geldern mit Friedrichs Nichte Elisabeth; auch Friedrichs Neffen, Ernst von Lüneburg, der an seinem Hofe weile, liebe der König sehr. Wünsche der Kurfürst selbst eine Gemahlin, so sei ihm als Gattin die Schwester des Herzogs von Alençon, Witwe des Herzogs von Montferrat, anzubieten, ein junges, „schons, weises und fruchtbars weib und das kinder von dem verstorbenen marggraven hat." — Nach allen solchen Eröffnungen und Anerbietungen sollten die Boten um des Kurfürsten Rat bitten und, falls er sich günstig erwiese, sich in weitere Unterhandlung einlassen, auch ihm Verschreibung zu geben ermächtigt sein.[30] — Aber Kurfürst Friedrich lehnte jedes Anerbieten ab; er wollte sich nicht an seiner freien Wahl hindern lassen: es müsse die Wahl „nach vermoge der gulden bullen frei, und nit on merklich verpflichtung der aide bescheen." Auch zweifele er nicht, Königl. Würde werde solche Antwort nicht für ungebührlich halten.[31] König Franz hatte die Antwort spätestens am 14. April; er schrieb an diesem Tage in einem Brief schon von der Erwiderung des Kurfürsten und „guten Worten" des Kanzlers Dr. Brück und sah sich gleichzeitig veranlasst, Bazoges, der von

30. DRA. I. N. 93. Instr. für Tavannes und Surye vom 24. II.

31. DRA. I. N. 183. Friedrichs Antwort an Tavannes und Sureye. 24. III. 1519. Wenn der Kurfürst Werbungen „durch etlich Person" vor und nach dem Tode Maximilians „in schriften und persondlich an ihn gebracht" erwähnt, so haben wir dabei an Bazoges' Thätigkeit in Augsburg, an eine zweite Sendung im November und nach dem Tode des Kaisers an eine Einwirkung Kurfürst Joachims in Naumburg (DRA. I. S. 487, A. 2), sowie Herzog Heinrichs von Lüneburg zu denken.

Digitized by Google

Brandenburg nach Sachsen gehen sollte, 500 escus zuzustellen, welche er dem Kanzler anbieten möchte.[32]

Inzwischen war nun am 5. April[33] bei Kurfürst Friedrich eine zweite Werbung von Habsburgischer Seite durch Christoph Langemantel und wiederum durch Graf Hoyer von Mansfeld angebracht. Auch für Karl hatten diese anzuführen, er sei Deutscher, nämlich geborner Herr von Oestreich, er rede deutsch. Sein Ansehn aber, „von gnaden des allmechtigen", werde dem Reich seine Freiheit und Macht wiederbringen, ja erhöhen, wie dem Türken Abbruch thun. Der Kurfürst möge ihn daher wählen und nicht zweifeln, dass „s. kon. gnad solchs umb sein lieb und das furstenthumb Sachsen" freundlich erkennen werde. Und weil man glaubte, dass Friedrich seine Antwort auf den Wahltag verschieben wolle, so sollte er darauf hingewiesen werden, wie er leicht in Unglimpf geraten könne, wenn die Franzosen, die bei allen Kurfürsten verhandelten, Erfolg hätten.[34] Nach Notizen auf der Rückseite dieser Aufzeichnung hat des Kurfürsten Antwort gelautet wie die, so Graf Hoyern gegeben, d. h. als er das erste Mal eine Werbung anbrachte. Am 7. April aber hatte der Kurfürst noch nicht festen Bescheid gegeben; er schreibt an Herzog Georg: „ich hoff zu got, ich bleibe bei meiner vorgegeben antword. Got schicke alle sachen zum besten; meins bedenkens werhe es zeit, wan uns got genad verleihen weld."

Dass Friedrich überhaupt an seiner Festigkeit zweifelte, war vielleicht durch die Besorgnisse bewirkt, mit denen ihn die Unruhen im Reich erfüllten.

Am 25. März hatte nämlich Friedrich von Kurfürst

32. DRA. I. N. 219. Franz I. an Orval, Bonnivet und Guillart. 14. IV. DRA. I. S. 552, Z. 1.

33. DRA. I. S. 477, A. 1 (Citat v. 7. IV) u. 479, A. 1.

34. DRA. I. N. 180. Instr. für Graf Hoyer von Mansfeld und Christoph Langemantel zu einer Werbung an den Kurf. v. Sachsen. 24. III. 1519.

Digitized by Google

Joachim das uns schon bekannte Schreiben[35] mit der etwas anmassenden Bitte erhalten, ihm auf Ersuchen in seiner Abwesenheit Land und Leute zu schützen. Besonders, dass Joachim für sich und seine Mitkurfürsten Schutz erbat, empfanden die Herzoge Johann und Georg, welche gleiche Schreiben erhielten und ausserdem von Friedrich um ihre Meinung befragt wurden, als Ueberhebung Joachims. Auch, dass Friedrich nur als Fürst des Reichs, nicht als Vikar bezeichnet wurde, verletzte. An Joachim schrieb Herzog Georg zwar, er wolle sich im Falle eines Angriffs auf die Kurfürsten, wie es einem Fürsten des heiligen Reichs gezieme, „mit hilf und beistand dermassen erzeigen, dass es unsers verhoffens unverweislich sein soll," — doch war die Bedingung, „wo wir des verstendigt und wie geburlich erfordert werden."[36] Sein Schreiben an Friedrich aber zeigt, dass er unter einer gebührlichen Forderung einen Befehl des Reichsvikars, also Friedrichs' verstand.[37] Herzog Johann äusserte sich ähnlich und empfahl dem Kurfürsten, durch ein Ausschreiben an die Stände des Vikariats seine Würde als Vikar zu zeigen.[38] Wohl erst nach Einlaufen dieser erbetenen Aussprache, also wohl 1./2. April, wies Friedrich selbst den Kurfürsten Joachim darauf hin,[39] wie in Naumburg gerade von ihm der Antrag gestellt sei, dass die Kurfürsten ein Ausschreiben gegen Unruhestifter während der Wahl erlassen möchten. Falls aber Joachim von den übrigen Kurfürsten Befehl zu seiner Aufforderung gehabt habe, möge er es anzeigen. Also schon die Zeitgenossen sahen in Joachims Ansprüchen einen Uebergriff; heute wissen wir gar, dass Joachim, nicht zwei Monate nach seinem ersten Schreiben, direkt von den

35. DRA. I. N. 163. Kf. Joachim an Kf. Friedrich. 16. III.
36. DRA. I. S. 476, A. 4. Hz. Georg an Kf. Joachim. 23. III.
37. DRA. I. N. 179. S. o. S. 96, n. 237.
38. DRA. I. S. 446, A. 1. Herzog Johann an Friedrich. 28. III.
39. DRA. I. S. 445, A. Friedrich an Joachim. s. d.

Digitized by Google

Habsburger Abgesandten die „Gubernacion in den sächsischen Provincien" verlangte (o. S. 102). Da Friedrich durch Heinrich von Lüneburg über die Pläne Joachims unterrichtet gewesen sein wird, wenn sie vielleicht Ende März auch nicht ganz soweit gingen als später, so durfte in der That das Brandenburger Schreiben den sächsischen Kurfürst beunruhigen und mindestens ungünstig stimmen.

Vielleicht waren die Briefe Joachims auch der Grund, dass Friedrich dem Kardinal Albrecht erst am 3. April auf den inzwischen erfolgten Bescheid betreffs einer Kurfürstenversammlung erwiderte. Am 19. März spät nachts[40] war nämlich bei Friedrich jene für ihn wenig erfreuliche Nachricht eingelaufen, dass Albrecht zwar bei etlichen, doch nicht bei allen Mitkurfürsten guten Willen gefunden habe. Verwundern aber musste es Friedrich besonders, dass Albrecht deshalb unter Ausschluss von Sachsen und Brandenburg, also der Kurfürsten aus dem Osten des Reichs, eine Zusammenkunft der rheinischen Kurfürsten auf den 29. März nach Oberwesel ausgeschrieben hatte.[41] Friedrich macht denn auch in der Antwort, die er durch Graf Philipp von Solms eiligst[42] bringen liess, bemerklich, dass in der Berufung allein der rheinischen Kurfürsten eine Eigenmächtigkeit Albrechts oder ein schwächliches Nachgeben gegen Wünsche anderer liege; denn in Naumburg seien drei Kurfürsten für eine allgemeine Versammlung gewesen; wären nun von den rheinischen Kur-

40. DRA. I. S. 372, A. 5.

41. DRA. I. N. 133. Albrecht an Friedrich. 7. III. Vgl. o. S. 135.

42. DRA. I. N. 196. Instr. Friedrichs von Sachsen für Graf Philipp von Solms zur Verhandlung mit Erzbischof Albrecht. 3. IV. Graf Solms scheint nur 6 Tage zur Reise gebraucht zu haben (DRA. I. N. 210), wie Anfang März ein Bote Albrechts an Joachim nur 5 sogar nach Berlin. Dagegen Albrechts Bote an Friedrich vom 7. III. brauchte 12 Tage. S. auch N. 24.

Digitized by Google

fürsten auch etliche, wenn gleich nicht alle, dafür, so seien sie ja die Mehrheit. Darum, so hiess es in der Instruktion für Solms, „hat mein gnädigster Herr je vermaint, dieweil sich eur aller chf. gnaden in disen schweren leufen von allen sachen irer gebur und der notturft solten underredt haben, das zusamenkomen solt nit underlassen bliben sein.“ So schrieb Friedrich, kurz ehe die rheinischen Kurfürsten sich in Wesel wieder trennten. Er erklärte dabei an Albrecht, dass er dem Naumburger Abschied gemäss mit dem Ausschreiben des Vikariats bisher gewartet hätte, sandte gleichzeitig eine Kopie von jenem befremdlichen Schreiben Joachims und sprach endlich die Hoffnung aus, dass auch die übrigen Kurfürsten so wie er den Bewerbern keine bindende Antwort geben würden. —

Auf dieses Schreiben erhielt Friedrich Mitte April Albrechts Antwort, welche über die Vorverhandlungen zum Weseler Tage wie über den Ausgang des Tages selbst einiges neu meldete, einiges anders als früher: ausser Pfalzgraf Ludwig, der eine Zusammenkunft aller Kurfürsten nicht für gut angesehen habe, hätten auch Köln und Trier ihr Bedenken genommen; deshalb habe er, Albrecht, sich bemüht, zu Wesel, wo die Kurfürsten des Rheinstroms sich jährlich zu versammeln pflegten, sie eben zusammenzubringen. Dort habe man wieder befunden, dass eine Zusammenkunft aller Kurfürsten der Wahl halben zur Zeit nicht nötig sei, wie er mündlich näher berichten werde. Albrecht erwähnte also nichts von der Einung der drei Kurfürsten von Köln, Pfalz und Mainz, schrieb vielmehr, es sei sein ganzer Wille, „in der Wahl eines Römischen Königs frei und unversprochen zu bleiben.“ [43] Ausserdem übersandte er die Verhandlung mit dem päpstlichen Legaten.

43. DRA. I. N. 210. Antwort Albrechts auf die Werbung des Grafen Phil. v. Solms an Friedrich. (9. IV.) Das Datum nach einer Beglaubigung.

Digitized by Google

Darauf entgegnete am 20. April Friedrich: Den Beschluss zu Wesel wisse er nicht zu ändern, aber er halte dafür, dass durch aller Kurfürsten Zusammenkommen der Aufruhr, so vorhanden oder sich noch erheben möchte, verhütet worden wäre und sich hindern lasse; wären alle Kurfürsten beisammen gewesen, hätte man auch den Legaten desto stattlicher abfertigen können.[44] In einem sonst sehr ähnlichen Schreiben an Pfalz vom 23. April meint er, sie beide als Vikare müssten sich nun über die zu ergreifenden Massnahmen von neuem beraten.[45]

Der Kurfürst war also besorgt, dass ein Aufruhr im Reich sich erheben möchte; energische Massnahmen freilich vermisst man. Wir hören nur, dass er Truppen in Hessen hatte, wohl um einem Angriff Sickingens zu wehren.[46] Und doch hatten sich, als er an Ludwig schrieb, die Anzeichen des Aufruhrs bereits gemehrt. Bis zum 9. April hatte er eine Bitte des Kurfürsten Joachim um Reiter erhalten, der höchst anmassend um Geleit gebeten zu haben scheint, da Friedrich, wie wir sahen, am 11. April darüber in Besorgnis und Eile eigenhändig seinem Vetter schrieb.[47] Am 20. April hatte Friedrich eine neue Aeusserung des Brandenburgers über seinen Brief vom 16. März in Händen; jetzt stellte Joachim sein eigenmächtiges Ersuchen gerade als der Naumburger Abrede entsprechend hin (o. S. 97). Friedrich gab dies in einem Briefe an Albrecht nicht zu; er werde sich des ebenfalls nicht erinnern.[48]

---

44. DRA. I. N. 236. Friedrich an Albrecht. 20. IV.

45. DRA. I. N. 244. Friedrich an Ludwig. 27. IV. S. 589, Z. 4.

46. DRA. I. S. 575, A. 3. Vgl. DRA. I. S. 862, Z. 36. S. o. S. 110 f., n. 281.

47. DRA. I. S. 542, A. 2. Kurf. Friedrich an Herzog Georg, eigenhändig 11. IV.

48. S. n. 44. DRA. I. S. 575, Z. 8. Albrecht bestätigte Friedrich am 5. V. seine Meinung. DRA. I. N. 274.

Digitized by Google

Noch näher schienen die Sachsen von Unruhen in den braunschweigischen Landen berührt zu werden, über die Herzog Georg am 10. April den Kurfürsten unterrichtete.[49] Georg suchte den Anstifter dieser Umtriebe in der Person des Herzogs von Geldern und glaubte den Zweck zu erkennen, dass „dordurch di Francossis macht ins lant zu Sachssen gbracht mocht werden der gstalt, ab man ir gern dornoch loss werd, das man den (= dann) nicht kont, und ab man den Francossen zü keisser nicht haben wolt, das man in den haben müsste." Es heisse auch, meinte Georg, der Herzog von Lüneburg stehe in viel Praktiken dem Könige von Frankreich zu gut; man versichere, es solle nicht wider den Kurfürsten sein; dennoch habe er die Nachricht dem Kurfürsten melden wollen. Friedrich antwortete: als Vikar könne er nicht einschreiten, denn, wo kein Kläger, sei kein Richter.[50] Er liess dann zwar seinen Aerger über den franzosenfreundlichen Lüneburger aus, aber erwähnt doch auch hier keine Gegenmassregeln.[51] Er forderte nur Heinrich auf, keinen Aufruhr zu erregen, — damit er nicht in die Notwendigkeit komme, als Vikar des Reichs auf Ansuchen anderer zu thun, was ihm gebühren würde.[52] Der Argwohn des Kurfürsten aber konnte dadurch nicht beschwichtigt werden, dass der Herzog schriftliche Antwort verweigerte; in seinem mündlichen Bescheid an den Boten leugnete er sonderliche Praktiken, die er dem französischen König zu gut haben solle; allerdings gönne er die römische Krone lieber dem französischen als dem spanischen Könige,

49. DRA. I. N. 212. Georg an Friedrich. 10. IV.

50. So auch noch am 26. IV. DRA. I. S. 606, Z. 10: dan solt ich mich fur mein person und auf keins parts ansuchen understeen, so solt es mir wol geen, wie meinem ohemen dem pfalzgraven in der Wirtenbergischen sachen bescheen, und merklich mir zu einem spot gereichen. Vgl. o. S. 162.

51. DRA. I. S. 542, A. 1 u. 2.

52. DRA. I. N. 217. Instr. Friedrichs für Joh. Feyl zu einer Werbung bei H. v. Lüneburg (etwa 12. IV.).

Digitized by Google

da jener ihm viel gutes thue, dieser die Versprechungen nicht halte. Besonders glaubte er wohl durch folgende Begründung bei Friedrich Anklang zu finden: unter einem spanischen Regiment würden doch auch diejenigen, welche beim verstorbenen Kaiser in Ansehn gewesen wären, wieder ins Regiment kommen und es würde so vielleicht ärger als vorher. Am liebsten, sagte Heinrich von Lüneburg, würde er sehen, wenn einer der deutschen Kurfürsten gewählt würde, wofern derselbige allein das Reich zu unterhalten vermöge.

Kurfürst Friedrich wünschte wenigstens, wie er am 26. April an Herzog Georg schrieb, dass die Wahl auf einen Deutschen falle.[53] Ebendahin ging der Wunsch der Schweizer, welche wie erwähnt Anfang April an die Kurfürsten schrieben, ebenso auch Gutachten, welche Herzog Georg durch seinen Kanzler und einen Dr. Schleinitz aufstellen liess.

Bei dieser Gesinnung des Kurfürsten konnte eine neue französische Gesandtschaft mit ihrer Werbung natürlich wenig Erfolg haben. Gerade in der Woche vorher, vom 17.—24. April, der Charwoche, war wirklich der französische Gesandte Bazoges zu Grimma beim Kurfürsten gewesen.[54] Er scheint dabei den Gedanken einer Heirat von Friedrichs Neffen mit einer der Töchter des Königs von Navarra angeregt zu haben, wenigstens giebt er nach seiner Rückkehr von Paris aus über jene Prinzessinnen Auskunft; er bittet am 8. Mai, der Kurfürst möge anzeigen, wie sein Bruder und er sich in der Angelegenheit entschlossen

53. DRA. I. N. 254. Krf. Friedrich an Hzg. Georg. 26. IV: er habe schon früher angezeigt, „das uns ein Teutzscher, so der durch uns eintrechtiglich erwelt und Gott gnad darzu verleihen wolt, am erlichsten und nutzlichsten sein solt. Und so es gut werden sol, so muss unser hergot schicken und mit desselben hilf bescheen wie e. l. schreiben.“ S. 605, Z. 12 ff.

54. DRA. I. S. 487, A. 3. Spalatins Nachlass, S. 107.

Digitized by Google

hätten.[55] Demnach scheint Friedrich um Ostern 1519 die Verhandlung über eine Heirat nicht ganz abgewiesen zu haben; auch nennt Bazoges seine Aufnahme eine humanissima et privata receptio et tractatio. Doch wird Friedrich diesmal wie sonst Heiratsangelegenheiten und Wahlhändel geschieden haben. Das ist auch Spalatins Meinung (s. o. h. 54).

Bereits zwei Tage vor Palmarum, 15. April, war auch von dem Gesandten Karls Graf Heinrich von Nassau wenigstens eine Anfrage an Friedrich gekommen, ob er eher zu ihm oder zum Kurfürsten von Brandenburg gehen solle. Friedrich antwortete am 16., dass er ihm in einigen Tagen — wie er bitte, nach Erfurt — Bescheid senden wolle; es werde stattlicher durch eine Botschaft als schriftlich geschehen.[56] Durch diese Botschaft liess er dann, etwa am 20. April, den Grafen von Nassau nach einigen entgegenkommenden Erklärungen schliesslich bitten, erst nach Berlin zu ziehen, und ihm danken, dass er ihn in dieser heiligen Zeit nicht stören wolle.[57]

Aber dennoch wurde am 28. April eine Werbung an Friedrich in Altenburg eingereicht. Am Tage vorher waren Graf Heinrich von Nassau, La Roche und Ziegler, welche von Mainz kamen, mit den von Augsburg geschickten Gesandten Casimir von Brandenburg und Hoyer von

---

55. DRA. I. N. 278. Bazoges an Krf. Friedrich. 8. V.

56. DRA. I. S. 530, A. 3. Friedrich an Nassau. 16. IV.

57. DRA. I. N. 238. Instr. des Kf. Friedrich für einen Gesandten zu einer Werbung bei Graf H. v. Nassau. Etwa 20. IV. Graf Solms hatte geschrieben: wenn der Kurfürst Nassau etliche Tage bei sich behalten und allerhand sehen lassen würde, so werde dieser sein Gefolge voranreiten lassen. Auch um dieser Angabe willen liess man Nassau zuerst nach Brandenburg ziehen. Wo der Kurfürst jetzt weile, sei nichts lustiges. Auf der Rückkehr aber möge Nassau die neu hergerichteten Gebäude und Gärten besichtigen und vielleicht eine Hirschjagd mitmachen. Er möge seine Ankunft anzeigen.

Digitized by Google

Mansfeld in Jena zusammengetroffen.[58] Die Gesandten wiesen nochmals darauf hin, Kaiser Max habe von den Kurfürsten auf seinen Vorschlag, König Karl zum römischen König zu machen, ein „freuntlich und churfurstlich antwort" erhalten; König Karl hätte s. g. zu seinem Vater angenommen; Friedrich möge darum die Wahl Karls als eines Deutschen nicht hindern, sondern fördern, wie schon im März Mansfeld gebeten habe. „Daz wolt ko. wirde umb s. f. g. und daz wirdig capitter der churfursten etc. verdienen." Nach der Erwählung solle von einem Regiment und Ordnung geredet werden. In Frankfurt freilich wurden alsdann, um dies gleich hier zu bemerken, die Artikel der Wahlverschreibung v o r der Wahl verhandelt. Auch mag hervorgehoben werden, dass nach Sachsen ein Teil der Gesandten eben von Wesel her kam und vielleicht Kenntnis über Beratungen der Kurfürsten hatte, welche dort auch über dass Regiment stattgefunden haben mögen. (Vergleiche Schlussabschnitt.)

Friedrich meinte, er wisse sich der Augsburger Handlung und seiner Antwort wohl zu erinnern, sie wäre auch „in vorzeichnus schriftlichen gestelt und kai. Mt. ubergeben u. s. w."; darum sollte sich daran nun nichts mehr ändern; vielmehr hätte er gerne gehört, dass Kaiserl. Mt. „solcher Antwort Bestätiger" gewesen wäre. Dass er sich Karls als eines Sohnes annehmen solle, dazu achte er sich zu gering; wenn sich Gelegenheit finde, werde er sich gegen König Karl und Herzog Ferdinand, ihre Lande und Leute als Freund erzeigen; betreffs der Wahl aber blieb er immer bei der alten Antwort. Sei Karl erwählt und erfordere er dann den Kurfürsten um Bestellung des

58. DRA. I. N. 255. Werbung H.s v. Nassau und anderer spanischer Bevollmächtigter. 28. IV.

Digitized by Google

Regiments, so wolle er sich deutscher Nation zu Ehren als getreuer Kurfürst zeigen.[59]

Hierauf sind dann die Gesandten zu Markgraf Joachim gezogen, aber, nachdem durch die dortigen Verhandlungen der Bruch Joachims mit den Habsburgern deutlich geworden war, am 9. Mai bereits wieder bei Friedrich, diesmal in Torgau, erschienen. Sie kündigten jetzt an, dass König Karl geneigt wäre, seine Schwester Katharina dem Neffen des Kurfürsten, Herzog Hans Friedrich, zur Gemahlin zu geben. Nachdem der Plan einer Heirat Katharinas mit dem brandenburgischen Kurprinzen gänzlich gescheitert war, machten die Gesandten wohl ohne Auftrag den Versuch wie der Plan in Sachsen aufgenommen würde. Friedrich scheint die eigentliche Verhandlung seinem Bruder überlassen zu haben; immerhin schrieben die Gesandten, der Kurfürst wünsche die Heirat und rechne sie sich zur Ehre an,[60] wie dieser in der That seinem Bruder erklärte; freilich, fügten sie bei, in eine Unterhandlung wolle er selbst nicht treten, da die Rede von der Wahl sei. Und den Bruder liess er durch einen eigenen Gesandten bedeuten, dass das Heiratsprojekt von der Wahl unabhängig bleiben müsse. Er empfahl freundliche Danksagung, machte aber darauf aufmerksam „wie es mit denen Welschen heirathen zugeht, daz die oft anderung gewinnen, wie den e. f. g. wissen, daz mit dem marggraven bescheen." Sei die Heirat aber nicht mit der Wahl verknüpft und sonst genügend gesichert, so sei sie nicht ab-

59. DRA. I. S. 259. Antwort Friedrichs auf das Anbringen der spanischen Gesandten. 28. IV.

60. DRA. I. N. 279. Nassau, La Roche etc. an König Karl. 8. V. Lochau. DRA. I. N. 295. Dieselben an König Karl. 16. V. Rudolstadt.

Digitized by Google

zuschlagen, sondern in Bedenken zu nehmen.[61] Herzog Johann wird dies in Weimar erfahren haben, ehe am 13. die spanischen Gesandten mit ihm selbst verhandelten. Markgraf Casimir trug vor: da der Plan, König Karls Schwester mit dem Kurprinzen von Brandenburg zu verloben, sich zerschlagen habe, dächten sie dem Sohne des Herzogs diese Heirat anzutragen, woraus dem Haus Sachsen Ehre und Nutzen erwachsen werde; König Karl würde es ohne Zweifel an nichts mangeln lassen. Dann aber kam in der That, wie der Kurfürst vorausgesehen, das Ersuchen an den Herzog, er möge ihnen den Kurfürsten für die Wahl Karls zu gewinnen helfen. Johann erklärte indes, ohne Friedrichs Rat auch in geringen Sachen nichts vornehmen zu können; er komme in Kürze mit ihm zusammen, Da die Gesandten bereits von Friedrich Antwort hatten, fand er es für sich nicht weiter geziemend, „über des Kurfürsten Antwort weiter Suchung zu thun." Die Gesandten hielten dennoch ihre Bitte aufrecht und versprachen übrigens, König Karl sofort zu benachrichtigen. Eine Beeinflussung des kurfürstlichen Bruders bei der Wahl machten sie nicht schlechthin zur Bedingung, geschweige den Erfolg derselben; sie erklärten: „Di antwort, konick Karl berurent, were di suchunge nit anders geschen, dan so feil meim gn. hern mit bite bei seir f. g. breuder . . . thun kennt; beten ore beder gnaden nach m. g. h. zu biten, das s. kf. g. konick Karl in der wale und sunst in freuntlichem gedechtnis haben wolt." Die

61. DRA. I. N. 282. Instr. Friedrichs für Hans von der Planitz zu einer Werbung bei Hzg. Johann. (9. V.) s. l. Von der anderen Seite vgl. DRA. I. N. 295. Die Gesandten schreiben an König Karl, das einzige Heilmittel nach dem Fehlschlag in Brandenburg sei die Heirat Katharinas mit dem Neffen des Kurfürsten von Sachsen; er müsse mit äusserster Eile (der grösseren Sicherheit halben auf 2 oder 3 Wegen) die erbetenen Vollmachten senden, damit sie vor der Wahl in ihren Händen wären.

Digitized by Google

Heirat wünschte auch Johann; er verlangte jedoch Geheimhaltung bis zum Abschluss der Sache.[62] —

Inzwischen hatte Kurfürst Friedrich am 9. Mai — eben an dem Tage, an welchem die Habsburgischen Gesandten wieder bei ihm erschienen — nachdem er endlich die Hoffnung auf eine Kurfürstenversammlung hatte aufgeben müssen, sein Vikariatsausschreiben erlassen: es solle nicht nur jeder sich friedlich halten, sondern auch bei andern Empörung zu hindern suchen und „sich dem Reiche zu gut anheimsch in rustung und verwarung dermassen halten," dass er, Friedrich, wenn im Reiche jemand einen andern wider Recht gewaltsamer Weise belästige oder die ordentliche Wahl eines römischen Königs verhindern wolle, mit andern Ständen dagegen einschreiten könne.

Und Besorgnisse über Unruhen im Reiche konnten ihm wie früher durch die Briefe Heinrichs von Lüneburg im Februar, Joachims im März und April, so jetzt neu durch Briefe des Herzogs Georg erregt werden. Dieser teilte am 16. Mai über Rüstungen deutscher Fürsten für Frankreich jene Aeusserung des Bischofs von Brandenburg mit,[63] die dieser gegen Traxdorf, wohl eben einen Herrn in des Herzogs Dienst, gethan. Der Bischof habe gesagt: „Was wollt ihr thun?" und, als Traxdorf dies auf sich bezogen, zugefügt: er meine es nicht so, er meine die Sächsischen, denn er

62. DRA. I. N. 291. Verhandlungen des Markgrafen Casimir und Herzog Johanns von Sachsen über eine spanische Heirat 13. V. Citat S. 693, Z. 1 ff.

63. Dass dieser zum Mainzer abgefertigt sei, hatte Herzog Georg bereits früher angezeigt. (S. 704, Z. 9.) Georg traf wohl auf der Hinreise des Bischofs nach Mainz mit ihm zusammen. Hieronymus wird etwa 21. IV. nach Mainz gesandt sein. cf. N. 237 und N. 302.

Digitized by Google

wisse sehr wohl, dass ein Teil gut französisch sei.[64] Herzog Georg erklärte entsetzt: wenn er selbst mit Friedrichs Zustimmung allen Kurfürsten nach Frankfurt schreiben dürfe, dass sie „einen Franzosen nicht zu einem Herrn leiden könnten," so wolle er keinen Fleiss sparen, um Genossen zu finden. Praktiken, wie Kesinger offenbar und Ziegler insgeheim sie mit ihm besprochen, sei er feind. Der Kurfürst aber lehnte das Angebot ab und verwies lediglich auf die Hülfe Gottes.[65] Auch später schrieb er in demselben Sinne, obwohl er fünf bis sechs Tage danach noch eine viel schärfere Zuschrift von einem Ungenannten, wohl aus der Umgebung des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel, erhielt.[66] Der Schreiber berichtet von den für Sachsen gefährlichen Abmachungen des Brandenburgers mit den französischen Gesandten und bezeichnet als seinen Gewährsmann „einen redlichen und glaubhaftigen, der im rat mit gewest, do solchs mit der franzosischen botschaft gehandelt." [67] Er teilt insbesondere mit, es sei zu Berlin dahin abgeschlossen, dass entweder der König von Frank-

64. DRA. I. N. 296. Herzog Georg an Kurf. Friedrich. 16. IV 1519. o. S. 106 f. Man möchte vermuten, die letzte Aussage beziehe sich auf eine franzosenfreundliche Gesinnung Herzog Johanns, die seinen Verwandten nicht bekannt, im April aber noch vorhanden gewesen wäre.

65. DRA. I. S. 705, A. 1. Friedrich an Georg. 18. V.; ähnlich 24. V., 28. V. Ebenda.

66. DRA. I. N. 302. Ein Ungenannter an (Kurf. Friedrich). s. d. (etwa 20. V.). Bisweilen wird als Herr des Schreibers der Herzog von Braunschweig genannt, d. i. natürlich der Wolfenbüttler Herzog, da er franzosenfeindlich sein soll. — Danach würde die Ueberbringung des Briefes zwei bis drei Tage erfordert und, wenn das Stück etwa auf den 20. V. zu setzen ist (DRA. I. S. 715, A. 3), Friedrich es etwa 23. V. erhalten haben.

67. Unmittelbar darauf wird die Sendung des Bischofs von Brandenburg nach Mainz erwähnt. Sollte dieser vielleicht die Quelle des Schreibers sein?

Digitized by Google

reich zu einem römischen König erwählt und in diesem Falle Kurfürst Joachim als Gubernator desselben im Reich bestellt, oder dass, falls Franz I. nicht Aussicht habe, jener selbst gewählt und vom König mit Geld und Truppen unterstützt werden solle.[68] Welcher Fall nun auch eintreten mochte, mit der sächsischen Stellung eines Vikars vertrug sich der eine, mit der Machtstellung Sachsens überhaupt der andere nicht. Dazu ward ganz offen mitgeteilt, der Zweck der Umtriebe in Norddeutschland sei, König Franz einen „Eintritt" zu verschaffen; der Kurfürst von Brandenburg sei hierfür, vereint mit dem Herzog von Lüneburg, seit langem thätig und treffe jetzt wieder in Halle einen Lüneburger „geschickten".

Vielleicht hat endlich den sächsischen Kurfürsten vor seiner Abreise zum Wahltage am 25. Mai[69] auch noch ein neues Schreiben Heinrichs von Lüneburg vom 21. Mai erreicht, der am 3. Mai abermals seine Hoffnung ausgesprochen hatte, der Kurfürst werde ein guter Franzose sein und ihm und seinen Kindern aus allen Nöten helfen. Jetzt wies er auch darauf hin, „wie sich etliche mit gwalt unterstehen," Friedrich und die übrigen Kurfürsten „zu dringen, nit eine freie Wal zu haben;" er wiederholt deshalb seinen alten Vorschlag, Frankreichs Hülfe in Anspruch zu nehmen. Auch könne Friedrich mit mehreren Kurfürsten übereinkommen; insbesondere habe Brandenburg sich ganz der hispanischen Handlung entschlagen, sodass er durch einen Bund mit Frankreich zu beständiger Freundschaft mit Brandenburg gelangen werde.[70]

---

68. Es sind also ganz dieselben Angebote an Joachim, welche Heinrich von Lüneburg im Februar an Friedrich machte. S. o. S. 228 ff.

69. Die Reisestationen DRA. I. S. 746, A. 3 u. 4.

70. DRA. I. N. 304. Heinrich von Lüneburg an Friedrich. 21. V. (Vgl. DRA. I. N. 719, A. 2. Heinrich an Friedrich. 3. V.).

Digitized by Google

In so unruhigen Verhältnissen liess der Kurfürst sein Vikariat zurück, als er am 25. Mai von Altenburg abreiste. Vom 26. Abends bis zum 30. war er in Weimar; dort erreichte ihn ein Brief Cajetans mit Entschuldigung, dass die heilige Rose noch nicht eingetroffen sei. Am 30. gelangte er nach Königsee (40 km), am 31. Mai nach Eisfeld (30 km), am 1. Juni nach Heldburg (20 km), wo ein Ruhetag gehalten wurde, am 3. Juni nach Königsberg (25 km), am 4. Juni nach Hasfurt am Main (12 km). Da er die erwarteten Schiffe nicht vorfand, zog er zu Lande noch weiter bis Würzburg, wo er 6. Juni anlangte. Von dort fuhr er am 8. früh zu Schiff den Main hinunter und kam am 11. Juni, drei Tage nach den übrigen Kurfürsten, in Frankfurt an. So geschah es, dass Graf Heinrich von Nassau, der von Friedrich Auftrag hatte, ihn sofort nach seiner Ankunft aufzusuchen,[71] aber von der Anfahrt zu Schiffe nichts wusste, den Kurfürsten verfehlte, obwohl er vom 6. zum 7. Juni die ganze Nacht auf den Feldern zubrachte, um ihn abzufangen.[72]

Dagegen hatte Friedrich schon auf der Reise in Heldburg am 2. Juni ein Schreiben des Augsburger Unterhändlers Ziegler. Auch dieser hält ihn für Karl günstig gesonnen, wenn der Ton des Briefes auch keine förmliche Zusage voraussetzt. Ziegler will nun für Karl weiter durch die Erklärung wirken, „Karls Gemüt sei nicht, einige Gewalt der Election halben zu thun, denn allein die Kurfürsten bei ihrer freien Wahl zu beschirmen", auch das schwäbische Bundesheer sei lediglich zur Abwehr französischer Einfälle weiter von Oestreich in Sold behalten; es sei Gefahr, dass sonst Franz I. es anwerbe, der am

71. DRA. I. N. 327, S. 756, Z. 2. La Roche an die Regentin. (Monsr. de Saxe) . . luy (Nassau) a mandé, qu'il viegne incontinent devers luy sur autant, qu'il désire faire service au roy. Der Auftrag muss von Friedrich Anfang Mai oder brieflich erteilt sein; für Anfang Mai spricht auch Zieglers gleich zu nennender Brief.

72. Ebenda. S. 755, Z. 34.

Digitized by Google

Rhein eine grosse Armee unterhalte und im Braunschweigischen eine Partei habe. Die Kommissare hätten sich ihrerseits schon mit den Eidgenossen verständigt; auch Strassburg und alle Umsassen würden für Karl rüsten, wenn der Franzose in deutsche Lande ziehen sollte. Wie diese Nachricht, mochten Friedrich, welcher besonders nach der Kunde von dem französischen Bündnis des Brandenburgers wohl immer mehr für Karl war, noch weitere genehm sein. Ziegler zeigte an, dass der Papst dem spanischen König für die Vereinigung der deutschen und neapolitanischen Krone Dispens erteilen wolle. Freilich darf man starken Zweifel hegen, ob diese Mitteilung schon in jenen Tagen der Wahrheit entsprach. Höchstens konnten die Kommissare durch Agenten in Rom davon wissen, dass seit Mitte April der Papst nicht mehr ganz mit Franz I. zufrieden war. Nitti,[73] der die Unzufriedenheit des Papstes seit Anfang April erwähnt, sagt selbst auch, bis zum vierten Tage vor der Wahl seien die päpstlichen Legaten in Deutschland nicht davon unterrichtet gewesen. Wenigstens von einem offiziellen Vertrage zwischen Leo und Karl vom 17. Juni, den Nitti bekannt gemacht hat, erfuhren sie erst am 24. Juni. Deshalb könnten aber die Kommissare immerhin, wie gesagt, durch Agenten von früheren Verheissungen des Papstes gehört haben; jedenfalls teilten sie dies Friedrich mit.[74]

73. Nitti, Leone X, S. 205—212.

74. Allerdings glaubte am 31. V. auch König Karl, dass der Papst einlenke. DRA. I. S. 735. König Karl an die Regentin. 31. V. Barcelona. Eine solche Nachricht dürfte spätestens am 22. aus Rom abgegangen sein (Baumgarten, Forsch. 23, S. 549 rechnet 11—12 Tage Beförderungszeit von Rom nach Saragossa, dann kämen etwa 9 Tage auf die Strecke Rom—Barcelona). Wenn gleichzeitig ein Bote an die Kommissare aus Rom abging, konnte wohl eben bis zum 26. Nachricht an sie gelangen; zudem ist der 22. der späteste Termin für die Absendung des Briefes nach

Digitized by Google

Endlich erfuhr der Kurfürst aus Zieglers Briefe[75] bereits auf der Reise, dass weder der König noch die Krone von Böhmen „den Franzosen nit elegirn, sondern (in Zieglers Sinn) sich ganz recht halten“ würden.[76] Friedrich hatte sich möglicherweise schon bei Zieglers früherer Anwesenheit in Sachsen Auskunft über das mutmassliche Verhalten der Böhmen erbeten.[77] Er mochte Ende April oder Anfang Mai ein Schreiben der böhmischen Stände an die Kurfürsten vom 14. April erhalten haben, in welchem sie baten, nichts gegen die Privilegien der Krone Böhmen vorzunehmen und die Sendboten des Königs und der Krone Böhmen zu erwarten.[78]

Auch diese Nachricht über die Haltung der Böhmen konnte in Friedrich eine Neigung zu Karl nur bestärken. Und das vor der Ankunft in Frankfurt. Dort wurde er

Barcelona. — Dass der Papst durch den Tod Lorenzo Medicis (4. Mai) veranlasst sei, sich dem französischen Einfluss zu entziehen, hatte Baumgarten (l. c. S. 567) behauptet, Nitti leugnet es (S. 209), Ulmann (Deutsche Ztschr. f. Geschwsch. 11, S. 106) neigt wieder Baumgartens Auffassung zu.

75. DRA. I. N. 309. Nicolaus Ziegler an Friedrich. 26. V. Augsburg.

76. Dies durfte Ziegler wenigstens über den König von Ungarn und Böhmen berichten, weil er sicherlich wusste, was der österreichisch gesinnte Georg von Brandenburg-Culmbach aus Budapest seinem Bruder Casimir geschrieben: „meines herrn sachen (Ludwigs von Ungarn) steen wie vor, hat kain hofnung dan auf konig Carl, der wurt im wider auf die fues mussen helfen, es ist sunst umb ain sonst.“ (DRA. I. S. 608, Z. 28 ff.). — Auch kannte Ziegler wohl den Bescheid des österreichischen Gesandten nach Budapest, des Wiener Bürgermeisters Cuspinian (DRA. I. N. 268); sein Bericht war am 18. V. in Augsburg bekannt. (DRA. I. S. 708, A. 1. Villinger und Renner an Margareta. 18. V.)

77. Vgl. DRA. I. S. 541, A. 1.

78. DRA. I. N. 220 u. S. 557, A. 6. Die böhmischen Stände an die Kurfürsten. 14. IV. Der Kurfürst von Mainz erhielt das Schreiben erst 8. V.

Digitized by Google

am 11. Juni duch die übrigren Kurfürsten, die ja sämtlich schon anwesend waren, von seinem Schiff in die Herberge geleitet. Auch der Rat begrüsste ihn in der üblichen Weise durch „Verehrung mit zehn FlaschenWeins“ und wies ihn wie die übrigen nochmals feierlich auf die Satznng der goldenen Bulle, nicht mehr als 200 Reiter in die Stadt zu bringen.

Diese Bestimmung gewann noch mehr Bedeutung, als es galt, die Vertreter der böhmischen Stimme einzulassen. Denn hier erhoben drei Parteien Anspruch, so dass die Kurfürsten schliesslich entscheiden mussten, auch über die Zahl der Begleiter. Der König Ludwig von Böhmen und Ungarn hatte nämlich noch nicht das Alter von 18 Jahren, mit welchem die Kurfürsten selber die Stimme führen durften. So stand die Abgabe der siebenten Kurstimme nach dem Tode Maximilians dem zweiten überlebenden Vormund Ludwigs, dem König Sigismund von Polen, zu. Dessen gutes Recht suchten die böhmischen Stände an sich zu reissen. Ludwig schwankte. Die Kurfürsten haben dann entschieden. Wir aber müssen vorerst die Bemühungen Spaniens und Frankreichs auch um diese drei Parteien und deren Verhandlungen unter einander verfolgen.

VII. Die böhmische Kurstimme.

In Augsburg hatten Kaiser Maximilian und König Sigismund als Vormünder des minderjährigen Ludwig dessen Stimme Karl zugesagt.[1] Dies war dem bekannten Wiener Vertrag vom 20. Juli 1515 zuwider, durch welchen Maximilian den jungen König von Böhmen und Ungarn zum Generalreichsvikar und künftigen Erben der deutschen Krone eingesetzt hatte.[2] Der Gedanke an eine solche

1. S. o. S. 15 ff.

2. Vgl. Ulmann, Maximilian I. 2. Bd. S. 550.

Digitized by Google

Kandidatur Ludwigs ist dann im Jahre 1519 auch wirklich wieder aufgetaucht. Er konnte natürlich schon wegen Ludwigs Alter nicht ernstlich ins Auge gefasst werden; aber er mochte die Forderungen und Stimmungen der Ungarn und Böhmen trotzdem beeinflussen. Ausserdem war in Wien eine Ehe der Habsburger Prinzessin Maria mit Ludwig und eine Verbindung von Ludwigs junger Schwester Anna mit Maximilian in einer Scheinehe beschlossen; doch sollte innerhalb eines Jahres noch einer der Enkel Maximilians als Bräutigam für ihn eintreten können. Nach langen Verhandlungen war endlich Erzherzog Ferdinand als Bräutigam bestimmt; am 24. März 1516 stellte er in Spanien Vollmacht zur Vornahme der Vermählung durch Prokuration aus; seitdem wurde Anna im östreichischen Neustadt erzogen. Während der langen Vorverhandlungen waren für den Fall, dass die Ehe durch Schuld der Habsburger nicht vollzogen würde, Entschädigungsvorschläge gemacht: Verpfändung und eventuell Verlust von Oestreich und Steiermark, oder hohes Reugeld, endlich Verpfändung der kaiserlichen Juwelen bis zu einer gewissen Höhe in die Hände der Stände Oberöstreichs, welche zu diesem Zweck vom Gehorsam gegen den Kaiser gelöst wurden. Durch die Vorgänge in Augsburg war ein Grund zum Einspruch gegeben. Da die Habsburger ihr Versprechen für die Wahl nicht innegehalten hatten, so war der natürliche Gegenzug, nun auch die Heiratspakten für ungültig zu erklären und die Prinzessin zurückzufordern. Und da der König von Polen jene Einwilligung gegeben hatte, die man für Ungarn und Böhmen als nachteilig empfand, so richtete sich der Groll besonders der Böhmen auf ihn. Wir erfahren aus der Feder östreichischer Bevollmächtigter im Jahre 1519,[3] dass Oktober 1518 auf dem böhmischen Landtag der Antrag gestellt ist, den König mündig zu erklären, und dass dies am Epiphaniastage 1519 bestätigt

3. Vgl. Cuspinians Bericht vom 4. V. 1519. DRA. I. S. 644.

Digitized by Google

wurde. Damit suchten die Böhmen, und fast mehr als der König die Stände, polnischen Einfluss auszuschliessen. Die Stände hofften, da Ludwig nicht in Person regieren konnte, selbst die Entscheidung zu erlangen, und mussten daher neben allen andern Faktoren von beiden streitenden Parteien berücksichtigt und umworben werden.

Mit Polen war Maximilian dadurch in Einverständnis, dass er den deutschen Kolonialstaat des preussischen Ordens eben seit dem Wiener Vertrag unter die Oberhoheit dieses Landes hatte kommen lassen. Da aber in Folge des Thorner Friedens Preussen mit dem Grossfürsten von Moskau und dieser — zum ersten Male — mit Frankreich ein Bündnis gegen das mit Habsburg befreundete Polen schloss,[4] so blieben für Polen zwei Wege: entweder es gewährte, da anscheinend seine vorjährige Zusage auf den nationalen Widerstand und die Competenzansprüche der Böhmen stiess, nun dem Könige von Frankreich seine Unterstützung und entzog dadurch den Preussen die französische Hülfe, oder es musste, wenn es auf Karls Partei blieb, auch von ihm eine Zusage betreffs der Oberhoheit Polens über Preussen erhalten.

Betrachten wir zunächst, wie die streitenden Parteien den König Ludwig selbst umwarben.

Die Verhandlungen in Ungarn.

Nach dem Tode des Kaisers scheinen zunächst auch die Habsburgischen Kommissare nicht gewusst zu haben, wer die böhmische Stimme weiter führen würde. Bis Mitte Februar kennen wir nicht einmal ihre Absichten, geschweige ihre Schritte. Am 14. Februar meldet dann Zevenbergen

4. Ulmann, a. a. O. S. 538.

Digitized by Google

zwar den Plan,[5] auf Vorschlag der Regentin[6] Andreas de Burgo nach Ungarn, nach Böhmen aber den Kanzler des Wiener Regiments Mrakes[7] zu senden; er forderte das Regiment von Innsbruck dazu auf. Doch schreibt er am 18. Februar, dass die berichtete Sendung nach Böhmen und Ungarn unterblieben sei und dass die Kommissare vielmehr eine geeignete Persönlichkeit nach Polen, einen anderen Boten zu den Gouverneuren und Erziehern des Königs von Ungarn, Markgraf Georg von Brandenburg-Culmbach und Georg Bornamissa, gesandt hätten.[8]

Ueber den Verlauf der Sendung wissen wir nichts, auch nicht, ob eine Nachricht aus Ungarn vom 1. März schon nach Ankunft des Gesandten abgefasst ist. Sie findet sich mit der Beischrift ex Hungaria auf einem kurzen undatierten Zettel, der einem Briefe an Margareta beiliegt.[9] Danach verlangten der König von Ungarn und seine Räte die ehrenvolle Zurücksendung der Prinzessin Anna mitsamt der Mitgift. Dies geschah wohl unter Einfluss der ungarischen Räte, vielleicht auch der böhmischen Stände, die ja Epiphanias die Mündigkeitserklärung bestätigt hatten und auf eine schroffere Haltung gegenüber

---

5. DRA. I. S. 234 = Le Glay II, 232/3. Zevenbergen an Margareta. 14. II. 1519.

6. DRA. I. S. 185.

7. Von Zevenbergen Marisque N., von Cuspinian Moratzky genannt (s. n. 5).

8. DRA. I. S. 257 = Le Glay II, S. 246. Zevenbergen an Margareta. 18./19. II. Man änderte den Plan, weil diejenigen, die über die Angelegenheit unterrichtet wären — vielleicht die Herren vom Innsbrucker Regiment — abrieten. Auch Albrecht von Mainz hatte mitgeteilt, dass Sigismund als Vormund die Stimme führen werde. Ebenda S. 350.

9. DRA. I. S. 446, A. 3.

Digitized by Google

den Habsburgern drängen mochten.[10] Wie der Regentin Margareta ihr Abgesandter Marnix brieflich berichtet,[11] drohte Ludwig Gewalt für den Fall, dass man sich weigern sollte. Jener Zettel aber sagt nur: Si negaverint, jam decretum est, quid postea faciendum. Andrerseits wuchs eben demselben Marnix, als er drei bis vier Wochen später (10. IV) in Augsburg einen Brief aus Ungarn von altem Datum las, die Hoffnung; danach wäre jene erste Gesandtschaft, welche bald nach dem 1. März in Ungarn sein musste, nicht ganz ohne Erfolg geblieben.

Besser kennen wir die Dinge erst vom April an durch einen jetzt publizierten Bericht des östreichischen Gesandten Cuspinian vom 4. Mai.[12] Marnix hatte s. Z. Mitte März (s. o.) empfohlen, A. de Burgo nach Ungarn zu senden, auch den König von Polen um Verwendung seines Einflusses zu bitten. Burgo scheint aber auch damals nicht gesandt zu sein, denn um den 20. März ist vielmehr für die schon lange in der ungarischen Heiratssache beschäftigten Unterhändler Cuspinian und den Vitztum von Oestreich Laurenz Saurer eine Instruktion für eine zweite Sendung ausgestellt.[13] Sie kamen 5. April in Budapest an. Dorthin hat ihnen der Kardinal Erzbischof von Gran (Strigonium) Thomas IV. Bakaks ab Erdöd auf ihre Bitte

10. Vgl. über die Stellung der Ungarn aus dem späteren Bericht des Gesandten Cuspinian DRA. I. N. 268, S. 635, Z. 7: Nam . . . adhibiti sunt eius consilio quatuor prelati, quatuor barones et octo nobiles, sine quorum scitu nihil potest tractari aut agi, quod ratum firmumque esse debeat. — DRA. I. S. 635, Z. 20: nam et in Hungaria jam plebs dominatur dominis, sicut in Austria.

11. DRA. I. N. 161. Marnix an Margareta. 16. III.

12. DRA. I. N. 268. Johann Cuspinian an (die Augsburger Kommissare) 4. V. Aus Wien nach der Rückkehr von Buda S. 634—652. Nach diesem Briefe alles Folgende, wenn andere Quellenangaben fehlen, bis 4. V.

13. DRA. I. N. 635, A. Die Instruktion ist 25. III. in Wien. Fontes Rer. Austr. I, 411.

Digitized by Google

Ratschläge gesandt und seine Wirksamkeit für Karl versprochen. Sie berieten sich ferner mit Markgraf Georg und Bornamissa. Auf deren Vorschlag trugen sie dem König und seinem Rate, ohne dessen Zustimmung nichts geschehen durfte, am 8. April unter vielen Klagen über den Tod des Kaisers ihr Anliegen vor. Schon zwischen dem vorigen König Wladislaus und Maximilian habe enge Freundschaft bestanden, die Verlobung des Königs und seiner Schwester mit Gliedern seines Hauses habe sie gefestigt. Ausführlich, schreibt Cuspinian, habe er die Ungarn an die Augsburger Verträge erinnert und ihnen vorgehalten,[14] dass solches Vorgehen auch ihrem Interesse entspräche. Er übergab einen Brief König Karls vom 6. Februar,[15] erklärte, jedermann sei für diesen, und bat, ihm ebenfalls die Stimme zu geben, wie es in Augsburg ausgemacht sei. Indes mussten die Gesandten versuchen, die Bischöfe von Waitzen und Fünfkirchen ausser Bitten auch durch Versprechungen zu gewinnen. Antwort erhielten die Gesandten am 13. April,[16] nachdem der Erzbischof von Gran um Rat ersucht war und sich für günstigen Bescheid geäussert hatte. Die Antwort des Königs knüpfte wie der Vortrag der Gesandten an die Wiener Abmachung von 1515 an. Da diese aber durch Kaiser Maximilians Abmachungen von Augsburg umgeändert sei, wolle Ludwig kein Gegner Karls sein und seine Stimme nur dem katholischen Könige geben.[17] Somit entsprach die Antwort dem Rat des Erzbischofs; Ludwig wünschte aber weiter: falls König Karl keine Aussicht habe gewählt zu werden, solle er umgekehrt für seine,

14. Wohl ähnlich wie Maximilian April 1518. DRA. I. S. 89, A. 3.

15. DRA. I. S. 198, A. 1. DRA. I. S. 636, Z. 4 u. A 1.

16. Dies Datum nach dem Tagebuche Cuspinians DRA. I. S. 637, A. 1; nach dem Brief vom 4. V. am 15. IV.

17. Roesler (S. 162|3) setzt Cuspinians und Saurers Wirken

Digitized by Google

Ludwigs, Wahl gegen andere Bewerber eintreten.[18] Die Gesandten baten, dass aus Böhmen Vertreter zur Wahl geschickt und die Instruktion mit dem böhmischen Siegel versehen werden möchte. Beides war dem Könige genehm, doch wünschte er Gesandte aus beiden Reichen; die aus Ungarn sollten zugleich die Heirat seiner Schwester betreiben. Cuspinian und Saurer durften Vorschläge für die Wahl der böhmischen Herren machen und entschieden sich wegen Krankheit anderer für den Oberstkämmerer Jaroslaw von Schellenberg und den Oberstkanzler Ladislaus von Sternberg. Um keinen Preis wollten die Ungarn neben Ludwigs Unterschrift ein polnisches Siegel.[19] Als Gesandter Ludwigs wurde Markgraf Georg gewählt.[20] Wie an die Vorgeschlagenen schrieb Ludwig an König Karl und Sigismund.[21]

zu früh an und erklärt es für fruchtlos. Dagegen lässt er Ludwig durch A. de Burgo gewonnen sein, der später nach Buda kam. Ein Brief B.s an den Bischof von Trient vom 18. IV., den Roesler für einen Gesandtschaftsbericht hält, scheint vielmehr die Wiedergabe eines solchen zu enthalten und ist wohl in Oestreich entstanden. (DRA. I. N. 230; von Stögmann, S.-B. der Wiener Ak. Phil.-hist. Kl. Bd. 24, S. 164 zum 19. gesetzt). Ein Brief Ludwigs an Peter von Rosenberg vom 21. IV., den Roesler für Gewinnung Ludwigs durch Burgo anführt, ist vielmehr gerade nach dem späteren zweiten Bescheid an Cuspinian geschrieben, s. u.

18. Die Anregung zu einer eigenen Kandidatur Ludwigs ist wohl besonders von Böhmen erfolgt. Von einzelnen Grossen war schon 28. II. der Gedanke geäussert, es sei ihre Pflicht, den König bei seinen ererbten Rechten zu erhalten. DRA. I. S. 877. Näheres u. Böhmen.

19. DRA. I. S. 637, Z. 26 ff.

20. Markgraf Georg sagt: auf Wunsch der Habsburger Gesandten. DRA. I. N. 256. 28. IV. Mkg. Georg v. Brdbg. an seinen Bruder Casimir; Cuspinian schreibt: unico consilio.

21. Das Schreiben an die böhmischen Adligen liess Cuspinian befördern (DRA. I. S. 630). Ein Schreiben Ludwigs an Sigismund ist in einem solchen der Gesandten vom 19. IV. als beifolgend erwähnt (DRA. I. S. 638, A. 3).

Digitized by Google

Ludwigs Instruktion für seine Gesandten zur Wahl vom 17. IV.[22] ist wohl von einer gleich zu erwähnenden Gesandtschaft der Böhmen noch unbeeinflusst. Dass er ein gutes Verhältnis zu Habsburg wünschte, zeigt auch hier schon die Betonung der Abmachungen von Augsburg; für seine eigene Kandidatur beruhe die einzige Hoffnung darauf, dass die Könige von Frankreich und Spanien oder einer derselben sich für die Wahl eines dritten entschieden und ihn, dem sie nahe verbunden seien, anderen vorziehen möchten. Hierin kam er also ein wenig den Böhmen entgegen, ebenso in dem Befehl an seine Gesandten, beide Parteien bis zuletzt hoffen zu lassen; freilich schliesslich sollten sie, nur wenn Franz Aussicht hätte, sich mit den Franzosen gut stellen, bei Stimmengleichheit aber auf Karls Seite. Dafür hofft er, Karl selbst[23] werde seine Schwester heiraten, und so diese wenigstens Kaiserin, wenn schon er selbst nicht Kaiser werden. Daneben könne Karl, sein Grenznachbar, ihm auch besser zu Hülfe kommen als Franz. Die Heirat der Schwester aber blieb Ludwigs Ziel: man sollte sie, falls Karl seiner Stimme nicht mehr bedürfe, durch verbindliches Benehmen erstreben. Im Heiratsinteresse also sollten die Gesandten für Karl stimmen, aber auch im Uebrigen neben Vorteilen für Böhmen, die also auch nach des Königs Meinung in erster Linie in Betracht kamen, doch zugleich einige Vorteile für Ungarn nicht ausser Acht lassen. Wann die Instruktion abgesandt ist, bleibt zu erörtern.

Immerhin hatten Cuspinian und Saurer bis Mitte April

22. DRA. I. N. 226. Instr. des Königs v. Böhmen für seine Gesandten zur Wahl. 17. IV.

23. Trotz der Einwilligung Ferdinands in die eigene Verlobung mit Anna. Vielleicht mag nach dem Reichstag von Augsburg während zweier Aufenthalte Cuspinians in Ungarn, Sept. 1518 (DRA. I. S. 110, A. 4) und Okt. 1518 (DRA. I. S. 635, Z. 7—12) hierüber verhandelt sein.

Digitized by Google

nicht wenig erreicht. Da trafen von drei Seiten Gesandte in Buda ein, grandes diaboli, wie sie Cuspinian bezeichnet: ein französischer, dann als Abgesandter der böhmischen Stände Dr. Wenzel von Werhartic, Sekretär des verstorbenen Königs Wladislaus, endlich auch noch vor dem 19. ein Gesandter aus Polen. Zwar die französische Einwirkung achteten die östreichischen Gesandten gering, um so höher aber die zeitlich etwas spätere der böhmischen Stände.

Die Böhmen waren überhaupt eifrig bedacht ihren Einfluss zu wahren; sie hatten wie den Ungarn so auch den Kurfürsten vom Landtage in Prag aus ihre Ansprüche dargelegt und gebeten, die Sendboten des Königs und der Krone von Böhmen nicht abzuweisen und nichts vorzunehmen, was den Freiheiten Böhmens entgegen sei. Ludwigs Rechte als des Königs von Bömen erkannten sie demnach an, wollten aber, falls Ludwig sie nicht selbst ausübe, die Vertretung nicht den ungarischen Räten und um keinen Preis den Polen überlassen. Der von ihnen nach Ungarn entsandte Wenzel von Werhartic beschuldigte daher glühend vor Zorn König und Rat, dass sie sich in die böhmische Angelegenheit gemischt hätten, welche die Ungarn nicht anginge. Insbesondere führte er aus:[24] man höre, dass habsburgische Gesandte Ludwigs Stimme für Karl erbäten; die böhmischen Stände müssten deshalb fordern, 1) dass Ludwig die Wahlangelegenheit und die Entsendung von Vertretern ihnen frei überlasse, zumal er seines Alters wegen eine so schwierige Aufgabe nicht verstünde, 2) dass er nicht vorher einem Kandidaten seine Stimme verspreche, sondern den Ständen die Zuwendung der Stimme anheimgebe; 3) dass er persönlich zum Reichstag gehe; könne er aber dies nicht, ihren Erwählten die Vertretung überlasse gemäss dem Vorrecht der böhmischen

24. Nach Cuspinians Bericht. DRA. I. S. 640, Z. 23 ff.

Digitized by Google

Stände. Grundsätzlich wurde also zwar die erste Forderung, ihnen die Entsendung zu überlassen, ermässigt durch die dritte, welche eine persönliche Wahrnehmung der Stimme durch Ludwig wünscht oder zulässt; thatsächlich aber war dies nicht der Fall, denn Ludwig durfte, da ihm das von der goldenen Bulle vorgeschriebene Alter von 18 Jahren noch fehlte, doch nicht selbst stimmen. — Dazu erbat Werhartic den Citationsbrief des Mainzers, wohl um sich für die Böhmen des Originals zu versichern,[25] endlich auch den Brief über das Eheabkommen.[26]

Besonders das Einlaufen eines polnischen Briefes, wovon unten, liess manche der ungarischen Räte schwanken und veranlasste in den nächsten Tagen Werhartic zu einer scharfen Wiederholung seiner Forderungen; die böhmischen Stände würden, im Fall einer Einmischung Ungarns, Gesandte auf den Wahltag schicken und vor den Kurfürsten gegen die Handlung des Königs Protest einlegen, ja sie würden, ehe sie ihre Berechtigung zur Wahl sich absprechen liessen, zur offenen Empörung schreiten. — Die Wirkung dieser böhmischen Einsprache können wir erst nach den weiteren gleichzeitigen Einflüssen ins Auge fassen.

25. Albrechts Gesandte hatten Ende Februar dasselbe von Prag auch nach Ungarn gebracht, indes nach ihrer eigenen Angabe zwar auf Befehl, aber ohne Verpflichtung Albrechts. DRA. I. S. 231, A. 4. Bericht des Notars Frölinkind. Goldast S. 16—18.

26. DRA. I. S. 641, Z. 12. petivit (sc. Werhartic) de hinc litteras citationis . . . ut etiam collocarent ad alias suas litteras et litteras Cesaris, quibus promisisset regi Ludovico se ipsum facturum cesarem, et litteras matrimonii. Wir möchten annehmen, dass auch vor dem ersten et ein Komma zu setzen wäre. Dann hätte Werhartic auch gefordert, jenes Schriftstück herauszugeben, in welchem Maximilian versprochen hatte, Ludwig die Krone zu verschaffen. — Den Brief „über die Ehe" deutet Kluckhohn schlechthin auf einen Ehekontrakt zwischen Karl und Anna, Ludwig und Maria, ohne zu erwähnen, dass 1516 Ferdinand als Gemahl für Anna bestimmt war. S. o. Note 23.

Digitized by Google

Vor den böhmischen war der französische Abgesandte am 16. April[27] in Buda angekommen. Er konnte wegen des Hasses der Ungarn gegen die Franzosen anfänglich kein Quartier erhalten. Durch den Bischof von Fünfkirchen suchte er für den 21. beim Könige Zutritt, ward aber dann bereits am 18. befohlen und legte seine Werbung schriftlich vor, von der Cuspinian eine Kopie entwenden liess. Die allein erhaltene französische Instruktion[28] knüpfte an eine Sendung Moltzans an und betonte in bekannter Weise, wie geeignet König Franz zur Abwehr der Türken und zur Regierung des Reichs sei. Die Antwort an den Franzosen ist uns nicht bekannt; doch fürchtete ja Cuspinian seinen Einfluss nicht, und das, obwohl nach Markgraf Georgs Angabe der Franzose „fluchs mit Geld um sich stach."[29]

Schliesslich waren noch die Briefe aus Polen gekommen, von König Sigismund und seinem Kanzler Schidbinsky, an König Ludwig, den Kardinal-Erzbischof, den Markgraf Georg, die Bischöfe von Fünfkirchen und Waitzen und einige andere Herren gerichtet. Sigismund bat um Mitteilung, wie den Parteien, welche Gesandte bei ihm hätten, zu antworten, und wie der Wahltag zu beschicken sei, damit das Stimmrecht Ludwigs gewahrt und dazu die Gelegenheit nicht versäumt werde, den zukünftigen Kaiser, wer es auch sei, ihnen beiden zu verpflichten. Im Gegensatz zu den Böhmen betonte Sigismund das Stimmrecht

27. DRA. I. S. 639, Z. 21.

28. DRA. I. S. 189, A. 6. Instr. Franz' für Poncet de Turre zu einer Werbung an König Ludwig. — Der Gesandte oder ein Mitglied der Gesandtschaft war vorher in Linz abgefangen. Vgl. Cuspinian DRA. I. S. 639, Z. 18: prius Lintzii detentus Viennam venerat. Le Glay II, 427 die Kommissare an Margareta. Augsburg. 2. IV.: auf ihre Weisung sei jetzt ein vor etwa 14 Tagen mit fünf Pferden zum Könige von Ungarn reisender Franzose von dem Kapitän in Linz verhaftet.

29. S. o. Note 20, Citat 1.

Digitized by Google

Ludwigs, für den allein er die Vormundschaft üben konnte. Er will aber eine Entscheidung für einen der beiden Kandidaten vermeiden und fährt deshalb fort: wenn er sich auch dessen sehr wohl erinnere, was er im Vorjahre im Namen Ludwigs zu Gunsten des katholischen Königs erklärt habe, so frage er jetzt dennoch an, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob Ludwig durch seine Vormundschaft Schaden habe. Wir sahen, das von Polen unterdrückte Ordensland war im Bund mit dem Grossfürsten von Moskau; da musste Polen sich noch mehr als sonst gut zu Ungarn stellen. Trotz dieser Rücksicht erklärte indes Sigismund, es scheine ihm gut, zu der Wahl einen Gesandten Ludwigs aus Böhmen und einen von seiner Sigismunds Seite abzusenden und deren Vollmacht mit dem böhmischen und dem polnischen Siegel zu versehen. So liess er also die Ungarn ebenfalls ganz aus dem Spiele und berücksichtigte die Böhmen nur insoweit, als der von Ludwig zu ernennende Gesandte aus ihnen genommen werden sollte; sonst suchte er den eigenen Einfluss zu wahren.

Natürlich mussten bei so mannigfachen Gegenbestrebungen Cuspinian und Saurer das Ihre thun, um den König bei seiner Zusage festzuhalten; sie baten ihn, er möchte im Namen Karls den Räten Versprechungen machen, die Ludwig jedoch ihnen selbst anzubringen überliess. So sicherte denn Cuspinian zunächst dem habsburgisch gesinnten Bischof von Waitzen 3000 Dukaten zu. Und als der Bischof von Fünfkirchen wohl versprach, bei Oestreich auszuhalten, aber zugleich andeutete, König Franz verspreche ihm 10 000 Thaler oder ein Bistum, da stellte Cuspinian dies zwar als leeres Gerede hin, wird aber nicht umhin gekonnt haben, auch seinerseits Anerbietungen zu machen.

Von neuem vor den König und den Rat befohlen, erhielten die östreichischen Gesandten am 19. April vom

Digitized by Google

Kanzler die Eröffnung: die Böhmen wünschten, dass die versprochenen Briefe nicht geschrieben würden, sonst sei Streit und Kampf zwischen den beiden Ländern des Königs zu befürchten. Sie möchten raten, wie man Zwistigkeiten vermeide. Aus dieser Bitte durften die Gesandten wohl auch die Hoffnung schöpfen, dass die Geneigtheit des Königs noch dieselbe wäre wie am 13. April. Cuspinian erklärte demnach, er habe bereits des Königs Bescheid nach Augsburg gemeldet, wolle aber eine Uneinigkeit mit den Böhmen gern vermieden sehen. Deshalb erbat er wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit die Nacht als Bedenkzeit und hob dann am 20. April — diesmal vor den Räten allein — von neuem die Vorteile hervor, welche die Verbindung König Karls mit Anna und die Nähe der östreichischen Lande böte, und fragte höhnend, auf welchem Wege dagegen der König von Frankreich den Ungarn beistehen wolle, wenn er nicht Luftschiffe habe. Weiterwandte er sich direkt gegen den Anspruch der Böhmen. Wenn diese geltend machten, der König könne wegen seiner Minderjährigkeit noch nicht wählen, so erinnerte er daran, dass im Oktober des Vorjahres auf der Ständeversammlung die Uebertragung der Regierung an Ludwig beantragt, am Epiphaniastage dieses Jahres von den Ständen bestätigt sei. Wie könnten die Böhmen einen König, den sie aus freien Stücken für regierungsfähig erklärt hätten, nun hindern wollen, in einer nicht seine Unterthanen, sondern seine Person und die ganze Christenheit betreffenden Angelegenheit seinen Willen kund zu thun? Dem Könige von Polen aber verbiete seine Ehre, sein Augsburger Versprechen nicht zu halten; „auch dürfe Sigismund," so lautet Kluckhohns Inhaltsangabe, „nicht König Karl, den König von Dänemark und den Hochmeister von Preussen und den Markgrafen von Casimir von Brandenburg gegen sich aufbringen." [30] Schliesslich empfahl Cuspinian, durch

30. Dass Sigismund auf Karl, sowie auf den dänischen König,

Digitized by Google

einen Gesandten in Prag auseinander setzen zu lassen, warum alles so geschehe.

Die ungarischen Räte antworteten entgegenkommend und erklärten, dies auch in Gegenwart des Königs thun zu wollen. Sie beabsichtigten, „als Gesandten aus Ungarn gleichsam im Interesse Annas und ihrer Vermählung" Markgraf Georg abzuordnen. Das war also — streng genommen — doch ein Auftrag in privater Angelegenheit, und hinsichtlich der Vertretung bei der Wahl ein Verzicht; nur die Verhandlung in Ehesachen sollte offen erfolgen. Heimlich freilich sollte der Markgraf, wie wir aus einem Briefe desselben vom 28. April[31] sehen, auch „ein haimblichen Gewalt" zur Wahl erhalten, um allein als Bevollmächtigter aufzutreten, wenn etwa die Böhmen ein anderes Ziel verfolgten. Das führt eine spätere, wohl in Frankfurt aufgesetzte Aufzeichnung Georgs über das, was er den polnischen Gesandten persönlich von seinem Verhalten in Frankfurt mitteilen will, genauer aus.[32] Er wird Anfang Mai die entsprechende Instruktion erhalten haben. Er soll danach auf Grund der Instruktion der Böhmen verhandeln und zunächst doch für die Wahl Ludwigs, wenn dies erfolglos, nur für die Karls eintreten, ob

der eine Enkelin des verstorbenen Kaisers aus anderer Ehe zur Frau hatte (Ulmann a. a. O. S. 510), endlich auf den seit langem einflussreichen Casimir Rücksicht nehmen musste, ist verständlich. Dass aber eine Parteinahme zu Gunsten Karls ein Mittel für Sigismund sein sollte, Preussen nicht gegen sich aufzubringen, ist wohl so aufzufassen, dass der Orden sich erheben möchte, wenn Polen nicht mehr an Habsburg einen Rückhalt habe. S. u. Polen.

31. Nach DRA. I. S. 646, Z. 3—20 und DRA. I. N. 256. s. n. 20. . . . Mkg. Georg: . . .: ich wurd ein haimblichen gewalt haben, ob die Beheim je nit recht handeln wolten, damit ich des Konigs stimb allain geben mag.

32. DRA. I. N. 317. Aufzeichnung Markgraf Georgs von Brandenburg als Bevollmächtigten Ludwigs von Ungarn. (ca. Juni inc. 1519.) Neustadt, Forsch. z. d. Gesch. XXV, 338.

Digitized by Google

nun im Einklang mit den Polen oder nicht. In jedem Falle soll er sich mit den polnischen oder böhmischen Gesandten ins Vernehmen zu setzen suchen. Würden die Böhmen ihn in keiner Weise zulassen wollen, so soll er nachgeben und sie nur ersuchen, in der Erteilung der Stimme an Karl mit den Polen eins zu sein; ja, wenn die Böhmen weder ihn noch die Polen zulassen wollten, soll er auch die Polen bitten, jenen die alleinige Stimmabgabe nicht zu bestreiten, um sie ja nicht zu verletzen ,oder gegen die Wahl Karls aufzubringen. Nur für den Fall, dass die Böhmen trotz allem den Auftrag König Ludwigs, Karl zu wählen, ausser Acht liessen, hat er geheime Instruktion, eben jenen „haimblichen Gewalt", um im Namen seines und des polnischen Königs Verhandlungen mit den Kurfürsten und Kommissaren zu führen.

Aehnlich müssen die Gedanken der ungarischen Räte auch zur Zeit ihrer Antwort an Cuspinian gewesen sein.

Nach dieser sollte damals die geheime Vollmacht mit dem ungarisch-böhmischen Siegel versehen werden; falls die Besiegelung angefochten würde, sollte Georg erwidern, dies Siegel werde stets gebraucht und die eigenhändige Unterschrift sei wichtiger. Endlich versprachen die ungarischen Räte, Ludwig werde dem König von Polen über seine Gesinnung Mitteilung machen und ihn auffordern, ebenfalls nur für Karl zu sein. Das konnte genügen; auch mit der Instruktion an die Böhmen,[33] welche Cuspinian sah, war er zufrieden.

Polens rechtmässige Ansprüche hatte man also in der Instruktion für Georg als ausschlaggebend nicht anerkannt; den Böhmen dagegen wurde in den entworfenen Schreiben mehrfach versichert, man wolle ihre Privilegien nicht verletzen, andrerseits wiederholt bedeutet, sie sollten den Willen des Königs, der durchaus für Karl

33. Vielleicht die vom 17. IV. S. o. S. 258. Vgl. übrigens DRA. I. S. 646.

Digitized by Google

sei, nicht hindern, da der König für sich selbst die Krone doch nimmermehr erlangen könne.

Aber noch kam eine Unterbrechung. Während der Verhandlungen drang Werhartic durch die Thür und erklärte, ohne Antwort abreisen zu wollen. Da gingen die ungarischen Räte mit Karls Gesandten unwillig zum Könige, und die letzteren erklärten in Gegenwart des böhmischen Gesandten, der also gefolgt war, dass sie an der ersten Antwort der Ungarn festhielten. Der Kanzler antwortete, Ludwig werde sein Versprechen halten, aber unbeschadet der böhmischen Freiheiten. Es nahmen die Ungarn eben, wie schon die Wahl des böhmischen Siegels und die Markgraf Georg anbefohlene Zurückhaltung zeigte, auf die Böhmen Rücksicht. Ihre Mitwirkung bei der Wahl konnte man nicht hindern, so suchte man sie zu bestimmen. Dem böhmischen Gesandten Doktor Werhartic wurde indes, wie freilich wiederum Cuspinian angiebt, ungnädig erklärt, der König werde bald einen Beauftragten schicken, der die Gründe für sein Vorgehen auseinandersetzen solle; den Citationsbrief des Mainzers hat aber bereits Werhartic erhalten. Er reiste ohne Frühmahl ab.[34]

Auch die Oestreicher verliessen darauf Buda: Saurer ging (20. April) nach Augsburg, Cuspinian geleitete ihn heimlich bis Gran und suchte den Erzbischof auf.[35] Dieser empfing ihn freundlich; er verachtete die französischen Possen und zeigte den Brief des Königs von Frankreich. Er beklagte sich auch über den König von Polen und dessen Kanzler, gab ihre Briefe[36] ebenfalls Cuspinian zu lesen, dazu eine Kopie seiner Antwort, die Karl sehr

34. Der eilige Aufbruch ist durch den Wunsch, den Landtag vor der Auflösung noch anzutreffen, erklärlich und berechtigt allein nicht, auf eine Gereiztheit wegen der Antwort zu schliessen.

35. DRA. I. S. 647, Z. 23 ff.

36. DRA. I. N. 211. Sigismund an Ludwig. 9. IV. vgl. DRA. I. S. 541, A. 1.

Digitized by Google

günstig lautete.[37] Auch an König Ludwig sandte er durch besondere Boten Rat, wie er den Franzosen zu antworten habe, und zwar empfahl er ihm wohl eine Absage, da er dem Oestreicher davon Kenntnis gab. Dieser selbst aber kehrte nach einem Aufenthalte von zwei Tagen aus Gran nach Buda zurück, wohl am 25. April.[38]

Hier dachte Cuspinian, nach Polen und Böhmen Boten zu senden. Schon am 19. April hatte er mit Saurer ein Schreiben an den König von Polen abgefasst im Sinn der Antwort Ludwigs,[39] hat es aber vielleicht erst nach der Rückkehr von Gran abgesandt. Die Boten nach Polen und Böhmen gewann er nämlich nur mit Mühe. Nach Krakau zu reisen, übernahm endlich der Propst von Pressburg, Hieronymus Balbus,[40] nachdem Cuspinian selbst Bürgschaft geleistet hatte, dass Georg Herle, der Faktor der Fugger, ihm das zur Reise nötige Geld um Michaelis erstatten werde; er reiste am 26. April nach Krakau ab. Zur Sendung der Königlichen Botschaft nach Böhmen fand Cuspinian den Martin Horwarth (Croatus); auch für ihn lieh er gegen seine Unterschrift bei Herle, da die ungarische Kasse erschöpft war und er Verzögerung befürchtete; vorher hatte er verschiedene Personen, die gar zu unverschämte Forderungen stellten, abweisen müssen; mit dem Aussuchen der Persönlichkeiten mögen die Tage bis zum 28. vergangen sein.

37. DRA. I. N. 247. Der Erzbischof von Gran an Sigismund, 24. IV.

38. Cuspinian wird am 22. IV. nach Gran gereist, am 23. und 24. dort gewesen sein. Vom 24. ist der Brief des Erzbischofs an Sigismund, welchen Cuspinian sah. Der 25. bleibt etwa für die Rückkehr.

39. Wir wissen nicht, ob nach, ob vor ihrer zweiten Audienz, vermuten aber letzteres. DRA. I. S. 638, A. 3. Cuspinian und Saurer an König Sigismund. Buda. 19. IV. Näheres unter Polen.

40. DRA. I. S. 648, A. 1. Vgl. unter Polen.

Digitized by Google

Am 1. Mai wurde von König Ludwig der französische Gesandte entlassen. Zwar wurde ihm der Dank des Ungarnkönigs ausgesprochen, aber auch eröffnet, man müsse über des Königs Wunsch erst mit den böhmischen Ständen unterhandeln; und ebenso klang die Zusage des Königs ziemlich kühl, er wolle seinen Gesandten beauftragen, dem französischen Könige zu willfahren „in den Sachen, in denen es möglich sei" etwas zu thun, was ohne Schaden seines Reiches geschehen könne.

Cuspinian seinerseits gab überdies den Kommissaren in Augsburg den Rat, den über Venedig zurückkehrenden französischen Gesandten abfangen zu lassen, und ebenso den befreundeten König von Dänemark um Festnahme desjenigen Gesandten zu ersuchen, der von Polen zurückkäme.

Am 1. Mai wurde auch nach Böhmen der Bote Ludwigs abgesandt.[41] Er brachte ausser einer Instruktion, wohl der vom 17., auch den Ehekontrakt von Wien,[42] weshalb denn auch Cuspinian die Kommissare in Augsburg mahnte, ihre Gesandten in Frankfurt in dieser Hinsicht zu instruieren. Endlich übergab der Bote einen Brief König Ludwigs vom 28. April, bekannt gemacht zuerst von Rezek, in den Forschungen; Kluckhohn gab Varianten einer zweiten, wohl früheren Fassung heraus, nach dem Fundort München M benannt. Nach beiden Fassungen denkt Ludwig noch, Georg könne ihn neben böhmischen Gesandten auf dem Wahltag vertreten; freilich scheint die Hoffnung hierauf

41. Nicht am 28. IV., wie nach dem Datum eines Briefes von König Ludwig an die Böhmen geschlossen werden könnte. Vgl. DRA. I. S. 649, Z. 24 ff. Sonst gleicht der Bericht Cuspinians dem Brief fast wörtlich, da Cuspinian eine Kopie besass. Ludwigs Brief an die Böhmen DRA. I. N. 258. 28. IV. und Rezek, Forschungen zur deutschen Geschichte 23, 336ff., die Stelle S. 347.

42. DRA. I. S. 614, Z. 21. Ludwig an die Böhmen. 26. IV. 1519. und DRA. I. S. 650. Cuspinians Bericht.

Digitized by Google

nach der Fassung bei Rezek sehr viel geringer.[43] Laut Fassung M schrieb Ludwig, „er werde die Instruktion für seine Gesandten, welche aus seinem Königreiche Böhmen für ihn reisen würden, durch Markgraf Georg senden," und zwar an die Gesandten. Diese Fassung ist getilgt, dafür schrieb Ludwig nach der Wiedergabe Rezeks den böhmischen Ständen: er habe durch Martin Horwarth die Instruktion an sie geschickt, damit sie dieselbe den Gesandten, welche zur Wahl sich begeben sollten, übergäben. So bemerkte Cuspinians Hand zu jener ersten Fassung denn auch: jam missa est.[44] Also von einer Ueberbringung nach Böhmen durch Markgraf Georg ist Abstand genommen. Nicht den Gesandten, sondern den böhmischen Ständen wird die Instruktion zugeschickt und damit ein Einfluss auf die Behandlung doch überlassen. — Beide Fassungen rechnen auch damit, dass eine Entsendung Markgraf Georgs von den Böhmen nicht genehm befunden werden möchte. Nach der ersten Fassung (M) sendet Ludwig unterschriebene Blankette, damit darauf nach dem Muster der mitgesandten Instruktion eine neue ausgefertigt und gesiegelt werde;[45] nach der späteren sollen die Böhmen die Instruktion ausstellen, siegeln und dem König zur Unterschrift zufertigen. Wollte Ludwig zunächst also wenigstens den Inhalt der Instruktion be-

43. A. a. O. S. 345/6.

44. Fassung M. DRA. I. S. 610 Noten.

* . . videtur conficiemus et per dominum marchionem mittemus illis oratoribus nostris, qui ex isto regno nostro Boemiae nobis proficiscentur.*

Rezek S. 347, Z. 1.

Instructionem autem super hoc, quae in ipso conventu nomine nostro per oratores nostros agi tractarique debebunt prout nobis visum est, confecimus et per eundem Martinum Horwath ad vos misimus oratoribus ad electionem profecturis per vos tradendam.

*(Dies in der Kopie unterstrichen, d. h. wahrscheinlich getilgt.)

45. DRA. I. S. 614, Noten.

Digitized by Google

einflussen und in jedem Fall seine Unterschrift darunter setzen, so stellte er nachher es ins Belieben der Böhmen, wie sie die Instruktion abfassen, und beinahe, ob sie dieselbe ihm zur Unterschrift senden wollten. — Vor diesem Punkte wird in beiden Fassungen der Fall behandelt, dass Markgraf Georg und die übrigen Vorgeschlagenen den Böhmen genehm seien. Ludwig sandte für diesen Fall seine Beglaubigungen. Entwürfe der Instruktionen für Georg wie den Oberstkämmerer und Oberstkanzler sollten, wie angedeutet, mitgesandt, von den Böhmen gesiegelt und übergeben werden. Aber auch hierzu bemerkt Cuspinian am Rande: hoc mutatum est et instructio est facta pro dominis Boemis et misse sunt littere omnes transscripte per capitulum veteris Bude.[46] Danach ist schliesslich also doch eine Instruktion nur für die Böhmen ausgestellt.

Im übrigen suchte Ludwig im Brief vom 28. April die Böhmen doch zu bestimmen, wem sie ihre Stimme zuwenden sollten. Er eröffnete ihnen: da er trotz ihrer Kenntnis von der Citation lange vergebens auf eine Botschaft von ihnen gewartet hätte, habe er ursprünglich gedacht, aus beiden Königreichen Gesandte zur Wahl zu senden. Diese hätten trotz der Augsburger Zusagen an seiner eigenen Kandidatur festhalten sollen, da ihm in Wien die Krone verheissen sei. Seitdem aber hätten ihn habsburgische Gesandte von seinen geringen Aussichten überzeugt und genügende andere Vorteile verheissen. Dann hätten freilich seine ungarischen Räte diese Angelegenheit überhaupt als eine böhmische bezeichnet und mit den Böhmen beraten wollen, doch habe man von einem Aufschub gerade Schädigung der Interessen und Privilegien Böhmens gefürchtet. — Wieviel von den Angaben über die früheren Absichten der Ungarn wahr ist, lässt sich noch nicht hinreichend beurteilen. Jetzt gab Ludwig jedenfalls an, er habe den habsburgischen Gesandten erwidert, dass er seinem

46. DRA. I. S. 614, Z. 24.

Digitized by Google

Vertreter in Frankfurt befehlen wolle, König Karl zu dienen, soweit seine Ehre und die Freiheiten der böhmischen Krone es gestatteten, und unter der Bedingung, dass Karl, wenn er selbst keine Aussicht habe gewählt zu werden, seine, Ludwigs, eigene Wahl fördere. Auch müssten Karls Vertreter betreffs der Heirat seiner Schwester Anna instruiert sein. Als er dies den Oestreichern eröffnet hätte, wäre ihr böhmischer Abgesandter gekommen. Er danke für ihr Angebot, die Kosten für seine Aufstellung als Bewerber tragen zu wollen, müsse aber bei dem Verzicht auf eine eigene Kandidatur bleiben. Durch die Verhandlungen im Vorjahre sei nämlich der zu Wien ausgestellte Adoptionsbrief ziemlich unwirksam geworden. — Das war ein Grund, den vorzugeben ihm wohl von den östreichischen Gesandten nahegelegt ist. Denn Anfang 1519 wollte er doch noch bereit gewesen sein, sich selbst zu bewerben. Auch weitere Bedenken mögen von den Oestreichern stammen. Man habe sich, fuhr Ludwig fort, auch bei den Kurfürsten nicht beworben, und diese würden überhaupt nicht dulden, dass durch den Wiener Brief ihre Rechte und Privilegien verletzt würden. Daher könnten die Folgen einer eigenen Bewerbung nur schlechte sein. Denn wollte er bei der Wahl Karl entgegen sein, so würde dieser ihn von den nahegelegenen östreichischen Landen aus bekämpfen. So habe er sich auf Bitten Karls für ihn entschieden und auch den König von Polen ersucht, dass er seinen Gesandten Auftrag geben möchte, sich mit den seinigen in Einverständnis zu setzen und nach seinen Instruktionen zu handeln, die den böhmischen Privilegien in nichts zuwider seien. Den Böhmen selbst stelle er frei, mit König Karl, dem er seine Stimme zugewendet sehen wolle, durch seine Gesandten alles frei zu verhandeln, was Schutz und Mehrung ihrer Freiheiten und Privilegien betreffe. Sie möchten ihre Stimme mit der seinen vereinen. Seinerseits habe er an Markgraf Georg als Gesandten gedacht, welcher bei seiner

Digitized by Google

Kenntnis der deutschen Sprache und als Verwandter von zwei Kurfürsten Wahl- und Heiratsangelegenheit geschickt fördern werde; jedenfalls werde er ihn als Unterhändler in der letzteren Sache und in andern privaten Angelegenheiten entsenden. Aus Böhmen könnten, da andere Herren krank oder sonst behindert seien, Jaroslaw von Schellenberg und Ladislaus von Sternberg abgeordnet werden. So verzichtete er nicht darauf, die Gesandten vorzuschlagen, aber man kann nicht sagen, dass er sie bestimmte, wie er ja den Böhmen die Billigung der Instruktion von vornherein zugestand, die Aushändigung überliess. – Uebrigens zeigte er an, dass nach Werhartics Abreise eine französische Gesandtschaft gekommen sei; er wünschte, dass man, ohne Karl zu beleidigen, auch Franz nicht reize.

In Böhmen wurde das Schriftstück, da der Landtag inzwischen auseinander gegangen war, den obersten Kronbeamten und Landrechtsbesitzern am 5. Mai vorgelegt.[47] Doch blieben, wie der Oberstburggraf am 14. an Christoph von Schwanberg schrieb, auch gegen Ludwigs Wunsch die Herren bei Ernennung des letzteren an Stelle des vom König vorgeschlagenen von Schellenberg[48]; den andern vom König empfohlenen Herrn, Ladislaus von Sternberg, genehmigten sie und wählten neben diesen beiden Gesandten aus dem Herrenstande noch aus den Rittern Wratislaus von Berkowsky und Jakob von Wresowic. Also sie bestanden darauf, ihre eigenen Vertreter zur Wahl zu senden, aber wir sehen nicht, dass sie sich in der Sache dem Wunsche Ludwigs bezüglich des zu wählenden Königs widersetzt hätten. Aehnlichen Bescheid, wie wir ihn durch den Brief des Oberstburggrafen vom 14. Mai kennen, wird Horwarth am 5. oder 6. erhalten haben.

47. Rezek a. a. O., S. 346, A. 1. DRA. I. S. 700, n. 2.

48. DRA. I. N. 293. Lew von Rozmital, Oberstburggraf von Böhmen an Christoph von Schwanberg. 14. V.

Digitized by Google

Aus Buda war am gleichen Tage mit Horwarth auch Cuspinian abgereist.[49] In Wien, von wo er einen Boten nach Böhmen sandte, traf er am 2. Mai den andern habsburgischen Unterhändler Andr. de Burgo, der jetzt wirklich nach Buda reiste. Burgo nun wird dort, nachdem ihm Cuspinian seine Unterhandlungen mitgeteilt, am 3. oder 4. Mai eingetroffen sein. Falls der Anlass zu seiner Sendung in einer Bitte Cuspinians oder Saurers lag, so müsste diese etwa am 27. April in Augsburg von Saurer ausgesprochen sein, der am 20. sich von Buda dorthin begab; Cuspinian erwähnt aber nur, dass Saurer eine Gesandtschaft nach Böhmen von Seiten der Kommissare veranlassen sollte.[50]

Nach Buda dürfte ferner zwischen 5. und 10. Mai der Propst Balbus zurückgekehrt sein, der am 26. April nach Krakau abgereist war.[51] König Sigismund hat durch ihn den Wunsch aussprechen lassen, dass Ludwig den Vertretern zur Wahl einen Spezialbevollmächtigten zur Erledigung der Privatangelegenheiten voraussenden möchte; Ludwig soll es anfänglich zugesagt haben.[52]

Endlich kann nach Buda etwa am 10. Mai dann auch Horwarth aus Prag mit der Nachricht zurückgekehrt sein, dass zwei der von Ludwig vorgeschlagenen Gesandten nicht angenommen seien: Schellenberg und Georg. Ludwig hat nun am 10. Mai wirklich die böhmischen Herren als seine Vertreter bei der Wahl beglaubigt und bevollmächtigt,[53]

49. DRA. I. S. 651, Z. 5 und 15.

50. Cuspinian meinte, Burgo hätte lieber nach Böhmen als nach Ungarn gesandt werden sollen. DRA. I. S. 651.

51. DRA. I. S. 648, A. 1. Die Ansetzung der Rückkehr beruht nur auf Schätzung.

52. DRA. I. S. 741, Z. 32 und S. 740, Z. 15—20. Sigismund an seine Gesandten s. d.

53. Goldast, Polit. Reichshändel S. 26, erwähnt bei Roesler S. 170, und DRA. I. S. 700, n. 4. Auch an letzterem Orte ohne genaue Inhaltsangabe, s. folg. Note.

Digitized by Google

und zwar solidarisch, so dass jeder eine von einem andern begonnene Unterhandlung fortführen durfte, und ihnen, was wichtiger ist, auch das Recht blieb, Ersatzmänner für sich eintreten zu lassen und wieder abzuberufen.[54] Selbst in der Anlage entspricht die Urkunde vielfach wörtlich einer Vollmacht der Böhmen für ihre Gesandten; und da deren Vollmacht am 20. April (feria quarta ante Marcelli papae) ausgestellt ist[55], war Ludwig gewiss von ihnen beeinflusst. Es stellten aber Stände und König getrennte Urkunden aus, und Ludwig siegelte die ständische nicht, die er somit, da er doch dieselben Gesandten anerkannte, ohne weiteres gelten liess. Jedenfalls gab Ludwig also den Ständen vollständige Freiheit. — Die Annahme aber, dass durch Horwarth die Bevollmächtigung eigener Gesandten der Stände dem Könige angezeigt wurde, ist um so nötiger, da Werhartic nur eine Andeutung hatte machen können.[56]

54. Goldast, a. a. O. S. 26. Die Urkunde lautet verkürzt: Nos Ludovicus . . . . (hier die Namen der Ernannten) . . . . . ipsos et quemlibet in solidum ita quod non sit melior conditio occupantis sed quod per unum inceptum fuerit per alium finiri valeat — nostros veros et legitimos procuratores et nuntios speciales facimus etc. . . . . ad tractandum cum aliis coelectoribus . . . , . et (sc. ad) cuilibet (Goldast: quilibet) praemissorum alium vel alios procuratores in solidum substituendum et revocandum et omnia et singula faciendum. Der Schluss des Ganzen wiederholt noch besonders das Versprechen, Verhandlungen von Ersatzmännern anzuerkennen.

55. DRA. I. S. 700, A. 4. Beglaubigung der böhmischen Gesandten durch die Stände. 20. IV. Rezek a. a. O. Palacky (Gesch. Böhmens V, 399) datiert von einem falschen Marcellentage aus. (Nach den DRA. a. a. O.)

56. Von Ludwig existiert noch eine Bitte an Albrecht um Geleit für seine Gesandten. Erichtag nach S. Georgientag 1519. DRA. I. S. 700, A. 4. Die Namen der Gesandten sind nicht angegeben. — Das Datum löst Kluckhohn m. E. falsch auf. Es soll nach ihm unsicher sein, ob der S. Georgentag in Ungarn 23. oder 24.

Digitized by Google

Roesler, dem s. Z. das Auftreten der Böhmen wie die ganze Verhandlung Cuspinians noch nicht bekannt sein konnte, glaubt besonders an einen habsburgischen Einfluss durch de Burgo. Es wäre ja nicht unmöglich, dass die Kommissare König Ludwig durch ihn hätten ersuchen lassen, den Böhmen nachzugeben,[57] doch wir wissen thatsächlich zu wenig über den Grund seiner Reise und seine Instruktion. Er soll Hoffnung gemacht haben, dass Karl selbst, nicht Ferdinand, Anna heiraten werde.[58] Er blieb in Buda bis zum 1. Juni[59] und wurde neben Georg von Brandenburg mit den Verhandlungen über die Privat-Angelegenheiten des Königs in Frankfurt beauftragt.[60] Roesler aber spricht, durch andere Missverständnisse irre geleitet, von einer „durch Burgo erzielten Kombination", von einem „Verdienst da

---

gefeiert ist. (Grotefend, Tschb. für Chron.; Ungarn: 24. Apr.) Jenachdem falle der Dienstag danach auf den 24. Apr. oder 3. Mai. Nun ist der 23. und 24. Apr. im Jahre 1519 der Samstag vor Ostern und Ostern selbst, folglich m. E. in jedem Falle der Dienstag danach „der 26. Apr." Auffällt allerdings, dass es nicht heisst Dienstag nach Ostern.

57. Saurer reiste nach dem Auftreten Werhartics am 20. Apr. von Buda nach Augsburg (s. o. S. 266 und 273); lassen wir ihn am 26. abends dort ankommen, am 27. die Kommissarien beraten, am 28. Burgo abreisen, so konnte dieser am fünften Tage in Wien sein, und in der That war er am 2. V. dort. Vgl. DRA. I. S. 647, Z. 16 u. S. 651. Ob aber Burgo am 27. in Augsburg zur Verfügung stand, ist unbekannt. Die Ursache seiner Sendung mag auch eine ganz andere, uns unbekannte gewesen sein. Ueber die Beförderungszeiten vgl. o. S. 52, n. 94, wozu noch kommt DRA. I. S. 143, A. 1: Augsburg-Wels $2^1/_2$ Tage. Nach allem empfiehlt sich, für die Strecke Buda-Augsburg 7 Reisetage anzunehmen.

58. Ludwig an Georg v. Brandbg.; etwa Juli. DRA. I. S. 651, A. 1 nach Pray, epist. procerum regni Ungariae.

59. DRA. I. l. c. nach Cuspinians Tagebuch. Font. rer. Austr. I, 411.

60. DRA. I. ebenda nach Act. Tom. V, 55.

Digitized by Google

Burgos", „einem Meisterstreich, den er ausführte".[61] Im Gegenteil scheint es verfehlt, in dem Nachgeben Ludwigs die Wirkung habsburgischen Einflusses zu sehen, selbst wenn er versucht ist.

Ludwig teilte seinen Schritt auch König Sigismund mit und bat ihn, seinen Gesandten ebenfalls zu befehlen,

61. Roesler S. 169/70. Etwas vorsichtiger durfte er seine Vermutung doch vortragen, da er selbst (S. 170, A), als einzige Begründung angiebt, dass durch die Annahme ein Zusammenhang in die sonst unzusammenhängenden Aktenstücke komme. Dabei war ihm freilich s. Z. das Datum der Ankunft de Burgos am 3. V. und die grosse Thätigkeit Cuspinians nicht bekannt. Statt dessen nahm er infolge flüchtiger Benutzung der Akten eine Anwesenheit Burgos in Buda seit längerer Zeit an. Er übersieht (S. 162), dass am 18. II. die am 14. geplante Sendung Burgos als unausgeführt bezeichnet wird. DRA. I. nach Le Glay S. 234. 257; s. o. S. 254. — Allerdings bald soll dann doch von Augsburg an Markgraf Georg Botschaft gesandt werden, aber auch diesmal kann Burgo nicht damit beauftragt worden sein, da Marnix noch am 16. III. Burgos Sendung erst empfahl. (Mone V, 111; s. o. S. 255.) Roesler übersah auch dies. Er citiert ferner eine Audienz Cuspinians am 8. IV. (S. 162, A. 1). Da er von dessen Erfolgen nichts wusste, auch nicht leicht wissen konnte, nennt er ihn erfolglos. Weil aber Cuspinian nach ihm erfolglos war, soll nachher Burgo gesendet sein; angenommen, Cuspinian hätte am 8. ungünstig berichten müssen, so wäre ein Brief frühestens in 7 Tagen, also 15. IV. in Augsburg gewesen; Burgo konnte also nicht, wie Roesler stillschweigend voraussetzt, am 19. schon in Buda sein. Roesler lässt nämlich einen Brief von diesem Tage (nach dem ihm bekannten Druck, thatsächlich vom 18. Apr. DRA. I. N. 230), der keine Ortsangabe hat, ohne hinreichenden Grund in Ungarn entstanden sein (s. Ungarn Note 17); denn wenn er auch Nachrichten über Ungarn enthält, so doch daneben ebenso viele über Sachsen, Brandenburg und besonders den Tag von Wesel (28. III. bis 4. IV.). So erscheint der Brief auch dem Inhalte nach eher als eine Wiedergabe von Nachrichten verschiedener Herkunft, aber nicht als der Bericht eines Gesandten vom Schauplatz der Ereignisse.

Digitized by Google

dass sie ihre Stimme den Böhmen überliessen.[62] Das Datum der Bitte ist nicht bekannt, da wir von ihr nur durch einen Brief Sigismunds an seine Gesandten wissen. Da von diesen Raphael Leszczinsky am 21. V. Krakau verliess,[63] kam Ludwigs Bitte wohl frühestens 22. Mai an: sie wäre also frühestens 17./18. Mai, also nicht unmittelbar nach dem 10. Mai ausgesprochen. — Wir lernten bereits die entsprechende Aufzeichnung Markgraf Georgs über die ihm erteilte Weisung, wenigstens bezüglich seiner Stellung in der Wahlsache, kennen (s. o. S. 264). Als die privaten Angelegenheiten, die er mit Burgo für Ludwig wahrzunehmen hatte, werden in derselben Aufzeichnung ausser der Heirat Annas mit Karl auch der Plan einer Ehe Ferdinands mit Sigismunds Tochter, ferner das Anrecht Sigismunds auf ein Erbe (s. Polen) genannt. Ueber alle diese Punkte sollte Georg sich nähere Auskunft von den Polen erbitten.

Auch die Stellung zum Grossfürsten von Moskau sollte besprochen werden. Freilich wird Markgraf Georg den polnischen Gesandten schwerlich vor Mitte Juni, eben auf dem Wahltage, Mitteilung davon gemacht haben. Am 1. Juni erst verliess er Ofen[64] mit A. de Burgo und Cuspinian, der am 23. Mai nochmals dorthin zurückgekehrt war, anscheinend nur, um den beiden Bischöfen von Waitzen und Fünfkirchen Verschreibungen für die ihnen versprochenen Gelder zu bringen.

Nach Frankfurt begehrte Georg, wie er nach seiner Instruktion zunächst nicht als offizieller Vertreter Ludwigs bei der Wahl angesehen werden wollte, nur mit 40 Pferden Einlass. Das Nähere über die Aufnahme in die Stadt betrachten wir später und wenden uns zunächst den Dingen in Polen zu.

62. DRA. I. S. 740, A. 5. Erwähnt in einem Briefe Sigismunds an seine Gesandten (s. d. a. a. O. Anfang Juni angesetzt).

63. DRA. I. S. 717.

64. DRA. I. S. 651, A.

Digitized by Google

König Sigismund von Polen.

Die allgemeinen Erwägungen, welche König Sigismund anstellen mochte, als es galt, sich für einen der Bewerber zu entscheiden, hat Roesler dargelegt (S. 155) Noch war Sigismund in Ungewissheit, ob Karl, wie in den letzten Jahren Maximilian, den Thorner Frieden anerkennen, Polen gegen Preussen unterstützen würde. Dagegen hätte er es für höchst unwahrscheinlich halten müssen, dass. Franz I. als römischer Kaiser alte Reichsansprüche im entfernten Osten verfolgen würde; freilich hörten wir doch auch (s. o. S. 253) von einer Beziehung der Preussen zum moskowitischen Grossfürsten und durch diesen zu Frankreich. Durch einen Anschluss an Frankreich hätte Sigismund den Preussen wohl eine etwaige Unterstützung entzogen.

Ein andrer Umstand hätte den Polenkönig in Karls Arme treiben können. Seine Schwiegermutter, Isabella von Mailand, Herzogin von Bari, war von der Königin Johanna von Neapel, die im Herbst 1518 starb, als Erbin des gesamten Vermögens eingesetzt. Dieses Erbe besass einen Wert von fünfmalhunderttausend Dukaten, und die Ausfolgung lag im Belieben Karls als des Königs von Neapel. Nahm Sigismund entschieden gegen ihn Partei, so drohte die neapolitanische Erbschaft verloren zu gehen; wenn er aber dieser zu Liebe Karl seine Stimme gab und Franz doch gewählt wurde, so konnte dieser ihm in Preussen schädlich werden. Daher wurde Sigismunds Losung, sich nach keiner Seite zu kompromittieren. Er blieb eben schwankend, obgleich er zu Augsburg für Karl sich erklärt hatte, und auch danach noch zur Beschleunigung der Testamentsvollstreckung sein Gesandter Dantiscus nach

Digitized by Google

Spanien weitergereist war. Dieser ist aber erst 14. Jan. 1519 dorthin gekommen, sodass bei Maximilians Tod noch Nachricht von ihm ausstand. Dazu hat, was Roesler nicht erwähnt, Sigismund wohl, wenn auch nicht direkt von den Böhmen, erfahren, wie im Oktober 1518 auf dem böhmischen Ständetag angeregt war, König Ludwig mündig zu erklären, ebenso vermutlich wie dies Epiphanias 1519 bestätigt ist. Frühestens im März kam wohl Antwort aus Spanien. Dort wurde Sigismunds Gesandter, nachdem der Tod des Kaisers bekannt geworden war, mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt, auch dem Könige das goldene Vliess angeboten; nur die Erbschaftshandlung kam doch nicht weiter. Sigismund sah dies mit steigendem Verdruss; er antwortete, dass ein rascher Spruch wohl hätte gefällt werden können, und das goldene Vliess wollte er nicht sogleich annehmen, er müsse zuvor die Ordensstatuten kennen.

In den Einzelheiten besonders über die Verhandlungen der beiden Hauptbewerber ist Roesler (S. 158) ungenau. Erst Ende April kennt er eine Wirksamkeit fremder Gesandter in Krakau. Aber bereits Ende Februar muss eine habsburgische Gesandtschaft nach Krakau gekommen sein.[1]

Anfang März sandten die Räte in Augsburg nochmals einen Gesandten Ferenberger,[2] der von Mitte März

---

1. Vgl. DRA. I. S. 257, Z. 23. Zevenbergen an Margareta. 18. II. Nachdem die Kommissare vom Mainzer erfahren, dass König Sigismund als Vormund Ludwigs die böhmische Stimme führen werde, sei von Augsburg an ihn gesandt. — Da Zevenbergen angiebt, die Vollmacht sei auf die von Marnix überbrachten Blankette geschrieben, dieser aber 12. II. in Augsburg ankam (DRA. I. S. 183, A. 2. DRA. I. S. 232. Zevenbergen an Margareta 14. II.), muss der Gesandte nach Polen 13. oder 14. II. abgegangen sein.

2. DRA. I. S. 389, Z. 2. Zevenbergen an Margareta. 8./9. III. mit der Namensform Wirnenberger, sonst aber immer wie oben.

Digitized by Google

bis mindestens Mitte April blieb; er überbrachte einen Brief König Karls vom 6. Februar[3] und vielleicht jenes Angebot des goldenen Vliesses. König Karl bat,[4] wie in Augsburg so auch jetzt seiner Wahl günstig zu sein und die Gesandten zum Wahltage zugleich im Namen des Königs von Ungarn in diesem Sinne anzuweisen. Auch an die Kurfürsten möge Sigismund im Interesse Karls schreiben.[5] Dieser zweite Bote sollte zudem anzeigen, dass der König von Frankreich an Stelle des verstorbenen Kaisers als nächster mütterlicher Verwandter Ludwigs nun Vormund des jungen Königs werden wolle.[6]

Ebenfalls Mitte oder gar Anfang März mag in Krakau auch schon eine französische Gesandtschaft angekommen sein. Denn Sigismund schreibt am 9. April: Gesandte Franz I. seien bei ihm gewesen,... darauf sei mit derselben Bitte auch ein Gesandter der spanischen Kommissare in Deutschland gekommen.[7] Diese letzte Angabe können wir gut auf Ferenberger deuten; da er gegen Mitte März in Krakau eintreffen mochte, müssen die Franzosen schon etwas eher angelangt sein.[8] Aber erst am 6. IV. berichteten die Gesandten nach Frankreich; sie hatten 10 500 Kronen, wohl zu Bestechungen, zu zahlen über-

---

3. DRA. I. S. 380, Z. 1.

4. DRA. I. S. 194, Z. 9. Inhalt von Karl angegeben in seinem Briefe an das Regiment zu Innsbruck. 6. II.

5. Antwort Sigismunds. DRA. I. S. 540, A. 3 = Act. Tomic. V, 42.

6. DRA. I. S. 383, Z. 14. Die Kommissare an König Karl. 8.|9. III. Vgl. DRA. I. S. 383, A. 2. Anna, die Gemahlin Wladislaus des zweiten von Ungarn, war von mütterlicher Seite eine Enkelin Marias von Orleans, der Schwester Ludwigs XII. von Frankreich.

7. DRA. I. N. 211. Sigismund an Ludwig. S. 540, Z. 9 u. 15.

8. DRA. I. S. 597, A. 3. Der Hrsg. kennt das letzte Argument nicht und nimmt Ende März als Termin der Ankunft an.

Digitized by Google

nommen.[9] Ihre Instruktion[10] gab ihnen Vollmacht zum Abschluss eines Bündnisses, doch sollten sie Einzelheiten nicht festsetzen. Falls Sigismund selbst König werden wolle und Aussicht habe, wolle Franz ihn unterstützen; habe dagegen Franz Aussicht, bitte er um dieselbe Gunst. Denke Sigismund an die Wahl eines deutschen Kurfürsten oder Karls, so sollten sie dawider, ausser den bekannten Entgegnungen, anführen, Maximilian habe behauptet, König von Ungarn und Kroatien zu sein, die doch Ludwig gehörten; deshalb dürfe Sigismund als dessen Vormund nicht für Karl stimmen. Sie sollten endlich anfragen, ob Sigismund bei Stimmengleichheit Franz begünstigen wolle. — Wahrscheinlich antwortete Sigismund, er wolle seine Entschliessung kundgeben, wenn er die Angelegenheit bei sich und mit seinen Räten erwogen habe; letzteren erklärte er, wegen der preussischen Angelegenheit noch nicht schlüssig zu sein.[11] Sicher hat er die Franzosen mit einem endgültigen Bescheid äusserst lange hingehalten, wohl in Anspruch genommen und noch immer unentschieden wegen der schroffen Haltung der Böhmen, die nun auch selbst ihm die Mündigkeitserklärung Ludwigs anzeigten. Aber ehe er dann Antwort (o. S. 267) auf eine Anfrage bei Ludwig hatte, dankte er — nach den DRA. am 25. April,[12] sicher wenigstens vor einer zweiten

9. Erwähnt von Liske, das Verhältnis des polnischen Hofes zur Kaiserwahl 1519. Hist. Ztschr. 16, S. 55. Trotzdem setzte Roesler (S. 158) die Ankunft der Franzosen auf Ende April, und danach sollen erst habsburgische Gesandte gekommen sein. Das Schreiben der Franzosen ist erwähnt in der Antwort aus Frankreich vom 2. V. DRA. I. N. 267. Bonnivet und Guillart an Langhan und Lameth.

10. DRA. I. N. 8. Act. Tom. V, p. 27.

11. Acta Tom. V, 26.

12. DRA. I. N. 249. s. d. Act. Tom. V, 27. Eine Antwort Sigismunds an die französischen Gesandten.

Digitized by Google

Nachricht aus Böhmen — den Franzosen nochmals für ihre Werbung und führte weiter aus: als er Karl in Augsburg Versprechungen gemacht, habe er nichts von Franz' Bewerbung gewusst; aber er würde pflichtvergessen erscheinen, wollte er jetzt eine andere Gesinnung zeigen. Zwar würde er mit Rücksicht auf die Türkengefahr Franz gerne sehen, aber Versprechungen könne er nicht machen; er müsse auf den Bescheid aus Böhmen und Ungarn warten. Die Franzosen entgegneten, das hätte man ihnen bereits am Tage nach ihrer Ankunft sagen können, rühmten aber von neuem die Aussichten und die Freigebigkeit ihres Königs.[13] Als dann aus Böhmen wenigstens von einem der Herren, wenn auch noch nicht von den Regenten, und weiter vom Erzbischof von Gran Bescheid eingetroffen war,[14] wurden die Franzosen — nach den Habsburgern — am 4. Mai entlassen.[15] Sigismund machte ihnen die Eröffnung, er habe von Ludwig kürzlich erfahren, dass auch dieser sich König Franz willfährig erzeigen wolle[16] — gerade das Gegenteil von dem, was der Fall war. Von den böhmischen Ständen, fuhr er fort, hätte er noch keine Antwort. Doch versprach er, für Franz stimmen zu wollen, wenn die böhmische Stimme den Ausschlag geben könne und wenn dagegen König Franz zusage, falls die eigene Wahl nicht durchzusetzen wäre, mit allen Mitteln für ihn oder Ludwig einzutreten. — Betrachtet man die Unsicherheit, welche darüber bestand, ob Sigismund überhaupt die Stimme führen würde, so erscheint diese Zusage als leeres Gerede, wie sich Sigismund denn auch in seiner Antwort an

13. DRA. I. S. 597, A. 4 Schluss.

14. DRA. I. S. 541, A. 1 Schluss. Peter von Rosenberg an König Sigismund. 24. IV. Krumau. DRA. I. N. 247. Der Erzbischof von Gran an Sigismund. 24. IV.

15. DRA. I. S. 638, A. 3.

16. DRA. I. S. 598, A. 2 = Act. Tom. 45. Sigismunds Antwort an die französischen Gesandten. 4. V.

Digitized by Google

den aus Ungarn gesandten Balbus gewissermassen entschuldigt hat, dass er sich in seinem ersten Schreiben weiter über die französische Gesandtschaft verbreitet habe.

Die Beziehungen Sigismunds zu Ludwig wie zu den Böhmen müssen wir nun etwas genauer ins Auge fassen. Wenige Tage, nachdem die französischen Gesandten nach Frankreich berichtet hatten, beschwerte sich der Polenkönig am 9. April bei seinem Neffen,[17] dass er ihn von der Citation zur Wahl nicht benachrichtigt habe, teilte aber ihm, dem Erzbischof von Gran und den böhmischen Herren die französische und habsburgische Werbung mit. Erhebt er dann den Anspruch, als Vormund den jungen König zu vertreten, so verlangt er doch nicht, die Stimme allein zu führen. Er wollte den Anschein vermeiden, als sei durch seine Vormundschaft Ludwig Nachteil erwachsen und dachte nicht ohne Wissen und Willen Ludwigs und seiner Räte vorzugehen. Er wusste eben vermutlich schon vorher, etwa seit Anfang April, von der Erbitterung der Böhmen gegen sein Augsburger Stimmversprechen für Karl.[18] Im übrigen kennen wir bereits seine Anfrage, wie er den Parteien antworten solle (s. o. S. 261), und seinen Vorschlag, einen Gesandten Ludwigs aus Böhmen und einen polnischen zur Wahl abzuordnen. Dass er aber wirklich anfangs nicht ganz so ergeben an Habsburg war, wie es später scheint, dafür kann wohl noch angeführt werden, dass der den Spaniern freundliche Erzbischof von Gran am 21. April gegen Cuspinian über die Briefe des Königs von Polen und seines Kanzlers klagte. Am 20. April behauptet auch Joachim von Brandenburg in einem Schreiben

17. DRA. I. N. 211. Sigismund an Ludwig. S. 541, A. 1. Sigismund an die Böhmen. 9. IV.

18. DRA. I. S. 540, A. 3. Sigismund an die Kommissare. (Etwa Ende Apr.)

Digitized by Google

an seinen Bruder, neben andern sei Polen für Frankreich.[19] Andrerseits muss sich schon Anfang April Sigismund — wenigstens nach der Art zu schliessen, wie Marnix in Augsburg über ein Schreiben desselben berichtet, — nicht ungünstig für Karl geäussert haben.[20]

Wie an Ludwig hatte Sigismund an die Böhmen geschrieben. Sein Brief kreuzte sich wohl mit einer Mitteilung der auf ihrem Landtag zu Prag versammelten Stände etwa vom 14. April.[21] Diese meldeten ihren Beschluss, Ludwig die volle Regierung zu übertragen; darin lag, da Ludwig nur dreizehn Jahre alt war, dass sie den polnischen Einfluss beseitigen wollten.[22] Weiter berichteten

---

19. S. o. S. 88, n. 209 u. 10. Sehr glaubwürdig ist freilich jenes Schreiben Joachims nicht, da es überhaupt seine Absicht zeigt, Albrecht den Anschluss an Frankreich vorteilhaft erscheinen zu lassen. — Eine im Herbst 1518 geplante Sendung Moltzans nach Polen (DRA. I. N. 7 und 26) kam wohl nicht zu stande. Noch am 27. II. schreibt Moltzan (DRA. I. S. 315): Rex Ungarie et Boemie non mittit oratores, sed rex Polonie, ideo legacio ad regem Polonie erit necessaria; er fährt aber fort: sed non potest fieri, donec res cum Maguntino, marchione et Coloniensi conclusa sit, ne lucrando unum tres perdamus. S. o. S. 56, n. 106|7. Da die Angelegenheit dieser Kurfürsten sich noch lange Zeit nicht klärte, wird die Reise Moltzans eben unterblieben sein. Damals 27. II. erbat er neue Kredenz und machte Mitteilung, dass man in Polen mit einigem Pomp auftreten müsse.

20. DRA. I. S. 540, A. 3. Le Glay II, 411.

21. Die Böhmen werden ihren Boten gleichzeitig mit dem nach Buda abgesandt haben, der am 17. IV. dort ankam. DRA. I. S. 639, Z. 21, S. 640, Z. 17. Da die Entfernung von Prag nach Krakau der nach Buda ziemlich gleich ist, dürfte dann der Bote auch in Krakau etwa 17. angekommen sein.

22. Nach Sigismunds Antwort an die Stände vom 19. IV. DRA. I. N. 234. Der Brief der Böhmen fehlt.

Digitized by Google

sie,[23] dass sie nebst ihrem Könige zur Wahl citiert seien, womit sie eben den Schein des Rechts für sich erwecken wollten, während Albrecht den König Ludwig oder, im Fall er minderjährig sei, seinen gesetzmässigen Vertreter oder seine Prokuratoren citiert hatte;[24] das erstere war natürlich Sigismund. Dieser äusserte sich (s. n. 21) auf das Schreiben der Böhmen am 19. April entgegenkommend, billigte die Uebertragung der Regierung an Ludwig, anscheinend aber nicht eine alleinige Vertretung durch die Böhmen und wünschte vielmehr Anwendung des böhmisch-polnischen Siegels.

Weiterhin hat Sigismund von Ludwig ein Schreiben vom 16. erhalten, das aber erst mit einem Schreiben Cuspinians vom 19. und somit wahrscheinlich erst durch den Probst Balbus von Pressburg überbracht ist. Da dieser am 26. April[26] Buda verliess, dürfte er nicht vor 30. April nach Krakau gekommen sein.[27] Ludwig zeigte darin an, dass er Karl wählen wolle, der seinerseits, im Fall er selbst nicht Aussicht habe, für ihn eintreten solle; dasselbe

---

23. Nach Roeslers Darstellung (S. 155) hätten die Böhmen selbst am 7. V. dem Könige Sigismund auf dem Reichstage zu Petrikau noch keine Mitteilung von der Citation gemacht. Bis Mitte April haben sie dies anscheinend allerdings verzögert.

24. DRA. I. N. 60. Begleitschreiben Albrechts zur Wahlcitation an König Ludwig. DRA. I. S. 231, Z. 15—17. aut . . . per curatorem suum legitimum aut nuncios ac procuratores suos cum pleno ac sufficiente mandato.

25. DRA. I. S. 639, Z. 3. Cuspinian erwähnt das Schreiben in seinem Brief vom 4. V.; uns fehlt es.

26. DRA. I. S. 648, A. 1.

27. Wenn die Schreiben vor der Sendung des Balbus und dann wohl am 19. auch abgesandt sind, könnten sie etwa 23. IV. bei Sigismund angelangt sein. Indes Grund genug für die Verzögerung läge in der Ankunft der verschiedenen Gesandten in Buda und der Abwesenheit Cuspinians (etwa 22.—24. IV.).

Digitized by Google

meldeten am 19.[28] Cuspinian und Saurer, die bereits am 16. an Ferenberger, den habsburgischen Agenten in Krakau, einen Boten gesandt hatten.[29] Sie schrieben weiter, König Ludwig habe drei Herren als Gesandte für die Wahl den Böhmen benannt, sandten Brief und Instruktion und baten, Sigismund möge seine Botschaft in derselben Weise bevollmächtigen. Für eine solche möge er nach Markgraf Georgs Vorschlag Herrn Raphael de Leschno und den Woywoden A. de Terschin wählen. Dies Schreiben des jungen Königs hält wie seine Instruktion an die Böhmen vom 17.[30] doch noch den Anspruch Ludwigs, selbst die Vertreter zur Wahl zu senden, aufrecht.

Vielleicht etwas früher ist eine später datierte Antwort des Erzbischofs von Gran vom 24. April angekommen.[31] Dieser führte zunächst bezüglich der Frage, wen man zu wählen habe, aus, er habe mit andern Räten schon vor Ankunft von Gesandten der Kronbewerber dies erwogen, und alle seien einig gewesen, dass der König von Spanien weitaus den Vorzug verdiene. Welche Folgen würde die Verweigerung der Stimme für die beabsichtigte Verlobung der Schwester Ludwigs haben! Sigismund müsse zudem um des Rufs der Zuverlässigkeit willen bei der Zusage von Augsburg bleiben. Die Hülfe aber, welche der König von Frankreich leisten könne, liege in weitem Felde. Was den Vertreter bei der Wahl angehe, so müsse Sigismund den Böhmen gegenüber für sich und seinen Neffen an dem Ehrenrecht der Krone festhalten.

---

28. DRA. I. S. 638, A. 3. Cuspinian und Saurer an Sigismund. 19. IV.

29. DRA. I. S. 639, Z. 4.

30. S. o. S. 258, N. 22. DRA. I. 226.

31. DRA. I. N. 247. Der Erzsbischof v. Gran an Sigismund. 24. IV. Gran. (während Cuspinians Anwesenheit.) S. 647, Z. 31.

Digitized by Google

Am gleichen Tage, dem 24. April, antwortete aus Böhmen Peter von Rosenberg äusserst kurz und nicht im Namen der Regenten,[32] dass der Krone Böhmen von den Verhandlungen des Augsburger Reichstages nichts bekannt sei, — was bezweifelt werden darf, wohl auch nur bedeuten soll, dass offiziell nichts mitgeteilt sei. Jedenfalls wurde Sigismunds damalige Zusage nicht anerkannt. Der Landtag, hiess es weiter, habe bereits seine Gesandten designiert, so dass sich nichts mehr thun lasse; da Sigismund somit, wenn er einen Anspruch erhob, die Böhmen, wie er auch stimmen wollte, verletzte, so konnte er füglich nicht auch noch dem König von Ungarn zuwiderhandeln und musste darum Ludwigs Kandidatur und, wenn diese aussichtslos war, Karl unterstützen. Aus diesem Grund wird er nicht lange nach Eintreffen der letztgenannten Schreiben die französischen Gesandten entlassen haben.

Und als bald auch der von Cuspinian gesandte Balbus anzeigte, dass Ludwig für Karl zu stimmen wünsche und dies den Böhmen angezeigt habe, da antwortete Sigismund — nach Kluckhohn bereits Ende April, also eher als den Franzosen — den habsburgischen Kommissaren in Augsburg, er habe seinen Neffen sowie die böhmischen und ungarischen Räte aufgefordert, seinen in Augsburg getroffenen Abmachungen zuzustimmen.[33] Die Böhmen seien nämlich darüber unwillig, dass er die böhmische Stimme in Augsburg ohne ihre Zustimmung Karl gegeben habe. Sein Neffe habe sich jetzt nun einverstanden erklärt, aber die Böhmen arbeiteten ihm entgegen, mit ihnen müsse deshalb vorsichtig verhandelt werden, damit sie

---

32. S. o. N. 14.

33. DRA. I. S. 540, A. 3.

Digitized by Google

keine Störung verursachten.[34] Es sei ihm daher nicht möglich, an die Kurfürsten zu schreiben; er werde aber Gesandte nach Frankfurt schicken und ihnen auftragen, Karl ihrerseits alle Unterstützung zu gewähren. Die Räte sollten das Ihre thun, um die Böhmen, welche nach Frankfurt abgeordnet würden, dahin zu bringen, dass sie mit seinen Gesandten zusammengingen, indem sie ihnen erklärten, ihm stehe besonders nach der goldenen Bulle die Stimmabgabe zu. Sonst fürchte er, dass die Böhmen, wenn sie sein Beharren auf der Augsburger Zusage sähen, Umtriebe anzetteln möchten.

So ergriff Sigismund also jetzt doch Karls Partei und willfahrte damit zugleich dem Wunsche Ludwigs; wie erwähnt (o. S. 201), suchte er jetzt zu entschuldigen, dass er früher über die französische Bewerbung länger berichtet habe, und liess durch Balbus bitten, Ludwig möge, ehe seine Gesandten zur Wahl reisten, einen besonderen Beauftragten absenden, um mit den Kommissaren und den polnischen Gesandten alles Erforderliche zu verhandeln. Es sei ihm sehr beschwerlich, dass die Böhmen ihn anscheinend von der Wahl ausschliessen wollten, doch werde er, damit die Rechte Ludwigs gewahrt würden, seine Gesandten abfertigen, die zu Gunsten Karls stimmen sollten.[35]

Da trat — nicht in der Zuneigung zu Karl, aber bezüglich der Vertretung bei der Wahl — ein Wechsel ein. Ludwig hatte bereits nach der Rückkehr des Balbus zugesagt, dass er einen besonderen Beauftragten zur Verhandlung der Privatangelegenheiten voraussenden werde.[36] Dann aber wurde dies doch widerrufen und Ludwig bat,

34. Der Brief Sigismunds kam zur selben Zeit nach Augsburg, als die dortigen Kommissare auch von Cuspinian (DRA. I. S. 651, Z. 27.) und Albrecht von Mainz aufgefordert wurden, ihr Augenwerk auf sichere Gewinnung der Böhmen zu richten.

35. DRA. I. S. 648, A. 1.

36. DRA. I. S. 740, Z. 19.

Digitized by Google

Ende Mai, wie wir wissen, Sigismund möge den Böhmen völlig nachgeben und ihnen die Stimme überlassen. Sigismund wies dementsprechend seine Gesandten, die am 21. Mai bereits abgereist waren[37], noch nachträglich an, worauf wir in anderem Zusammenhange zurückkommen. Doch auch schon eine Instruktion Sigismunds, die noch von jenem Briefe Ludwigs unabhängig zu sein scheint, freilich dann bis zu dem späteren Schreiben zurückgehalten ist, machte den Gesandten eine nachgiebige Haltung zur Pflicht.[38] Sie sollten mit den Böhmen gemeinsam und ohne von ihnen abzuweichen, die Angelegenheiten Ludwigs fördern und Sigismund entschuldigen, dass er ohne Rücksprache mit ihnen seine Gesandten zum Augsburger Reichstage geschickt habe. Maximilian hätte gewünscht, die Verhandlungen geheim zu führen, und er selbst hätte geglaubt, der Kaiser würde ihnen Kenntnis geben, überdies aber erkannt, dass die Angelegenheit in Augsburg nicht zum Abschluss kommen könnte. Seine Bevollmächtigten sollten daher jetzt den Verdacht vermeiden, als ob Sigismund wider den Willen der Böhmen irgend einer Partei zuneige, damit nicht daraus ein Hindernis für den entstehe, den er zum Kaiser wünsche. Sie könnten im Einverständnis mit den Böhmen die Privatangelegenheiten ordnen, falls es diesen und Ludwigs Spezialbevollmächtigten gut dünke.

In den Verhandlungen mit den Kurfürsten sollten sie angeben, sie würden sich der Mehrheit anschliessen, — den Kommissaren aber auf Befragen sagen, Sigismund sei bereit, die Zusage von Augsburg so weit möglich zu halten, und als Entgelt vor allem das Versprechen zu erlangen

37. DRA. I. S. 716, A. 3.

38. DRA. I. N. 303. König Sigismunds Instruktion für seine beiden Gesandten auf dem Wahltag, Bischof Matthias von Cujavia und Raphael von Leschno. 21. V.

Digitized by Google

suchen, dass Karl selbst Anna heirate. Die weiteren Punkte waren, wie bereits erwähnt, eine Heirat von Sigismunds Tochter mit Ferdinand, die neapolitanische Erbschaft, die preussische Angelegenheit und der moskowitische Krieg. — Wenn aber die Kommissare eine Verhandlung mit den Kurfürsten verlangen würden, so sollten die Gesandten das ablehnen, mit der gleichen Begründung wie in Sigismunds Briefe nach Augsburg, dass nämlich dadurch die Böhmen und andere beleidigt würden und Karls Sache nur geschädigt. — Wir sehen also wiederholt ein Nachgeben gegen die Böhmen, wie es grösser kaum denkbar ist. Freilich auch für den Fall wurden die polnischen Gesandten instruiert, dass Franz mehr Aussicht habe. Dann solle dieser ein ewiges Bündnis mit Polen schliessen, es in einem etwaigen Kriege gegen Preussen und ebenso gegen den Grossfürsten von Moskau unterstützen und beim Papste die Bestätigung des Friedens zwischen Polen und dem Deutschorden erwirken. Hätte der Papst als Oberlehnsherr des Ordens seine Zustimmung gegeben, so wäre dem Orden jeder Grund zu neuer Erhebung genommen.

Wie wenig die Polen zur Geltung kommen sollten, werden wir sehen, wenn wir zugleich die Ankunft der böhmischen, polnischen und ungarischen Vertreter in Frankfurt betrachten. Wenden wir uns erst noch den Böhmen selbst zu, die mit so viel Entschlossenheit den Königen von Ungarn und Polen entgegentraten.

Die böhmischen Stände.

Am 27. Februar wurde in Prag das Citationsschreiben des Kurfürsten Albrecht, da König Ludwig nicht dort weilte, den Regenten von Böhmen, Wenzel von Kolowrat und Peter Wanda von Neglin, nebst einigen böhmischen Räten vorgelegt, und zwar Original und Kopie. Ersteres

Digitized by Google

überbrachten die Boten noch nach Ofen an König Ludwig, doch erklärten sie in Prag, anscheinend ohne Aufforderung, dass dies ohne Verpflichtung Albrechts, wenn auch auf seinen Befehl erfolge (S. 260, n. 25). Zu Anfang des Jahres war, wie wir wissen, die Mündigkeitserklärung Ludwigs von den Böhmen bestätigt, sicher zur Abwehr weiteren polnischen Einflusses. Die Wahlcitation aber forderte König Ludwig nun auf, persönlich zur Wahl zu kommen oder, wenn er das von der goldenen Bulle vorgeschriebene Alter nicht habe, seinen gesetzmässigen Kurator oder seine Boten und Prokuratoren zu senden.[1] Ludwig hatte das nötige Alter nicht. Sollten die Böhmen nun dem gesetzmässigen Vertreter — das war zweifellos König Sigismund — die Abgabe der Stimme überlassen, oder die Abordnung von Gesandten aus ihrer Mitte „als Boten und Procuratoren" Ludwigs verlangen oder endlich selbst die Vollmacht ausstellen?

Es ist jetzt durch Kluckhohn ein Brief veröffentlicht, den am folgenden Tage, dem 28. Februar, der Regent Wenzel von Kolowrat einem seiner Standesgenossen, vielleicht Peter von Rosenberg, oder einem Standesherrn am Hofe schrieb.[2] Er meinte, dass „diese Wahlangelegenheit eine nicht geringe, sondern grosse Sache ist, an der unserm König wie auch diesem Königreiche hochgelegen ist." Deshalb wünschte er, die Stände möchten alle Kräfte daran setzen, um ihrem noch minderjährigen König die Kaiserkrone zu verschaffen, „auf dass dermaleinst s. G. nicht sagen könnte: Ihr habt uns um dies und das in meinen Jugendjahren gebracht." Nach Kolowrats Meinung

1. N. 60. Begleitschreiben Albrechts zur Wahlcitation an König Ludwig. 14. II. S. Polen N. 24.

2. DRA. I. Nachtrag S. 877. Der Oberhofrichter des Königreichs Böhmen Wenzel Bezdruziczky von Kolowrat an (?) 28. II. 1519 Ueberstzg. Vgl. DRA. I. S. 611, A. 1.

Digitized by Google

hatte Ludwig wirklich Aussicht: es gäbe nur wenige Kurfürsten, die nicht in freundschaftlichem Verhältnis zu ihrem Herrn stünden und nicht sehr geneigt wären, eher ihm als einem andern zu helfen. Kluckhohn hebt darum mit Recht hervor, dass anscheinend in Böhmen der Gedanke an die eigene Kandidatur Ludwigs am lebhaftesten war, und dass er vielleicht von hier aus auch in Ungarn schon früh angeregt wurde.[3] Immer aber spricht Kolowrat doch davon, dass dem König von Böhmen das Recht, bei der Wahl zu stimmen, zustehe; von einem Recht der böhmischen Stände sagt er nichts; sein Ziel ist also zunächst, durch ihr Einschreiten das Interesse des böhmischen Königs gegen fremde Vernachlässigung zu wahren. Doch scheint Kolowrat auch die Vorteile für das Land Böhmen, und wohl besonders für die Stände, im Auge gehabt zu haben. „Dieses Königreich," schreibt er, „das an seinen Rechten trotz hoher Begnadigungen sehr herabgekommen ist und wegen Nachlässigkeit von allen Nachbarreichen gering geachtet wird, kann auf diese Art durch unsern Herrn zur Bestätigung aller früheren Freiheit, zu Erhöhung und Ruhm gelangen."

Aus Kolowrats Kreise wird auch auf dem Ständetage im April die Anregung zu der Sendung des Dr. Werhartic nach Buda gegeben sein. Sein Auftrag war bekanntlich: Ludwig sollte ihnen frei überlassen, wen sie als Vertreter abordnen, welchem Bewerber sie ihre Stimme geben wollten. Allerdings wollten sie ihm auch die persönliche Ausübung der Wahl zugestehn. Dies kam ja aber thatsächlich nicht in Frage (o. S. 259 f.). König Sigismund haben die Böhmen gleichzeitig aufgefordert, Ludwig zur Erlangung der deutschen Krone zu verhelfen; nur meldeten sie freilich in demselben Schreiben den Beschluss, dem König Ludwig die volle Regierung zu übertragen. (Polen N. 24.) Auch ihr

3. DRA. I. S. 611, A. 1.

Digitized by Google

Ersuchen an die Kurfürsten, vom 14. April, vor dem festgesetzten Termin nichts vorzunehmen, was den Freiheiten der Krone Böhmen nachteilig sein könne, und die Sendboten des Königs und der Krone Böhmen abzuwarten, ist bereits erwähnt. Ob vor diesen Sendungen in Böhmen spanischer oder französischer Einfluss wirksam war, ist unsicher und bleibt zu erörtern.

Vielleicht ist noch vor Schluss des böhmischen Landtags, der am 24. April stattfand, Werhartic zurückgekehrt[4] und hat berichtet, dass schliesslich die Antwort, welche die habsburgischen Gesandten bei Ludwig schon einmal erhalten hätten, in seiner Gegenwart wiederholt wäre; Ludwig hätte versprochen, für Karl zu stimmen, wofern dieser, wenn er selbst die Mehrheit der Stimmen nicht erlange, Ludwig wählen wollte. Ludwig wünschte — das sahen die Stände — auch sie für diese Politik zu gewinnen, indes nicht um ihnen zu widerstreben, sondern weil er seine eigene Wahl weder für erreichbar noch für erstrebenswert hielt. Eine Aufforderung, im gleichen Sinne zu wirken, traf in den nächsten Tagen bei Peter von Rosenberg ein[5] Bezüglich der Vertretung bei der Wahl hatte man im Bescheid an Werhartic wohl noch nicht nachgegeben; indes war der Bescheid ja kein endgültiger, eine Gesandtschaft nach Böhmen in Aussicht gestellt. Ludwigs Brief vom 28. IV. (S. o. S. 268 ff.) schlug eine gemeinsame Vertretung durch drei Gesandte, darunter einen aus Ungarn, vor; das Schreiben klang doch schon recht entgegenkommend. Trotzdem blieb es bei dem inzwischen gefassten Beschluss des böhmischen Landtags, d. h. bei der Ablehnung des Markgrafen Georg, der Ernennung des Herrn von Schwanberg statt des von Schellenberg, der Entsendung zweier böhmischer Ritter (o. S. 272). Es gab dann ja auch

4. Er verliess Buda 20. IV. früh. DRA. I. S. 647.

5. König Ludwig an P. v. Rosenberg. 20. IV. 1519. DRA. I, S. 637, A. 3.

Digitized by Google

am 10. Mai Ludwig völlig nach: er ermächtigte die böhmischen Gesandten, für ihn zu stimmen.[6]

Schon am 19. April hatte den Böhmen auch Sigismund geantwortet (s. Polen note 24), und zwar ähnlich, wie er am 9. April an Ludwig schrieb: er habe in Augsburg Ludwigs Kandidatur fallen lassen, weil er sie für undurchführbar gehalten; wenn sie es auch jetzt sei, müsse man sich den künftigen Kaiser verpflichten; sei aber die Erlangung der Krone für Ludwig doch möglich, werde er für ihn eintreten. Dass Bevollmächtigte der böhmischen Stände zu entsenden wären, erwähnte er nicht, dachte vielmehr, dass beide Könige für die Gesandten Vollmacht unter böhmischem und polnischem Siegel geben sollten. Auch sein Brief änderte am Beschluss des Landtags nichts.

Den Grundsatz also, dass von ihnen Gesandte zu schicken wären, haben wir die Böhmen mit Erfolg verfechten sehen. Prüfen wir weiter die Frage, welchem der beiden Hauptbewerber sie für den Fall, dass die Aufstellung ihres eigenen Königs keine Aussicht hätte, sich zuneigten.

Wann französischerseits bei den böhmischen Ständen thatsächlich gehandelt ist, wissen wir nicht genau. Eine Instruktion zur Verhandlung mit ihnen stellte König Franz am 4. Febr. für den Herzog von Suffolk aus.[7] Ausser den bekannten Ausführungen über die Türkennot und die besonderen Vorzüge Franz' I. enthält sie die Mitteilung, Franz fertige eine Gesandtschaft nach Polen ab. Suffolk selbst aber sollte den böhmischen Grosskanzler und den böhmischen Rat bitten, beim König von Polen für Franz

6. Roesler S. 170 nach Goldast S. 26. DRA. I. S. 700, A. 4. Beglaubigung Ludwigs für seine Gesandten.

7. Instr. Franz I. für den Herzog v. Suffolk nach Böhmen. 4. II. 1519. DRA. I. S. 189, N. 26. — Vgl. DRA. I. S. 234: Am 14. II. ist in Augsburg die Nachricht aus Frankreich, dass Franz Gesandte nach Ungarn und Böhmen schicke.

Digitized by Google

zu wirken. Die Instruktion rechnete also nicht mit dem Anspruch der Böhmen, ihrerseits die Kurstimme zu führen.

Erhalten ist ferner die undatierte Kopie einer Beglaubigung für Joh. Albert, Herrn von St. Paul, Kgl. Sekretär beim Kanzler und Rate von Böhmen, die nicht vor Mitte März anzusetzen ist.[8] Freilich von einer Thätigkeit dieses Bevollmächtigten haben wir keine Spur. Aber es findet sich die Kopie in Berlin; vielleicht kann man darum annehmen, dass die Verhandlung durch die Vermittelung Joachims geführt werden sollte. Ob und wieweit dieser sie gefördert hat, bleibt ungewiss. Immerhin giebt der Fundort eine Spur, dass Joachim wie später im Juni so in den früheren Monaten bei Bemühungen um die Böhmen beteiligt gewesen ist. Auch am 5. Mai behauptete er ja gegenüber spanischen Uuterhändlern, König Karl werde die böhmische Stimme nicht erhalten.[9] Und noch ein andermal rühmte er sich (20. IV.), Polens sicher zu sein.[10] Ueber eigene Erklärungen der Böhmen an die Franzosen sind wir nicht unterrichtet.

Habsburgischerseits ist vermutlich Anfang März ein Gesandter in Böhmen gewesen. Eine von Kluckhohn zu dem Briefe von Marnix an Margareta vom 16. März[11] neu edierte Schlussnotiz besagt: betreffs Böhmens sei in Augsburg gute Hoffnung, „wenn diese Franzosen die Sache nicht wieder trüben".

Ob jener Gesandte im Anfang März Johann Mrakes, der Kanzler des Wiener Regiments, war, ist nicht sicher festzustellen[12]. Gesandt ist Mrakes jedenfalls, wenn vielleicht

8. DRA. I. S. 620, A. 1. Die Urkunde ist in St. Germain ausgestellt; dort soll Franz nicht vor obiger Zeit gewesen sein.

9. DRA. I. N. 279. S. 671, Z. 3,

10. DRA. I. S. 578, Z. 19. S. o. S. 89. N. 210.

11. DRA. I. S. 449, Z. 1.

12. Roeslers Angabe (S. 162) aus einem Brief Zevenbergens vom 14. II. (Le Glay II, 233. DRA. I. S. 234) ist durch einen anderen vom 18. II. widerrufen. S. o. S. 254.

Digitized by Google

auch nicht Mitte Februar, wie ursprünglich geplant war. Denn als nach zwei Monaten Cuspinian von seiner Unterhandlung in Ofen am 2. Mai nach Wien zurückkehrte, fand er Briefe von Mrakes aus Böhmen vor. Dieser ist also wohl beim Schluss des böhmischen Landtages und vielleicht schon geraume Zeit in Böhmen gewesen. Er bat nämlich in seinem Brief, der Vitztum Saurer möge zu ihm kommen, und Cuspinian bedauerte, dass nach Böhmen kein Gesandter von höherm Rang geschickt sei; man habe in nichts mehr gefehlt als in der Behandlung der Böhmen[13]. Dass diese gegenüber Mrakes Karls Kandidatur ganz abwiesen, brauchen wir nicht notwendig anzunehmen; vielleicht hielten sie nur die Unterschrift des Unterhändlers für nicht genügend. Auch am 31. Mai erfuhren die Kommissare in Augsburg durch einen Brief Burgos aus Ofen vom 21. Mai[14] lediglich, dass die Böhmen auf der Ansicht beharrten, ihnen stehe die Abgabe der Stimme zu.

Ein bestimmtes Urteil über die Parteinahme der Böhmen vor der Ankunft in Frankfurt erlaubt also die Ueberlieferung nicht. Vermuten lässt sich ziemlich sicher, dass sie zunächst an ihrem früheren Verlangen, Ludwig solle die Krone erwerben, festhielten. Wenn sich dies als unausführbar herausstellen sollte, wie es der Fall war, mochten sie wohl bereit sein, für Karl zu stimmen, da sie, so viel wir sehen, keinen Grund hatten, hierin Ludwig entgegen zu treten. Auch war ja unter den böhmischen Herren Ladislaus von Sternberg gleichzeitig von Ludwig vorgeschlagen. Schwerlich war dieser also dessen erstem Wunsche, dass Karl gewählt werden möge, entgegen. Christoph von Schwanberg aber, der zweite Vertreter des

---

13. DRA. I. S. 651, Z. 22 ff. Aus Cuspinians Bericht vom 4. V.

14. DRA. I. S. 734. Nachricht der Kommissare. Vgl. Polen N. 34.

Digitized by Google

Herrenstandes, soll von Mrakes für Karl gewonnen sein.[15] So scheint die Aussicht, dass Karl die böhmische Stimme erhalten würde, doch nicht gar zu gering gewesen zu sein.

Noch vor der Abreise aus Böhmen erhielten die Gesandten der böhmischen Stände wohl auch die Beglaubigung Ludwigs, welche sie zugleich als seine königlichen Gesandten anerkannte. Auf der Reise nach Frankfurt baten sie am 5. Juni, datiert „zu der Heide"[16] den Rat von Frankfurt um Herberge.[17] Am gleichen Tage richteten sie an alle Kurfürsten und besonders an den Mainzer ein Schreiben, worin sie ihre Abfertigung zur Wahrnehmung der böhmischen Stimme anzeigten und daneben zugleich gegen die Auffassung protestierten, dass der Anfang des Wahltags auf den 10. Juni fallen solle; nach dem Ausschreiben ende die für die Ankunft in Frankfurt gesetzte Frist erst mit dem 17.; die Kurfürsten möchten bis dahin nichts vornehmen, was den Rechten Böhmens nachteilig sei.

Ueber den Einzug in Frankfurt selbst gab es noch Weiterungen, eben durch die mehrseitigen Ansprüche auf die böhmische Stimme. Von Sigismunds Gesandten war einer, Raphael de Leschno, am 21. Mai aufgebrochen[18], aber erst am 4. Juni zeigten er und der Bischof von Cujavien, der zweite Gesandte, aus Löbau dem Erzbischof von Mainz ihre Abfertigung zur Wahl an und baten, Albrecht möge ihre Unterkunft vorbereiten; am 8. sandten sie aus Leipzig dem Rate die Bitte, sie mit 80 Pferden einzulassen[19]. Die Bitte der Böhmen kam am 11., die der Polen am 12. Juni

15. Rezek, Forsch. XXIII, 346, A. 1, nach Script. Rer. Boh. III ed. Palacky, S. 434. Wir können die Angabe wegen Unkenntnis der böhmischen Sprache so wenig als der Herausgeber der DRA. I. (S. 706, A. 1) prüfen.

16. Vielleicht Neustadt an der Heide, eine Meile nö. v. Coburg.

17. DRA. I. S. 786, A. 2.

18. DRA. I. S. 716, A. 3.

19. DRA. I. S. 785, A. 2 und 785, Z. 26.

Digitized by Google

nach Frankfurt[20]. Der Rat hatte am 11. den Böhmen zugesagt, dass sie mit 200 Pferden einziehen sollten; als nun am Tage darauf das Gesuch der Polen kam, antwortete er ihren Boten zunächst, er dürfe sie vor der Kur nicht einlassen[21]. Aber der Mainzer und Pfälzer, an welche die polnischen Boten noch Briefe übergeben hatten, verwandten sich für sie. Als der Stadtschreiber im Namen des Rats angab, es sei ja bereits den böhmischen Ständen zugestanden, als Vertreter der Stimme mit der vollen Zahl der zulässigen 200 Pferde einzureiten, wies ihn Albrecht an die Räte der Kurfürsten, welche dann am 14. Juni[22] nachmittags eine Sitzung hatten. Auf den Vortrag, „das der konig von Bolheyms botschaft als ein furmunder des konigs von Behem erschinen das man die auch inlassen sol", gewährten sie es, und zwar mit 50 Pferden neben 150 böhmischen. Und nach Beschluss der Kurfürstenräte musste der Rat von Frankfurt sich bei den Boten der Böhmen, die auf der Herbergsuche waren, entschuldigen, dass er vom Kommen der Polen nichts gewusst habe, als er ihnen zu 200 Pferden Einlass gegeben. Der Quartiersucher meinte, seine Herren, „so geschickt sin von der cron von Behem," würden sich nicht zu Gunsten anderer beschränken, „dwil si mit dem konig von Polen in disem fal nit zu schicken haben, auch von siner schickung nit gehort". Der Bote wollte höchstens zugestehen, dass die Polen neben den 200 Böhmen einritten, und bat um schriftliche Aufzeichnung des Bescheids, die ihm bewilligt wurde. Die Böhmen aber antworteten am 14. Juni aus Steinheim, dass sie von dem Könige und Reiche Böhmen mit vollkommener Gewalt abgefertigt seien, und dass kein andrer von Böhmen irgendwelchen Befehl habe, wie ja wirklich Ludwig sie selbst beglaubigt und seinem

20. DRA. I. S. 786, A. 2 und 785, A. 1.

21. Das folgende nach der Aufzeichnung des Frankfurter Stadtschreibers. DRA. I. N. 343, S. 786-7.

22. Vgl. DRA. I. N. 347.

Digitized by Google

Gesandten befohlen hatte, ihnen nachzugeben. Sie erklärten deshalb ausdrücklich: dem Könige von Böhmen, nicht dem von Polen, gebühre das kurfürstliche Recht; — sie wüssten sich deshalb mit niemandem zu vereinigen. Die Antwort wurde vom Frankfurter Rat schleunigst den sechs Kurfürsten zugestellt. Diese liessen, anscheinend am 15. morgens, Antwort geben: „die churfursten mogen liden, das ein erbar rat Polhen, Behem und Ungern inlassen, doch das sie nit mehe dan 200 pferde inbrengen". Nach der Aufzeichnung der Frankfurter scheint es aber unzweifelhaft, dass die Böhmen bereits während der Beratung wirklich eingeritten sind, denn es heisst: „dwil sie (die Kurfürsten) sich die antwort bedacht, sin die Behemen mit irer anzal pferde ingeritten, und folgends hat u. g. h. der dumdechant . . . von der fursten wegen antwort geben"[23].

Am Nachmittag des 15. Juni liess der Mainzer ansagen, Markgraf Georg, „von der cron von Behem und Ungern der chore halber geschickt", begehre mit 40 Pferden Einlass. Der Rat erklärte, er habe die Böhmen „gar nahe" mit 200 Pferden eingelassen, werde aber mit ihnen reden, ob sie einen Teil ihres Gefolges hinaus lassen wollten und den Markgraf, wenn er zu ihnen gehöre, hinein. Die Böhmen aber erwiderten, einen Befehl des Markgrafen nicht zu

---

23. Hierauf folgt der oben angeführte Beschluss. Nach den letzten Worten desselben, „doch das si nit mehe dan 200 pferde inbrengen" heisst es weiter: „Als solich antwort gefallen, sin die Behem domit ingeritten." Da hiermit eine erneute Angabe, dass die Böhmen eingeritten seien, schwerlich beabsichtigt war, liegt der Ton wohl darauf, dass sie „domit" d. h. mit 200 Pferden eingeritten seien. Diese Zahl wird auch von Friedrich dem Weisen angegeben. (DRA. I. N. 350. Friedrich an Herzog Johann 16. IV. S. 798, Z. 9.) Vgl. DRA. I. S. 789 A. 1. Dann heisst: es seien die Böhmen „mit ihrer Anzahl eingeritten" doch wohl, dass sie anfänglich mit den ihnen zuerkannten 150 Pferden eingeritten seien.

Digitized by Google

kennen, und wollten sich bei ihm nach demselben erkundigen: „wo dan dem bi inen zu stehen befolhen si, so wollen sie inen her'in lassen und etlich pferd hinus schicken, domit sie sich lud der gulden bullen gemess halten". Am 16. Juni waren dann die Böhmen bereit, den Markgrafen auf seinen Wunsch mit acht Begleitern einzulassen und dafür acht Pferde hinauszuthun.[24]

Die Polen waren auch bis zum 16. Juni noch nicht eingeritten. Auf ihre Bitte um Quartier hatte Erzbischof Albrecht am 12. sie aufgefordert, ihre Reise zu beschleunigen, da ein Aufschub der Wahl unmöglich sei.[25] Die Polen dankten für die Benachrichtigung am 14. Juni aus Gelnhausen und sprachen den Wunsch aus, vor der Wahl den Kurfürsten die Aufträge ihres Herrn auseinander zu setzen. Der Frankfurter Rat aber verweigerte ihnen die Herberge; am 16. beklagten sie sich darüber von Hanau aus bei den Kurfürsten, und diese liessen dem Rat ansagen, er solle „die Bolendisch botschaft zwuschen vierzig und funfzig pferden inlassen, wollen die churfursten den verhoren. Wo den dan nit bi der chore zu sin gepuren, darnach wurden sie die und andere heiszen usziehen bis nach der chore."[26] Daraufhin zogen die Polen noch am 16. in Frankfurt ein.[27]

So haben wir auch die letztangekommenen Vertreter einer Wahlstimme nach Frankfurt geleitet.

---

24. Nach der Frankfurter Aufzeichnung DRA. I. S. 788. Falsche Angaben bei Liske. — Mit Markgraf Georg kam A. de Burgo; DRA. I. S. 788, A. 1. Roesler S. 183 setzt die Ankunft des letzteren auf den 10. VI.

25. DRA. I. S. 785, A 2.

26. DRA. I. S. 788, Z. 31.

27. DRA. I. S. 788, Text und n. 3.

Digitized by Google

In Mainz und Frankfurt.

I. Die Entscheidung über das Oberhaupt.

Wir können uns nun den Beratungen der Kurfürsten und zunächst den Vorverhandlungen einzelner in Mainz zuwenden, doch erst nach kurzem Rückblick.

Es war Albrecht Anfang März schon von Armersdorf für Karl einmal gewonnen und hatte dann bei Köln und Trier für diesen geworben. Darauf hatte er geschwankt, im letzten Drittel des März von neuem gewonnen werden müssen, dann aber in Wesel auch mit Pfalz eine Einung für Karl geschlossen. Er hat, soviel wir sehen, sich darin weder durch den nachher wieder schwankenden Pfälzer noch durch den immer französisch gesinnten Bruder irre machen lassen. Vielleicht, ja wahrscheinlich ist er in seiner Treue gegen Habsburg dadurch gefestigt, dass er von Karls Einwilligung in eine Bürgschaft des Regiments von Innsbruck für seine Forderungen und in eine Ledigsprechung von den kurfürstlichen Zusagen erfahren hat. Wann er nach Mainz kam, wissen wir nicht genau. Am 1. Juni war er in Speier; es ist unbekannt, wie lange die dortige Zusammenkunft mit dem Pfälzer dauerte. Doch da letzterer noch die spanischen Kommissare in Heidelberg erwartete und Albrecht eilig war, wird er wohl spätestens am 3. Juni von Speier aufgebrochen und also wohl am 4. Juni nach Mainz gekommen sein.[1]

1. Vgl. o. S. 134 ff., 138/9, 146, 152, 184 ff.

Digitized by Google

Der Pfälzer Kurfürst wechselte, wie wir sahen, stärker mit seiner Politik. Zuletzt hatte er trotz eines Vertrages mit Frankreich (23. Mai) die Kommissare Karls nach Heidelberg geladen und sie in den ersten Junitagen bei sich gesehen. Auch ihm ist die Ledigsprechung zugesagt, und es ist sehr wohl möglich, dass er sich schon vor der Reise zum Wahltag wieder mehr Karl genähert hat, zu dessen Gunsten er sich bereits früher einmal der Einigung in Wesel angeschlossen hatte. Bei der Vorversammlung in Mainz ist er schwerlich gewesen.[2]

Der Sachse und die Vertreter der böhmischen Stimme erschienen sicher erst in Frankfurt.

Der Kölner unterhandelte noch spät mit den Franzosen, behielt sich indes eine Entscheidung bis zur letzten Stunde vor. Dem Kardinal Albrecht versicherte er dann doch sein Festhalten an Karl. Aber zu der Vorberatung in Mainz kam er wohl erst am 7. Juni abends auf einen halben Tag.[3]

Der Trierer war persönlich allezeit und in jeder Weise für die Franzosen thätig. Doch hatte an seinem Hofe der Kanzler auch mit den Habsburgern unterhandelt, und noch in letzter Zeit kam von einem habsburgischen Agenten eine günstige Nachricht.[4]

Der Brandenburger neigte stets zu Frankreich und ergriff, seitdem sein Bruder zu Wesel ihn im Stich gelassen, und besonders, seit Anfang Mai die habsburgischen Unterhändler seine Forderungen nicht befriedigt hatten, immer entschlossener für Franz Partei.[5]

---

2. S. o. S. 183-85, 173, 186.

3. S. o. S. 202-7.

4. S. o. S. 208-224. Das Verhalten des Kanzlers S. 213-216, 223.

5. S. o. S. 88/9, 98 ff., 104 ff.

Digitized by Google

Betrachten wir nun die persönliche Haltung der in Mainz anwesenden Kurfürsten, doch so, dass einige Artikel, die wohl in Mainz entstanden sind, besser im Zusammenhang mit der Wahlverschreibung Karls V, für welche sie eine Grundlage bilden, nach der Wahl zu besprechen bleiben.

Kurfürst Joachim, von den Fremden zuerst in Mainz angekommen,[6] ging am 6. Juni dem Trierer, dem zweiten Helfer der Franzosen, entgegen, hatte nach Tisch eine Konferenz mit ihm und liess auch am 7. anfragen, wann er ihn sprechen könne, worauf der Trierer jedoch vorzog, selbst Joachim aufzusuchen.[7] Den Inhalt gerade dieser Unterredungen berichtet unsere Quelle, ein Brief des in Mainz anwesenden habsburgischen Unterhändlers La Roche, nicht. Droysen[8] ersieht aus Sanuto, dass hier zuerst Markgraf Joachim seine eigene Wahl in Anregung gebracht, aber bei dem Trierer entschiedenen Widerstand gefunden habe. In der That berichtet auch La Roche an einer spätern Stelle seines Briefes,[9] dass in Mainz und zwar am 7. — also nur vor Albrecht und Richard[10] — die Wahl eines dritten erörtert wurde, aber weder schlug er allein dies vor, sondern er und die Franzosen, noch dachte man allein an seine Kandidatur, man nannte vielmehr, wie La Roche von Albrecht erfuhr, ausser Joachim auch Kurfürst Friedrich den Weisen, Herzog Georg von Sachsen und den Pfalzgrafen Friedrich.

---

6. Ueber Albrecht s. S. 301.

7. DRA. I. N. 326. Gerard de la Pleine, Herr de La Roche, an Margareta, 7. VI. Mainz. Diese Stelle S. 753, Z. 15 ff.

8. Droysen, Preuss. Pol. II, 2, 122. Roesler S. 185. Ein bestimmtes Datum konnte Droysen nicht angeben.

9. DRA. I. S. 755, Z. 6.

10. Hermann von Köln kam erst am 7. abends.

Digitized by Google

Am 7. Juni morgens hatte auch La Roche den Trierer aufgesucht,[11] ihm Briefe Karls übergeben und ihn gebeten, Karl seine Gunst zu erweisen trotz der Praktiken einiger, die den eigenen Vorteil, nicht das Wohl des Reichs bedächten. Er hätte neue Nachrichten aus Spanien, den Niederlanden und Rom.[12] Der Papst habe gesagt: „Wenn die Wahl Karls gelänge, werde er ihm alle Gunst und Freundschaft erweisen." Der Franzose aber zeige sich lau, er habe in Montpellier den spanischen Gesandten sagen lassen, wenn Karl verzichte, werde er es auch thun. — Letzteres war von Franz natürlich nur vorgegeben, mochte aber aus La Roches Munde auf den Trierer nicht ganz ohne Eindruck sein. Freilich wollte Richard eine Verpflichtung gegen Habsburg nicht eingehen, wie er sie auch den Franzosen nicht gegeben zu haben behauptete. Und allerdings hatte er eine lettre de relaxation erhalten, was wir aber doch noch nicht für einen Bruch mit Frankreich anführen dürfen. Auffällig ist immerhin, dass auch Albrecht in der Nacht zum 8. Juni als sicher angab, dass der Trierer nicht mit den Franzosen abgeschlossen habe.[13] Da nun am 18. Mai bereits in Augsburg eine Aufforderung Albrechts eingelaufen war, bei Böhmen, Pfalz, Trier, Köln allen Fleiss anzuwenden,[14] da ferner auch die habsburgische Wahlkostenrechnung einen Posten von 6000 Gl. anführt, der dem Agenten Weigand von Dienheim überantwortet ist, „auf gemeltes von Trier bevelch auszugöben, wie herr Pauls von Armstorff wohl waist,"[15] so könnte allen bisherigen Annahmen entgegen doch vielleicht der Trierer im geheimen

11. Vgl. note 7., DRA. I. S. 753, Z. 20 ff.

12. Dies sonst unbekannt.

13. DRA. I. S. 756, Z. 26.

14. Erwähnt in der Antwort der Kommissare an Albrecht. 18. V. DRA. I. S. 708. A. 1 Schluss.

15. DRA. I. S. 745, A 3.

Digitized by Google

für den letzten Notfall Albrechts Vermittlung sich gesichert haben.[16] — Am Morgen des 7. Juni hat La Roche nach seiner Audienz beim Trierer, um über den Erzbischof weitere Auskunft zu erhalten, den Domdechanten von Mainz um seine Mitwirkung gebeten, die er beim Tag von Wesel so gut bewährt habe; und in mehreren Unterredungen hat dieser in der That allein oder mit seinem Herrn, dem Erzbischof Albrecht, des Trierers Meinung zu erfahren gesucht. Ein andrer von den nächsten Vertrauten des Trierers deutete an, man habe habsburgischerseits zu wenig geboten.[17] Wenn in Folge dessen La Roche meinte, man solle Richard wenigstens ebensoviel bieten als den andern Kurfürsten und ihm Bürgschaft der Fugger und Welser übergeben, zumal er als erster stimme, so muss der Gesandte jetzt es doch eben für möglich gehalten haben, den Erzbischof zu gewinnen. — Richard begab sich dann bereits am 7. von Mainz nach Frankfurt, getrennt von Joachim von Brandenburg und Hermann von Köln, aber auch nicht zusammen mit Albrecht. Wenn freilich aus Leodius Angabe,[18] dass der Trierer, als man nach Frankfurt gekommen sei und über die Wahl beratschlagt habe, gegen die Wahl Karls und für die eines dritten aufgetreten sei, Roesler[19] schliesst, der Trierer scheine sich schon damals vom französischen Interesse gelöst zu haben, so geht die Folgerung doch zu weit. Hat der Trierer einen dritten begünstigt, so mag er gerade darin auch für Franz das vorteilhafteste gesehen haben, für den ein voller Erfolg in der eignen Wahl ihm unerreichbar erschienen sein wird. Die Angabe des Leodius möchten wir aber überhaupt etwa auf die Tage vom 17. bis 22. beziehen (s. u.). Am 7. war des Trierers

16. Wir erinnern dabei an die geheimen Unterhandlungen des Kanzlers. o. S. 213. 216. 223.

17. DRA. I. S. 754, Z. 7. aus dem Briefe des La Roche.

18. Leodius, Vita Friderici II, comitis Palatini. S. 76.

19. Roesler S. 191.

Digitized by Google

Neigung wohl noch auf Franz' Seite, und La Roche zweifelte wohl mit Recht, dass er deshalb am 7. zur Nacht in Frankfurt sein wollte, um sich den Praktiken der Franzosen und Joachims von Brandenburg zu entziehen. Wir können aus den oben angeführten Gründen eben nur vermuten, dass er sich vielleicht aus Klugheit den Rücken decken wollte.

Joachim versuchte auch seinen Bruder noch zu gewinnen.[20] Zunächst der Bischof von Brandenburg, dann der Kurfürst selbst setzten dem Kardinal Albrecht scharf zu, dass er auf die Anerbietungen der Franzosen hören möchte; aber nach verschiedenen Unterredungen der Brüder in der Kirche war das Schlusswort des Mainzers: weder Verwandtschaft, noch weltliche Herrschaften, Versprechungen oder Drohungen könnten ihn veranlassen, gegen seine Ehre zu handeln. Das dürfen wir ja wohl nicht gar zu wörtlich, aber im Zusammenhang doch als ein Zeugnis dafür nehmen, dass Albrecht auf französische Werbungen nicht eingehen wollte. „Er bleibt bei seiner Entscheidung," schreibt La Roche, „durch Briefe und auf andere Weise drängt er täglich den Kölner und Pfalzgrafen festzubleiben." Auch der bei ihm weilende habsburgische Agent Emershofen feuerte ihn stets wieder an, so dass Albrecht schliesslich dem Bischof von Brandenburg erklärte, in Sachen der Wahl gäbe er ihm keine Audienz mehr.[21] Dem päpstlichen Protonotar Caracciolo, der sich krank in einer Sänfte zu ihm tragen liess, um ihn in des Papstes Namen um die Wahl Franz' I. zu bitten, erwiderte Albrecht in diesen Tagen gar, wie der venetianische Gesandte in Rom nach Briefen aus Deutschland berichtet: „er werde unter keinen Umständen für Franz stimmen, er halte es für sicher, dass derselbe keinen Erfolg haben

20. DRA. I. S. 754, Z. 24 ff. nach La Roches Brief.
21. DRA. I. S. 755, Z. 10.

Digitized by Google

werde, und sein Bruder sei ein Narr, dass er so für ihn eintrete."[22] Diese Festigkeit des Mainzers war um so wichtiger, als sie am Abend des 7. oder in der folgenden Nacht auf eine Probe gestellt wurde.

Da nämlich eine längere Nachschrift La Roche's zum Brief vom 7. Juni zu Anfang berichtet:[23] „er habe am Ufer den Kölner und den Bischof von Lüttich erwartet, sich aber für die Nacht in sein Logis zurückgezogen, er werde sie morgen besuchen," so beziehen sich die weiteren Angaben der Nachschrift auf die Nacht vom 7. zum 8. Juni. Da haben nun Emershofen, jener habsburgische Agent beim Mainzer, und Armersdorf erregt an La Roche die Meldung gebracht: der Herr von Mainz sei sehr unzufrieden und kündige an, er, der Pfalzgraf und der Kölner — letzterer wohl eben in der Nacht doch noch angekommen — würden niemals König Karl ihre Stimmen geben, wenn man ihnen nicht bis andern Tages zehn Uhr die von ihnen in Augsburg besiegelten Obligationen und die in Wesel geforderte Lossprechung von ihren darin enthaltenen Versprechen übergebe. Andernfalls würden sie bei der Wahl gegen ihr Gewissen handeln, entehrt sein und in Strafe verfallen. Unter dieser bestimmten Bedingung aber sehen wir ungeachtet alles Trotzes die drei Kurfürsten bereit, zusammen für Karl einzutreten; und wieder erscheint Albrecht als der am meisten für Habsburg interessierte. Aber freilich stand doch, nach Armersdorfs Ausdruck, alles auf dem Spiele. Es hatte nun zwar La Roche die briefliche Freisprechung der Kurfürsten von König Karl, die wir nicht kennen, bei sich; sie sollte aber nach Karls Willen von den Kommissaren selbst, die noch nicht von Heidelberg eingetroffen waren, mit einer Ansprache (par bon advis) übergeben und gleichzeitig sollte andere Sicherheit ge-

22. DRA. I. S. 767, A. 1, Minio am 21. VI. Nach einem Briefe aus Deutschland vom 8. VI.

23. DRA. I. S. 756, Z. 4.

Digitized by Google

fordert werden. Die Verpflichtungen selbst waren gar nicht zur Stelle, sondern noch in der Hand eines der Kommissare. La Roche meinte nun, neue Sicherheit würden die Kurfürsten nimmermehr geben, hoffte aber, die Ledigsprechung würde ebensoviel bewirken als die Rückstellung der Obligationen. Daher entschloss er sich, selbst die schriftliche Freisprechung zu zeigen, und begab sich sofort (incontinant) mit Armersdorf und Emershofen zum Mainzer, also noch in der Nacht zum 8. Juni. Albrecht war denn auch wirklich durch die Vorzeigung erfreut und wieder voll Zuversicht für den Ausgang der habsburgischen Sache; er erklärte, der Kölner bleibe fest, und versicherte, wie erwähnt, der Trierer habe mit den Franzosen noch nicht abgeschlossen. Auch am Morgen des 8. Juni fand La Roche Kardinal Albrecht für Karl günstiger denn je.[24] Da Albrecht von Ludwig nichts weiter sagt, kann man schliessen, dass in der Nacht zum 8. Juni er desselben doch nicht ganz sicher war. Möglich wäre ja an sich, dass auch der Pfälzer nach Frankfurt über Mainz gezogen und kurze Zeit, etwa einen halben Tag, dort gewesen sei, aber nach den oben (S. 186 ff.) angeführten Gründen ist es nicht wahrscheinlich. Albrechts frühere Erwähnung von Ludwigs Forderung zwingt nicht, dessen Anwesenheit anzunehmen, da Albrecht seine Wünsche von Speier her kennen mochte. Vielleicht drängte besonders der Kölner auf Kardinal Albrecht.[25] Nach Briefen des venetianischen

24. DRA. I. N. 332. La Roche an die Regentin s. d. Von Kluckhohn gewiss mit Recht zum 8. VI. angesetzt. Der Brief setzt den vom 7. VI. und seine Nachschrift unmittelbar fort. (S. o. n. 23, unten n. 27). Die Stelle DRA. S. 767, Z. 25.

25. Dass überhaupt der Kölner sofort noch in der Nacht Albrecht aufgesucht hätte, böte keinen Anstoss, entspräche sogar einer Ansage, ihn sofort aufsuchen zu wollen. Vgl. DRA. I. N. 325. Hermann von Köln an Albrecht. 6. VI. Oberwesel auf dem Rhein. S. 752, Z. 17: Ich werden u. (euer) l. am irsten ersuchen, so ich commen, dae u. l. zo fyden ist.

Digitized by Google

Gesandten in Rom[26] hatte nämlich Joachim von Brandenburg in diesen Tagen versprochen, den Kölner zu gewinnen, und letzterer zugesagt, für Franz zu stimmen, wenn dieser auch die anderen Stimmen erhalte. Aber überhaupt hätte sich doch der Kölner nicht soweit mit Albrecht eingelassen, wenn Joachim bei ihm vollen Erfolg gehabt hätte.

Am 8. Juni nach Tisch kamen die Kommissare in Mainz an; der Kardinal Gurk, Pfalzgraf Friedrich, Markgraf Casimir, der Bischof von Trient, die Herren Zevenbergen,[27] Sernteiner, Villinger und Renner. La Roche und der mit dem Kölner in Mainz eingetroffene Bischof von Lüttich berieten mit ihnen, was hinsichtlich der Sicherheiten für die Kurfürsten und ihre Diener zu thun bliebe, und man kam zu dem Beschluss, dass alles recht und bald ausgestellt werden sollte.[28] La Roche konnte an Margareta schreiben: nie habe er so gute Hoffnung gehabt, dass König Karl auf den Thron kommen werde, als jetzt; es müsse nur noch in vier bis sechs Tagen Vollmacht zum Abschluss über die sächsische Heirat einlaufen. La Roche scheint also am 8. auf vier bis fünf Stimmen gerechnet zu haben, und zwar auf Mainz, Köln, Böhmen, Sachsen, wohl auch Pfalz. — Ob Albrecht von Mainz, Hermann von Köln, Joachim von Brandenburg über die am Nachmittag des 8. Juni seitens der Kommissare gefassten Beschlüsse in Mainz oder erst in Frankfurt verständigt worden sind, bleibt zweifelhaft, da sie am Abend des 8. Juni schon in Frankfurt ankamen.[29]

---

26. S. o. S. 307 und N. 22.

27. DRA. I. S. 768, Z. 1. N. 332. La Roche an Margareta. s. d. Kluckhohns Datierung auf den 8. VI. ergiebt sich auch aus der Angabe über den Besuch beim Bischof von Lüttich, den La Roche am 7. für den nächsten Morgen sich vornahm. (A. a. O. N. 326.)

28. DRA. I. S. 768, Z. 6 de sorte que le tout sera bien dressé et tost.

29. DRA. I. N. 329. Frankfurter Stadtaufzeichnung über die Wahl. 7.—12. VI.; daselbst S. 762, Z. 7.

Digitized by Google

Jedenfalls haben vorher in Mainz die dort zeitweilig anwesenden Kurfürsten — also die von Brandenburg, Trier, Mainz und Köln — oder ihre Räte auch über Bedingungen und Verpflichtungen verhandelt, die der Kaiser während seiner Regierung anerkennen und einhalten müsse. Denn in einer Aufzeichnung über oder für spätere Verhandlungen[30] wird am Schluss bemerkt: „Us den articulen hiebevor zu Meintz concipieret, were auch etwas zu nemen". Daher hat denn auch schon Kluckhohn[31] mit den von der späteren Aufzeichnung erwähnten Artikeln eine andre Aufzeichnung[32] identifiziert und diese nach Mainz versetzt. Wir nennen sie fernerhin die Mainzer Artikel. Sie sollen aber (s. o. S. 434) wie die weiteren Verhandlungen über die Wahlverschreibung, die von nun an neben Werbungen der entschiedenen Kurfürsten bei den noch unentschlossenen, neben Verhandlungen einzelner mit den Kommissaren u. s. w. hergehen, erst im Zusammenhange mit der Wahlverschreibung in dem Schlusskapitel besprochen werden. Im Voraus sei nur bemerkt, dass die Mainzer Artikel die Abstellung der päpstlichen Geldforderungen energisch fordern und im ganzen sich mehr als die Wahlverschreibung auf das Interesse der Kurfürsten beschränken.

Aus den Anfängen der Wahltagung in Frankfurt, wo seit dem Abend des 8. Juni sich vier Kurfürsten befanden, wissen wir von den Beratungen wenig. Sonst haben wir einige vereinzelte, aber doch nicht ganz un-

30. DRA. I. N. 363. Aufzeichnung einiger Punkte, welche ein künftiger König zu halten sich verpflichten soll. s. d. Ueber die Datirung s. Schlussabschnitt. — Die citierte Stelle S. 822, Z. 30. Ungenauer Druck in Spalatins Nachlass, S. 111.

31. DRA. I. S. 769, A. 1.

32. DRA. I. N. 333. Aufzeichnung einzelner Punkte, welche ein künftiger König zu halten sich verpflichten soll. (c. 8. VI.) Gedruckt bei Waltz, die Wahlverschreibung Karls V. in ihrer Genesis. Forsch. z. deutsch. Gesch. X. 224 ff.

Digitized by Google

interessante Notizen. Schon am Nachmittage des 8. Juni erbat und erhielt der Pfalzgraf noch die Erlaubnis des Rates, dass einige Herren seines Gefolges, die ausgeblieben seien, nachträglich eingelassen würden.[33] Wir nennen hier von diesen den Grafen Michael von Wertheim[34] deshalb, weil er von einer Versammlung des fränkischen Adels kam, der seit dem 5. Juni in Schweinfurt einen gemeinen Tag abhielt.[35] Dort ist Graf Michael sicherlich gewesen; denn an ihn und einen Grafen Georg von Wertheim richteten die spanischen Kommissare am 3. Juni von Esslingen aus eine Beglaubigung für ihre Gesandten bei dem Grafentag.[36] Michael von Wertheim wird also wohl auch besonders beim Kurfürsten von der Pfalz für Karl gewirkt haben.[37] Sein Bruder und fünf andere Herren wurden sogar mit einer Sendung an die Kurfürsten betraut.[38] Ihre Beglaubigung war zwar noch im Jahre 1893 uneröffnet, aber zu dem Schreiben des Adels an die Kurfürsten vom 9. Juni ist dies von Kluckhohn nicht bemerkt. Allerdings besagt nun

---

33. DRA. I. S. 762, Z. 22 ff. nach der Frankfurter Stadtaufzeichnung.

34. Einige weitere Herren S. 763, Z. 1. S. 764, Z. 20.

35. DRA. I. N. 335. Der zu Schweinfurt versammelte Adel des Landes Franken an die Kurfürsten. 9. VI.

36. DRA. I. S. 774, A. 1. Beglaubigung der span. Kommissare für Ulrich von Helfenstein und Helfrich von Meckau bei Michael und Georg von Wertheim. Esslingen. 3. VI.

37. Dass er thatsächlich mit eingeritten ist, bezeugt die Frankfurter Aufzeichnung zwar nicht, aber Rixner nennt ihn in seiner Beschreibung des Wahltags unter den Begleitern des Pfälzers. DRA. I. S. 765, Z. 43.

38. DRA. I. S. 775, A. 1. Ausser Georg von Wertheim noch Friedrich Herr zu Limburg, Semperfreier, Sigmund von Wirsperg, Moritz Marschalk, beide Ritter, Albrecht von der Thann und Albrecht von Wirsperg. Ueber ihre Beglaubigung ebenda.

Digitized by Google

die Frankfurter Stadtaufzeichnung,[39] dass seit Ankunft der ersten vier Kurfürsten niemand, „was von der ritterschaft oder sunst botschaften gewest sin", eingelassen wäre. Aber der schriftliche Verkehr der Kurfürsten mit den Kommissaren wenigstens war nicht unterbrochen, wie schon Roesler hervorhob und wir nach neuen Quellen später bestätigen können. Bald stellten sogar die Räte der Kurfürsten den Antrag, dass Boten von den Kurfürsten und an sie nicht an den Thoren aufgehalten würden.[40] So wird auch das Schreiben des fränkischen Adels an die Kurfürsten gelangt sein.

Dieses Schreiben machte den Kurfürsten von einer Werbung der spanischen Kommissare an die versammelten Adligen und von ihrer Antwort Mitteilung. Die Kommissare hätten ihnen, heisst es, eröffnet, dass von andern die deutsche Krone „in frembd gezung gewendet" werden solle. Das sei König Karl als einem Erzherzog von Oesterreich und deutschem Fürsten sehr beschwerlich; er wolle Leib und Gut daran setzen, die Krone bei der deutschen Nation zu halten. Die Gesandten Karls, so teilt der fränkische Adel weiter mit, hätten dann bitten lassen, die Grafen und Herren möchten, falls die Kurfürsten von den Franzosen an der freien Wahl verhindert werden sollten, helfen, dass die Römische Krone bei der deutschen Nation erhalten werde. — Ihre Antwort an die Kommissare sei gewesen, sie sollten die Kurfürsten ersuchen, die Wahl auf einen Deutschen zu lenken. Wenn aber wirklich Frankreich die freie Wahl der Kurfürsten hindern wolle, dann würden sie sich wie ihre Eltern und Voreltern halten. Uebrigens würden doch auch die Kurfürsten ihres Erachtens einen solchen französischen Eingriff nicht dulden und mit Hülfe aller Stände abwehren. — Der fränkische Adel kann durch Mitteilung dieser Antwort

39. DRA. I. S. 704, Z. 16 ff.
40. DRA. I. S. 794, Z. 15 ff.

Digitized by Google

wohl einen Einfluss auf die Kurfürsten geübt haben. Denn diese werden nicht gern dem Willen vieler Herren aus nahen Gebieten sich widersetzt haben. Und wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit, wie schon im Februar oder Anfang März dreissig bis vierzig rheinische Grafen bei verschiedenen Kurfürsten gegen Franz' I. Wahl vorstellig wurden.[41] Ein bestimmtes Zeugnis über die Aufnahme des fränkischen Schreibens durch die Kurfürsten ist freilich nicht erhalten.

Wie wir nun an die Bitte des pfälzischen Kurfürsten für Graf Michael von Wertheim das Schreiben des fränkischen Adels anknüpfen konnten, so verbindet sich mit einer zweiten an sich vereinzelten Notiz der Frankfurter Stadtaufzeichnung leicht eine letzte französische Werbung an die Gesamtheit der Kurfürsten. Am 9. Juni morgens soll ein französischer Bote vor des Mainzers Herberge gewesen sein, und zwar, wie es in der Aufzeichnung heisst, „mit einer Franzosischer bugen." Das sieht Kluckhohn als eine Entstellung des französischen bougette „Botentasche" an. Kurfürst Albrecht soll den Träger, ehe er ihn hörte, zwei Stunden haben stehen lassen. Als er dann beim Rate Beschwerde führte, wie der Bote habe hereinkommen können, hat der Bürgermeister von Frankfurt, Philipp Fürstenberger, in den Herbergen suchen lassen, ihn hinauszuthun.[42] Schwerlich dürfte die Annahme irrig

---

41. S. o. S. 194. N. 17.

42. DRA. I. S. 763, Z. 20 ff. Ebenda Z. 26 ff. berichtet der Stadtschreiber, auch dem englischen Gesandten Pace sei es also gelungen, er habe sich „salbdrit herin gesleift"; schon am Abend sei ihm bedeutet, dass er mit dem Frühschiff die Stadt zu verlassen habe; er sei aber erst mit dem Marktschiff gefahren; zu spät habe Ludwig von Hutten in Albrechts Auftrag gebeten, man möge ihn noch einen Tag in der Stadt lassen. Diener des Grafen Heinrich von Nassau seien am Nachmittag des 9. VI. sofort abgewiesen.

Digitized by Google

sein, dass dieser französische Bote ein Schreiben der französischen Wahlleiter aus Coblenz, datiert vom 5. Juni, überbrachte. Sie bedauerten darin, nun nicht mehr selbst zugelassen zu werden, und baten deshalb, eine Rede, die sie sonst vor den Kurfürsten hätten halten wollen, nunmehr schriftlich anzunehmen und verlesen zu lassen.[43] Neu erscheint in derselben aber nur, wie die Gesandten es als besonderes Glück preisen, dass nicht wie früher Heer und Volk, sondern die Kurfürsten wählen. Sonst folgen die bekannten Lobeserhebungen der persönlichen Tüchtigkeit Franz' I. Dazu hebt diese Rede, wie schon der Discours vom Jahre 1517 (s. Exkurs III) und ein ähnliches längeres Gutachten des Kanzlers Duprat,[44] hervor, französische Könige hätten schon vormals über Deutschland geherrscht, Franz werde die Vorzüge aller früheren Könige vereinen, auch seien Franzosen und Deutsche gleiches Ursprungs u. s. w. Zuletzt ward eine schwungvolle Aufforderung, König Franz zu wählen, an die Kurfürsten gerichtet, welche jedoch nur eine allgemein gehaltene höfliche Antwort sandten. — Eine Folge dieser französischen Rede war wohl,[45] dass auch die spanischen Kommissare am 14. Juni in einem Schreiben an die Kurfürsten wieder für die Wahl Karls als eines Deutschen eintraten, der deutsch rede und schreibe, der bereit sei die Ungläubigen zu bekämpfen, persönlich ins Reich zu kommen und alle Stände in ihren Freiheiten und Rechten zu erhalten und zu schützen, auch

43. Rede und Begleitschreiben der französischen Wahlleiter. DRA. I. S. 782, A. 1. 5. VI. Coblenz. Die Gedanken, welche sich zum Teil schon wesentlich früher finden, scheinen einige Zeit vorher in Frankreich selbst von neuem zusammengestellt. Vgl. einen Brief Bonnivets, Orvals und Guillarts an Franz I. 27. V. DRA. I. N. 312, S. 732, Z. 12: aussi après avoir veu la raison et persuasion, qu'on avoit délibéré fere aux électeurs . . . .

44. DRA. I. S. 623, A. 1.

45. So vermutet Kluckhohn DRA. I. S. 783, Z. 14 ff.

Digitized by Google

das Reich nicht an Fremde kommen zu lassen. — Beiden Parteien scheint etwas von Forderungen, wie sie dann in der Wahlverschreibung zusammengestellt sind, bekannt gewesen zu sein; während aber die Franzosen sich nur veranlasst sahen, den Kurfürsten zu schmeicheln, sicherten die spanischen Kommissare, die von Augsburg her einige der spezielleren Wünsche kannten, ihre Erfüllung durch Karl zu. Zur Verlesung gekommen wird auch die französische Rede wohl erst sein, nachdem die Kurfürsten, soweit sie persönlich erscheinen konnten, zur Stelle waren. Und wie erwähnt, kam Friedrich der Weise erst am 11. abends: nun standen nur noch die Vertreter des Böhmenkönigs aus.

Von den Massnahmen, welche inzwischen die übrigen Kurfürsten und ihre Räte trafen, betrachten wir zunächst die Regelung einiger Sonderfragen, um später das Verhalten der Kurfürsten in der Hauptfrage allein ins Auge zu fassen.

Am 14. Juni fand, wie ein pfälzisches Protokoll zeigt,[46] eine Beratung der kurfürstlichen Räte statt, in der diese teils selbst Beschlüsse fassten, teils Anträge an ihre Herren zu bringen sich einigten. Wahrscheinlich auf sächsische Anregung erfolgte ein Beschluss, dass die sechs Kurfürsten an die in der braunschweigischen Fehde beteiligten Fürsten ein Mandat „stillzustehen" erliessen. Ferner wurden die Unruhen im Pfälzer Vikariat verhandelt und dem Landgrafen von Hessen eine Auskunft erteilt. Eine Anfrage nämlich, die dieser an Pfalz und Sachsen als die Vikare gerichtet hatte, war von letzteren vor die Kurfürstenräte

46. DRA. I. N. 347. Pfälzische Aufzeichnung über eine Sitzung der kurfürstlichen Räte. 14. VI. Protokoll überschrieben: Geratslagt in der curfursten rathe durch ir rethe zu Frankfurt, dinstags nach dem pfingstag anno etc. 19. Erwähnt von Waltz, Forsch. z. d. G. X, S. 215, A. 3.

Digitized by Google

gebracht. Der Landgraf wollte wissen, „ob er der französischen Botschaft in seinen Flecken zu liegen und ihren Pfennig zu zehren gestatten dürfe," wobei wir uns der brandenburgischen Unterhandlungen mit ihm erinnern. (S. 109 ff.) Die Räte entschieden, dass der Erzbischof von Mainz die Erlaubnis senden solle. Hier war es auch, wo für jede der Parteien, welche auf die böhmische Stimme Anspruch machten, bestimmt wurde, mit wieviel Pferden sie einreiten solle. Die Entscheidung der Frage, welche Partei die böhmische Stimme zu führen habe, wurde verschoben.[47] Ueber drei (thatsächlich vier) Punkte wollten die Räte die Entscheidung den Kurfürsten selbst überlassen, zunächst über einen Antrag von Trier und Sachsen, es möge den Botschaften „vieler mächtiger Könige und Herren, die um Frankfurt lägen und um Gehör bäten," dies gewährt werden, damit es nicht Nachrede gäbe. Dies wurde von den Kurfürsten später abgelehnt, wie sich daraus ergiebt, dass die französischen Gesandten am 24. Juni dem Kurfürsten von Sachsen für seinen, allerdings vergeblichen, Versuch, ihnen Gehör zu schaffen, dankten.[48]

Weiter wurde an die Kurfürsten gewiesen ein von Sachsen allein eingebrachter Antrag: Die Kurfürsten möchten in eigner Person vor dem Verhör der Böhmen zusammenkommen und beraten, wie allerhand Mängel und Gebrechen abzuwehren seien, die ihnen nach der Wahl begegnen möchten. — Waltz[49] behauptet,

47. DRA. I. N. 347, S. 793, Z. 10 f. Ebenda Z. 19.: drei Punkte zur Entscheidung der Kurfürsten verwiesen; S. 794: ein vierter Punkt aufgezählt.

48. DRA. I. N. 368. Orval, Bonnivet, Guillart an Kurfürst Friedrich 24. VI. Coblenz. Bonnivet ist mit unterzeichnet, obwohl er damals in Rüsselsheim war. DRA. N. 366 und 5. 829, A. 1. Vielleicht schrieb er allein den Brief auf ein Blankett, das in Coblenz ausgestellt war.

Digitized by Google

dieser Antrag habe die Billigung der Kurfürsten gefunden, aber Belege giebt er nicht, und thatsächlich wissen wir nicht, wie die Kurfürsten sich dazu stellten, ob sie vor, ob nach dem Verhör der Böhmen selbst über die Mängel, reden wollten, oder ob sie etwa beschlossen haben, vorläufig nur die Räte zusammen zu schicken. Dass überhaupt sächsischerseits der Antrag gestellt wurde, könnte eher die Annahme empfehlen, dass die übrigen Kurfürsten ursprünglich nicht an eine persönliche Zusammenkunft vor dem Verhör der Böhmen dachten.[50] Und wenn wir uns erinnern, dass gerade Sachsen schon in Naumburg eine Zusammenkunft aller Kurfürsten angeregt hatte, zum Weseler Tage aber ebenso wie Brandenburg von den rheinischen Kurfürsten nicht zugezogen war, so erscheint der Antrag sächsischerseits als ein Versuch, den alten Wunsch noch in letzter Stunde gewährt zu sehen, wenn auch über seine wirkliche Erfüllung nichts feststeht. — Drittens stellten die Räte der Entscheidung der Kurfürsten anheim, ob der Rat der Stadt Frankfurt für die Gemeinde den Eid leisten solle, dass die Bürger die Kurfürsten während der Wahl schützen würden, viertens endlich, wie von den Frankfurtern zu erlangen wäre, dass Boten von den Kurfürsten und an sie nicht mehr an den Thoren angehalten würden. (S. o. S. 312.)

Das besondere Gutachten eines brandenburgischen Rats und eines Herrn aus dem Kölner Gefolge, ebenfalls etwa vom 14. Juni, vielleicht auch etwas früher entstanden, wird im Zusammenhange mit der Wahlverschreibung besprochen werden.

Am 15. Juni ritten dann die Böhmen ein, am 16. wurde Markgraf Georg zugelassen, und auf Wunsch der Kurfürsten, vorläufig zu einem Verhör, auch die polnischen

49. Forsch. z. deutsch. Gesch. X. S. 215.

50. Zu beachten ist dabei, dass Kurfürst Friedrich nicht wie vier der übrigen Kurfürsten in Mainz gewesen war, also von den wohl dort abgefassten Artikeln nichts genaueres wusste.

Digitized by Google

Gesandten. Sie kamen ebenfalls noch am 16., aber wohl sehr spät an.[51] Gleichwohl soll am Tag der Ankunft der Polen, nach Spalatin, noch eine längere Beratung der Kurfürsten stattgefunden haben.[52] Wahrscheinlich hat man dabei sofort die verschiedenen Vertreter der böhmischen Stimme ihre Rechtsansprüche vortragen lassen. Die Böhmen behaupteten, dass die von den Polen geltend gemachten Artikel der goldenen Bulle nur für die Kurfürsten, nicht aber für die Böhmen in Betracht kämen, denn schon vor der goldenen Bulle hätten die Krone, der König und die Stände Böhmens von Karl IV. das Recht der Wahl erhalten, und die goldene Bulle lasse ausdrücklich die böhmischen Freiheiten unangetastet. Daher gebühre den Böhmen, nicht dem Könige von Polen die Wahlstimme.[53] Was die Polen vorher angeführt hatten, ist genau nicht bekannt. Markgraf Georg hat nach Rixner erklärt, er sei als bevollmächtigter Anwalt von König Ludwig gesandt, um laut der goldenen Bulle, „wo der Kur halber etwas Mangels oder Fehl sein würde, betreffend die Krone zu Böhmen, dem vorzukommen." Er machte also, wenn auch nach Vorschrift zurückhaltend, einen Versuch, seinen „heimblichen Gewalt" zu gebrauchen.

Die Böhmen beanspruchten ferner, mit vier Vertretern zur Wahl zugelassen zu werden. Diese Vier hatte, wie

---

51. Am selben 16. musste nämlich vor ihrer Ankunft die Strecke Hanau-Frankfurt dreimal zurück gelegt werden, zunächst von einem Boten, der eine Beschwerde über Verweigerung der Aufnahme durch den Rat an die Kurfürsten überbrachte, dann sandten diese Antwort heraus, endlich kam die Gesandtschaft selbst herein. Vgl. DRA. I. S. 788, A. 3, Schluss.

52. Spalatin bei Mencken II, S. 596. DRA. I. S. 787, A. 3.

53. DRA. S. 800, A. 1 nach Goldast 29. aus Ruckers Sammlung. Von einer Antwort der Polen berichtet Rixner, ebenda die Antwort Markgraf Georgs; DRA. a. a. O.

Digitized by Google

die Frankfurter Aufzeichnung besagt,[54] „das Königreich Böhmen, da der König jung gewesen, aus der Landschaft zu der Wahl verordnet"; ihnen war, wie lediglich die angegebene Quelle weiss, Jacob von Galiza zu Schreibersdorf „vom Könige selbst und dem Lande Böhmen" zugeordnet. Die Kurfürsten haben dann an diesem Tage entschieden, dass einer der von den böhmischen Ständen Abgeordneten, Ladislaus von Sternberg, an der Wahl teilnehmen solle. Die Zuweisung der Stimme an die Stände wurde damit begründet, dass die Freiheit, zur Wahl zu schicken, der Landschaft und Krone, dann erst dem Könige verliehen sei und dass der junge König, da er nicht selbst zur Wahl komme, auch nicht Gewalt geben könne. Nach der goldenen Bulle hätte ja nun für den unmündigen König sein Vormund und Vatersbruder, der König von Polen, eintreten müssen. Die Kurfürsten erklärten jedoch, dass das Kapitel der goldenen Bulle hier keine Gültigkeit habe, weil der König von Polen kein Fürst des Reiches sei. Freilich hätte dann, wie Liske richtig hervorhebt,[55] das Recht der Wahl auch Ludwigs Vertretern nicht zuerkannt werden dürfen, da er ebenfalls Jagellone war. Uebrigens aber betont Roesler mit Recht,[56] dass die goldene Bulle auf die deutsche Nationalität des böhmischen Kurfürsten kein Gewicht legte und andrerseits die von den Böhmen angerufenen Privilegien nur ihr Wahlrecht für einen böhmischen König betrafen, aber ohne Beziehung zu dem deutschen Kurrecht waren. Da es juristische Gründe also nicht gewesen seien, welche die Kurfürsten bewegen konnten, so weist er darauf hin, dass der östreichische Unterhändler A. de Burgo, auf

---

54. DRA. I. N. 351. Frankfurter Aufzeichnung über die Entscheidung wegen der böhmischen Stimme. 16. VI.

55. Liske, Hist. Zeitschr. XVI. Das Verhältnis des polnischen Hofes zur Kaiserwahl 1519.

56. Roesler a. a. O. S. 189; dort auch das Folgende.

Digitized by Google

dessen Bemühungen allein er[57] ja König Ludwigs Eingehen auf die Wünsche der Böhmen zurückführt, nun auch vielleicht die habsburgisch gesinnten Kurfürsten bestimmt habe, den Böhmen die Stimme zuzuerkennen. Dies ist jedoch lediglich eine Annahme, und deshalb unwahrscheinlich, weil A. de Burgo, so viel wir wissen, erst an eben diesem 16. Juni nach Frankfurt kam.[58] Beachten wir vielmehr die Stellung der Polen. Für sie war von Sigismund bereits am 21. Mai eine Instruktion ausgestellt, die ihnen verbot, den Böhmen schroff entgegenzutreten. (o. S. 286.) Da aber die polnischen Gesandten, wie wir sahen, anfangs sehr langsam reisten, hat auch ein nachgesandtes Schreiben sie vielleicht noch erreicht. Dies befahl ihnen, alles, was ohne sie im Namen Ludwigs geschehen könne, den Böhmen zu überlassen.[59] In der Zwischenzeit scheint ein etwas strengerer Brief entstanden zu sein, der aber erst gleichzeitig mit dem letzterwähnten an sie geschickt ist.[60] In diesem Briefe hatte Sigismund noch gedacht, sein Recht gegenüber den Böhmen zu wahren. Uebrigens wollte er für Karl eintreten, nur sollten die Gesandten, um die Böhmen, die Franzosen, den Papst nicht zu verletzen, eigentümlicherweise sich zuerst für Ferdinand erklären, doch wenn Franz eine sichere Majorität habe, sich auch ihr anschliessen. Bezüglich der Stimmführung aber ward den Gesandten, wie gesagt, anbefohlen, den Böhmen völlig nachzugeben, und, falls etwas im eigenen Namen geschehen

57. S. o. S. 275 u. daselbst Note 60.

58. Er verliess Buda zusammen mit Markgraf Georg, und es ist kein Grund erkennbar, ihn früher ankommen zu lassen als diesen. DRA. I. S. 788, A. 1. Roeslers Angabe (S. 183), dass Burgo am 10. VI. angekommen sei, ist nicht belegt und beruht vielleicht auf einer Verlesung von 10. statt 16. im Exzerpt.

59. DRA. I. S. 740. Sigismund an seine Gesandten s. d.

60. Ebda. N. 378. Sigismund an seine Gesandten s. d.

Digitized by Google

müsse, doch mit Mässigung vorzugehen, um jene nicht zu reizen.

Wenn nun die Polen diesen Brief in den ersten Frankfurter Tagen noch nicht hatten, so war doch auch ihre Instruktion vom 21. Mai gegen den Anspruch der Böhmen nachgiebig, und Markgraf Georg war, wie wir jetzt wissen, von Ludwig ebenso angewiesen. So dürfen wir uns nicht wundern, dass Kurfürst Joachim schon am 17. morgens erfuhr, dass die Böhmen, die Polen und Markgraf Georg sich verständigt hätten.[61] Freilich hatte Joachim diese Nachricht von den Böhmen selbst. Und in der That wurde über die böhmische Stimme am 18. doch noch verhandelt. Verfolgen wir also vorerst die weiteren Ereignisse des siebzehnten.

Es wurde die Frage der Frankfurter Eidesleistung entschieden. Nach langem Hin und Her begnügten sich die Kurfürsten mit dem Eide des Rates. Bei dieser Gelegenheit macht der Stadtschreiber eine eigentümliche Bemerkung über den Verkehr mit den Kommissaren und anderen: Wenn jemand in die Stadt gekommen sei, ohne dass es der Rat gewusst habe, möge man demselben daraus keine Gefahr erwachsen lassen. Und wenn jemand eingekommen und der Kur zuwider sein sollte und dies den Kurfürsten „nit lidlich wer," so würde der Rat, „so das angesagt wurde," sich gehorsam halten.

Desgleichen wollte, wie besonders vom Stadtschreiber hervorgehoben wird, der Rat die Ausweisung vornehmen lassen, „ob jemant von der ritterschaft, kaufluden, pilgerin oder sunst erbarte personen ungeverlich inkomen weren oder wurden, doch welchen irn cf. g. nit lidlich wer und das angesagt wurde."[62] Danach wollte der Rat immer

61. DRA. I. N. 356. Kf. Joachim an Bonnivet und Moltzan. 17. VI. in Chiffren.

62. DRA. I. N. 352. Frankfurter Aufzeichnung. S. 803, Z. 19.

Digitized by Google

nur abweisen, wenn die Kurfürsten es befehlen. Es stand also bei diesen, sich übrigens durch Boten stetig mit den Kommissaren in Verbindung zu setzen. Das Protokoll über die Eidesleistung der Frankfurter[63] besagt zwar, dass sie verpflichtet seien, niemand einzulassen, wes Standes er auch sei, „ausgenommen allein die Kurfürsten, ihre Botschafter und Gewalthaber;“ doch sind hierunter wohl wesentlich die Vertreter etwa persönlich verhinderter Kurfürsten zu verstehen, da das Protokoll gewiss nach einer Formel aufgesetzt ist. Die städtische Aufzeichnung bemerkt aber ausdrücklich,[64] dass „nach der Eidesleistung,“ wo also auch die Vertreter Ludwigs schon in der Stadt waren, an die beiden allein offenen Thore Leute verordnet seien, „welche nur den Boten, den Marktbesuchern und denen, welche mit Kaufmannsware gekommen sind, aber keinem vom Adel, keinem Priester, keinem Mönch oder sonst jemandem Einlass gewährt haben, es sei denn mit Wissen des ganzen Rates oder eines Bürgermeisters geschehen. Auch haben die Kurfürsten, da in Höchst viel Volk gelegen, allemal angezeigt, wen sie hinausgeschickt, damit diese und nicht mehr eingelassen würden.“[65] Auch Pfalzgraf Friedrich, einer der Kommissare, soll einmal in Verkleidung heimlich in die Stadt gekommen sein und versucht haben, seinen Bruder für Karl zu bearbeiten. Ob es wirklich heimlich geschah, oder ob dies nur sein Biograph

63. DRA. I. S. 804, Z. 35 nach Goldast Reichshändel. S. 39.

64. DRA. I. S. 805, Z. 37—42.

65. Nachgefügt sei, dass vom 16.—21. der Kurfürst Friedrich von Sachsen den Anspruch erhob, neben dem Rate den Fremden Geleit zu geben, die Stadtthore mit zu versehen, Marktrecht und Stallmiete zu setzen, auch Delinquenten zu strafen. Der Rat widersprach, es finde sich davon nichts aufgezeichnet, und lehnte es dann endgültig ab, weil er nicht einen Kurfürsten vor den andern bevorzugen dürfe.

Digitized by Google

zufügte,[66] darf man nach dem obigen unentschieden lassen, ebenso ob Friedrich nach dem 17. in die Stadt drang (etwa 21.) oder vor dem 16. während der bald zu erwähnenden Verhandlungen seines Bruders mit den Kommissaren.

Am 17. hörten die Kurfürsten auch, wie durch die goldene Bulle vorgeschrieben war, in der Bartholomäuskirche, dem Dom, eine Messe vom heiligen Geist und schwuren, dass sie nach bestem Wissen, ohne alle Gedinge, Sold oder Lohn einen Römischen König wählen wollten. Dann verschoben sie die Wahl bis zum 27. In einem Protokoll, das sie über Eidesleistung und Prorogation aufsetzen liessen, heisst es über letztere: „wiewol sie wol geneigt weren, inmassen auch die bemelt bulle vermocht, die wale eines Ro. konigs von stund an zu thun, sei doch merglicher ursachen halber, die heiligen christenheit und Romisch reich betreffend, diesmal etlich verhinderung, das sie also eilent darzu nit thun mochten"; sie schöben deshalb die Wahl hinaus, um „darzwischen, so oft und wann inen geliebt, von der wale eins Ro. konigs zu tractiren, zu handeln und die, wie sich gepurt, zu thun, doch mit protestacion, das inen sollichs an der uberigen zeit, so inen die gulden bulle zugebe, auch andern rechten unvergrieffenlich und unnachteilig sein sollt".[67]

Am 18. Juni wurde dann nochmals über die böhmische Stimme geratschlagt, wie ein Protokoll der kurfürstlichen Räte bezeugt;[68] man ratschlagte, „dwil villeicht die mandata der Böhmen gebrochlich sein mochten"; das polnische Mandat sollte darauf angesehen werden, ob es eine potestas

66. Thomas Leodius, Annal. de vita Frid. Palat. libr. XIV, p. 76.

67. DRA. I. N. 354. Goldast Reichshändel S. 39. Protokoll über den Eid der Kurfürsten.

68. DRA. I. N. 358. Ratschlag der kurfürstlichen Räte, inbetreff des Eides, welchen Ladislaus von Sternberg geleistet, und der Vertretung der Stimme überhaupt.

Digitized by Google

substituendi enthielte; also war am 16. das Mandat der Polen entweder noch nicht eingesehen oder jene Bestimmung nicht bemerkt. Vielleicht haben die böhmischen und ungarischen Herren, die wissen mochten, dass Ludwig den König von Polen zur Nachgiebigkeit aufgefordert hatte, dies erinnert und dadurch die erneute Untersuchung herbeigeführt. Vielleicht waren auch inzwischen die neuen Instruktionen Sigismunds angekommen. Der kurfürstlichen Räte Wunsch war, dass die Polen, wenn sie eine potestas substituendi hätten, den Kanzler von Böhmen für sich eintreten liessen (transfundendo omnem potestatem); das Protokoll vom 18. zeigt also noch die alte Meinung; entschieden wurde die Frage in dieser Sitzung noch immer nicht;[69] schliesslich aber behielt bekanntlich der Böhme die Stimme.

In den weiteren Tagen ist, wie wir einer Wiener Aufzeichnung entnehmen, wo die Stelle allerdings gestrichen ist,[70] von den Ungarn, Böhmen, Polen in der Heiratsache verhandelt. Wahrscheinlich beziehen sich darauf auch die danach folgenden Worte „Sein die potschaften zu den commissari hinab gein Hoest . . . gezogen". Am 24. Juni wusste der englische Gesandte, der in Mainz weilte, dass der böhmische Prokurator bei Nassau auf einem Schloss

---

69. Auch zur Regelung einer anderen Frage wird bemerkt: Doch wie sie (die kurf. Räte) nach besichtung der Polen mandat sich weiter bedenken werden.

70. DRA. I. S. 810, A. 1. Wien H. H. u. St. A. Cod. ms. 7303. Hist. prof. 759. „Vermerkt des allerdurchleuchtigisten . . . herren Carols . . . erwellung zu ainem Romischen kunig." Näheres daselbst. „Dise . . . geschicht ist von ainen namhaftigen und hoch berumbten herren (getilgt: gein Wien geschickt) der solchs alles personlich gesehen und geschriben und nachmals durch Hansen von Printzeckh . . in den truck verordent worden." Es scheint aber mit der Drucklegung bei der Absicht geblieben zu sein. Von der Heiratsache s. S. 810, Z. 41 f.

Digitized by Google

in der Nähe von Frankfurt gewesen sei;[71] dieser Besuch wird auf den 22. od. 23. fallen.

In der erwähnten Sitzung der Kurfürstenräte vom 18. wurde übrigens auch bestimmt, dass der Vertreter der böhmischen Stimme den Eid noch einmal zu leisten habe. Ladislaus von Sternberg hatte ihn am Tage vorher abgelegt auf den Glauben, damit er dem Reiche verwandt; weil nun L. v. Sternberg vielleicht gar nicht dem Reiche verwandt sei, wurde jetzt bestimmt: er solle schwören in die Seele derer, deren Gewalt er gebraucht, auch in sein eigen Seele.

Betrachten wir nun, wie sich die Kurfürsten zu der Hauptfrage der Wahl selbst stellten.

Lassen wir dabei vorläufig eine Verhandlung Joachims mit dem Landgrafen von Hessen vom 10. Juni ausser Acht, so ist die erste direkte Verhandlung mit einer der Parteien von Pfalz und zwar mit den Habsburgern geführt. Zwischen 11. und 13. Juni finden sich verschiedene Korrespondenzen des pfälzischen Kanzlers Florenz von Venningen in Frankfurt mit Graf Heinrich von Nassau in Mainz (oder Höchst?), von Kurfürst Ludwig an seinen Bruder Friedrich in Mainz und weiteres von diesem. In einem Schriftstück des Kanzlers an Nassau vom 12. Juni abends[72] werden zwei nicht erhaltene Schreiben, eine Antwort Nassaus und ein dieser vorhergehender Brief des Kanzlers erwähnt; letzterer ist vom 11. datiert gewesen, die Antwort wohl vom 12.[73] In ihr muss Nassau um eine Aufzeichnung der Abrede von Wesel gebeten haben. Der Kanzler bedauerte, eine solche nicht geben zu können, da er sein Exemplar in Heidelberg

71. DRA. I. N. 371. Pace an Wolsey 24. VI.

72. DRA. I. N. 342. Florenz von Venningen, pfälzischer Kanzler, an Heinrich von Nassau. 12. VI.

73. DRA. I. S. 784, Z. 2. Ob mit des Kanzlers erstem Schreiben die Korrespondenz begann, ist unbekannt; ebenso der Inhalt.

Digitized by Google

gelassen habe, meinte aber in seinem zweiten Schreiben (dem vom 12. Juni abends): Da Nassau ein gleichlautendes Verzeichnis habe, werde er sehen, dass manches, was habe geschehen sollen, noch unvollendet sei. Wenn er dann aus dem Gedächtnis, wie er beteuert, Forderungen aufzählt, so will er damit solche wiederholen, die in Wesel und zum Teil schon in Augsburg gestellt seien. Einige sind aber aus Nassaus eigenem Bericht über die Weseler Verhandlung vom 4. April nicht zu ersehen.[74] Entweder hat also Nassau in seinem Bericht etliches nicht aufgeführt oder die Pfälzer brachten unter der Vorgabe der Wiederholung neues vor.

Insbesondere wies der Kanzler zunächst darauf hin, dass nunmehr die Herausgabe des Vertragsbriefes zwischen Maximilian und Pfalz erfolgen müsse, was ja schon Albrecht am 8. als Forderung des Pfälzers hingestellt hatte. Der Kanzler knüpfte damit an die Augsburger Abmachung vom 29. August 1518 an, welche die Bestätigung Maximilians über den Besitz des Reichsvikariats und der Kurwürde enthielt (o. S. 13/4). Im Anschluss hauptsächlich an die Erfüllung dieser Forderung kam denn auch am 16. Juni, wie wir sehen werden, ein Abschluss zu stande. (Aehnlich ging die sechste Forderung des Kanzlers vom 12. auf Bestätigung der Pfälzer Freiheiten und Regalien.) Die zweite Forderung war, dass König Karl den Pfalzgrafen von den Augsburger Händeln ledig spreche unter seinem anhangenden Siegel. Auch Kurfürst Ludwig hatte sich am 10. oder 11. in einem Briefe an seinen Bruder über die Ausfertigung des Ferbriefs d. h. Freibriefs beklagt, der nicht auf Pergament, sondern auf Papier ausgestellt sei.[75] Dieser enthielt wohl die Los-

74. S. o. S. 171. DRA. I. N. 168. Le Glay II, 403.

75. Erwähnt DRA. I. N. 339 im Brief Pfalzgraf Friedrichs an den Hofmeister (L. von Fleckenstein) und Kanzler (F. v. Venningen) seines Bruders. 11. VI. Mainz.

Digitized by Google

sprechung von den Augsburger Zusagen, entsprechend König Karls Zusage vom 21. April.[76] Pfalzgraf Friedrich sandte dem Bruder Antwort, teilte aber zugleich dem Hofmeister und dem Kanzler desselben in einem Schreiben, das uns allein erhalten ist, mit (s. n. 75), er habe nicht gehört, dass Mainz und Köln einige Beschwerden darüber empfunden hätten, und ersuchte beide um Fürsprache bei Ludwig, den er auch selbst gebeten habe, sich deshalb von Mainz und Köln nicht zu sondern, vielmehr wie jene sich genügen zu lassen. Vielleicht hatte der Kanzler den Brief Friedrichs bereits am 12., ehe er an Nassau schrieb, erhalten. Gegen diesen erhob er weiter die Forderung, (Urkunde 342 zum dritten), dass für die Summe Geldes Fugger Bürgschaft leisten, selbst Schuldner werden und darüber Schein und notdürftige Versicherung ausstellen sollte. Als Weseler Abmachungen wurden dann vom Kanzler besonders zwei Punkte angegeben (unter viertens und siebentens), wovon der zweite freilich von Nassau nicht angeführt ist: Es solle „des was die landvogtie ist berurn, ein neuer besonder briff" aufgerichtet werden (4), und es solle der König von Spanien „die lehenlut, (so) uf der landvogtie verschreibung haben, entrichten" (7), — was nicht ganz klar ist,[77] und den Kurfürsten schadlos halten. Wieweit sich derselbe Brief erstrecken werde, sollte heimlich dem Kanzler vor der Elektion mitgetheilt werden. Endlich die fünfte Forderung des Kanzlers war, dass „die ersten (Hs. ersteigten) Pensionsbrief und Versicherung mit irem anhang derselbigen uf den Nyderlendischen Stetten, dieweil die vertragsbrief getedt und abe sein sowie die andern" ohne Wissen des Kurfürsten in seine des Kanzlers

76. S. o. S. 185. DRA. I. S. 521, A. 3.

77. Lexer, mittelhochd. Wörterbuch I. giebt S. 580 ein Beispiel vom Jahre 1357 nach Mon. Wittelsbacensia; er übersetzt: die Gerichtsbarkeit über sie übernehmen.

Digitized by Google

Hände gelegt werden sollten, damit er sie, falls die Wahl mit König Karl ihren Fortgang habe, dem Kurfürsten übergebe, sonst sie dem Grafen zurückstelle.

Dieser Brief an Nassau zeigt, dass Ludwig mit dem Anschluss an Karl stark rechnete, dass dieser aber noch nicht erreicht war. Auffallend ist auch, wie vermieden werden soll, dass der Kurfürst selbst Geld in Empfang nimmt.

Dem Pfalzgrafen Friedrich antwortete der Kanzler erst am folgenden Tage (13. Juni)[78]: „Sein Herr habe sich dapferlich ingelasen", Brief Siegel und anderes über sich gegeben, es mit Gelübde und Eid befestigt. Er müsse daher in der Ledigsagung „stattlich versehen werden", d. h. wohl, diese müsse ihn in jeder Weise gegen Verklagung und gegen Angriff auf sein Land sicher stellen. Die Kommissarien hätten sich dazu in Heidelberg erboten. Es sei ihre Sache, wenn sie alles auf den Glauben setzten und die Abrede (von Augsburg) gar nichts sein liessen; nach dieser sollten „derhalben notdürftige Briefe aufgericht" und alle Dinge vor der Wahl versichert werden, wofern nicht alle Zusagen ungültig sein sollten.

In den folgenden Tagen muss dann die Urkunde vom 29. August 1518 (o. S. 14, N. 34) durch die Kommissare dem Pfälzer zugestellt und, was, sonst von Schwierigkeiten vorlag, beseitigt sein. Denn am 16. Juni versprach Kurfürst Ludwig und sein Bruder urkundlich,[79] dass sie, nachdem jetzt jene frühere Urkunde ihnen gegeben sei, alle Artikel derselben, soweit sie die Wahl nicht betreffen, getreulich halten und darüber eine neue Urkunde ausfertigen wollten, der Kopie entsprechend, welche vom Kardinal Gurk, Mark-

78. DRA. I. N. 345. Hofmeister und Kanzler des Kurfürsten Ludwig an Pfalzgraf Friedrich. 13. VI. Ein gleichzeitiger Brief Ludwigs ist verloren.

79. DRA. I. S. 784, A. 4. Versprechen Ludwigs und Friedrichs von der Pfalz, die früheren Abmachungen, soweit sie die Wahl nicht betreffen, halten zu wollen. 16. VI.

Digitized by Google

graf Casimir, Nassau und ihnen, den beiden Pfalzgrafen unterschrieben sei. Dasselbe sollten König Karl und Ferdinand thun und die Vertragsbriefe in sechs Wochen ausgetauscht sein. Ausdrücklich aber mussten die Kommissarien erklären, dass Karl von seiner selbst und Erzherzog Ferdinands wegen „laut der neuen vertragsbriefe fur und fur geleben und volziehung tun soll, alles zu gleicher weise als ob dieselben neuen brief jetz (d. h. nicht erst nach einiger Zeit in Spanien) aufgericht weren."

Nun will die neue Urkunde allerdings zunächst dem Wortlaut nach nur bekräftigen, was die Wahl nicht betrifft. Soll man deshalb nur an die östreichisch-pfälzische Erbeinung denken? Auch hierzu war doch Voraussetzung, dass der König von Spanien zunächst Pfalz in den eigenen Landen anerkannte; für diese Anerkennung war aber im Vertrage die Gegenleistung, dass Ludwig Karl wählen sollte; es wird in der Urkunde König Karl auch augenscheinlich nicht etwa nur als Herzog von Oestreich gedacht. So darf man wohl annehmen, dass stillschweigend eine Abgabe der Stimme für Karl vorausgesetzt war; dass das Gegenteil versichert wurde, darf nicht verwundern, da der eifrigste Anhänger Karls, Kardinal Albrecht, ebenso der Kölner ja auch eine lettre de décharge sich erbaten.

Pfalzgraf Friedrich scheint während der Verhandlungen die Unterstützung des Kurfürsten Albrecht gefunden zu haben; wenigstens schreibt schon am 13. der Kanzler Florenz von Venningen an Friedrich: „ich, e. g. kanzler hab minem gnedigsten herrn von Meintz ein mittelweg angezeigt, wie e. f. g. aus s. g. schriben vernomen".[80] Es hat danach Albrecht wohl Ludwig weiter zu beeinflussen gewusst.[81] Wir sahen auch oben, dass Albrecht und Ludwig sich für Einlassung der Polen beim Rat verwandten, welche sie wohl Karl günstig glaubten. Sonst haben wir

80. Vgl. Note 78. DRA. I. S. 791, Z. 16.

81. Ob Albrecht auch selbst an Friedrich geschrieben hat,

Digitized by Google

über Albrecht aus dieser Zeit wenig Nachricht. Sein Bruder nennt ihn aber noch am 18. Juni den schlimmsten und schädlichsten Feind der Franzosen.[82]

Joachim selbst bethätigte sich noch immer für Frankreich, zunächst, so viel wir wenigstens wissen, durch Fortsetzung der am 4. Juni begonnenen Verhandlung mit dem Landgrafen von Hessen (o. S. 109 f.). Dieser hatte den Boten, durch den er am 7. oder 8. Joachim antworten liess, wenn auch noch nicht zum Abschluss, so doch zum Entwurf eines Vertrags mit Franz I. ermächtigt, der denn auch, nach Kluckhohn etwa 10. Juni, abgefasst ist,[83] und vermutlich unter Joachims Vermittlung. Hessen hat danach allgemein Hülfe und Bündnis zugesagt, und der Landgraf den französischen Botschaften während der Wahl Schutz und Geleit in hessischen Landen zu gewähren, auch auf französische Kosten Reiter und Fussknechte über die bisher gestellte Zahl hinaus zu werben. Wird Franz nicht gewählt, so bleibt der Vertrag bestehen, doch wird für diesen Fall der Papst, das Reich und die Erbeinung ausgenommen. König Franz sagt dagegen Schutz, Schadenersatz, 3000 Kronen Pension und Dienstgeld und eine ziemliche Pension für zwei Räte zu. — Landgraf Philipp hat sich nun auch, wie wir uns erinnern, bei den Vikaren über die Zulässigkeit einer Aufnahme französischer Bevollmächtigter erkundigt (o. S. 315/6); aber obwohl durch den Kurfürsten Albrecht im Auftrage der Mitkurfürsten ihm am 14. oder 15. die Erlaubnis

ist nicht sicher, da der Ausdruck: „aus s. g. schreiben" sich auch auf ein im Brief des Kanzlers erwähntes Schreiben Ludwigs beziehen könnte. Ein Verkehr Albrechts mit dem Kanzler bleibt jedenfalls Ergebnis.

82. DRA. I. N. 357. Joachim an Bonnivet. 18. VI.

83. DRA. I. N. 338. Entwurf eines Vertrages zwischen König Franz und dem Landgrafen von Hessen. (10. VI.) Berlin. H. A. Rep. XXX. Cop. Vgl. den mecklenburgischen Vertrag S. 110, n. 281. DRA. S. 594, A. 1.

Digitized by Google

gesendet wurde, scheint ein Bescheid von ihm für Joachim doch nicht ganz genügend gewesen zu sein. Besonders muss Philipp trotz der Erlaubnis die Gewährung des Schutzes und Geleits für gefährlich gehalten haben. So konnte Joachim auch am 18., wie er an Bonnivet schrieb, immer erst hoffen, Philipp bald gewonnen zu haben.[84]

Aus der Umgebung Joachims war es, wie wir schon erwähnt haben und weiter sehen werden, ein brandenburgischer Rat, der mit einem kurkölnischen bis zum 14. Juni einige Artikel der Wahlverschreibung begutachtete. Die Anknüpfungen Joachims bei dem Kölner Erzbischof, auf welche die Verbindung ihrer Räte deutet, geben zugleich alles, was über des Kölners Stellung bekannt ist. Am 17. wollte dieser den Markgrafen, mit einem kleinen Vorbehalt, bereits endgültig abweisen;[85] am 18. liess er sich dann nach neuem Drängen Joachims auf eine Bedenkzeit bis zum 20. Juni ein und erklärte, dem katholischen König noch nichts versprochen zu haben.[86] Joachim hatte an diesem Tage auf einen Brief Bonnivets hin eine Besserung (wohl der Zahlungen) und anscheinend ein Schloss für seinen Bruder dem Kölner angeboten. Für die Erkenntnis von dessen Stellung wäre ein sicheres Verständnis des angedeuteten Vorbehalts vom 17. wichtig. Danach sagte Köln dem Franzosen ab: „nisi videat majoritatem". Es fragt sich, ob er vor dem eigenen Votum nur drei Stimmen für Franz entschieden sehen wollte, oder vier (und damit die ganze Wahl, der er nur beizutreten

84. DRA. I. S. 814, Z. 23.

85. DRA. I. N. 356. Joachim an Bonnivet. 17. VI. Couloigne m'a ce jourduy finablement reffusé, nisi videat majoritatem. S. 813, Z. 6.

86. DRA. I. N. 357. Kf. Joachim an Bonnivet und Moltzan. 18. VI. S. 813, Z. 26ff.

Digitized by Google

brauchte). Auch die Berechnung Joachims, man bedürfe noch der Stimme Sachsens oder Böhmens, macht die Sache nicht zweifellos. Darum gewinnen wir weiter aus dieser Stelle auch keinen Anhalt für die Frage, ob der Pfälzer etwa doch noch (auch nach dem 16.) zugleich mit den Franzosen unterhandelte, und wieweit diese oder ihre Parteigänger über die Pfälzer Verhandlung mit den Habsburgern unterrichtet waren. Im Briefe an Bonnivet vom 17. erwähnte Joachim den Pfälzer überhaupt nicht. Am 18. schrieb er, Ludwig wolle sich gegen ihn nicht offen aussprechen: eine Zurückhaltung, die immerhin noch mehrdeutig sein mochte. Aber im selben Brief schrieb Joachim auch,[87] der Pfälzer eröffne ihm, dass die Böhmen sicher für den katholischen König seien und ihm alles, was er (Joachim) mit ihnen verhandle, mitteilten. Nun würden die Böhmen, deren Urteil ja freilich fehl gehen konnte, dem Pfälzer ihre Gesinnung doch schwerlich verraten haben, wenn sie ihn nicht auch für einen Freund der Spanier gehalten hätten. Jedenfalls rechnete am 18. auch Joachim schon nicht mehr recht auf Ludwig.

Um die Stimme der Böhmen hat sich Joachim wohl seit ihrer Ankunft am 15. bemüht. An Bonnivet schrieb er auch am 17., er hoffe alles gute.[88] Er wollte, wie er den Böhmen erklärte, für alles mit seinem Siegel einstehen, scheint also ermächtigt gewesen zu sein, im Namen des französischen Königs Gelder zu versprechen. Er erhielt aber auch am 18. Juni noch keine endgültige Antwort;[89] das Verhalten der Böhmen gegenüber dem Pfälzer zeigt, dass sie mehr zu Karl neigten, wie sie denn auch etwa 22./23. Juni mit Nassau (wohl in Höchst) verhandelten.[90]

87. DRA. I. S. 814, Z. 14.
88. DRA. I. S. 812, Z. 31.
89. DRA. I. S. 814. Z. 14.
90. DRA. I. N. 371; o. S. 324/5.

Digitized by Google

So blieb noch Sachsen zu gewinnen. Es durch den Trierer umwerben zu lassen, hatte Joachim am 17. Juni Bonnivet gedrängt, wie er selbst Böhmen bearbeiten wollte. Am 18. suchte er dann auch persönlich mit dem sächsischen Kurfürsten eine Aussprache, legte Franz' Aussichten dar und erklärte: er wisse, wieviel Franz I. auf Friedrich halte; er möge sich in der Not als treuer Freund bewähren und ihnen die Mehrheit verschaffen, wobei er wohl auf eine Nachfolge des Kölners oder des Pfälzers und Kölners rechnete. An Bonnivet schrieb er darüber am gleichen Tage, Friedrich habe geäussert, zuletzt müssten sie einer dem andern vertrauen: ungünstig für Franz habe er ihn nicht gefunden, doch wolle er nicht vorgehen (mettre avant); Friedrich habe bis zum 20. Bedenkzeit genommen; also wie der Kölner.[91]

Auffallen muss aber, dass Joachim schon am 17. schrieb: Wenn die französischen Präsidenten von einem näheren Einverständnis des Sachsen und des Mainzers hörten, den er ja für ihren schlimmsten Feind hielt, so möchten sie es ihm mitteilen; „dann werde er eröffnen, was ihm gut scheine."[92] Hier ist zunächst interessant, dass er eben doch ein solches Einverständnis für möglich hält. Weiter aber fragt sich, in welcher Art sich Joachim, wenn jener Fall eintrat, erklären wollte. Nach dem Bericht vom 18., der Mainzer rechne für Karl sicher auf vier Stimmen, was er Joachim in Wahrheit nicht finden könne,[93] und nach den weiteren etwas naiven Sätzen:

91. Es könnte m. E. Friedrich sehr wohl mit einer solchen Erklärung lediglich Joachim haben beschwichtigen wollen. Sogar der Verdacht kann nach dem Inhalte des Briefs auftauchen, dass Friedrich Bedenkzeit gar nicht erbeten und Joachim seinerseits diese Angabe erfunden habe, nur um Bonnivet nicht gleich zu viel ungünstiges zu melden.

92. DRA. I. S. 813, Z. 13.

93. DRA. I. S. 814, Z. 10ff.

Digitized by Google

„Finaliter il gist in quarta: si la povons avoir, tunc sumus certi. Maix je croys finablement, quod rex catholicus nihil proficiet," meinte Joachim am 18. Juni nun schliesslich: „wenn König Franz nichts erreichen könne, würden sie alle helfen, die Krone auf eine dritte Person in Deutschland zu übertragen, sei es, wer es sei." Trotz der letzten Worte schimmert hier wohl der Gedanke an eine eigene Kandidatur wieder durch (o. S. 303). Und auch am 17. hat er wohl schon an ähnliches gedacht, wenn ein Einverständnis zwischen Friedrich von Sachsen und Albrecht sicher sei. Obwohl dann Friedrich am 18. um Bedenkzeit bat, hat Joachim am gleichen Tage eben doch für den Fall, dass Karl wirklich die Mehrheit zu gewinnen scheine, — und diesen Eindruck hat er wohl selbst gehabt — noch einmal den Schachzug einer dritten Kandidatur angeregt, nur um den Sieg des Habsburgers zu vereiteln. Dass in Wirklichkeit über einen für Franz günstigen Ausgang der Wahl auch Joachim Zweifel hegte, verrät er selbst, wenn er eben jetzt darauf zurückkommt, wie er sich Anfang Mai habe zusagen lassen, dass auch bei der Wahl eines andern doch der Heiratsvertrag des Kurprinzen mit Prinzessin Renata gültig bleiben solle. Er bittet, ihm dies Versprechen nunmehr schriftlich zu senden, und versichert gleichzeitig, er werde nach wie vor für Franz thun, was ihm möglich sei. — Mochte aber Joachim immerhin auf seine eigene Wahl hoffen, im Ernste war bei der Aufstellung eines dritten Kandidaten doch am meisten an den sächsischen Kurfürsten zu denken.

Friedrich hat die Wahlangelegenheit je und je von dem Plan einer Heirat zwischen der spanischen Prinzessin Katharina und seinem Neffen trennen wollen. Dennoch mussten ihn seit der Ankunft in Frankfurt die Unterhandlungen hierüber beschäftigen. Ebenso beunruhigten ihn die Wirren in seinem Vikariat. In der letzten Sache hatte er bis zum 11. Juni ein „beschwerliches Schreiben"

Digitized by Google

seiner Schwester, der Herzogin von Braunschweig; er berief sich aber in der Antwort darauf, dass er seinem Schwager die Fehde widerraten habe.[94] Ueber die Heiratsangelegenheit schreibt er am 16., sie solle gut stehen.[95] Schon am 15. hatte der habsburgische Sekretär Ziegler aus Höchst gemeldet, er wolle heute mit Friedrich Thun — Hauptmann zu Weimar — über dieselbe handeln, und beigefügt: „E. f. g. las ir mein hern auch bevolhen sein.“ Die Verhandlungen mit Thun und Solms, dem anderen Vertreter Friedrichs, begannen aber erst am 17. Juni.[96] Karls Boten rühmten Schönheit und Gesundheit und das ganze Wesen der dreizehnjährigen Prinzessin. Sie machten Anerbietungen und setzten Artikel auf, obschon von Seiten Johanns von Sachsen keine Vollmacht da war, die sie eilends zu beschaffen baten. Friedrich selbst aber schrieb am 18. seinem Bruder: „Got wais, ich bin in disser sache ganz zweifelhaftig, dieweile die artickel, so Friderich (d. i. Thun) ibergeben (sind), so weitlauftig sten mit dem widerfalhe und andern.“ Doch riet er dem Bruder auch, er solle die Vollmacht schicken, falls er weiter verhandeln wolle. Dieselbe wurde dann sofort gesandt, war aber immerhin erst am 24. zur Stelle.[97] — Wenig günstig musste es auf Friedrich gewirkt haben, als seinem Unterhändler Grafen Solms am 14. oder 15.[98] auf unerklärte Weise jener Brief Kurfürst Joachims vom 1. Juni an König Franz in die Hände kam, worin er das Zusammentreffen mit Bonnivet und Moltzan in Gelnhausen beschrieb und dem Könige

94. DRA. I. N. 340. Friedrich an seinen Bruder Johann. 11. VI.

95. Ders. an dens. Ebenda S. 797, Z. 11.

96. DRA. I. S. 830, A. 2.

97. Ebda., und Droysen, Vhdl. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1853. Phil.-hist. Kl. S. 173. Verlöbnis der Prinzessin Katharina von Spanien.

98. DRA. I. S. 736, A. 3. Ziegler schrieb ihm am 15. VI. bereits darüber aus Höchst: „des marggrafen schrift halben waiss ich nit, was darin ze tun ist.“

Digitized by Google

anzeigte, dass er Trier, Köln, Pfalz nach Mainz geladen habe und gute Hoffnung wegen der Wahl hege, da Köln und Ungarn in seiner Hand sei.[99] Ziegler riet dem Kurfürsten, den böhmischen Herrn von Sternberg über brandenburgische Umtriebe auszuhorchen.[100] Wie dieser Verkehr mit Ziegler, lässt auch eine Anfrage Albrechts vom 18. Juni den Kurfürsten von Sachsen nicht abgeneigt gegen Karl erscheinen, wenngleich er für ihn sich so wenig als für einen andern offen erklärte. Albrecht wünschte zu wissen, ob Friedrich darauf einginge, die Wahl zu beschleunigen. Er begründete die Anfrage damit, dass man „in den artikelen und sunst" in drei Tagen viel erledigen könne; es fielen „allerley grosse und bosse practicen" vor.[101] Dabei wird Albrecht zunächst an des Bruders Verhandlungen gedacht haben. Jedenfalls hielt er also Friedrich für einen sich gleich gesinnten Kurfürsten. Die Antwort kennen wir nicht. Die Angabe Joachims, dass Friedrich sich von ihm am 18. Bedenkzeit bis zum 20. erbeten hat, wurde erwähnt, aber auch, dass sie nicht unbedingt Glauben verdient.

Stellen wir nun einmal die Aussichten, wie sie am 18. Juni sich zu ergeben schienen, zusammen. 1) Die Böhmen waren nach des Pfälzers Wort an Joachim anscheinend für Karl. Dies war der Wunsch König Ludwigs, und dass die böhmischen Stände in der Personenfrage auf ihn Rücksicht nahmen, ist mit ihrem früheren Trotz in der

99. DRA. I. N. 316. Joachim an Franz I. 1. VI. quia habeo in manu et auctoritate mea Cologne et alium ex Hungaria, quam primum ad me venerint. Rechnete Joachim hierbei auf seinen Neffen Georg, so dürfte er sich getäuscht haben. Möglicherweise aber nannte er alium ex Hungaria einen der böhmischen Herrn, die ja früh auch vom Ungarnkönig bevollmächtigt waren. (s. o. S. 272.) Ueber die Möglichkeit brandenburgischer Beziehung zu Böhmen s. o. S. 295.

100. In dem Briefe vom 15. VI. S. n. 98.

101. DRA. I. N. 359. Albrecht an Friedrich. 18. VI.

Digitized by Google

Rechtsfrage nach den Zugeständnissen des Königs wohl verträglich. 2) Albrecht war seit langem für Karl. 3) Ein Einverständnis Friedrichs von Sachsen mit Albrecht, und somit eine Parteinahme für Karl, wird bereits am 17. von Joachim befürchtet. Die von Joachim angegebene Bitte Friedrichs um Bedenkzeit braucht nicht gegen seine Neigung für Karl zu sprechen; ebensowenig die des Kölners. 4) Der Pfälzer war seit Anfang Juni in Unterhandlung mit Karls Kommissaren und am 16. Juni zu einem gewissen Abschluss gelangt. Wollte er auch am 18. den Franzosen gleichfalls noch nicht förmlich absagen, so war er doch aus Interesse wohl mehr für Karl. 5) Der Kölner hatte am 17. bereits Kurfürst Joachim einmal abgewiesen und nur auf Drängen sich von neuem mit ihm eingelassen. Wie sich Sachsen und Köln am 20. entscheiden wollten — vorausgesetzt, dass die Bedenkzeit überhaupt erbeten ist —, blieb die offene Frage und bleibt sie auch jetzt, da urkundliche Belege fehlen. Die Verdachtsgründe gegen Joachims Angabe werden dadurch verstärkt, dass schon am 19. die französischen Herren dem Könige schrieben, seine Sache stünde nicht so gut als Joachim angegeben habe.[102] Für Franz waren entschieden nur Brandenburg und Trier.

So waren am 18. doch schon bei weitem mehr Aussichten für Karl als für Franz vorhanden. Wir bringen im Folgenden noch einige Belege hierfür und suchen wahrscheinlich zu machen, dass schon etwa 18.—20. Juni eine gewisse Voreinigung der Mehrheit für Karl, wenn auch ohne Rechtskraft, stattgefunden hat.

Der päpstliche Nuntius fordert am 21. Juni den Kurfürsten Friedrich auf, die Krone anzunehmen, und zeigt an, es habe sich der Papst bereit erklärt, seine Wahl auch

102. Erwähnt DRA. I. N. 375. König Franz an Bonnivet. 26. VI. Melun. J'ay veu ce que vous m'avez escript du 19e de ce moys et par là entendu l'estat en quoy est mon affere qui n'est si bien que le marquis de Brandebourg disoit.

Digitized by Google

anzuerkennen, wenn er ausser der eigenen nur noch zwei Stimmen erhalte: — worauf wir zurückkommen. Wenn nun, wie der Nuntius gleichzeitig schreibt,[103] der Brief des Papstes am 14. Juni angekommen ist, und doch die päpstlichen Gesandten am 21. erst Kurfürst Friedrich das Angebot machten, so kann man wohl schliessen, dass eben am 20. Juni für die päpstlichen Gesandten in Mainz die Lage ersichtlich geworden ist, welche am 21. den Nuntius zu jenem Schreiben veranlasste.

Zu gleichem Ergebnis kommen wir, wenn wir von einem Brief des Königs Franz aus Melun vom 26. ausgehen;[104] da er seit seinem letzten Briefe (vom gleichen Tage) sehe, dass auch der Trierer die Wahl des Sachsen mehr als die jedes anderen begünstige, so sollen die Gesandten nun diesen unterstützen, jedoch ohne merken zu lassen, wie der König es früher nicht gewollt habe. Damit nun die angenommene Lage am 26. Juni in Melun bekannt sein konnte, muss Bonnivet am 20. aus Rüsselsheim (etwa 3 Meilen westlich von Frankfurt) Nachricht gegeben haben. Am 19. oder 20. also wird Erzbischof Richard seinerseits bereits aus Frankfurt angezeigt haben, dass nur die Kandidatur eines dritten und am ehesten Friedrichs einer gänzlichen Niederlage der französischen Partei vorbeugen könne.

In diese Tage gehört wohl auch die Angabe Spalatins,[105] Richard von Trier sei während der Wahltagung einmal um Mitternacht „einsten unter der Wahl, in mitternacht," in Friedrichs Herberge gekommen und habe ihn aufs dringendste gebeten, er möge das Reich annehmen, „er wollt alsdann selbs rennen und laufen, mühe und arbeit

---

103. DRA. I. N. 364. Erzbischof Orsini an Kurfürst Friedrich durch Karl von Miltitz. 21. VI.

104. DRA. I. N. 376. Franz I. an Bonnivet. 26. VI. Zweiter Brief von diesem Tage.

105. Nachlass S. 59 u. 40, in DRA. S. 841, A. 1.

Digitized by Google

haben." Droysen[106] setzt diesen Besuch des Trierers auf die Nacht vom 27. zum 28. Juni, also die letzte vor der Wahl, lediglich nach einer brieflichen Mitteilung des Erasmus, der wieder auf einer Aussage des Bischofs von Lüttich fusst, wonach die Krone Friedrich einen Tag vor der Wahl von allen Kurfürsten angeboten sei.[107] Spalatin giebt für jenen Besuch kein Datum an, wohl aber für das Angebot der Krone die Bezeichnung: in ea electione paucis ante diebus,[108] was sich mit der Ansetzung auf den 19.—20. Juni vereinigen liesse.[109] Betrieben wurde aber Friedrichs Wahl, nach zwei Stellen Spalatins,[110] nicht, wie Erasmus meint, von allen, sondern nur von drei Kurfürsten, nämlich vom Brandenburger, vom Trierer und vom Pfälzer, der danach auch wieder geschwankt hätte, wie er am 18. ja sich nicht direkt von Franz losgesagt hatte. Da die Mitteilung des Erasmus sich also in dieser zweiten Stelle als unzuverlässig erweist,[111] darf man ihr um so mehr in der ersten misstrauen und mit Spalatin die Kandidatur Friedrichs auf einen früheren Termin setzen. Dass Friedrich ablehnte, ist bekannt und sei vorläufig nur berührt.

Wir wollen aber noch aus einer entlegeneren Schrift einen Beleg für die Annahme einer Vorvereinigung etwa am

106. Preuss. Politik II, 2, 128.

107. DRA. I. S. 828, A. nach Erasmi opp. III, 512.

108. DRA. I. a. a. O. Struve, Corp. hist. Germ. II, 971, A. 32.

109. Auch Roesler S. 193 setzt die Kandidatur Friedrichs spätestens auf den 20., nachher sei kein Raum gewesen; s. folg. Anmerkung.

110. DRA. I. S. 827, A. 1. Spalatin a. a. O. und Nachlass S. 41. Kluckhohn sagt zu einem undatierten Brief Bonnivets an Friedrich (N. 367; s. u. S. 349), den er vermutungsweise auf den 24. Juni ansetzt: „In diesen Tagen müsste es gewesen sein, dass man den Versuch machte, Friedrich von Sachsen zur Annahme der Wahl zu bewegen." Wir würden uns das Angebot durch die Kurfürsten lieber zwischen 18. u. 22. denken.

111 Für Spalatins Angabe, dass drei Kurfürsten Friedrichs

Digitized by Google

18.—20. Juni gewinnen. Nachdem aus den Briefen sich ergeben hat, dass eine Mehrheit der Kurfürsten schon damals für Karl günstig gesinnt war, dürfen wir wohl auch der Schrift des Sabinus de electione Caroli V nicht in allen Teilen misstrauen. Ihre Glaubwürdigkeit scheint mir zu stark beanstandet.[112] Ranke freilich hat mit Recht die von Sabinus gegebenen Reden einzelner Kurfürsten als rhetorische Prunkstücke des Schriftstellers erwiesen, da sie so schwülstig unmöglich während der wichtigen Beratungen gehalten sein können.[113] Aber wir glauben, weit entfernt, die Reden für echt zu halten, doch einige sonstige Angaben des Sabinus benutzen zu dürfen, gegenüber Waltz, der alles verwarf (s. n. 112). Nur müssen wir, ehe des Sabinus Bericht über den 18. und 19. Juni einigermassen für wahr gelten darf, seine Glaubwürdigkeit an etlichen andern Beispielen wahrscheinlich machen und zu diesem Beweise etwas abschweifen.

Zunächst erwähnt 1. die Frankfurter Stadtaufzeichnung,[114]

Wahl unterstützten. spricht wohl auch eine auf Pace zurückgehende venetianische Nachricht von einem dreistündigen Kaisertum Friedrichs. Denn Kluckhohn vermutet vielleicht mit Recht an Stelle des überlieferten „il duca de Saxonia stete 3 hore electo, ma vi abdico" vielmehr: 3 vote electo.

112. So schreibt Waltz (a. a. O. S. 215, A. 2, s. n. 32.): „Die Nachrichten Sleidans und seiner vornehmsten Quelle (De electione et coronatione Caroli V. Caesaris per Georgium Sabinum), welche unausrottbar wiederkehren", [hauptsächlich nur die Reden!] „verdienen keine Beachtung, auch wenn sie hie und da der Wahrheit nahe kommen." Vgl. Droysen, Preuss. Pol. II, 2, 126, Anm. 1.

113. Ranke, zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber 61 ff. In der Verwerfung der Reden haben zugestimmt Waitz, Gött. Gel. Anz. 1855. III, Nachr. Nr. 14, S. 183, — Roesler, S. 202, — Kluckhohn, S. 844, A. 20. Trotz Rankes überzeugender Kritik benutzen die Reden als echt de Leva, Storia documentata die Carlo V S. 863 und May a. a. O. Ohne Ranke überhaupt zu beachten Mignet, Rivalité.

114. DRA. I. S. 805, A. Schluss.

Digitized by Google

wie schon oben berührt ist, dass es nach der Eidesleistung gewissen Leuten doch freistand, die Thore auch ohne Wissen des Rats zu passieren, und nennt neben denen, die den Markt besuchten oder Waare auf denselben führten, auch Boten. Wir müssen uns darunter Boten der Kurfürsten denken. Weiter berichtet nämlich die Aufzeichnung: es hätten die Kurfürsten jedesmal angezeigt, wen sie hinausgeschickt, damit diese und nicht mehr eingelassen würden. Danach ist also von den Kurfürsten auch nach dem 17. noch mit jemand ausserhalb verhandelt. Da nun für die Benennung der Boten an den Rat als Grund angegeben wird, es sei in Höchst viel Volk gelegen, das sich leicht mit eindrängen könne, so scheint doch wahrscheinlich, dass die Boten nach Höchst oder über Höchst nach Mainz gingen. In Höchst aber lag ein Teil der habsburgischen Kommissare, wenn auch nicht alle; sicher allerdings weilten einige auch in Mainz. — Zu diesen Angaben kommt eine weitere Notiz des englischen Gesandten Pace, der sich in Mainz aufhielt; dieser berichtet am 3. Juli über die Stellung der spanischen Kommissare zur Wahlverschreibung: dieselben behaupteten entgegen ihren Versicherungen vor der Wahl nunmehr, keine Vollmacht zu haben.[115] Diese Angabe vereinigt sich sehr gut mit denen der Stadtaufzeichnung dahin, dass jene Boten den Kommissaren eben die Wahlverschreibung oder Teile derselben vorlegten, mindestens aber ihre Erklärung darüber einholten, dass sie Vollmacht zur Ver-

115. Brewer, Letters and Papers III, n. 351. Pace to Wolsey. 3. VII. 1519. Waltz, a. a. o. S. 220, A. 3. The electors and ambassadors can not agree upon the articles have proposed to them, for the latter now deny, that they possess the authorithy, they said they had before the election. Kluckhohn DRA. I. N. 386 sagt ungenau „entgegen ihren früheren Versicherungen," welche man danach aber auch zwischen 28. VI. und 3. VII. ansetzen könnte.

Digitized by Google

handlung hätten.[116] Sabinus nun weiss freilich nicht von Versicherungen der Kommissare, aber er giebt uns doch an,[117] dass die feierliche Abstimmung festgesetzt sei, „als Artikel". — also eine Fassung der Wahlverschreibung, wenn auch nicht die letzte — „nach Mainz gesandt und wieder eingegangen seien." Das lässt sich mit der Mitteilung des englischen Gesandten wieder recht wohl vereinen. Pace weiss, dass die Kommissare sich für bevollmächtigt erklärt haben; die Frankfurter Aufzeichnung, dass Boten hinausgegangen sind; Sabinus teilt mit, dass Artikel vor der Wahl vorgelegt sind. Soweit seine erste Uebereinstimmung mit anderen Quellen.

2. Die berührte Wiener Aufzeichnung, angeblich von einem hochansehnlichen persönlich anwesenden Verfasser, berichtet vor der Notiz über die Böhmen[118] von Verhandlungen, welche die Kurfürsten auf dem Römer über die Wahlverschreibung gepflogen hätten. Wie die Bemerkung über die Böhmen muss sich auch diese Angabe auf die Tage nach dem 17. beziehen, denn die Eidesleistung wird vorher, die Fronleichnamsprozession am 22. nachher erwähnt.[119]

116. Ein Satz der Wiener Aufzeichnung (s. o. S. 324, n. 70) darf wohl nicht auf die Verhandlung der Gesamtheit der Kurfürsten mit den Kommissaren, sondern nur auf Verhandlungen der Böhmen mit Nassau bezogen werden. DRA. I. S. 810, A. Z. 41 . . . (vorher geht der Text zu Note 118) . . . darzwischen hat man mit Ungeren Behaim und Pollan gehandelt der heiratsachen halben und ander artigkl mer. Sein die potschaften zu den commissari hinab gein Hoest . . . gezogen.

117. Sabinus bei Schardius, de rebus Germ. tom. II, S. 844. Fuit igitur de conditionibus illis postea per aliquot dies non minus contentionis quae praescriptae et Moguntiam ad legatos missae, cum essent receptae, dies constituitur eundi in suffragium solenni more.

118. S. Note 116.

119. Allerdings berichtet die Aufzeichnung auch über die Ereignisse vom 27. u. 28., und das Datum der Abfassung ist nicht

Digitized by Google

Es heisst: „nachdem (d. i. nach der Eidesleistung) haben si nun die vergangen wuchen nichts anders gethan, dann das si uf dem Romer zusamen kemen und von des reichs notturft, auch was si ainem kunftigen kunig furhalten wollen, beratslagt und tractiert."

Sabinus sagt: .... Fuit igitur de conditionibus illis postea per aliquot dies non minus contentionis . . (s. o. n. 117). Nach ihm folgen sich die Ereignisse so: Am 17. erklärt Kurfürst Joachim, seit der Wahltermin hinausgeschoben sei, stimmten alle zu, dass man am folgenden Tage (postridie)[120] zur Erwägung zusammenkomme (nach Sabinus über die Person des zu wählenden). Nachdem man dann am 18. bis tief in die Nacht (?) beraten hatte, wurde beschlossen, am nächsten Tage über die Artikel zu verhandeln.[121] Also am 19. lässt Sabinus die Verhandlungen über die Artikel beginnen, wie ähnlich die Wiener Aufzeichnung die Verhandlung zwischen 17. und 22. erwähnt.

---

bekannt. So könnte, wer misstrauisch ist, sie später ansetzen, und die Worte: „die vergangen wuchen" auf die Zeit nach der Wahl beziehen. Das Natürliche ist aber doch, die Verhandlungen, wie sie die Urkunde ordnet, zwischen 17. und 22. zu denken. Indes mögen sie über den 22. hinaus gedauert haben.

120. Waitz, Götting. gel. Anz. 1855, III, Nachrichten. N. 14 S. 183 sagt: „Die feierliche Eröffnung des Wahlgeschäfts hatte nämlich am 17. Juni statt." Dann aber fährt er irrig fort: „hier beschliesst man, zwei Tage später (postridie), also am 19., eine Beratung zu halten." Postridie führt aber nur auf den nächsten Tag, wo dann über die Person des zu kürenden geredet ist. — Thatsächlich ist doch auch am 19., und zwar über Artikel, verhandelt. Es folgt aber vorher ein zweites postridie und weitere Angaben, s. folg. Anm.

121. Sabinus bei Schardius l. c. II, 844 Z. 7 v. u. Hac acerrima contentione eius diei (18.) in multam noctem producta tandem ita discedunt, ut postridie conveniant de conditionibus deliberaturi, quas Caroli legatis proposituri erant, qui Moguntiae eventum exspectabant.

Digitized by Google

Da wir an diesem zweiten Beispiel eine Uebereinstimmung des Sabinus mit der Wiener Handschrift, am ersten eine solche mit der Frankfurter und dem Briefe von Pace dargethan haben, dürfen wir seine näheren Angaben über den 18. Juni doch nicht ohne weiteres übergehen.

Sabinus setzt auf diesen Tag wie jene erdichteten oder mit eigenen Zuthaten ausgestalteten Reden so das Angebot der Krone an Friedrich, dessen Ablehnung und die vorläufige Vereinigung für Karl, von der er das „ire in suffragium solenni more" scheidet. Wenn wir nun an den 18. vielleicht uns nicht unbedingt werden zu halten brauchen, so dürfen wir doch zum mindesten auch in seiner Darstellung einen Beleg dafür sehen, dass etwa 18.—20. Juni eine gewisse Voreinigung stattgefunden hat.

Für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Voreinigung am 18. oder sehr bald danach möchten wir auch nicht unerwähnt lassen, dass sich nach dem 18. nirgends eine Spur von weiterer persönlicher Bemühung Joachims bei den Kurfürsten findet; fortan wendet sich nur noch Bonnivet selbst und der päpstliche Gesandte an den Sachsen und Pfälzer, wie wir näher sehen werden.[122] Endlich teilt Baumgarten mit, Karl scheine schon am 25. Juni durch ein Schreiben des Erzbischofs von Mainz die Ge-

122. Eine Angabe des Leodius berichtet nicht von einer Entscheidung, nicht von einer Einung; aber für die Disputation oder auch die Reden, die in irgend einer Form doch gehalten sind, und in denen besonders der Trierer gegen Karl und für den Sachsen oder Pfälzer aufgetreten sein soll, giebt Leodius die Zeitbestimmung qui cum jam ad Francofurdiam convenissent ac de eligendo Rom. Rege inter se consultarent. Wenn man bedenkt, dass erst am 16. die letzten Gesandten kamen, welche auf Stimmrecht Anspruch erheben mochten, dass am 17. die Eidesleistung der Kurfürsten wie des Rats stattfand, kann sehr wohl auch bei Leodius für das Auftreten des Trierers an den 18. gedacht sein.

Digitized by Google

wissheit seiner Wahl erfahren zu haben.[123] Da wir aber für die Strecke Frankfurt-Barcelona doch mindestens 9 bis 10 Tage zur Beförderung annehmen müssten, fiele die Absendung auf den 15. oder 16. Juni. Albrecht hätte damals freilich nur nach seinem persönlichen Urteil berichtet.

Bei dem vorher erwähnten Angebot der Krone an Friedrich müssen wir noch etwas verweilen. Wenn die Datierung des Sabinus auf den 18. genau zutreffen sollte, was wir kaum glauben, so müsste das Angebot der Krone an diesem Tage erst zu späterer Stunde erfolgt sein. Denn am selben Tage will Kurfürst Joachim den Sachsen auch gebeten haben, für Franz einzutreten.[124] Sabinus sagt ja in der That, die Beratung über die Person des Erwählten habe bis in die tiefe Nacht gedauert (s. n. 121), wofür wir freilich sonst noch keine Parallelbelege haben. Da das Ersuchen Joachims vermutlich vor dem Angebot der Krone an Friedrich selbst liegt, ist die Bedenkzeit, wenn überhaupt, doch unabhängig von dem Angebot erbeten. Natürlich aber konnte Friedrich sich auch vor Ablauf der Bedenkzeit für Karl entscheiden. Seine ablehnende Haltung gegen die eigene Kandidatur ist bekannt, charakteristisch dafür noch folgende Ueberlieferung, die nach allgemeinem Urteil dem wahren Sachverhalt nahekommen mag. Sie berichtet ein Gespräch Friedrichs mit seinem Rat Philipp von Solms. Letzterer habe auf wiederholtes Drängen Friedrichs geäussert, zu einem Kaiser gehörten hauptsachlich zwei Dinge: Weisheit und Kraft; die erste habe der Kurfürst, aber er besitze nicht die Kraft, bei den unruhigen Verhätnissen des Reichs die von ihm verhängten Strafen mit dem nötigen Nachdrucke durchzuführen. Der Kurfürst habe entgegnet, das sei auch seine

123. Baumgarten, Gesch. Karls V, I. S. 161, leider ohne Quellenangabe.

124. DRA. I. N. 357.

Digitized by Google

Meinung, deswegen nehme er nicht an.[125] Dass unter denen, die ihn wählen wollten, auch der Pfälzer gewesen ist, müssen wir Spalatin glauben; Roesler meint daher gar, nur der Verzicht Friedrichs habe Ludwig von der Pfalz wieder Karls Partei ergreifen lassen. Nicht ohne Geschick setzt er auch nach dem Abschwenken Ludwigs von Karl zu Friedrich von Sachsen das heimliche Eindringen des Pfalzgrafen Friedrich nach Frankfurt an.[126]

Während der Vorverhandlungen sind nun eine Reihe von Bedenken aufgezeichnet, wen man wählen solle. Ob sie im Rate vorgetragen sind, wissen wir nicht. Sie finden sich in Weimar.[127] Eine Ueberschrift aus Spalatins Feder weist sie Kurfürst Albrecht zu. Er scheint sich zunächst — im Abdruck bis zu den Worten: „darumb ist von noten, das man einen hern habe, der geforcht“ — gegen die Wahl eines kleinen deutschen Fürsten gewendet zu haben. Keiner derselben habe das Vermögen, das erschöpfte Reich davon zu unterhalten; so könne ein solcher ihm auch keinen Frieden verschaffen und es werde nicht mächtiger. Den Plan, einen Tribut auf den gemeinen Mann zu legen, der auch bei dieser Gelegenheit besprochen sein muss, hält er für unausführbar, da schon die Fürsten kaum das nötigste hätten.[128] Selbst Fehden auch nur gleichmächtiger

125. DRA. I. S. 828, n. 1 nach Göbel, Beiträge zur Staatengeschichte Europas S. XIX. — Auf denselben Tag wie das Angebot brauchen wir darum die Entscheidung Friedrichs nicht mit Sabinus anzusetzen. Die weiteren Angebote des päpstlichen Gesandten und Bonnivets möchte ich mir später als das der Kurfürsten denken

126. Roesler S. 193. Dennoch lediglich aus Vermutung. Vgl. o. S. 322|3.

127. DRA. I. N. 378. Bedenken des Kardinals Albrecht über die Frage, wen man wählen solle. Kluckhohn zur Datierung: das Bedenken falle zwischen 17. und 27. Juni, „vielleicht wurde es erst bei der Vorberatung am 27. vorgetragen.“ S. u.

128. Die ganz kurze Notiz: ‚item von der fremden nation hilt‘

Digitized by Google

Fürsten könne ein kleiner deutscher Fürst nicht beilegen, geschweige denn dem Türken wehren. Die Städte aber würden sich unter einem machtlosen Herrn zu den Schweizern schlagen. Indem Albrecht dann auf die Wahl eines ausserdeutschen Herrschers weist, stellt er zunächst einige der späteren Wahlverschreibung und ihren Vorlagen sehr ähnliche Forderungen. Vor allem aber wird der Besitz von Geld, das eben die deutschen Fürsten nicht haben, verlangt, auch damit „der arm gemein man sonder merklich ursach und not nit mit aufsetzen und schatzungen uberladen und beswert werde, dann daraus wurde nichts guts folgen, allein ein buntschuch." Sodann soll der Erwählte Fried und Recht halten, die Kirche und das Reich „bei irem herkommen, herlickeiten und gerechtigkeiten hanthaben"; dasjenige, so vom Reiche abgezogen, wieder dazu bringen. Vor allem müsse er aber, wenn ein Fremder, wenigstens deutscher Herkunft sein, damit die Ehre von deutscher Nation nicht entwendet und — merkwürdig auch in diesem Zusammenhang wieder — der gemeine Mann durch Befriedigung seines Ehrgefühls von Empörungen abgehalten werde: ein deutliches Zeichen, dass sich in Frankfurt ebenso wie in Wesel der Einfluss der sozialen Bewegung geltend machte. Weiterhin sind die Bedenken deutlich gegen Franz gerichtet, so die ungünstige Schilderung des Hofes und der Regierung: „wie er ein Regiment hat mit Weibern, mit Kirchen (?), mit Aufsätzen, mit Haltung" (sic); dazu wird befürchtet, dass die französischen Beamten und Grossen auch die deutschen Fürsten drücken, der König selbst die Untergebenen belästigen, die Franzosen überhaupt die Weiber und Töchter der Deutschen nehmen würden. Für das Reich würde durch die Kriege gegen Spanien ungeheurer Schaden ent-

ist wohl dahin zu deuten, dass einer der deutschen Kleinfürsten doch vom Auslande Unterstützung bedürfen und sich von diesem abhängig machen würde.

Digitized by Google

stehen, und der östreichische Anhang insbesondere gerate in Gegensatz zum Reichsoberhaupt. — Diese Bedenken also waren vor der Wahl, vielleicht schon um den 20. Juni, wahrscheinlich aber etwas später, vorgetragen.

Sehr bald nach dem 20. wurde von den päpstlichen Gesandten, wie schon angedeutet, und ebenso von Bonnivet doch noch ein Versuch gemacht, Kurfürst Friedrich zur Wahl des Königs Franz oder zu eigener Annahme der Krone zu drängen, ja schliesslich wandte man sich mit einer letzten Bitte an den Pfälzer.

Friedrich hatte schon während seiner Reise mehrere Schreiben der päpstlichen Legaten erhalten,[129] die ihn aufforderten, einen Fürsten zu wählen, der dem heiligen Stuhl günstig sei, keinesfalls aber Karl. Dann hat, wie wir uns erinnern, am 19. oder 20. Juni der Trierer wohl dem französischen Wahlleiter und dieser den päpstlichen Gesandten mitgeteilt, es sei notwendig, sich für den Sachsen zu erklären. Wahrscheinlich auf solche Anregung ging es zurück, wenn am 21. der päpstliche Nuntius Erzbischof Orsini zugleich im Auftrag der französischen Botschaft — Orval und Guillart, nicht Bonnivet — und mit Kredenz beider Teile an Friedrich schrieb,[130] dass der Papst fünfmal und noch zuletzt am 7. Juni gebeten habe, einen der Kirche günstigen Herrscher zu wählen, und dass er ausdrücklich der in Deutschland verbreiteten Anschauung entgegentrete, als begünstige er seit dem Tode Lorenzos (4. Mai) nur Karl; vielmehr sei er, um dessen Wahl zu hindern, bereit,

129. DRA. I. N. 330. Friedrich an Orsini. Würzburg. 8. VI. Vgl. DRA. I. N. 224.

130. S. o. S. 338, A. 103. Orsini an Friedrich 21. VI. s. l. Wenn Orsini gerade auch im Namen Orvals und Guillarts schreibt, die in Coblenz weilten, so muss ihre Einwilligung ihm schon mehrere Tage früher gegeben sein. — Das Schriftstück war Baumgarten bei Abfassung seines Artikels: Die Politik Leos X. etc. nicht bekannt. F. z. d. G. 23, 366.

Digitized by Google

auch einen nur von drei Kurfürsten Erwählten zu bestätigen: nach Ulmanns treffendem Urteil wohl die stärkste Eigenmächtigkeit der Kurie in dieser Angelegenheit![131] Auf diese Erklärung Leos X. hin forderte Orsini den Kurfürsten nochmals auf, König Franz zu wählen; dafür solle er alle Zeit Gubernator desselben werden, und der Papst werde ihm gestatten, einen Kardinal zu ernennen, wie man ähnlich den Kölner durch einen Kardinalshut zu gewinnen suche. Halte er aber einen Erfolg des französischen Königs für ausgeschlossen, so entspreche er dem Wunsche des Papstes und der französischen Botschaft, wenn er selbst die Krone annehme. Beide würden ihn nicht verlassen, sondern kräftig unterstützen, er möge also trotz seines Alters die Krone nicht ablehnen.

Dann hat sich Bonnivet seinerseits an Friedrich gewandt, und wohl etwas später;[132] denn sein undatiertes

131. Dtsche. Ztschr. f. Gesch.-Wiss. XI, 107. — Wir konnten im Wesentlichen Ulmanns Vermutung anerkennen, dass die Erklärung Joachims, für Franz stimmen zu wollen, wenn dieser zwei Stimmen vor der seinen gewonnen, durch die Franzosen dem Papst mitgeteilt und die Anregung zum Breve vom 4. Mai geworden sei, wonach der durch drei Stimmen Erwählte von Leo bestätigt werden sollte. Man darf aber andererseits betonen, dass Leo eine Kandidatur Brandenburgs oder Sachsens, besonders die letztere, schon 23. Januar empfahl. (Medici an Cajetan, bei Nitti S. 149.)

132. DRA. I. N. 367. Anerbietungen Bonnivets an Friedrich für den Fall, dass dieser sich wählen lassen wolle. s. d. Kluckhohn setzt den Brief vermutungsweise auf den 24. Er bemerkt dazu, in diese Tage müsse das Angebot der Krone an Friedrich fallen. Vgl. o. S. 339 N. 110. Wir würden uns auch dies Schreiben eher am 22. entstanden denken. Wie a. a. O. ausgeführt, halten wir es nicht für nötig, das Angebot mit Sabinus auf den 18. zu setzen. Immerhin ist auch eine so frühe Datierung nicht unmöglich, da ja von den Franzosen und Joachim schon am 7. Juni neben andern auch Friedrich als dritter Kandidat genannt wird. s. o. S. 303. DRA. N. 326. Vgl. ausserdem N. 130.

Digitized by Google

Schreiben fasst eine Kandidatur des Königs Franz nicht mehr ins Auge, vielmehr nur die Friedrichs. Aber das Schreiben Bonnivets richtet nicht selbst an Friedrich die Bitte, die Krone anzunehmen, sondern scheint vorauszusetzen, dass das Angebot von anderer Seite gemacht ist, sei es, dass Bonnivet in Rüsselsheim von dem Antrag durch den Erzbischof von Orsini und die eigenen Kollegen wusste, oder (was uns wahrscheinlicher dünkt) vom Angebot durch die Kurfürsten. Das Schreiben ist wohl abgefasst, als Bonnivet über die Stellungnahme Friedrichs noch nichts wusste. — Der Gesandte stellte nun für den Fall, dass Friedrich die Krone anzunehmen beschlossen habe,[133] eine reichliche Pension des französischen Königs in Aussicht, wie er schreibt, „um Unruhen und das Vergiessen christlichen Blutes zu vermeiden", er bot ihm auch eine Barsumme für die Verwaltung des Reichs an und bat endlich, Antwort zu senden und inzwischen die Wahl ein wenig zu verschieben; in zwei Tagen würde das Geld geliefert sein. — Das Anerbieten hatte natürlich den Zweck, Bedenken Friedrichs über seine Machtlosigkeit, wie wir sie aus dem überlieferten Gespräch mit Graf Solms kennen, zu zerstreuen, aber ebenso ihn, wenn er angenommen hätte, unter französischem Einfluss zu halten. Möglicherweise war das Angebot Bonnivets auch Anlass zu den berührten Bedenken Albrechts. Wir deuteten jene abgerissene Notiz „item von der fremden Nation hilf" schon an sich dahin, dass einer der deutschen Fürsten doch von fremder Hülfe und damit fremdem Einfluss abhängig sein würde. Vielleicht hat Friedrich selbst Bonnivets Anerbietungen Albrecht mitgeteilt und dieser die Bedenken zunächst Friedrich zugesandt, um ihn in seinem Verzicht zu bestärken;

133. DRA. I. S. 827. Z. 32., dumtaxat si sua illustrissima celsitudo hoc onus et negocium acceptare voluerit; S. 828. Z. 1: si placuerit sue celsitudini hoc negocium sive hanc provinciam assumere. Vgl. S. 828, Z. 6.

Digitized by Google

übrigens würden sie darum doch auch im Rat ähnlich vorgetragen sein können. — Eine Antwort Friedrichs an den Legaten oder an Bonnivet ist uns nicht erhalten. Es genügt die sprechende Thatsache, dass er schliesslich, wie man weiss, alle Angebote ausgeschlagen hat.[134]

Am 24. Juni dankten dem Kurfürsten Friedrich die französischen Gesandten in Coblenz auch für seine Bemühungen, ihnen Geleit zu schaffen, und richteten von neuem an ihn die Bitte, da sie auf eine am 18. bei den Kurfürsten angebrachte Beschwerde über Abweisung durch den Rat noch nicht Bescheid erhalten hatten.[135] Die Kurfürsten antworteten dann am 25., dass sie selbst wie der Frankfurter Rat durch die vorgeschriebenen Eide verhindert seien, ihnen den Eintritt in die Stadt zu gewähren. Eine Antwort Friedrichs auf die neue Bitte vom 24. fehlt; auch ein Schreiben an Bazoges vom 25. über die französischen Heiratspläne ist anscheinend nicht abgesandt, da Friedrich am 9. Juli bemerkt, dass er bisher nicht geantwortet habe.[136]

134. Am 25. erhielt Friedrich auch ein Schreiben des englischen Gesandten Pace. (Inhaltsangabe anscheinend von sächsischer Seite DRA. I. N. 372.) Der Gesandte, welcher eingesehen hatte, dass er für einen Erfolg seines Königs zu spät gekommen sei (S. 836, Z. 27), sagte, er sehe, dass König Franz der deutschen Nation sehr zuwider, der spanische ihr sehr genehm sei; wenn aber, so fügte er doch hinzu, die Kurfürsten beide nicht wählen wollten, möchten sie ihre Stimmen auf König Heinrich vereinen, der jedem 50000—60000 fl. biete. Uebrigens erklärte Pace Heinrichs Zustimmung auch zur Wahl des Sachsen und betonte für Karls als seines Neffen Wahl sogar zweimal sein Einverständnis. Heinrich wolle vor allem, dass die Nation selbst seine Geneigtheit sehe; er nennt sie „hanc nobilissimam nationem, a qua semper auxilia paratissima habuit contra omnes hostes suos.

135. DRA. I. S. 830, A. 1, und N 368. S. schon N. 48 und weiter N. 138.

136. DRA. I. N. 374. Kurf. Friedrich an (Bazoges). Frankfurt. 25. VI.

Digitized by Google

Er beabsichtigte danach, nachdem er Tags zuvor seines Bruders Vollmacht für den Abschluss der spanischen Heirat erhalten hatte,[137] unter höflichen Wendungen die Absage seines Neffen wegen der französischen Heirat zu melden.

Vorher aber waren die französischen Gesandten einige Tage ohne Nachricht von Sachsen und der Gesamtheit der Kurfürsten gewesen. Wohl hatten sie durch Joachims Brief vom 18. erfahren, dass auch der Pfälzer ihnen nicht mehr ganz sicher sei. Doch mag ihnen auch — vom Trierer oder Brandenburger — mitgeteilt sein, dass Ludwig wenigstens für Friedrich mit eingetreten sei. Er konnte also wohl, so mochten sie urteilen, nicht mit ganzem Interesse für Karl sein. So machte Bonnivet am 24. und 26. Juni seine letzten Versuche, den Pfälzer wiederzugewinnen. Er beschwerte sich,[138] er fände es seltsam, dass Ludwig König Franz täuschen wolle, um den zu begünstigen, dessen Vorfahren sein Haus ruiniert hätten. Falls aber Furcht ihn bestimme, so könne er selbst sofort mit 7—8000 Landsknechten und 800 Reitern, die er bereit habe, zum Schutz herbeieilen; auch würde der König ihm jeglichen Schaden ersetzen. Sei eine grössere Macht nötig, so werde er der Armee des Königs, welche an der deutschen Grenze stehe, Befehl zum Einmarsch geben und auch über die Armee Sickingens verfügen können (was nicht zutraf). Es werde Ludwig den grössten Einfluss verschaffen, wenn durch seine Stimme Franz die Majorität erhalte, mindestens aber möge er gegen Karl für die Wahl eines Dritten eintreten. — Zur Gemahlin biete ihm der König, wenn er wieder in die Ehe treten wolle, eine seiner Schwestern mit 20—30000 Gulden Mitgift an (früher bot man nur eine Prinzessin von Navarra[139]); ihm selbst wolle er 200 Reiter

137. DRA. I. 369. Kf. Friedrich an Herz. Johann 24. VI.

138. DRA. I. N. 366. Bonnivet an den Pfalzgrafen. (24. VI.) Rucelsen = Rüsselsheim, nicht Rüdesheim (Mignet, S. 208), erwähnt Mignet S. 211.

Digitized by Google

mit einem Sold von je 10 fl. halten. Dazu versicherte Bonnivet jetzt, ihm die Siegel dreier Kurfürsten zeigen zu können, die sich für Franz verpflichtet hätten, wobei wir ausser Brandenburg und Trier höchstens an ein Siegel des Kölners denken könnten, wiewohl dieser einen Abschluss leugnete, oder an ein ganz altes Siegel des Mainzers vom Jahre 1517.[140]

Der Pfälzer muss — nach der zweiten Bitte Bonnivets (etwa vom 26.) zu urteilen[141] — auf alle diese Bemerkungen dem Boten zu verstehen gegeben haben, die französischen Wahlleiter trügen selbst Schuld, wenn Franz nicht zum Ziele gelange, wie sie denn ihm fälschlich versichert hätten,[142] dass König Franz Böhmens und Sachsens (natürlich als dritter und vierter Stimme neben Brandenburg und Trier) gewiss sei. — Bonnivet gab im neuen Schreiben nur zu, dem pfälzischen Kanzler mitgeteilt zu haben,[143] dass Polen Geld genommen und seine Stimme zugesagt habe (s. o. S. 282 und 294); er habe auch früher dem Kanzler nur drei Siegel gezeigt. Im übrigen bot er nochmals den Schutz der französischen Armee an und wiederholte aufs eindringlichste die Bitte Franz zu wählen; halte Ludwig mit dem Trierer und Brandenburger sein Versprechen, so

139. Am 9. Mai. S. o. S. 179. DRA. I. S. 620, A. 2.

140. Auch etwa an ein Siegel des Mainzers auf jenen Artikeln, die er dem Bruder anvertraut hatte, obwohl nur überliefert ist, dass sie unterzeichnet waren. S. o. S. 37. N. 56. Le Glay II, 330.

141. DRA. I. N. 377. Bonnivet an den Pfalzgrafen s. d. Rucelsen, Rüsselsheim. (Nach Kluckhohn vom 26. oder 25.)

142. Dies muss am 9. V. in Verganville oder am 22. V. in Coblenz geschehen sein. S. o. S. 179.

143. Wohl auch am 9. V., s. vor. Anm. Am 2. V. zeigten Bonnivet und Guillart aus Luneville den Gesandten in Polen an, dass sie das erbetene Geld ihnen über Venedig zukommen liessen. DRA. N. 267. Das war also kurz vor der Abreise zur Zusammenkunft mit dem Pfälzer Kanzler.

Digitized by Google

werde Sachsen zweifellos folgen. Die Angabe zeigt zugleich deutlich, dass damals die Franzosen auf die Kölner Stimme nicht mehr rechneten. Aber auch die Worte über einen Anschluss des Sachsen waren wohl nur Gerede; denn hätte dieser, was ja an sich so gut wie ausgeschlossen erscheint, die Werbung vom 21. irgendwie günstig beantwortet, so würde dies in Bonnivets Brief an Ludwig viel stärker hervortreten. Auffallen aber mag an dieser letzten Werbung vom 26. Juni, dass den französischen Wahlleitern nun wieder die sächsische Stimme als vierte nötig schien.

Vielleicht hing dies damit zusammen, dass die päpstlichen Legaten, die noch am 21. Juni durch die Beförderung der Kandidatur Friedrichs das französische Uebergewicht zu wahren gesucht hatten, nun doch am 24. plötzlich für Karl eintraten. Aber nicht sie haben in Erwägung der Dinge in Frankfurt aus eigener Initiative sich der Mehrheit der Kurfürsten angepasst, wie man bisher annahm, sondern die Kurie selbst hatte in letzter Stunde noch eine Spanien freundliche Stellung einzunehmen beliebt. Nitti hat uns gelehrt, dass am 17. Juni zwischen Karls Bevollmächtigtem in Rom, Caroz, und dem Papst ein Vertrag zustande kam, durch welchen Leo X. den spanischen König von dem Verbot wegen der neapolitanischen Krone dispensierte.[144] Nach Mainz an die Legaten in Deutschland ist diese Kunde, wie Pace angiebt, am 23. Juni gekommen.[145] So teilten denn die Legaten am

144. Nitti, Leone X e la sua politica S. 212. Nitti fand den Vertrag im Staatsarchiv zu Florenz. Vielleicht hatten Einfluss auf das Zustandekommen jene äusserst schroffen Aeusserungen des Mainzers vom 7./8. VI., die ein Brief vom 8. aus Deutschland nach Italien meldete, und die Minio am 21. VI. wiedergiebt (s. o. S. 306/7. DRA. I. S. 767, A. 1.) Vom 8. zum 17. bleiben 9 Tage Spielraum, und Orsini erwähnt eine Beförderung vom 7. zum 14. Juni. (Ebenda S. 828, Z. 23.)

145. DRA. I. S. 832, A. 2. Das Schreiben muss also sogar in nur reichlich 6 Tagen befördert sein.

Digitized by Google

24. Juni im Auftrage des Papstes mit, Leo wolle keinen Anlass zu Unruhen und Kriegen geben; aus Friedensliebe und in der Hoffnung, dass die Uneinigkeit mit dem katholischen König zur Beilegung kommen und derselbe der beste Sohn und Verteidiger der Kirche sein werde, lasse er die Kurfürsten wissen, dass sie wegen der Rechte des römischen Stuhls in Neapel nicht von der Wahl des katholischen Königs abstehen sollten.[146] Somit war auch die Haltung des Papstes kein Hindernis mehr für die Wahl Karls. Die Kurfürsten antworteten am 25., sie würden einen König wählen, der dem römischen Stuhl und der Kirche nützlich sein würde, und baten um Uebermittelung ihres Dankes.[147]

Bis zu diesen Tagen dürfte auch die Beratung der Wahlverschreibung hinreichend gefördert worden sein, da ja Albrecht am 18. sogar meinte, es würde sich in drei Tagen über die Artikel viel reden lassen.[148] Daneben haben wir die überlieferten Ereignisse mit der letzten Bitte Bonnivets an den Pfälzer schon bis zum 26. verfolgt, also bis unmittelbar vor den 27. Juni, der am 17. für die Wahl in Aussicht genommen war. Diese ist aber dennoch

146. DRA. I. N. 370. Der päpstliche Legat Cajetan und der Nuntius Caracciolo an die Kurfürsten. Mainz 24. VI. Betreffs der Haltung des Papstes in den letzten Wochen vorher betont Ulmann, dass auch im Mai und Juni Leo in Wahrheit sich zu einem Dritten hielt (D. Zschr. f. Gesch.-Wiss. XI, S. 105), während Nitti die Wendung der Politik Ende April angesetzt habe. So kann es allerdings scheinen nach Nitti S. 146, aber auch Nitti sagt S. 200: Tuttavia a la metà di aprile Leone non aveva ancora perduta del tutto la speranza che un altro principe di Germania potesse essero encora eletto. Vgl. S. 201. A. Der spanische Gesandte, der über Leos Haltung Beschwerde führen sollte, kam ja erst 30. IV. nach Rom. (Nitti S. 208.)

147. DRA. I. 833, A. 1.

148. S. o. S. 336. DRA. N. 359.

Digitized by Google

am 27. wieder „auf den folgenden Tag oder, wenn es nötig sein würde, bis ans Ende der durch die goldene Bulle zugestandenen dreissig Tage“ verschoben,[149] dann allerdings doch gleich am 28. vollzogen. Die Gründe für den schliesslich doch nur kurzen Aufschub müssen wir durch genaue Interpretation der vorliegenden Angaben zu erkennen suchen.

Die Frage ist um so interessanter, als Waitz[150] noch annahm, die Kurfürsten seien auseinander gegangen, weil sie sich nicht hätten einigen können, während Roesler[151] den durch die Vorbemerkung des Protokolls bezeugten Aufenthalt im Konklave der Bartholomäuskirche vom 27. Juni als eine Probewahl auffasst, die zweifellos für Karl ausgefallen sei, übrigens auch im Plane der Kurfürsten gelegen habe. Beide Ansichten über die Meinungen der Kurfürsten und die Annahme einer Probewahl überhaupt sind unbegründet. Diese Deutungen verbinden nicht richtig, was bei Goldast[152] in jener Vorbemerkung nicht weit getrennt, bei Kluckhohn freilich an verschiedenen Stellen gedruckt ist.[153] Dagegen ist die Auslegung heute durch den Vergleich mit der Frankfurter Aufzeichnung weniger schwierig.

In dem Protokoll wird zuerst eine neue Eidesleistung der Böhmen erwähnt (vgl. o. S. 325), die in der libraria der Bartholomäuskirche stattgefunden haben soll. Sodann heisst es, im selben Konklave hätten die Kurfürsten beschlossen, die Wahl (wie oben angegeben) bis zum nächsten Tage oder, wenn nötig, noch länger aufzuschieben.[154] Endlich

149. DRA. I. S. 849, A. 2. Goldast, Reichshändel, S. 40: Vorbemerkung zum Wahlprotokoll vom 28. VI. Die Festsetzung der Wahl auch in der Frankfurter Aufzeichnung DRA. S. 847, Z. 2. Rixner ebenda S. 846, A. 1.

150. S. o. bei N. 120

151. Roesler S. 202.

152. Goldast, Reichshändel S. 40.

153. DRA. S. 816, A. 2 und 849, A. 2.

Digitized by Google

sagt die Vorbemerkung, gewissermassen als wolle sie einen andern Akt nicht ganz verschweigen; „Item es ist uf obgemeltem sieben und zwanzigsten tag junii auch ein mess zu sankt Bartholomes im beisein der churfursten und irer botschaften in iren churfurstlichen zierde und kleidung gesungen worden". Die erwähnte Messe hat nach Roesler jener Probewahl die rechte Weihe geben sollen. Der Bericht der Frankfurter Aufzeichnung belehrt uns eines besseren.[155] Dort wird die Messe sehr viel ausführlicher beschrieben. Und erst auf die Messe folgt nach der Stadtaufzeichnung der Aufenthalt im Konklave, wie es heisst „im Capittelhus".[156] Wir bemerkten, dass die Worte im Protokoll wie eine nachträgliche Erwähnung erscheinen; somit ist auch nach dem Protokoll die Ansetzung der Messe vor dem Eide im Konklave möglich. Noch ein Unterschied ist vorhanden: nach dem Protokoll wurde die Messe in der Bartholomäikirche, nach der Stadtaufzeichnung „in der Michelskirchen gesüngen"; der Widerspruch gleicht sich aber leicht aus; die Michaelskapelle war die Kirchhofskapelle der Bartholomäuskirche.[157] Die Messe wird daher

154. DRA. I. 850, Z. 31. Et insuper in eodem conclavi protestarunt principes electores, quod continuarent et prorogarent diem electionis usque in crastinum et deinceps, si opus fuerit, usque in finem triginta dierum ipsis in bulla aurea concessarum.

155. DRA. I. S. 846, Z. 11 ff.

156. libraria, conclave, capittelhus ist dasselbe. Denn nach dem Protokoll selbst gingen am 28. die Kurfürsten: in das gewonlich conclave gemelter kirchen, das zu nachfolgender sachen zu gebrauchen gewonlich ist, sonst liberaria genannt. (DRA. I. S. 850, Z. 6.) — Denselben Akt der Wahl verlegt die städtische Schilderung der Dinge vom 28. in das „capittelhus" (S. 847, Z. 37); ebendahin verlegt sie die Zusammenkunft vom 27.; also die Berichte stimmen überein.

157. Baldemars von Peterweil Beschreibung von Frankfurt. Hrsgeg. v. Nathusius-Neinstedt im Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. 3. Folge 5. Bd. 1896. S. 27 der Uebersetzung: „Die

Digitized by Google

wohl in der Michaelskirche gesungen sein, da diese Angabe als die genauere den Vorzug verdient, auch weil der Stadtschreiber hierüber leicht unterrichtet sein konnte, das Protokoll aber, wenigstens die Vorbemerkung, von einem kurfürstlichen, also fremden Rate verfasst sein kann, der allein den Namen der Bartholomäuskirche wusste. Wer aber dennoch versucht ist, zwei verschiedene Messen anzunehmen, wird sich von der Identität überzeugen, wenn wir die Stadtaufzeichnung ausführlich über Vorgang und Personen reden lassen. — Um 8 Uhr morgens erschienen „die churfursten mitsampt der botschaft zu Behem“ vor der Michaelskirche in kurfürstlicher Kleidung „mit iren kappen und bireten als schon mit Hermele gefutert usgescheiden der Behem, der war in einem gulden Stuck u. s. w.“ Jeglichem Kurfürsten wurde, „als die samentlich vom Romer in die Kirchen geritten“, sein Schwert vorgetragen von Herren, die einzeln benannt werden. Diese traten ihnen dann alle gegenüber, die Kurfürsten gingen zum Opfer; die Marschälle standen vor der Thüre und liessen ein, wen sie Befehl hatten, doch auch viel unnütz Volk. Nach der Messe gingen die Kurfürsten und der Böhme ins Kapitelhaus, wo eben von dem letzteren der Eid geleistet wurde. Sie blieben dort eine gute Zeit und ritten wieder nach Hause. — Wenn wir nun die Namen der Schwertträger mustern, so ist für jeden Kurfürsten einer genannt, doch nicht für den Böhmen. Man könnte meinen, dass ihm, weil er nur Vertreter eines Kurfürsten war, das Kurschwert nicht gegeben wäre; natürlicher aber ist, da seine erneute Eidesleistung folgte,

Drehergasse, von der Schmiedegasse und dem Brunnen, genannt Lumpenbrunnen, bis an die nach Westen und Norden sehende Ecke der St. Michaels-Kapelle des Kirchhofs der genannten St. Bartholomäuskirche.“ Zu unserer Zeit unterstand sie in jeder Beziehung der Bartholomäuskirche. Vgl. Die Baudenkmäler in Frankfurt a. M. von Dr. C. Wolf und Dr. C. Jung.

Digitized by Google

die Annahme, dass es ihm verweigert ist, weil er den Eid noch nicht in gültiger Formel geleistet hatte. Die Messe aber wird eben zur würdigen Vorbereitung für die Eidesleistung gehalten sein, wie vor der Eidesleistung der Kurfürsten am 17. die heilige Geistmesse. Der böhmische Kanzler Ladislaus von Sternberg schwur nunmehr, wie am 18. festgesetzt war (o. S. 325); es fielen in der Formel die Worte weg: „durch den glauben oder traue, damit ich Gott und dem heiligen Rom. reich verstrickt und verbunden bin."[158] Da also das Protokoll angiebt, dass im Konklave vom 27. der Eid des Böhmen und der Aufschub der Wahl stattfand, so dürfen wir doch nicht willkürlich unterlegen, dass es einen sehr viel wichtigeren Akt, wie es eine Probewahl wäre, verschwiegen hätte. Es fragt sich nur: würde etwa für eine letzte Erörterung der Person des zu Wählenden noch Zeit geblieben sein?[159] Es sollen ja allerdings nach der Frankfurter Aufzeichnung die Kurfürsten im Konklave „ein gute Zeit" geblieben sein, nach der Wiener Aufzeichnung[160] bis zehn oder elf Uhr. Davon zurück muss man Zeit rechnen für die Anordnung in der Kirche und die Messe. Da zudem die Grafen und viel Volk eingelassen wurde, dürfte dies schon eine Stunde in Anpruch genommen haben. Sodann wird auf das Eintreten ins Kapitelhaus, den Eid des Böhmen, die Prorogation des Wahltags, die mit einiger Erörterung doch verbunden war, wieder etwa eine Stunde zu rechnen zein. Da nun die Kurfürsten um acht Uhr, eher etwas später, in der Kirche erschienen,[161]

158. DRA. I. S. 816, A. 1.

159. S. o. bei n. 127.

160. DRA. S. 846, A. 2. Vgl. oben n. 70.

161. Frankf. Aufz.: DRA. S. 846, Z. 13. Wiener Aufz. S. 846, A. 1: weil auf dem Römer bei den Kurfürsten sich „etwas Irrung" zugetragen, blieben sie dort „bis acht Uhr". — Also wären danach die Kurfürsten erst n a c h acht Uhr vor der Kirche erschienen. Für die an sich kleine Bewegung des Zuges konnte einige Verzögerung doch

Digitized by Google

so blieb wenig Zeit für eine Erörterung über die Person des zu wählenden.

Wenn demnach die Annahme einer Probewahl nichtig ist, so mag uns doch die hiermit ebenfalls hinfällige Behauptung Roeslers, die Probewahl habe sogar im Plane der Kurfürsten gelegen, zu einer genaueren Prüfung anregen, wann und wie der Gedanke an einen weiteren Aufschub wohl wirklich entstand.

Dabei helfen uns die Frankfurter Bemerkungen über Anfragen des Rats bei den Kurfürsten, wann das Sturmläuten stattzufinden habe, das während der Wahlceremonie üblich war, um jeden Bürger an seinen Platz auf der Mauer zu rufen.[162] Am Sonntag, den 26. Juni abends, hatte der Mainzer durch den Domdechant, Friedrich der Weise durch Graf Ulrich von Pappenheim sagen lassen, dass die Kurfürsten am 27. Juni um 6 Uhr morgens auf dem Rathaus, um 7 Uhr in der Kirche erscheinen wollten, um eine Messe vom heiligen Geist zu hören; man solle die Kirche bestellen wie am 17. Wir wissen, dass die Messe dem Eid des Böhmen vorherging. Aber auf die Frage des Bürgermeisters, ob geläutet werden solle, antwortete Pappenheim, „er konne davon nit sagen, das man nit lude, man hab dan morgen zu 6 uhren von den fursten bescheit." Also, wenn zwar nicht wahrscheinlich, möglich schien Pappenheim die Vornahme der Wahl am 27. doch selbst noch Tags zuvor. Der Bürgermeister, welcher am 26. abends noch in den Mainzischen Hof ging, erhielt dort keinen andern Bescheid.

Am nächsten Morgen war der Stadtrat um 6 Uhr versammelt und liess durch einen Schöffen und den Stadt-

dadurch entstehen, dass Kurfürst Friedrich der Weise an den Füssen litt, worüber er gerade in diesen Tagen klagt. Vgl. DRA. S. 798, Z. 10 vom 16. VI. mein füsz ist ganz ibel zu fride, dan ich lasse ime wenig ruhe.

162. DRA. I. S, 845—46.

Digitized by Google

schreiber beim Mainzer von neuem anfragen, ob die Wahl an diesem Tage (27.) vor sich gehen, ob geläutet werden sollte, und wieviel Herren für jeden Kurfürsten in die Kirche gelassen werden sollten. Der Kardinal anwortete am 27. gegen 6 Uhr morgens: dieser Tag sei angesetzt zur Wahl, er wisse aber nicht, „ob es ein furgang gewinn;“ er wollte die Frage bei den Mitkurfürsten vorbringen und Antwort geben. Von der Antwort, die durch den Dechanten gegeben wurde, verzeichnet das städtische Aktenstück: Die Kurfürsten wollten selbst den Einlass des Gefolges in den Chor durch ihre Marschälle überwachen lassen; und weiter heisst es: „es si on noit zu luden.“ Damit war angedeutet, dass an diesem Tage die Wahl nicht stattfinde, doch nicht angesagt, dass die Wahl am Tage darauf vorgenommen würde.

Fest steht also: am Abend des 26. erscheint die Wahl zum 27. noch möglich; am 27. morgens um 6 Uhr aber, noch vor Rücksprache mit den Kurfürten, zweifelt Albrecht bereits am Zustandekommen für diesen Tag und schiebt die Entscheidnng den Kurfürsten zu; diese wieder lassen von einem Aufschub etwas sagen, noch nichts von der endgültigen Festsetzung.

Gegen die Ansage Pappenheims erschienen nun die Kurfürsten nicht um sieben, sondern erst um acht Uhr in der Kirche. Es muss aber dem Rate betreffs des Sturmläutens u. s. w. wohl bald Bescheid gegeben sein, da ja auf sieben Uhr anfänglich die Messe angesetzt war. Warum blieben nun die Kurfürsten doch bis acht Uhr auf dem Römer? Eine gewisse Verzögerung mag die Anfrage des Rats und der Entscheid darauf beansprucht haben. Nach dem späteren Beschlusse vom Vormittag zu urteilen, wird man auch wohl erörtert haben, um wieviel die Wahl zu verschieben sei; schlüssig ward man jedenfalls auch morgens schon, dass ein Aufschub stattfinden solle, wofür wir dann weiter nach dem Grunde suchen müssen. Ferner ward

Digitized by Google

entschieden, dass man selbst den Einlass des Gefolges überwachen wolle; es liegt nahe zu vermuten, dass die Kurfürsten auch gleich feststellten, wer alles einzulassen sei. Dies könnten etwa einige Ursachen sein, aus welchen, wie die Wiener Aufzeichnung berichtet, auf dem Römer sich damals „etwas Irrung“ zutrug und die Verzögerung entstand.[163] Sonst eine wesentliche Beratung in Sachen der Wahl für den Morgen des 27. anzunehmen, wird durch keine zeitgenössische Angabe empfohlen.

Um nun aber zu einer Begründung des am 27. stattgehabten Aufschubs selbst zu kommen, erinnern wir uns des weiteren Verlaufes. Es folgte die Messe, dann im Konklave der Eid des Böhmen, Verhandlung über den Aufschub und endlich Aufzeichnung des Beschlusses, den wir kennen. Das Ergebnis am 27. war jedoch immer nur — der Aufschub auf morgen *oder* später, *nicht* eine für *alle* Fälle schon gültige Festsetzung des Wahltages. Für *welchen* Fall also galt das Datum des 28.? —

Vom Konklave begaben sich die Kurfürsten nach Hause. Dann aber hat doch ebenfalls noch am 27. der Mainzer angezeigt, dass am 28. Juni um sieben Uhr die Wahl stattfinden solle. Es ist dies in der Stadtaufzeichnung *nach* der Angabe berichtet, dass die Kurfürsten nach Hause ritten, aber am Beginn eines neuen Absatzes; und die Eröffnung ist wohl nicht unmittelbar nach der Beratung im Konklave gemacht, vielleicht erst am Nachmittage.[164] Auch enthält die Anzeige nicht den ganzen

163. S. o. n. 161. Man kann weiter auch vermuten, wenngleich keine bestimmte Stelle des Berichts dazu Anlass giebt, dass Etikettenstreitigkeiten statthatten, etwa über die Ordnung bei der Messe, oder über den Platz für den Vertreter Böhmens, den die Kurfürsten vielleicht an letzter Stelle wünschten, während er, wenn die folgende Messe eben wegen seiner Eidesleistung stattfand, einen hervorragenden Platz beanspruchen mochte.

164. DRA. I. S. 847 Z. 1 ff. „*Uf denselben tag*

Digitized by Google

Beschluss, sie verschweigt, dass die Wahl nötigenfalls länger verschoben werden könne. Thatsächlich wurde aber die Wahl doch am 28. vorgenommen, also war eine Nötigung zu neuem Aufschub nachträglich nicht eingetreten. Welcher Umstand konnte nun wohl anfänglich eine Nötigung für den Aufschub am 27. gewesen sein, aber nach Annahme der Kurfürsten vermutlich schon am 28. nicht mehr, und vielleicht doch an diesem Tage — oder sogar auch später noch – ein Hindernis für die Wahl bilden?

War es etwa wirklich noch ein Streit, ob Karl, Franz oder Friedrich zu wählen sei, wie Waitz in Verlegenheit annahm?[165] Wir glauben mit Roesler, dass die Mehrzahl der Kurfürsten längst für Karl einig war. — Alle Quellen schweigen bis auf den vielgeschmähten Sabinus, den wir aber eben als benutzbar noch ansehen müssen. Er sagt, wie erwähnt (s. n. 117): „. . . fuit igitur de conditionibus illis postea per aliquot dies non minus contentionis, quae praescriptae et Moguntiam ad legatos missae, cum essent receptae, dies constituitur eundi in suffragium solenni more.“ „..Als die nach Mainz gesandten Artikel wieder zur Stelle waren, wurde der Tag für die feierliche Wahl bestimmt.“

Könnte eine Angabe besser passen? Weil die Artikel noch nicht eingetroffen waren, wird am 26. Juni abends der Mainzer gezweifelt haben, ob die Wahl stattfinde; als die Artikel auch am Morgen des 27. noch ausstanden, verschob man die Wahl; und weil man am Vormittag geglaubt haben wird, die Artikel würden am selben Tage

hat u. g. h. von Menz her Marten von Husestam, ritter, schultess zu erkennen geben, ir cf. g. wurden morgen dinstags ein konig erwelen.“ . . . Wäre die Mitteilung sogleich im Anschluss an die Beratung erfolgt, dann hätte m. E. der Stadtschreiber bemerkt: danach . . hat u. g. H. v. Mainz . . zu erkennen gegeben.

165. Ihm waren die Angaben der Stadtaufzeichnung unbekannt.

Digitized by Google

noch kommen, indes gleichzeitig mit der Möglichkeit rechnete, dass sie auch ausbleiben könnten, so verschob man die Wahl zunächst nur einen Tag, aber für den Fall, dass es nötig wäre, auf längere Zeit. Dann, werden wir anzunehmen haben, sind am Nachmittag des 27. die Artikel den Kurfürsten wieder eingehändigt, und ebendeshalb konnte vom Mainzer nunmehr ein bestimmter Termin genannt werden. Wären aber die Artikel früher gekommen, so wäre die Wahl wohl am ehedem festgesetzten Termin, nämlich am 27., vollzogen. Der Eingang der Artikel beseitigte das letzte Bedenken, zur Wahl zu schreiten, deren Ausgang an sich, wie erwähnt, kaum noch zweifelhaft war. Sabinus lehrt uns eben, dass die Artikel v o r der Entscheidung den Kommissaren Karls vorgelegt sind, die auch ihrerseits nach der Angabe von Pace (s. o. n. 115) vor der Wahl sich zur Verhandlung bevollmächtigt erklärt hatten.

Welche Fassung der Artikel, oder sagen wir jetzt der Wahlverschreibung, ihnen gesandt ist, werden wir uns im Schlusskapitel zu erkennen bemühen. Betrachten wir zunächst den Wahlakt selbst, der nun endgültig für den 28. Juni vorbereitet war.[166]

An hundert fremde Kriegsknechte wurden morgens fünf Uhr auf den Kirchhof gestellt, von sechs bis sieben Uhr die Sturmglocke geläutet, während die Kurfürsten sich um sechs Uhr auf dem Römer versammelten. Das Volk war zur Fürbitte ermahnt. Schon vor der festgesetzten Zeit erschienen die Kurfürsten im Ornat vor der Kirchthüre, die noch verschlossen war. Während einer Messe, die wiederum dem feierlichen Akt vorausging, waren bei den Kurfürsten ausser dem böhmischen Stimmführer Ladislaus von Sternberg auch die übrigen böhmischen Gesandten, ferner die Gesandten des Polenkönigs und Markgraf Georg als Abgesandter Ludwigs von Ungarn

166. DRA. I. S. 847. Frankfurter Stadtaufzeichnung.

Digitized by Google

und Böhmen, Die Schwertträger, welche am vorigen Tage die Kurfürsten begleiteten, werden zwar nicht genannt, waren aber wohl zugegen, da sich die Anwesenheit des Bischofs von Brandenburg[167] und noch zweier brandenburgischer Herren erkennen lässt. Im Chor der Bartholomäuskirche rief nun Kurfürst Joachim einen der Anwesenden zwischen sieben und acht Uhr an seinen verordneten Stuhl und redete im Beisein des Marschalls Flauss und des Rats Pfuhl: „ich protestir, das ich disse waele aus rechter forcht thue und nicht aus rechtem wissen und bitt mir ein instrument darüber zu machen."[168] Joachim wird eben gewusst haben, wie das Stimmenverhältnis lag, und, um nicht den Groll des Königs auf sich zu ziehen, sich gezwungen gesehen haben, der Majorität beizutreten. Nur um sich vor Franz I., den er nun doch im Stich liess, zu rechtfertigen, beschaffte er sich schon vor der Wahl das Instrument.

Nach der Messe begaben sich die Kurfürsten und der Böhme in das Kapitelhaus, wo sie nach der Frankfurter Aufzeichnung eine gute Weile blieben und „nachfolgend" zwei Notare und fünf Zeugen forderten.[169] Vor ihnen wurde dann protestiert, d. h. öffentlich schriftlich bekundet: „ob sie der wale eins Romischen konigs nit alle einmutiglich eins wurden oder werden mochten, so solten doch majora

167. DRA. I. S. 847, Z. 35.

168. DRA. I. N. 381. Erklärung des Kurfürsten Joachim über seine Teilnahme an der Wahl. 28. VI. Der unbekannte Verfasser schliesst: „Daruf hab ich in solcher protestacion die obgenanten zugen geaischen."

169. DRA. I. N. 379. Frankf. Aufz. N. 380. Wahlprotokoll. — Die Zeugen stellten nach dem Protokoll die Kurfürsten ausser Trier; nach Rixner (DRA. I. S. 847, A. 1) bewachte der im Protokoll als Zeuge genannte Dechant von Mainz die Thür der Wahlkammer und zwar über $^1/_2$ Stunde. Vielleicht irrt Rixner und ein Trierer Beamter hielt die Wacht.

Digitized by Google

vota gelten, gehalten und geacht werden und die wale nit daweniger eindrechtig gescheen sein, verkundet und publicirt werden“ u. s. w.[170] Darauf wurden Notare und Zeugen entlassen, und die Wähler bedachten sich „ein kurz“. Es dauerte in der That nur kurze Zeit und kann sich wohl nur um Formalien gehandelt haben. Denn obwohl hierauf noch abgestimmt und die Publikation schriftlich aufgesetzt wurde, dauerte es alles in allem von $8^1/_4$—9 Uhr.[171] Nach der kurzen Bedenkzeit rief man die Notare und Zeugen wieder herein. Dann fragte der Erzbischof von Mainz zuerst den Trierer, wem er seine Stimme geben wolle; dieser stimmte wie danach alle andern für Karl: er wie Joachim von Brandenburg freilich wohl nur, weil sie nicht ohne Not gegen Karl auftreten wollten, wenn er doch zum Ziele gelangen musste. Zuletzt wurde der Mainzer gefragt.[172] Ihm ward von den übrigen auch Auftrag gegeben, Karl zum römischen König und künftigen Kaiser „von irer aller wegen einmutiglich zu benennen und zu erwelen, den auch also zu pronunciren und zu publicirn.“[173] Der Erzbischof liess darauf im Konklave vor Zeugen und Notaren schriftlich aufsetzen, was wir im folgenden wiedergeben, weil danach um so leichter zu erkennen ist, wieviel bezw. wie wenig Zeit von den drei Viertelstunden zu einem kurzen Bedenken übrig blieb, auch wenn die Skriptur zum guten Teile vorbereitet war. Die Publikationsurkunde lautete:

„Wir Albrecht, cardinal, erzbischove zu Meinz und churfurst etc.: in craft der gewalt uns von andern unsern mitchurfursten und irer geschickten botschaften gegeben

170. DRA. I. S. 850, Z. 10. u. sonst häufig.

171. Nach der Wiener Aufzeichnung. Daselbst S. 858, Z. 30ff.

172. Nach dem Protokoll: von allen Kurfürsten (DRA. I. S. 851, Z. 4); nach der Wiener Aufzeichnung: vom Kurfürst von Sachsen als dem Marschall. S. 851, A.

173. DRA. S. 851, Z. 14.

Digitized by Google

und zugestelt, zu lob und ere dem almechtigen Gott, seiner mutter Marien und aller heiligen, auch zu nutz, wolfart und merung des heiligen Romischen reichs und gemeiner cristenheit, der sachen itzo gehandelt und bedacht wurde, von unser selbs wegen, auch in namen und us bevelch anderer unser mitchurfursten und irer geschickten botschaften, in namen der heiligen drivaltigkeit nennen, erwelen', verkunden und denunciirn wir den allerdurchleuchtigsten, grossmechtigsten fursten und herren, herrn Careln, konig zu Hispanien und Neapolis, erzherzogen zu Osterreich etc., in dem wir einmutiglich bewilligt und unser vota, wale und chur gegeben und dirigirt haben, zu Rom. Konig und kunftigem kaiser zu erheben, der auch geschickt ist, dem heiligen Romischen reich und gemeiner cristenheit heilsamlich vorzusein und die heiligen Rom. kirchen und unsern heiligsten vatter den bapst zu schutzen und zu schirmen, den wir auch aus vorangezeigtem gewalt Romischen konig ernennen, pronunciiren und hiemit craft diesz briefs in aller besten form publicirn."

Danach gingen die Kurfürsten auf den Lettner der Kirche, und der Domdechant zu Mainz verkündete in wenigen Sätzen die einmütige Wahl des Herrn Karl, Erzherzog zu Oestreich, König zu Hispanien. Die Spieler des Brandenburgers und Pfälzers „stiessen in die Trompeten und pfiffen; es ward ein Tedeum gesungen und in die Orgel gespielt." Während dessen gingen die Kurfürsten wieder vor den Altar und standen dort, bis der Gesang aus war. Dazu ward mit allen Glocken geläutet und von allen „thornen burgen", d. i. (nach Kluckhohn) mit einem Turme versehenen Burgen geschossen.

Die Kurfürsten sandten dann bald nach der Wahl,[174] nach der Wiener Aufzeichnung freilich erst um ein Uhr,

174. DRA. I. S. 849, A. 1 nach Goldast Reichshändel, S. 42.

Digitized by Google

den Kommissaren eine Botschaft von acht Mitgliedern, welche denselben die Wahl verkünden und zugleich anzeigen sollte, dass die Kurfürsten sie, „wo ir bevelh stunde, deshalb wither der notdurft zu handelen," erwarten und sich gegen Ko. Mt. aller Gebühr nach gehorsam erzeigen wollten. Schon vorher hatten aber wohl Georg von Emershofen als erster, der 800 Gl. erhielt, und einige andere die Kunde nach Höchst überbracht. So kamen denn bereits am Mittag ein Teil der Kommissare, die übrigen am nächsten Tage um drei Uhr nach Frankfurt und wurden von den Kurfürsten auf den Römer gebeten.[175] Als man „nach vielem gebreng und umbwechseln umb die Sitze" endlich jeder seinen Platz gefunden, hielt der Kurfürst von Brandenburg im Auftrag der andern Kurfürsten „eine wolgeblumpte, lang red mit keiner sparung der warheit, eren und aller notdurft", wünschte viel Glück und Ehren und versicherte, sie alle wären, was sie seiner königl. Gnaden zu gefallen, auch dem heiligen Reich zu Nutz zu leisten vermöchten, zu thun erbötig. Dann schied man nach kurzem Dank in die Herberge.[176]

In Frankfurt aber war alle Welt, jung und alt, arm und reich, über die Wahl hoch erfreut; „das gemein Schrei durch alle Zungen jung und alt nit anders was wan: Carolli, Carolli" . . „dazu ward das Getöne mit Pfeifen, Pauken, Posaunen und allerhand Saitenspiel weder auf den Thürmen, Porten und Strassen gespart denselben Tag bis auf den Abend." „Da lissen die von Frankfurt vor dem Romer ein freudenfeuer an offnem platz ufrichten den heusern gleich an hoch, auch uf alle andern pletzen durch die ganze stat aus, und daruf mit fligenden fannen stecken des neu erwelten Romischen konigs erbwappen mit des Romischen reichs wappen in grosser anzal, und das mit

175. Die Stunde nach Rixners Bericht DRA. I. N. 384.

176. Rixner, DRA. I. S. 859f.

Digitized by Google

solichem freuden und grossem triumpf angezundt und gehalten in dem schall und gedonne aller seitenspil, dass es nit woll alles zu schreiben ist.“ — Und es heisst, wenig Schreibfedern feierten an dem Wahltage, sondern verkündeten die Wahl in alle Welt.[177]

Erfüllt waren so zunächst die Wünsche des deutschen Volkes, das in seinen Massen den Habsburger doch lieber sah; es ahnte nicht, wie wenig dieser Fremdling sein innerstes Empfinden verstehen sollte. Die unablässigen Bemühungen der Kommissare waren gekrönt. Schon am achten Tage danach, am 6. Juli drei Stunden vor Tagesanbruch, hatte auch König Karl die Nachricht von seiner Wahl.[178]

Wir aber müssen nun die Verhandlungen der Kurfürsten und Kommissare über die Wahlverschreibung verfolgen, wenn gleich auch durch die Publikation der Reichstagsakten der Zeitpunkt einzelner Festsetzungen vor und nach der Wahl noch immer nicht völlig klar gestellt ist. Unvermeidlich müssen wir manche Ausführungen anderer wiedergeben, versuchen aber doch einen Zusammenhang herzustellen.

II. Die Wahlverschreibung.

Nachdem am Donnerstag, den 30. Juni, Kurfürsten und Kommissare vom Mainzer Erzbischof zu einem grossen Mahle im Antoniushofe hinter der Herberge des Trierers geladen waren, begannen mit dem Freitag wieder, und nunmehr gemeinsam mit den habsburgischen Kommissaren,

177. Nach Rixner DRA. I. S. 848, A. 2. Vgl. S. 852, A. Schluss. Ueber Freudenfeuer in Augsburg Jahresbericht d. hist. Vereins für Schwaben-Neuburg XXXIV. 48.

178. DRA. I. S. 852, A. 1.

Digitized by Google

neue Verhandlungen der Kurfürsten über die Wahlverschreibung.[1] Es handelt sich um eine Reihe von sechsunddreissig Artikeln, die Roesler als ein „Bollwerk" bezeichnet, „welches das deutsche Fürstentum für sich errichtet hat," wonach er sich also die Kurfürsten auch im Interesse der übrigen Fürsten, nicht aber zugleich noch andrer Reichsstände handelnd denkt.[2] Er und ähnlich Kluckhohn[3] sagt, es sei bereits auf dem Reichstage von Augsburg der Gedanke zum Ausdruck gekommen, den neuen König durch strenge Formen einzuschränken, wie wir zu Anfang erwähnten. Wenn schon ein Maximilian das junge Leben der reichsständischen Verfassung zum Stillstand zu bringen vermocht habe, wieviel drohender habe den Fürsten die Gefahr erscheinen müssen, wenn Karl Kaiser würde, der, wie sie glauben mussten, über die Hülfskräfte so vieler Reiche verfügte, — wenn er auch thatsächlich zuerst überall mit Geldmangel zu kämpfen hatte. So habe das Fürstentum „die deutsche Freiheit" vor dem mächtigen Kaiser schützen wollen. Dabei ist es dann aber nach Roesler der alten Tendenz gefolgt, die eigene Landeshoheit weiter auszubauen, „anstatt die Forderungen des Bürgerstandes nach einem wesentlichen Anteil an der Regierung zu befriedigen oder das grelle Elend des vom Adel gequälten Bauern zu erleichtern." Roesler fragt freilich auch selbst, „wo habe man je gesehn, dass ein Fürstenstand freiwillig in den Rang einer mächtigen Pairie zurücktrete," und entschuldigt so die Kurfürsten. Denn jedes historische Gebilde entwickle sich fort nach eigenen Antrieben, durch die es hervorgerufen sei. Die Darstellung aber, welche Roesler nun von den kurfürstlichen Forderungen giebt, scheint zwar im wesentlichen

1. Nach Rixner, DRA. I. S. 860.
2. Roesler S. 204 ff.
3. DRA. I. S. 111. S. o. S. 10/7.

Digitized by Google

richtig, doch nicht völlig. Denn es zeigen Urkunden, die seit dem Erscheinen von Roeslers Buch veröffentlicht sind, zwar einerseits fast noch mehr als die früher bekannten, wieviel die Kurfürsten für sich verlangten, andrerseits aber enthalten eben sie auch einige Bestimmungen, die im Interesse aller Reichsstände, und zum Teil aller Reichsangehörigen, liegen. Und gerade die Wahlverschreibung weist doch eine ganze Reihe von Befugnissen, welche die Kurfürsten nach den früheren Aufzeichnungen für sich forderten, mehreren Ständen zu. Roesler muss diese Berücksichtigung anderer Stände lediglich als Zierat aufgefasst haben, wie sie es freilich vielfach auch wohl geblieben ist. Sehen wir, um einen Einblick zu gewinnen, auf die Entstehung der Wahlverschreibung, soweit sie jetzt zu erkennen ist.

Wie in Augsburg dürfte auch seit dem Tode Maximilians die Frage nach einer Verschreibung, die der König unterzeichnen müsse, bei den Begegnungen einzelner Kurfürsten beredet sein.[4] Unter den erhaltenen Aufzeichnungen aber gehört auch diejenige, welche als die früheste angesetzt wird, nicht vor den 6.—8. Juni, eben auf die Zusammenkunft einiger Kurfürsten in Mainz.[5] Betrachten wir von ihren siebzehn Artikeln zunächst zwei etwas eigenartige, die vielleicht einen Blick auch in die frühere Zeit gestatten. Es sollen, so forderte man (DRA. I. N. 333 Art. 12), den rhei-

4. So in Naumburg zwischen Albrecht, Joachim und Friedrich s. o. S. 44; zwischen Albrecht und Ludwig im Februar S. 162, 179, und 1. Juni S. 250; zwischen Albrecht und dem Trierer S. 179, so in Wesel S. 146ff.

5. DRA. I. N. 310. s. o. S. 307 Note 22. Wir halten mit Kluckhohn für sehr wahrscheinlich, dass dies Stück mit dem am Schluss von N. 363 erwähnten identificiert werden muss. Waltz (Forsch. z. d. G. X. S. 216) dachte an eine Abfassung seitens des Mainzers, wozu kein Grund vorliegt. Es soll in Mainz entstanden sein, dort waren aber vom 6.—8. VI. verschiedene Kurfürsten beisammen.

Digitized by Google

nischen Kurfürsten die Zolleinnahmen nicht durch Befreiungen geschmälert werden. Soll man nicht vermuten, dass gerade derartiges auch schon in Wesel verhandelt ist? Und an die gleiche Zusammenkunft, wo ja eine päpstliche Beeinflussung des Wahlrechts der Kurfürsten energisch abgewiesen wurde, erinnert es, wenn jetzt die Kurfürsten den Kaiser verpflichten wollen, den Geldansprüchen des Papstes entgegen zu treten (N. 333. Art. 13). „Item zum furtreglichsten zu furkommen die merglich beschwerunge, die Teutsch nation vom stul zu Rom lidet mit unformlichen gracien, reservation, annaten, mit verbrechunge der concordaten und andern.“ Dies ging auch in die Wahlverschreibung über.[6] Dort heisst es (Art. 18): „als uber und wider concordata principum auch vertreg zwischen der kirchen ... und Teutscher Nation mit unformlichen gracien etc. — — stettigs und one underlessig offentlich gehandelt (wird), derhalben auch unleidlich, verbotten geselschaft und contract oder pundnus .. furgenommen und aufgericht werden, das sollen und wellen wir ... abwenden und furkommen.“ Wenn somit zwar durchklingt, dass die Vorteile der Nation zu gute kommen sollen, so rechnet nach folgender, oben vorläufig ausgelassener Stelle doch wesentlich die hohe Geistlichkeit auf den Vorteil: „als ... mit unformlichen gracien, rescripten, annaten der stift, so teglichs mit mennigfaltigung und erhöhung der offitien am Romischen hoff, auch reservation dispensation und in ander wege zu abbruch der stift, geistlikeit [und andrer][7] — wider gegeben freiheit darzu zu nachteil juris patronatus und den lehenherrn.“ — Zu diesem auf den Papst bezüglichen Artikel stellen wir, ohne auch von ihm auf den Weseler Tag zurückschliessen zu wollen, einen zweiten, der sich in zwei Fassungen des Entwurfs der Wahlverschreibnng,

6. DRA. I. N. 387.

7. Die eingeklammerten zwei Worte sind ein Zusatz im Entwurf, s. DRA. I. S. 871 Note k.

Digitized by Google

freilich nicht in der Ausfertigung, findet. Er hält für möglich, dass der Erwählte sich absolvieren lassen, das heisst doch wohl vom Papste den Dispens nachsuchen und erhalten könnte, dass der Eid, der ihn zum Einhalten der Wahlverschreibung verpflichtete, ungültig sei.[8] Karl soll daher erklären, dass er nicht um solche Absolution bitten werde.

Die andern Artikel jener Mainzer Aufzeichnung,[9] welche ebenso wenig auf einen früheren Vorgang zurückweisen, geben wir jetzt im wesentlichen nur inhaltlich. Es soll Fried und Recht erhalten (Art. 1), ein Regiment errichtet (Art. 2), die Fürsten und andre merkliche Stände und „sunderlich" die Kurfürsten vor Aufruhr und Empörung bewahrt werden (Art. 14). — Weiter zeigt sich noch mehr die besondere Bedachtnahme auf die Kurfürsten. Während nämlich später die Wahlverschreibung weitherziger fordert, „die deutsch nation, das heilig reich und die Kurfursten als die vordristen Glieder desselben als auch ander fursten, graven und herrn und stende bei iren hochisten wirden erhalten", verlangt unsere Aufzeichnung nur, dass „den Churfursten als den vordersten Gliedern des Reichs ihre Privilegia und alten Herkomen" bestätigt werden (Art. 3), so vor allem das Recht der Zusammenkünfte (Art. 15, nachgefügt)[10], welches die goldene Bulle gewährte. — Zustimmung der Kurfürsten sollte, nötig sein für das Ausschreiben eines Reichstages (Art. 5), Beginn eines Krieges und Abschluss eines Bündnisses (Art. 6), Erhebung einer Auflage (Art. 7), Veräusserung von Reichsgut (Art. 9, 10), Einschreiten gegen Reichsglieder (Art. 11), Einführung neuer, Erhöhung alter Zölle

8. Bei Waltz a. a. O. S. 232, Art. 35. DRA. S. 875, Z. 27. Waltz sagt dazu im Text kein Wort.

9. DRA. I. N. 333.

10. Wann dieser Artikel, wie Artikel 16 und 17, nachgefügt sind, muss dahingestellt bleiben.

Digitized by Google

(Art. 17, nachgefügt). — Dagegen sollten Mandate wider die Freiheit der Kurfürsten verboten sein (Art. 10, nachgefügt). Und die ganze Regierung des Reichs sollte auf des Erwählten Kosten durch Deutsche — ebenfalls „den Churfürsten gefellig" — gehandhabt (Art. 14), überhaupt aber — da der Kurfürsten und ander Fürsten Lehens pflicht zu gross geworden sei, — die etwas nachteilige und „etlicher mass verechtliche" Stellung der Kurfürsten als eines Kapitels des Röm. Königs und der vordersten Glieder des Reichs, „redlich und achtlich" gemacht werden, doch so, dass es „der substanz nichts beneme" (Art. 4). So weit nach der Aufzeichnung, die wir mit Kluckhohn nach Mainz setzen. An der dortigen Versammlung hatte bekanntlich der Sachse nicht teilgenommen.

Eine weitere Spur von Verhandlungen bietet dann aber gerade der erwähnte sächsische Antrag in der Frankfurter Versammlung der kurfürstlichen Räte am 14.[11], es sollten die Kurfürsten, bevor die Böhmen angehört und die feierliche Messe gesungen würde, in eigner Person zusammenkommen und sich bedenken, wie Mängeln und Gebrechen, die sie nach der Wahl treffen möchten entgegenzutreten sei. Wie Waltz mit Recht hervorhebt,[12] empfahl der Antrag nur, Mängel abzustellen, welche die Kurfürsten treffen könnten. Wie diese in Person den Plan, welchen die Räte ihnen zur Entscheidung überwiesen, aufnahmen, wissen wir nicht.[13] Die kurfürstlichen

11. S. o. S. 316.

12. A. a. O. S. 217, Z. 10.

13. S. o. S. 315-7. Dass persönliche Beratungen betr. die Artikel überhaupt im Plane der Kurfürsten so früh lagen, ist mir, da es noch eines solchen Antrages bedurfte, nicht wahrscheinlich. Zudem wissen wir ja auch sonst, dass die Kurfürsten gerade vor dem 17. nicht unbeschäftigt waren. Kurfürst Joachim unterhandelte mit dem Hessen, und seine Versuche, den Kölner, Pfälzer, Böhmen und Sachsen zu gewinnen, werden mit der Ankunft der

Digitized by Google

Räte haben, woran wir uns erinnern müssen, in derselben Sitzung am 14. die Entscheidung über den Eid der Frankfurter, das Anhalten kurfürstlicher Boten an den Thoren, das Anhören fremder Gesandtschaften an ihre Herren verwiesen, selbst aber über ein Mandat an norddeutsche Fürsten und eine Anfrage des Landgrafen von Hessen entschieden; auch bestimmten sie, dass die Böhmen mit 150 Pferden, die Polen mit 50 Pferden einritten, und behielten einer neuen Beratung nur die Entscheidung vor, wie sich dieselben der Wahl wegen halten sollten.

In ähnlicher Weise berichten nun, wie schon berührt ist, ein brandenburgischer Rat Dr. Wolfgang Ketwig und Johann von Lutzenrott aus dem Gefolge des Erzbischofs von Köln ihren Herren.[14] Sie besprechen drei Punkte der Wahl verschreibung. Zu diesen Artikeln hat das eine, Wiener, Exemplar die Schlussbemerkung; „Nota, an die Beheim zugedenken; item der churfurstlichen einung nit zu vergessen". Auf das schon fertige Aktenstück scheinen sich also Ketwig und Lutzenrott bemerkt zu haben, sie müssten ihren Herren von zweien jener Beschlüsse Mitteilung machen, die wir aus dem Pfälzer Protokoll vom 14. Juni kennen, und zwar erstens wegen

einzelnen, nicht erst mit dem 17. Juni begonnen haben. (S. 330-34) Den Pfälzer sahen wir mit Nassau unterhandeln (S. 325-29). Albrecht war dem pfälzischen Kanzler behülflich (S. 329) und wird bei Pfalz, Sachsen, Köln und Böhmen keine Mühe gespart haben; dazu kam gerade für ihn die Mitwirkung bei der Ordnung des äusseren Verlaufs und der Gewährung des Einlasses, (s. o. S. 324 ff.). Friedrich von Sachsen beriet wegen der Heirat des Neffen, schrieb über die lüneburgische Fehde nach der Heimat und ward umworben. Der Trierer und der Kölner wird auch nicht unthätig gewesen sein.

14. DRA. I. S. 769, A. 2. Gutachten Ketwigs und Lutzenrotts. s. d. Erwähnt bei Waltz a. a. O. S. 218. Wien, Erzkanzler-Archiv. Wahl und Krönungsakten Fasc. 1b. Kopie in Lich. Fürstlich Solmssches Archiv. Kaiserwahl 1518/19 II, 7, 1.

Digitized by Google

der Böhmen und Polen, zweitens, Sachsen wünsche, die Kurfürsten möchten in eigner Person vor dem Verhör der Böhmen zusammenkommen. Dann ergiebt sich aber, dass das Gutachten am 14. Juni vorlag. Ob es an diesem Tag selbst oder früher entstanden ist, wissen wir nicht sicher.[15]

Im ersten Artikel suchen die genannten Räte den Herren als zulässig hinzustellen, dass eine neue Formel des Lehneides der Kurfürsten und Fürsten eingesetzt werde. Die neue Formel, — welche in den Entwürfen *DWL* der Wahlverschreibung,[16] aber nicht in der Ausfertigung wiederkehrt, — und besonders die Versicherung, dem Erwählten „getreu" sein zu wollen, enthalte alle Zusagen des alten Eides, der besagte, dem Könige wie seinen Nachfolgern und dem heiligen Reiche getreu und hold, gehorsam und gewärtig zu sein wider alle Menschen".[17] Eine Kopie des Gutachtens befindet sich, wie erwähnt, im Solms'schen Archiv in Lich; da ist bemerkenswert, dass ein ebenfalls dort aufbewahrter Entwurf der Wahlverschreibung (*L*) den Artikel über den Eid zunächst getilgt,

15. Kluckhohn äussert a. a. O. ebenfalls nur zurückhaltend die Vermutung, dass es vielleicht schon in Mainz entstanden ist. Dafür könne sprechen, dass Art. 15 unter den Mainzer Artikeln (N. 333) erst nachgetragen sei. Dieser lautet: „Zusammen zu kommen, so oft die notturft des richs oder irer aller notturft thut erfordern etc." Zu dieser Begründung kann Kluckhohn m. E. nur geführt sein durch die Meinung, dass die Schlussnotiz unseres Gutachtens: „item der churfurstlichen einung nit zu vergessen" zu der Nachfügung von Art. 15 in N. 333 Anlass gegeben habe. Da aber wie diese auch die andre im Text angeführte Schlussnotiz des brandenburg-kölnischen Gutachtens zu dem pfälzischen Protokoll vom 14. passt, ziehen wir unsere Annahme vor. Waltz, a. a. O. S. 218, versucht eine Datierung nicht.

16. DRA. I. S. 867, Z. 19. Ueber die Sigla s. u. n. 19.

17. Waltz a. a. O. S. 221.

Digitized by Google

dann dazu bemerkt hat: „soll steen und ist nit usgethan,“ [18] dass aber die Ausfertigung den Artikel doch nicht enthält.[19]

18. DRA. I. S. 807, Z. 34.

19. Kluckhohn hat nunmehr eine reichere Anzahl von Entwürfen und Ausfertigungen der Wahlverschreibung sowie zwei Aktenstücke mit Bemerkungen der Kommissare dazu (*A*) und den Antworten der Kurfürsten auf diese (*B*), welche Waltz schon zum Teil bekannt gemacht hatte, vollständig gedruckt. (DRA. I. N. 387, Kopfnote u. Fussnoten.) Er giebt als Text eine Ausfertigung, wie sie das grössere von zwei Dresdener Originalen enthält, das mit einem Münchener Exemplar übereinstimmt. Ein zweites Dresdener Original in kleinerem Format hat Absätze, die das grössere entbehrt. Zwei sachliche Abweichungen, die sich darin finden, werden genannt werden. Art. 35 steht ferner hinter 31, der übrigens selbst in einem Entwurfe nachgetragen ist.

Als frühesten der erhaltenen Entwürfe sieht Kluckhohn ebenfalls einen Dresdener an (*D*); er soll zunächst von fremder Hand an verschiedenen Stellen mit „Nota“ versehen sein; an diesen Stellen habe dann die Textes hand Korrekturen angebracht, und weitere Verbesserungen sollen noch von dritter Hand gemacht sein. So Kluckhohn in der Kopfnote zu seinem Abdruck; in den einzelnen Noten benutzt er dann leider zum Teil andere Bezeichnungen. Er führt an: eine zweite Hand (zu Art. 9, 14, 27); eine andre Hand: S. 873, Z. 34 am Rande eines hinter Art. 24 getilgten Art.: „nota 6 churfursten“; eine dritte Hand: Art. 27 nota zu einer getilgten Fassung, Art. 30: „Ob dawider gesucht und die churfursten gedrungen, das doch nit sein soll, das solchs für nichtig sol gehalten werden“, und Art. 34; ferner eine „sonst nicht begegnende Hand“ Art. 33 „Nota zu Nuremberg zu volziehen.“ — Weiter citiert Kluckhohn die Abweichungen eines Wiener Entwurfs (*W*), in dem bereits eine Reihe Verbesserungen von *D* aufgenommen sein, die Korrekturen aber weiter gehen sollen. Die Entwürfe *D* und *W* weichen an etwa vierzig Stellen in gleicher Weise, meist allerdings ganz unbedeutend, von der Ausfertigung ab. Doch zeigen sie auch unter sich eine ganze Reihe Unterschiede. Was in *W* von „andrer“ Hand zugefügt wird, ist in *D* nicht nachgetragen; manches andere

Digitized by Google

Die wesentliche Bestimmung im zweiten Artikel des Gutachtens lautet: Die Anzahl des Volks „wissen die rethe bei inen nit zu messigen". In der That finden sich an zwei Stellen in den Entwürfen der Wahlverschreibung ähnliche Bestimmungen. Hinter Art. 24 (der Ausfertigung) stand in den Entwürfen: „Wir wollen und sollen auch über n[20] zalle frembdes volks in Teutsch nation und das reich nit furen noch bringen lassen, es erfordert dan desselben oder anderer sachen notturft und beschee mit wissen, rathe, willen und zulassen zum wenigsten der sechs[21] churfursten". Der Entwurf *D* hat gleichzeitig im Artikel 13, der dem Erwählten gebietet,

---

ist in *D* und *W* später nachgefügt. Endlich berichtet Kluckhohn über einen schon erwähnten Entwurf im Fürstlich Solms'schen Archiv in Lich (*L*), in welchem am meisten die schwankende Behandlung des Artikels über den Eid auffällt (s. o. im Text). Kluckhohn nennt ihn einen „zweiten Entwurf, der in die endgültige Fassung umgearbeitet ist." Dies scheint kaum richtig, in Ansehung einer Abweichung S. 873, Z. 36. Danach soll der Erwählte die verfallene Reichssteuer der Städte und andere Gefälle, die dem Reich entzogen würden, wieder für dasselbe nutzbar machen, „es wer dann, daz sölhs mit † rechtmessiger bewilligung der sechs churfursten beschcen were." Bei † ist in *L* ein „samptlicher" stehen geblieben, was schon in *DW* getilgt und in die Ausfertigung nicht aufgenommen ist. Auch ein weiterer Umstand spricht für eine frühe Ansetzung von *L*; es stimmt in fast allen von Kluckhohn gegebenen Varianten, die freilich meist nur Buchstaben betreffen, mit *D*, also mit der Fassung, welche Kluckhohn selbst als die älteste ansieht. Vgl. S. 869, Z. 22, S. 870, Z. 21, 23, 24, S. 871, Z. 37, S. 873, Z. 30. *L* allein weicht von der Ausfertigung, auch nur unbedeutend, ab S. 871, Z. 39. — Die Forderungen der Kommissare *A* tragen auf dem Rücken die Bezeichnung „Zusetze u. etliche Artikel."

20. n = noch unbestimmt.

21. In Fassung *D* der Wahlverschreibung ist „sechs" über der Zeile nachgetragen; am Rande von andrer Hand: „nota 6 churfursten."

Digitized by Google

Fehde und Krieg innerhalb oder ausserhalb des Reichs nur mit Zustimmung der Kurfürsten anzufangen, den Satz: „noch einich frembde kriegsfolk ins reich furen etc".[22] So sehen wir innerhalb *D* ein Schwanken; nach Art. 24 war man bereit, doch eine gewisse Zahl einzulassen, nach Art. 13 nicht; das Gutachten aber heisst es sogar gut, wenn man einer gewissen grösseren Zahl fremden Volks Einlass nach Deutschland gewähre, „die Räte wüssten nur die Zahl nicht zu mässigen." Uebrigens erklärten sie, die Kurfürsten selbst würden die Bestimmung auch besser treffen, wenn sie sähen, wer gewählt würde. — Der dritte Artikel will darthun, wie die Verschreibung, welche doch manches neue verlangt, lediglich das alte Recht bestätige. Allerdings mischt sich mit dem Trachten nach grösserer Selbstständigkeit wenigstens für den äusseren Schein ein Zug ehrsamer Subordination; „Wiewol der unter dem obern kein setze zu machen habe", heisst es, so seien doch die Artikel auf die goldene Bulle und gemeines Recht gestellt, so dass ein neuer König nur unbillig sich weigern würde, sie anzunehmen.

Ueber die Entwicklung seit dem 14. Juni wissen wir wenig. Schon Waltz berichtet,[23] dass am 24. Juni Pace in Mainz dunkle Kunde von der Wahlverschreibung hatte. Er führt auch nach Goldast an, dass die Wahl vom 17. auf den 27. verschoben sei „aus merklichen Ursachen die heilige Christenheit und das römische Reich betreffend", und meint, die Ausarbeitung der Wahlverschreibung werde eine derselben gewesen sein;[24] das Protokoll über die Eidesleistung[25] sagt sogar, die Kurfürsten hätten die Wahl

22. *W* vermerkt dies nur am Rande von andrer Hand.

23. A. a. O. S. 217. DRA. I. N. 386. S. o. S. 351, n. 134.

24. Waltz a. a. O. S. 218, A. 1.

25. DRA. I. N. 354. Protokoll über die Eidesleistung der Kurfürsten. 17. VI. Goldast a. a. O. S. 39.

Digitized by Google

verschoben, „darzwischen, so oft und wan inen geliebt, von der wale eins Ro. Konigs zu tractiren, zu handeln und die, wie sich gepurt, zu thun.“ Auch die Wiener Aufzeichnung[26] erwähnt, dass „die vergangen wuchen“ (vom 27. rückwärts bis etwa 17. Juni, s. a. a. O.) nichts als Zusammenkünfte auf dem Römer stattgefunden hätten, in denen „von des reichs notdurft, auch was sie einem kunftigen konig furhalten wollen,“ beratschlagt und tractiert sei. Dazu stimmt, wie wir sahen, die Angabe des Sabinus, dass die Verhandlungen de conditionibus auf den 19. angesetzt seien.[27] So hat denn Kluckhohn jene weitere schon berührte Aufzeichnung von zehn Artikeln, welche zum Schluss sich auf Mainzer Artikel bezieht, auch vermutungsweise auf den 20. Juni gesetzt.[28] Betreffs der Herkunft betonte schon Waltz[29] mit Recht, dass sie nicht von Sachsen her-

26. DRA. I S. 810, A. 1. S. o. S. 324 n. 70 u. S. 355.

27. S. o. S. 353 n. 140.

28. DRA. N. 363, s. o. S. 310 n. 30. Kluckhohn macht zu seiner Datierung die einschränkende Bemerkung die Abfassungszeit sei nicht genau festzustellen, werde aber nicht vor den 14. fallen, da man erst seit diesem Tage der Frage der Wahlverschreibung näher getreten zu sein scheine. Weil Kluckhohns Annahme wohl auf Waltz' nicht bewiesenem Urteil (s. o. S. 456) fusst, dass die Kurfürsten am 14. dem Vorschlage Sachsens, vor dem Verhör der Böhmen in eigner Person die Mängel im Reich zu beraten, zugestimmt hätten, kann ich diese Einschränkung nicht gelten lassen, — Da wir sogar nicht einmal wissen, ob die neue Aufzeichnung von den Kurfürsten oder von den Räten stammt, verlieren wir zur Datierung jeden bestimmten Anhalt. Dass Kluckhohn meint, vor dem 14. sei man dem Gedanken der Wahlverschreibung nicht näher getreten, ist von seinem Standpunkt aus nicht folgerichtig, da er selbst jene andern Artikel (N. 333) am 8. Juni entstanden sein lässt. Thatsächlich aber hat eine spätere Ansetzung freilich — nach dem Briefe des Pace, dem Protokoll und der Wiener Aufzeichnung — die grössere Wahrscheinlichkeit für sich.

29. Forsch. z. d. Gesch. X S. 217, A. 1.

Digitized by Google

stamme;[30] Kluckhohn fügt hinzu, auch Pfalz werde, sie nicht verfasst haben, Pfalz wie Sachsen würden einen Hinweis auf ihr Vikariatsrecht nicht unterlassen haben. Kluckhohn weist die Artikel um des Dialekts willen dem Kölner zu.[31] Für den Zusammenhang mit andern Urkunden kommt etwa in Betracht, dass diesen zehn Artikeln eine Einleitung voraufgeht, die nun wirklich ähnliche Gründe für die Aufstellung enthält, wie sie das brandenburg-kölnische Gutachten erwog. So wird als Grund angegeben, Maximilian habe entgegen der goldenen Bulle nicht Fried und Recht gehandhabt und ohne Einverständnis der Kurfürsten, Fürsten und Stände Bündnisse geschlossen, Kriege angefangen, Reichstage angesetzt, Steuern auferlegt. Deshalb wäre Not, dass ein künftiger Römischer König sich nach der goldenen Bulle und des Reichs Ordnungen hielte. Die Urkunde erscheint etwa als ein schon formellerer Niederschlag aus dem Anfang der Beratungen, vielleicht eine Vorlage einzelner Räte an die übrigen oder an die Kurfürsten. Den Inhalt dieser Aufzeichnung wie der Mainzer Artikel betrachten wir im Einzelnen mit der Wahlverschreibung zusammen und folgen zunächst weiter dem äusseren Verlauf.

Das einzige erhaltene Aktenstück, welches noch datiert ist, gehört bereits hinter die Wahl auf den 3. Juli. Es enthält wenige Bemerkungen der Kommissare zu den drei Artikeln 4, 7, 10 der Wahlverschreibung.[32] Der letzte behandelt die Verpflichtung des Erwählten, den Fürsten ihren Besitz zu wahren und etwa entrissenen ihnen wieder zuzustellen,

30. So nahm Roesler an S. 205.

31. DRA. I. S. 821, A. 1.

32. Die dritte Aufzeichnung hat die Datierung: Ubergeben sampstags visita. (2. VII.) praesentatum sontags nach praesentationis (sic! wohl verschrieben statt visitationis). — „Ubergeben sampstags visita" ist nach Waltz (a. a. O. S. 233 Note 2) wieder gestrichen, was DRA. S. 869, A. 1 nicht angemerkt ist.

Digitized by Google

„wie sich geburt und recht ist“ (*D W*). Hierzu haben die Kommissare unter uns nicht bekanntem Datum gefordert (*A*), es solle mit Hülfe des Reichs geschehn.[33] Die Kurfürsten haben dies abgewiesen, aber angemerkt (*B*); „doch mit underrichtung daneben zu thun, darnach die Sachen gestalt wer; wan so gewaltigs zugs not wurde, so müsse solichs mit rathe und willen der churfursten furgenomen werden, die sich darin wol aller gebure zu halten wissen werden.“ In dem Stück vom 3. Juli erwiderten nun die Kommissare: man verstehe dies dahin: nach rechtlicher Erkenntnis sei der König zu Wahrung des Besitzes verpflichtet und „so deshalben gewaltigs zugs not wurde“ solle ihm des Reichs Hülfe nach dem Willen der Kurfürsten darin zu Teil werden, „wie der artikel mit *L* [10]“ etc. Das Stück *B* muss also vor dem 3. Juli liegen (natürlich erst recht *A*); damit ergiebt sich zugleich weiteres für die Frage, ob sich nicht auch früher ein Einfluss der Kommissare auf die Wahlverschreibung nachweisen liesse,[34] freilich nicht unbedingt, da nach der Wahl nicht vor dem ersten Juli die Beratungen der Kommissare mit den Kurfürsten begannen, wir also *A* und *B* immer noch vor oder nach der Wahl ansetzen können. In der angeführten Stelle ist jedoch auffällig die Bemerkung: „wie der Artikel mit L [10]“; denn L ist der elfte Buchstabe. Dies hat seinen Grund in dem Schwanken über die etwaige Weglassung des Artikels von der Eidesformel nach Art. 6. Jene Bemerkung ist sicher vom 3. Juli. Dennoch aber hat ein andrer Punkt der Aufzeichnung vom dritten Juli sich erst gegen die Aufnahme der neuen Eidesformel wenden müssen, nachdem die Kurfürsten in *B* eine Bitte der Kommissare in *A*, den neuen Eid fallen zu lassen, abgelehnt hatten.

33. DRA. I. S. 869, A., Waltz a. a. O. S. 221.

34. S. o. S. 531 bez. des Verkehrs der Kurfürsten nach ausserhalb. Vgl. auch S. 321/2.

Digitized by Google

Erst nach der erneuten Bitte vom 3. Juli ist der Artikel über den Eid gestrichen.[35] Derselbe war übrigens in *D* und *W* erst nachträglich eingeschoben; der Grund ist für uns nicht ersichtlich.

Der noch nicht berührte dritte Punkt der Aufzeichnung vom 3. Juli wendet sich dagegen, dass die Kurfürsten erst auf einem Reichstag über ein Regiment verhandeln wollten. Die Kommissare erklärten sich bereit, auf Grund ihrer Gewalt darüber zu verhandeln, und baten, die Kurfürsten möchten in Frankfurt oder in einer andern ihnen gelegenen Stadt noch etliche Tage bei einander verbleiben; wie die Kurfürsten geantwortet haben, wissen wir nicht; dies erwähnt Waltz richtig; dass sie vorher einen entgegengesetzten Wunsch geäussert hatten, hebt er nicht hervor.

Ganz beendet scheinen danach die Verhandlungen am 3. Juli doch nicht gewesen zu sein, was Waltz trotz jenes Citates behauptet; aber allerdings waren sie es wohl im wesentlichen, da am 4. Juli morgens Kurfürst Friedrich wegen der in der überfüllten Stadt um sich greifenden Pest abreiste.[36] Nach einer Angabe des englischen Gesandten Pace aber (vom 8. Juli aus Köln), die auf Nachrichten vom 6. Juli zurückgehen dürfte, konnten Kommissare und Kurfürsten sich im Punkt des Regiments nicht einigen, weil die ersteren vorgeschlagen hätten, eine Aeusserung des Königs darüber einzuholen, und sie bereiteten sich inzwischen für die Abreise vor, ohne eine Festsetzung über das Regiment zu treffen. Danach scheint in der That dieser Punkt unerledigt geblieben zu sein. Rixner, der von Waltz nicht benutzt ist, von Kluckhohn aber (S. 858, A 1.) hier in den meisten Punkten für glaubwürdig gehalten

35. Im Entwurf *L* steht, wie erwähnt (s. S. 376/7), am Rande: soll steen und ist nit us gethan. Diese Bemerkung ist wohl gleichzeitig mit *B* oder geht schon *A* voraus.

36. Rixner in DRA. I. S. 860 f.

Digitized by Google

wird, berichtet:[37] als man am Montag (4. Juli), nach Kurfürst Friedrichs Abreise, am selben Tage noch den sächsischen Rat Pfeffinger begraben und ein Hochamt gefeiert hatte, blieben die Kurfürsten im Rate, bis sie zur Mahlzeit in ihre Herberge gingen; auch nach Tisch war man bis zum Abend im Rat beisammen. Selbst am Dienstag (5. VII.) wurde Kurfürst Joachim, der bereits am Montag Mittag hatte aufbrechen wollen, noch bis gegen Abend in die dritte Stunde hingehalten. Das ist also ein neues Moment dafür, dass die Verhandlungen in Frankfurt noch etwas fortgesetzt sind. Dafür aber, dass eine Reihe Kurfürsten noch nach Mainz[38] zu Beratungen gezogen seien, findet sich kein Beweis; vielmehr spricht dagegen, dass auch der Rest der Kurfürsten am 6. und 7. Juli, also auch nicht gleichzeitig, von Frankfurt aufgebrochen sein soll. — Soweit, was wir mit einiger Sicherheit über die Zeit der Verhandlung im ganzen erkennen konnten.

Ueber die Entstehungszeit der einzelnen Fassungen für die Wahlverschreibung selbst kommen wir nur zu Vermutungen. Auch diese allein erfordern näheres Eingehen. Wir wenden uns daher nun dem Inhalt der Wahlverschreibung zu und betrachten bei ihren einzelnen Artikeln die verschiedenen Fassungen und die entsprechenden Punkte derjenigen Aufzeichnungen, die wir mit Kluckhohn auf den 8. und etwa 20. Juni setzen. Wir bezeichnen erstere (vom 8.) durch M. A. (Mainzer Artikel), letztere (vom 20.) durch die Zahl als N. 363, die Wahlverschreibung als W. V.

Dabei ist nötig, diese Verschreibung in kleinere Abschnitte zu zerlegen, als sie Roesler aufstellt, der die Gesamtheit der Artikel in solche einteilt, welche das Allgemeine vom fürstlichen Standpunkt aus zu regeln bestimmt sind, und solche, welche das fürstliche Interesse noch be-

37. DRA. S. 861.
38. Vgl. DRA I. S. 801, n. 1.

Digitized by Google

sonders zu heben suchen. Ein Erfolg in diesen beiden Richtungen vornehmlich lag vielleicht wirklich in der Absicht der Kurfürsten, aber eine Reihenfolge ist nicht eingehalten und die Gruppierung selbst von Roesler nicht ohne Unterdrückung mancher Unterschiede bewirkt. Er sagt in seiner Wiedergabe z. B., der Erwählte verspreche, von freien Stücken keinen Krieg anzufangen (Art. 13), und das Reich nicht mit Auflagen zu drücken (Art. 14). Wer sieht daraus, dass im einen Fall die W. V. den König an die Zustimmung der Reichsstände, zum wenigsten der Kurfürsten, band, während sie im andern Fall nur die Zustimmung der letzteren forderte? Wenn wir vollends, wie es nach der neuen Publikation geboten ist, versuchen, das Verhältnis der Entwürfe der W. V. einerseits zu den Vorlagen, andrerseits zur Entgegnung der Kommissare und der Ausfertigung festzustellen, empfiehlt sich um so mehr die Aufstellung kleinerer Gruppen.

Zunächst trennen wir die ersten sechs Artikel etwas allgemeineren Inhalts ab. Nach einer Eingangserklärung in der W. V. entspricht M. A. 1 den Artikeln 2 und 3 der W. V., M. A. 2 dem Art. 4 der W. V., M. A. 3 den Art. 5 und 6 der W. V., M. A. 4 dem Artikel 7 der Entwürfe zur W. V. — Dem nächsten 5. Mainzer Artikel entspricht zum ersten Male nicht der nächste unerledigte Artikel der W. V., — welches der siebente der Ausfertigung, der achte in den Entwürfen und dem Druck bei Waltz wäre,[39] — sondern der 14. Nach dem Inhalt aber sind

39. Da Kluckhohn die später fortgefallenen Artikel in die Noten verwies, Waltz einen Entwurf fortlaufend druckt, differieren ihre Artikelzählungen in folgender Weise:

Kluckhohn		Waltz
1—6	=	1—6
S. 867 Note l	=	7
7—24	=	8—25 (+ 1)
S. 873 Note c	=	26
25—32	=	27—34 (+ 2)
S. 875 Note g	=	35
33,34	=	36,37 (+ 3)
35		in W auf dem Umschlag 37 zweiter Abs.
36		

Digitized by Google

W. V. Art. 7—14 übernommene Mainzer Artikel, eben nur in anderer Ordnung[40] und abgesehen von W. V. Art. 12. — Vorläufig zurückgestellt sind in der W. V. erstens M. A. 13 = W. V. 18, das ist der erwähnte Artikel über päpstliche Auflagen, sodann M. A. 8 = W. V. 19 über Beschränkung der Handelsgesellschaften; weiter der zugesetzte M. A. 17 = W. V. 20, nämlich die Zusage, keine neuen Zölle zu errichten, keine alten zu erhöhen ohne Zustimmung der Kurfürsten; M. A. 12 = W. V. 21, d. i. der besprochene Artikel über den Schutz der rheinischen Kurfürsten gegen ihnen nachteilige Zollbefreiungen. — Die drei eingeschobenen Artikel W. V. 15, 16, 17 gehen auf bereits in Augsburg von Maximilian gegebene Versprechen, welche Besetzung des Regiments mit Deutschen und ähnliches betreffen, zurück, und zwar 15, 16 direkt, 17 als eine Erweiterung. So ergiebt sich, dass wir für die Artikel 1—21 der W. V., abgesehen von Art. 12, der auch sonst eigentümlich ist (s. u.), und von den eben auf Augsburg zurückgeführten Stücken, die Vorlage in den Mainzer Artikeln erkennen, denen in fünf Fällen N. 363 ähnlich ist. — Letzteres Schriftstück giebt aber auch für die Art. 22, 23 der W.V. (N.363 Art. 6, 7, 8) und Art. 33,34 der W.V. (N. 363 Art. 4,5) die Vorlage. So bleiben wir ohne eine Vorlage nur für W. V. Art. 12, weiter 24—32, die z. T. frühere Artikel weiter ausführen, z. T. in den Entwürfen der W. V. selbst erst zugesetzt sind, endlich für den Schlussartikel (Art. 36), während Art. 35 wieder auf eine Augsburger Anregung zurückgeht.

Wenden wir uns nun zum Einzelnen, indem wir genauer beachten, welche Stände des Reichs bei den einzelnen Bestimmungen berücksichtigt sind. Wir beginnen mit den allgemeinen Eingangsartikeln 1—6.

---

40. Die Ordnung in W. V. ist folgende: M. A. 15 (in N. 333 nachgefügt). 14. 6. 16. 9. 10. 11.

Digitized by Google

Karl erklärt: nachdem er erwählt sei und sich um „der Christenheit und deutscher Nation auch gemains nutz willen mit der ko. w. beladen," habe er sich mit seinen Freunden, den Kurfürsten, der nachfolgenden Artikel „gedings und pactsweise verainigt, vertragen, die angenommen, bewilligt und zu halten zugesagt, alles wissentlich in craft ditz briefs." Auf Wunsch der Kommissare wurde die frühere Fassung, dass er die ko. w. auf sich genommen, „der (d. i. mit derselben) beladen und mit dem gedinge furworten und zusagen underzogen", gestrichen.

Dem Art. 2 schickt die W. V., voraus, dass der König „die Christenheit und den Stuhl zu Rom, auch päpstliche Heiligkeit und die Kirche als derselben Advokat in gutem Befehl haben" werde. Sonst sichert der Artikel Erhaltung von Frieden, Recht und Einigkeit, „dasz die iren geburlichen gang dem armen als dem reichen gewinnen." Nach Art. 3 wird er die goldene Bulle, königliche Landfrieden und andere Ordnungen erhalten und, wenn nötig, mit Hülfe der Kurfürsten, Fürsten und andern Stände bessern. M. A. 1 entspricht diesen Artikeln etwa, und zwar auch in der Begründung; N. 363 erwähnt die Friedhaltung überhaupt erst als neunten von zehn Punkten und fügt mit mehr Betonung fürstlicher Interessen und gewissermassen als Erläuterung hinzu „einem iglichen geistlichen und werntlichen fürsten gegen alt herkomen herbrachte friheit nit zu beschweren u. s. w."

W. V. Art. 4 enthält die Zusage der Errichtung eines Regiments und versteht unter guter Ordnung desselben eine Besetzung mit frommen, annehmlichen, tapfern, verständigen, redlichen Leuten deutscher Nation neben etlichen Kurfürsten und Fürsten, wie vormals „auf der Bahn" gewesen sei. — Es ist damit M.A. 2 und zugleich der Schluss von M.A. 11 (Besetzung mit Deutschen) aufgenommen (s. o. S. 242); der Art. 4 der W. V. selbst wird in W. V. 15 aufgegriffen; die völlige Erledigung des Ar-

Digitized by Google

tikels ist dann, wie wir bereits sahen, für einen späteren Reichstag vorbehalten. Ursprünglich enthielt der Artikel nach der Verpflichtung, ein Regiment zu errichten, um die Mängel abzustellen, den Schluss: „oder solchs den verordentsten vicarien bevelhen und iden an seinen geburenden enden thun lassen" (so *D* und *W*); dafür ward zunächst eingesetzt: „doch den beden churfursten Pfaltz und Sachsen an iren rechten und freiheiten, wes si der des vicariatsambts halbn habn, unschedlich." „Man wahrte," wie Waltz sagt,[41] „ihre Rechte gegenüber der neuen Ordnung," während man früher ihnen selbst die Abstellung der Mängel überliess.

W. V. Art. 5 versichert „die churfursten als die vordristen gelider" ihrer Würden, Rechte und Gerechtigkeiten und auch ander fursten, graven, herrensteende, jeden nach seinem stand und wesen."[42] M.A. forderte nur, dass „den Churfursten als den fordersten gliedern Herkommen und Gerechtsame vorbehalten und versichert würden", N. 363 Art. 3 berücksichtigt ausser Kurfürsten schon Fürsten und Stände, W. V. Art. 6 bestätigt alle Regale, Obrigkeiten, Privilegien, Pfandschaften.

Der später gestrichene Art. 7 der Entwürfe sah vor, dass statt des bisherigen Eids, der „etlicher gefallens nit on nachteil und verachtung derselben fordersten glider des reichs gestelt" sei, nur ein Eid geschworen werde, dem Könige „getreu und hold" zu sein und alles schuldige zu thun. Die Vorberatungen hatten zunächst dahin geführt, dass der neue Artikel in *D W* und *L* eingefügt und wieder

41. A. a. O. S. 219.

42. Wenn in *D* und *W* (DRA. I. S. 867, Z. 16) hinter „jeden nach seinem stand" ausgelassen war „und wesen", so erinnert die Zufügung an die Stelle M. A. 4: die Kurfürsten seien „achtlicher mass zu stellen, die nit also hoch underthenikeit in solchen grossen erlichen gewelten . . auf ir truge und doch der substanz nichts beneme." (S. 769, Z. 21.)

Digitized by Google

gestrichen, dass aber dann doch dazu bemerkt war: soll stehn und ist nicht ausgethan. Die Kommissare aber beschwerten sich (*A*), da der Artikel die höchste Obrigkeit eines Römischen Königs betreffe, und baten, man möge solche Aenderung ruhen lassen. Die Frage, wann sie diese Bitte äusserten, mag noch nicht völlig zu entscheiden sein;[43] sicher ist, dass die Kurfürsten dies zunächst nicht gewährten (*B*): es würden die Kommissare selbst den neuen Eid für recht halten, wenn sie wüssten, „aus was Ursachen der Artikel gesetzt sei", und dass er alles, was der vorige Eid in sich begreife, auch enthalte. — Ebendeshalb könne doch auch der alte Eid gelten, erwiderten die Kommissare nochmals am 3. Juli[44], und nun mit Erfolg; denn der Artikel wurde gestrichen. —

Es folgt je ein Artikel im besonderen Interesse der Kurfürsten wie einer im Interesse aller Stände.

In Art. 7 der Ausfertigung, also gleich an der Spitze aller besonderen Forderungen, verlangte man die erneute Zusicherung des nach der goldenen Bulle den Kurfürsten zustehenden Rechts zusammenzukommen und über ihre Beschwerden zu beraten. Auffällig ist, dass in den Mainzer Artikeln, welche an sich die Stellung der Kurfürsten sehr stark betonen, gerade diese Forderung erst von dritter Hand nachgetragen ist (M.A. 15). N. 363 erwähnt die Forderung nicht. Die Fassung in *D* und *W*, „dass sie die Kurfürsten" zusammenkommen dürften, wurde dahin geändert, dass, „die gedachten sechs Kurfürsten" diese Freiheit haben sollten.[45]

---

43. S. o. S. 383, n. 35.

44. DRA. I. S. 867, A. 1. Waltz S. 233.

45. Wegen beider Umstände ist man versucht, hier an einen Einfluss des Sachsen zu denken, der in Mainz nicht anwesend war, aber später das Recht der Zusammenkünfte stark betonte. Ueber die Zusetzung der Zahl „sechs" s. u. Vgl. Art. 9.

Digitized by Google

Der Erwählte sollte sodann (W. V. 8) im Interesse der öffentlichen Sicherheit alle „pundnus . . . zusamenthun des adels und gemeinen volgs, auch die emporung, aufrur und ungeburlich gewelt gegen den churfursten, fursten und andern — furgenommen und die hinfuro mochten bescheen — aufheben und abschaffen." Es wird zugesagt; auch scheint ihm dagegen die Hülfe des Reichs in Aussicht gestellt zu sein. Beide Vorlagen hatten den Punkt berührt.[46] Gemeint waren nach M.A. 14 Empörungen „so der Adel und die Ritterschaft geübet";[47] geschützt sollten nach beiden Vorlagen werden: Kurfürsten, Fürsten und andere Stände, nach den Mainzer Artikeln dabei „sonderlich die Kurfürsten"; nach N. 303 Art. 10 scheint auch an die Unterthanen gedacht zu sein; denn besonders wurde gefordert, „Versammlungen zu Ross oder Fuss, dadurch einich churfurst, furst unversehenlich mocht uberzogen werden, gotshuiser, kloster, junfern und ander undersaissen geschant und verdorfen, bie penen zu verbieden." —

Erst nach dem kurfürstlichen Recht der Zusammenkünfte und den Massnahmen für öffentliche Sicherheit wird des Erwählten Stellung zum Reich (W. V. Art. 9—14) besprochen.

W. V. 9. Der Abschluss eines Bündnisses mit einer fremden Nation oder einer Einung mit Reichsgliedern soll dem Erwählten nicht ohne Rat, Wissen und Willen der Kurfürsten[48] oder zum mindesten der Mehrheit derselben gestattet sein. Es war dies der einzige Punkt, in welchem man die einmütige Zustimmung nicht festhielt; *D* und *W* forderten sie ursprünglich; in *A* war von den Kommissaren gebeten, sich mit der Zustimmung der Mehrheit zu begnügen, in *B* war von den Kurfürsten

46. DRA. I. N 363 im letzten Punkt und die M. A. im Art. 14, der auch ursprünglich der letzte war. Vgl. DRA. S. 771, Z. 19.

47. DRA. I. S. 770, Z. 33 Note d.

48. Sechs in *D* nachgetragen.

Digitized by Google

die neue Fassung vorgesehn; sie ist in *W* nachgetragen, fehlt aber in *D*. — M.A. 6 verlangte sogar die Einwilligung aller Stände (allerdings hauptsächlich für den Beginn eines Kriegs). N. 363 entsprach der Fassung *D* und *W*.

W. V. 10 sichert Schutz aller Reichsglieder in ihrem Besitz zu, und zwar heisst es „Kurfürsten, Fürsten, Herren und andern." In diesem Punkte hatte M.A. 16 ein Gebot verlangt, dass keine Mandate gegen die kurfürstliche Freiheit ausgingen. Die Kommissare wünschten die Hülfe des Reichs (*A*); sie ward verweigert (*B*). Die Kurfürsten fügten bei: wenn ein so gewaltiger Zug nötig würde, müsse das mit Rat und Willen der Kurfürsten vorgenommen werden, „die sich darin wol aller Gebure zu halten wissen werden". Dies ward dann in einer Entgegnung der Kommissare vom 3. Juli aufgegriffen und die Sache so dargestellt, als seien nach rechtlicher Erkenntnis die Kurfürsten nicht nur zur Beratung über eine Hülfe erbötig, sondern sie und das Reich zur Leistung derselben verpflichtet.

W. V. 11. legte dem König die Wahrung alles Besitzes beim Reiche auf. Diese sollte dadurch ermöglicht werden, dass der Erwählte a) sich für jede Veräusserung von Reichsbesitz — Hingabe, Verschreibung, Versetzung, Verpfändung — an die Zustimmung der Kurfürsten band, b) zusicherte, alles Verlorene wieder dazu zu bringen. Die gleiche Forderung findet sich M. A. 9, 10.

Der nächste Artikel (W. V. 12) ist derjenige unter den 21 ersten Artikeln, welcher keine Vorlage hatte, und enthält eine Sicherung für den Fall, dass der Erwählte oder die Seinen ohne rechtmässigen Titel Reichsgut besässen oder erhielten.[49] In beiden Fällen sollte er es auf Verlangen

49. Der Art. wird von Roesler und von Waltz nicht besonders hervorgehoben.

Digitized by Google

der Kurfürsten dem Reiche zustellen. Der Artikel war, wie später den Kommissaren versichert wurde (*B*), „nicht auf König Karl gestellt", sondern aufgesetzt, ehe man gewusst hatte, wer gewählt werden würde.

Es folgt in W. V. 13 die Zusicherung von Friede gegen benachbarte, christliche Gewalten, womit stillschweigend wohl ein Türkenkrieg erlaubt wurde. Sonst sollte der Erwählte weder ausserhalb noch innerhalb des Reichs Krieg beginnen. Deshalb ward die viel angeführte Bestimmung getroffen, dass er fremde Truppen nicht ohne Bewilligung der Reichsstände, zum wenigsten der Kurfürsten, ins Reich führen solle. M.A. 11 sah nur Bewilligung der Kurfürsten vor und verbot besonders nur Kriege mit dem Reich und seinen Gliedern. N. 36,3 wollte den König für den Beginn aller Kriege an Zustimmung der Kurfürsten binden. Auf besondern Wunsch der Kommissare ward von den Kurfürsten in *B* bewilligt und in dem Entwurf *W* der W. V. zuerst nachgetragen, dass der König die Hülfe des Reichs gebrauchen dürfe, wenn er von wegen des Reichs oder dieses selbst bekriegt würde.[50] Die Kurfürsten begnügten sich trotz der Bitte der Kommissare mit der Zustimmung ihrer Mehrheit nicht.

W. V. 14 will, dass die Ansprüche an die Kurfürsten und Reichsstände ermässigt werden, so die kostspieligen Reichstage, das hohe Kanzleigeld, das Nachreisen, Aufschläge und Steuern. Und nur unter der sechs[51] Kurfürsten besonderem Vorwissen und Bewilligen sollten Steuern ausgeschrieben, Reichstage berufen werden. Ein Reichstag sollte — dem Zusammenhange nach wegen der Kosten — nicht ausserhalb der deutschen Nation angesetzt werden.[52] Eine Bitte der Kommissare, dass in dringenden

50. Entwurf *D* hat den Zusatz noch nicht.

51. In *W* nachgetragen.

52. Ueber Abweichungen einzelner Fassungen s. u.

Digitized by Google

Fällen, wo die Kurfürsten vorher nicht befragt werden könnten, der König allein Reichstage ausschreiben dürfte, wurde nicht genehmigt. M.A. 7 verlangte für die Kurfürsten das Bewilligungsrecht bei Steuerauflagen; N. 363 Art. 2 forderte nur Beschränkung der Reichstage durch Einwirkung der Kurfürsten. —

Weiterhin wird die Eigenart deutscher Verwaltung zu wahren gesucht (Art. 15—17).

Nach Art. 15 der W. V. sollten die Aemter am Hof und im Reich mit geborenen Deutschen besetzt werden, und zwar mit namhaften Leuten aus den Fürsten, Grafen, Herren vom Adel und „sonst dapfers guts herkomens personen". Hier haben beide Entwürfe und sogar das kleinere Dresdener Original „dapfers guts herkomens hohen personen". Ferner war in *D W* am Rande nachgetragen, aber in *W* wieder getilgt: (der Erwählte werde) „die, so vormals in regierung gewest und churfursten, fursten und andere stende verechtlich gehalten und geacht, auch sunst manichfeltich beschwert, in regirung vermeiden und nit gebrauchen".[53] Die Besetzung des Regiments mit Deutschen war in Augsburg[54] und Mainz berührt (M.A. 11).

Nur in Augsburg war angeregt, welche Sprache Karl und seine Gubernatoren anwenden dürften (W. V. Art. 16). Damals forderte man: nur die deutsche Sprache sollte gebraucht werden; schon Entwurf *D* gesteht zu: „die Deutsche oder Lateinisch Zung,"[55] es sei in Gebieten, wo gewöhnlich eine andere Sprache geredet würde.

Nach Art. 17 der W. V. sollen rechtliche und „gutliche" Tagleistungen nicht ausserhalb des Reichs und nur vor den geordneten Richtern statt-

---

53. S. u. Vgl. DRA. I. 386. Pace an Wolsey 3. Juli, wo er von diesem Wunsche bereits wusste.

54. S. o. S. 16|7.

55. In *D* unterstrichen: Nota Lateinisch.

Digitized by Google

finden. Weil solche Gerichtstage jedermann angehen, werden neben Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren vom Adel auch andere Stände und sogar Unterthanen als diejenigen genannt, welche nicht ausserhalb des Reichs vor Gericht citiert werden dürfen.[56] —

Die Artikel 18—21 betreffen die Erleichterung der Lasten. Zunächst in Art. 18 sagt der König Fürsprache für Verringerung der päpstlichen Auflagen zu, bei Hülfe des Reichs. Wie erwähnt,[57] lag dies zwar wohl im Interesse der Unterthanen, doch noch mehr in dem der Geistlichkeit, und ward in Mainz schon erwogen. M.A. 13.

Nach Art. 19 sollte der Erwählte verpflichtet sein, mit Hülfe der Stände die „grossen Gesellschaften der Kaufgewerbsleut abzuthun", „so bisher mit ihrem Geld regiert, dem Reich, den Einwohnern und Unterthanen zu Schaden." Nach Entwurf *D* und *W*, ebenso M. A. 8 hatte man eine Reform, und nur, wenn nötig, eine völlige Abstellung gefordert. Jedenfalls galt es dem allgemeinen Nutzen.

Dann freilich wird (W. V. Art. 20) die Errichtung neuer Zölle, die Erhöhung alter an die Zustimmung lediglich der sechs[58] Kurfürsten gebunden. In den Mainzer Artikeln war dieses Verbot als letzter Artikel nachgetragen. Die Zustimmung der Mehrheit ward nicht für genügend angesehn.

Angeschlossen ist dann in W. V. 21 die erwähnte,[59] nur für den beschränkten Kreis der rheinischen Kur-

---

56. Roesler S. 207 sagt nur: „zu Diensten (?) ausserhalb des Reichs soll niemand verpflichtet sein". — Da dieser Artikel eine Erweiterung zu 15. 16 ist, fehlt eine besondere Vorlage.

57. S. o. S. 372.

58. „sechs" in *DW* nachgetragen.

59. S. o. S. 371.

Digitized by Google

fürsten wertvolle Zusicherung, keine Zollfreiungen zu gewähren (s. M. A. 12). Es ist der letzte Punkt, für den die M. A. Vorlage waren. —

Drei folgende Artikel W. V. 22—24 haben Bezug auf das Gericht. W. V. 22: Der Erwählte wird jedem Kurfürsten, Fürsten und jedem, wes Standes er sei, Schutz gegen gewaltsame Angriffe gewähren und ordentliches Gericht bestellen. — W. V. 23: er wird selbst nicht angreifen oder Vergewaltigung anordnen, sondern etwaige eigene Streitigkeiten zu geregeltem Verhör und Urteil bringen. — W. V. 24: er wird auch niemanden unverhört in die Acht erklären, vielmehr nur nach geregeltem Prozess.

Den ersten beiden Artikeln 22, 23 lagen die Punkte 6 und 7—8 von N. 363 zu Grunde, unter zum Teil wörtlicher Uebernahme;[60] W. V. 24 aber ist ohne Vorlage. In den Entwürfen dazu ist eine wesentliche Stelle gestrichen; die Kurfürsten hatten mit Hinweis auf Maximilians Vorgehen gefordert, Achterklärungen dürften nicht „also swintlich, wie oft gescheen" erfolgen. Da die Kommissare (in *A*) erklärten, es sei des Kaisers Ehre zu bedenken, strich man den Zusatz in *W*.

Ebenfalls um eine Vergewaltigung des Verfahrens zu hindern, war hier ursprünglich ein Artikel eingeschoben, nach dem der König über eine bestimmte Zahl fremdes Volk nicht nach Deutschland führen durfte ausser in einer Notlage des Reichs oder mit Zustimmung der Stände, zum Mindesten der Kurfürsten. Die Zahl war noch nicht festgesetzt. Der Artikel wurde später gestrichen.[61]

---

60. Dabei findet sich der Zusatz: „es wurde dann anderst mit recht und erkantnus der richter erlangt".

61. S. o. S. 378|9.

Digitized by Google

Eine besondere Vorlage fehlt uns auch für die Art. 25—27 der W. V., die man aber als nähere Ausführung zu Art. 11 und 12 ansehn kann; sie behandeln wiederum etwa die Wahrung der dem Reiche zustehenden Machtmittel.

Wie Art. 19 gegen die Kaufmannsgesellschaften, Art. 8 gegen den Kleinadel, so richtet sich Art. 25 gegen die Städte. Der Erwählte soll die Reichssteuer derselben und andere Gefälle, die besonderen Personen zu Gute gekommen sind, wieder zum Reiche ziehen, „es wer dann, das sölchs mit rechtmessiger bewilligung der sechs Kurfursten bescheen wer".[62] Dieser Schluss ist in *D W* nachgetragen; dass die Zustimmung der Mehrheit der Kurfürsten genügen dürfe, ward auch hier erbeten, aber nicht bewilligt.

Weiter sollte (Art. 26) der Erwählte heimfallende Lehen, „so etwas mergliches ertragen", als Fürstentümer, Grafschaften, Herrschaften, Städte und dergl. zur Unterhaltung des Reichs, seiner und anderer Könige und Kaiser behalten, doch den Erblanden des Königs und sonst jedermann an seinen Rechten und Freiheiten unschädlich. Ursprünglich war gesagt: Lehen, „so zum wenigsten etwas ertragen," und es fehlte die nähere Bezeichnung. Geändert ist in *W* nach einem Wunsch in *A* und Bewilligung in *B*; in *D* fehlt der Zusatz. Auch der Schluss des Artikels lautet in den Entwürfen *D* und *W* anders: der Erwählte sollte die Lehen einbehalten, „inziehen und incorporiren, bis so lang dasselbig reich wider zu weszen und aufnemen kombt, doch meniglich an seinen rechten und freiheiten unschedlich", wovon der Schluss wiederum in *D* erst nachgetragen ist; auch in dem kleineren Original in Dresden ist die ältere Fassung geblieben. Dafür ist in *W* und der Ausfertigung

62. In *D*: Nota, welche von den Kurfursten bewilligt. Eine Forderung der Kommissare in *A* ist nicht bekannt.

Digitized by Google

der Zusatz betreffs der Erblande eingetreten. Dies ist in *A* gefordert, in *B* bewilligt, in *W* zunächst korrigiert.

W. V. 27. Wenn mit Hülfe der übrigen Stände Gebiet gewonnen wird, soll es dem Reiche zugewendet werden; und nach einem späteren Schluss des Artikels soll der Erwählte Gebiet, das aus früherer Zeit dem Reiche zusteht und jetzt verloren ist ihm auch dann wieder zustellen, wenn er es ohne Reichshülfe zurückerlangt. Bei Massnahmen, die er ohne Wissen und Willen der Stände vornimmt, sind diese zu Hülfsleistungen nicht verpflichtet. — Im Entwurf war ursprünglich gesagt, dass die Stände zu Gunsten der Erblande Hülfe zu leisten nicht mehr verpflichtet seien als zur Hülfsleistung für jeden andern Stand des Reichs.[63] —

W. V. 28. Der König wird die Massnahmen der Vikare während der Vakanz genehm haben und wird nach Art. 29 Mängel der Münze mit Hülfe der Stände bessern. — W. V. 30 wiederholt die Erklärung, dass der König durch die neue Wahl eines Habsburgers keinen Anspruch auf ein Erbrecht erhalten zu haben glaube, vielmehr die Kurfürsten bei ihrer freien Wahl belassen werde.[64] — W. V. Art. 31 verspricht der König, einen ersten Hof in Nürnberg zu halten; der Absatz ist erst nachgetragen. — In W.V. Art. 32 giebt der König das Versprechen, alles obige halten zu wollen, wie er ja darauf einen

63. In *DW* ursprünglich: churfursten, fursten und stende auch sunst zu einicher hilf unsern erblanden zu nutz koment, nit verbunden, noch ichts dann wie einem andern des reichs stand zu thun schuldig sein. — In *D* war hierzu am Rande von dritter Hand bemerkt: Nota dise wort steen dunkel.

64. In *D* am Rande von dritter Hand: Nota: Ob dawider gesucht ¸und die churfursten gedrungen, das doch nit sein sol, das solchs fur nichtig soll gehalten werden.

Digitized by Google

leiblichen Eid zu Gott geschworen habe, den freilich zunächst die Kommissare für ihn leisteten. —

Hierauf folgte in den Entwürfen die schon erwähnte[65] Zusage des Königs, sich von diesem Eid nicht absolvieren zu lassen. „Und ob einich absolution derhalb gegeben (were oder)[66] wurde, uns der selben nit zu behelfen noch zu gebrauchen in oder ausserhalb rechts.“ — Weiter verspricht er in Art. 33, gegen künftige Festsetzungen, die mit Hülfe der Stände gemacht werden möchten, kein Reskript zu erlassen, und (Art. 34) was denselben zuwider ausgehe, für nichtig zu erklären. Er wird in solchem Fall „ein not durftig urkund oder brieflichen schein“ ausstellen. — W. V. Art. 35. Er wird endlich möglichst bald im Reiche zur Krönung erscheinen, auch nach Möglichkeit dort residieren und die Kaiserkrone zu der Würde des römischen Königs erwerben. — W.V. 36. Von dieser Verschreibung soll jedem Kurfürsten ein Exemplar zugestellt werden. —

Stellen wir nun diejenigen Stücke, in denen der Gesamtheit der Stände zuerkannt wird, was vorher die Kurfürsten für sich allein erbaten, zusammen, so sind es 1. das Zustimmungsrecht zu Fehden des Königs gegen Reichsglieder (Art. 13), 2. Schutz von Würden, Rechten, Gewohnheiten (5 und 6) 3. Schutz des Besitzstandes und der Rechtsprechung. (Art. 21—24). Zudem war, zum Teil nicht erst in den Entwürfen, sondern schon in den früheren Vorlagen, das Interesse der übrigen Stände doch auch nicht ausser Acht gelassen, so in der Bestimmung gegen Zusammenrottung des Adels (W. V. 8, M. A. 13), bei Besetzung der Reichs- und Hofämter, (W. V. 15), bei der in Aussicht gestellten Beschränkung der Kaufgesellschaften (W. V. 19, M. A. 13).

65. S. o. S. 372/3.

66. ‚Were oder‘ in *D* gestrichen.

Digitized by Google

Wenn also die Kurfürsten schliesslich auch das Interesse anderer Stände etwas mehr berücksichtigten, ist es vielleicht für das Zustandekommen dieses Umschlags nicht unwichtig gewesen, dass die Kommissare vor der Wahl in Höchst oder Mainz „all Reingrafen und ainen ausschuss von allen Franken, darzue Franzen von Sickingen vill ritter und edl mit grosser anzall u. s. w."[67] bei sich hatten. Dass die Kommissare unmittelbar unter dem Einfluss fränkischer und rheinischer Grafen standen, von denen die letzteren bei den Kurfürsten im Februar und März ihre Abneigung gegen Franz I. sehr deutlich zum Ausdruck brachten,[68] kann recht wohl die etwas grössere Berücksichtigung, welche mit anderen Ständen auch der niedere Adel[69] (Art. 15) in der Wahlverschreibung fand, erklären Dass die Kommissare schon von Höchst aus Bemerkungen zur Wahlverschreibung machten, kann nicht für bewiesen gelten, muss aber nach dem Früheren doch als glaubhaft bezeichnet werden.[70] Die Unterschiede des Entwurfs *W* der W. V. und der Ausfertigung sind oben zu den einzelnen Artikeln berührt und von Waltz im Zusammenhange wiedergegeben, so dass wir nicht genauer auf den Inhalt einzugehen nötig haben.[71] Waltz hat auch richtig hervorgehoben, dass lediglich für den Abschluss eines Bündnisses die Kurfürsten die Zustimmung ihrer Mehrheit für ge-

67. Wiener Aufzeichnung DRA. I. S. 811, Z. 24 ff. Weiter wird noch zugefügt: „und bei 20000 guts kriegsvolk so im land Wirtenberg gewest bestelt. Was betrachtung, vernunft, erwerkeit do gebraucht, ist unaussprechlich." Dass die Rüstung der Habsburger auf die Kurfürsten einen Druck ausüben musste, ist bereits von andern erwähnt.

68. S. o. S. 193.

69. Natürlich nur soweit er sich nicht zu Aufruhr und Empörung zusammenrottete.

70. S. o. S. 341|2, 349 ff.

71. A. a. o. S. 221.

Digitized by Google

nügend erklärten, dagegen Beschluss über Krieg, neue Auflegung oder Erhöhung von Steuern und Zöllen, Verschenkung von Steuern, Ansetzung eines Reichstages ihrer einstimmigen Einwilligung vorbehielten.

Es erübrigt, die Frage aufzuwerfen, ob sich über die Zeitfolge der einzelnen Aenderungen in *D* und *W* etwas ermitteln lässt, insbesondere aus Kluckhohns Angaben darüber, von welcher Hand die einzelnen Aenderungen vorgenommen sind. — Wir sahen oben, dass jene Bemerkungen der Kommissare, die Kluckhohn als *A* bezeichnet hat, vor dem 3. Juli abgefasst sind, ebenso *B* die Antwort der Kurfürsten. Vieles, was *B* bewilligt, ist in *W* entsprechend geändert. Da wir nun aber nicht genau wissen, umwieviel *B* vor dem 3. Juli entstanden ist, so bleibt auch ungewiss, ob die Aenderungen in *W*, wie man glauben kann, auf den 1.—3. Juli anzusetzen sind oder früher. Solche Aenderungen sind 1) das Zugeständnis, dass zum Abschluss eines Bündnisses nur die Zustimmung der Mehrheit der Kurfürsten nötig sei (Art. 9 Note d); 2) zum Art. 13 über die Kriegführung der Zusatz (Note d), dass bei einem Angriff von des Reichs wegen oder auf das Reich der König aller Hülfe gebrauchen dürfe; 3) die Streichung des Vermerks über die früher allzu schnelle Vollziehung der Acht (Art. 24 Note a); 4) die genaue Angabe der Lehen, welche einzubehalten wären, und der Zusatz über die Erblande im selben Artikel (Art. 26 Note f, g, h). Unter diesen Fällen hat es sich in Art. 26 Note f und h wie Art. 24 Note a um Aenderung oder Tilgung eines vorhandenen Textes gehandelt, wobei nicht bemerkt wird, dass die Aenderung durch andere Hand erfolgte. Dagegen wird Zufügung von anderer Hand Art. 9 Note d und Art. 13 Note d, nachträgliche Zusetzung Art. 20 Note g bekundet.

Wir finden den Vermerk: „in *W* von andrer Hand" nun auch in weiteren Fällen, wo nicht bekannt ist, dass die Aenderungen auf Forderungen in *A* zurückgehen. Es fragt

Digitized by Google

sich, ob auch diese Aenderungen etwa doch durch das Schriftstück *A* veranlasst sind.

Dafür kommt zunächst in Betracht Art. 14 Note m die Zusage, die Stände nicht durch häufige und entfernt gelegene Reichstage (hier in *W* getilgt: wie bisher bescheen), hohes Kanzleigeld, Nachreisen, Steuer zu neuen Ausgaben zu nötigen, wenigstens nicht ohne Wissen der Kurfürsten. Hier ist zugefügt:[72] „wie obgemelt, dazu erfordert." Ebenso steht zu Art. 20 der spätere Zusatz: „wie vor und oft gemelt." Beides geht auf die Forderung Art. 9 zurück, dass sie zu gelegener Malstatt und ziemlicher Zeit erfordert sein sollen. Damit können wir aber auch diese Aenderungen zu den Bewilligungen in *B* in Beziehung setzen.

Andere Aenderungen sind auch in Hs. *D*, aber von zweiter Hand, vorgenommen. So fügt zu dem erwähnten Artikel über Reichstage, Nachreisen, Steuer (Art. 14) die Note n den Schluss: „sonderlich keinen reichstag ausserhalb des reichs Deutscher nation furnemen noch ausschreiben." Und in Art. 9, der in *W*, nicht in *D*, wie wir sahen, am Schluss die Aenderung erhielt, dass die Kurfürsten für ein Bündnis die Zustimmung der Mehrheit für genügend erklärten, findet sich zu dem Eingang „wir sollen und wellen darzue fur uns selbs . . . auch kein Bündnis machen" die Einschaltung „als Rom. konig in des Reichs hendeln", in *D* und *W* nachgetragen, in *D* von zweiter Hand (Note k). Dieser Zusatz ist also vor jenem Schluss eingefügt; denn wären beide Aenderungen gleichzeitig, so würde nicht der Schluss in *D* fehlen; wäre aber der Schluss in *W* eher angehängt, so müsste er natürlich in *D* erst recht vorhanden sein; also ergiebt sich, dass die Zufügung in *D*

72. Ausserdem zu den Worten: ohne Wissen der Kurfürsten die Zahl „sechs" s. u.

Digitized by Google

von zweiter Hand vor den Zufügungen in *W* liegt. Das gilt dann auch für die erwähnte Note n zu Art. 14 und eine unbedeutende Notiz Art. 26 Note d. Ob wir diese Zufügungen in *D* von zweiter Hand vor die letzten Verhandlungen mit den Kommissaren, und also auch vor die Wahl selbst setzen müssen, ist freilich ungewiss.

Es bleiben dann noch zu besprechen die Zufügungen der Zahl „sechs" bei Nennung der Kurfürsten,[73] weiter die „Notae" in Handschrift *D* und diejenigen Abweichungen, welche *D* und *W* gemeinsam haben.

Eine jener Zufügungen der Zahl „sechs" findet sich zu dem Artikel, welcher hinter Art. 24 fortgefallen ist (DRA. S. 873 Z. 30) und über die Anzahl fremder Truppen handelt, die der Erwählte etwa ins Reich bringen dürfte. Die Zulassung war zum mindesten an die Zustimmung der sechs Kurfürsten gebunden; sechs ist über der Zeile in *D* nachgetragen; am Rande steht: nota 6 churfursten (unten als Note 3 bezeichnet). Im Artikel 9 Note m war „sechs" gleichfalls über der Zeile nachgetragen, die ganze Stelle ist dann zwar getilgt, die neue Formulierung rechnete aber ebenso mit der Befragung von sechs Kurfürsten, wenn sie auch die Zustimmung der Mehrheit gerade in diesem Punkte für genügend erklärte. Da sich jene Nota zu einem später gestrichenen Artikel in der getilgten Fassung findet, die Zufügung in Art. 9 ebenfalls, so sind sie natürlich selbst ziemlich früh anzusetzen und erst recht jene Nota.

Die weiteren Zusetzungen der Zahl „sechs", sowie die übrigen Notae mögen hier zusammengestellt werden.

Die Zahl „sechs" findet sich in Art. 7 erst in der Ausfertigung, ohne dass zu *D* oder *W* etwas bemerkt wäre.[74] Entsprechend ist Art. 11 Note a ein „samptlich"

73. An die böhmische Stimme scheint nicht gedacht zu sein, was sich aus der Unmündigkeit des Böhmen erklären mag.

74. Vgl. DRA. S. 868, note a. S. o. Art. 9.

Digitized by Google

eingefügt. In Art. 14 ist „sechs" erst in *W* nachgetragen, Art. 25 Note e dagegen tilgte man das „samptlicher". — Die Zufügung der Zahl „sechs" hat doch wohl den thatsächlichen Grund, dass vielfach nur die rheinischen Kurfürsten zusammengekommen waren und dass deshalb die beiden Kurfürsten aus dem Osten ihre Berücksichtigung forderten. Deshalb wird nachträglich zugesetzt, dass sechs d. h. nicht vier Kurfürsten zusammenkommen oder gefragt werden sollten. Zum mindesten möchte ich dies bei der Bestimmung annehmen, dass Zusammenkünfte der sechs Kurfürsten zulässig sein sollten, da es sich um kein Bewilligungsrecht handelt.

Die Bemerkung N o t a findet sich in folgender Weise verteilt: 1. zur Verpflichtung, die deutsche oder lateinische Sprache zu gebrauchen, ist in *D* am Rande bemerkt (1): „Nota Lateinisch", (Art. 16 Note e). — Wenn sich bei der Verpflichtung, keine Steuer vom Reich kommen zu lassen, der Zusatz findet: „es wer dann, das sölhs mit (samptlicher in *DW* getilgt, in *L* geblieben) rechtmessiger bewilligung der sechs churfursten bescheen were," so ist dazu in *D* am Rande bemerkt: (2) „Nota, welche von den churfursten bewilligt" (Art. 25 Note d). — Die Nota zum vorher gestrichenen Artikel ist oben erwähnt. (3). — Ferner stand eine Nota zu dem ursprünglichen Schluss des Artikels über Zuwendung von Eroberungen ans Reich. (Art. 27, s. o. S. 397.) Dieser Schluss lautete: „churfursten fursten und stende auch sunst zu einicher hilf, unsern erblanden zu nutz koment, nit verbunden, noch ichts, dann wie einem andern des reichs stand zu thun schuldig sein", hierzu steht am Rand von dritter Hand die Notiz (4) „Nota dise wort steen dunkel." (Note c). — Weiter ist (Art. 28) in der Bestätigung der Massnahmen während der Vakanz — „genehm haben" unterstrichen, das am Rande beigefügte Wort Nota (5) aber wieder gestrichen. — Zur Versicherung sodann, auf ein Erbrecht keinen Anspruch zu erheben

Digitized by Google

und alle Reichsgesetze zu halten (Art. 30), ist nach Note c in *DW* nachgetragen: „Wo aber darwidder von jemants gesucht, getan oder die churfursten in dem gedrungen wurden, daz doch in kains weg sein sol, das alles sol nichtig sein und dafur gehalten werden"; hierzu in *D* von dritter Hand: (6) „Nota ob dawider gesucht und die churfursten gedrungen, das doch nit sein sol, das solchs fur nichtig soll gehalten werden." Endlich zu der Versicherung des Königs, alles aufgeführte halten zu wollen, wie er deshalb einen leiblichen Eid geschworen habe, steht in *D* am Rande (7): „Nota der aid." (Art. 32 Note f).

Wenn wir uns erinnern, dass die Forderungen jener Aufzeichnung *A* der Kommissare bei den Aenderungen in *W* berücksichtigt sind, so müssen wir uns den ursprünglichen Text von *W* vor *A*, also wohl 1.—2. Juli, und zwar spätestens, entstanden denken, folglich wohl die Entstehung von *D* noch früher. — Von obigen Notae machen nun die meisten ohne Zweifel den Eindruck, als seien dadurch von den Kurfürstenräten Punkte bezeichnet, die zur Erwägung gestellt oder erledigt waren: so wohl sicher die Noten 3, 5, 6, 7. Bei den übrigen könnte man daran denken, dass die Kommissare durch sie eine Aenderung als wünschenswert bezeichnet hätten, z. B., dass neben der deutschen Sprache auch die lateinische zu gebrauchen sei (oben Note 1), dass mit Bewilligung der Kurfürsten eine Reichssteuer auch verschenkt werden dürfe (oben Note 2 und Art. 25). Aber in beiden Fällen konnte der Gedanke auch von den Kurfürstenräten ausgehn. Note 2 würde dann eben die Zustimmung der Kurfürsten zu einem Vorschlag der Räte ausdrücken. An sich aber würde die frühere Ansetzung nicht gegen eine Urheberschaft der Kommissare sprechen: die Noten bewiesen dann, was wir sonst nur als wahrscheinlich hinstellen konnten, dass vor der Wahl mit den Kommissaren auch

Digitized by Google

Verhandlungen[75] über die Wahlverschreibung stattgefunden haben, und dass nicht lediglich die Anfrage an sie gerichtet ist, ob sie zu einer Verhandlung bevollmächtigt seien. Für Annahme einer Vorlage an die Kommissare und einer Gegenäusserung vor der Wahl könnte man weiter auch eine kleine Aenderung in *D* anführen, welche in dem später in *D* und *W* ganz gestrichenen Artikel mit dem Verbot, sich vom Innehalten der W.V. absolvieren zu lassen (DRA. S. 875, Z. 27), vorgenommen ist. Hier stand der Satz: „Und ob einich absolution derhalb gegeben were oder wurde, uns derhalben nit zu behelfen noch zu gebrauchen" und es sind die Worte: „were oder" gestrichen (in *D*). Es wäre nun möglich zu denken, dass die Kommissare erklärt hätten, eine Versicherung darüber, dass eine etwa gegebene Absolution ungültig sein solle, wäre unnötig, weil sie nicht gegeben wäre. Aber es bleibt dies eine Annahme. Auch die Nachtragung zu Art. 9 in *D* von zweiter Hand (s. o.): „als Römischer konig in des reichs hendeln" könnte auf einen Wunsch der Kommissare zurückgehen oder auf einen Hinweis, dass der Erwählte sich unmöglich für die Bündnisse aller seiner Länder an die Zustimmung der Kurfürsten binden könne.

75. Auf den Verkehr der Kurfürsten nach ausserhalb wiesen wir bereits hin, s. o. S. 342/3 u. 312 ff. Verhandlungen mit den Kommissaren kurz vor dem 28. lässt besonders vermuten folgende Aeusserung Hermanns von Pack in seinem Briefe vom 30. Juni an Herzog Georg von Sachsen aus Frankfurt (DRA. S. 862, Z. 9): er habe heute Paulus von Armsdorf aufgesucht „dan er vor nicht zu Hoest, sonder in Frankfurt gewessen." — — Einen Beweis würde allein nicht liefern die Beglaubigung der Kurfürsten für ihre Botschaft an die Kommissare vom 28. Juni (S. 849, A. 1); immerhin mag die Stelle neben anderm angeführt sein: Ihre Werbung sei gewesen, dass sie ihnen die Wahl eines Römischen Königs verkündeten „und wo ir bevelh stunde, desshalh wither der notturft zu handlen, das wolten die churfursten also erwarten. . ."

Digitized by Google

Eine zeitliche Ansetzung zu wagen, ist man endlich versucht für einige besonders markante Forderungen, so für die Nachfügung des ursprünglichen Schlusses vom 15. Artikel: Der Erwählte werde „die so vormals in regirung gewest und churfursten, fursten und andere stende verechtlich gehalten und geacht, auch sunst mannichfaltich beschwert, in regirung vermeiden und nit gebrauchen" (in *W* wieder getilgt), „auch die obbenannten embter bei iren eren, wirden, fellen, rechten und gerechtigkeiten beleiben und denselben nichts entziehen oder entziehen lassen in einichen wege sonder geverd." Wenn dies in *D* und *W* erst nachgefügt wurde, so geschah es wohl, als der Ausgang der Wahl für Karl sicher war, wie schon Waltz hervorhob. Und der Schluss von Art. 14: „sonderlich" solle der Erwählte „keinen Reichstag ausserhalb des reichs deutscher Nation furnemen oder ausschreiben" ist wohl auch erst nachgetragen, als Friedrich der Weise die Krone bereits abgelehnt hatte, also ein Nichtdeutscher und thatsächlich wohl eben nur Karl Aussicht hatte.

Somit konnten zwar nur wenige Vermutungen über die letzte gemeinsame Beratung der Wahlverschreibung durch die Kurfürsten und Kommissare den von Waltz ermittelten Anhaltspunkten hinzugefügt, aber doch einige Vorlagen für die Wahlverschreibung besser benutzt und damit die Vorbereitungen in Mainz und in den ersten Frankfurter Tagen richtig gestellt werden. Die Frage, ob die Kommissare schon vor der Wahl sich auch ihrerseits zur Wahlverschreibung äusserten, konnten wir nicht entscheiden, aber doch eher bejahen.

Im übrigen war das Ergebnis der Untersuchung über die Stellung der einzelnen Kurfürsten kurz folgendes:

Digitized by Google

Kurfürst Joachim nahm bereits vor dem Tode Maximilians, in berechtigtem Misstrauen gegen die habsburgischen Versprechungen, eine französische Werbung an. Nach dem Tode Maximilians gelangte er Anfang März wiederum zu einem neuen Vertragsentwurf mit den Franzosen. Wenn dieser Entwurf fünf Wochen nach der Abrede mit seinem Bruder: „er wolle in den Verhandlungen mit Frankreich fünf Wochen stille stehn" (Halle, etwa 1. Febr.) zustande kam, so wurde er wohl mehr durch das längere Ausbleiben französischer Gesandter, als durch das Festhalten Joachims an seinem Wort verzögert. Denn bereits vor dem 13. Februar, vielleicht also gleich nach dem Hallischen Tage, waren dem ersten französischen Unterhändler brandenburgische und mainzische Forderungen ausgehändigt; auch waren schon im Februar Unterhandlungen für Frankreich mit Köln eingeleitet, die sich Ende März erneuerten, weiterhin sich noch nicht deutlich verfolgen lassen. Sonst ergab sich für die Zeit nach dem März eine Spannung Brandenburgs mit Sachsen. Sodann bemerkten wir Joachims Mahnungen an Franz, zu rüsten, und seine noch von Frankfurt aus fortgesetzten Bemühungen, deutsche Fürsten für französische Dienste zu gewinnen. Endlich boten seine Briefe wichtige Angaben über die Kurfürsten in den unseres Erachtens entscheidenden Tagen.

Bei der Betrachtung der Trierschen Politik trat noch deutlicher als bisher die grosse Rücksicht hervor, welche König Franz auf die Ratschläge des Erzbischofs nahm. Verschiedene Konferenzen der französischen Wahlleiter mit ihm konnten festgestellt werden. Besonders charakteristisch ist die heimliche Mitnahme eines französischen Berichterstatters nach Wesel. Doch scheinen durch Triersche Leute allerdings auch mit Habsburg stetige Verhandlungen geführt zu sein.

Als den Führer der habsburgischen Partei konnten

Digitized by Google

wir Albrecht erkennen. Seine entschiedene Parteinahme erfolgte freilich erst Ende März. Aber bereits im Anfang des Monats konnte sein Anschluss an Karl für aufrichtig angesehen werden, wenn auch der Entschluss danach nochmals erschüttert wurde. Denn schon im Januar liess sich eine Neigung zu Habsburg feststellen, wie er denn den Bruder für einen gleichen Anschluss an Karl zu gewinnen suchte und auch im Vorjahre für diesen eingetreten war. Ueber seinen Verkehr mit den Kurfürsten konnte eine Reihe wichtiger Einzelheiten von Anfang März bis zu den Wahlberatungen selbst berichtet werden. Leider ist über seine Sendung des Dr. Buss von Alvensleben nach Brandenburg, die nach dem Weseler Tage stattfand, näheres noch nicht bekannt.

Bezüglich der pfälzischen Politik konnte beleuchtet werden, wie die einzelnen Anknüpfungen mit Frankreich jedesmal einem weiteren Vorrücken des schwäbischen Bundes entsprachen. Nach dem Weseler Tage liess sich eine „Abrede zu Mainz" konstatieren. Anfang Mai und Anfang Juni konnte eine nähere Beziehung zu Albrecht von Mainz nachgewiesen werden, weiter, Anfang Juni beginnend, dann auch persönliche Unterhandlung Ludwigs mit Karls Kommissaren.

Am wenigsten ergab sich neues für die Politik des Kölners. Das wichtigste ist wohl seine Einung mit Pfalz und Mainz für Karl zu Wesel. Die brandenburgischen Werbungen in Köln konnten durch die neue Publikation datiert werden.

Die Haltung Friedrichs von Sachsen stand ja in der Hauptsache bereits fest. Neu bekannt geworden ist besonders sein in Naumburg (3. Febr. 1519) gestellter Antrag, vor der Wahl möchten alle Kurfürsten zusammenkommen, und die ablehnende Haltung der rheinischen Kurfürsten, die sich aus dem Briefwechsel mit Albrecht ergiebt. Auch auf die Verhandlung über die Wahlver-

Digitized by Google

schreibung und sogar auf einzelne Bestimmungen derselben scheint sich der Einfluss dieser Abweisung seines Antrags erstreckt zu haben.

Vollständig neu gestaltete sich das Bild der Verhandlungen in Ungarn, Polen, Böhmen. Nach dem grossen Bericht Cuspinians muss man die wesentliche Ursache für den Verzicht Ludwigs von Ungarn auf eigene Vertreter in dem schroffen und entschlossenen Vorgehen der böhmischen Stände erkennen, die dafür in Ludwigs Sinne ihre Stimme Karl zuwenden mochten.

So konnte mit Hülfe der neuen Publikation das Bild des Wahlkampfes doch wesentlich deutlicher, als bisher möglich war, gezeichnet werden, wie dies v. Sybel schon im Vorwort zu den Reichstagsakten (S. III) betonte. Auf die Stellungnahme der Fürsten neben den Kurfürsten wurde in diesem Zusammenhange nur gelegentlich hingewiesen; auch die Stellung des Adels verdient vielleicht noch eine genauere Untersuchung.

Digitized by Google

Berichtigungen.

S. 1, Anm. 1 lies Gotha 1893
S. 5, Text Z. 3 v. u. „ muss
S. 16, „ Z. 6 v. u. „ Recht
S. 29, Anm. 31 statt ‚König Franz' lies ‚Robertet'
S. 39, Text Z. 1 v. u. lies Februar
S. 47/8, Anm. 81. 82 „ „
S. 98, Anm. 241 tilge ‚da'
S. 111, Anm. Z. 14 v. o. tilge den Punkt hinter war
S. 113, Text Z. 8 v. u. statt September lies November
S. 115, „ Z. 10 v. u. lies sein
S. 119, „ Z. 7 v. u. „ bereits
S. 127, „ Z. 10 v. o. „ (am 28. II.)
S. 128, „ Z. 5 v. u. „ Armersdorf
S. 160, „ Z. 2 v. o. „ Trierers
S. 175/6, Anm. 73. 74. „ Reg. C.
S. 183, Text Z. 3 v. o. „ 10000
S. 211, „ Z. 1 v. u. „ 20000 Gl. bar
S. 226, „ Z. 14 v. o. „ einen
S. 253, „ Z. 5 v. u. statt ‚zunächst' lies ‚anfangs'
S. 258, „ Z. 8 v. o. lies entscheiden
S. 310, „ Z. 13 v. o. „ S. o. S. 303
S. 347, „ Z. 7 v. u. Die Rüge eines Regiments ‚mit Kirchen' ist im Munde Albrechts auffällig; man möchte eher etwa an ‚Küchen' denken; aber nach gefälliger Auskunft vom Sächs. Ernest. Gesamtarchiv ist deutlich zu lesen ‚Kirrhen' (DRA. I. S. 844, Z. 26 ‚Kirchen').
S. 347, Text Z. 4 v. u. lies selbst
S. 375, „ Z. 7 v. u. „ Schlussbemerkung: (statt;)
S. 380, Anm. Z. 8 v. o. lies S. o. S. 316/7
S. 382, „ 34 Z. 1 lies S. o. S. 312, 342 ff., 351
Exk. S. VIII, Text Z. 10 v. o. statt ‚Sie' lies „Die Streichung"
Exk. S. IX, „ Z. 1 v. u. statt ‚des' lies ‚das'

Digitized by Google

Exkurs I

(zu S. 10).

Kurfürst Joachim selbst giebt am 29. August Herzog Albrecht von Preussen an,[1] dass Prinzessin Katharina seinem Kurprinzen „an Ehegeld und Schmuck" „bis in 400 000 Gulden" mitbringen solle, wovon der vierte Teil ihm baar in Augsburg durch die Fugger auszubezahlen sei. Bei Droysen[2] findet sich bereits die einfache Angabe „400 000 Gulden Ehegeld und Schmuck"; nach Roesler erhielt Joachim auch wirklich den vierten Teil ausbezahlt und erlangte Sicherheit für das übrige.[3] In der That wird ihm von Fugger eine Urkunde darüber ausgestellt, dass ihm 100 000 Gl. am Wahltag auszuzahlen seien.[4] Wir müssen uns aber hüten, diese 100 000 Gl. als ein Viertel der Zahlungen anzusehn. Es giebt nämlich die offizielle Urkunde an, dass Katharina ausser der Aussteuer von „vestimentis, jocalibus, supellectili argentea ac aliis ornamentis" 300 000 Goldgulden erhalten sollte, sodass also der vierte Teil nur 75 000 Goldgulden ausmachte. An diese Angabe haben wir uns zu halten; durch die Urkunde Fuggers wird sie im wesentlichen bestätigt, allerdings wird auch erklärlich, warum der Irrtum nicht eher bemerkt ist. Nach derselben sollen von den 100 000 Gl. nur „sibenzig tausend" Gulden „der vertragen Heirat halben" und „dreissig tausent guldin

1. DRA. I. S. 106, A. 2.
2. Droysen, Preussische Politik II. 2, 109.
3. Roesler S. 39, auch Droysen a. a. O.
4. DRA. I. S. 107, A. 1.

Digitized by Google

von ander bekanntlicher und verrechneter Schulde wegen" gezahlt werden. Von diesen Summen stehen doch wohl die 70000 Gl. für jenes erste Viertel des Heiratsgelds, das allerdings dann etwas knapp gerechnet ist (statt 75 000 Gl.); die 30000 Gl. „von anderer bekanntlicher und verrechneter Schulde wegen" erscheinen neben 70 000 Gl. Heiratgeld auch in dem Memoire für Courteville, der am 27. Oktober die Urkunden über die Abmachungen von Augsburg nach Spanien überbrachte, dort als „don gratuit".[5] Der Kurfürst schreibt auch in einer Instruktion vom 26. Dezember 1518,[6] als er sich nach langer Wartezeit nach dem Stande der Dinge erkundigt, da eine Ratifikation ausblieb, bezüglich dieser Summe: „item wollet gedenken der 30 000 Gl. halben, wie wir uch underricht und bevolhen haben," was dann nach des Kaisers Tode von dem Rate Ziegler am 12. Februar aufgegriffen wird. So haben wir also eine Zusage von 30 000 Gl. als einmaliger Verehrung, ein Heiratgeld von 300 000 Gl., davon sollten 70 000 nach der Wahl[7] zahlbar sein, der Rest bei der Uebergabe Katharinas Cantate 1520.

Exkurs II

(zu S. 17).

Nitti (Leone X, S. 130) hat nachgewiesen, dass Leo X. Anfang November eine Bulle aufgesetzt hat, welche diejenige Clemens IV. für diesen Fall aufhob; sie ist freilich immer in der päpstlichen Kanzlei zurückbehalten. Zu dieser Bulle war der Papst vielleicht bestimmt oder genötigt, weil Maximilian betreffs des Türkenzugs in Augsburg (S. 2) wenigstens einige Erfolge gehabt hatte und nun die Krönung zur Bedingung seiner Teilnahme am Türkenzug machen

5. Le Glay II, 176; von Mignet, Rivalité S. 144 u. Höfler l. c. S. 90 benutzt.

6. DRA. I. S. 120 A. 4.

7. Vgl. Note 3 Roesler und Droysen.

Digitized by Google

konnte. (Voltelini a. a. O. S. 74.) Wenn Ulmann (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft XI, S. 102) auch noch nach Kluckhohns Aeusserung (S. 124, A_6) glaubt, dass Leo ... beim Kaiser die Erwartung begünstigt hat, dass er, vor der Königswahl Karls die Kaiserkrönung Maximilians an der Grenze, etwa in Trient, vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, bereit sei, — so finde ich wie Kluckhohn dies Urteil nach Ulmanns Belegstellen doch nicht bestätigt. Es sind dies Ausführungen des Infanten Ferdinand gegenüber seinem Bruder Karl aus dem Jahre 1524. (Archiv für Kunde östreichischer Geschichtsquellen I, 113.) Er berichtet, um Karl von der Möglichkeit zu überzeugen, dass er, Ferdinand, neben ihm zum römischen König gekrönt werden könne, von einem Versprechen Leos X., ihren Grossvater an der Grenze Deutschlands zu krönen (nam certe scimus itidem procurasse obtinuisseque Avum nostrum Maximilianum, qui .... obligavit se post celebratam factamque electionem infra sex mensium spatium Coronationem a Pontifice obtenturum, quam Leo Decimus non solum paterne promiserat, sed etiam ad certum Italie locum non admodum distantem a Limitibus Tirolensis occursurus erat ad imponendum capiti suo Dyadema, ... sicut hec ex monumentis litterarum quas vidimus certo nobis constant). Wenn Leo sich wirklich brieflich, wie Ferdinand meint, günstig geäussert hätte, und zwar so zeitig, dass wir Maximilians Worte vom 27. Oktober an Karl (Le Glay II, 175: que ledit pape se démonstre si volontairement et tant affectioné envers le dit seigneur roy en l'affaire dessusdit) darauf deuten müssten, brauchte er schwerlich die Bulle im November zu verheimlichen. Vielmehr gehen Maximilians Worte wohl auf Mitteilung Cajetans zurück, für die dieser am 3. Oktober von Giulio de Medici instruiert wird, was bereits Baumgarten erwähnt. (Forsch. XXIII, 535. Arch. stor. It. III, 24, 20: Pare a sua Santita per questo medesimo

Digitized by Google

si debbi fare per lo advenire con li prefati Cesare et imbasciatore piu largamente quanto piu intenderete decta elecione essere ferma et chiara usando quelle parole et termini in nomine di N. S. che a la prudentia vostra occorrerano.) — Es findet sich übrigens zwischen der Ausführung Ferdinands und der Instruktion Maximilians ein Unterschied, der zu Ungunsten Ulmanns spricht. Dort soll Maximilian gesucht haben, seine Kaiserkrönung „nach der Wahl innerhalb sechs Monaten" zu erwirken, hier wünschte der Kaiser Karls Fürsprache, dass der Papst die Krone bis Weihnachten vor der Wahl Karls sende. Allerdings hatte sich der Kaiser gegen die Fürsten nur verpflichtet, die Kaiserkrönung nach der Wahl zu erreichen, aber seine Instruktion zeigt, dass er auf ein anderes Ziel hinsteuerte. Da Ferdinands Angabe der Instruktion Maximilians in diesem Punkte widerspricht, dürfen wir ihr, ehe nicht mehr Zeugnisse vorliegen, auch hinsichtlich der Antwort des Papstes kaum glauben. Es müsste denn der Papst eine Krönung Maximilians nach der Wahl schon früher (August-September) zugestanden haben, Kaiser Max aber am 27. Oktober seinen Wunsch gesteigert und König Karl empfohlen haben, eine Sendung der Krone bis Weihnachten und vor der Wahl zu fordern. Vorläufig aber ist dies nach dem Briefe Medicis nicht anzunehmen.

Exkurs III

(zu S. 27, A. 26).

Nach Angabe von Grosch trägt das erste Blatt der Gothaer Hs. von flüchtiger Hand die Bemerkung „ce livre a este fait pour le Roy Francois I en 1517 pour prouver, qu'il estait le plus capable d'estre eslu empereur et que l'empire n'est point affecté aux allemands nonobstant le

Digitized by Google

chapitre „Venerabilem“[1] etc. et le chapitre „in die“[2]. Je suis a Amand Moyer (?) sergan (?) royal Au Cheu lestavin. Auf dem zweiten Blatte steht: Discours pour élire le roy de France Empereur, 1517.

Ehe nicht Angaben gemacht werden, ob die Handschrift gleichzeitig ist, lässt sich nicht entscheiden, ob nicht etwa in 1517 ein Fehler liegt. Falls dies richtig ist, gälte es festzustellen, wann man in Frankreich von Karls Absichten auf die deutsche Krone zuerst gehört hat. Da solche bereits erwähnt werden,[3] gäbe dies einen Anhalt für die Entstehungszeit.

Die Annahme Ulmanns,[4] dass König Karl seine Zustimmung zu seiner Kandidatur schon im Frühjahr gegeben habe, ist jetzt wohl hinfällig, da Kluckhohn DRA. I. (Einl. S. 11 und 61) die Instruktion für Villinger[5] zwischen 15. und 20. August anzusetzen vermag. — Es darf daran erinnert sein, dass am 9. Januar 1518 Kurfürst Joachim von Werbungen Maximilians für Karl Mitteilung machte; da nun die ersten drei Monate unserer heutigen Jahreszählung von den Franzosen damals zum Vorjahre gerechnet wurden, könnte der discours noch in die ersten drei Monate des Jahres 1518 fallen. Es wird aber das Stück in den Anfang der Verhandlungen gewiesen, weil die Bewerbung des König Franz nur erst nahe gelegt, noch nicht bestimmt betrieben wird.[6] Ja es wird sogar erst angeraten, die Kurfürsten auf Franz I. aufmerksam zu machen. Danach

1. I. Buch 6. Titel, 34. Kap. der Dekretalen Gregors IX.

2. Decretum Gratiani 3. Teil, 6. Distinction, 15. Kap. (von Gregor VII. gegeben).

3. Grosch, S. 16 Spalte 2. Et ad ce propos parlasmes du roy d'espaigne lequel on dit sefforcer de tout son pouvoir à parvenir à icelluy mesmes honneur.

4. Maximilian I, 2. Bd. S. 690 u. 693.

5. Wiener Jahrbücher für Litteratur, 111 (1845) S. 186–189.

6. A. a. O. S. 27, Spalte 1: et a cete fin que je appose ma

Digitized by Google

müsste das Stück doch in die ersten Monate des Jahres 1517 oder gar ins Jahr 1516 gehören. Zu einem sicheren Resultat über die Datierung gelangen wir nicht. — Der Inhalt ist folgender:[7] es wird zu beweisen gesucht, dass auch andere als Deutsche wählbar sind, es dürfe nicht Abstammung und Heimat in Betracht gezogen werden, sondern Fähigkeiten und Tugenden. Dürften doch auch Bischöfe aus andern Sprengeln, ja der Papst selbst aus Nicht-Römern erwählt werden. Die Kaiser brauchten von jeher nicht, wenn auch die Würde an einem Lande hafte, aus diesem zu stammen. Die Kaiser Trajan und Hadrian seien Spanier, Antoninus Gallier, Severus Afrikaner, Elogabal Phöniker, Maximin Thraker, die Gordiane Afrikaner, Decius Pannonier gewesen. Konstantin habe sogar den Sitz des Kaisertums nach Byzanz verlegt. Von den Byzantinern sei das Kaisertum dann an die Franzosen gekommen und erst, nachdem sie hundert und zehn Jahre in dessen Besitz gewesen, an die Deutschen. Die Dekretalen Gregors wie die goldene Bulle sagten nichts von einem passiven Wahlrecht lediglich der Deutschen. Selbst wenn dies aber bestünde, sei Franz wählbar, denn er stamme von Karl dem Grossen ab. — Die folgenden sechzehn Punkte[8] zum Lobe Franz' I. finden sich ähnlich in den „persuasions". Nicht findet sich dort die Stelle (IXe lieu): il n'a auchune occupation que le puisse empescher de executer sa noble voulenté et propos salutifere.

---

darniere main a ma conclusion, si prierres ou monition avoint lieu, ou deveroit exhorter le roy tres chretien d'entendre a ceste oeuure, tressalutaire, non obstant que soit certain que la chose est de plus grande charge et trop plus onereuse de coust et depens que profitable. Ebenda das Folgende.

7. Vgl. Grosch S. 14/15. Ganz ähnlich die Pariser Aufzeichnung. DRA. I. S. 623 A. 1.

8. Vgl. Grosch S. 25—28 und S. 5.

Digitized by Google

Exkurs IV

(zu S. 41 f.).

Da eine genaue Besprechung der von Joachim gestellten Bedingungen eingehendere Behandlung der Akten erfordert und die Hauptuntersuchung unverhältnismässig unterbrechen würde, behandeln wir dies Kapitel in einem Exkurs.

Wir haben eine Liste von Forderungen in verschiedenen Exemplaren, die Kluckhohn auf Mitte Februar setzt.[1] Diejenige Fassung, welche der Herausgeber der DRA. als Text druckt, nennen wir *T*; die einzelnen Artikel sind numeriert, ausserdem steht neben jedem Artikel ein Buchstabe, und in deren Reihenfolge sind die Artikel in der Handschrift *B* geordnet, in der alle Artikel zusammenstehen, welche einzelne Punkte wie Heiratgeld (dos), Entschädigung für den Verzicht auf die Erbfolge (Abzichtgeld, renunctiatio), Pensionen betreffen; sie ist nicht wörtlich gleich, enthält einige Zusätze, ist vielleicht etwas später als *T* entstanden und sollte wohl weiteren Verhandlungen brandenburgischerseits zu Grunde gelegt werden. — Endlich haben wir in den Noten Kluckhohns die Abweichungen der Handschrift *A*, in verso „Artikel hern Joachim Moltzan ritter übergeben."

Fassung *A* ist die älteste, da einmal eine Reihe Artikel dort Zusätze sind, die in *T* schon aufgenommen sind, sodann weil sie im Eingang die Worte enthält:

„erstlich will mein gnedigster her der churfurst Ko. w. zu Frankreich alles ze halden, so sein gnad Ko. w. der walh halben verschrieben, (soweit undurchstrichen in *A*; in *T* vorhanden, aber durchstrichen) als vil an seiner gnaden person ist, dazu sich auch bevleissigen meinen

1. DRA. I. N. 110. Forderungen des Kurfürsten von Brandenburg für den Entwurf neuer Verträge mit dem Könige von Frankreich (Febr. Mitte).

Digitized by Google

gnedigsten herrn den erzbischove zu Mainz auch dahin zu bewegen: (Der Schluss: als vil . . bewegen —, in *A* durchstrichen, fehlt in *T*.

Hiervon hat nun das Versprechen, den Bruder beeinflussen zu wollen, keinen Sinn, wenn Albrecht bereits eine entschiedene Antwort gegeben hätte. Folglich muss Fassung *A* vor der Hallischen Zusammenkunft entstanden sein, und ist wohl für dieselbe zusammengestellt.

Wann ist aber die eigene Verpflichtung gestrichen? Sie bedeutet entweder: ich will warten, ob mir von Habsburgs Seite genügende Anerbietungen gemacht werden; dann würde sie auf die Hallesche Zusammenkunft passen — oder sie bedeutet: ich habe bereits erkannt, dass mein Vorteil auf Seiten Habsburgs ist. Dies hätte erst eintreten können, wenn die von Kesinger angekündigte Gesandtschaft kam; ehe dies aber geschah, hat sich Joachim mit den Franzosen wieder tief eingelassen, wie wir im Text darstellen (o. S. 61—66). Die Worte konnten auch etwa Mitte Februar gestrichen werden, wenn eine Auskunft Fuggers, die der Kurfürst von Halle aus erbat, günstig ausgefallen wäre; diese war aber durchaus keine befriedigende (s. o. S. 47—50). So ergiebt sich als natürlichste Datierung für die Streichung die Hallische Zusammenkunft. Die Streichung ist nun in *T* vorgenommen; daraus folgt, dass *T* (gleich *A* mit den Zusätzen und ohne die Streichungen in *A*) zu Halle entstanden ist.

Was *A* über die Anfang Januar gestellten Forderungen hinaus wünscht, ist wohl in Folge von Maximilians Tode mehr gefordert, weil die Frage jetzt ein höheres, augenblicklich wirksames Interesse für Franz gewann. Die Fassung *T* zeigt, wie unter dem Einfluss der Eröffnung Kesingers und seines Bruders Kurfürst Joachim nur gegen noch höhere Zusagen mit Franz abschliessen wollte.

Wenden wir uns zum einzelnen. Am interessantesten

Digitized by Google

sind die Artikel 4 und 9[2] über das Heiratgeld. Es sollen nach Artikel 4: „noch 150000 Sonnenkronen“ gegeben werden, also in Gulden: 200000 Gl. die, wie man zunächst annehmen muss, neben die 1517 bewilligten 200000 Gl. treten sollen, wie es denn in dem Absatze auch heisst: „macht alles in einer summ vir mal hundert tausend gulden.“ Indes in *A* ist an dieser Stelle „vir“ erst aus „fünf“ verbessert; wir dürfen unsers Erachtens hier nicht annehmen, dass ein Schreib- oder Rechenfehler untergelaufen, sondern dass die Aenderung mit den Zusätzen gleichzeitig ist. Die Besserung um 150000 Sonnenkronen (200000 Gulden) trat nämlich (hier muss die Auffassung entscheiden) nach einer Deutung zu 150000 Skr. (200000 Gl.)[3] des Vertrags von 1517 und den um Neujahr geforderterten 75000 Skr. (100000 Gl.) hinzu, wobei aber anzunehmen wäre, dass über 100000 Gl. Abzichtgeld in *A* ohne Zusätze nichts gesagt, es aber als selbstverständlich vorausgesetzt würde. Danach ergaben sich für Fassung *A* 500000 Gulden Heiratgeld, wie ursprünglich da stand, dazu 100000 Gl. Abzichtgeld. Es lässt sich aber auch glauben, dass die 100000 Gl., welche Neujahr gefordert sind, nicht als besonderer Posten gedacht, sondern in die Besserung von 200000 Gl. mit aufgenommen sind. Dann hätte man anzunehmen, dass Heiratgeld und Abzichtgeld des Vertrags von 1517 als ursprüngliche Posten gedacht sind, zu denen 200000 Gl. Besserung traten: und ebenfalls macht „alles in einer summe fünfmalhunderttausend gulden.“ — Dann erst wurde ein Artikel über das Abzichtgeld zugefügt (Zusatzartikel 9); darin wird verlangt, dass das Abzichtgeld verdoppelt werde; dieser Artikel ist aber hinter Artikel 4 verwiesen, und dort ist „funfmalhunderttausend“ in „viermalhunderttausend“ verwandelt. Es wurde also in Artikel 4 des 1517

2. Letzterer ist in *A* zugesetzt. DRA. I. S. 326, Z. 1 ff. Z. 23 ff.
3. Vgl. o. S. 5, Note 12.

Digitized by Google

bewilligte Abzichtgeld ausgeschaltet und ein eigener Artikel dafür eingestellt. Joachim hätte dann an Heiratgeld nur 100000 Gl. mehr gefordert als Neujahr, dafür aber ein um 100000 Gulden höheres Abzichtgeld. Dabei war vor allem vorteilhaft, dass dieses, im Fall Renata kinderlos starb, nicht mit zurückgezahlt zu werden brauchte.

Wir fügen noch die übrigen Forderungen etwas genauer als im Text bei:

a) Kurfürst Joachim verlangte, dass auch von der Mitgift, falls Renata vor seinem Sohne stürbe, ohne dass Kinder da seien, nur ein Drittel an König Franz zurückfallen sollte, nicht zwei Drittel, wie bisher festgesetzt war (Art. 7).

b) Zum Unterhalt Renatas solle Brandenburg nicht verpflichtet sein 17 000 Gl. zu zahlen, sondern nur 12 000, höchstens 14 000 Gl.

c) Die Abzahlung der versprochenen Summe soll nach Joachims Wunsch an vier Terminen erfolgen: es sollen ihm gezahlt werden:

1. im Mai 1519: 75 000 Kronen = 100 000 Gl. nämlich die 1. Hälfte der Besserung des Heiratgeldes (Art. 4); dazu 100 000 Gl. Abzichtgeld (Art. 9);
2. nach der Wahl: 75 000 Kronen = 100 000 Gl., nämlich die 2. Hälfte der Besserung des Heiratgeldes (Art. 4); dazu 100 000 Gl. Abzichtgeld (Art. 9);
3. Bartholomäi 1520: 100 000 Gl. „hinderstelliges Heiratgeld" (Art. 5);
4. Vier Monate nach dem Beilager: 100 000 Gl. „hinderstelliges Heiratgeld" (Art. 5);

d) Die Uebergabe Renatas sollte Bartholomäi 1520 stattfinden, nicht 1522, wie Joachim noch Neujahr zugelassen haben soll (o. S. 30).

e) Wichtig ist sodann, dass Kurfürst Joachim jetzt auf die Verlobung Ferdinands von Spanien mit der Tochter

Digitized by Google

des Königs von Ungarn hinwies[4] und wegen dieses Ereignisses forderte, dass auf den Vertrag von Noyon nicht mehr Rücksicht genommen werden solle.[5] Ferdinand war in diesem als Gemahl für die eine oder andere französische Prinzessin in zweiter Linie in Aussicht genommen, falls Karl selbst stürbe und Ferdinand nicht vorher die Tochter des Königs von Ungarn geheiratet habe. Da Ferdinand dies jetzt gethan habe, so meinte Joachim wohl, habe man spanischerseits auf die Franzosen keine besondere Rücksicht genommen; es sollten deshalb auch sie nicht um der Spanier willen ihm eine Klausel aufnötigen.

Dem ursprünglichen Aktenstück fügte endlich Joachim zum Schluss eigenhändig die Forderung zu: dass für das im Jahre 1520 zu zahlende Heiratgeld und das Abzichtgeld die Fugger und Welser Bürgschaft leisten sollten, eine Forderung, wie sie ganz ähnlich den Spaniern gestellt war. Wie er von diesen eine Reiseentschädigung erbeten

4. Vgl. aus späteren Verhandlungen DRA. I. N. 142, Art. 2 u. 3. Secundo debent sponsalia cum . . Joachimo juniori . . et Renata . . . . . esse rata, salvo tamen contractu Noviomi celebrato, ita quod dictus contractus in regem Carolum tantum ascribatur . . . , ea consideratione, quod illustrissimus dominus Ferdinandus cum regis nata Ungarie matrimonaliter punctus sit. Vgl. DRA. I. N. 143 Art. I. Le Glay II, 390. Matrimonium autem quod per D. Ferdinandum cum filia Ungarie dicitur contractum oratoribus penitus ignotum est. Sed si hoc verum sit, intus habet, quod petit idem marchio.

5. Item das die heirat zwischen freuichn Renata und margraff Joachim dem jüngern on alle Condicion, underschaid und mittel simpliciter vollzogen werde. — Es ist zu beachten, dass in der dritten Fassung *B* (S. 325, Z. 30. Note e) dies der erste Artikel ist, und dass N. 142 und 143 in Artikel 1 u. 2 den ersten von N. 110 *B* aufnehmen.

6. Hs. *B* begnügt sich mit der Sicherung durch notdürftige Siegel und Briefe des Königs: Moltzan hat wohl Einspruch erhoben, da Franz I. bei der Parteinahme der Fugger für Karl nicht hoffen konnte, von ihnen Bürgschaft zu erlangen.

Digitized by Google

hatte, fügte er jetzt auch in der Liste der Forderngenu an Franz nachträglich die Bitte hinzu, ihn „der Zehrung halben" schadlos zu halten. Auch die Vermählung seines jüngeren Sohnes mit einèr französischen Prinzessin wie die Zahlung der alten Pension legte er dem französischen Könige nahe und ersuchte ihn weiter um Verleihung eines Ordens und um Fürsprache beim Abt der Cisterzienser, der den Mönchen den Besuch der Unversität Frankfurt gestatten sollte. —

Auch die undatierten Aktenstücke mit einem Wahlversprechen und einer Liste von Forderungen Albrechts in Halle entstanden zu denken, wird nahe gelegt, weil

1. der Eingang der Forderungen auffällig an den Anfang der Urkunde DRA. I. N. 110 *A* und *T* erinnert:

Art. Brand. Art. I. (DRA. N. 110. S. 325, Z. 24.)	Art. Magunt. Art. I. (Le Glay II, 370).
Erstlich wil mein gnedigster her der churfürst Ko. w. zu Frankreich alles ze halden, so s. gnad Ko. w. der walh halben verschrieben, als vil an s. gnaden person ist.	Primo vult cardinalis de Maguncia, postquam imperator pie memorie defunctus, regie maiestati Franciae de omnibus fidem servare, promisit ac litteris ratificavit, quantum sua persona potest.

2. weil als Vorwand für die Zahlung einer höheren Summe die Unterstützung gerade einer Hallischen Kirche genommen wird. —

In ein frühes Stadium der erneuten Verhandlungen müssen die Forderungen jedenfalls gehören, wegen der ausdrücklichen Bitte (quinto), es möge König Franz wegen der zu Augsburg eingegangenen Verpflichtungen keine Missgunst in sich bewahren.

Digitized by Google

Exkurs V

(zu S. 62).

In ähnlicher Weise wie das Aktenstück über die Forderungen zu Halle (DRA. I. 110) müssen auch Aufzeichnungen über die Märzverhandlungen getrennt behandelt werden. Es sind bei Kluckhohn die Stücke N. 142 und 143. Ersteres enthält verschiedene Entwürfe für Forderungen an Frankreich; wir haben einen brandenburgischen aus Berlin mit dem Vermerk „dis Artikel sind verändert", einen andern aus Paris, danach gedruckt bei Le Glay[1] als „Primi Articuli de Brandenburg", in verso: „il ne se fault arrester à ces articles cy, carl es seconds est le tout." In mit kleinen Buchstaben bezeichneten Noten giebt Kluckhohn noch eine frühere abweichende Fassung. Sämtliche Entwürfe sind von brandenburgischer Seite aufgesetzt. — Ein zweites Aktenstück (DRA. I. N. 143.) ist ein Bericht der französischen Gesandten, in welchem sie dem König angeben, wie sie geantwortet haben, nicht die Antwort selbst, wie sie gegen Joachim geäussert ist. Le Glay nennt es aber Responsio ad primos Articulos Brandenburgi; auch Kluckhohn sagt m. E. zu Unrecht, dies Stück sei die Antwort auf N. 142.[2] Wie Kluckhohn richtig bemerkt, antwortet N. 143 auf eine uns nicht vorliegende Fassung von N. 142 und fallen die Korrekturen des Textes nur teilweise vor die Entgegnung der Gesandten. Endlich eine Fassung *B* von N. 142 fällt entschieden später.

Zur Benutzung bei der Verhandlung hatte der Kurfürst ja vermutlich N. 110, Fassung *B* herstellen lassen, hatte dann aber in seiner Begrüssungsrede gar nicht alle darin enthaltenen Forderungen erhoben. Selbst die Rede des Kurfürsten hält aber als Termin für die Uebergabe der Braut 1520 fest. Wenn nun bereits die ursprüng, liche Fassung von N. 142 als Termin Cantate 1521 hat,

1. Le Glay, Négociations II, 387.
2. DRA. I. S. 403, A. 1.

Digitized by Google

so geht daraus hervor, dass schon der ursprünglichen Fassung des Textes Verhandlungen vorhergegangen sein müssen. Der unverbesserte Text Kluckhohns erweist sich aber als die älteste Fassung durch die Aehnlichkeit des Art. 6[3] mit dem entsprechenden Artikel von N. 110 *B* Es ist im Text von N. 110 der neunte, in Fassung *B* aber Artikel F,[4] also der sechste. Die beiden Artikel lauten:

N. 110 Fssg. *B.* Art. F.

Item nachdem im vorgen Handel vor die Abzicht der Herzogtumb Britannien und Melant und der Grafschaft Nantsche hunderttausend gulden freuichn Renata mitzugeben versprochen, das dann nach Gelegenheit der Sachen vast wenig, das solch abzicht mit hunderttausend auch gebessert . . . werden mocht.

N. 142 ursprünglich sexto.

Sexto cum promista sunt centum milia florenorum Rhenensium respectu renunctiationis ducatum Britannie et Mediolani atque comitatus in Nantis, illa quoque summa debet cum milibus florenorum meliorari. facit in una summa ducenta milia florenorum Rhenensium.

Dass zwischen dieser ältesten Fassung, dem ungeänderten Text, und der nächsten Fassung, als welche wir den Druck Le Glay's kennen lernen werden, noch eine unbekannte Entgegnung der französischen Gesandten liegt, wird durch den Wortlaut des Artikels 12 bei Le Glay bewiesen: Articulum junioris filii acceptat, sicuti oratores obtulerunt.[5]

Es wird die Folge dieser Entgegnung sein, dass in der Le Glayschen Fassung der eben verglichene Artikel 6

3. DRA. I. S. 399, Note m.

4. DRA. I. S. 326, Z. 23.

5. Nur hierin weichen wir von Kluckhohn betr. der Reihenfolge ab. Auch die Responsio schreibt: „sed hoc in contractu non est deducendum" und verweist auf eine frühere Rede der Gesandten: cum honor et excellentia illius domus etiam honorem domus Franciae ita de proximo concernat, prout dictum est.

Digitized by Google

über die Verdoppelung des Abzichtgelds fehlt, dagegen in Artikel 4[6] eine Vermehrung des Heiratgeldes (d o s) um 100 000 Goldkronen, nicht um Gulden, verlangt wird.[7] Wäre die r e n u n c t i a t i o vermehrt, so hätte Joachim bei kinderlosem Tode Renatas nichts zurückzahlen müssen, wie wir sahen; jetzt wo eine Vermehrung derselben abgelehnt war, suchte er wenigstens eine etwas grössere Vermehrung der dos herbeizuführen. Es hat der Kurfürst sich auch b e r e i t s n a c h d e n e r s t e n U n t e r h a n d l u n g e n zur Zahlung der 1517 festgesetzten Unterhaltungssumme für die junge Prinzessin verstehen müssen; schon der Druck Le Glays bestimmt: in recompensam allatae dotis debet esse sicut ante conclusum. (17 000 Gl. statt 12 000 Gl. oder höchstens 14 000 Gl.). Auch die Forderung, dass vom Heiratsgeld nur e i n Drittel im Fall des Todes nach kinderloser Ehe zurückfallen soll, ist in dem Le Glayschen Druck bereits aufgegeben. Dieser Druck erscheint also als zweite Fassung.

Die Responsio (DRA. I. N. 143) erwähnt nun (S. 404, Z. 21) jene geforderte Vermehrung der dos um 100 000 escus, allerdings indem sie dieselbe ablehnt; die Erwähnung aber beweist, dass die Responsio später liegt. Ebenso fordert Art. 14 beider vorausliegenden Fassungen, dass König Franz dem Kurfürsten Schutz zu leisten habe, auch wenn er aus anderem Grunde als wegen der Wahl angegriffen würde. Dagegen wendet sich dann die in DRA. I. N. 143 berichtete Entgegnung.

Noch DRA. I. N. 143 endlich will nichts von einer

---

6. Ursprünglicher Text: Quarto quod dos ipsa cum centum milibus f l o r e n o r u m Renensium meliorari et cumulari debeat.

Le Glay'sche Fassung: quod dos ipsa cum centum milibus s c u t o r u m a u r i s o l i s meliorari et cumulari debeat.

7. Höfler (a. a. O. S. 102.) macht daraus gerade eine Verwandlung der Thaler in Gulden.

Digitized by Google

Pension von 12 000 Gl. wissen;[8] erst später muss der Kurfürst doch mit seinen Forderungen durchgedrungen sein. In dem korrigierten Text und der Schlussfassung *B* ist sie bewilligt.

Anscheinend von Moltzans Hand standen in *B* noch Bemerkungen, welche eine Neuabfassung der Wahlversprechen Joachims und Albrechts vorsahen, wobei das Albrechts getrennt aufgesetzt werden sollte. Der Kurfürst sollte dem Bruder darüber berichten, und der Bote, der diese Briefe nach Mainz bringen würde, weiter nach Metz gehen. Diese Notizen sind jedoch gestrichen, wohl weil am 8. März von Albrecht die Meldung kam, dass er mit Karls Bevollmächtigtem abgeschlossen habe.

8. DRA. I. N. 143 Art. 9 entspricht dem Art. 8=H von N. 110 *B* (DRA. I. S. 325 Z. 28 Note b = Art. 1 in N. 110 *A*), da die Responsio in Artikel 1 und 2 antwortet auf Art. 1 von N. 110 *B*. Deshalb ist immer die Zahl des betreffenden Artikels in N. 143 um eins höher.

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.